Institut für Kulturpolitik
der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.)

Jahrbuch für Kulturpolitik 2006

Jahrbuch für Kulturpolitik 2006 • Band 6

INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK
DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.)

Das Jahrbuch für Kulturpolitik

- greift jeweils ein besonders bemerkenswertes Thema der kulturpolitischen Diskussion auf;
- reflektiert wichtige gesellschaftliche Entwicklungen im Lichte der Kulturpolitik;
- dient als Plattform, um Perspektiven der Kulturpolitik – jenseits des hektischen Tagesgeschäfts – zu diskutieren;
- versteht sich als Instrument der Politikberatung im kommunalen Bereich wie auf Länder- und Bundesebene;
- stellt zentrale Ergebnisse der kulturstatistischen Forschung zusammen und widmet der Kulturstatistik ein besonderes Augenmerk;
- dokumentiert wichtige Daten und Ereignisse der Kulturpolitik des abgelaufenen Jahres;
- verweist in einer umfangreichen Bibliografie auf Veröffentlichungen zur Bundes-, Landes- und lokalen Kulturpolitik;
- entwickelt sich als laufende Berichterstattung zur umfassenden Dokumentation der Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Herausgegeben für das
Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
von Norbert Sievers und Bernd Wagner

Jahrbuch für Kulturpolitik 2006

Band 6

Thema: Diskurs Kulturpolitik

- *Kulturstatistik*
- *Chronik*
- *Literatur*
- *Adressen*

Klartext

Das »Jahrbuch für Kulturpolitik« wird aus Mitteln des Beauftragen der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.ddb.de abrufbar.

© 2006, Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Bonn
Klartext Verlag, Essen
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Juliane Bentz
Satz + Gestaltung: Karin Dienst, Wolfgang Röckel
Printed in Germany

ISBN 3-89861-570-7

Inhalt

Bernd Neumann
Vorwort 9

Oliver Scheytt, Norbert Sievers, Bernd Wagner
Zu diesem Buch 11

Strukturwandel der Gesellschaft

Jörg Stüdemann
Für eine Kulturpolitik der Zweiten Moderne 17

Walter Siebel
Gefährdungen, Chancen und Widersprüche der Stadtkultur 29

Norbert Lammert
Verfassungspatriotismus und Leitkultur
Warum das eine ohne das andere nicht zu haben ist 37

Gerhard Schulze
Auf der Suche nach der besten aller Welten 43

Eva Krings
»Art is that what makes life more interessting than art«
Lebensstile als uneingelöstes Motiv von Kulturpolitik 51

Dieter Gorny
»Big Brother« ist kein Modell – weder sozial noch medial 55

Max Fuchs
Gesellschaft und Kultur im kulturpolitischen Diskurs 61

Rolf G. Heinze
Stagnationsgesellschaft und die Suche nach Bürgerengagement 69

Hermann Schwengel
Kulturelle Globalisierung 79

Olaf Schwencke, Edda rydzy
Kulturelle Vielfalt – Agens europäischer Entwicklung
und Herausforderung deutscher Kulturpolitik 85

Wolfgang Thierse
Kulturelle Dimensionen der Deutschen Einheit.
Über Differenz und Innovation in unserer Kulturnation 97

Monika Griefahn
Mit kultureller Kompetenz gegen die ökologische Krise 109

Aufgaben der Kulturpolitik

Oliver Scheytt
Aufgaben der Kulturpolitik 119

Hermann Glaser
»Bürgerrecht Kultur« – eine geistesgeschichtliche Vignette 127

Karin von Welck
Kunst und Kultur als Standortfaktoren 135

Dorothea Kolland
Kulturelle Vielfalt: Diversität und Differenz 139

Iris Magdowski
Dialoge führen – Austausch fördern 149

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff
Gemeinsam für Kunst und Kultur
Partnerschaften als strategische Bündnisse 157

Michael Fehr
Unzeitgemäße Überlegungen zum Status und zur Zukunft der Museen 163

Volkhard Knigge
Erinnerungskultur. Zwischen Vergangenheitsgerede,
Geschichtspolitik und historischer Selbstreflektion 171

Gerhard Pfennig
Kulturpolitik von 1969 bis heute – aus der Perspektive der Kunst 179

Spannungsfelder der Kulturpolitik

Bernd Wagner
Konzeptionelle Spannungsfelder kulturpolitischer Neuorientierung 193

Julian Nida-Rümelin
Herausforderungen der Kulturpolitik 203

Peter Bendixen
Kultur und Kunst – öffentliches Gut oder kommerzielle Dienstleistung? 209

Hilmar Hoffmann
Spannungen und Konvergenzen
Interkultureller Dialog im Inneren und im Äußeren 219

Bosiljka Schedlich
Kultur in Konflikten und Kriegen 229

Albrecht Göschel
Identitäts- und Imagepolitik: Revision kulturpolitischer Reformen 235

Knut Nevermann
Bund und Länder in der Kulturpolitik
Anmerkungen zur Entflechtung und Systematisierung 245

Dieter Kramer
Metropolen und Umland: Kulturanalyse und Kulturpolitik 255

Hortensia Völckers
»Anstalten machen!« – Kulturförderung zwischen Institution und Projekt 265

Susanne Binas-Preisendörfer
Verteilungsplan, ideologische Konstruktion und sozialer Filter
Zur Geschichte der Kategorien von E-Musik und U-Musik 271

Armin Klein
Angebot und Nachfrage 279

Modernisierung der Neuen Kulturpolitik

Norbert Sievers
Was bleibt? Was fehlt? Kulturpolitik als Modernisierungsprozess 291

Rupert Graf Strachwitz
Kultur von allen 303

Thomas Krüger
Kulturwirtschaft: Wirtschaftspolitik oder Kulturpolitik? 311

Eckart Pankoke
Konzentrieren und Konzertieren:
Neue Kulturpolitik zwischen Steuerung und Selbststeuerung 321

Kurt Eichler
Kultur nach Plan – Struktur- und Steuerungsmodelle der Neuen Kulturpolitik 329

Wolfgang Schneider
Von Kulturräumen, Netzwerken und Zweckverbänden
Kommunalpolitische Strategien einer Entwicklungsplanung für Kultur 335

Bettina Heinrich
Konkurrenz und Kooperation
Zur Veränderung von Realitäten und Relationen in der Stadt- und Kulturpolitik 345

Birgit Mandel
Motivieren und Aktivieren. Kulturpolitische Anreizstrategien
für kulturelle Partizipation 353

Wolfgang Zacharias
Bilden und anstoßen. Plädoyer für eine transformatorische kulturelle Bildung 361

Tobias J. Knoblich
Neue Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern? 369

Siegfried Hummel
Kulturpolitik für die alternde Gesellschaft 377

Helene Kleine
Über das Studium der Kultur 385

Kulturstatistik, Chronik, Literatur, Adressen

MICHAEL SÖNDERMANN
Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2005
Ergebnisse aus der Kulturstatistik 395

Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahr 2005 411

Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2005 424

Kulturpolitische Institutionen, Gremien, Verbände 462

Kunst und Kultur im Internet 469

Autorinnen und Autoren 477

Vorwort

In diesem Jahr feiert die *Kulturpolitische Gesellschaft* ihr 30-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass möchte ich ihr zunächst meine Glückwünsche aussprechen und ihr für die umfassenden und vielfältigen Anregungen und Impulse danken, die sie der Kulturpolitik in den letzten drei Jahrzehnten gegeben hat. Mit gutem Grund hat das diesjährige »Jahrbuch den Kulturpolitik« »Diskurs« zum Gegenstand und gibt damit Anlass zum Rückblick auf das bisher Geleistete und zum Ausblick auch auf die noch offenen Fragen. Auch auf solche, die sich durch den Lauf der Zeit in veränderter Weise stellen.

Manche der damals aufgeworfenen Probleme sind komplexer geworden. So müssen wir zum einen bei allen Bemühungen zur »Demokratisierung« der Kultur weiterhin an dem Ziel arbeiten, dass der größtmögliche Teil der Bevölkerung Zugang zur Kultur erhält und an ihr teilhaben kann. Der strukturelle und vor allem demographische Wandel stellt uns dabei vor die Aufgabe, den Bedürfnissen des größer werdenden Teils der älteren Bevölkerung Rechnung zu tragen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Kinder möglichst früh und intensiv mit der Kultur in all ihrer Vielfalt in Berührung kommen: Aktuelle Untersuchungen führen uns vor Augen, wie wichtig es ist, Kinder und Jugendliche als Publikum und als mögliche Künstler der Zukunft zu gewinnen. Zum anderen kann nicht genug betont werden, wie sehr der kulturelle Austausch, ob auf europäischer oder globaler Ebene, auch im eigenen Land gefördert werden muss. Der Austausch mit anderen Kulturen gibt uns dabei nicht erst in jüngerer Zeit Anlass zur Frage, welche grundlegenden Werte für uns, als Individuum und als Bürger, unerlässlich sind. Dazu gehört es auch, einen Weg zu finden, unser historisches Erbe angemessen zu wahren und zu würdigen.

Manche Fragen stellen sich heute auch in veränderter Form: Während im kulturellen Bereich »Staat« und »Wirtschaft« bisweilen als Akteure mit unterschiedlichen, wenn nicht gar konträren Zielsetzungen aufgefasst wurden, tritt dieser vermeintliche Gegensatz nicht nur angesichts des immer stärkeren »Dritten Sektors« zunehmend in den Hintergrund, sondern auch angesichts des Bewusstseins

für gemeinsam zu bewältigende Probleme. Vereinzelt treten Gegensätze aber auch, zumal im internationalen Bereich, in zugespitzter Weise mit der Gefahr einer »Ökonomisierung der Kultur« auf, um nur an die Dienstleistungsrichtlinie und GATS zu erinnern.

Eine deutlich veränderte Fragestellung ergibt sich auch durch den technologische Fortschritt, der kulturelle Erzeugnisse zwar prinzipiell leichter zugänglich macht, doch ist die Frage, welchen Preis die Gesellschaft dafür zu zahlen bereit ist, Teil einer notwendigen kulturpolitischen Debatte.

Es ist kaum der Raum, an dieser Stelle die weiteren zahlreichen Aufgaben, Spannungsfelder und notwendigen Impulse anzusprechen, die das Jahrbuch in aller Ausführlichkeit untersuchen und beleuchten wird. Denn das »Jahrbuch für Kulturpolitik« bietet im Jahr 2006 nicht nur eine gelungene Standortbestimmung und eine präzise Analyse der Kultur als Motor gesellschaftlicher Entwicklung und der persönlichen Entfaltung, sondern wird auch als meinungsstarkes Kompendium maßgeblich die weitere kulturpolitische Diskussion anregen und nachhaltig beeinflussen. Ich wünsche dem Jahrbuch eine aufmerksame, engagierte Leserschaft und breite Resonanz.

Bernd Neumann, MdB
Staatsminister bei der Bundeskanzlerin
Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Zu diesem Buch

Im Juni 2006 wird die *Kulturpolitische Gesellschaft* dreißig Jahre alt. Aus diesem Anlass erscheint das »Jahrbuch für Kulturpolitik 2006« zum Thema »Diskurs Kulturpolitik«. Damit steht die vorliegende Publikation in der Tradition der Neuen Kulturpolitik, deren Anspruch es war und ist, die eigenen Projekte und Projektionen durch einen Prozess der Selbstbeobachtung und Selbstbefragung immer wieder zu überprüfen und zu qualifizieren. Die Bezugnahme auf den Gründungskontext der Kulturpolitischen Gesellschaft, die ihr Anliegen stets als öffentliches und nicht als verbandliches Interesse im engeren Sinne verstanden hat, ist ein geeigneter Anlass, um die programmatischen Entwicklungslinien der Neuen Kulturpolitik im Spiegel eines drei Jahrzehnte währenden öffentlichen Diskurses und faktisch vollzogener Reformmaßnahmen nachzuzeichnen und wieder neu zu reflektieren. Öffentliche Kulturpolitik hat angesichts der gegenwärtigen Entwicklung auch allen Grund, sich theoretisch-programmatisch neu auszurichten und immer wieder neu gesellschaftlichen Konsens zu stiften. Insofern versteht sich das Jahrbuch als Versuch, Begründungen für eine »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« zu liefern, den Blick für die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts zu öffnen und der kulturpolitischen Debatte so neue Denkanstöße zu geben.

Wir haben 40 Autorinnen und Autoren aus den verschiedensten Bereichen der Kulturpolitik, der Kulturvermittlung und der Wissenschaft eingeladen, sich an diesem Vorhaben zu beteiligen, und sind damit auf äußerst positive Resonanz gestoßen. Vorgegeben hatten wir ihnen eine thematische Struktur, um das Buch in vier Hauptkapitel gliedern zu können:

Das erste Kapitel greift den Anspruch der Neuen Kulturpolitik auf, sich als Diskursprojekt und in der praktischen Umsetzung auf *gesellschaftliche Veränderungsprozesse* zu beziehen. »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« war und ist ihr Motto. Deshalb ist es naheliegend, zunächst jene Strukturveränderungen zu skizzieren und in ihrer kulturpolitischen Bedeutung zu interpretieren, die in den kulturpolitischen Diskussionen eine zentrale Rolle gespielt haben und spielen. Im Gesamtzusammenhang der Beiträge ist dabei eine – wenn auch fragmentari-

sche – gesellschaftspolitische Begründungsfolie entstanden, auf der der Legitimationsdiskurs der Kulturpolitik im oben genannten Sinne weitergeführt werden muss, um den gegenwärtigen »Kulturpolitik-Pop« (Jörg Stüdemann) programmatisch zu überwinden und den Weg zu einer »Kulturpolitik der zweiten Moderne« den Weg zu ebnen.

Das zweite Kapitel baut darauf auf und versucht eine systematische *Aufgabenbeschreibung der Kulturpolitik als öffentliche Aufgabe,* die für den Zukunftsdiskurs dringend geboten ist und die es in dieser kompakten Form bisher noch nicht gibt. Sie ist jedoch für eine legitimatorische Begründung der Kulturpolitik unerlässlich, damit der programmatische Diskurs mehr Bodenhaftung bekommt und die Fallhöhe von den Utopien zu den Realitäten reduziert wird. Die veränderten Verhältnisse sind auch in der Kulturpolitik zur Kenntnis zu nehmen, der Kanon ihrer Aufgaben ist neu zu definieren. Dazu sollen die Beiträge dieses Kapitels einen Beitrag liefern.

Der Kulturpolitik-Diskurs ist sehr stark von Gegensätzen gekennzeichnet, deren Antipoden *Spannungsfelder* markieren, in denen die Akteure und Positionen der Kulturpolitik verortet werden können. Durch Begriffspaare wie »Projekt und Institution«, »E-Musik und U-Musik«, »öffentlich gefördert und kommerziell getragen« et cetera wird dies augenfällig. Die Oppositionspaare markieren zudem meist auch unterschiedliche Handlungsfelder der Kulturpolitik wie beispielsweise »Metropole und Umland«, »innere und auswärtige Kulturpolitik« oder »Bund und Länder«. Vor allem aber kennzeichnen sie oft unterschiedliche programmatische Standorte, zwischen denen die kulturpolitische Positionsbestimmung diskursiv stattfindet. In den Beiträgen zu diesem dritten Kapitel kommt dementsprechend auch am stärksten der programmatische Charakter der kulturpolitischen Reformoptionen und ihrer Protagonisten zur Geltung. Dabei geht es vor allem um die Wertorientierung von Kulturpolitik, um das zugrundeliegende Kultur- und Kunstverständnis sowie, eng damit zusammenhängend, um Kulturpolitik als Identitätspolitik, weshalb auch konzeptionell-theoretische Grundlagen angesprochen werden.

Im vierten Kapitel stehen dann schließlich die konkreten *Modernisierungsimpulse* der Neuen Kulturpolitik zur Diskussion und zwar sowohl diejenigen, die sich durchgesetzt haben, aber auch solche, die wieder in der Versenkung verschwunden sind, aber interessante Entwicklungsoptionen beinhalten. Die Beiträge beinhalten Argumente, die als Bausteine für eine Art Modernisierungstheorie der Kulturpolitik genutzt werden können. Besonders evident ist, wie sehr sich Kulturpolitik aus ihrer etatistischen Engführung gelöst hat und nunmehr als zivilgesellschaftliches, pluralistisches Projekt verstanden wird.

Dieses Selbstverständnis durchzieht das vorliegende Jahrbuch insgesamt, indem es vielfältige Denkanstöße, Meinungsäußerungen, Analysen und theoretische Entwürfe kulturpolitischer Akteure mit dem Ziel zusammen führt, daraus einen Mehrwert an erfahrungsgestützter Erkenntnis, konsensorientierter Selbstverständigung, gesellschaftspolitischem Verantwortungsbewusstsein und zukunftsoptimistischer Reformbereitschaft zu generieren.

Im Anschluss an die Beiträge zum »Diskurs Kulturpolitik« als Thema des diesjährigen Jahrbuches folgen die regelmäßigen Rubriken zur Kulturstatistik, in der Michael Söndermann die neuesten Daten der öffentlichen Kulturfinanzierung in Deutschland vorstellt, sowie die Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse 2005, die Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2005 und ein Adressenteil mit wichtigen Institutionen, Gremien und Verbänden sowie zu Kunst und Kultur im Internet.

Wir danken zu allererst sehr herzlich allen Autorinnen und Autoren für ihre Mitarbeit am »Jahrbuch für Kulturpolitik«. Für die Erstellung des Bibliographie- und Adressenteils danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* Ralf Brünglinghaus, Jörg Hausmann, Franz Kröger, Roland Prüfer und Tatjana Flothen, die auch mit Ulrike Blumenreich das Buch Korrektur gelesen hat, sowie Wolfgang Röckel und Karin Dienst für ihre Arbeit bei Satz und Gestaltung. Ein besonderer Dank gilt dem *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* für die finanzielle Förderung dieses Jahrbuches im Rahmen der Förderung des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*.

Dr. Oliver Scheytt
Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.

Dr. Norbert Sievers
Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.

Bernd Wagner
Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.

Strukturwandel der Gesellschaft

Jörg Stüdemann

Für eine Kulturpolitik der Zweiten Moderne

Revisionen und Visionen

Wie sich die Zeiten ändern können? Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus, der Industriegesellschaft die Industrie. Der Ost-West-Gegensatz hat sich als machtpolitisches Koordinatensystem von globalem Rang aufgelöst, während ein globaler Austausch von wirtschaftlicher Macht, Geld und Informationen nie gekannte Dimensionen erreicht. Soziale und kulturelle Muster unseres Zusammenlebens zeigen sich nicht weniger anfällig für Wandel. Manchmal läuft das Ephemere dem Stabilen den Rang ab. Vertraute Bindungen, Zugehörigkeiten und Konventionen büßen an regelnder Kraft ein, die sozialen Demarkationslinien zwischen oben und unten zeichnen unbekannte Verläufe mit Territorialangaben wie »integriert«/»desintegriert«, »wertkonservativ«/»pragmatisch-flexibel« et cetera.

Politik, politische Programme müssen im günstigsten Fall neue Justierungen erlangen, meist sind fundamentale Neuausrichtungen für die postindustriellen, postfordistischen, postmodernen, postpatriarchalen, post...-Gesellschaften Europas unabwendbar. In Deutschland hat die »Neue Kulturpolitik« über drei Jahrzehnte hinweg mit erstaunlicher Konstanz ihre Grundformate behaupten und gesellschaftspolitisch wirksam werden lassen können. Das immunisiert sie nicht, wie sich erweist, gegen Selbstreflexionen, nicht gegen notwendige Sondierungen zu ihrer Funktion und Wirksamkeit, nicht gegen generelle Revisionen, denn auch Kulturpolitik muss sich mit den Zeiten ändern.

Das nachfolgende Kapitel bündelt mal Wegbetrachtungen, mal Wegbeschreibungen inspirierender Dialogpartnerinnen und Weggefährten der »Neuen Kulturpolitik«. Die programmatische Spannbreite der Beiträge ist beträchtlich und gibt damit Auskunft über Wahrnehmungsdifferenzen und die Heterogenität politischer Handlungsempfehlungen.

Für *Walter Siebel* erschließt die gegenwärtige urbanistische Diskussion einer Kulturpolitik in enger Allianz mit der Stadtplanung weiter viel versprechende Perspektiven – hier spürt man deutlich die Nähe zum Ausgangsdiskurs »Suchet der Stadt Bestes ...« In dramaturgischer Spannung dazu findet sich *Norbert Lammerts* Appell, eine identitätsstiftende, der Aufklärung wie dem Nationalen verpflichtete Leitkultur in das Zentrum der Kulturpolitik zu stellen, nicht aber einen puren Verfassungspatriotismus. Ein Bekenntnis anderer Statur zu Moderne und Aufklärung liefert *Gerhard Schulze*, wenn er Teleologie, Fortschrittsoptimismus und instrumentelle Vernunft als vertraute Signaturen abgelöst sehen will durch die Suche nach den Seinsqualitäten, nach der Kultivierung des eigenen wie des sozialen Lebens also.

Pluralitätserfahrungen begleiten die kulturelle Diversifizierung der letzten Jahrzehnte. *Eva Krings* und *Dieter Gorny* nehmen sich aus unterschiedlicher Blickrichtung – hier die Gesellschaft der Lebensstile, da die expansive Medien- und Informationsgesellschaft – des Phänomens an, um in der kulturpolitischen Konsequenz für eine ästhetische Bildung zu plädieren, die zum kompetenten Umgang mit kultureller Differenz und Medien befähigt.

Breite Panoramen des gesellschaftlichen Wandels in den westlichen Industriestaaten bilden *Max Fuchs, Rolf G. Heinze* und *Hermann Schwengel* ab. Die Kursvorgaben für die kulturpolitische Praxis münden bei Fuchs in einen gesellschaftsreformerischen Ansatz, der Disparitäten wirtschaftlicher Macht und der Zugangschancen zu Bildung und Kultur aufheben will, bei Heinze in der zivilgesellschaftlichen Idee, das Bürgerengagement zu stärken, und bei Schwengel in der Erkenntnis, dass Europa ungewünscht zur Arena kultureller Globalisierung aufgestiegen ist, aber zugleich dank der Aufklärung die Chance zu Vermittlung und Interessensausgleich hat.

Kulturpolitik in veränderten Kontexten ließe sich als Motto über die anschließenden Beiträge setzen. *Olaf Schwencke* und *Edda Rydzy* schließen die europäische Dimension auch der deutschen Kulturpolitik auf, in der die Selbstverpflichtung aufscheint, »Europa eine Seele zu geben«. *Wolfgang Thierse* lotet die kulturpolitischen Folgen der deutsch-deutschen Vereinigung aus: die souveräne Implementierung einer Bundeskulturpolitik, die Sichtung des kulturellen Reichtums in Ostdeutschland und die übertragbaren Erfahrungen gelungenen Krisenmanagements. *Monika Griefahn* schließlich thematisiert Kultur als vernachlässigte Größe im Nachhaltigkeitsdiskurs mit dem Petitum, die Potentiale kultureller Vielfalt und kultureller Bildung so zu nutzen, dass als Kulturleistung die Rückbesinnung auf die Lebensgrundlagen ablesbar ist.

Die vorgestellten Positionsbekundungen – so unterschiedlich sie sein mögen – lassen ein kulturpolitisches Grundverständnis durchschimmern, das Kulturpolitik weiterhin als demokratisierende Gesellschaftspolitik aktualisieren möchte. Dieser Geist eint die präsentierten Stellungsnahmen, und auch der nachfolgende Text zu den Konturen einer Kulturpolitik der Zweiten Moderne hat hier sein Fundament.

Begründungsnotstände

Aufbruchstimmung herrschte in der bundesdeutschen Kulturpolitik während der siebziger und achtziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts.

Für diesen Boom gab es viele und gute Gründe: Die Reflexions- und Reformwilligkeit der Gesellschaft, mithin ihre Bereitschaft zu programmatischen Diskursen war stark ausgebildet. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg, geradezu eruptiv angestoßen in der Studentenbewegung, erörterten die Deutschen in breitem Maße ihre schuldhafte Verstrickung in den Nationalsozialismus und debattierten über den Status der Täter von einst. In diesem Kontext verknüpften sich links-libertäre und sozialliberale Milieus gedanklich mit politischen und kulturellen Strömungen der Weimarer Republik – auch ein Akt politisch-korrekter Erbepflege, in bewusster Abhebung vom geschichtsklitternden Konservatismus der Adenauer-Ära. Weiter bestimmten Themen wie das Ende des industriellen Wachstums, die Abkehr vom städteplanerischen Idealmodell der autogerechten Stadt oder das erstarrte, im sozialen Sinne wenig durchlässige Bildungssystem und die Verteilung wirtschaftlicher Macht die aufgeheizte Stimmung einer innergesellschaftlichen Meinungsbildung. Nicht zu vergessen – politische Richtungsentscheidungen waren vor dem Hintergrund der ideologischen und machtpolitischen Zweiteilung der Welt in westliche und östliche Hemisphäre zu treffen. Sogar kriegerische Auseinandersetzung in der sogenannten Dritten Welt, selbst wenn sie tribalistische, antikoloniale oder ethnische Motive zur Ursache hatten, wurden durchgängig entsprechend kategorisiert und riefen die Weltmächte zur Tat auf. In diesem Klima, begleitet durch den globalen Siegeszug von Rock, Pop, TV und Computer, formte sich im bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat eine »Neue Kulturpolitik« aus, die Kunst und Kultur primär als *fait social* erfasste und sich selbst als Gesellschaftspolitik, als Movens gesellschaftlicher Reformprozesse definierte.

So erfolgreich die »Neue Kulturpolitik« länger als zwei Dekaden agieren konnte, so sicher sind ihre Anhängerschaft heute und die Nachfolger in der Konzeptentwicklung – von der Kulturwirtschaftspolitik bis zum »Kulturpolitik-Pop« – Irritationen ausgesetzt – daran konnte nicht einmal der Bundesbeauftragte für Kunst und Medien, installiert im Rang eines Ministers, etwas ändern. Ratlosigkeit macht sich breit: Solange Kulturpolitik in erklärter Distanz zur Rationalität der Ökonomie an Konstruktion und Vermittlung utopischer Gehalte werkelte, war ihr Aufmerksamkeit in der bundesdeutschen Gesellschaft sicher. Gegenwärtig befindet sie sich, gemessen an öffentlicher Resonanz, Akzeptanz und politischer Durchdringungstiefe ihrer Anliegen, in der Defensive. Ihre abnehmende Konjunktur steht in augenfälligem Gegensatz zum expansiven Kulturgeschehen.

Theater und Museen verzeichnen Zuspruchsrekorde, die Kinobesuche in der Bundesrepublik klettern an, kulturpädagogische Einrichtungen und soziokulturelle Zentren sind in nahezu jeder größeren Stadt mehrfach zu finden. Und für die Bereitschaft der Kommunen, sich mit Event-Kultur selbst zu inszenieren, hat sich als Krankheitsbeschreibung der Terminus »Festivalitis« eingebürgert. Die Kul-

turwirtschaft in Deutschland bindet über 1 Million Arbeitskräfte und kann nach Berechnungen für das Jahr 2000 42,5 Milliarden Euro Umsatz vorweisen. Vergleicht man das kulturelle Leben der Bundesrepublik Deutschland aus den sechziger Jahren mit dem heutigen Zustand, so lässt sich eine Verzehnfachung der Institutionendichte errechnen. Allein die Anzahl der Museen multiplizierte sich mit dem Faktor 5. Die Bereitschaft zur kulturellen Betätigung darf als Massenphänomen eingestuft werden – Indiz für gewandelte Einstellungs- und Verhaltensmuster in der Gesellschaft sowie für den Erfolg einer Kulturpolitik, die seit den siebziger Jahren die kulturelle Partizipation in der Bevölkerung steigern wollte.

Trotzdem, trotz aller Erfolge befindet sich die gegenwärtige Kulturpolitik in Verteidigungsposition. Verwaltungsressorts werden in Frage gestellt, Positionsbekundungen im Feuilleton haben Seltenheitscharakter, und oft regieren Fiskalpolitiker und Sparkommissare das Spiel, bei dem sich die Kulturpolitik permanentem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sieht. In der Wagenburg ist schlecht argumentieren. Insofern kann es kein Erstaunen auslösen, wenn Legitimationen und Zielangaben für kulturpolitisches Handeln zur Zeit eher diffus und vage ausfallen. Vorrangig getragen von dem Willen, Perspektiven für die Rechtfertigung des eigenen Tuns zu erschließen, finden sich probate Vorschläge für die Diversifikation des kulturpolitischen Handelns, Bekenntnisse zum Disparaten, Plädoyers für gutes Management neben dem Rekurs auf aufklärerische Bildungsideen ebenso wie die Einpassung der Kulturpolitik in die erklärte Stadt- und Wirtschaftsentwicklung. Und in der Praxis ist »Kulturpolitik-Pop« zu einer bemerkbaren Größe aufgestiegen, ein Marketing-Trick nämlich, Kunst- und Kulturvermittlung unreflektiert am Unterhaltungsbedürfnis des Publikums auszurichten und auf diese Weise im günstigsten Fall zur Popularisierung, im schlechtesten zur Banalisierung künstlerischer Anliegen beizutragen.

Sei es auf theoretischer, das heißt konzeptioneller Ebene, sei es in der obwaltenden Praxis – der gesellschaftliche Konsens über eine adäquate, zukunftsbezogene, zukunftstaugliche Kulturpolitik lässt sich kaum mehr herstellen.

Versuch einer Konfliktbetrachtung

Man könnte es sich mit der Erklärung für die eingetretene Situation einfach machen: Die Haushaltsnöte der öffentlichen Hände zeichnen für den politischen Gesinnungswechsel und damit für die kritische Beleuchtung der Kulturpolitik verantwortlich. Die hohe Dauerarbeitslosigkeit in Deutschland und das verhaltene Wirtschaftswachstum haben die Finanzkraft der Städte erschöpft. Ein immer größer werdender Anteil des öffentlichen Haushaltes fließt in Unterstützungsleistungen für sozial schwache Bürgerinnen und Bürger und, da das Steueraufkommen stagniert, wird der Ruf laut, der Staat solle sich auf Kernaufgaben zurückziehen.

Mit Zunahme der Staatsverschuldung häufen sich Vorwürfe, staatliche Verwaltung und Haushaltsführung hätten versagt, und führen über zu der Frage, ob nicht grundsätzlich die Zuständigkeiten der öffentlichen Hand eingeschränkt,

der rechtlich-bürokratische Regelungsmechanismus des Sozialstaates begrenzt werden muss, damit sich eine wohlstandssichernde wirtschaftliche Dynamik wieder ungehemmt entfalten kann. Im Zentrum solcher Kritik steht der distributive Wohlfahrtsstaat selbst als Kostentreiber bei leerer Kasse. Beeinflusst von den friedlichen Revolutionen in Osteuropa, zu deren politischen Visionen die antietatistische Zivil- oder Bürgergesellschaft zählte, inspiriert auch von der radikalen Austeritätspolitik im anglo-amerikanischen Raum, greift die Vorstellung um sich, dass der Bereich des bürgerschaftlichen Engagements mobilisiert werden muss. Die freiwillige Übernahme sozialer Pflichten und Aufgaben durch die Bürgerinnen und Bürger soll nicht nur als sozialpolitischer Notnagel in Krisenzeiten zu verstehen sein, sondern zur Voraussetzung und zum Wesenszug einer starken Demokratie mit prosperierender Ökonomie aufrücken. Die Protagonisten fordern, den Staat zu entlasten, den Bürger aber zu belasten oder – etwas eleganter – zur Verantwortungsübernahme zu bewegen. Staatliche Leistungen der Gesundheitspflege, der Altersversorgung, der Kinderbetreuung, der Kulturpflege und der sozialen Sicherung wechseln allmählich zu den Individuen über, indem sich die öffentliche Hand für nicht mehr zuständig erklären möchte.

Dieser politische Gesinnungswandel erodiert die konventionellen Verfahrensweisen der Kulturpolitik, aber nicht nur, indem der öffentlich wahrgenommenen Verantwortung das bürgerschaftliche Engagement und die kommunitaristische Idee der Bürgergesellschaft provozierend entgegentritt. Überdies beherrschen Postulate nach einer betriebswirtschaftlichen Evaluation der Kultureinrichtungen das Geschehen. Seit einigen Jahren sieht sich die Kulturpolitik mit stets gleichen Aufforderungen konfrontiert: Wirtschaftlichkeitsnachweise für die Kulturförderung und die Kultureinrichtungen beizubringen, die Betriebsstrukturen zu optimieren, im Sinne des betriebswirtschaftlichen Managements Rationalisierungen umzusetzen und insgesamt die staatliche Zuständigkeit zurückzufahren.

Die Vehemenz der öffentlichen Debatte über den Status und die Aufgabenfelder der Kulturpolitik setzt in Erstaunen. Angesichts der marginalen Bedeutung denkbarer Rationalisierungserfolge im Kultursektor für die öffentlichen Haushalte – nur drei bis zehn Prozent der kommunalen Etats, maximal ein bis zwei Prozent der Länderhaushalte werden für die Kultur aufgewendet – liegt die Vermutung nahe, es stecke hinter dem Konflikt mehr als lediglich der Streit um Flurbereinigungen im Spektrum staatlichen Handelns.

Entscheidender dürfte wohl sein, dass sich in den interessengeleiteten Disputen symbolische Politik niederschlägt. Es treffen nämlich – abstrakt formuliert – Positionen eines Ökonomismus meist neoliberaler Provenienz mit einer Kunst- und Kulturauffassung aufeinander, die durchaus politikbestimmend in idealistischer Manier Kunst und Kultur als wertsetzende und sinnvermittelnde Sphäre individueller und gemeinschaftlicher ästhetischer Betätigung von hohen Freiheitsgraden begreift. Das trennt in letzter Konsequenz von Markt und Macht. Leitmotivisch durchzieht dieses Muster die deutsche Kulturgeschichte, ebenso die Geschichte der deutschen Kulturpolitik – wenigstens in ihren demokratischen Zu-

schnitten. Als er die »Schaubühne als moralische Anstalt« betrachtete, hat Schiller – könnte man meinen – in prägnanter Form den Urgrund für diese Motivgeschichte gelegt: »Wenn Gram an dem Herzen nagt, wenn uns Welt und Geschäfte anekeln, wenn tausend Lasten unsere Seele drücken und unsere Reizbarkeit unter Arbeiten des Berufes zu ersticken droht, so empfängt uns die Bühne – in dieser künstlichen Welt träumen wir die wirkliche hinweg, wir werden uns selbst wiedergegeben ...« Autonomieerfahrung, Identität und Freiheit, die Humanisierung des Menschen und der Gesellschaft, also die individuelle und kollektive Emanzipation sind von Schiller bis zu Kandinsky und Adorno in der Kunst aufbewahrt.

Das Konzept der autonomen Kunst als moralisch relevanter Gegenstand prägt als Kernstück das kulturpolitische Selbstverständnis und adelt es zugleich. Dieser Tiefengrund deutscher demokratischer Kulturpolitik, die der Ökonomie und der politischen Macht nicht selten ethische Minderwertigkeit attestierte, dürfte letztlich für die Schärfe des Konfliktes zwischen Fiskal- und Kulturpolitik mit verantwortlich sein, zumal die Idee wirtschaftsgeleiteter gesellschaftlicher Modernisierung einen nicht geringeren Superioritätsanspruch formuliert.

In Anbetracht der veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten – so lautet die These – taugt der Rekurs auf eine idealistische Kunstauffassung kaum noch, um Kulturpolitik zukunftsorientiert zu instrumentieren. Statt sich in den erprobten ideologischen Gegensätzen zu verfangen und in eine einst angefeindete Hermetik zu verfallen, sollte die Kulturpolitik sich gesellschaftstheoretisch neu ausrichten, neue gesellschaftspolitische Aufgabenfelder erschließen

Selbstreflexion der nachindustriellen Moderne: Wohin sollen wir uns orientieren?

Die Arbeiten postmoderner Theoretiker, die als Selbstreflexion der Moderne mit ihren konstitutiven Elementen gelten dürfen, inspirierten Programmschriften der deutschen Kulturpolitik in den letzten Jahren, obwohl deren meist emphatisch vorgetragenes Bekenntnis zur Pluralität, zur Heterogenität der Denk- und Lebensformen selten Anhaltspunkte lieferte für Zieldefinitionen der praktischen Politik. Bezeichnenderweise blieben Konzepte, die sich an der Postmoderne schulten, in der Regel bei einem Appell für Toleranz und Anerkenntnis kultureller Differenz stehen. Wenn weder für die subjektive noch die gesellschaftliche Entwicklung kohärente Formierungen und Evolutionen zuzulassen sind, bleibt nach dem »Tod des Subjekts« und dem »Stillstand der Geschichte« nur eine ironisch-spielerische Betrachtung der Fragmente, des Disparaten und der Paradoxien übrig.

Für eine zeitgemäße Kulturpolitik ist indes vielversprechender, auf die wissenschaftlichen Arbeiten von Heinrich Klotz, Ulrich Beck und Anthony Giddens zurückzugreifen, da auf makro- und mikrosoziologischen Ebene gesellschaftliche Veränderungen, Veränderbarkeiten und Veränderungsnotwendigkeiten behandelt werden. Klotz führte gar für den transitorischen Zustand den Terminus »Zweite Moderne« ein.

Beck hat die Symptome einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation, die sich schlagwortartig skizzieren lassen mit ökologischer Krise, Globalisierung, Individualisierung, Übergang zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, Massenarbeitslosigkeit bei verhaltenem Wirtschaftswachstum in seiner wegweisenden Studie unter dem Terminus »Risikogesellschaft« subsumiert.

Heute sind der gesteigerte kulturelle Erlebnishunger und die Pluralität der Lebensstilorientierungen beherrschende soziale Wirklichkeit geworden, so beherrschend gar, dass sie sich auch weit jenseits der von der Kulturpolitik beeinflussten Zonen manifestieren. Das Design regiert vor dem Sein, der Wille zur Moral wird durch den Willen zur Form ersetzt. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen der neunziger Jahre stellen den politischen Konsens der westlichen Industriestaaten auf die Probe. Das Wohlfahrtsstaatsmodell selbst, wonach unter staatlicher Regulierung der Ausgleich zwischen kapitalistischer Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand für die Bevölkerung herbeigeführt wird, ist bis in die Grundfesten erschüttert. Beck kann sicherlich zugestimmt werden, wenn er aufzeigt, dass der Wohlfahrtsstaat als Generalagent des Risikoschutzes ein typisches Ergebnis sei des »demokratisch aufgeklärten Industrialismus« und der »*ersten* Moderne – mit ihrem Schwergewicht auf Industrie, Nationalstaat, Klassen, Männer- und Frauenrollen, Kleinfamilie, Technikglauben, wissenschaftlichem Wahrheitsmonopol etc.« (Beck 1996: 22) Nun aber ruft Beck zur reflexiven Modernisierung eben dieser Moderne auf, zur mutigen Umgestaltung der Industrieepoche, zur Neufassung des Sozialen und einer Weiterentwicklung der urbanen Demokratie.

Es gilt keinen Verlust zu beklagen, sondern zu erkennen, welche Gewinne wir davontragen können. Kulturpolitik kann sich erfolgversprechend an der Revision der Moderne beteiligen. Hat sich doch erwiesen, dass nach den Erfolgen der »Neuen Kulturpolitik« »Kulturpolitik-Pop«, Sparen als Politikersatz oder die Einführung der Verwaltungsstrukturreform letztlich keine überzeugenden Zielmarken für kulturpolitisches Handeln abgeben.

Konfigurationen für eine Kulturpolitik der Zweiten Moderne

Wo finden sich Zielmarken und Aufgaben einer Kulturpolitik der Zweiten Moderne? Was geschieht, wenn die Verlässlichkeit einer Teleologie der Geschichte, der nationalen Einheit, des emanzipatorischen Aufklärungsanspruchs und wenn die Verlässlichkeiten der staatlichen oder auch der künstlerischen Machtausübungen aufgekündigt werden? Kulturpolitik lernt sich zu bescheiden und kehrt in den Dialog mit der Gesellschaft zurück. Die Begegnungen mit der Wirtschaft, mit Bürgerinnen und Bürgern und mit den Künsten werden unverkrampfter, öffnen neue Horizonte.

Sobald das Kulturstaatsparadigma und der für das demokratische Deutschland charakteristische kulturpolitische Zug moralisch-ästhetischer Überlegenheitsbehauptungen, die in der Definition des Ästhetischen gründen, die kultur-

politische Praxis in geringerem Maße beeinflussen, ist die Kulturpolitik ihrem eigenen Selbstverständnis nach nicht länger zur umfassenden Korrektur der Gesellschaft durch Erziehung aufgerufen. Sie kann die *Pluralität der Lebenswelten*, der sozial-kulturellen Ausdrucksformen und der Künste akzeptieren, die Auseinandersetzungen mit und bildende Vermittlung von eigenen und fremden Kulturen mit einer Sensibilität für Differenz und Toleranz betreiben. Der Umgang mit dem kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft, mit der Historie und den Prozessen der Identitätsfindung wandelt sich ebenso wie insgesamt die Muster der kulturellen Bildung. Kulturpolitik findet zu einem souveränen Austausch mit minoritären oder außereuropäischen Kulturformen, der durch das Bemühen um erweiterte Anerkennungsbeziehungen geprägt ist.

In der Transformation des *urbanen Zusammenlebens* kann Kulturpolitik sich jetzt, da sie die soziale Integration und die Verantwortung für ein kulturvolles Miteinander nicht mehr im Alleingang schultern möchte, partnerschaftlich mit der Wirtschaft und den Bürgern alliieren – zum Besten der Stadt, der Region. Nachdem die Feindbilder von Kulturindustrie, Kulturkonsum und Erlebnisbefriedigung vergangenen Wettbewerben um Meinungsführerschaft angehören, weil die Rolle des alleinigen Sachwalters für das Ästhetische problematisch geworden ist, steht einer klugen Induzierung kulturwirtschaftlicher Prozesse, Public-Privat-Partnership-Unternehmungen in Stadt und Region nichts entgegen, wobei der Kulturpolitik dann die Position zukäme, die höchste Kulturkompetenz in Aushandlungsverfahren einzubringen. Dieses wäre eine adäquate Antwort auf die rasante Entwicklungsdynamik der Kulturindustrie. Im selben Kontext bedarf die soziale, funktionale und kulturelle Veränderung städtischen Zusammenlebens besonderer kulturpolitischer Beachtung: der Stadtumbau, die Konversion industrieller Zonen, die funktionale und kulturelle Reorganisation von Urbanität und die Beschäftigung mit den Phänomenen der schrumpfenden Stadt erfordern von einer Kulturpolitik der Zweiten Moderne eine Neuorientierung und ein aktives Eingreifen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Stand für die »Neue Kulturpolitik« auf der Agenda, den Lebenswert, die Lebensqualität der Stadt zu erhöhen und die demokratische Teilhabe weitester Bevölkerungskreise an Kultur und Politik zu ermöglichen, so gilt es heute stärker, zum Beispiel die Rolle künstlerischer Produktivität und kulturgeleiteter Wirtschaftsansiedlungen in einer tiefgreifenden Stadtumgestaltung zu definieren. Nicht selten übernehmen die Künste Pionier- und Pilotfunktionen im Umgestaltungsprozess.

Nach einer angemessenen kulturpolitischen Integration verlangt weiter das *bürgerschaftliche Engagement*. Bildungsgrad und Freizeit der Bevölkerung westeuropäischer Staaten sind gestiegen, der Wunsch, sich selbst kulturell auszudrücken, ebenfalls. Weit verbreitet ist die Abwehr einer staatlichen Bevormundung in Sachen Kultur. Insofern nimmt es nicht wunder, dass viele Bürgerinnen und Bürger mit Einsatzfreude sich kulturell betätigen, eigene Institutionen und Assoziationen gründen und schon vorhandene Kultureinrichtungen massiv unterstützen möchten. Der Anschein will es, als entwickele sich aus einem sozialen Einstel-

lungswandel eine neue Aufgabenabgrenzung für die Kulturpolitik zwischen Staat und Gesellschaft. Kulturadministrationen müssen sich öffnen, veränderte Kommunikationsformen einstudieren, wenn sie dabei behilflich sein wollen, bürgerschaftliches Engagement zu qualifizieren und Kulturaktivitäten zu unterstützen. Aber was ist verwerflich daran, wenn Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur selbst in die Hand nehmen, Freundes- und Förderkreise für schon etablierte Kultureinrichtungen installieren, an der Vergabe öffentlicher Kulturförderungen mitwirken und eigenständige Förderinstitutionen wie *Community Foundations* in Leben rufen? Die Kulturpolitik muss nicht das Dirigat für derartige Prozesse ausüben wollen, sondern sollte wie ein Katalysator wirken. Konventionen des Umgangs, der gemeinsam getragenen Verantwortung und Prinzipien der Steuerung müssen zwischen Kulturverwaltungen, demokratischer Kulturpolitik, Kulturinstituten und bürgerschaftlichem Engagement neu ausgehandelt werden. Die Rollenverteilungen sind in Regelungen des *cultural governance* festzuhalten – eine längst überfällige Übung.

Es galt die Doktrin, Kulturpolitik habe die Nationalkultur zu privilegieren. Darunter litten nicht nur fremde Sprachen und fremde Kulturen, sondern auch lokale und regionale Idiome, Partikularinteressen und regionale Kulturformen, die, als traditionalistisch oder atavistisch stigmatisiert, von der Nationalkultur mit universalistischem Geltungsanspruch überformt wurden. Die Erfahrung der Globalisierung und der europäischen Integration lassen die Erkenntnis wachsen, dass der Rückbezug auf die *Region als kulturelle Einheit* für die kollektive Identitätsfindung unerlässlich wird. Sobald Kulturpolitik der Aufgabe enthoben ist, der nationalkulturellen Einigung im eigenen Lande zur Vorherrschaft zu verhelfen, kann sie sich auf die spannenden Wechselwirkungen von Globalität, Nationalität und Regionalität einlassen und unbeschadet die Spezifik der lokalen oder regionalen Kulturgeschichte und die Alleinstellungsmerkmale kultureller Ausdrucksformen einer Region befördern.

Auch eröffnet sich in einer Kulturpolitik der Zweiten Moderne der Weg zur sachgerechten Beschäftigung mit dem komplexen Phänomenen der *Interkulturalität und der Migrationskulturen* in der Mehrheitsgesellschaft. Sollten nicht kulturelle Agenturen der Gesellschaft wie Kunst, Bildung, Wissenschaft und Religion vermittelnde und integrierende Funktionen in sozialen Konflikten zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Migranten, die latent oder virulent immer vorhanden sind, einnehmen, indem sie zur schrittweisen Erweiterung von Anerkennungsbeziehungen beitragen und Formen gesellschaftlicher Teilhabe fördern? Diese Perspektive im Sinne Axel Honneths erschließt der Kulturpolitik Orientierungen für die praktische Auseinandersetzung mit den kulturellen Äußerungen von Migrantinnen und Migranten im gesellschaftlichen Kontext von Macht- und Durchsetzungsdisparitäten.

»Noch nie war eine Gegenwart vergangenheitsbezogener als unsere eigene.« Mit dieser Sentenz leitet Hermann Lübbe seine Zeitdiagnose zur progredienten Musealisierung unserer kulturellen Umwelt ein. Das gleiche Urteil ließe sich über

die gegenwärtige *Wahrnehmung der Künste* fällen. In Zeiten beträchtlicher gesellschaftlicher Verunsicherung bekennt sich die Rezeption von Literatur, Musik und Bildender Kunst gern und stabilitätsheischend zu den »Klassikern«. Es gehört weiterhin zu den vorrangigen Aufgaben der Kulturpolitik, die Kulturinstitutionen zu unterhalten, sie immer wieder für die ästhetische Selbstreflexion der Gegenwart aufzuschließen und in Sonderheit künstlerische Innovationen zu fördern, die sich auch einer marktwirtschaftlichen Verwertung verschließen dürfen und sich Rezeptionskonventionen verweigern. »Kunst«, stellt Nida-Rümelin fest, »agiert an den Grenzen der Lebenswelt. Sie erlaubt Verständigung auch dort, wo die Alltagssprache versagt, und erschließt Erfahrungen, die nur über das Medium der Kunst zugänglich sind. Kunst ermöglicht eine bestimmte Form der Transzendenz – die Überschreitung des begrenzten Horizontes unserer Lebenswelt.« Und diese Erkenntnis ist Heinrich Klotz und Peter Weibel zu danken: Unter den ästhetischen Innovationen verdient die Medienkunst, die Kunst in audiovisuellen und digitalen Räumen, als Kunstform der Zweiten Moderne eine hervorgehobene Aufmerksamkeit – an der Schnittstelle Architektur und Kunst, bei der kritischen Beobachtung der Moderne durch sich selbst. Dank ihrer Polyperspektivik, der Mehrdimensionalität, Prozesshaftigkeit und Interaktivität scheint die neue Medienkunst nachgerade die der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechende Form der ästhetischen Verarbeitung zu sein, weil sie ihr Fundament nicht auf der Autonomie des Kunstwerks und der Einzeltäterschaft des Autors hat.

Die Modernisierung der nachindustriellen Gesellschaft ist in mehrfacher Hinsicht ein kulturgeleiteter Prozess. Die kreativen Industrien spielen eine einflussreiche Rolle in Ökonomie und Stadtentwicklung, die Ausdehnung der Informations- und Mediengesellschaft scheint unaufhaltsam zu sein. Die Vermutung liegt nahe, dass die *kulturelle Bildung*, wenn sie künstlerische Fertigkeiten und ästhetische Erfahrungen im weitesten Sinne vermittelt, erfolgssichernde Qualifikationen für den gesellschaftlichen Strukturwandel erschließt. Kulturelle Bildung intensiv zu fördern, sie in Lern-, Bildungs- und Kultureinrichtungen verlässlich zu verankern, bedeutet mehr als ein Bekenntnis zu einer humanistischen Persönlichkeitsbildung – ihr Erfolg entscheidet mit über die Zukunftsfähigkeit der Zweiten Moderne.

Eine Kulturpolitik der Zweiten Moderne erschließt, wie an ausgewählten Beispielen zu demonstrieren war, neue Aufmerksamkeiten und Handlungsgebiete. Sie führt aus den Aporien ritualisierter Verteidigungsbemühungen bisheriger kulturpolitischer Praxis heraus und weitet den Blick der Akteure für eine spannende Zukunft.

Literatur

Beck, Ulrich (1996): »Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: Beck, Ulrich/Giddens, Athony/Lash, Scott: *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt am Main, S. 19–112

Beck, Ulrich (1991): *Politik in der Risikogesellschaft*, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*, Frankfurt am Main

Glaser, Hermann (1991): *Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn

Glaser, Hermann/Stahl, Karl-Heinz (1974): *Die Wiedergewinnung des Ästhetischen*, Frankfurt am Main

Hoffmann, Hilmar (1979): *Kultur für alle*, Frankfurt am Main

Honneth, Axel (1993): *Kampf um Annerkennung. Zur Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main

Kulturpolitische Mitteilungen (Jg. 1998–Jg. 2002), Bonn

Klotz, Heinrich (1996): *Die Zweite Moderne*, München

Lübbe, Hermann (1988): »Der verkürzte Aufenthalt in der Gegenwart«, in: Kemper, Peter: *»Postmoderne« oder Kampf um die Zukunft*, Frankfurt am Main, S. 145–164

Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt am Main

Schiller, Friedrich: »Die Schaubühne als moralische Anstalt betrachtet«, in: *Schillers sämtliche Werke* (1910), Bd. 10, Leipzig, S. 46–53

Wagner, Bernd (1993): *Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik*, Essen

Weiss, Christina (1999): *Stadt ist Bühne*, Hamburg

Walter Siebel

Gefährdungen, Chancen und Widersprüche der Stadtkultur

Seit es eine Diskussion über die Stadt gibt, gibt es eine Diskussion über die Krise der Stadtkultur. Die industrielle Großstadt des 19. Jahrhunderts galt ihren konservativen Kritikern als Grab des Menschengeschlechts und einer humanen Kultur. Im 20. Jahrhundert fürchtete man den Verlust der Urbanität durch den modernen Städtebau. Die Stichworte der aktuellen Diskussion zur Krise der Stadt und ihrer Kultur sind geläufig. Ich werde sie zu Anfang nur kurz erwähnen (I) und einige Gegenargumente nennen, die für eine sogar wachsende Relevanz von Stadtkultur sprechen (II). Den Schluss bilden einige Überlegungen zu den Widersprüchen und Ambivalenzen der Stadtkultur (III).

I. Die Gefährdungen der Stadtkultur

Die aktuellen Diskussionen zur Krise der Stadt lassen sich auf vier Schlagworte verkürzen:

Erstens die *Globalisierung*. Sie bedroht die Autonomie der Kommunen durch einen weltweit organisierten Finanzmarkt, der die Refinanzierungsbedingungen der Kommunen unkalkulierbar macht, und durch das Eindringen international tätiger Investoren in den deutschen Immobilienmarkt, wodurch die Handlungsspielräume der Stadtpolitik gleich doppelt gefährdet werden: die marktfernen Bestände der Wohnungsversorgung und ihre Träger schwinden. Die Kommunen verlieren sowohl Mittel für eine sozial orientierte Wohnungspolitik wie wichtige Partner der Stadtentwicklung. Schließlich müssen die Kommunen in einer globalisierten Konkurrenz alle Kräfte konzentrieren, um wenigstens mit einem Leuchtturm-Projekt oder einem Großereignis für einen fernen Investor sichtbar zu werden. Für andere Felder und Räume der Stadtpolitik bleiben da selten genügend Ressourcen. Die aber wären dringend nötig, denn mit den weltweiten Wande-

rungsbewegungen – ein weiterer Aspekt der Globalisierung – wachsen die Anforderungen an die Integrationskraft der Städte.

Zweitens der *ökonomische Strukturwandel*. In der Dienstleistungsgesellschaft vertiefen sich die Spaltungen der Stadt. Mit dem Rückzug der Industrie verhärtet sich die Arbeitslosigkeit bei gewerblich qualifizierten Männern, denn die neuen Dienstleistungsarbeitsplätze verlangen entweder höhere Qualifikationen oder sind weiblich und werden an anderen Orten geschaffen. Innerhalb des Beschäftigungssystems wachsen die Einkommensunterschiede. Die Dienstleistungsgesellschaft wird auf absehbare Zeit eine ungerechtere Gesellschaft sein als die Industriegesellschaft in ihren goldenen Jahren nach dem zweiten Weltkrieg.

Drittens der *demografische Wandel*. Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird weniger und älter, sie wird auch heterogener und zwar keineswegs nur aufgrund des Imports von kultureller Differenz durch Migration, sondern auch, weil moderne Gesellschaften aus sich heraus Heterogenität erzeugen. Dabei ist es keineswegs ausgemacht, dass die sozialen und kulturellen Distanzen zwischen einem grün-alternativen Akademiker-Milieu und den Resten des traditionellen Arbeitermilieus geringer sind als die zwischen letzterem und zugewanderten Türken.

Viertens die finanzielle und politische *Erosion der Kommunalpolitik*. Globalisierung und Deindustrialisierung schränken den Handlungsspielraum der Stadtpolitik ein. Das gilt auch für die demographische Entwicklung. Das Gemeindefinanzsystem ist auf Wachstum ausgerichtet. Bei schrumpfenden Einwohnerzahlen und Arbeitsplätzen sinken die Steuereinnahmen und die Schlüsselzuweisungen. Den Kommunen gehen gerade dann die finanziellen Mittel verloren, wenn sie sie dringend zur Gegensteuerung benötigen. Hinzu kommt die Erosion der politischen Basis kommunaler Politik. Der Idealtypus des Stadtbürgers, der über Grundeigentum und Geschäft sein Schicksal an das der Stadt gebunden hat, ist keine relevante Figur mehr. Es dominieren Investoren mit überlokalen Orientierungen. Auch die alltagspraktische Bindung der Bewohner an ihre Stadt schwindet. Solange die Stadt die Einheit des Alltags ihrer Bewohner war, das heißt solange der Städter in der Stadt, in der er wohnte, auch arbeitete, seine Kinder zur Schule schickte, sich versorgte und seine Freizeit- und Kulturinteressen verfolgte, solange gab es eine Stadtbürgerschaft, die in sich selbst die Konflikte zwischen Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr austragen musste. Heute ist der Alltag der Bürger oft arbeitsteilig über verschiedene Gemeinden hinweg organisiert. Von A verlangt man deshalb nur ungestörtes Wohnen, von B einen expansiven Arbeitsmarkt, von C mit dem PKW erreichbare Einkaufsmöglichkeiten und von D ein differenziertes Kulturangebot. Die Stadtbürgerschaft zerfällt in Kundengruppen, die auf der Erfüllung hoch spezialisierter Wünsche bestehen. Die Kommune verliert die politische Basis für den Kern kommunaler Politik, nämlich einen Ausgleich zu finden zwischen den divergierenden Anforderungen von Arbeiten, Wohnen, Erholung und Verkehr.

Treffen diese Entwicklungen in einer Stadt zusammen, eventuell noch überhöht durch Abwanderung, Transformationsfolgen und forcierte Deindustriali-

sierung, dann können sich daraus *Circulus-Vitiosus-Effekte* entwickeln, die von den Städten nicht mehr unterbrochen werden können. Wenn die Zahl der Menschen in einer Region oder einem Stadtteil zurückgeht, sinkt die Kaufkraft, was öffentliche und private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen veranlasst, ihre Angebote einzuschränken, woraufhin weitere Haushalte, vorwiegend die bessergestellten, abwandern. Die Banken vergeben weniger Kredite, es lohnt nicht mehr, in Immobilien zu investieren, das Gebiet verkommt auch äußerlich, was weitere Abwanderung auslöst. Zurück bleibt eine benachteiligte Bevölkerung, die sich Mobilität nicht leisten kann, in einem heruntergekommenen Gebiet, das durch mangelhafte Versorgung, mieses Image und eine Kultur der Armut weitere benachteiligende Effekte entwickelt. Und die Städte verlieren die Fähigkeit, diesen Prozessen der Ausgrenzung gegenzusteuern.

Die Krise der Stadt ist immer auch eine ihrer Kultur. Dass sinkende finanzielle Spielräume die Qualität und die Vielfalt der kulturellen Einrichtungen einer Stadt bedrohen, muss nicht erläutert werden. Ebenso offensichtlich sind die selektiven Effekte einer globalisierungsbedingten Festivalisierung auf die zeitlichen, räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkte städtischer Kulturpolitik. Aber Stadtkultur ist mehr als eine Kultur der kulturellen Einrichtungen. Stadtkultur ist auch eine besondere Lebensweise, die den Städter von den Bewohnern des Landes unterscheidet, und Stadtkultur ist eine Hoffnung. Die europäische Stadt ist nicht zu verstehen ohne das Versprechen, als Städter ein aus den politischen, ökonomischen und sozialen Beengungen des Landes befreites Leben führen zu können. Beides, die urbane Lebensweise und die Stadt als Hoffnung auf ein besseres Leben, wird durch die oben genannten Entwicklungen infrage gestellt.

Stadtkultur als Lebensweise: Nach Simmel (1995) zwingt die Überfülle der Reize der Großstadt den Städter, sich mit Gleichgültigkeit, Distanziertheit, Blasiertheit und Intellektualtiät gegen die Überforderung seiner Sinne zu wappnen. Diese urbane Mentalität ist aber mehr als Selbstschutz, sie ist auch eine Voraussetzung für die Möglichkeit einer produktiven Kultur der Stadt. Stadt lässt sich definieren als ein Ort, wo Fremde leben. Die urbane Indifferenz des simmelschen gelernten Großstädters macht das Zusammenleben von Fremden möglich, ohne dass Fremdheit beseitigt werden müsste. Der Fremde ist nach Simmel (1992) der »objektive Mensch«, den die Distanz zu seiner Herkunftskultur wie zu der der Einheimischen zu besonderer Reflexion und zu besonderen Leistungen befähigt. Aus dem Zusammenleben von Fremden entsteht erst Stadtkultur als produktive Auseinandersetzung mit Differenz.

Aber das stadttypische Zusammenleben von Fremden verlangt dem Städter einiges ab, denn der Fremde ist doppelt beunruhigend: als der Unbekannte und als der Andersartige. Begegnungen mit dem unbekannten Fremden schaffen Situationen, die man nicht kontrollieren kann, da man das Verhalten des anderen nicht einzuschätzen weiß. Begegnungen mit dem andersartigen Fremden schaffen noch viel tiefergehende Beunruhigungen. Dem Fremden werden typischerweise ungehemmtere Aggression und Sexualität unterstellt. Damit ist er auf bedrohli-

che Art verlockend: er erinnert den Städter an das, was dieser in einem mühsamen Prozess der Zivilisierung (Elias 1976) gelernt hat sich zu verbieten. In der Begegnung mit dem Fremden droht also der Verlust der äußeren wie der inneren Kontrolle. Simmels Großstadtbewohner hat gelernt, mit dieser doppelten Beunruhigung zu leben, indem er sich mit urbaner Indifferenz dagegen abschottet. Aber urbane Indifferenz hat psychische und ökonomische Voraussetzungen, die nur für Minderheiten gegeben sind. Urbane Indifferenz setzt psychische Gesundheit, eine gesicherte private Sphäre und ökonomische Unabhängigkeit voraus. Simmels gelernter Städter benötigt nicht nur eine stabile psychische Struktur, in der die Errungenschaften des Zivilisationsprozesses fest verankert sind, sondern auch eine gesicherte private Sphäre der Intimität und Emotionalität. Blasiertheit und Distanz gegenüber allem und jedem dürfte kaum mit psychischer Gesundheit vereinbar sein. Außerdem kann sich nur der ökonomisch Unabhängige anderen gegenüber Gleichgültigkeit, Blasiertheit und Distanz leisten. Wer keinen sicheren Arbeitsplatz hat oder wenigstens in die sozialstaatlichen Netze fest integriert ist, der ist auf die Hilfen aus den Netzwerken von Verwandtschaft und Nachbarschaft angewiesen. Solche Hilfen werden dem Blasierten und Gleichgültigen nicht gewährt. Man findet deshalb die Tugend urbaner Indifferenz nicht in den Vierteln der Zuwanderer und der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten. Das heißt aber auch, dass mit zunehmender Migration, Arbeitslosigkeit und Armut die subjektiven und objektiven Voraussetzungen des simmelschen Großstadtcharakters (s. Häußermann 1995) verloren gehen. Zudem lenken die Wohnungs- und Arbeitsmärkte die Zuwanderer in die Nähe zu den einheimischen Verlierern des Strukturwandels. Diese aber sind am wenigsten in der Lage, produktiv mit dem Fremden umzugehen. Im Gegenteil, sie benötigen Sündenböcke, und für diese Rolle haben sich zugewanderte Fremde schon immer gut geeignet. Wenn aber urbane Indifferenz in aggressive Abgrenzung und Konflikt umschlägt, dann zerfällt die Kultur der Stadt als eines Modus des produktiven Umgangs mit Differenz.

Stadtkultur als Hoffnung: Stadt beginnt als Befreiung vom Naturzwang. (Siebel 2004: 21 f.) Der erste Städter war der, der sich nicht täglich mit einer unkultivierten Natur auseinandersetzen musste, um zu überleben. Im Mittelalter ist die europäische Stadt Ort der Emanzipation des Bürgers als eines politischen und ökonomischen Subjekts. Im 19. Jahrhundert wird die Großstadt zur Bedingung von Individualisierung und im 20. Jahrhundert mit industriellem Wachstum und dem Ausbau sozialstaatlicher Sicherungen zum Ort der Integration des Proletariats, später auch von Flüchtlingen und Migranten. Die Kultur der europäischen Stadt ist untrennbar verbunden mit der Geschichte ökonomischer, politischer und sozialer Emanzipation und Integration. Ihre Attraktivität ist nicht zu verstehen ohne das Versprechen, als Städter ein besseres Leben führen zu können. Wer in die Stadt zieht hofft, sich aus ökonomisch und politisch beengten Verhältnissen ebenso zu befreien wie aus den unentrinnbaren Kontrollen dörflicher Nachbarschaft. Mit der Anonymität der großen Stadt ist auch die Hoffnung verknüpft, sein Leben noch einmal neu beginnen zu können, eben weil einen dort niemand

kennt, der einen auf die alte Identität verpflichten würde. All diese Hoffnungen aber setzen voraus, dass die Arbeitsmärkte, die Wohnungsmärkte und das politische System der Stadt offen sind für den Neuankömmling. Das ist heute nicht mehr der Fall. Wenn Minderheiten die politischen Bürgerrechte vorenthalten sind und wenn Menschen davon bedroht sind, aus den Arbeits- und Gütermärkten und aus den sozialen Netzen der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden, dann ist das die radikalste Verneinung von Stadtkultur als einer Kultur der Emanzipation und der Integration.

Zerfall der urbanen Kultur eines zivilisierten Umgangs unter Fremden und Stadt als Ort der Ausgrenzung zeichnen ein finsteres Zukunftsbild. Aber es gibt Gegentendenzen, die die Zukunft der Stadt und ihrer Kultur in einem helleren Licht erscheinen lassen.

II. Die Chancen der Stadtkultur

Kultur als Industrie: Die direkte ökonomische Relevanz der Stadtkultur wächst. Städtetourismus ist vor allem Kulturtourismus und die ökonomische Bedeutung des Tourismus wird weiter steigen. Große Investitionen in den Kernstädten sind zunehmend Investitionen im Konsum-, Freizeit- und Unterhaltungsbereich. Nach einer Studie des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums arbeiten selbst im Ruhrgebiet mehr Menschen in der Kulturwirtschaft als im einst die Region dominierenden Bergbau, nämlich 42 000 Kulturschaffende im Vergleich zu 39 000 Bergleuten. Unter Bedingungen des Schrumpfens werden viele private Güter- und Dienstleistungsangebote stärker auf die Städte konzentriert sein müssen, da in der Fläche nicht mehr genügend Nachfrage vorhanden sein wird. Der Rückgang der Bevölkerung zwingt auch zu einer Rezentralisierung der öffentlichen Infrastruktur. Beides wird das relative Gewicht der Städte stärken. Auch die absolute Bedeutung der Städte und insbesondere ihrer urbanen Qualitäten wird zunehmen. Ein steigender Akademisierungsgrad der Bevölkerung und längere Lebenszeit werden die Nachfrage nach städtischen Kulturangeboten steigen lassen.

Kultur als Standortfaktor: Die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Arbeitsort für hochqualifizierte Arbeitskräfte wächst. Der erste Grund dafür ist ihr berufszentrierter Lebensstil. Ein auf die berufliche Karriere konzentriertes Leben setzte früher die Verfügung über einen Haushalt mit einer traditionellen Hausfrau voraus, die den in der Regel berufstätigen Mann von allen außerberuflichen Verpflichtungen entlastete. Heute sind immer weniger Frauen bereit, diese Rolle zu übernehmen, im Gegenteil, sie leben ähnlich karriereorientiert. Dann aber bleiben nur zwei Auswege: radikale Reduktion aller außerberuflichen Anforderungen, insbesondere durch den Verzicht auf Kinder, und die Vergesellschaftung der traditionellen Aufgaben des privaten Haushalts durch das Leben in einer Stadt. Die moderne Dienstleistungsstadt ist eine Maschine, die marktförmig oder als öffentliche Infrastruktur all jene Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stellt, die früher informell durch den privaten Haushalt gewährleistet waren. Der zweite

Grund für eine wachsende Attraktivität der Stadt bei hochqualifizierten Arbeitskräften ist deren Angewiesenheit auf die Anregungen eines urbanen Milieus, um ihre kreativen Leistungen erbringen zu können. Kreativität aber sei – so Richard Florida in seinem Buch »The Rise of the Creative Class« (2002) – die entscheidende Produktivkraft geworden. Deshalb müssten die modernen Betriebe den Wohnstandortpräferenzen der Arbeitskräfte folgen, die über die Schlüsselqualifikation Kreativität verfügen. Die Konkurrenz um (qualifizierte) Menschen und damit die Urbanität, die eine Stadt zu bieten hat, werden zu den entscheidenden Feldern der Stadtpolitik, und zwar nicht nur aufgrund der demographischen Entwicklung, sondern auch, weil die postmoderne Wissensökonomie aufgrund ihres Hungers nach Qualifikation die Arbeitsplätze dort schafft, wo die hochqualifizierten Kreativen leben wollen. Und da die Angehörigen der »kreativen Klasse« sich bei ihren Mobilitätsentscheidungen in erster Linie am urbanen Milieu orientieren, haben – nach Florida – urbane Städte auch die höchsten Innovationsraten.

Die Stadt als Wechselstube: Eine lebendige kulturelle Szene schafft eine attraktive Adresse für Wohnen und Arbeiten. Das haben clevere Developer sich längst zunutze gemacht. Sie locken mit symbolischen Mieten von einem Euro Künstler und Studenten in Immobilien und an Standorte, die aus der öffentlichen Wahrnehmung herausgefallen und also vergleichsweise wertlos sind. Indem diese Kreativen dort eine »Szene« entstehen lassen, rückt der Standort wieder in das Gesichtsfeld der städtischen Öffentlichkeit, es wird schick, dort hinzugehen, später auch, dort zu wohnen und zu arbeiten, die Preise steigen, man schmeißt die Szene wieder raus und verkauft mit Gewinn. Unter Bedingungen einer wachsenden Nachfrage kaufkräftiger Gruppen nach Urbanität wird die Stadt zur Wechselstube, wo kulturelles Kapital in ökonomisches umgewandelt werden kann.

Urbanität als Spannungsverhältnis: Urbane Orte sind Orte der Spannung zwischen Geschichte und Gegenwart, physischer Nähe und sozialer Distanz, Ästhetik und Funktionalität. (Siebel 2004: 49 f.) Deshalb sind heute der Prenzlauer Berg in Ostberlin, eine umgenutzte Industrieanlage im Ruhrgebiet oder ein Einwanderungsquartier in Frankfurt am Main Kristallisationspunkte einer neuen Urbanität. An solchen Orten wird die spannungsreiche Veränderung der Gesellschaft greifbar. Alte Industriegelände sind nicht nur aus ökonomischen Gründen für Existenzgründer und kulturelle Initiativen interessant. Ihre Attraktivität gerade für postindustrielle Nutzer beruht auch auf der Spannung zwischen schwerer körperlicher Arbeit und Industriefeudalismus, die diese Gebäude geprägt haben, und der Realität der neuen Nutzer, die dem nicht mehr unterworfen sind. Die postindustriellen Nutzer können deshalb diese überdimensionierten Räume einer vergangenen Epoche, die von der Macht der Industriebarone, von Ausbeutung, aber auch vom Selbstbewusstsein der Arbeiter erzählen, zu ihren Spiel- und Möglichkeitsräumen verfremden. Im Umbruch von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft liegt auch die Chance für eine neue Dimension der Stadtkultur, in der die wichtigste Epoche der europäischen Stadtgeschichte seit ihrer Gründungsphase, nämlich die 150 Jahre industrieller Urbanisierung,

kritisch angeeignet ist, sei es musealisiert, ironisch verfremdet, künstlerisch verarbeitet oder einfach nur umgebaut für Wohnungen und Büros. Weil die Bewerbung von Essen und dem Ruhrgebiet die außerordentlichen kulturellen Potentiale dieses gesellschaftlichen Umbruchs deutlich gemacht hat und zugleich exemplarisch zeigt, welche Rolle eine neue Stadtkultur bei der Bewältigung dieses Strukturwandels spielen kann und muss, ist »Essen für das Ruhrgebiet« als europäische Kulturhauptstadt für das Jahr 2010 von Deutschland nominiert worden.

III. Jerusalem und Babel

Kultur als Industrie, Urbanität als Standortfaktor, Stadt als Wechselstube und die Rolle von Kultur im gesellschaftlichen Strukturwandel sind Argumente, die auf die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Funktionen von Stadtkultur verweisen. Aber solche Funktionalisierungen unterschlagen die Eigenständigkeit, das Widerständige und das Unplanbare der Stadtkultur. Urbanität erschöpft sich nicht in gutem Theater, angesagten Szenekneipen und gesittetem Flanieren auf baumbestandenen Boulevards. Urbanität hat auch eine Nachtseite. Die urbane Stadt ist immer auch ein Ort der Bedrohung. Begegnungen im öffentlichen Raum der Stadt sind Begegnungen unter Fremden. Sie bieten Chancen für das überraschend Neue und für produktive Auseinandersetzung mit dem Fremden, aber sie drohen auch mit Kontrollverlust und aggressivem Konflikt. In der Anonymität der Stadt gewinnt das Individuum die Chance, sich selbst neu zu erfinden, und der Zuwanderer erhofft sich Freiheit und Erfolg. Aber es droht auch der Absturz in soziale Isolation, ökonomisches Scheitern und psychische Krankheit. Urbanität hat stets einen Stachel gegen die Ordnung und gegen das gesittete Bürgertum. Zur urbanen Stadt gehören auch die informellen und halblegalen Aktivitäten der ethnischen Ökonomie, das Rotlichtviertel und all das, was der honorige Bürger vor anderen Augen zu verbergen sucht. Und zum Fremden als dem Prototyp des Städters zählen auch die Prostituierte, der Golem und Jack the Ripper. Die Straßen der urbanen Stadt folgen nicht nur dem rationalistischen Schachbrettmuster des Hippodamos, sondern auch dem Labyrinth des Dädalus, aus dem niemand mehr herausfindet. Die rationalistischen Konzepte fordistischer Planung wollten der europäischen Stadt das Dschungelhafte und Labyrinthische, das Mythische und Bedrohliche austreiben und zerstörten damit auch das Überraschende, das Sakrale, die Stadt als Heimat und kollektives Gedächtnis. Daher die Sehnsucht nach Wiederherstellung der alten Stadt, aber das einmal Zerstörte kann nur ohne seine Aura wieder neu gebaut werden. Die moderne Stadtplanung hat gute ästhetische, feuerpolizeiliche, hygienische, ökonomische, soziale und verkehrstechnische Argumente für ihre Absichten, das städtische Chaos zu ordnen, aber wenn es ihr gelänge, ihre Ziele restlos zu verwirklichen, wäre das der Tod der Stadtkultur. Planerischer Ordnungsdrang ist immer auch gegen die Qualität von Stadt als Chaos und Differenz gerichtet. Mit den Brutstätten der Seuchen und der Sünden und mit dem Straßenraster anstelle der labyrinthischen Gassen treiben sie der

Stadt auch ein Wesenselement aus. Wo immer die Planung allmächtig war, ist deshalb das Gegenteil von Urbanität entstanden. Die Städte im real existierenden Sozialismus liefern dafür ebenso abschreckende Beispiele wie große Shopping Malls. In der oft beklagten Schwäche der Planung als nie ganz gelingendem Aushandlungsprozess zwischen einer Vielzahl von Akteuren, die mit unzureichenden Mitteln widerstreitende Interessen zu verwirklichen suchen, liegt eine Chance dafür, dass immer wieder urbane Orte in der Stadt entstehen. Das heilige Jerusalem und das sündige Babel sind die Archetypen des Städtischen. Die urbane Stadt muss beides bewahren.

Literatur

Elias, Norbert (1976): *Über den Prozeß der Zivilisation*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2 Bände)

Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class*, New York: Basic Books

Häußermann, Hartmut (1995): »Die Stadt und die Stadtsoziologie«, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 5/2002, S. 89–98

Siebel, Walter (2004): *Die europäische Stadt*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Simmel, Georg (1992): »Exkurs über den Fremden«, in: Rammstedt, Ottheim: *Georg Simmel Gesamtausgabe*, Band 11: *Soziologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 764–771

Simmel, Georg (1995): »Die Großstädte und das Geistesleben«, in: Rammstedt, Ottheim: *Georg Simmel Gesamtausgabe*. Band 7: *Aufsätze und Abhandlungen 1905–1908*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 116–131

Norbert Lammert

Verfassungspatriotismus und Leitkultur

Warum das eine ohne das andere nicht zu haben ist

Es gibt Begriffe, die zur Verdeutlichung des Gemeinten eher ungeeignet sind, ohne die aber nicht einmal die Debatte zustande käme, die zur Klärung der Auffassungen und Absichten dringend geführt werden muss. Mit der »Leitkultur« verhält es sich so ähnlich: Der Begriff ist missverständlich, erklärungsbedürftig, für viele provozierend und erschwert insofern die Diskussion, die er doch befördern möchte. Dabei geht es nicht nur um die Frage, was unsere Gesellschaft im Inneren zusammenhält, sondern vor allem auch darum, ob und wie dieser Zusammenhalt gewahrt, gepflegt und gefördert wird.

I. Die längst klassisch gewordene Frage, ob der moderne demokratische Verfassungsstaat auf normativen Voraussetzungen beruhe, die er selbst weder schaffen noch garantieren könne, ist seit ihrer ersten prägnanten Formulierung durch den Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde Mitte der sechziger Jahre häufig gestellt und regelmäßig mit der Einsicht beantwortet worden, dass der säkularisierte Staat seine normativen Grundlagen nicht aus eigenen Ressourcen erneuern könne, sondern auf weltanschauliche, religiöse, jedenfalls kollektiv verbindliche ethische Überlieferungen angewiesen sei. Fast 40 Jahre später haben mit Jürgen Habermas und Joseph Ratzinger die beiden herausragenden Repräsentanten der zeitgenössischen Philosophie und Theologie das alte Thema in einem öffentlichen Gespräch neu aufgegriffen, zu dem die *Katholische Akademie Bayern* im Januar 2004 unter dem Arbeitstitel »Vorpolitische moralische Grundlagen eines freiheitlichen Staates« in München eingeladen hatte. (Die Texte sind inzwischen publiziert unter den Titel »Dialektik der Säkularisierung – über Vernunft und Religion«, Herder-Verlag 2005.)

Habermas weist darauf hin, dass republikanische Gesinnungen sich inzwischen weitgehend von vorpolitischen Verankerungen gelöst haben, die wie ein gemeinsamer religiöser Hintergrund und eine gemeinsame Sprache für die Entste-

hung einer hoch abstrakten staatsbürgerlichen Solidarität hilfreich gewesen seien. Heute sei das einigende Band der demokratische Prozess selbst. Dabei sieht der Philosoph durchaus die Gefahr einer »entgleisenden Modernisierung der Gesellschaft«, die jene Art von Solidarität auszehren könne, auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen sei: »So liegt es auch im eigenen Interesse des Verfassungsstaates, mit all den kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speist.«

Habermas plädiert für eine selbstkritische Neubestimmung des Verhältnisses von Glauben und Wissen und weist zu Recht auf die unvermeidlichen Anpassungsprozesse hin, die sich daraus für das religiöse Bewusstsein wie für die moderne säkularisierte Gesellschaft ergeben. Zwar habe die Religion ihren Anspruch auf Interpretationsmonopol und umfassende Lebensgestaltung in einem weltanschaulich neutralen Staat verloren, dennoch sei die weltanschauliche Neutralität der Staatsgewalt »unvereinbar mit der politischen Verallgemeinerung einer säkularistischen Weltsicht«. Weder dürften säkularisierte Bürger in ihrer Rolle als Staatsbürger religiösen Weltbildern grundsätzlich ein Wahrheitspotential absprechen noch den gläubigen Mitbürgern das Recht bestreiten, in religiöser Sprache Beiträge zu öffentlichen Diskussionen zu machen. »Eine liberale politische Kultur kann sogar von den säkularisierten Bürgern erwarten, dass sie sich an Anstrengungen beteiligen, relevante Beiträge aus der religiösen in eine öffentlich zugängliche Sprache zu versetzen.«

Ein herausragendes Beispiel für diese Übersetzungsleistung ist die Formulierung allgemeiner Menschenrechte, die den religiösen Gedanken der Gottesebenbildlichkeit aller Menschen in den rechtsförmigen Anspruch auf Unantastbarkeit der Menschenwürde und daraus hergeleitete Grundrechte umgesetzt haben.

Joseph Ratzinger, der damalige Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation, interpretiert die verschiedenen Menschenrechtserklärungen als »in sich stehende Werte, die aus dem Wesen des Menschseins folgen und daher für alle Inhaber dieses Wesens unantastbar sind«, weist aber zugleich darauf hin, dass die Evidenz dieser Werte heute keineswegs in allen Kulturen anerkannt sei: der Islam habe seinen eigenen, vom westlichen abweichenden Katalog der Menschenrechte definiert, und China stelle unbeschadet seiner im westlichen Kulturkreis entstandenen marxistischen Grundauffassungen immer häufiger die Frage, ob es sich bei den Menschenrechten nicht um eine typisch westliche Vorstellung handele, die für die eigene Gesellschaft und ihre Kultur hinterfragt werden müsse. Sowohl die christliche wie die abendländische Vernunfttradition sehen sich ihrem Selbstverständnis nach für universal an, tatsächlich aber müssen sie »anerkennen, dass sie nur in Teilen der Menschheit angenommen und auch nur in Teilen der Menschheit verständlich sind«.

Es ist von kaum zu überschätzender Bedeutung, dass Ratzinger wie Habermas von der Kultur des christlichen Glaubens wie derjenigen der säkularen Rationalität als den »beiden großen Kulturen des Westens« sprechen, deren »faktische

Nichtuniversalität« ausgerechnet der heutige Papst ausdrücklich betont. Unsere säkulare Rationalität ist eben nicht einfach weltweit gleichermaßen evident zu machen: »Ihre Evidenz ist faktisch an bestimmte kulturelle Kontexte gebunden, und sie muss anerkennen, dass sie als solche nicht in der ganzen Menschheit nachvollziehbar und daher in ihr auch nicht im Ganzen operativ sein kann. Mit anderen Worten, die rationale oder die ethische oder die religiöse Weltformel, auf die alle sich einigen, und die dann das Ganze tragen könnte, gibt es nicht. Jedenfalls ist sie gegenwärtig unerreichbar.«

Deshalb sei es in einer globalisierten Welt, in der die einzelnen politischen, ökonomischen und kulturellen Mächte in ihren jeweiligen regen Lebensräumen sich immer stärker wechselseitig berühren und durchdringen und immer mehr gegenseitig aufeinander angewiesen sind, die Aufgabe der Politik, Macht unter das Maß des Rechtes zu stellen und so ihren sinnvollen Gebrauch zu ordnen.

II. Im Lichte dieser Einsichten ist die öffentliche Debatte in Deutschland über die normativen Grundlagen unseres demokratischen Staates und seiner Verfassungsordnung auffällig mutlos. Die sorgfältige Vermeidung von Festlegungen korrespondiert mit dem ausdrücklichen, oft vordergründigen Bekenntnis zur Multikulturalität, Dialogbereitschaft und Toleranz, was immer das auch im Einzelnen bedeuten mag. Dabei ist die Multikulturalität unserer Gesellschaft empirisch ebenso offensichtlich wie die Notwendigkeit verbindlicher Regeln. »Wenn Deutschland multikulturell sein und dennoch seine Identität nicht verlieren soll, braucht es bei allen verschiedenen kulturellen Ausprägungen einen roten Faden, eben eine Leitkultur.« (Kurt Biedenkopf)

Man muss den Begriff nicht mögen, der zweifellos sperrig und erklärungsbedürftig ist. Die begründeten Zweifel an dem Begriff dürfen aber nicht verdrängen, dass jede Gesellschaft einen Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen braucht, ohne die auch ihre Regeln und ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand haben. Kein politisches System kann ohne kulturelles Fundament gemeinsam getragener Überzeugungen seine innere Legitimation aufrechterhalten.

Allein deshalb ist die Debatte richtig und unverzichtbar. Glücklicherweise haben sich die Aussichten deutlich verbessert, dass diese zu lange verweigerte Diskussion jetzt ernsthaft geführt wird. Offenkundig sind in den vergangenen Jahren einige neue Einsichten entstanden. Heute wird beispielsweise nicht mehr – wie noch vor einigen Jahren – der richtige Hinweis auf die Multikulturalität unserer Gesellschaft mit der falschen Schlussfolgerung verbunden, dass es vollkommen gleichgültig sei, ob diese oder jene kulturelle Orientierung in dieser Gesellschaft Geltung beanspruche. Zu lange haben wir verdrängt, dass es nicht nur eine Bereicherung, sondern zugleich eine Herausforderung für eine Gesellschaft ist, wenn unterschiedliche kulturelle Traditionen und Erfahrungen einander begegnen. Es ist unredlich zu leugnen, dass es kulturelle Differenzen gibt, und mindestens leichtfertig, diese Differenzen für belanglos zu halten. Der Anspruch bei-

spielsweise auf Gleichberechtigung der Frau und der Anspruch auf Dominanz des Mannes, beides kulturell begründet, lässt sich in ein- und derselben Gesellschaft nicht verwirklichen, genau so wenig wie der Anspruch auf Trennung von Staat und Kirche, von Politik und Religion auf der einen und der Anspruch auf unmittelbare Geltung göttlichen Rechts auch im politischen und rechtlichen Handeln auf der anderen Seite. Die Freiheit der Medien, von Wissenschaft und Kunst sind kulturell vermittelt und auch deshalb bei weitem nicht so selbstverständlich, wie wir gerne voraussetzen. Wir haben zuviel Zeit mit der vielleicht gut gemeinten Illusion verloren, man könne solche fundamentalen kulturellen Differenzen auf sich beruhen lassen, statt sie zu klären. Inzwischen wird immer deutlicher, dass keine Gesellschaft auf diese Klärung verzichten kann. Deshalb führt der richtige Hinweis auf das in Deutschland für alle hier lebenden Menschen geltende Recht nicht weiter.

Ganz offenkundig gibt es in unserer Gesellschaft kulturell tradierte Vorstellungen von Recht und Moral, die zu der subjektiven Legitimation führen, Konflikte in einer Weise durch »Selbsthilfe« lösen zu dürfen, die mit unserer Rechtsordnung völlig unvereinbar sind. Die erschreckend weit verbreitete Praxis von Zwangsverheiratungen wie insbesondere die so genannten Ehrenmorde als familiäre Sanktion für vermeintlich unehrenhaftes Verhalten machen offenkundig, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Kultur und Recht, und dass man nicht unter Hinweis auf das eine die Bedeutung des anderen für nachrangig erklären darf. Gerade in einer Gesellschaft, die zunehmend multikulturell geprägt ist, wird die Verständigung über gemeinsame und verbindliche Werte und Überzeugungen umso dringender. Die Vorstellung, dass alles gleichzeitig gelten könnte, bedeutet im Ergebnis, dass nichts wirklich gilt. Dieses Konzept von Multikulturalität ist zweifellos gescheitert, wenn es denn je ein Konzept war.

Im Verhältnis zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Minderheit ist manches in Bewegung gekommen, übrigens auf beiden Seiten. Dazu haben nicht zuletzt in Deutschland lebende (Staats-)Bürger mit persönlichen Migrationserfahrungen ganz wesentlich beigetragen. Archaische Familiensitten und Verhaltensmuster stehen nicht mehr unter dem Tabu multikultureller Beliebigkeit und schon gar nicht unter der prinzipiellen Vermutung der Fortschrittlichkeit. Auch die bemerkenswerte Übereinstimmung, mit der inzwischen Behörden, Schulkonferenzen, Vertreter von Parteien wie Bürgerinitiativen, sowohl Ausländer wie Deutsche, die Unverzichtbarkeit der Kenntnis und Anwendung der deutschen Sprache reklamieren, ist allerdings mehr als ein nebensächlicher Beleg für die gewachsenen Einsichten bei fast allen, die sich an dieser Debatte beteiligen oder sie in der Vergangenheit verweigert haben.

Wir sollten in Deutschland nicht einer der beiden großen Übertreibungen zum Opfer fallen, die es gegenwärtig weltweit zu beobachten gibt: zum einen ist das die Anmaßung, zum Beispiel religiöse Überzeugungen mit fundamentalistischem Eifer gleichzeitig als staatliche verbindliche Vorgaben allgemeinverbindlich durchzusetzen. Zum anderen ist es die Leichtfertigkeit, sie für irrelevant, be-

deutungslos und belanglos zu halten. Der zweite Irrtum ist nicht weniger gefährlich als der erste. Manche Intellektuelle haben zu lange in richtiger Distanzierung gegenüber der ersten die zweite Übertreibung gefordert oder befördert.

Ob »die Selbstvergessenheit der Amüsierkultur und der Fundamentalismus, der über Leichen geht, zwei Seiten derselben Medaille sind« (Adolf Muschg), darüber mag man streiten. Dass beide Einstellungen keine tragfähige Basis für eine freiheitliche Gesellschaft sind, ist offensichtlich. Ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Die Leitkultur der Sprache ist im Übrigen eine der Voraussetzungen für gelebte Multikulturalität, die Verständigung ermöglicht und damit friedliches Zusammenleben fördert. Deshalb ist es eine alberne Alternative zu behaupten, es gehe um Vielfalt oder Identität. Das eine setzt das andere voraus.

Im Grundgesetz sind für jedermann, keineswegs nur für die deutschen Staatsbürger, geltende Rechte und (wenige) Pflichten formuliert. Dazu gehören die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, Rede- und Pressefreiheit, Freiheit religiöser Betätigung. Auf diese Verfassung können und dürfen wir stolz sein. Dennoch reicht der gut gemeinte Appell zum Verfassungspatriotismus nicht aus – schon gar nicht als Ersatz für grundlegende Wertentscheidungen und kulturelle Orientierungen. »Entgegen einem weit verbreiteten Missverständnis heißt Verfassungspatriotismus, dass sich Bürger den Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Gehalt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer jeweiligen nationalen Geschichte zu eigen machen. Wenn die moralischen Gehalte von Grundrechten in Gesinnungen Fuß fassen sollen, genügt der kognitive Vorgang nicht.« (Habermas)

Verfassungen fallen nicht vom Himmel und werden dort auch nicht konserviert, wenn die Zeiten auf Erden turbulent geworden sind. Kultur ist die Voraussetzung einer Verfassung. Letztere setzt in rechtliche Ansprüche und Verpflichtungen um, was historisch und kulturell gewachsen ist. Bestand und Wirkungsmacht können Rechte folglich nur haben, wenn ihre kulturellen Grundlagen nicht erodieren. Gerade die deutsche Geschichte bietet für diesen Zusammenhang einen deprimierend deutlichen Beleg. Die Verweigerung oder Vertagung einer als lästig empfundenen Grundsatzdebatte über unverzichtbare normative Voraussetzungen unserer Rechts- und Verfassungsordnung läuft auf die bestenfalls naive Vermutung hinaus, man müsse sich nun um die Wurzeln nicht mehr kümmern, nachdem die Bäume doch so prächtig gewachsen seien.

Die anspruchsvolle und anstrengende Debatte über die Leitkultur in unserer Gesellschaft ist nicht mehr und nicht weniger als die notwendige Selbstverständigung über ihre Grundlagen und gemeinsamen Orientierungen. Dabei spielen Geschichte, historische Erfahrungen, Sprache, Traditionen, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen eine unverzichtbare Rolle.

Ein Dominanzanspruch zwischen Kulturen verbietet sich von selbst, sowohl aus historischer Einsicht wie aus Respekt vor dem Reichtum, den fremde Kultu-

ren darstellen. Für die innere Konsistenz einer konkreten Gesellschaft ist die Durchsetzung eines solchen Anspruches dagegen unverzichtbar. Insoweit ist jede Kultur, die sich selbst ernst nimmt, eine Leitkultur. Leitkultur bedeutet ja nicht, wie Richard Schröder zu Recht, wenn auch zunächst vergeblich angemerkt hat, anderen Ländern deutsche Kultur aufzudrängen, sondern unseren Erfahrungen, Überzeugungen und Prinzipien im eigenen Land Geltung zu sichern.

Zu einer so verstandenen Leitkultur gehört auch das Verhältnis zum eigenen Land. Damit tun sich die Deutschen aus bekannten Gründen nach wie vor schwerer als alle ihre Nachbarn. Für Franzosen wie Briten, Polen wie Ungarn, Spanier wie Italiener gibt es keinen Zugang zu Europa ohne die Vermittlung des Nationalstaates. Sie sind stolz auf ihre Nationen, die sie in eine europäische Gemeinschaft einbringen, aber keineswegs in ihr aufgehen lassen wollen. Nicht mehr und nicht weniger erwarten sie auch von ihren deutschen Nachbarn.

Identitäten brauchen Symbole. Das gilt für Gemeinschaften nicht anders als für Personen. Nationale Symbole sind der sympathische Ausdruck für das Selbstverständnis eines Landes. Aber sie dürfen nicht Ersatz für die Verständigung über die eigenen Grundüberzeugungen sein. Wenn sie Zeichen für etwas sind, was als Substanz dahinter steht, dann sind sie richtig und wichtig. Aber wenn sie anstelle einer nicht vorhandenen Substanz treten sollen, dann werden sie hohl und in vielen Fällen peinlich. Auch Patriotismus setzt Kultur voraus. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Ein entscheidendes Merkmal europäischer Kultur, vielleicht ihr Gütesiegel, ist der Zweifel. Seit der Aufklärung steht hinter dem Anspruch auf absolute Wahrheit nicht der Punkt, sondern das Fragezeichen. Die Verbindung von Vernunft und Glauben, ratio und religio als korrespondierende Prinzipien verantwortlichen Handelns ist ein unaufgebbarer, aber keineswegs gesicherter Fortschritt der Zivilisation. Dieses Leitbild offensiv zu vertreten, ist nicht nur erlaubt, sondern geboten, als Leitkultur für Deutschland allemal.

Gerhard Schulze

Auf der Suche nach der besten aller Welten

Auf dem Genfer Automobilsalon 2003 zeigte *VW* ein Auto mit 1000 PS, das theoretisch auf 400 Stundenkilometer kommen kann. Wie sich dieses Auto am Boden halten soll, ist technisch noch nicht ganz gelöst. Jeder, der sich mit der Frage beschäftigt, was gegenwärtig eigentlich geschieht, muss dankbar sein für diese symbolische Verdichtung intelligenter Ratlosigkeit.

Was am Anfang der Geschichte des Automobils sinnvoll war – Steigerung in jeder Hinsicht –, wird nach hundert Jahren fragwürdig. Das Prinzip ist gut, die eindimensionale Fixierung darauf ist jedoch historisch überholt. Viele Menschen bekommen nicht die Autos, die sie gerne hätten, weil die Konzerne, gefangen in einem seit Ewigkeiten eingespielten Muster der Fortsetzung, angesichts der gewandelten Kundenbedürfnisse wirken wie der Ochs vor dem Berg. Sie verstehen viel von Beschleunigung und wenig von Menschen.

Am Ende der Entwicklung steht gerade nicht der von der Kulturkritik prophezeite Konsumidiot, sondern sein Gegenteil, der autonome Konsument. Begrenzt sind die Zeiten, in denen man den einen mit Prestige kommen konnte, den anderen mit Rauschgoldengeln und den dritten mit Mahatma Gandhi. Der zunehmenden Autonomie der Konsumenten kommen Geräte, Dienstleistungen und fast über Nacht entstandene Handlungsräume mit unendlich vielen Optionen entgegen. Computer, Internet, Handys, Digitalkameras oder DVD-Brenner sind nicht mehr Konsumgüter in dem Sinn, den die altehrwürdige Kulturkritik gegeißelt hat. Der Verbraucher wird hier zum User. Es handelt sich um Produkte, die den Benutzer ähnlich herausfordern wie das weiße Papier den Schriftsteller und die leere Leinwand den Maler. Die Alltagskultur des 21. Jahrhunderts wird dadurch ebenso geprägt werden wie die Alltagskultur des 20. Jahrhunderts durch den Massenkonsum.

Dieser Wandel wird deutlicher im Blick zurück auf ein Filmkunstwerk, das eigentlich als skeptischer Blick nach vorne gedacht war, auf unsere Zeit und darü-

ber hinaus: »Moderne Zeiten« von Charlie Chaplin. Eine berühmte Einstellung zeigt Chaplin als von der Maschine geschluckten und durch ihr Räderwerk gedrehten Arbeiter. Gemacht wurde dieser Film im Jahr 1936. Inzwischen ist die Kritik der Moderne allerdings undeutlich geworden. Ausdrücke wie »Maschinenzeitalter« oder »Dämon Technik« wirken antiquiert. Die Umwelttechnologie ist jetzt eine Zukunftsbranche, die Fließbandfertigung wurde weitgehend durch Roboter zurückgedrängt, und die Beweiner der gestohlenen Zeit sitzen am Computer und surfen im Internet. Seit Chaplins Film ist die Moderne nicht stehen geblieben.

Welchen Film mit dem Titel »Moderne Zeiten« würde Charlie Chaplin denn heute drehen? Ich stelle mir andere Szenen vor als vor einem halben Jahrhundert. Beispielsweise fährt Charlie Chaplin mit seinen Kindern im Großraumauto der neuesten Modellgeneration an den Strand und versucht, sie zum Aussteigen zu bewegen; aber die Kinder bleiben im Auto und sehen sich einen Film an, der zeigt, wie ein Vater mit seinen Kindern am Strand spielt. Oder Chaplin und seine Freundin sitzen händchenhaltend auf einer Parkbank, aber sie reden kein Wort miteinander, weil sie ständig telefonieren, und zwar miteinander.

Ein solcher Film würde Probleme der *Ankunft* ironisieren: Schwierigkeiten, die auftreten, wenn es nicht darum geht, sich neue Möglichkeiten zu verschaffen, sondern die vorhandenen Möglichkeiten gut zu nutzen. Untersuchen wir diesen Wandel an einem beliebigen Beispiel, etwa dem Telefonieren. Innerhalb weniger Jahre wurde der Besitz von Handys so selbstverständlich wie der Besitz von Schuhen. Am Anfang waren Handys noch so groß wie Feldtelefone im zweiten Weltkrieg; inzwischen sind sie so klein, dass man sie kaum noch bedienen kann. Sie mutierten zu Multifunktionsgeräten, mit denen man auch Briefe schreiben, fotografieren, rechnen und navigieren kann.

Steht nun die nächste Handyrevolution vor der Tür? Die Hersteller mögen dies behaupten; eine neue Modellgeneration ist immer schon in der Pipeline. Aber die Hauptsache ist gelaufen. Am Anfang wurde viel Energie in die Entwicklung, Massenproduktion und Anschaffung von Handys investiert; jetzt dagegen geht es hauptsächlich um die Frage: Was fangen wir mit unseren Handys an? Diese Frage führt abrupt in einen anderen Denkhorizont. Sie führt vom Thema des Könnens zum Thema des Seins. Mit dem Begriff »Sein« will ich hier nicht auf Heidegger hinaus, sondern auf etwas ganz Simples und Alltägliches: Auf subjektive Projekte des Aufenthalts in jenem Möglichkeitsraum, den das könnensgerichtete Denken geschaffen hat.

Die Moderne, so sehen wir an unzähligen Beispielen wie dem des Handys, führt immer wieder über Prozesse der Steigerung in Situationen der Ankunft. In der Logik des Könnens lassen sich Probleme des Seins jedoch nicht einmal formulieren, geschweige denn lösen. Zwei dieser Probleme will ich hier in den Vordergrund stellen: Absurdität und Versäumnis.

In Tolstois »Anna Karenina« tritt am Rande ein deutscher Uhrmacher in Erscheinung, der im Haus des Stepan Arkadjitsch von Raum zu Raum geht, um die Uhren aufzuziehen. Über diesen Uhrmacher, so erzählt Stepan Arkadjitsch sei-

nem Besucher, werde gesagt, dass er selbst eine Art Uhr sei – aufgezogen, um Uhren aufzuziehen.

Warum lachen die russischen Beobachter über den deutschen Uhrmacher? Sie finden ihn absurd. Er ist ein Automat, der Automaten bedient. Bauen wir die Geschichte aus: Die Uhren sind Zeitgeber für andere automatenhafte Menschen, die wiederum Automaten bedienen. Diese Automaten haben nur Sinn im Hinblick auf andere Automaten; sie werfen etwas ab, was andere Automaten verwerten können, und brauchen ihrerseits etwas, das ihnen von anderen Automaten geliefert wird. Letztlich ist alles über Ketten instrumenteller Beziehungen kurzgeschlossen; alles, was sich regt, ist in seiner Gesamtheit eine riesige Tautologie: Jeder Zweck bezweckt letztlich nur seine eigene Ermöglichung. Das macht den Kern des Witzes über den deutschen Uhrmacher aus.

Ebenso lautlos wie das Absurde nistet sich ein zweites Problem im Alltag der fortgeschrittenen Moderne ein: das Versäumnis. Über sechzig Auflagen erlebte Huxleys »Schöne neue Welt« seit 1932 allein im deutschsprachigen Raum. Dieser Erfolg mag damit zusammenhängen, dass Huxley einer der wenigen ist, die die Moderne unter dem Blickwinkel des Versäumnisses beschreiben. Zwar redet er davon, was die Menschen positiv *tun*, aber im Subtext geht es um das, was sie eigentlich tun *könnten.* Die Tragik und Komik seiner Geschöpfe liegt in ihrer Unfähigkeit zur Kultivierung ihres Lebens. Sie wirken wie Urlauber, die inmitten der schönsten Gegend mit heruntergelassenen Jalousien im Hotel sitzen. Huxley geht es um einen Wert, der offenbar vielen wichtig ist, sonst wäre sein Buch kein solcher Dauerbrenner. Es geht um die Frage, was wir eigentlich aus den Chancen machen, die wir uns erarbeitet haben.

Das Thema der verpassten Chancen hat etwas Luxuriöses an sich. Wer unmittelbar von Gefahr für Leib und Leben bedroht ist, hat für Fragen des ästhetischen, emotionalen und kulturellen Gelingens oder Scheiterns keine Zeit. Wer hungert, will erst einmal etwas zu essen; wer Aids hat, will Medikamente; wer gefoltert wird, will fliehen; wer, wie Frauen in vielen Kulturen der Dritten Welt, unterdrückt wird, will elementare Freiheiten. In Situationen von physischer Bedrohung, von unerträglichen Einschränkungen, von völliger Chancenlosigkeit denkt man nicht über die *lohnende Gestaltung* des Lebens nach, sondern über seine *objektive Ermöglichung.* Aber was ist, wenn es tatsächlich gelingt, über diesen Zustand hinauszukommen? Dann fängt das Leben doch eigentlich erst an. Und dann steht man vor der Aufgabe, etwas daraus zu machen. Um Chancen zu kämpfen, ist die erste Aufgabe, sie zu verwerten die zweite. Beide Aufgaben gehören zum Menschen dazu und stehen auf der gleichen Rangstufe.

Ist das nicht reichlich naiv? Antony Giddens greift zu einem religiösen Symbol aus Indien, um die Moderne zu charakterisieren. Ihre Eigendynamik vergleicht er mit dem *Dschgannath-Wagen,* der mit Urgewalt über alles hinweg rollt. Man hat nur zwei Möglichkeiten: aufspringen oder zermalmt werden. Wenn man die Moderne in dieser Weise als eine selbstläufige Kulturgewalt betrachtet, die eigendynamisch vorwärts stürmt, so wird man einigen ihrer Facetten gerecht – aber anderen nicht.

Was man *nicht* sieht, ist der Gestaltungsspielraum, den die Moderne lässt, ihre partielle Steuerbarkeit und Korrigierbarkeit und die Verantwortlichkeit des Einzelnen dafür.

Je mehr dieser Aspekt der Moderne unter dem Einfluss von soziologischen Metaphern wie »stahlhartes Gehäuse« (Max Weber) oder »Dschagannath-Wagen« in Vergessenheit gerät, desto resignativer und sinnloser wird der Diskurs. Wozu sich über etwas Gedanken machen, das man ohnehin nicht beeinflussen kann? Als Diderot und d'Alembert vor zweihundertfünfzig Jahren anfingen, ihre Enzyklopädie herauszubringen, waren sie durchdrungen vom aufklärerischen Gedanken der Kulturaneignung durch Kulturbeschreibung. Heute führt Kulturbeschreibung bei vielen Zeitdiagnostikern paradoxerweise zum Befund der Nichtgestaltbarkeit. Die Aufklärung hat mit der Besinnung auf die Eigenverantwortung des Menschen begonnen und endet im aufgeklärten Fatalismus.

Trotz dieser Skepsis ist die Vitalität der Aufklärung dort, wo es darauf ankommt, ungebrochen – im praktischen Leben. Sie ist ein kerngesunder Patient, den die Ärzte genau deshalb für verrückt erklären, weil er behauptet, nicht krank zu sein. Im intellektuellen Milieu sieht man vor allem den Dschagannath-Wagen, im Alltagsleben dagegen glaubt fast jeder an die Kraft der Moderne, selbst die Intellektuellen.

Alle Modernisierungskritik konnte der programmatischen Kraft der Moderne nichts anhaben. Es gibt kein Prinzip, das auch nur annähernd so konsensfähig wäre. Die bisherige, vor allem technisch-ökonomische Fortschrittsgeschichte der Moderne ist nur eine spezielle, historisch naheliegende Ausformung eines viel allgemeineren Gedankens: der Idee nämlich, sich von aller geistigen Bevormundung loszusagen, sich auf seine eigenen Wahrnehmungen und seinen Verstand zu verlassen, sich in jeder Situation neu zu überlegen, was man eigentlich will, und selbstverantwortlich darauf hinzuarbeiten.

Der Unterschied zwischen modernen und vormodernen Menschen wird durch den Besitz von Autos, Computern oder Handys höchst unzureichend beschrieben. Was unsere Identität als moderne Menschen ausmacht, ist wesentlich mehr: es ist ein kollektiver Suchprozess, der unter anderem zur Entwicklung aller möglichen Produkte geführt hat. Aber er führte auch zu den Menschenrechten, zur Gleichberechtigung und zur Idee der Freiheit. Modernität besteht in systematischer, reflektierter Suche nach der besten aller Welten.

Schöne neue Welt – Huxleys Ironie ist bitter. Können ermöglicht Sein, aber garantiert ist nichts, und in der schönen neuen Welt wird alles verspielt. Je besser die Lebensbedingungen sind, desto akuter die Gefahr von Absurdität und Versäumnis. Aber einer häufigen Meinung zufolge soll modernes Denken ausgerechnet dort Halt machen, wo es um das geht, was den meisten am wichtigsten ist: das Subjektive. Steigerung wird als Projekt der Moderne gesehen, Ankunft dagegen als ein Bezirk postmoderner Reflexionsverweigerung.

Der Sozialanthropologe Dieter Claessens entwirft in seinem fast schon wieder vergessenen Buch »Das Konkrete und das Abstrakte« aus dem Jahr 1980 einen für

unser Thema aufschlussreichen Blick auf die Moderne und ihre Vorgeschichte. Wenn wir Claessens folgen, ist Abstraktion eine oder sogar *die* Kernkompetenz des Menschen im Vergleich zu anderen Lebewesen. Was bei Hunden der Geruchssinn ist und bei Fledermäusen das Gehör, das ist bei Menschen die Fähigkeit, Klassen zu bilden, Kovariationen zu erkennen, Modelle zu konstruieren. Die Geschichte der Menschheit lässt sich als Abstraktionsgeschichte rekonstruieren, die in der Moderne kulminiert. Sie geht freilich einher mit einem wachsenden Verlust des Konkreten, des Einzigartigen, Unverwechselbaren.

Der Titel eines Buches von Helmut Pape über die Philosophie des Pragmatismus lautet: »Der dramatische Reichtum der konkreten Welt«. Das Konkrete ist immer zu viel, um fassbar zu sein. Die Hauptform des Umgangs mit dem Konkreten ist nicht die Beschreibung, sondern die Begegnung. Die Geschichte der Menschheit als Abstraktionsgeschichte wiederholt sich in jedem einzelnen Leben. Am Anfang ist alles nur Begegnung. Das Neugeborene ist zu hundert Prozent dem Konkreten hingegeben; was dann kommt, ist die ständige Veränderung des Mischungsverhältnisses zugunsten des Abstrakten. Als Folge dieser Parallelität von Abstraktionserweiterung und Älterwerden billigen viele dem Abstrakten ein besonderes Prestige im Vergleich zum Konkreten zu. Aber dies hindert uns nicht daran, das Konkrete immer wieder zu suchen. Können braucht die Abstraktion, Sein braucht das Konkrete.

Es hat sich in den letzten Jahren eingebürgert, große Momente mit einer bestimmten Formel zu erzählen: *Das kann man nicht beschreiben, das muss man erlebt haben.* Hier reduziert sich die Beschreibung nur noch darauf, das sich etwas Unbeschreibliches ereignet habe, etwas Konkretes jenseits aller Worte. Ob Beschreibbarkeit oder Unbeschreiblichkeit vorliegt, ist aber keine Frage der Umstände, sondern der Perspektive: Die Idee des Könnens verlangt Beschreibbarkeit, also Abstraktion. Die Idee des Seins dagegen führt zum Unbeschreiblichen: zur Begegnung des konkreten, einzigartigen Subjekts mit einer einzigartigen Situation im Hier und Jetzt. Beides schließt sich nicht gegenseitig aus; vielmehr sind beide Perspektiven immer und überall und für jeden zugänglich.

Die Mischungsverhältnisse schwanken freilich. In Tolstois »Anna Karenina« beispielsweise finden wir alle möglichen Zwischenstufen bis hin zu den Extremen. Den Ausbruch Annas aus ihrer Ehe mit Karenin erzählt Tolstoi als Hingabe an den unwiderstehlichen Reiz der Begegnung, als Obsession für das Konkrete, als progrediente Seinsbesessenheit, die mit dem Moment einsetzt, als sie Wronskij, mit dem sie bald eine ehebrecherische Beziehung haben wird, zum ersten Mal erblickt. Wronskij ist ein gewiss ansehnlicher, aber auch gewöhnlicher Mensch. Annas bedingungslose Zuwendung zu ihm wird keineswegs als Überwältigung durch Charisma dargestellt und schon gar nicht als etwas Mystisches, sondern, in ihren eigenen Worten, als der Moment, in dem eine Hungernde endlich zu essen bekommt. Dabei geht es um viel mehr als um Sex, und schon gar nicht geht es um Idylle und inneren Frieden. Es geht um die Begegnung mit dem Konkreten, so schmerzhaft und zerstörerisch sie auch sein mag.

Auf der anderen Seite ihr Mann, mit dem sie seit acht Jahren verheiratet ist, Alexej Alexandrowitsch Karenin: die Inkarnation des Abstrakten und der Könnensorientierung: intelligent, kompetent, ehrgeizig, prinzipientreu, berechnend und berechenbar. In beklemmenden Dialogen inszeniert Tolstoi die Unterschiedlichkeit der seinsgerichteten und der könnensgerichteten Denkwelt als Erfahrung unüberbrückbarer Fremdheit zwischen zwei Menschen.

Jener Hunger, von dem Anna spricht, ist eine Grunderfahrung der Moderne seit zweihundert Jahren. Mit wachsender Abstraktion verstärkte sich die Sehnsucht nach dem Konkreten. Sie äußert sich als Nostalgie, als Besinnung auf kulturelle Identität, als Aussteigertum, als Suche nach Selbsterfahrung, als Emotionalisierung von Beziehungen, als Suche nach jenen Momenten, über die man sagt, »das kann man nicht beschreiben, das muss man erlebt haben«.

Sieht man an diesem Punkt nicht das Ende der Moderne gekommen, sondern die Fortsetzung der Reise in einem noch weitgehend unerschlossenen Territorium, findet man sich zunächst in einem Paradox wieder. Denn in was könnte ein *moderner* Umgang mit dem Konkreten bestehen, wenn nicht in der Abstraktion? Damit aber würde die Begegnung mit dem Konkreten ja sofort wieder zerstört. Wie sich dieses Paradox anfühlt, wissen zum Beispiel Literaturliebhaber, die den Fehler machen, Germanistik zu studieren. Oder ein Mann und eine Frau wissen es, die in leidenschaftlicher Liebe zueinander entflammen, dann aber beginnen, über ihre Beziehung zu reden. Andererseits ist es so einfach nun auch wieder nicht. Wer sich mit literarischen Formprinzipien und Literaturgeschichte auskennt, kann einen Lesegenuss erreichen, der dem Laien verschlossen bleibt. Wer über seine Beziehung reden kann, hat eine Chance, sie in einer Krise zu retten.

Mit diesen Überlegungen sind wir bereits mitten in der Praxis eines modernen Umgangs mit dem dramatischen Reichtum der konkreten Welt. Ich rede gerade *über* diese Praxis, ohne mich in diesem Moment *in* ihr zu befinden: Ich nehme eine Meta-Perspektive ein. Diese Trennung zwischen verschiedenen Ebenen ist die Grundoperation der Moderne schlechthin. Man tut etwas, und man denkt über dieses Tun nach. Der scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man beides zu trennen versteht.

Wenn man diesen Gedanken akzeptiert, kommt erst noch die Hauptschwierigkeit. Sie besteht in der Ausstattung der Meta-Ebene mit halbwegs angemessenen Begriffen, Paradigmen, Denkinstrumenten. Zwischen der Elaboriertheit moderner *Natur*aneignung und der Dürftigkeit moderner *Kultur*aneignung herrscht eine groteske Diskrepanz. Jeder weiß ungefähr, warum es im Raum hell wird, wenn man den Lichtschalter betätigt. Wenige dagegen können erklären, warum ihnen eine vierspurige Ausfallstraße mit Ampeln, Tankstellen und Gewerbebauten nicht so gut gefällt wie ein Bergdorf auf einer griechischen Insel. »Das kann man nicht beschreiben, das muss man erlebt haben« ist eine zu dürftige Form der Reflexion, um zu verhindern, dass sich die Ästhetik der Ausfallstraße weltweit durchsetzt, während die Ästhetik des Bergdorfs verschwindet, obwohl sie vielen Menschen besser gefällt.

Worauf es mit dem Voranschreiten der Moderne mehr und mehr ankommt, ist ein kollektiver Lernprozess, der neue und bessere Möglichkeiten kultureller und subjektiver Gestaltung erschließt. Doch dazu muss man über Kultur und Subjekte nachdenken können. Wir verfügen über bewundernswerte Denkinstrumente des Könnens: Paradigmen, Begriffe, Methoden, Formeln. Was die Denkinstrumente des Seins anbelangt, so beginnt das Defizit damit, dass viele dezidiert der Ansicht sind, für das Sein bräuchte man keine Denkinstrumente. Das einzige, was Anna, Karenin und Wronskij im Roman von Tolstoi helfen könnte, wäre aber genau das: Über sich selbst nachzudenken. Alle drei haben die besten Chancen, aber sie versäumen sie.

Chancen: dies ist das zentrale Stichwort der Moderne von Anfang an. Die Zukunft ist offen, gestaltbar, herausfordernd. In seiner Studie zur Geschichte der Moderne stellt Michael Nerlich das *Abenteuer* als Kristallisationskern des Selbstverständnisses der Moderne heraus. Dass er den Verlust dieses Selbstverständnisses beklagt, scheint auf den ersten Blick gar zu skeptisch. Ist nicht ständig von Wachstum die Rede, von Forschung und Entwicklung, neuen Produkten, Marsexpeditionen, hirnphysiologischer Neuvermessung des Menschen, Biotechnologie, finaler Robotisierung der Arbeit, bevorstehenden medizinischen Revolutionen in Serie und jeder Menge wissenschaftlicher Paradigmenwechsel?

Ja – aber ist das alles? Das Abenteuer des Steigerungsspiels ist zur Routine geworden. Die Besucher der Weltausstellung in Hannover 2000 interessierten sich viel weniger für technische Innovationen als für Architektur, Inszenierungen und Folklore – kein Vergleich mit den großen Weltausstellungen zur Pionierzeit des Steigerungsspiels in London oder Paris im 19. Jahrhundert. Das moderne Verständnis von Abenteuer hat sich eindimensional verengt auf Steigerung, während es die lange Erfolgsgeschichte der Moderne immer dringender macht, sich mit Fragen der Ankunft und des Aufenthalts zu beschäftigen.

Dabei ist die Korrektur der Übertreibungen und Absurditäten des Steigerungsspiels noch nicht einmal die Hauptsache. Die Angst, dass die Steigerungslogik bald an ihren ökologischen Folgeproblemen ersticken wird, legt sich, wenn man sie genau analysiert: Sie lebt ja geradezu von Defiziten, auch von selbstverursachten. Aus Risiken macht sie Industrien: Kein Ende des Steigerungsspiels. Dennoch ist es absurd, ein jährliches Wachstum von einigen Prozent zur Richtschnur allen Handelns zu erheben. Dass das Wachstum des letzten halben Jahrhunderts eine wirtschaftshistorische Ausnahme war, die sich nicht institutionalisieren lässt, geht schon aus der Zinseszinsrechnung hervor, für deren Richtigkeit es langfristig unerheblich ist, ob sie kollektiv ignoriert wird oder nicht. Hinzu kommt die Fragwürdigkeit der Wachstumsstatistik und die immer geringere Beziehung zwischen Wachstum und Lebensqualität, je höher das Entwicklungsniveau ist.

Umso wichtiger ist es in Zukunft, sich auf die zweite, vergessene Dimension der Moderne zurückzubesinnen: auf das Sein. Die handlungslogischen Herausforderungen einer Modernisierung des Seins im Gegensatz zur Modernisierung

des Könnens ähneln dem Übergang vom Hausbau zum Wohnen. Ungewohnt, fast schon angsterregend für die Routiniers des Könnens geht es auf einmal um die Kultivierung des eigenen Lebens und um das Zusammenleben mit anderen. Fragen tauchen auf, deren Beantwortung so schwierig und ermessensabhängig ist, dass man ihnen am liebsten jede Seriosität absprechen würde – aber sie sind nicht loszuwerden: Was ist sinnvoll? Was ist schön? Wie sollen wir leben? Wie können wir uns, angekommen auf der einen Welt, miteinander arrangieren? Wie können wir uns in einer für diese Fragen produktiven Weise beschreiben – nicht naturwissenschaftlich, sondern kulturwissenschaftlich? Wie können wir verbindlich über diese Beschreibungen diskutieren?

Im Vergleich zum vertrauten Horizont der Steigerung, auf den die eindimensionale Auffassung der Moderne eingeengt ist, wirkt der Horizont von Ankunft und Aufenthalt fremd und fern. Und im Vergleich zu den Abenteuern von Forschung, Technik und Wirtschaft sind die hier wartenden Abenteuer voll Ungewissheit. Aber die Moderne war auch schon einmal mutiger. Es wird ihr nichts anderes übrig bleiben, als an den Mut früherer Tage anzuknüpfen.

Literatur

Claessens, Dieter (1980): *Das Konkrete und das Abstrakte*, Frankfurt am Main

Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt am Main

Nerlich, Michael (1997): *Abenteuer oder das verlorene Selbstverständnis der Moderne*, München

Pape, Helmut (2002): *Der dramatische Reichtum der konkreten Welt*, Weilerswist

Schulze, Gerhard (2003): *Die beste aller Welten. Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert?*, München

Schulze, Gerhard (2006): *Die Sünde. Das schöne Leben und seine Feinde*, München

Weber, Max (1988): »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«, in: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen, S. 17–206

Eva Krings

»Art is that what makes life more interessting than art«

Lebensstile als uneingelöstes Motiv von Kulturpolitik

Die »Gesellschaft der Lebensstile« war für die kulturpolitische Diskussion der Neunziger ein Schlüsselbegriff, inspirierend und eigentümlich folgenlos.

Einige Aspekte werden heute unter dem Stichwort »demografischer Wandel« wieder aufgegriffen, da sich auch aus kulturpolitischer Perspektive Folgen der veränderten Bevölkerungsstruktur verstärkt bemerkbar machen. Dabei stehen eher handlungsorientierte Konzepte im Vordergrund. Wenn die Gesellschaft tendenziell »älter, weniger und bunter« wird und die öffentlich getragene oder unterstützte Kultur nicht gemeinsam mit ihrem Publikum altern und schrumpfen mag, ist es naheliegend, die Basis der Nutzer zu erweitern. Da der Anteil der relativ regelmäßig angebotsnachfragenden Bevölkerung für Kunst und Kultur bisher bei – optimistische Annahmen zugrundegelegt – maximal 10 Prozent liegt, ist das Potenzial ausbaufähig, kulturtouristische Möglichkeiten ganz außer Acht gelassen. Marketing als Hauptdisziplin im härter werdenden Kampf um Besucher und Nutzer wird in den nächsten Jahren daher voraussichtlich weiter an Bedeutung gewinnen.

Gemeinsam ist beiden Diskussionssträngen die Feststellung, dass in modernen Industrieländern sowohl individuelle Biografien wie gesellschaftliche Formationen einem tiefgreifenden Wandel unterliegen, der alle Lebensbereiche durchdringt und verändert. Als weitere Gemeinsamkeit lässt sich nennen, dass beide Diskurse eher die Verfasstheit der kulturellen Nutzer, der Gestalter von Alltagskultur, in den Blick nehmen als das Subsystem Kunst- und Kulturbetrieb und seine Akteure. Marketing ist die pragmatische Wendung dieser Erkenntnis.

Die Frage, ob der Zustand der Gesellschaft kulturpolitisch von Interesse ist, hat die *Kulturpolitische Gesellschaft* immer nachdrücklich bejaht. An dieser Grundposition entzündet sich bis heute Kritik. Tatsächlich kommt kulturpolitisches Handeln, das technokratisch-administrativ auf den Bestand – im günstigen Fall auf

die Reform – von Institutionen und Programmen abstellt, weitgehend ohne systemfremde Rückbezüge aus. Effizienz und Effektivität sind heute als Zielvorgaben für Kulturangebote allgemein akzeptiert, sich daran zu orientieren, kann nicht verkehrt sein. Auch die zählebigen Strategien des *muggling through*, die aus dem Kulturbereich keineswegs verschwunden sind, benötigen im Prinzip keinen »Überbau«. Zwar sind sie bisweilen gezwungen, sich etwas Gewicht in Form programmatischer Präambeln zuzulegen, dauerhaft belastet werden sie dadurch aber nicht.

Wer dagegen versucht, Kulturpolitik »als Gesellschaftspolitik« zu denken, macht es sich schwer. Nicht nur muss das soziale Bezugsfeld beschrieben und analysiert werden, auch gerät das eher marginale Politikfeld in Gefahr, an den damit verbundenen Ansprüchen zu scheitern. Unnötig, sagen die Pragmatiker. Man braucht keinen Soziologenstreit auszutragen, um Künstler und Kultureinrichtungen zu unterstützen, Förderung neu zu konzipieren oder – möglichst unbemerkt – zurückzufahren.

Einer der Verdienste der *Kulturpolitischen Gesellschaft* besteht darin, es sich, ihren Freunden und Gegnern dreißig Jahre lang gern schwer gemacht zu haben. Unverbesserlich text- und theorielastig versucht sie immer wieder gesellschaftliche Verhältnisse aufzugreifen und kulturpolitisch – orientiert am demokratischen (»für alle«) und emanzipativen (»von allen«) Grundverständnis – darauf zu reagieren.

Diese Anstrengung hat dazu beigetragen, in der deutschen Diskussion einen europäischen Kulturbegriff zu verankern, der Kultur vor allem als Angelegenheit des öffentlichen Interesses und des täglichen Lebens begreift. Kunst, die in den zurückliegenden 200 Jahren unablässig Lebensbereiche aufgegriffen hat, die bisher der Ästhetik verschlossen waren, ist – nach diesem Verständnis – ein Kraftzentrum, keine Enklave.

Einen wesentlichen Anfangsimpuls verdankt die Neue Kulturpolitik der Kritik an einer durch Ökonomie und Technologie geprägten (uni)formierten Alltagswelt. Kunst und Kultur wurden als Gegenspieler betrachtet, um diese mächtigen Kräfte zu »humanisieren« und ein »menschliches Maß« in Bildung, Stadtentwicklung, letztlich in die Politik insgesamt einzuführen. Kultur war nicht länger weltabgewandte Sphäre oder output von Haushaltsplänen und Hinterzimmergesprächen, sondern – mit zeittypischer Emphase – Desiderat politischen Handelns.

Ende der achtziger Jahre wurde der Strukturwandel der Industriegesellschaft offensichtlich. Der produzierende Sektor hatte seine dominante Stellung weitgehend eingebüßt, Massenorganisationen aller Art verlieren seither an Zuspruch, die Gesellschaft differenziert sich aus in vielfältige kulturelle Milieus und »Lebensstile«. Mit diesem Begriff, der zwischen umgangssprachlicher Beschreibung und soziologischer Analyse changiert, wird darauf verwiesen, dass die Bedeutung symbolischer Differenzierung in der nachindustriellen Zeit für Individuen und Gruppen zunimmt. Die Aufmerksamkeit für ästhetische Themen – vom Kunstinteresse bis zur Mode – hat zugenommen. »Lebensstile« definieren sich weniger über sozioökonomische Bedingungen und ihre Traditionen als über Werthaltungen, alltagsästhetische Stilisierungen, Konsumgewohnheiten. Damit wird die so-

ziale Ausgangslage nicht »außer Kraft« gesetzt, aber durch eine Vielzahl anderer Faktoren und Bezugspunkte aufgeschlossen, angereichert und interpretiert.

»Art is that what makes life more interessting than art«

Kultur- und sozialwissenschaftliche Forschungen haben gezeigt, dass »Lebensstile« dabei durchaus spezifische Erfahrungszusammenhänge und Alltagspraktiken aufgreifen, etwa den gemeinsamen biografischen Rahmen, der durch die Zugehörigkeit zu einer Generation gegeben ist. Das Moment der subjektiven Wahl tritt dabei gegenüber der Einbettung in »vorgeschriebene« Wertehierarchien und Muster der Selbstrepräsentation hervor. Für das Denken in festen Entitäten stellt die Pluralisierung der Lebensstile eine Herausforderung, aber auch eine Beunruhigung dar.

Der damalige Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Olaf Schwencke, eröffnete das XXX. Kulturpolitische Kolloqium (1990) zum Thema »Lebensstil und Gesellschaft – Gesellschaft der Lebensstile?« denn auch mit Verweis auf die Ambivalenz der Entwicklung: »... während die Entwicklung der alten Bundesrepublik lange Zeit durch materielle (Stichwort Lebensstandard) und sozialstaatliche (Stichwort Lebensqualität) Leitmuster geprägt war, sind diese Fixpunkte individueller Lebensgestaltung in den achtziger Jahren weitgehend obsolet geworden; die ökonomische Modernisierung mit ihren tiefgreifenden sozialen, politischen und ökologischen Folgeerscheinungen für die ›Risikogesellschaft‹ präsentiert nun die Rechnung, die nicht zuletzt mit kulturellem Kapital zu begleichen ist«.

Er war nicht der Einzige, der eine Entsolidarisierung und Verfestigung der sozialen Polarisierung gesteigert durch wachsende kulturelle Ungleichheit befürchtete. Die Auseinandersetzung über Chancen und Risiken zog sich durch die gesamte Tagung. Erfolgt die Differenzierung der kulturellen Milieus auf Basis einer umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Sicherung, die vor allem dem Distinktionsbedürfnis der Besserverdienenden neue Spielräume eröffnet? Wird durch eine solche (Selbst)Darstellung und (Selbst-)Betrachtung nicht das Ökonomische, Materielle, die Bedingtheit des Lebens ausgeblendet? Ist die wachsende Individualisierung letztlich eine Illusion, die im Konsum ihre Formierung erfährt, ohne sich dieses kollektiven Schicksals bewusst zu werden? Wie kann eine derart komplexe Gesellschaft eine »vernünftige Identität« ausbilden, was vermag sie zusammenzuhalten?

Es war die vorerst letzte »weltanschauliche« Auseinandersetzung auf dem Feld der Kulturpolitik, immer in Gefahr »... dem akademischen Dauerkonflikt von Moralisten und Ästheten (zu erliegen, *d. V.*)«, wie Hermann Schwengel anmerkte. Der Konflikt ging auch in Loccum aus wie erwartet – unentschieden.

Nicht mehr strittig ist die Frage, inwieweit das Verständnis von Kunst und Kultur für die eigene Lebensweise durch subjektiv vermittelte (Generationen-)Erfahrungen geprägt wird. Zahlreiche Untersuchungen wie von Albrecht Göschel oder Thomas Ziehe zeichnen den Wandel kultureller Orientierungen und Einstellungen in der Generationenabfolge nach. Dabei wird deutlich, dass der Kulturbegriff in den zurückliegenden Jahrzehnten ständig erweitert wurde, dabei jeweils aber unterschiedliche Akzentuierungen und Abgrenzungen erfährt. Insofern war das Anliegen der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Kunst und Kultur aus einem »eige-

nen Raum« ins profane Leben zu holen, auch ein Generationenprojekt, mit dem die so genannten 68er ihren Anspruch auf kulturelle Hegemonie gegenüber den vorangegangenen Generationen anmeldeten.

In den folgenden Jahren wurden die Grenzen zwischen Hoch- und Alltagskultur immer flacher, die Popkultur trat ihren Siegeszug an. Göschel zeigt, dass solche Prozesse nie gradlinig verlaufen, sondern diversen Brechungen unterliegen. Für die so genannte 68er-Generation war die »Warenästhetik« die Demarkationslinie, die Gut (Kultur) und Böse (hier: Konsum) trennte. Allein das vielschichtige Verhältnis der 68er zur Popmusik ist unter diesem Gesichtspunkt eine eigene Betrachtung wert. Ein unvergessenes Beispiel für das schwierige Geschäft der Kulturkritik, die von dieser Generation zwar nicht erfunden, aber bis heute doch weitgehend gepachtet wurde, war die Rezeption des Songs »Don't Worry, Be Happy«, mit dem der hierzulande weitgehend unbekannte Sänger Bobby McFerrin Ende der Achtziger einen Welthit landete. Das kleine Lied galt als Beleg für Kulturverfall, Affirmation und Verflachung, und der Titel avancierte bald zu einem geflügelten Wort, um kritische Beiträge über Missstände aller Art einzuleiten. Als Bobby McFerrin einige Jahre später genauso unangestrengt mit dem *Münchner Rundfunkorchester* auftrat oder – gemeinsam mit Chick Corea und dem *Saint Paul Chamber Orchestra* – Mozart »the spirit of play« zurückgab, waren die Kritiker angesichts der Spontaneität, Improvisationslust und Musikalität begeistert. Auch sein Mut zu Grenzgängen wurde positiv hervorgehoben. Auf seinen Hinweis, dass der, der sich Sorgen macht, doppelt Sorgen hat, kam man nach Möglichkeit nicht zu sprechen. Das ging dann doch zu weit.

Inzwischen haben auch die folgenden Generationen ihre Beiträge zur Erweiterung und Diversifizierung des Kulturverständnisses und -angebots geleistet, sodass ein – im Vergleich zu den Anfangsjahren der Bundesrepublik – breit gefächertes und offenes Feld individueller Wahlmöglichkeiten besteht.

Auf die Belastung, angesichts der Vielzahl der Möglichkeiten, eine Auswahl vorzunehmen und »sich selbst zu organisieren«, wurde bereits in der Lebensstil-Diskussion in den neunziger Jahren aufmerksam gemacht. Nicht nur materielle Einschränkungen, auch fehlende Differenzierungsmöglichkeiten hindern an einer aktiven Lebensgestaltung. Die öffentliche Kulturpolitik trägt Verantwortung dafür, diesen hemmenden Ungleichheiten durch eine breite Unterstützung von Programmen und Projekten der Kulturellen Bildung entgegen zu wirken. Dabei gilt es weniger, einen Kanon zu vermitteln als die Möglichkeiten von Kunst und symbolischer Produktion spürbar zu machen. Kinder und Jugendliche dafür zu interessieren und ihnen eine ›ästhetische Haltung‹ zu vermitteln, die statt auf Abgrenzung auf Aufmerksamkeit, Offenheit und Respekt setzt, dabei »ein Moment von Fremdheit zwischen uns (belässt, *d. V.*)« (Ziehe 1991: 62), ist eine wesentliche kulturpolitische Zukunftsaufgabe.

Literatur

Göschel, Albrecht (1995): *Die Ungleichheit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen*, Essen

Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.) (1990): *Lebensstil und Gesellschaft – Gesellschaft der Lebensstile? Neue kulturpolitische Herausforderungen*, Loccum: (Loccumer Protokolle 6/90 – Dokumentation 39)

Ziehe, Thomas (1991): »Zumutungen der Moderne«, in: *konkursbuch 26*

Dieter Gorny

»Big Brother« ist kein Modell – weder sozial noch medial

Der Titel dieses Artikel meint doppelt – und dies ganz bewusst – einmal den historischen »Großen Bruder« von George Orwell, also die berühmte politisch-literarische Warnung vor einer Welt am Draht, einer medial kontrollierten Diktatur, und zum anderen die endemolschen »Großen Brüder«, also jene erfolgreichen Programmformate mit durchaus strittigem Ruf.

Beide Perspektiven, die soziale und die mediale, spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung unserer Kultur- und Mediengesellschaft. Beide Perspektiven sind jedoch auch auf zuweilen märchenhafte Weise von Grundmythen durchsetzt, denen in diesem Zusammenhang nachgegangen werden muss. Erster Mythos: Die Medienentwicklung steigt exponentiell in immer neue Höhen, ein Ende des Höhenflugs ist nicht zu erkennen, die Märkte explodieren. Zweiter Mythos: Die Verjugendlichung unserer Gesellschaft ist nicht mehr aufzuhalten, es wird zu einem ungebrochenen Jugendwahn kommen, mindestens jedoch zu einer Juvenalisierung der Kultur. Also: ewig neue Medien und ewig neue Jugend. Dritter Mythos: Deutschland ist die Avantgarde der europäischen, ja transatlantischen Entwicklung im Mediengeschäft. Es ist offensichtlich, dass hier etwas nicht stimmt. Wir sind in Deutschland längst nicht mehr die Spitze der medialen Evolution. Im europäischen Sinne sind wir eher das technologische Schlusslicht, das kulturell mit Schrecken feststellt, dass Begriffe wie »Digitalisierung« und »Triple Play« nicht nur technologische sondern gerade auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Konsequenzen haben werden, auf die wir traditionell medienhierarchisch volkshochschuldiskurs-gebildet nur unzulänglich vorbereitet sind. Denn wir werden, nicht unbedingt freiwillig, sowohl politisch als auch wirtschaftlich in eine Medienwelt geschoben, deren Gegensätze schon jetzt Kontur gewinnen. Regulierungswille steht gegen die unendlichen Weiten des Internets. Neue Programmanbieter entstehen und stellen sich gegen die herkömmlichen unternehmerischen Strukturen. Die Grenzen verwischen. Am Ende ist (auch) die Medien- und Jugend-

euphorie trügerisch. Man kennt die Schlagworte: Auf die »Generation Golf« folgte die »Generation X« und jetzt die »Generation iPod«. Ist das eine tragfähige Hypothese?

Eher nein. Zeit für eine Erdung der hochfliegenden Mythen. Halten wir ein und formulieren drei Thesen. Die erste fußt auf dem Spruch einer eisernen Lady: Margaret Thatcher. Die war zu ihrer Regierungszeit die Diskussionen darüber, ob die Gesellschaft dieses oder jenes brauche, so leid, dass sie folgenden Ausspruch tat: »I don't know anything such as a society, all I know is families.« Das ist recht bürgerlich, vielleicht ein wenig reaktionär (die englischen Konservativen sind nicht so weichgespült wie die deutschen) – und ganz und gar nicht mehr hilfreich. Es stimmt sozial nicht mehr, es stimmt aber auch medial nicht mehr.

Wir machen keine Familienprogramme mehr – es sitzen nicht mehr Papa, Mama, Kinder frisch gebadet vor Kuhlenkampff und Edgar Wallace, während die Straßen leergefegt sind, weil was Spannendes flimmert. Die geordnete Gesellschaft der »spießbürgerlichen« Nachkriegsordnung ist verflogen. Auch die alte Avantgarde hat abgetakelt. Der »Beat-Club« von *Radio Bremen* hat die Lufthoheit über den Underground, hat das Subversive verloren. Mick Jagger, der ewig abschiedstourende Ober-Stone ist ein Jahr älter als der vorherige Kanzler Schröder und elf Jahre älter als Angela Merkel. Times are changing. Wir wissen, dass Medienentwicklung und Gesellschaftsentwicklung nicht zu trennen sind, wissen aber zugleich nicht so recht, wie sie zusammenhängen, da sie auf den ersten Blick eher auseinander laufen.

Und wir erleben eine zunehmende Beschleunigung von Veränderungen. Aber wohin? Was ist der aktuelle Zustand und wo liegt die Zukunft unserer Gesellschaft? Die Frage ließe sich beantworten durch die empirische Sozialforschung. Man könnte mit Notizbuch, Zollstock und Camcorder durch die Gesellschaft wie einst Völkerkundler durch die dunklen Ecken dunkler Kontinente ziehen. Genauso könnte man die Untiefen der Medienlandschaften erkunden. Das wird mühsam und klingt nach endlosen Details. Man könnte mit einer solchen Untersuchung jedoch auch nicht nur in den medialen Niederungen des Lebens und seiner Soap-Operas beginnen, sondern in den luftigen Höhen kühner Ideen. Dann lässt sich mit großen Begriffen operieren. Wir haben eine »Klassengesellschaft«, hat das 19. Jahrhundert gesagt. Vorgestern fand der Aufbruch in die »Soziale Marktwirtschaft« statt. Gestern ging es um die »repressive Gesellschaft«, dann um die »entsublimierte«, dann um die »permissive«, schließlich um die »Freizeitgesellschaft«, dann um die »Spaßgesellschaft«. Und wir hören noch Neil Postman, der uns davor warnt, dass wir uns zu Tode amüsieren. Diese gesellschaftlichen Zustandsbeschreibungen klingen zunächst imposant, aber schon bald hohl, obwohl wir als mediale Individuen die Veränderungen unmissverständlich spüren.

Aus allen Richtungen strömen Nachrichten, Bilder und Töne auf uns ein. An seinem Computer wird der Mensch zum Weltempfänger: Innerhalb weniger Sekunden erhält er Botschaften aus den entferntesten Winkeln dieser Erde. Es dauert oft nur unwesentlich länger, bis diese Botschaften schon wieder veraltet sind.

»Big Brother« ist kein Modell – weder sozial noch medial

Das Tempo des technologischen Fortschritts bestimmt unser Kommunikations- und Informationsverhalten. Mobilität, Flexibilität und Schnelligkeit sind gefragt – im Beruf, aber auch in der Freizeit. Wir brauchen Daten, gebrauchen sie, verbrauchen sie. Nachrichten werden weitergeleitet, verarbeitet, gelöscht. Die kreative Leistung eines anderen kann ohne Qualitätsverlust kopiert, für eigene Zwecke genutzt oder ins virtuelle Nirwana gejagt werden. In diesem beständigen Prozess der Versendens, Verwertens und Verwerfens wird die Halbwertszeit von Daten und ihren Inhalten immer geringer. Gleichzeitig wächst der Datenhunger: Nachschub muss her, mehr Informationen, mehr Lieder, mehr Filme, mehr Bilder – häufig aus zwingenden, nachvollziehbaren Gründen, noch öfter allerdings, weil die Technologie nun mal gerade da ist und auch genutzt werden will.

Als Neil Postman in den achtziger Jahren die düstere Diagnose stellte, die Menschheit amüsiere sich zu Tode, hatte er allein das Fernsehen als Quelle des Übels im Visier. Im Nachhinein erscheint diese Prognose nahezu rührend. Offensichtlich hat unsere Spezies sogar »Big Brother« und die Dschungelshow überlebt und macht trotz Kabel-TV, Smart Phones, Internet, CD-Brennern, MP3- und DVD-Playern nach wie vor einen recht agilen Eindruck. Wir glotzen, hören, surfen, simsen, downloaden und brennen munter weiter. Und doch wächst gleichzeitig das Unwohlsein: Könnte es sein, dass sogar auf einem Flatscreen die 273. Doku-Soap nicht attraktiver wird? Dass auch ein Design-Wunder wie der iPod aus dem 325. »Wir sind Helden«-Klon keine originelle Band macht? Dass also die Hardware immer raffinierter wird, während die Qualität der Inhalte bestenfalls stagniert? Dass Technologie allein kein gesellschaftliches Bindeglied darstellt, als Dach viel zu klein ist, um uns darunter zu versammeln? Wir spüren das, denn wir sind ja nicht blöd.

Die erste These ist eindeutig: Es gibt sie nicht (mehr), *die* homogene Medien- und Kulturgesellschaft; es gibt überhaupt in unserer Gesellschaft immer weniger homogene Binnenkulturen. Und es gibt schon gar keine homogene Nationalkultur. Die Sozialstruktur unserer Gesellschaft entgrenzt sich nach innen und nach außen. Die Klassen sind in Schichten, die Schichten in Milieus verschwunden. Wir leben mit dem situativen, freihändigen Zitieren gänzlich unterschiedlicher Stile und Denkmuster. Wer sich dem Thema Jugend bzw. Jugendlichkeit ernsthaft nähert, wird eine tiefgehende Verwirrung erleben: Es gibt weder *die* Kinder noch *die* Jugendlichen. Es gibt in der juvenilen Kultur viele Subkulturen, deren Übergänge sich nicht durch softe Kontinuitäten kennzeichnen, sondern durch Brüche.

Stilbrüche, Kulturbrüche, soziale und politische Brüche. Wer ein Bild *der* revolutionären Jugend oder *der* Jung-Yuppies im Kopf hat, sollte wissen, dass die Wahlerfolge der Ultra-Rechten im Osten genau auf diese Altersklasse zurückzuführen sind. Auch das gehört zum Bild.

Wir reden selbst innerhalb einer sozialen Schicht über unterschiedliche lebensbiografische Phasen, die in den einzelnen Leben mit hoher Geschwindigkeit wechseln. Ältere Menschen verändern sich – wenn überhaupt – nur noch sehr gemächlich. Die juvenile Kultur ist aber sprunghaft – Sprunghaftigkeit und Tempo

sind ihr Prinzip. Sie ist in sich disparat, man kann also eigentlich nur im Plural reden: von *den* juvenilen Kultur*en*.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis kann man sich fragen, was eigentlich *ein* Jugendprogramm ist! Man ahnt, dass hier die großen Sprüche extrem leer sein müssen. Ferner sind innerhalb einer Gesellschaft die simultanen Subkulturen auch sozial oder politisch nicht notwendig kompatibel. Ihre vielfach gebrochene Struktur findet sich also im Längs- wie im Querschnitt einer Gesellschaft. Das muss jedoch nur die überraschen, die an die eindimensionale Gesellschaft glauben.

Das waren nicht nur der gute, alte George Orwell mit seiner Warnung vor dem Totalitarismus des Diktatoren als Großem Bruder, »Big Brother«, sondern auch Herbert Marcuse, der Ende der Sechziger aus Berkeley in Richtung der Imperialismuskritik der APO argumentierte.

Der Gedanke der Eindimensionalität hat eine digitale Renaissance erfahren. Obwohl dies erst ein knappes Jahrzehnt her ist, muss man die Erinnerung wachrufen. Die Blütenträume der *New Economy* waren vor zehn Jahren noch nicht verwelkt. Die Welt wurde perspektivisch auf *neue* Technologien und *neue* Unternehmensformen verengt. Die Vielfalt der *Stakeholder* an einem Unternehmen führte sich zurück auf das einzigartige Interesse des *Shareholders*. Der Kapitalmarkt, die Börse wurde zum entscheidenden Paradigma. Ein Narr, wer nicht durch Spekulationen zum Millionär wurde. Der technologische Hintergrund war der Entwicklungsstand der fortgeschrittenen Informationsverarbeitung von der Chip-Revolution bis zum WorldWideWeb. Der Kern des qualitativen Sprungs waren die Effekte der Digitalisierung. Die Welt schien sich in der Digitalisierung zu entdinglichen. Die nun fast überall zu vermutende Entwicklungsrate von Technologien, Techniken und dann eben auch Märkten und Verbrauchsnutzen schien exponentiell. Stichwort: Generation MP3.

Man sah die rasante Kurve vom körperlich anwesenden Symphonieorchester über Magnetophon und Vinyl und CD wie DVD bis zum iPod, eine überaus rasante Kurve, die von einer durch hundert physisch präsente Musiker und *einer* Symphonie bis zur Verfügbarkeit der gesamten Musikgeschichte im heimischen PC, ja in der Hosentasche reicht.

Von den neuen technischen Möglichkeiten, also den Virtualitäten der Medienentwicklung wurde auf die Gesellschaftsentwicklung geschlossen. Virtualität galt als Realität. Was eine Technik möglicherweise könnte, würde sie, so die Vermutung, realerweise auch tun. Eine vollständige soziale Parzellierung wurde vermutet, ein Universum von Einzelmenschen, die im digitalen Sog ihre Hirne direkt ins virtuelle Netz hängen.

Welt am Draht, die bange Vision des George Orwell, der vor diesem »Big Brother« warnte.

Und was finden wir am Ende der vermeintlichen Eindimensionalität? Junge Menschen, die nicht nur immer noch CDs kaufen, die wieder beginnen, Vinylplatten zu sammeln, volle Musikschulen, ausgebuchte Konzerte, Schlangen nicht nur vor *MoMa*, auch vor der Philharmonie.

»Big Brother« ist kein Modell – weder sozial noch medial

Hier meine zweite These: Die Entwicklung der Medientechnologien mag exponentiell verlaufen, die Virtualitäten mögen uns durch eine vermeintliche Unendlichkeit vermeintlich überrennen, die Rezeptionsgewohnheiten bewegen sich anders. Die neuen Medienangebote werden nicht *alternativ* zur bisherigen Mediennutzung aufgenommen, sondern *additiv*. Es gibt nicht mit jedem technischen Sprung einen völlig neuen Kuchen – der alte Kuchen wird neu aufgeteilt: Das ist nicht dasselbe.

Die Beschränkung der Medienentwicklung ist verbraucherbezogen: durch das ökonomische Budget der Verbraucher und durch das zeitliche. Das Portmonee lässt sich nur einmal leeren, und der Tag hat nur 24 Stunden. Will sagen: Die Anzahl der verkauften CDs hat sich nicht geändert – geändert hat sich, dass die Hälfte leer verkauft wird, und man sie mehr oder weniger illegal mit Musik füllt.

Nun zum Fernsehen. Wir finden hier nach wie vor nationale Konsumpräferenzen, unabhängig davon, ob sich die Anbieterseite zunehmend international organisiert. Diese nationale Rezeptionsdisposition ist ein Grundgesetz. Die TV-Medien gehen anbieter- und nachfrageseitig in einen Spagat. Wir erleben dabei eine Divergenz von produktions- und rezeptionsseitiger Entwicklung. Das Schwergewicht auf der Anbieterseite bewegt sich aus dem nationalen Rahmen heraus.

Es ist offensichtlich: Deutschland entwickelt sich vom Schlüssel- zum Randmarkt, auch für den europäischen Bezugsrahmen, und die Treiber des Geschäftes sitzen vornehmlich nicht mehr hier.

Gleichzeitig bleiben erfolgreiche TV-Programme nationale Produkte. Das überzieht die Branche mit Mehltau – allgemeiner Attentismus.

Die anbieterseitige Eigenblockade zeigt sich auch im Musikgeschäft, vielleicht sogar auf allen Ebenen. Dass man einen »Superstar« erst im großen TV-Rummel suchen muss, mag einerseits mit der Verunsicherung der globalen Anbieter zusammenhängen, die zögern, Weltstars von sich aus aufzubauen.

Andererseits ist aber, dies ist meine dritte und letzte These, der entscheidende Faktor der gesamten Entwicklung ein eigenartig unberechenbares Wesen, das man sogar launisch nennen könnte: der Geschmack und das Verhalten der Verbraucher.

Die Arbeitsteilung ist so: Die mediale Entwicklung ist lediglich eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung neuer Rezeptionswirklichkeiten, also tatsächlicher gesellschaftlicher Veränderungen. Der Trigger liegt nicht in den Chips, sondern den Herzen und Köpfen, vielleicht sogar den Köpfen, Herzen und Bäuchen der Menschen.

Keine Marktforschung weiß dies zu determinieren. Vielleicht liegt darin eine große demokratische Qualität. In drei Sätzen: Wir haben keine technik-induzierte Umstülpung des Verbraucherverhaltens. Wir erkennen eine sehr klare Grenze der Globalisierung des Angebots. Wir wissen, dass wir erfolgreiche Programme erproben, aber nicht erplanen können.

So ist das in einer multioptionalen Gesellschaft, die viel Mühe im »Trial and Error« des Medienprozesses vergeudet. Aber die Multioptionalität, die darin ent-

haltene Widersprüchlichkeit, die daran anknüpfende Sprunghaftigkeit zeigen, dass George Orwells politische Vision vom »Big Brother« gesellschaftlich und kulturell eine nur sehr geringe Chance hat. Und das gilt vielleicht auch medial. Der endemolsche »Big Brother« ist eine mediale Option, aber keine Vision. Das ist nicht unsere programmatische Zukunft, jedenfalls das nicht allein.

Als Anbieter mag man die fehlende Eindimensionalität, den fehlenden technikinduzierten Durchgriff auf die Seelen beklagen. Als Bürger muss man es begrüßen. Das ist der demokratische Aspekt unserer Medienkultur. Doch da wir nicht wie Frankreich ein Land mit 400 Käsesorten, sondern eher ein Markt mit 400 TV-Sendern sein werden, wird deutlich, wo die eigentliche Herausforderung der Zukunft liegt: in der Kompetenz der Bürger, diese mediale Demokratie zu leben und zu strukturieren. Regulierung und Medienkontrolle mögen hier hilfreich sein, sind aber zukünftig nur noch ein Teilaspekt, der auch nur noch einen Teil der Medienwirklichkeit abbildet. Was nötig ist, ist individuelle Bildung, kurz Medienkompetenz. Diese markt- und kulturnah zu vermitteln, ist die Schlüsselaufgabe der Zukunft. Das demokratisch-mediale Gemeinwesen wird es uns danken.

Max Fuchs

Gesellschaft und Kultur im kulturpolitischen Diskurs

Zur Komplexität der Gesellschafts- und Kulturanalyse

Der Kulturdiskurs boomt. Seitdem nahezu jede Disziplin ihren »cultural turn« hinter sich gebracht hat, gibt es in jeder auch einen spezifischen Kulturdiskurs. Wer auch nur oberflächlich die Thematisierung von »Kultur« etwa in den Wirtschaftswissenschaften, den Geistes-, Kultur- oder Sozialwissenschaften zur Kenntnis nimmt, wird allerdings kaum gemeinsame Quellen oder Autoren finden. Neben Gewährsleuten aus der Philosophie (Simmel, Cassirer etc.) sind es bestenfalls Ethnologen wie Clifford Geertz, die man quer durch alle Disziplinen findet. So gibt es philosophische, psychologische, soziologische oder geisteswissenschaftliche Herangehensweisen an Kultur, und dies jeweils in der Pluralität unterschiedlicher Schulen, Sichtweisen und Paradigmen. (Müller 2003) Ganz so unübersichtlich ist es bei der Frage nach der Gesellschaftsanalyse nicht. Hier hat eindeutig die Soziologie ein anerkanntes Deutungsrecht. Allerdings entwerfen etwa auch die Wirtschaftswissenschaften wirkungsmächtige Gesellschaftsbilder. Man kann feststellen, dass Gesellschaftsanalyse mit der Perspektive einer Zeitdiagnose ein beliebtes Geschäft geworden ist, so dass inzwischen eine zweistellige Anzahl alleine von ausgearbeiteten soziologischen Gesamtanalysen zu bewältigen ist. (Schimank/Volkmann 2000 und 2002, Kneer/Nassehi/Schroer 1997 und 2001) So werden im letztgenannten Werk gleich 29 Konzepte von Gesellschaft vorgestellt, die von klassischen Begriffen wie Agrar-, Arbeits- und Industrie- oder bürgerlicher Gesellschaft bis zur individualisierten, der Welt- oder der schamlosen Gesellschaft reichen.

Was bedeutet diese verwirrende Situation für die Frage nach der Sozialstruktur im Kontext einer kulturpolitischen Debatte? Eine erste Schlussfolgerung wird die sein, die Pluralität sowohl von Kultur- als auch von Gesellschaftskonzepten zur Kenntnis zu nehmen. Dabei hat man es eben nicht mit »der Gesellschaft« zu tun, sondern mit Bildern von dieser Gesellschaft. Und solche Bilder werden in wis-

senschaftlichen Disziplinen, aber auch wirkungsvoll in der Politik, in den Medien, den Feuilletons und natürlich auch in den Künsten entworfen. Sie hängen von persönlichen und Fachinteressen, von wissenschaftlichen, philosophischen und politischen Grundüberzeugungen ab, und man kann sich daher trefflich über die Relevanz und Realitätsnähe der vielen Ansätze streiten. (S. Fuchs 2005, Bd. 4) Den Wandel solcher Gesellschaftsbilder zu betrachten, führt zudem zu weiteren Problemen: Es stellt sich nämlich nicht nur die klassische Frage nach dem Verhältnis von Realität und ihrer geistigen Verarbeitung, sondern auch die nach Regeln und Antriebskräften für den realen und den geistigen Wandel. In einigen soziologischen Theoriekonzeptionen gibt es durchaus Vorschläge, diesen Wandel zu konzeptionalisieren. (Oesterdiekhoff 2000 sowie Kap. 14.2 in Jaeger/Rüsen 2004) Allerdings scheint die Frage nach den Ursachen des sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Wandels alles andere als geklärt zu sein. Ebenso ungeklärt ist die Rolle der »Kultur« und ihr Zusammenhang mit der Sozialstruktur der Gesellschaft. (Haferkamp 1990, zum aktuellen Stand s. Reckwitz 2000 und Jaeger/Rüsen 2004, Kap. 14: Gesellschaft und kulturelle Vergesellschaftung)

Sozialstruktur und Gesellschaftsanalyse in der Kulturpolitik

Man könnte erwarten, dass sich der skizzierte Dschungel durch die Einschränkung ein wenig lichtet, sich nur für Gesellschaftsbegriffe im Kontext der Kulturpolitik zu interessieren. Dies ist jedoch nicht der Fall. Denn das, was »Kulturpolitik« sein könnte, ist durchaus unklar. Sicherlich hat dies zum einen damit zu tun, dass eine wissenschaftliche Kulturpolitik nicht existiert. Ersatzweise mag man sich an die Rede von einem »Kooperativen Kulturföderalismus« erinnern. Dieser gliedert grob Kulturpolitik und ihre Akteure in die drei Ebenen Kommunen, Länder und Bund und unterscheidet jeweils die staatliche beziehungsweise öffentliche Seite von der Seite der (organisierten) Zivilgesellschaft. »Kulturpolitik« wird so verständlich als ein dichtes Geflecht vieler Akteure, die unterschiedliche Konzeptionalisierungen von Gesellschaft beziehungsweise Kultur verwenden.

Ein weiteres Problem stellt sich dadurch, dass Kulturpolitik meist ganz »pragmatisch« betrieben wird. Wird ein inhaltliches Konzept gefordert, so hat man es mit einer eher eklektischen Zusammenstellung gängiger Topoi zu tun: etwa die »Informationsgesellschaft« (die aufgrund ihrer Abstraktheit neue sinnliche Erfahrungen nötig macht) oder die »Dienstleistungsgesellschaft« (die mehr an sozialen Kompetenzen erfordert). Es geht um Individualisierungsprozesse (wo jeder das Auswählen lernen muss) oder die Erlebnisgesellschaft (wo man die gute ästhetische Erlebnisqualität von Kunst gegen die dürftigen Angebote der Kulturindustrie ausspielt).

Vermutlich wäre »die Kulturpolitik« auch überfordert, sollte sie die sozialwissenschaftlichen Diskurse rund um die »angemessene« Gesellschaftsanalyse nachvollziehen. Täte sie dies, dann käme man sicherlich zu sehr unterschiedlichen Konzepten von Kulturpolitik. Man wird sich daher damit abfinden müssen,

dass die Kulturpolitik weiterhin eklektisch mit sozialwissenschaftlichen Befunden umgehen wird.

Gesellschaftlicher Wandel – Wandel der Gesellschaftsbegriffe

Zur Beschreibung des gesellschaftlichen Wandels im Spiegel soziologischer Theorien kann man die Übersichten in Kneer (1997 und 2001) zu Hilfe nehmen. Unter den »klassischen Gesellschaftsbegriffen« finden sich unter anderem die Massen-, die Klassen-, die Arbeits- und Industriegesellschaft. Das Modell einer vertikalen sozialen Strukturierung (in Kategorien arm/reich) liegt sowohl der »Klassengesellschaft« als auch den Schichtenmodellen zugrunde. Dabei wurde der Marxismus durch die Kritische Theorie in den sechziger Jahren wieder salonfähig, auch wenn die »wehrhafte Demokratie« sehr bald versuchte, seinen Anhängern das Leben etwas schwerer zu machen. »Reform« war akzeptierter politischer Zielbegriff. Man erprobte Mitbestimmungsmodelle, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, man versuchte, die bürgerlich-emanzipativen Leitprinzipien einer Bildung, eines Wohlstandes und einer Kultur für alle ernst zu nehmen. Und man förderte Soziokultur und die Kulturen der kleinen Leute – ganz im Sinne des weiten Kulturbegriffs der *UNESCO* (Kultur ist Kunst plus Lebensweise), der zwar erst bei der Weltkonferenz 1984 in Mexiko-City formell beschlossen wurde, der aber in den siebziger Jahren vor allem im Kontext des Europa-Rates seine Grundlegung erfuhr. Die Bücher von Hilmar Hoffmann mit ihrem eingängigen Titel (»Kultur für alle«) formulierten zwar das programmatische Motto dieser Zeit. Aber mir scheint, dass der zentrale konzeptionelle und theoretische Text von Hermann Glaser stammte (Glaser/Stahl 1974). Glaser versuchte, verschiedene Diskursstränge zu integrieren: eine soziale Demokratie, eine »gebändigte« Marktwirtschaft mit großen Mitbestimmungsmöglichkeiten, eine Akzeptanz der Lebensweisen der einfachen Menschen, eine Ausweitung des Publikums klassisch-traditioneller Kulturangebote, eine starke Betonung von kultureller Bildung und von Vermittlungsprozessen insgesamt, die Friedenssehnsucht der Flakhelfergeneration, die Rezeption der Kritischen Theorie (vor allem Marcuse, aber auch Adorno und Horkheimer und zunehmend Jürgen Habermas) und dies verbunden mit den bürgerlich-emanzipatorisch gedeuteten Klassikern, allen voran Friedrich Schiller mit seinen Briefen zu ästhetischen Erziehung. Sowohl das liberale Bildungsbürgertum, aber auch die sozialen (und sozial-demokratischen) Eliten aus dem Arbeitermilieu konnten sich in diesem Ansatz wieder finden. Das dahinter stehende Gesellschaftsmodell war durchaus kapitalismuskritisch, allerdings zutiefst davon überzeugt, dass es keine unüberwindlichen »antagonistischen Widersprüche« gab, sondern gesellschaftliche Integration auch und gerade mittels Kultur und Kulturpolitik erreicht werden kann. Wie wirkungsvoll war dieses Modell, das sich mittels Tagungen, über wichtige Funktionsstellen (etwa im *Deutschen Städtetag*), über eine positive Medienresonanz in den großen Feuilletons und über Organisationen auch eine strukturelle Verankerung verschaffen konnte? Vermutlich irrt man sich kaum, wenn man

die Hauptwirkung auf der Diskursebene sucht. Auf der Realitätsebene hat sich nämlich die Aufteilung der Kulturetats bis heute nur wenig geändert. Es kamen zwar Projekttitel für soziokulturelle Projekte, für Stadtteilarbeit, für soziokulturelle Zentren dazu. Es entstanden zudem Jugendkunstschulen, Medien-, Tanz- und Theaterwerkstätten, es wurde das kulturpädagogische Programm etablierter Kunsteinrichtungen (Theater-, Museums-, Opernpädagogik) ausgebaut. All diese nicht zu unterschätzenden realen Entwicklungen stehen jedoch in keinem Verhältnis zu der Dominanz dieses Ansatzes auf der Diskursebene. Man darf zudem nicht die Grundsatzstreitigkeiten auf der Linken unterschlagen: Ob Reform oder Revolution der richtige Weg der Gesellschaftsveränderung war, spielte dabei ein kleinere Rolle. Wohl aber, inwieweit sich die alternative Kulturbewegung, die autonomen Zentren, viele freie Künstlerinitiativen von einer sozialdemokratischen reformorientierten Kulturpolitik vereinnahmen lassen wollten. Die Debatte um die »Staatsknete« steht für diese Auseinandersetzung. In dieser Debatte zeigten sich dann auch schnell Grenzen einer sozialdemokratischen Politik, zumal die Nachrüstungsdebatte, wie sie energisch von Helmut Schmidt betrieben wurde, diese Grenzen noch verschärfte. Die weitere Geschichte ist bekannt: Die vielleicht wichtigste politische Entwicklung, eine ökologische Partei mit starken Wurzeln in der Friedensbewegung, die in den neunziger Jahren eine Regierungspartei wurde, die den Einsatz deutscher Soldaten in einem völkerrechtlich problematischen Kriegseinsatz mitverantwortete. Mit dieser Bemerkung wird jedoch endgültig das Feld »wertfreier« Darstellungen von Gesellschaftskonzepten überschritten.

Dass die Industriegesellschaft von der Dienstleistungsgesellschaft abgelöst wurde, ist inzwischen Allgemeingut. Dass spätestens durch die Entwicklung der neuen Medien die Rede von der Informations- und Kommunikationsgesellschaft einen wichtigen Realitätsbezug hat, ist ebenfalls unumstritten. Zudem geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus. Als eine Ursache gilt die ökonomische Globalisierung, die spätestens seit den frühen neunziger Jahren alle Gesellschaftsanalysen beschäftigt. Sinnvoll ist es, dabei Prozesse der ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Globalisierung als relativ eigenständige zu untersuchen.

Dass wir zudem in einer Marktgesellschaft leben, wird niemand bestreiten. Andere Gesellschaftskonzepte sind eher umstritten beziehungsweise inzwischen wieder aus der Mode gekommen: die Erlebnisgesellschaft, die Risikogesellschaft, die multikulturelle Gesellschaft, die postmoderne Gesellschaft. Dabei kann man davon ausgehen, dass sich all diese Ansätze auf real vorfindliche Erscheinungen beziehen. Doch wird ihnen vorgeworfen, dass sie jeweils bestimmte Entwicklungen (zu Lasten anderer) verallgemeinern und überbetonen. Interessant ist dabei, in welchem Gesellschaftssegment diese Ansätze die Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung sehen. So sind die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft Kategorien, die sich auf ökonomische Prozesse beziehen. Die Individualisierungsthese thematisiert veränderte Prozesse der individuellen Vergesellschaftung, gehört also zu dem Subsystem Soziales. Die Erlebnisgesellschaft, die schamlose Gesellschaft, auch die Informations- und Mediengesellschaft sehen

die entscheidenden Veränderungsimpulse im Subsystem Kultur. Insgesamt kann man feststellen, dass seit den siebziger Jahren Gesellschaftsanalysen kulturellen Faktoren eine wichtigere Rolle zuzubilligen. Dazu hat sicherlich der Paradigmenwechsel beigetragen, der von dem Bild einer vertikal organisierten Gesellschaft (Klassen, Schichten) hin zu einer Gesellschaft der Lebensstile (als wesentlich kulturell definierter Struktur) geführt hat.

Bei der Konstituierung der Neuen Kulturpolitik trat zudem neben die Gesellschaftsreflexion die Pädagogik: Kulturpolitik wurde stark als kulturelle Bildungspolitik verstanden. Man kann dabei durchaus die Frage stellen, in welchem Verhältnis eine gesellschaftstheoretische zu einer pädagogischen Begründung von Kulturpolitik steht, wobei beide Ansätze in den neunziger Jahren durch eine ökonomische Begründung verdrängt werden. (Fuchs 1998, Kap. 7: Begründungsweisen von Kulturpolitik)

Die Ökonomisierung der Kulturpolitik geschah in drei Wellen. Zuerst war es die noch freudig begrüßte Entdeckung von der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Kultur: Der Kulturbereich als Wertschöpfung und als Arbeitsmarkt. In der zweiten Welle kam das Kulturmanagement mit seiner betriebswirtschaftlichen Sichtweise. Die dritte Welle brachte mit der Verwaltungsreform das Neue Steuerungsmodell. Diese Diskurserweiterung war – im Gegensatz zu den meisten soziologischen oder philosophischen Theorieanleihen – äußerst wirkungsvoll in der Praxis.

Zum aktuellen Stand

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und die Lebensweise des Einzelnen stehen in einem engen Zusammenhang. Gesellschaftlicher Wandel führt daher notwendigerweise zu einer Veränderung von Lebensweisen. Insbesondere kann man von einer »Veralterung von Lebensweisen« sprechen (Barfuss 2002), wenn herkömmliche Daseinskompetenzen den veränderten Bedingungen nicht mehr entsprechen. Man kann den Wandel unterschiedlich formulieren: als Wertewandel, als Durchsetzung eines neuen, weltweit agierenden flexiblen Kapitalismus, als Krise des Nationalstaates. Alle aktuellen Gesellschaftskonzepte haben ein Bewusstsein eines solchen gravierenden Wandels, greifen nur jeweils unterschiedliche Facetten als besonders bedeutsam heraus.

Eine in der internationalen Diskussion durchaus verbreitete Debatte verwendet in der Weiterentwicklung von theoretischen Konzepten des italienischen Theoretikers Antonio Gramsci den Topos vom Übergang des Fordismus zum Postfordismus. (Fuchs 2005, Bd. 1, Teil 1) Es wird damit zum einen der Übergang von der industriell gestützten Produktionsweise in neue Formen der Produktion erfasst. Es sind damit jedoch auch Veränderungen in der politischen Steuerung, in der Rolle des Kulturellen, in der Art des sozialen Zusammenhangs berücksichtigt. Insbesondere werden neue Anforderungen an das Subjekt thematisiert. Richard Sennett (1998, 2005) beschreibt in seinen jüngsten Büchern nicht bloß die-

sen Neuen Kapitalismus, sondern auch die Individualitätsformen, die er benötigt. Es ist vielleicht nicht nur das Verlustgefühl einer alternden Generation, wenn Sennett und viele andere diese aktuelle Entwicklung kritisieren. Vor diesem Hintergrund wird es wichtig, welche gesellschaftstheoretische Konzeption, welches Bild von unserer Gesellschaft und vor allem welche Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung zu Rate gezogen wird. Das zentrale Stichwort in diesem Kontext ist Neoliberalismus (Schui u. a. 2002, s. auch Fuchs u. a. 2005: 257 ff.).

Nun besteht eine zentrale Aufgabe des Kulturbereichs darin, die Frage nach der Legitimität der sozialen, politischen und ökonomischen Ordnung zu stellen. Aber kann er dies auf der Grundlage einer jeden Gesellschaftskonzeption? Die Konzeption der Zweiten Moderne scheint mir eine solche gesellschaftskritische Aufgabe eher zu verhindern. Man kann nämlich zeigen, dass dieser Ansatz kompatibel mit neoliberalen Aussagen ist. (Stork 2002) Eine Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik hat geeignetere gesellschaftstheoretische Entwürfe zur Verfügung. Dabei reicht es zunächst aus, anstelle ambitionierter Großtheorien einen Blick auf die Realität zu werfen. Heitmeyer (1997: 10 f) listet eine ganze Reihe von Befunden auf, von denen die meisten von den aktuellen soziologischen Großtheorien nur begrenzt erfasst werden: die sich vertiefende Spaltung in zwei deutsche Gesellschaften, eine Verschärfung sozialer Ungleichheit, Ausgrenzung von sozialen Gruppen und Milieus, Rückzug aus den Institutionen, Fragmentierung von Lebenszusammenhängen, Zerstörung sozialer Beziehungen. »Anomie«, eine klassische soziologische Kategorie am Ende des 19. Jahrhunderts, erfährt so eine überraschende Aktualisierung. (S. auch Heitmeyer 2002 ff.) Die Frage nach der Möglichkeit einer kulturellen Integration wird daher aktuell. Allerdings muss man sorgsam kulturelle von sozialen, politischen und ökonomischen Problemlagen und Integrationsmodi unterscheiden. »Kultur« ermöglicht die Akzeptanz von Vielfalt und Ungleichheit, die im Politischen oder Rechtlichen gerade nicht zu akzeptieren wäre. (Peters 1993) Doch Forschungsfragen stellen sich hierbei auch: Wie viel Vielfalt hält eine Gesellschaft aus? Braucht man ein Minimum an Gemeinsamkeit – und wie bestimmt man dieses? Sind alle Kulturen gleich wichtig?

Ein weiteres Beispiel, das in seiner Realitätserfassung dem Bielefelder Ansatz verwandt ist, liefert eines der letzten Großprojekte, das Pierre Bourdieu (1997) in Frankreich durchgeführt hat und das inzwischen auch im deutschsprachigen Raum umgesetzt wurde: »Das Elend der Welt« versuchte eine neuartige Verbindung von großer (kritischer) Sozialtheorie und dem Alltagsleben der einfachen Leute. Frank Schultheis und seine Forscher-Kollegen (2005) haben diesen Forschungsansatz auf Deutschland übertragen und die (neoliberal produzierte) »Gesellschaft mit beschränkter Haftung« untersucht. Ein Kapitel befasst sich mit »Sinnstiftung und Kulturproduktion« und zeigt exemplarisch an fünf Einzelschicksalen, was Leben mit »Hartz IV« für Kulturberufler bedeutet. Eine Neue Kulturpolitik in Zeiten des Neoliberalismus braucht ein solches gesellschaftstheoretisches Instrumentarium, das diesen und seine Folgen zu analysieren im Stande ist, das zumindest die Euphemismen, die geschönten Bilder von der Realität durchbricht.

Literatur

Barfuss, Thomas (2002): *Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts*, Hamburg: Argument

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bourdieu, Pierre u. a. (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz: UVK

Fuchs, Max (1998): *Kulturpolitik als gesellschaftliche Aufgabe. Eine Einführung in Theorie, Geschichte, Praxis*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Fuchs, Max (2005): *Aufbaukurs Kulturpädagogik* (4 Bände). Band 1: *Kultur, Kulturpolitik und kulturelle Bildung – global*. Band 2: *Kunsttheorie und Ästhetik für die Praxis*. Band 3: *Kulturelle Bildung und die Bildungsreform*. Band 4: *Zeitdiagnose als kulturelle Aufgabe*, Remscheid: RAT digital

Fuchs, Max/Schulz, Gabi/Zimmermann, Olaf (2005): *Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung III*, Regensburg: Conbrio

Glaser, Hermann/Stahl, Karl-Heinz (1974/1983): *Bürgerrecht Kultur*, Frankfurt am Main u. a.: Ullstein (Neuausgabe von *Die Wiedergewinnung des Ästhetischen*, 1974)

Göschel, Albrecht (1991): *Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen*, Stuttgart u. a.: Kohlhammer

Haferkamp, Hans (Hrsg.) (1990): *Sozialstruktur und Kultur*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (1997): *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Band 1: *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Band 2: *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002 ff.): *Deutsche Zustände* (4 Folgen), Frankfurt am Main: Suhrkamp

Jaeger, Friedrich/Rüsen, Jörn (Hrsg.) (2004): *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Band 3: *Themen und Tendenzen*, Stuttgart/Weimar: Metzler

Kneer, Georg/Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hrsg.) (1997/2001): *Soziologische Gesellschaftsbegriffe I, II. Konzepte moderner Zeitdiagnosen*, München: Fink/UTB

Müller, Klaus E. (Hrsg.) (2003): *Phänomen Kultur*, Münster: transcript

Münch, Richard (1991): *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Oesterdiekhoff, Georg W. (2000): *Zivilisation und Strukturgenese*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Reckwitz, Andreas (2000): *Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*, Weilerswist: Velbrück

Schimank, Uwe/Volkmann, Ute (Hrsg.) (2000/2002): *Soziologische Gegenwartsdiagnose I, II*, Leverkusen: Leske + Budrich

Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie (2002): *Neoliberalismus: Theorie – Gegner – Praxis*, Hamburg: VSA

Schultheis, Franz/Schulz, Kristina (Hrsg.) (2005): *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*, Konstanz: UVK

Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt am Main: Campus

Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, New/York/Berlin: Berlin-Verlag

Sennett, Richard (2005): *Die Kultur des Neuen Kapitalismus*, Berlin: Berlin Verlag

Stork, Volker (2002): »Ulrich Becks ›Zweite Moderne‹ und der Neoliberalismus«, in: *Das Argument*, Nr. 246 (Heft 3/2002)

Rolf G. Heinze

Stagnationsgesellschaft und die Suche nach Bürgerengagement

Das Ende des traditionellen »Modell Deutschland«: Beschäftigungskrise und soziale Exklusion

Während die deutsche Arbeitslosenquote weiterhin auf Rekordniveau pendelt (in den beiden letzten Jahren lag sie im Durchschnitt bei 10 Prozent), haben fast alle anderen vergleichbaren Länder einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Gesamtbeschäftigung liegt bei uns zudem ebenfalls schon länger unter dem Durchschnitt der *OECD*-Länder und weit unter den Beschäftigungsquoten von so unterschiedlich regierten Ländern wie der Schweiz, Schweden oder Dänemark. Diese Länder haben demonstriert, dass sich ein Abbau der Arbeitslosigkeit – bei gleichzeitiger Steigerung der Frauenerwerbsquote – durch eine Ausweitung der Beschäftigung (und dies zuallererst im Dienstleistungssektor) erreichen lässt. Stagnation ist das prägende Bild auf dem deutschen Arbeitsmarkt. International vergleichende Studien sehen einen schrittweisen Zerfall des in den siebziger und achtziger Jahren viel gepriesenen »Modell Deutschland« in beschäftigungspolitischer Hinsicht. Anfang 2006 sind wiederum fast fünf Millionen Arbeitslose registriert worden, und eine Trendwende wird erst für Ende 2006 erwartet, ohne dass damit eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu erwarten wäre. Nimmt man noch die Gruppen hinzu, die in Arbeitsbeschaffungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen (mit oft zweifelhaften Erfolgsaussichten) stecken, dann müssen wir in Deutschland von gut sechs Millionen Erwerbslosen ausgehen. Auch wenn die Arbeitsmarktpolitik verschiedene Maßnahmen eingeleitet hat und durch »Hartz IV« sogar eine grundlegende Reform durchgesetzt wurde, hat sich die grundlegende Situation der Massenarbeitslosigkeit noch nicht gewandelt. Scheinbar verursachen die hohen Arbeitslosenquoten zwar in den Medien Aufmerksamkeit und in der Politik Verunsicherungen, sie provozieren aber keinen sozialen Aufschrei und politische Großdemonstrationen. Als soziologische Erklärungsmuster hierfür sind die sich

in den letzten Jahrzehnten verbreitenden Individualisierungs- sowie soziale Desintegrations- und Segmentierungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt zu nennen.

Für den mehrheitlichen Teil der Erwerbstätigen ist die »traditionelle« Art der Erwerbsbeteiligung zwar noch die Regel, aber durch die seit Jahrzehnten hohe Arbeitslosigkeit und betriebliche Flexibilisierungsstrategien hat sich eine Zone unsicherer und flexibilisierter Erwerbsarbeit sowie Dauerarbeitslosigkeit ausgedehnt. So arbeiteten zwar im Jahr 2002 im Westen »zwei Drittel der erwerbstätigen Männer, jedoch nur 46 Prozent der Frauen in unbefristeter, abhängiger Vollzeitbeschäftigung« (Baethge/Bartelheimer 2005: 14), aber die Zonen der Stabilität schrumpfen. So steigt beispielsweise die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes in den letzten Jahren deutlich an (s. die Beiträge in Heitmeyer 2005), und wenn man sich vergegenwärtigt, dass gerade im Jahr 2005 das Wort »Stellenabbau« das zentrale Thema des Standortes Deutschland war, dann wird die Zunahme von sozialen Abstiegsängsten nachvollziehbar. Die Feststellung von sozialen Ausgrenzungsprozessen, wie sie derzeit auch in den Medien diskutiert wird, ist jedoch aus sozialwissenschaftlicher Sicht alles andere als neu. Dazu gab es sowohl eine sozialpolitische Debatte um Phänomene neuer Armut als auch in den achtziger Jahren eine intensive Debatte um die »Krise der Arbeitsgesellschaft« und zu der Frage »Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?« (S. die Beiträge in Matthes 1983)

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt mündete inzwischen in eine relativ dauerhafte Stagnationsphase, die den »kurzen Traum immerwährender Prosperität« (Lutz) beendete und auch das viel gepriesene »Modell Deutschland« ernsthaft in Frage stellt. Zudem haben sich gesellschaftliche Spaltungs- und Zersplitterungstendenzen vertieft, verunsichern zunehmend auch die »Mittelschichten« und verstärken bei einigen Bevölkerungsgruppen parallel zum sozialen Abstieg Rückzugstendenzen aus der Öffentlichkeit. Und genau diese Phänomene sozialer Exklusion werden – trotz aller Debatten um eine aufkommende Wissensgesellschaft – die »kulturelle Spaltung der Gesellschaft« (Opaschowski 2005) ebenfalls vorantreiben.

Bürgergesellschaft und aktivierender Staat

Das Thema »Bürgergesellschaft« oder auch »Bürgerengagement« knüpfte in den letzten Jahren an die wissenschaftliche und politische Konjunktur zur »Krise der Arbeitsgesellschaft« an und ist auch heute noch in den öffentlichen Diskursen präsent. Allerdings ist auf eine Akzentverschiebung hinzuweisen: Nicht mehr die Frage nach der »Tätigkeitsgesellschaft« oder die partizipatorisch ausgerichteten normativen Demokratiemodelle stehen im Zentrum, vielmehr wird die Debatte um Bürgerengagement derzeit im Wesentlichen gespeist durch die offensichtlichen staatlichen Steuerungsdefizite. (S. Heinze 2002) Im Rahmen einer generellen Diskussion um die Reichweite und Effektivität staatlicher Aufgabenerfüllung überrascht es auch nicht, dass das Thema schon seit einiger Zeit Konjunktur hat und – vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – gerade die Engagement- und Leistungspotenziale der Älteren in der Politik und den Medien derzeit

näher betrachtet werden. (S. zusammenfassend Kaufmann 2005) Zieht man oberflächlich Parallelen zur Diskussion um eine »Krise der Arbeitsgesellschaft« und zur Requalifizierung von Zeit und liest zudem die verschiedenen Stellungnahmen führender Politiker zum freiwilligen sozialen Engagement, dann könnte man glauben, die historisch gewachsenen Zeitpotenziale werden nun aktiv genutzt und es käme auch zu einer Revitalisierung von Solidarität.

Ob solch optimistische Interpretationen allerdings die Realität abbilden, muss bezweifelt werden, was ja auch in den kultursoziologischen und -politischen Debatten geschieht. Schon anhand der Thesen um zeitliche Überforderungen wird deutlich, dass ein Wachstum individuell verfügbarer Zeitkontingente (wie es eindeutig in Deutschland in den letzten Jahrzehnten der Fall ist) nicht automatisch zu einer Verbesserung der Lebenslage führt.

Nach einem kurzen Rückblick und einer kritischen Bewertung der Debatten zur Requalifizierung von Zeit unter den neuen Rahmenbedingungen einer ausdifferenzierten und sozial immer heterogener werdenden Gesellschaft und einem Wohlfahrtsstaat, der in vielen Dimensionen seine Grenzen längst überschritten hat, sollen kurz die realen Potenziale und Strategien zur Aktivierung von Zeitpotentialen (am Beispiel der Älteren) diskutiert werden.

Zunächst soll die These gewagt werden, dass trotz aller Debatten um neue Zeitverwendungsmuster, »Sozialkapital«, Zivil- oder Bürgergesellschaft die Möglichkeiten einer am Gemeinsinn orientierten Zeitnutzung (beispielsweise im soziokulturellen Sektor) weiterhin *kaum genutzt* werden, wenn sie auch nicht völlig fehlen. Die selektive soziale Nutzung führt einerseits zu der ökonomisch irrational zu nennenden Brachlegung von Potenzialen gesellschaftlicher Wohlfahrt und andererseits dazu, dass gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen, bei denen ungenutzte, aber nutzbare Zeitressourcen verfügbar wären, scheinbar dazu nicht in der Lage sind. Die »Bürgergesellschaft« kann also die sozialen Ungleichheiten *nicht* kompensieren; gerade die »neuen Formen des sozialen Kapitals« (wie Selbsthilfeinitiativen etc.) »erweisen sich so als exklusiv« (Brömme/Strasser 2001: 14; s. auch die Beiträge in Heinze/Olk 2001). Diese soziale Selektivität kann auch anhand der kulturellen Beteiligung aufgezeigt werden, die ebenfalls durch kulturpolitische Aktivitäten seit den siebziger Jahren abgebaut werden sollte. Allerdings ist dies nicht gelungen und auch hinsichtlich des realen Zeitaufwandes hat es kein Wachstum gegeben, vielmehr droht trotz einer generell ansteigenden Bildung sogar ein Bedeutungsverlust. »Im internationalen Vergleich gibt es sogar Indizien für eine abnehmende Tendenz. Nach einer Studie des Kommunalverbandes Ruhrgebiet aus dem Jahr 2003 haben die nordrhein-westfälischen Theater im Zeitraum von 1981–2001 trotz einer Steigerung des Angebots und bei deutlich erhöhten Kosten circa 30 Prozent der Besucher verloren. Auch wenn sich solche Einbrüche nicht verallgemeinern lassen, so kann doch generell gesagt werden, dass das Bild des ständig wachsenden Kulturinteresses empirisch nicht belegt werden kann. Dieser Befund ist um so bemerkenswerter, als sich die Voraussetzungen für kulturelle Partizipation (mehr Kaufkraft, mehr Freizeit, höhere formale Schulabschlüsse –

und eben ein überproportional gewachsenes Angebot) in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert haben. Was bleibt, ist die ernüchternde Feststellung, dass die Verbesserung der Rahmenbedingungen offenbar nicht mit einer allgemein wachsenden kulturellen Beteiligung einhergeht.« (Sievers 2006; s. auch die Beiträge in Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft 2005)

Vor diesem Hintergrund darf sich der Umbau des bundesrepublikanischen Sozialstaates nicht am Leitbild der minimalistischen Version angelsächsischer Provenienz orientieren (und damit Spaltungsprozesse verstärken), sondern muss in Richtung eines sozialinvestiven und aktivierenden Wohlfahrtsstaates gehen. Aktivierungsstrategien werden aber nur gelingen, wenn weite Kreise der Gesellschaft (und deren Zeitpotenziale!) in die Umsteuerung einbezogen werden. Ein Baustein innerhalb einer abgestimmten Reformstrategie kann darin bestehen, Institutionen zu erfinden und zu inszenieren, welche eine gewisse Vergesellschaftung über das Zeitmedium erlauben. *Zeit* müsste wie Geld behandelt, ohne dennoch gegen Geld gehandelt zu werden. Die »lokale« Logik der Zeit müsste quasi großräumig und flächendeckend zur Geltung gebracht werden. (S. Offe/Heinze 1990) Die Lösung für dieses Problem, die seit dem frühen 19. Jahrhundert immer wieder vorgeschlagen und in vielen, oft utopisch und naiv anmutenden praktischen Versuchen erprobt worden ist, besteht in der Einführung einer Zeitwährung oder eines »Stundengeldes«, das allein in ihrem zeitlichen Aufwand gemessene Leistungen miteinander austauschbar und so die Zeit zirkulationsfähig machen sollte. Auf diese Weise könnte es möglich werden, Leistungen zwar nicht zu ihrem marktbestimmten Geldwert, aber doch zwischen einander »fremden« Personen, zwischen verschiedenen sachlichen Kategorien von Waren und zwischen verschiedenen Zeitpunkten zu übertragen. Wir haben deshalb bereits vor rund 20 Jahren das Modell »Kooperationsring« als ein wirtschafts- und sozialpolitisches Reformprojekt und als Innovationsvorschlag konzipiert.

Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass sich derartige *Tauschringe* auf breiter Basis spontan bilden und erhalten. Weder in der alten Bundesrepublik noch in den neuen Bundesländern, die besonders stark von der Beschäftigungskrise betroffen sind und die die sozialen Folgeprobleme und Pathologien des rapiden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses eindringlich spüren, sind solche Tauschringe großflächig entstanden (nur begrenzt und spontan haben sich einige gebildet). Daraus folgt, dass Kooperationsringe sich als Ergebnis stützender, fördernder politischer Initiativen entwickeln und ausbreiten können, sie müssen inszeniert werden. Es gibt zwar in den letzten Jahren in verschiedenen Kommunen (vorwiegend im städtisch-alternativen Bereich) Vorstöße für die Gründung solcher Tauschsysteme (oft verknüpft mit soziokulturellen Initiativen), allerdings demonstriert die bundesrepublikanische Gesellschaft auch in der Erfindung derartig experimenteller sozialer Arrangements wenig Phantasie. Dies mag auch daran liegen, dass im Zuge des umfassenden Modernisierungsprozesses und der »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas) die soziokulturellen Kompetenzen verloren gegangen sind, die für die Inszenierung von Formen solidarischer

Selbsthilfe und des Aufbaus informeller Netze notwendig sind. Der noch immer relativ hohe Lebensstandard für viele Bevölkerungsgruppen und die verkrusteten politisch-institutionellen Verfahrenswege bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen tun ihr Übriges, um die potenziell vorhandene Kreativität weitgehend lahm zu legen. Die entstandenen Tauschringe bewegen sich primär in einem bestimmten soziokulturellen Umfeld und können kaum als alternative Option zur Partizipation am Arbeitsmarkt gedeutet werden. Nach wie vor ist zudem Realität, dass die Erwerbsarbeit die »Andockstelle« an ein System ist, das Sicherheit und Aufrechterhaltung des Lebensstandards verheißt. Die individualistische Privatisierung der Lebens- und Konsumweise ist eher weiter fortgeschritten und damit werden auch Versuche einer *produktiven Zeitnutzung* am Medium Geld »vorbei« noch schwieriger. Zudem hat sich durch die Öffnung der Grenzen gen Osten und die generelle Globalisierung auch ein neuer Raum ergeben, der alle Formen nicht-monetärer gesellschaftlicher Zeitnutzung zurückdrängt, da nun viele Tätigkeiten auch im haushaltsnahen Umfeld und bei den sozialen Dienstleistungen (die eigentlich prädestiniert für soziale Experimente hinsichtlich einer kollektiven Nutzung von Zeit sind) zunehmend in der Schattenwirtschaft oder sogar legal erledigt werden.

Wenngleich damit manche Hoffnungen auf eine Revitalisierung von lokal organisierten Tauschnetzen und auch anderer soziokultureller Initiativen sicherlich geschwunden sind, steht die Thematik der Optimierung der Zeit und einer solidarischen Zeitgestaltung (etwa im Kulturbereich) durchaus weiter im Raum. Allerdings haben sich die Diskussionsschwerpunkte verschoben. Einerseits wird stärker auf die zeitlichen Überforderungen und den Zeitmangel hingewiesen, die mit der Entgrenzung der Lebensbereiche wie auch der Zunahme prekärer Lebensverhältnisse einhergehen. Insgesamt sind die *zeitlichen Anforderungsstrukturen* für die Individuen aber auch größer geworden; sie reichen nun von dem »systemisch bedingten Zeitdruck in der Marktwirtschaft« über die Arbeitsbedingungen bis hin zur »Qual der Wahl in der entfalteten Spaßgesellschaft« und den Ansprüchen von staatlichen Institutionen. Gerade diese Anteile am Zeitbudget dürften sogar noch wachsen; sie ergeben sich »aus der Rolle des mündigen Bürgers in der so weit wie möglich selbst zu gestaltenden Bürgergesellschaft« (Rinderspacher 2003: 18). Wenngleich Phänomene der Überforderung nicht zu übersehen sind, muss dennoch gerade in solch einer hochgradig regulierten und blockierten Gesellschaft wie Deutschland auch auf die Unterforderung einzelner Menschen hingewiesen werden.

Engagementpotenziale (diskutiert an der Gruppe der Älteren)

Der Begriff »Bürgerengagement« fungiert als eine Art von Sammel- und Oberbegriff für ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten beziehungsweise freiwilligen sozialen oder kulturellen Engagements. Die damit oft verbundene Mehrdeutigkeit hat ihm bislang nicht geschadet, denn die

Offenheit für unterschiedliche Zielsetzungen und Konkretisierungen macht ihn anschlussfähig für die unterschiedlichen politischen Interessen und ordnungspolitischen Konzeptionen. Konsens besteht dahingehend, dass mit diesem Terminus unterschiedliche Aktivitäten im weiten Handlungsfeld zwischen der Privatsphäre der Einzelnen und der staatlichen Handlungssphäre bezeichnet werden. Das Bürgerengagement eignet sich deshalb gut für eine parteien- und lagerübergreifende Koalition.

Empirische Studien stellen das Engagement so dar, dass im Jahr 2004 insgesamt rund 36 Prozent der Bundesbürger (ab 14 Jahren) in irgendeiner Form ehrenamtlich beziehungsweise freiwillig engagiert waren. Zudem waren weitere 34 Prozent in Vereinen und anderen gesellschaftlichen Organisationen aktiv, ohne aber freiwillige Aufgaben zu übernehmen. Der Anteil Aktiver hat sich in den letzten Jahren weiter *erhöht*; im Saldo engagieren sich deutlich mehr Menschen in Deutschland als früher. Dies gilt vor allem für ältere Menschen und besonders die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen (mit einem Plus von 5 Prozentpunkten), aber auch (etwas schwächer) für die ab 65-Jährigen. Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass im Diskurs über die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Gruppe der Senioren eine herausgehobene Stellung zukommt, da dort große Potenziale der Aktivierung von Engagement gesehen werden.

Diese Zielstellung knüpft an die Erkenntnis an, dass trotz der starken Verlängerung der Lebensphase Alter in der jüngeren Vergangenheit bislang nur wenig verallgemeinerbare (Verantwortungs-)Rollen entstanden sind. Es geht also darum, dass das vorhandene Interesse für Bürgerengagement (beispielsweise sagen 71 Prozent der 55-Jährigen und Älteren, dass sie durch ihr Engagement die »Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten wollen«) aufgegriffen und stabilisiert wird. (S. u. a. Künemund 2004)

Die erhöhte Medienaufmerksamkeit des bürgerschaftlichen Engagements birgt nach Ansicht einiger kritischer Stimmen allerdings auch die Gefahr in sich, dass die vielfältige Rede von freiwilligem Engagement zum bloßen modischen Gerede wird, weil der Terminus lediglich dazu genutzt wird, bislang anders bezeichnete altbekannte Phänomene (wie zum Beispiel die ehrenamtliche Tätigkeit) mit einer neuen Bezeichnung zu versehen und insofern etwas Etikettenschwindel zu betreiben. Einmal aus dem Schatten des Expertendiskurses herausgetreten, steht Engagement in der Gefahr, als *kostengünstiger Lückenbüßer* für Sparstrategien instrumentalisiert zu werden. Hier fallen auch sofort Beispiele aus dem Kultursektor ein, die diese Gefahr belegen können, allerdings nicht so weit interpretiert werden sollten, dass jegliches Bürgerengagement damit nur in dieser Dimension betrachtet wird. Im Folgenden sollen kurz einige allgemeine Trends in der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements skizziert werden, von denen sowohl das Engagement im Kulturbereich als auch von und für Ältere betroffen ist. Zunächst muss man jedoch darauf hinweisen, dass der schon häufig beschriebene Prozess der Modernisierung des Bürgerengagements voranschreitet. Er umfasst mindestens drei Dynamiken, die aber für die Gruppe der Älteren zum Teil aber noch zu spezifizieren sind:

Pluralisierung: Ein Aspekt des Wandels ist, dass neben den klassischen Formen des Engagements in Verein, Partei oder Verband andere Formen und Zusammenschlüsse hinzugetreten sind. Insbesondere in den Bereichen Kultur, Schule, Kindergarten, Gesundheit, Ökologie sowie im sozialen Nahbereich sind neue informelle Formen der Organisation des bürgerschaftlichen Engagements auszumachen. Dies bedeutet jedoch nicht die Verdrängung oder Ablösung »alter« Organisationsformen. Das »klassische« Ehrenamt wird insbesondere in den höheren Altersgruppen nach wie vor gegenüber den neuen Formen präferiert.

Individualisierung: Das Engagement wird heute unabhängiger von traditionellen Bindungen gestaltet als früher. Soziale und regionale Herkunft sowie geschlechtsspezifische und familiäre Rollen entwickeln eine geringere Bedeutung und Bindungskraft für die Auswahl der Organisationsformen und Bereiche, in denen ein bürgerschaftliches Engagement realisiert wird. Allerdings sind nach den vorliegenden empirischen Quellen für Ältere die Auswahl von Organisation und Bereich noch stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Ob und in welchem Rahmen sich Senioren engagieren, liegt allerdings weniger am Lebensabschnitt Alter, sondern mehr an der Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen und kulturellen Milieu.

Motivwandel: Wenn der Antrieb zur Aufnahme oder Weiterführung eines Engagements in der Regel auch in einem Bündel von Motiven liegt, so hat die Forschung der vergangenen Jahre doch einige Trends aufgezeigt. Es existiert ein Motivwandel von altruistischen Motiven hin zu eher spaß- und ich-bezogenen Motiven, was sich auch im Kulturbereich niederschlägt. Insgesamt könnte die Kultur aber noch viel stärker als *Experimentierraum* genutzt werden, vor allem auch hinsichtlich der aktiven Nutzung des Mediums Zeit.

Unter den altersspezifischen Gruppen und Vereinen ist die Beteiligung im »*traditionellen*« Bereich am stärksten. Die »neuen« Formen altersspezifischer Partizipation stoßen auf wesentlich geringeren Zuspruch. Neben diesen »formellen« Mitgliedschaften hat der Alterssurvey (eine regelmäßig durchgeführte Panelerhebung) erstmals auch die *informellen* Organisationsstrukturen in den Blick genommen: Treffen in informellen, aber dennoch festen Gruppen wie zum Beispiel einem Stammtisch, Kaffeeklatsch, Skatabende oder auch zum Beispiel Gruppen, die regelmäßig gemeinsam wandern. Wie bereits 1996 ergibt diese Frage einen Anteil von 40 Prozent der 40- bis 85-Jährigen, die sich in solchen informellen Gruppen treffen. Die Partizipationsquote nimmt insgesamt über die Altersgruppen hinweg betrachtet leicht ab, und zwar beschleunigt etwa ab dem 60. Lebensjahr. Bei den 40- bis 64-Jährigen sind jedenfalls über 40 Prozent, bei den 70- bis 85-Jährigen hingegen nur noch 30 Prozent in solchen informellen Gruppen eingebunden. Im Gegensatz zu 1996 zeigen sich in den Daten von 2002 keine signifikanten Zunahmen der Häufigkeit der Treffen über die Altersgruppen hinweg. Die Älteren sind also auch zeitlich weniger stark involviert. Befragungen zur Bereitschaft von Älteren, ein Ehrenamt aufzunehmen beziehungsweise ein bestehendes Engagement auszuweiten, lassen darauf schließen, dass es ein bisher noch *unausgeschöpftes Po-*

tenzial für bürgerschaftliche Tätigkeiten innerhalb der älteren Bevölkerung gibt. Die Wahrscheinlichkeit, ein bürgerschaftliches Engagement auszuüben, ist generell stark mit der *Bildung* der Personen verbunden. Nach den neueren empirischen Ergebnissen hat die Bildungsabhängigkeit des bürgerschaftlichen Engagements zwischen 1999 und 2003 weiter zugenommen.

In der *Aktivierung* des bürgerschaftlichen Engagements kann ein Instrument gesehen werden, dass zur Lösung der Herausforderungen der gesellschaftlichen Alterung beitragen kann. Es kann ein kleiner Baustein in einem vielfältigen Bündel von Interventionen und Reformen sein. Man sollte allerdings den Anteil, den das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zur Lösung dieser Herausforderungen beitragen kann, nicht überschätzen. Auch im Alter stellt das bürgerschaftliche Engagement nur eine Option unter vielen für die Freizeitgestaltung und die Strukturierung des Alltags wie die soziale Teilhabe dar. Und es darf nicht vergessen werden, dass die weitaus meiste Zeit noch mit Fernsehen und Video (und eben auch nicht im Kultursektor!) verbracht wird. Zudem gilt es, die Hinweise aus der Kulturszene ernst zu nehmen, demzufolge die kulturellen Aktivitäten trotz gestiegener Freizeit nicht mit gewachsen sind. »Das Angebot an Freizeitaktivitäten (ist) gestiegen. Die Freizeitindustrie schuf zahlreiche neue Produkte für die aktive und passive Freizeitgestaltung, die in Konkurrenz zu den bestehenden klassischen Konzert-, Oper- oder Theaterangeboten getreten sind. Zu nennen sind hier beispielsweise die Musicals oder Musikveranstaltungen mit nationalen oder internationalen Größen der Unterhaltungsindustrie, die heute nicht nur Jugendliche sondern alle Bevölkerungsschichten ansprechen oder die Fitnessbranche mit immer neuen Trends.« (Ehling 2005: 95; s. auch Sievers 2005)

Bürgerschaftliches Engagement profitiert eindeutig von einer unterstützenden *Infrastruktur* – gerade auf kommunaler Ebene. Auch wenn der Zugang zu einem bürgerschaftlichen Engagement überwiegend über private Kontakte erfolgt, ist die Schaffung und Unterhaltung eines Netzwerkes ein zentrales Mittel, das die Politik besitzt, um Engagement zu fördern. Hier kann unter anderem die Vermittlung von Freiwilligen, die Initiierung neuen Engagements und die Lobbyarbeit für das kulturelle Engagement beginnen.

Literatur

Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (2005): »Deutschland im Umbruch«, in: SOFI u. a. (Hrsg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland*, Wiesbaden, S. 11 ff.

Brömme, Norbert/Strasser, Hermann (2001): »Gespaltene Bürgergesellschaft?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 25-26/2001, S. 6 ff.

Ehling, Manfred (2005): »Zeit für Freizeit und kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus Zeitbudgeterhebungen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2005): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005* (Band 5, Thema: *Kulturpublikum*), Essen, S. 87–96

Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hrsg.) (2001): *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Opladen

Heinze, Rolf G. (2002): *Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat?*, Wiesbaden

Heitmeyer, Wilhelm (2005): *Deutsche Zustände. Folge 4*, Frankfurt am Main

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2005): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005* (Band 5, Thema: *Kulturpublikum*), Essen

Kaufmann, Franz Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft*, Frankfurt am Main

Künemund, Harald (2004): *Partizipation und Engagement älterer Menschen* (Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission »5. Altenbericht der Bundesregierung«), Berlin

Matthes, Joachim (Hrsg.) (1983): *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt am Main/ New York

Offe, Claus/Heinze, Rolf G. (1990): *Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring*, Frankfurt am Main/New York

Opaschowski, Horst W. (2005): »Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen, S. 211–216

Rinderspacher, Jürgen P. (2003): »Der Bürger, das zeitlose Wesen – Thesen zu einer verdrängten Seite der Bürgergesellschaft«, in: Rinderspacher, Jürgen P. (Hrsg.): *Zeit für alles – Zeit für nichts?*, Bochum., S. 10 ff.

Sievers, Norbert (2005): »Publikum im Fokus. Begründungen einer nachfragorientierten Kulturpolitik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005* (Band 5, Thema: *Kulturpublikum*), Essen, S. 45 ff.

Sievers, Norbert (2006): »Produktive Verunsicherung. Einleitung« in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung*, Bonn/ Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Hermann Schwengel

Kulturelle Globalisierung

Als nach dem Fall der Berliner Mauer die harten Strukturen der alten Weltordnung sich scheinbar aufzulösen begannen, offener Weltwirtschaft, offener internationalen Beziehungen und offener Kommunikation die Zukunft zu gehören schien, war kulturelle Globalisierung so etwas wie der Zwilling wirtschaftlicher Globalisierung. Gewiss, die Globalisierung der Märkte und des Geldes waren schneller als die der Arbeit und der Dienstleistungen, aber die beschleunigte Globalisierung von Information, Wissen und Kultur schien auch langsamere soziale Vernetzungen nach sich ziehen zu können – jedenfalls für einen kurzen Moment der Geschichte. Danach herrschte lange bei der Sicht auf kulturelle Globalisierung die Perspektive der Ambivalenz vor: Globalisierung führt zu Homogenität wie Heterogenität, stärkt universale wie partikulare Merkmale der Kulturen , stiftet kulturelle Gemeinsamkeiten wie Konflikte gleichermaßen an. Die Diskurse überlappten sich, McDonaldisierung und Kritik der McDonaldisierung waren bis auf ein paar Vorzeichen austauschbar, das Grundwort Globalisierung mit nahezu jedem Bestimmungswort kombinierbar und die Diskursmaschine leer gelaufen. Aber auch Ambivalenz dauert nicht ewig. Der 11. September, terroristische Anschläge und Drohungen brachten die Dimensionen von Gewalt und Hass in die Diskurse kultureller Globalisierung zurück, die natürlich in Wahrheit niemals verschwunden waren.

Im Winter 2005/2006 sind drei Motive zeitlich und sachlich miteinander verbunden, die das Gesicht kultureller Globalisierung auf längere Sicht prägen werden – mit dem Mord an dem holländischen Filmemacher Van Gogh als Zwischenglied zwischen den heutigen Motiven und denen vor ein paar Jahren: Da ist zunächst die sowohl geschürte wie echte Empörung in der islamischen Welt gegenüber den in Dänemark publizierten *cartoons,* die den Propheten Mohammed zum Gegenstand haben. Womöglich wird davon weniger die Debatte um Meinungsfreiheit oder Respekt vor anderen Religionen und deren Empfindungen in Erinnerung bleiben als die Tatsache, dass das säkulare Europa und nicht das religiöse Amerika – was iranische islamische Gelehrte immer gesehen haben – den Gegen-

pol zum theokratischen Regime darstellt, der angenommene militärisch-ökonomische Imperialismus jedenfalls nicht dasselbe Gesicht hat wie die politisch-kulturelle Konkurrenz. Religionswissenschaftler haben den Europäern schon immer klargemacht, dass ihre anspruchsvolle Methode der Säkularisierung, nämlich es nicht bei einem sozialen Pluralismus zu belassen, sondern Verständigung über Grundmotive religiösen Wollens herbeizuführen, eher die Ausnahme als die Regel und historisch eher in der Defensive als im Vormarsch ist. Solange die Industriegesellschaft noch Normen, große Organisationen und Lebensformen prägte, schien die Gewaltenteilung zwischen öffentlicher Politik und privater Religion im Einklang mit den Produktionsverhältnissen zu sein, aber mit der Lockerung der zivilisatorischen Klammer der Industriegesellschaft werden fundamentalere Reflexivität und fundamentalere Lebensansprüche wieder freigesetzt. Das trifft das durch Industriegesellschaft, große Massenorganisationen und hochgerüstete private Familie konstituierte moderne Europa sehr viel mehr als das mehr pluralistische und weniger industrialistische Amerika. Diese europäisch-amerikanische Differenz zeigt sich auch in Europa zwischen dem Alten und dem Neuen. Das Ende des atomaren Gleichgewichts, das die Konflikte zwischen den Staaten befriedete und zugleich das Ende des sozialstaatlich vermittelten Ausgleichs zwischen Arbeit und Kapital in den reichen Gesellschaften, trifft Europa sehr viel härter als andere und vermittelt den Eindruck ideologischer Leere, den andere auch wahrnehmen. Der französische Soziologe Michel Wieviorka hat den kühnen Bogen zwischen dem strukturellen Zusammenbruch der Nachkriegsordnung und den Subjekten geschlagen, die im Pariser Herzen Europas wie an seinen Peripherien – bis nach Südostasien – »von Europa etwas wissen wollen«.

Ein zweites Motiv kommt in der Meldung zum Ausdruck, dass sich das amerikanische Unternehmen *Google* verpflichtet hat, in seinen chinesischen Angeboten die chinesische Zensur ein Stück weit vorwegzunehmen, bestimmte Zugänge nicht zu öffnen und ihren Suchmaschinen die soziale Kontrolle aufzuerlegen. Zugleich ist die Meldung interessant, dass ein großes indisches Unternehmen die Kampagne für indische Waren und Dienstleistungen, die mit dem Motto der Demokratie für dieses Land wirbt, finanziert hat. Der Aufstieg Indiens und Chinas ist nicht mit dem der ostasiatischen Tigerökonomien von Korea und Taiwan, Hongkong und Singapur vergleichbar, denn die größten Nationalstaaten der Geschichte schicken sich an, als globale Regionen der wirtschaftlichen Clusterbildung, der ideologischen Produktion und sozialen Kontrolle neue Formate zu geben. Mit dem Bericht zur Rolle großer indischer Unternehmen ist die These verbunden, dass nationale Unternehmen doch eine zentrale Rolle spielen, nicht mehr als protektionistische Trutzburgen nationaler Industrie- und Wohlfahrtsstaaten, sondern – der originären Idee durchaus nahe – als Vermittler zwischen privater wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik auf der einen und öffentlichen Gütern und öffentlicher Kontrolle auf der anderen Seite. Der Auf- und Abstieg reicher und armer Nationen und Regionen, die Differenzierung globaler Ordnung durch neue Typen von Akteuren ragt unmittelbar in die kulturelle Glo-

balisierung hinein, verändert deren Logik und Währung und lässt die harmlose wirtschaftskulturelle Interpretation kultureller Globalisierung als Vermittlung der *flows* von Kapital und Wissen zurücktreten. *Wann* genau China und Indien *welche* Rolle im Weltwirtschaftssystem einnehmen , *wann* sie *wen* überholt haben und *wie* sich Nachbarn und Rivalen damit auseinandersetzen werden, mag nicht genau zu bestimmen sein, wohl aber, dass viele einzelne wirtschaftliche, soziale und kulturelle Akteure bereits jetzt diese Tatsache in ihre Wahrnehmung und Kommunikation aufnehmen.

Das dritte Motiv, das in diesem Zusammenhang relevant ist, ist die Verknüpfung der Auseinandersetzung um die politische und wirtschaftliche Rolle des Iran als eines großen Energielieferanten und eines politisch-ideologischen Wettbewerbers im Kampf um die richtige Deutung der modernen Geschichte. Dabei geht es nicht in erster Linie um die zwischen Lächerlichkeit und Gefährlichkeit schwankende Relativierung des Holocaust durch den iranischen Staatspräsidenten, sondern um die okzidentale Debatte, ob sich der Iran historisch-strukturell in der Mitte der Dreißiger Jahre Deutschlands bewegt. Diese Annahme, die auch die deutsche Bundeskanzlerin offenbar zu übernehmen bereit ist, unterwirft die politische, ökonomische und kulturelle Debatte um das Gesicht der Globalisierung den ideologischen Motiven des letzten Jahrhunderts. Vielleicht ist die Antwort richtig, aber zumindest muss zuvor geklärt werden, ob mit dem Ende des kurzen zwanzigsten Jahrhunderts nicht auch dessen historizistische Selbstbeschreibung zurücktreten muss. Die Verbindung von Ressourcen- und regionalem Hegemonialkonflikt mit der europäischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts schließt den Kreis zu den dänischen *cartoons,* in denen ebenfalls Europa und der Nahe und Ferne Osten ihre ferne Nähe neu entdecken.

Mit der kulturellen Globalisierung ebenso wie in der Migrations- und Demographiedebatte wird Europa zu einer Arena, die es sich selbst kaum gewünscht hat. Stark alternde Gesellschaften sollen langsam, aber unaufhörlich wachsende qualifizierte Migrationsströme aufnehmen, vitale Kompetenzen in höhere Lebensalter verlagern und religiöse Vermittlung, nicht nur Koexistenz und neutralen Pluralismus anbieten. Hochmut und Depression liegen da dicht beieinander, ob vom *ersten*, *zweiten* oder *dritten* Europa die Rede ist. Wenn wir vom *ersten* Europa sprechen, so meinen wir zugleich das karolingische und das Nachkriegseuropa, das durch wirtschaftliche Prosperität, sozialen Frieden und postideologische Verständigung sich die Geschichte vom Leib zu schaffen hofft. Schon das *zweite* Europa eröffnete kreative Zugänge wie irritierende Herausforderungen. Der Einschluss des westlichen Europas Großbritanniens brachte ein kühles liberales Gesellschaftsmodell ins Spiel, das lokalen und kulturellen Einheiten Gemeinschaft ermöglichen soll, aber Staat und Gesellschaft auf abstraktere Regelsätze zu bringen sucht. Das *nördliche zweite* Europa Skandinaviens etwickelte umgekehrt eine staatliche Vergemeinschaftung, die der privaten Wirtschaft flexible Innovationsräume und den Individuen freiheitliche Lebensführung ermöglichte. Das *südliche zweite* Europa von Spanien und Portugal bis Griechenland brachte die Erfahrung

nachholender und nach-totalitärer europäischer Modernisierung in Erinnerung, als der globale Wettbewerb schon mächtig anwuchs. Das *ostmitteleuropäische zweite* Europa hat die nachtotalitäre Erfahrung bereits von Anfang an mit der Globalisierung vernetzen, die Sedimente europäischer Modernisierungsgeschichte in sich aufnehmen und mit einem mächtigen Weltmarkt vermitteln müssen. Das alte *erste* Europa muss sich nicht mit einem neuen *zweiten* herumschlagen – das glauben nur amerikanische Neokonservative und verstockte rheinische Kapitalisten –, sondern die harte Diskussion mit dem *dritten* Europa, von den Nachfolgegesellschaften der Sowjetunion bis zu den Gesellschaften des Nahen Ostens und des Mittelmeers, suchen. Auszuweichen ist dieser Debatte sowieso nicht, denn die skizzierten erkenntnisleitenden Beispiele führen auf die Auseinandersetzung um die kulturelle Globalisierung in der Arena Europas. Es wird gefährlich, aber die Europäer haben die Chance zur Vermittlung zwischen aufstrebenden, antagonistischen und vieldeutigen Kräften, wenn sie sich selbst in Bewegung halten. Sie können die aufgeklärten – und manchmal melancholischen – Griechen gegenüber den wachsenden römischen Ansprüchen in der Weltgeschichte des einundzwanzigsten Jahrhunderts werden, die sich an ihre jugendlichen Begriffe des Politischen erinnern, ohne sie naiv der Rivalität und dem Wettbewerb globalen gesellschaftlichen Lebens entgegenzusetzen. Griechen werden nicht nur Hauslehrer, sondern auch Philosophen. Das europäische Sozialmodell mag sich unter dem Druck echter globaler Konkurrenz flexibilisieren müssen, die Geschichte der großen europäischen industriellen Massenorganisationen, ihrer Parteien und Gewerkschaften mag dezentralisierteren Tarif- und Repräsentationsformen weichen und der alteuropäische Begriff industrieller Arbeit dem globalen Wissenspragmatiker – der weiß, wie etwas geht – Terrain überlassen müssen, die griechische Arbeit der Vermittlung auf- und abstrebender Mächte wird bleiben. Vermittlung ist – für den, der es bereits vergessen hat – nicht kommunikationstechnische Moderation, sondern die Aufhebung der Gegensätze in einem Medium, das nicht Zwang ist.

Geht es bei kultureller Globalisierung also nicht mehr um die Aufwertung der kulturellen Vielfalt, die schon für Herder Ausgangspunkt einer offenen Geschichtsphilosophie war, geht es nicht mehr um die Verankerung nachhaltiger Kulturpolitik in lokalen Agenden, nicht mehr um die Realisierung von Menschenrechten in einer weitgefächerten Kultur der Differenz, nicht mehr um die Vernetzung globaler und lokaler Wahrnehmungs- und Darstellungsmuster, nicht mehr um die Kommunikation gleichzeitiger und ungleichzeitiger Erfahrung und nicht mehr um die Verknüpfung tiefsitzender kulturanthropologischer Empfindungen von Stolz und Hass mit den beweglichen Strukturen reflexiver Modernisierung, kurz: geht es nicht mehr um die in drei Jahrzehnten um kulturelle Globalisierung aufgebauten Motive einer wenn nicht politischen, so doch kulturellen Generation? Natürlich hat es in Deutschland zu Beginn dieses Jahrhunderts Leute gegeben, die zwischen der aufbauenden Nachkriegsgeneration und der nun zupackenden Globalisierungsgeneration eine direkte Verbindung herzustellen suchten, die die suchenden und rebellischen, differenzierenden und einfügenden Zwi-

schengenerationen in den Hintergrund treten lassen wollten. Sie sind mit guten Gründen ebenso wenig gewählt worden wie die Bewahrer einer vermeintlichen zweiten Gründung der Republik mit 1968. Sein wir gelassen. Die kulturelle Globalisierung hat Europa als ihre Arena gefunden. Weder die Rhetorik eines transeuropäischen liberalen Kapitalismus noch die nachträgliche Distanz zu Kolonialismus und Imperialismus wird daran etwas ändern. Die beste Zeit der *cultural, linguistic, cosmopolitan* und *complexity turns* wäre vorbei, wenn sie nur die späte, postmoderne Wohlstandserfahrung der europäischen Gesellschaften erinnert und kontextualisiert. Sie beginnt, wenn sie wieder in Zusammenhang gebracht wird mit der globalen Arbeitsteilung, dem Auf- und Abstieg im Wohlstand der Nationen, der globalen Tertiarisierung von Produktionen und Dienstleistungen, von demographischer Verschiebung und Migration. Damit muss nicht die Leichtigkeit kultureller Globalisierung verschwinden, die Reisende und Studenten, Touristen und Schriftsteller, Filmemacher und professionelle Arbeitnehmer, Experten und Spezialisten machen können. Kulturelle Globalisierung fasziniert und wehe uns, wenn diese Faszination abbricht. Der Provinzialismus hat noch nie zu etwas Gutem geführt. Aber der gesellschaftliche Preis, der für die Vermittlung der Risiken kultureller Globalisierung gezahlt werden muss, steigt. Die Börse für deren Preisbildung liegt vermutlich in Europa. Vielleicht sogar in Deutschland.

Olaf Schwencke, Edda Rydzy

*Kulturelle Vielfalt – Agens europäischer Entwicklung und Herausforderung deutscher Kulturpolitik**

»Was Generationen vor uns und um uns geschaffen, es ging doch niemals ganz verloren. Man muß nur lernen, in größeren Dimensionen zu denken, mit weiteren Zeiträumen rechnen.«

Stefan Zweig, *Die Welt von gestern. Erinnerungen eine Europäers*, 1944

In den ersten fünf Jahren des neuen Jahrtausends hat der europäische Integrationsprozess eine bislang ungekannte Beschleunigung und Intensivierung erfahren. Nach außen sichtbarstes Ereignis dieses Umstands war die bislang größte Erweiterung, die die Europäische Union am 1. Mai 2004 vollzogen hat. Die Intensivierung der Beziehungen innerhalb der Europäischen Union fand im Verfassungsprozess ihren Ausdruck. Allein die Tatsache, dass ein Verfassungs-Konvent, in dem die nationalen Parlamente und Regierungen, das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission und in Gestalt relevanter NGOs auch die Zivilgesellschaft beteiligt waren, sich auf einen Entwurf zu einigen vermochte, stellt eine qualitativ neue Ebene der Zusammenarbeit in der Europäischen Union dar.

Dass die Verfassung ausgerechnet an den Voten von Bürgerinnen und Bürgern in zwei Ländern, die vom frühesten Anbeginn Träger und Impulsgeber des europäischen Integrationsprozesses waren, zunächst stockte, zwingt zu neuem Nachdenken – nicht zuletzt über europäische Kulturpolitik.

* Mit dem Beitrag werden Überlegungen zu einer Kulturpolitik Europas fortgeführt, wie sie im »Jahrbuch für Kulturpolitik« (Bd. 1 und Bd. 2) sowie in »Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa« (2006/2001) von Olaf Schwencke entwickelt wurden.

Rückblickend fällt auf: die Kulturpolitiker mit europäischem Anspruch und europäischer Passion haben im Verfassungsprozess nicht ernsthaft über den Tellerrand hinausgeblickt. Sie haben versucht – und das ist auch gelungen –, verbesserte Rahmenbedingungen für ihr eigenes Politikfeld im Verfassungstext zu verankern. Für die Debatte in den Zivilgesellschaften der Mitgliedsländer über die europäischen Werte und Ziele, also über die eigentliche kulturelle Substanz der Verfassung, haben sie sich nur marginal oder gar nicht verantwortlich gefühlt. Dabei wäre sie genau in diesem Punkt in höchstem Maße gefordert, nicht nur um der inneren Gestaltung der Europäischen Union Willen, sondern auch wegen der Chance, die die kulturell-zivilisatorische Substanz Europas für die Welt darstellt.

In der Abstinenz der Kulturpolitik von den großen Auseinandersetzungen kommt zum Ausdruck, dass ihr in der Europäischen Union bei allen hochzuschätzenden Fortschritten nicht nur von den Entscheidungsträgern faktisch ein untergeordneter Stellenwert zugewiesen wird. Sie duckt sich selbst auf den Platz eines »weichen« Ressorts – statt engagiert und selbstbewusst einen tatsächlich gesellschaftspolitischen Anspruch zu verfolgen. Durch Unterlassung trug sie ihren Teil zur gegenwärtigen Krise bei. (Siehe dazu Wagner 2005 und Schwencke 2005 a)

Woher rührt das und wie könnte es gelingen, über die Schwelle zu der neuen Qualität zu gelangen, die im Angesicht der gegenwärtigen Herausforderungen nötig ist?

Um darauf zu antworten, ist es erforderlich, den historischen Werdegang in groben Zügen nachzuzeichnen.

I. 1945 stand Europa vor dem politischen und wirtschaftlichen Trauma, dass es binnen nur dreier Jahrzehnte durch zwei verheerende Weltkriege bis auf die Fundamente zerstört und zerrüttet war. Um den Preis der völligen Vernichtungen galt es, mit aller Entwicklungslogik zu brechen, die einen neuerlichen Völkerkrieg heraufbeschwören könnte. Dazu war es nötig, sich auf die kulturellen Wurzeln zu besinnen, die die Völker Europas miteinander verbanden und die selbst über die Ost-West-Teilung hindurch Europa im Innersten zusammenhielt. Der wohl wichtigste Impulsgeber der ersten Nachkriegsjahre für eine zu entwickelnde europäische Kulturpolitik war der Schweizer Denis de Rougemont. Er hat auf dem Europa-Kongreß in Den Haag (1948) gesagt: »Wenn auch die direkten Gründe für unsere Einheit wirtschaftlicher und politischer Natur sind, so ist doch gleichermaßen sicher, dass die Einheit Europas vor allem kultureller Natur ist, wenn man diesen Begriff in seiner umfassenden Bedeutung anwendet … Kultur … erwächst aus dem Bewusstsein für das Leben, aus einem ständigen Bedürfnis, die Bedeutung der Existenz zu erforschen und die Beherrschung der Dinge durch den Menschen zu verbessern. Sie macht die Größe Europas aus.« (Zit. b. Schwencke 2006: 34 f.) Das war nicht nur die *communis opinio* der ersten Nachkriegsjahre, es bildet bis heute die Gründung und Begründung Europas, die zur nicht mehr in Frage zu stellenden Selbstverständlichkeit geworden ist – und vielleicht gerade deshalb häufiger erinnert werden sollte.

Das dringende Bestreben, die Beziehungen der Völker künftig im tiefsten Sinne gut und friedlich zu gestalten, folgte dem klassischen Humanitätsideal, das am dichtesten und bildlichsten in Lessings Ringparabel ausgedrückt und aufgehoben ist. Auf den Punkt gebracht heißt es: Ich toleriere dich, insofern du mir ähnlich bist.

Das erste Jahrzehnt nach dem Ende der Naziherrschaft und des Zweiten Weltkrieges war auch in Westdeutschland intensiv europäisch geprägt: da es nichts »Deutsches« mehr gab, an das man in dieser Zeit erhobenen Hauptes hätte anknüpfen können, existierte eine andere politische Alternative praktisch nicht. Das Europa der deutschen Nachkriegsjahre hatte auch ein zutiefst emotionales Gesicht. Es war mit Hoffnungen erfüllt, die manchem Kämpfer im Widerstand gegen Nazideutschland Kraft verliehen hatte – die nun realisiert werden sollten: »Nur in großzügiger Zusammenarbeit der europäischen Völker kann der Boden geschaffen werden, auf dem ein neuer Aufbau möglich sein wird«, das ist auch ein Vermächtnis der Opfer des Naziregimes. (Flugblatt der Geschwister Scholl; s. Schwencke 2006: 32 f.)

Die Europäische Bewegung, die aus diesen Gründen in Deutschland einen so heftigen Zulauf wie in sonst keinem der anderen europäischen Länder hatte, war im Kern eine Kultur-Bewegung und wollte damit – trotz aller zu bewältigender äußeren und inneren Nöte der kriegs- und faschismusgeschädigten Deutschen – in eine friedliche, menschenwürdige Zukunft aufbrechen. Keiner hat das perspektivisch treffender und politisch normativer ausgedrückt als Walter Dirks: »Wir proklamieren das Ende des souveränen Nationalstaates ... Wir steuern die europäische Konföderation an ... nicht gegen andere außereuropäische Mächte, sondern geradezu für sie, wenn auch zunächst einmal für uns, für diesen in Krieg und Krise zerrütteten Kontinent. ... Zum abendländischen Erbe gehört die Unterscheidung der Völker: Unser Ideal ist nicht der Schmelztiegel, sondern die gegliederte Fülle, nicht ein Völkergemisch, das Esperanto spricht, sondern eine Konföderation der europäischen Völker ... Europa, der arme Kontinent, kann nur gelten und bestehen, wenn er sich zusammenrafft ... Das bedeutet das Ende der europäischen Idylle.« (1946: 17)

Es ist kein Zufall, dass das Drängen auf kulturelle Vielfalt mit solchem Nachdruck von einem Deutschen kommt, sondern die einzig logische Antwort auf Auschwitz und die tödlichen Erfahrungen auch im Innern Deutschlands, das für zwölf Jahre auf Volkstumspflege und Vernichtung aller modernen Kunst und Literatur gleichgeschaltet war.

»Was ist europäisch?«, fragt Adolf Muschg in seinen Essener Vorlesungen und gelangt zu dem Resümee: »Europa wird ein kulturelles Projekt, oder es wird sich auch politisch nicht halten lassen!« (2005: 32) So spannt sich ein weiter Bogen von den kulturellen Ideen und Überzeugungen im Europa der ersten Nachkriegsjahre bis zu dem mit 25 Staaten institutionalisierten Europa der Europäischen Union, auf das Adolf Muschg sich bezieht. Zwei wesentliche Elemente des europäischen Anspruchs an Kultur waren und sind das gemeinsame Erbe und die Wahrung kultureller Vielfalt.

II. Deutschlands langer und schließlich trotz mancher Rückschläge erfolgreicher Weg in ein Europa der Kulturen fußte von Anbeginn auch auf europäischen Passionen und Hoffnungen aus dem Innern Deutschlands. Die Europa-Überlegungen in Gruppen des Widerstands gegen die Nazidiktatur griffen schnell Raum. In der deutschen Europabewegung der späten vierziger Jahre entwickelte man kulturpolitische Perspektiven; die Bundesrepublik wurde Vollmitglied im *Europarat* (1951), auch der *UNESCO*, es gab schon eine Mitarbeit an der Europäischen Kulturkonvention (1954), Parlamentarier des Bundestags wirkten im *Kulturausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats* mit und schließlich am Kultur-Ministerratsbeschluss zu »Prinzipien der Kulturpolitik« (Oslo 1976). (Alle zitierten Dokumente in Schwencke 2006; s. auch Trüpel 2005, Schwencke 2005b, Sievers 2005) Auch am Fortgang des KSZE-Prozesses, der 1975 begonnen hatte, mit seinem »Korb III« – die Kultur- und Medienfreiheit betreffend, beteiligten sie sich aktiv. Schließlich gelang es 1983 aufgrund deutsch-italienischer Initiative in der EG zu einer verstärkten kultur- und bildungspolitischen Zusammenarbeit die »Erklärung von Stuttgart« zu verabschieden, das Programm »Kultur(haupt)stadt Europas« (seit 1985) mit zu initiieren sowie den »Maastricht-Vertrag« mit seinem Kultur-Artikel 128 zu ratifizieren; und die Konventsberatungen für die »EU-Grundrechtecharta« fand unter Leitung von Roman Herzog statt und brachte den Kultur-Artikel zustande: »Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.« (22) (Zu dem schwierigen Prozess der Einbeziehung der kulturellen Dimension s. Schwencke 2005a: 17, 2000b: 4)

Die Tatsache, dass ein Passus zur kulturellen Vielfalt unter Verantwortung eines Deutschen formuliert wurde, erscheint wiederum alles andere als zufällig. Aus mehr als guten Gründen – die aus mehr als schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit rührten – hat Deutschland sich ein föderales System gegeben, mit dem es politisch zentralistische Machtballung und kulturelle Gleichschaltung und Einheit vermeiden wollte und will. Aus dieser Verfasstheit ist im Lauf der Jahrzehnte einerseits ein unglaublicher kultureller Reichtum gewachsen, um den Deutschland von Kulturleuten anderer Länder beneidet wird, andererseits trägt das deutsche Engagement für europäische kulturelle Vielfalt auch einen leicht ironischen Zug. Neben seinem kulturellen Reichtum hat es auch immer wieder gezeigt, dass eine Vielfalt des Nebeneinander, die zu oft geradezu unter einer Phobie vor gemeinsamem kulturellem Ausdruck leidet, zu kleinstaatlerischem Provinzfürstengerangel und Stagnation führt:

Da von der Gründung der Bundesrepublik an die Bundesländer strengstens auf die Wahrung ihrer Kultur- und Bildungshoheit achteten, ist der deutsche Anteil an der Entwicklung einer Kulturpolitik der Europäischen Gemeinschaft insgesamt nicht sonderlich hoch einzuschätzen.

Dass alle EU-Mitgliedsländer, verstärkt auch die Deutschen, von dem Förderprogramm »Kultur 2000« sowie künftig »Kultur 2007« profitieren, ist selbstverständlich. Das eine ist, an der EU-Kulturförderung zu partizipieren, und das andere, europäische kulturpolitische Konzeptüberlegungen mit zu vollziehen und

national zu implementieren. Dafür engagierten und engagieren sich – zunächst für die westdeutsche und nach 1990 auch für die gesamtdeutsche Gesellschaft – durchaus kraftvolle Institutionen und NGOs; das heißt konkret und namentlich die *Evangelische Akademie Loccum*, die *Kulturpolitische Gesellschaft*, der *Deutsche Kulturrat* sowie die *Deutsche Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung*. Bislang ist jedoch der entscheidende Durchbruch, von dem an man behaupten könnte, dass deutsche Kulturpolitiker überwiegend und mehrheitlich mit europäischem Bewusstsein handeln, nicht gelungen. Dem liegen oft schlichte Unkenntnis, nicht selten aber auch eine fatale Ignoranz des Europäischen zu Grunde.[1]

III. Inwieweit wurden nun die europäischen Impulse in Deutschland tatsächlich in europäisch orientierte Kulturpolitik umgesetzt?

So bedeutsam die Arbeit des *Deutschen Städtetages* für die Entwicklung der Kulturpolitik in Deutschland war und ist, so wenig kommt die europakulturelle Dimension darin adäquat zum Tragen. In der damals wegweisenden und immer noch höchst relevanten Erklärung »Wege zur menschlichen Stadt« (Dortmund 1973), gibt es keine Passage zur europäischen Kulturpolitik. Anders in den Kolloquien der *Evangelischen Akademie Loccum*: galt noch die erste Veranstaltung ganz der innerdeutschen Thematik »Die Stadt und ihr Theater« (1970), so war schon im gleichen Jahr mit der Tagung »Deutsche Kulturpolitik im Ausland« auch Europa thematisiert. Sehr viel konkreter geschah das später mit dem europaweit konzipierten Kolloquium »Stadtkultur. Soziokultur und Denkmalschutz«, das in Aufarbeitung des »Jahr(es) des europäischen Denkmalschutzes: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« (1975) die Entwicklung der Soziokultur in der Bundesrepublik mit wegweisenden europäischen Impulsen vernetzt. (Ein Überblick dazu bei Schwencke 1977)

In diesem gesellschaftspolitischen Kontext wurde in Hamburg von kommunalen, regionalen, nationalen wie auch europäischen Kulturakteuren die *Kulturpolitische Gesellschaft* gegründet (1976). In ihrer Grundsatzerklärung, in der die kulturelle Verortung, der Arbeitsansatz, Aufgaben und Ziele sowie die zu deren Erreichen notwendigen Mittel formuliert wurden, war die europäische Dimension als durchgehende Prämisse implementiert. Sie fand ihren deutlichsten Ausdruck in dem Passus »Die *Kulturpolitische Gesellschaft* sollte grundsätzlich europäisch beziehungsweise international ausgerichtet sein. Sie sollte vor allen Dingen bi- und multilaterale Kulturbeziehungen fördern und pflegen … und die Arbeit von *UNESCO*, Europarat … unterstützen und kritisch beobachten.« (III/3) (Dokumentiert in Röbke 1993) Doch belangvoller als die Erkenntnis der Bedeutung Europas und das Bekenntnis zu Europa schlägt in diesem Grundsatzpapier der Profit zu Buche, den die deutsche Kulturpolitik aus europäischen Entwicklungen ge-

1 So hat Staatsminister Neumann nicht zur Kenntnis genommen, dass es seit mehr als 50 Jahren eine Europäische Kulturkonvention gibt, an die – wie auch an die nachfolgenden Debatten – es anzuknüpfen gilt, als er (siehe *Das Parlament* vom 23.1.2006) eine Europäische Charta für die Kultur forderte. Siehe dazu Schwencke 2005 c.

zogen hat. Der hier aufgehobene erweiterte Kulturbegriff, der nicht zuletzt das kulturelle Fundament für den sozialen und demokratischen Aufschwung im Deutschland der späten sechziger und der siebziger Jahre definiert, speist sich aus europäischen Reflexionen (Schwencke/Sievers 1993), die zur Erklärung von Arc et Senans »Zukunft und kulturelle Entwicklung« (1972) geführt hatten. Daran anknüpfend, darauf aufbauend nahm sich die *Kulturpolitische Gesellschaft* die Reflexion über den Kulturbegriff und die Bedingungen seiner praktischen Umsetzung zur ständigen Aufgabe. Der Kern, das Herz der Neuen Kulturpolitik, wie er zunächst in den »Plädoyers für eine Neue Kulturpolitik« (1974) artikuliert und seither verfolgt wird, wurzelt in einem europäischen Impuls. (Siehe Schwencke/Revermann/Spielhoff 1974)

Zu behaupten, dass die europäische Dimension im Engagement der *Kulturpolitischen Gesellschaft* stets relevant gewesen sei, wäre weidlich übertrieben: unter den Akteuren dominiert kommunales, regionales und seit der Wiedervereinigung Deutschlands auch nationales Denken. Die Erkenntnis, dass außerhalb der jeweils zu frequentierenden Förderprogramme kaum ein Kulturpolitiker zur Kenntnis nimmt, was im europäischen Kontext geschieht, hat die *Kulturpolitische Gesellschaft* erst jüngst dazu gebracht, das Thema zum Arbeitschwerpunkt zu machen. (Siehe »Vorspann« zu *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 3) Bereits zuvor, ebenfalls in Reaktion auf dieses Defizit, hat sich aus der Mitte der *Kulturpolitischen Gesellschaft* die *Deutsche Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung* gegründet, die strukturell gleichzeitig an das *Nationalkomitee für kulturelle Zusammenarbeit in Europa* anknüpft, das bald nach der Gründung der *Europäischen Kulturstiftung* (1954) entstanden, aber nie sonderlich wirksam geworden war. Die *Deutsche Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung* wurde geschaffen, weil es sich als notwendig erwiesen hatte, dass es Kulturakteure geben muss, die europäische Kulturpolitik mit gesellschaftspolitischem Anspruch nicht als eines von vielen gleichgeordneten Feldern, sondern als zentrale Aufgabe bearbeiten.[2]

IV. Für die zurückliegenden vierzig Jahre ist zu konstatieren, dass es in Deutschland noch nicht gelungen ist, europäische Kultur und Kulturpolitik zu dem nötigen Gewicht zu verhelfen und dass gleichzeitig die inhaltliche Entwicklung der Kulturpolitik auf der europäischen Ebene selbst stagnierte.

Für die deutsche Kulturpolitik lässt sich sagen: dieser Umstand ist die Schattenseite der Erfolgsgeschichte eines europäischen Impulses. Die Neue Kulturpolitik, die ohne Arc et Senans, ohne die Zukunftswerkstätten eines Robert Jungk und seine Dimension der Nachhaltigkeit undenkbar wäre, hat in Deutschland zu geradezu sprunghaften qualitativen und quantitativen Entwicklungen geführt.

2 Dieser Geist des konkret Europäischen war 2004/2005 Basis eines Projekts der *Deutschen Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung*, in dem sich Vertreter aus mehr als zwanzig deutschen und ungarischen Städten mit der kulturellen Zukunft Europas auseinander setzten. In der von ihnen verabschiedeten Budapester Erklärung heißt es, dass »... die Vielfalt der Kulturen in Europa ... als Bereicherung, als Lernfeld und als Voraussetzung neuer europäischer Kulturentwicklung verstanden und genutzt werden soll.« Dazu Schwencke 2005 b und Rydzy 2005.

Es entstand eine Vielzahl von Institutionen und Einrichtungen und die Anzahl der Kulturakteure vervielfachte sich. Sie waren naturgemäß mit der Gestaltung ihrer Beziehungen untereinander und zu den anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen befasst. Hinzu kam die inhaltliche Eroberung gesellschaftlich relevanter Themenfelder. Inzwischen haben Kulturwissenschaft und Kulturpolitik Eingang in die Lehre und Forschung gefunden und es gibt kaum ein Thema, das nicht aus der Perspektive kultureller Kompetenz beleuchtet und debattiert würde. Der Fokus lag folgerichtig dort, wo all diese Entwicklungen stattfanden und in direkter Kommunikation ausgefochten wurden. Die erforderlichen Mehrheiten für diese oder jene Entscheidung auf kommunaler, Länder- oder Bundesebene mussten eben hier gefunden werden.

Dass – von der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, über den *Deutschen Kulturrat* und die *Bundesvereinigung der Soziokulturellen Zentren* – sich die wichtigsten kulturpolitischen Institutionen europäischen Fragestellungen während der vergangenen Jahre wesentlich intensiver zuwenden als in den Jahrzehnten zuvor, ist kein Zufall. Mit dem Beginn und Fortgang des europäischen Verfassungsprozesses und mit der Erweiterung der Europäischen Union, wachsen die Wahrnehmung und das Bewusstsein dafür, dass künftig Entscheidungen an die europäische Ebene abgegeben werden, dass Mehrheiten dann dort zu suchen und zu finden sind – dass Europa an denen vorbei rasen wird, die nicht imstande sind, europäisch zu denken, zu kommunizieren und zu handeln.

Die Stagnation der inhaltlichen Entwicklung europäischer Kulturpolitik hängt mit den tektonischen Verschiebungen im politischen Gefüge Europas zusammen. Nachdem anfangs nahezu alle Geschicke Europas im Europarat verhandelt worden waren und in dieser frühen Zeit mit der Menschenrechtskonvention von 1950 und der Kulturkonvention von 1954 zwei existentiell wichtige kulturelle Meilensteine in den europäischen Boden gepflanzt worden waren, verlagerte sich das politische und wirtschaftliche Zentrum mit den »Römischen Verträgen« (1957) zur EWG/EG/EU. Das hatte zunächst für den Europarat die Chance zur Folge, sich neben den Menschenrechten auf Kultur und Kulturpolitik konzentrieren zu können – und auch zu müssen. Es gab damals im Europarat ein entwickeltes Bewusstsein dafür, dass die »Europäische Kulturkonvention« mit ihren drei wesentlichen Aussagen – sich auf das kulturelle Erbe von Humanismus und Aufklärung zu berufen, es innerhalb der Staaten und allgemein zugänglich zu machen, es den Völkern wechselseitig zu erschließen – dem erreichten Entwicklungsstand nicht mehr genügte. In diesem Bewusstsein wurde, fußend auf dem Kulturverständnis der Erklärung von Arc et Senans (1972), eine Expertenkommission berufen, deren Aufgabe darin bestand, einen Vorschlag für eine moderne, zeitgemäße Kulturkonvention zu erarbeiten, das heißt: im Kern den erweiterten Kulturbegriff zu konkretisieren und konsequent auf die europäische Entwicklung anzuwenden. (Siehe dazu Dammeyer 2005 und Schwencke 2003) Die Ergebnisse dieser Arbeit sind nach wie vor von Belang, konnten jedoch damals und bis heute nicht zu politischer Wirksamkeit gelangen. Die Gravitationskräfte des

Unions-Europa waren zu stark, ohne dass es selbst eine qualifizierte Kulturpolitik entwickelt hätte. So ließ sich kein geeigneter Kommunikationsraum finden, in dem die neuen Ideen und ihre Widerstände hätten verhandelt werden können. Die Kulturpolitik des Europarats war bereits im knirschenden Getriebe der unterschiedlichen europäischen Geschwindigkeiten zermahlen, bevor die Kulturpolitik der Union erwachsen genug war, um ihr Erbe anzutreten. (Siehe dazu die kritische Einschätzung Schwencke 2004) Wenngleich außerhalb der europäischen Aushandlungen hängend, wurde es von der *UNESCO* mit der Konvention zur kulturellen Vielfalt auch und erstmals weltweit völkerrechtlich verbindlicher aufgegriffen als von irgendeiner europäischen Institution. (Siehe Merkel 2005, Bernecker 2005)

V. Es sind viele Gründe anzuführen, die im Jahr 2005 in Frankreich und in den Niederlanden zum Scheitern der Referenden über eine EU-Verfassung geführt haben.

Sie müssen hier nicht erneut diskutiert werden. Sicherlich war und ist es richtig und wichtig, über die Gründe der Nichtakzeptanz eingehender nachzudenken – in allen europäischen Gremien und sicherlich auch in den betroffenen Länder-Parlamenten: Quo vadis Europa? Die vielschichtigen Antworten, die auf diese Frage herausgefunden wurden, zählen in ihrer Gesamtheit – keine allein genügt und führt aus der Krise. Das gilt für »Plan D«, der seitens der Kommission mit den Schlagworten Demokratie, Dialog und Debatte geführt wurde, sowie für das »EU-Weißbuch zur Kommunikation«, das Mitte 2005 mit einem Aktionsplan startete. Klarer und eindeutiger waren die Initiativen aus der Mitte des Europäischen Parlaments, den Verfassungsprozess selbstbewusst fortzusetzen – unter dem hoffnungspotenten Motto: Die EU-Verfassung lebt!

Mit diesem Schritt des Europäischen Parlaments sollte die Zwischenphase von dem französischen und niederländischen Nein bis zu einer jetzt beginnenden Revitalisierung der Verfassung für Europa abgeschlossen sein. Eine weitere »Denkpause« (Barroso) sollte es im Verfassungsprozess nicht geben. Dafür hat das Europäische Parlament im Januar 2006 mit großer Mehrheit auf der Grundlage des Duff-Voggenhuber-Berichts votiert: in den kommenden Monaten in gemeinsamen interparlamentarischen Konferenzen mit den nationalen Parlamenten, namentlich dem französischen und niederländischen, aber auch denen der Länder, die noch nicht ratifiziert haben, die Grundfragen der europäischen Einigung zu diskutieren. Schließlich soll, so der Vorsitzende des Verfassungsausschusses des Europäischen Parlaments, Jo Leinen, ein positiver Abschluss dieser Grundsatzdebatten mit der deutschen EU-Präsidentschaft 2007 stattfinden, in dem geklärt wird: was die Ziele der europäischen Einigung sind, welche Rolle Europa in der Welt zu übernehmen hat, wie die Zukunft des europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells zu gestalten ist und vor allem, welche Grundwerte für die Gemeinschaft verbindlich sind – wofür die in Nizza verabschiedete Grundrechte-Charta, vertieft durch den Präambel-Text der Verfassung für Europa, stehen. Gegebenen-

falls sollen nach diesen Debatten in einem Zusatzprotokoll die neuen Übereinkünfte fixiert werden, um – auf Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 – die Verfassung für Europa für alle Mitgliedsstaaten doch noch ratifizierbar zu gestalten.

VI. Mit der Frage um die Zukunft der Verfassung für Europa verbindet sich die Frage, ob diese Schritte, so notwendig sie sind, genügen werden, um der Europäischen Union bei den Bürgern Europas Akzeptanz zu verschaffen. Kommt nicht mehr als eine nur wirtschaftsrational begründete Einsicht in die Notwendigkeit, die Einigung auf eine höhere Ebene zu heben, heraus, kann die Zustimmung des europäischen Demos nicht gewonnen werden.

Worauf es künftig ankommt, hat der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors formuliert: Europa braucht eine Seele. Es benötigt das vitale Innere, das dem Körper Sinn gibt und ihn befähigt, auch kraftvoll zum Guten zu drängen. Die Berliner Initiative »Europa eine Seele geben« will diesen Denk- und Emotionalisierungsprozess fortführen. (Siehe auch Hassemer 2005)

Nun ist Brüssel kein Ort, der Seelen beatmen oder Fantasien beflügeln könnte und an Exportweltmeisterschaften, die speziell zum Nutzen der Deutschen ausgehen, können sich nur sehr wenige andere Europäer berauschen. Ganz logischerund realistischerweise stellt Eurobarometer Ende 2005 fest, dass nur jeder zweite Europäer für sich selbst einen Nutzen in Europa sieht. Offensichtlich gilt Europa nicht mehr als Hort von Wohlstand und sozialer Absicherung, wofür neben der Globalisierung auch die Osterweiterung verantwortlich gemacht wird. Einstweilen scheint die Erweiterungseuphorie des Jahres 2004 perdu und das französische und niederländische Nein zur Verfassung nur die Spitze eines tendenziell bahnbremsenden Eisbergs zu sein. Kann man das gelassen nehmen – wie ähnliche Vorkommnisse, die dann durch Kompromisse und Dynamik stets gemeinsam überwunden wurden?

Was nun? Da es offensichtlich nicht genügt, seitens der Kulturpolitik zu konstatieren, dass die Kultur- und Bildungsprogramme der Europäischen Union, so beachtlich sie beispielsweise mit dem »Erasmus-Programm« oder der Aktion »Kulturhauptstadt Europas« sind, nicht hinreichen, um in positiver Interferenz mit regionalen und nationalen Identitäten eine europäische Kulturpolitik herauszubilden? Was tun?

VII. Die Antwort besteht in einem Zirkelschluss: Die europäische Kulturpolitik kann und muss Europa helfen, indem sie sich selbst hilft – was umgekehrt genauso gilt.

Neu anknüpfend an die Anstrengungen im Europarat der frühen siebziger und achtziger Jahre muss sie ihr Kulturverständnis und damit ihr Selbst- und Verantwortungsbewusstsein auf eine höhere Stufe heben.

Im Kern besteht die Aufgabe nach wie vor darin, die Vorstellung von Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik in Europa Wirklichkeit werden zu lassen. Kultur-

politik wird aber erst dann zu Gesellschaftspolitik, wenn die Kulturpolitiker nach der Erkenntnis handeln, dass Kultur Motor und Ressource für alle Bereiche der Gesellschaft sein kann, also erst dann, wenn sie aufhören, sich in ihr Ressort zu verkriechen. (Siehe »Budapester Erklärung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 36 f.)

Im Zuge des Wettbewerbs um den Titel »Kulturhauptstadt Europas 2010« haben die allermeisten der Bewerberstädte die Erfahrung von regelrechten Entwicklungsschüben gemacht. Diese sind nicht zwingend angewiesen auf den Kampf um einen Titelgewinn, den schließlich *Essen* mit dem Ruhrgebiet in Deutschland und Pécs in Ungarn erlangte, wohl aber auf kulturelles Engagement – und auf kulturelle Vielfalt.

Ein Beitrag der deutschen Kulturpolitik zum Verfassungsprozess und zur Entwicklung des europäischen Kulturverständnisses könnte darin bestehen, dass sie sich genau des Themas »kulturelle Vielfalt« annimmt. Sie weiß aus Erfahrung, dass eine kulturelle Vielfalt, die sich als konkurrierendes oder unvermitteltes Nebeneinander versteht, Lähmungserscheinungen bewirkt. Auf übernationaler Ebene resultieren aus einem solchen Verständnis von Vielfalt die Reduktion von Kultur auf Folklore, im schlimmen Fall sogar die Bekräftigung nationalistischer Tendenzen.

Wird aber kulturelle Vielfalt konsequent aus dem weiten Kulturbegriff heraus definiert, dann ist sie in der Hauptsache eine Vielfalt von Lösungsmöglichkeiten für Aufgaben, Probleme und Konflikte, die zueinander in Beziehung stehen, sich austauschen müssen, damit sich am Beispiel von *best practices* das Ganze optimal entwickelt. Unter dieser, und nur unter dieser Voraussetzung wird Kultur zu Motor und Ressource.

Mit anderen Worten: Nachdem es die Aufgabe des modernen Europa war, dem klassischen Humanismusideal zu gesellschaftlicher Wirklichkeit zu verhelfen, ist es die Aufgabe des postmodernen/postnationalen Europa ein modernes Humanismusideal zum Durchbruch zu bringen. Es heißt nicht mehr: Ich toleriere dich, insofern du mir ähnlich bist. Sondern: Du bereicherst mich, insofern du anders bist und dich von mir unterscheidest.

Als Aufgabe der Kulturpolitik leitet sich ab, dies in konkretes Leben umzusetzen – »mit geschulten und engagierten Handwerkern … auf der Baustelle Europa.« (»Vorspann« zu Heft 111 der *Kulturpolitischen Mitteilungen* (IV/2005)).

Literatur

Bernecker, Roland (2005): »UNESCO-Konvention kulturelle Vielfalt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 34 f.

Dammeyer, Manfred (2005): »Die Vielfalt der Kulturen in der Verfassung für Europa«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 25– 33

Dirks, Walter (1946): »Die Zweite Republik. Zum Ziel und zum Weg der deutschen Demokratie«, in: *Frankfurter Hefte*, Heft 1/1946, S. 17

Hassemer, Volker (2005): »Nach Berlin und Paris nun Budapest«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 33

Merkel, Christine M. (2005): »UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 10 f.

Muschg, Adolf (2005): *Was ist europäisch? Reden für einen gastlichen Erdteil*, München

Röbke, Thomas (Hrsg.) (1993): *Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik*, Hagen/Essen

Rydzy, Edda (2005): »Nicht in die Tiefe, sondern in die Breite bohren. Welche Anforderungen sollen europäische Kuklturhauptstädte künftig erfüllen?, in: *Zeitschrift für KulturAustausch*, Heft 3+4/2005, S. 130 f.

Schwencke, Olaf/Revermann, Klaus H./Spielhoff, Alfons (Hrsg.) (1974): *Plädoyers für eine Neue Kulturpolitik*, München

Schwencke, Olaf (1977): »Kultur als Demokratieprozess«, in: *Mut zur Verständigung. 25 Jahre Evangelische Akademie Loccum*, Göttingen, S. 205–221

Schwencke, Olaf (2000 a): »Bürgerrecht Kultur in Europa – Fehlanzeige. Defizite im Entwurf der Grundrechts-Charta der Europäischen Union«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 90 (III/2000), S. 17

Schwencke, Olaf (2000 b): »Späte Einsicht. Europas Grundrechtscharta mit Kultur-Artikel verabschiedet«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 91 (IV/2005), S. 4

Schwencke, Olaf (2001): »Europa eine Seele geben. Kulturpolitik auf dem Weg zu einer europäischen Bürgergesellschaft?«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2000*, Band 1, Essen: Klartext Verlag, S. 303–314

Schwencke, Olaf (2002): »Europa als Kulturgemeinschaft«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik* 2001, Band 2, Essen: Klartext, S. 295–312

Schwencke, Olaf (2003): »Wegmarke und Voraussetzung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 102 (III/2003), S. 6 f.

Schwencke, Olaf (2004): »Definieren, was Europa zusammenhält«, in: *Zeitschrift für KulturAustausch*, Heft 1/2004, S. 90–93

Schwencke, Olaf (2005 a): »Krise Europas – Krise der Intellektuellen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 4–6

Schwencke, Olaf (2005 b): »Die Zukunft der Stadt als europäische Lebensform«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 36–38

Schwencke, Olaf (2005 c): »50 Jahre Kulturkonvention des Europarats – folgenlos?«, in *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 14–16

Schwencke, Olaf (2006): *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa*, Bonn/Essen (1. Auflage 2001)

Schwencke, Olaf/Sievers, Norbert (1993): »Neue Kulturpolitik und die Entwicklung der Soziokultur in Deutschland« (nachabgedruckt in: Schwencke, Olaf (1997): *Der Stadt Bestes suchen ...*, Bonn, S. 191–200)

Wagner, Bernd (2005): »Europa in schlechter Verfassung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005) S. 4 f.

Wolfgang Thierse

Kulturelle Dimensionen der Deutschen Einheit

Über Differenz und Innovation in unserer Kulturnation

Der Zusammenbruch der *SED*-Diktatur war Ausgangspunkt eines tief greifenden Strukturwandels in Ostdeutschland. Was alle Politikfelder betraf, musste selbstverständlich auch für die Kulturpolitik gelten: ein Neuanfang unter völlig veränderten Rahmenbedingungen. Der gesellschaftliche Einschnitt hin zur bundesrepublikanischen Demokratie und Marktwirtschaft war auch ein Kulturbruch, wurde gar als »Kulturschock« (Wagner 1996) bezeichnet.

Die Übernahme des westdeutschen Gesellschaftsmodells im Osten verlief problematischer als erwartet und erzeugte in den neunziger Jahren eine gespaltene Ökonomie, die im Osten mit weitgehender Entindustrialisierung und hoher Arbeitslosigkeit, mit Abwanderung und besonderer Überalterung sowie mit zusehenden Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte einherging. Wenn auch der Vergleich zum italienischen »Mezzogiorno« (siehe Heilemann 2005) überzogen ist, weil damit einzelne erfolgreiche Wachstumszentren und -cluster ausgeblendet werden, blieb doch bisher die versprochene schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse, von Einkommen und Beschäftigung aus. Allerdings bezog sich die Integration und Transformation der ehemaligen DDR nicht nur auf Rechtsangleichung und ökonomischen Systemwechsel. Und gerade die schwierige Bewältigung der lebensweltlichen Umbrüche wurde zu einem schmerzlichen und widersprüchlichen kulturellen Prozess: zwischen Unterwerfung und Anpassung auf der einen Seite, trotziger Selbstbehauptung und Verklärung des Vergehenden auf der anderen Seite.

Natürlich bot auch nach vierzigjähriger Spaltung die gemeinsame Kulturgeschichte – nicht nur des Nationalstaates seit 1871, sondern bereits des Heiligen Römischen Reiches und seiner Nachfolger seit dem 10. Jahrhundert – eine Grundlage für das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten. Daher beginnt der

Kultur-Artikel 35 des Einigungsvertrages mit dem Satz: »In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden deutschen Staaten – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation.« Dieses Verbindende der deutschen »Kulturnation«, mit gemeinsamer Sprache und gemeinsamen religiösen, kulturhistorischen und künstlerischen Traditionsbeständen bis hin zu einem nie wirklich abgerissenen kulturellen Austausch zwischen den beiden Teilgesellschaften, machte die Einheit so selbstverständlich und beförderte alle Bedenkenträger, auch wenn sie eigentlich gute ökonomische Argumente hatten, ins öffentliche Abseits.

Befunde kultureller Differenz

Andererseits zeigten sich von Beginn an unerwartete Ost-West-Differenzen, besonders in Normen und im Verhalten der Alltagskultur. Das jeweilige Selbstverständnis wurde häufig in Abgrenzung zueinander formuliert. Feuilleton und sozialwissenschaftliche Forschung analysierten Gefühle gegenseitiger Fremdheit. Die innere Einheit herzustellen, die »Mauer in den Köpfen« zu überwinden, wurde nach der formalen Vereinigung zu einer dauernden Aufgabe, nicht nur für die Politik, sondern vor allem auch im Lebensalltag. Früh war klar: Nur durch das gegenseitige Interesse, durch ein Aufeinanderzugehen und durch das Erzählen der unterschiedlichen Biographien und Erfahrungen lassen sich Offenheit, Verständigung und Empathie entwickeln.

Ostdeutschland wird häufig mit traditionelleren und vor-modernen Werten verbunden, was damit zu tun hätte, dass der postmaterialistische Wertewandel, der in Westdeutschland und in der gesamten westlichen Welt in den sechziger Jahren einsetzte, in der DDR so nicht stattfand. Hinzu komme die staatssozialistische Sozialisation und die relative Gleichheit der »arbeiterlichen« DDR-Gesellschaft. (Engler 1999: 173 ff.) Dem stehe gegenüber das Bild des westlichen »Ellenbogentyps«, des personifizierten Profitprinzips mit individualistischen Orientierungen an Aufstieg, Geld und Konsum. Natürlich war dieser Gegensatz vom kollektivistischen und rückwärtsgewandten »Jammer-Ossi« und dem arrogant-egoistischen »Besser-Wessi« immer eine Karikatur.

Zwar waren spätestens seit den achtziger Jahren bei DDR-Jugendlichen große Ähnlichkeiten zu privatistischen Einstellungen und Verhaltensweisen im Westen beobachtet worden. Doch anders als zunächst prognostiziert, verstärkten sich Abgrenzungen nach der Wende gerade bei jungen Erwachsenen, die die DDR nur noch als Kinder kennen gelernt hatten. Über 80 Prozent fühlten sich als »Bürger der ehemaligen DDR« – das war überraschend und offenbar ein anderes Phänomen als die *PDS*-Trauerarbeit ehemaliger DDR-Eliten. Denn nur eine Minderheit von rund 10 Prozent der Jüngeren wollte die wirkliche DDR – ohne Meinungs- und Reisefreiheit, mit Mauer und Stasiterror – wiederhaben.

Vom Westen abweichende Wertemuster wurden zugespitzt zu einer neuen »ostdeutschen Identität«. Diese habe erst im Vereinigungsprozess prägende Be-

deutung erlangt. Jedenfalls mehr als die zuvor – allen erzieherischen und repressiven Bemühungen um die »allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit« zum Trotz – eher schwach ausgeprägte Identifikation mit der DDR. Ein stolzes »Ost« prangt als Markenzeichen über der *Volksbühne* am Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Knapp skizziert sind Elemente dieses kulturellen Phänomens:

- »Ostdeutsche Identität« wurde durch Erfahrung von Ungerechtigkeiten im Einigungsprozess verstärkt und brachte mehr Identifikation mit der DDR hervor als zu Zeiten der DDR selbst.
- Diese Tendenz zur Abweichung vom Westen wurde als Prozess kultureller Differenzierung vollzogen.
- Das Markenzeichen Ost wurde so einträglich, dass der Markt es entdeckte.
- Bezüge auf diese »Identität« wechseln und sind abhängig vom jeweiligen Lebens- und Diskurszusammenhang: Im »normalen« Alltagsleben kann die Identität als Sachse, als »Prenzelberger«, als deutscher Staatsbürger et cetera wichtiger sein. Es geht also um Hegemonial- und Marginalisierungsdiskurse.
- Ostdeutsche Identität ist bei weitem nicht nur larmoyant und rückwärtsgewandt, sondern, Jana Hensel, Jakob Hein oder die *Volksbühne* beweisen es, sie kann durchaus selbstbewusst sein und als Bereicherung erfahren werden.

Insgesamt ist trotzdem wohl Vorsicht angebracht. Zum einen ging es bei der Thematisierung der Ossi-Wessi-Friktionen in den neunziger Jahren häufig um anderes: »Vielfach waren die Spannungen durch andere Konflikte verstärkt oder überhaupt verursacht – etwa durch kulturelle Konflikte zwischen verschiedenen Milieus, durch Generationskonflikte oder durch Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse, durch den Abstand von Wohlhabenden und weniger Besitzenden und schließlich durch politische und ideologische Konflikte. Gerne und bis heute anhaltend werden diese Spannungen oder Konfliktlinien mit dem Etikett ›West-Ost-Unterschiede‹ – also der, wie es in der Sprache der Politiker heißt, noch ›unvollendeten Einheit‹ – belegt.« (Ahbe 2004: 12)

Zum anderen unterliegen die Stereotypen besonderen Kommunikationsbedingungen auch von westlicher Seite: Da war das Erstaunen darüber, dass die bisher erfolgreich funktionierende soziale Marktwirtschaft und das erprobte Parteiensystem West nicht gleichermaßen erfolgreich im Osten ankamen. Da erklärt sich manche Konzentration auf ostdeutsche Sozialisation und Mentalität durch die Reformunwilligkeit des Westens selbst, durch die Verdrängung der kritischen Reflexion westdeutscher Strukturen, deren Erfolgsbedingungen eigentlich seit den achtziger Jahren objektiv untergegangen waren. Schließlich spielt auch in diesem Kontext der Elitenwechsel eine nicht unwichtige Rolle. Die Verzerrung der Perspektive, die Ostdeutschland zum »Jammertal« und »Milliardengrab« erklärte, hatte nicht zuletzt mit der westdeutschen Dominanz in führenden Medien zu tun.

Demgegenüber gilt festzuhalten, dass das gewonnene Selbstbewusstsein eine wichtige kulturelle Ressource für Ostdeutschland war und ist, die auch die *SPD* – unter anderem über das *Forum Ostdeutschland* – nach Kräften förderte. »Wir sind

im Westen angekommen und müssen uns der eigenen Geschichte nach beiden Richtungen stellen. Wer nicht als aussterbende Spezies ›Ossi‹ übrig bleiben will, muss sich einmischen.« (Misselwitz 1996: 127)

Statt nun aber weiteren Aspekten der politischen Kulturforschung Ostdeutschlands (siehe vor allem Thumfort 2002) nachzugehen, seien im Folgenden Entwicklungen der Kulturpolitik im eigentlichen Sinne skizziert. Wobei es Sinn macht, die drei sich teilweise überlappenden Vorgänge Umbruch, Sicherung/Förderung und neuere Innovationen getrennt zu betrachten.

Kultureller Umbruch

Zunächst ging es um die Überführung der *SED*-geprägten und planwirtschaftlichen DDR-Kultur in demokratische Verhältnisse: Zum Zeitpunkt der Wende verfügte die DDR unter der Kontrolle von Staat und Partei über ein einzigartiges flächendeckendes Netz kultureller Institutionen. 22 Prozent des Staatshaushaltes wurden 1988 ausgegeben, um dem »sozialistischen Erziehungsauftrag« gerecht zu werden, alle sozialen Schichten, gerade die Werktätigen, einzubeziehen und über die größeren Städte hinaus auch ländliche Regionen mit Angeboten von Kunst und Kultur zu versorgen. »In den neuen Bundesländern (einschließlich Ost-Berlin) gab es zum Zeitpunkt der Vereinigung 217 Theater und Spielstätten, 87 Orchester, rund 1000 Museen, 112 Musikschulen, über 7 000 öffentliche Bibliotheken, etwa 250 000 registrierte Einzeldenkmäler, 180 historisch bedeutsame Stadt- und Dorfkerne und mehr als 1 500 Kultur- und Clubhäuser.« (Thomas 2000: 247) Damit sind noch längst nicht alle Galerien, Kinos, Heimatstuben, Kulturkreise von Betrieben, Handwerksgenossenschaften und LPGs oder die fast 10 000 Jugendklubs, meist von der FDJ betreut und kontrolliert, mitgezählt. Die Kulturinstitutionen waren nicht nur städtisch oder unterstanden dem *SED-Ministerium für Kultur*, viele waren in der Hand von Kombinaten, Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen. Damit verfolgte – unbeschadet mancher Nischen und nutzbaren Ambivalenzen, deren Grenzen wie im Falle Wolf Biermann bekannt sind – die Kulturpolitik das marxistisch-leninistische Ziel der »Verwirklichung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und die Herausbildung einer der Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenen zahlreichen Intelligenz« (*Kleines politisches Wörterbuch*, Stichwort »Kulturpolitik (sozialistische)« 1973: 478), so die Phraseologie der Diktatur.

Als vielleicht größter Umbruch kann die Tatsache gelten, dass sich für die Künstler sämtliche Rahmenbedingungen, also die ökonomische wie ideelle und politische Einbindung von Kunst und Kultur, änderten. Dabei zeigte sich übrigens, dass nicht jeder, der im öffentlichen Kulturbetrieb der DDR Anerkennung fand, ein ins Unrecht verstrickter Staatskünstler war. Und umgekehrt war nicht jeder Kritiker des *SED*-Regimes wirklich ein anerkennenswerter Künstler. In der neuen Zeit sind die Künstler in individualistischer Lebensführung auf eigene Ver-

antwortung und Rechnung, gewissermaßen als Selbstunternehmer zwischen Autonomie und sozialer Unsicherheit (siehe Röbke 2000) darauf angewiesen, Stipendien, Aufträge und Engagements zu akquirieren und sich Publikum, Käufer und Kunstmärkte zu erobern. Für die meisten bedeutet dies, ihr künstlerisches Schaffen mit Lehrtätigkeit oder anderen, auch kunstfernen Einnahmequellen kombinieren zu müssen.

Dort, wo die ideologische Überformung sozialistischer Kulturpolitik überwog, bedeutete Überführung in bundesrepublikanische Strukturen gewiss Abwicklung und Verlust – aufgrund oft übergroßer Personalbestände, ineffektiver Strukturen und der Auflösung politischer Zwangsstrukturen auch zu Recht, wenn auch manchmal durch betriebliche Privatisierung und ökonomische Radikalanpassung unnötig schnell erzwungen. Nehmen wir für diesen Schrumpfungsprozess das Beispiel des Verlagswesens (siehe Links 2005). Die 78 zugelassenen und lizenzierten DDR-Verlage waren eher ausgewachsene Literaturinstitute mit Kontroll- und Druckgenehmigungssystemen, weniger effiziente Wirtschaftseinheiten. Vor der Wende hatte etwa der *Aufbau Verlag* in Berlin und Weimar 180 Mitarbeiter, davon allein 70 Lektoren. Während die pro Mitarbeiter und Jahr produzierte Titelzahl im Westen über fünf lag, betrug sie in der DDR unter zwei. Fast 70 Prozent der Verlage wurden von Westunternehmen übernommen, nach 15 Jahren existierte nur noch die Hälfte davon als selbständige Einheiten, in der Regel mit einstelliger Mitarbeiterzahl. Erschienen 1989 jährlich 6 500 Titel, so sind dies jetzt pro Jahr nur noch rund 1 500 Neuerscheinungen aus Ostdeutschland, was bei insgesamt 70 000 Titeln pro Jahr gerade einmal rund 2 Prozent der deutschen Buchproduktion entspricht.

Kulturförderung

Vordringliche Aufgabe war, ausgehend vom Bekenntnis zum Kulturstaat im Einigungsvertrag, die Sicherung nicht nur des Bewahrenswerten des 20. Jahrhunderts, sondern gerade auch des kulturellen Erbes Mitteldeutschlands, das eng verbunden ist mit Protestantismus, Barockkultur und Aufklärung, mit deutscher Klassik und Romantik, mit künstlerischen Reformbewegungen von der »Brücke« des deutschen Expressionismus bis hin zum Bauhaus. Aufgabe war die Umwandlung des zentral gesteuerten Kulturbetriebs in die föderale Struktur von Länder und Kommunen, was angesichts der maroden DDR-Hinterlassenschaft durch massive finanzielle Hilfe durch den Bund ermöglicht werden musste.

Das von der Bundesregierung 2001 und 2002 vorgelegte »Blaubuch« bilanzierte: »So sehr die DDR bemüht war, die Kultur als staatliche Aufgabe zu pflegen, so sehr hat man, abgesehen von den ideologischen Implikationen, festzustellen, dass die Kultureinrichtungen in Ostdeutschland 1989 oftmals einen Rückstand von Jahrzehnten gegenüber den vergleichbaren Institutionen in Westdeutschland hatten. Das gilt nicht nur für die Gebäude, deren Zustand mit wenigen Ausnahmen als unzureichend bis katastrophal bezeichnet werden muss. Es gilt für die

Ausstattung, die Lücken in den Sammlungen, den durch die Isolation des Ostens verursachten Rückstand an wissenschaftlichem Austausch und mangelnde internationale Orientierung. Diese Tatsachen sind zu bedenken, wenn man angetreten ist, die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen.« (Raabe 2002: 23)

Hier können nicht alle Maßnahmen der Sanierung und Umstrukturierung aufgezählt werden. So etwa förderte das »Substanzerhaltungsprogramm Kultur« 1991–93 etwa 230 Kulturstätten – Theater, Orchester, Opern, Museen, Gedenkstätten, Bibliotheken – in Ostdeutschland mit Zuschüssen in Höhe von fast 1,5 Milliarden DM. Mit weiteren Sonderprogrammen, wie dem Infrastrukturprogramm oder dem Denkmalschutzprogramm, gab der Bund in dieser Anfangsphase insgesamt 2,8 Milliarden DM für die Kulturförderung Ost aus. 1994 wurden noch einmal 250 Millionen DM aus den Mitteln der ehemaligen Partei- und Massenorganisationen der DDR aufgebracht. Auch nach 1995, nach dem Auslaufen der Übergangsfinanzierung und der Neuordnung des Finanzausgleiches, basiert die meiste Kulturförderung, die zum Beispiel die Umsetzung des sächsischen Kulturraumgesetzes möglich machte, auf den Transferleistungen des Westens. Die Solidarpakte I (94,5 Milliarden Euro) und II (2005–2019: 156,5 Milliarden Euro) zwischen Bund und Ländern zum Abbau teilungsbedingter Lasten bilden die Grundlage für die politische und eben auch die kulturpolitische Handlungsfähigkeit Ostdeutschlands. Zudem unterstützt der Bund so genannte »kulturelle Leuchttürme« wie die *Stiftung Weimarer Klassik*, die *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg* oder die *Stiftung Fürst Pückler Park* in Bad Muskau dauerhaft als gesamtstaatlich bedeutsame Kultureinrichtungen und Aktivitäten. Nach dem Regierungswechsel 1998 standen im Rahmen der neuen Bundeskulturpolitik allein für das Infrastruktur-Programm »Kultur in den neuen Ländern« bis 2002 mehr als 138 Millionen Euro zur Verfügung, nicht zu vergessen das »Dach-und-Fach-Programm«, das bedeutsame Baudenkmäler sicherte, oder der nach dem Umzug nach Berlin notwendig gewordene Ausbau der Hauptstadtkulturförderung.

So wurde seit der Wende erheblich in Städtebau, in den Erhalt von Baudenkmälern, in das Kulturleben, in Theater, Musik und Kunst investiert. Die Leistungen von Kommunen, Bund, Ländern, Stiftungen, Verbänden, Vereinen und privaten Initiativen bei der Bewahrung, Rettung und Erneuerung der kulturellen Überlieferung Ostdeutschland sind überwältigend. Die staatlichen Transferleistungen haben sich, nimmt man den Eindruck der vielen restaurierten historischen Städte – von Schwerin bis Görlitz, von Quedlinburg bis Leipzig, auch von Schlössern, Burgen und Klöstern –, wirklich gelohnt. Gerade dort, wo die historische Schönheit der Stadtbilder wiederauferstanden ist, wo deren Erkennbarkeit und Geschlossenheit sichtbar sind, wo regionale Kulturtraditionen wiederbelebt wurden, entwickelte sich von Neuem eine deutliche Identifikation mit Orten und Landschaften, verstärkten sich Heimatgefühle. Kultur wurde zu einer besonderen Standortqualität des Ostens: nicht nur nach außen für den Kulturtourismus oder für Investoren, sondern gerade auch nach innen, denn ein lebendiger kultureller

Zusammenhang kann auch Orten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und hoher Arbeitslosigkeit Stabilität verleihen, kann die Demokratie stärken und der Abwanderung entgegenwirken.

Es bleibt festzuhalten, dass die Kulturausgaben der Länder und Kommunen in Ostdeutschland pro Kopf nach wie vor höher sind als im Westen. Vergleichszahlen von 1998 sind zum Beispiel Thüringen 198 DM, Sachsen 245 DM, dagegen Bayern 155 DM, Nordrhein-Westfalen 134 DM. Diese bessere staatliche Unterstützung des Kulturbereichs gilt es gerade dort, wo wir auf das Kulturelle als Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Problemen angewiesen sind, zu verteidigen.

Kulturelle Innovation im Schrumpfen

Heute lösen schrumpfende Staatsfinanzen einen gewissermaßen dialektischen Prozess aus: Einerseits geht es um die Verteidigung der sozialstaatlichen Tradition von Kultur als öffentlichem Gut im fiskalischen Verteilungskampf und gegen marktliberale Entstaatlichungsideologien; andererseits scheinen gerade diese neuen Gefährdungen auch neue Kreativität freizusetzen.

So blieb die Situation der Not leidenden Museen, Theater, Chöre, Orchester, Musikschulen, Tanzensembles, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen auch in jüngster Zeit kritisch. Die Verteidigung der einzelnen Institution stand jahrelang im Mittelpunkt. Durch die außerordentlichen Bundesfinanzen der ersten Jahre, durch Nutzung des ausgedehnten zweiten Arbeitsmarktes, durch besonderes Engagement, aber auch durch schlechtere Arbeitsverträge, durch Lohnkürzungen, Personalreduktion und radikal geschrumpfte Ankaufetats gelang es, viele Institutionen gerade noch zu erhalten, allerdings kaum dauerhaft zu sichern. Durch die in allen ostdeutschen Ländern immer wieder zurückgefahrenen öffentlichen Zuwendungen wurden »schwierige Umstrukturierungen« notwendig, hinter denen sich in der Regel tiefe Einschnitte in die Kulturlandschaft verbargen. Zusammenlegung und Kooperation waren oft vor Schließung der Institution oder Abschaffung des Ensembles noch das kleinere Übel, bedeuteten aber ebenfalls eine Reduktion kultureller Vielfalt.

Kaum eine kulturpolitische Debatte, in der nicht ein negatives Fazit gezogen wurde: »Dass das Ende der Fahnenstange längst erreicht ist, kann nicht mehr bezweifelt werden … Bedauerlicherweise empfiehlt sich der ostdeutsche Kulturbetrieb so längst als Modellfall für die neuen Wunderformeln vom Umbau Ost, in denen es um Schwerpunkt- und Zentrenförderung, um Aufweichung von Tarifvereinbarungen, um Sonderwirtschaftszonen, um unentgeltliche Arbeit und Ein-Euro-Jobs anstelle wirklicher Stellen geht.« (Volke 2005: 242) Es bleibt schwer, das Schrumpfen kultureller Institutionen zu gestalten oder gar aufzuhalten, wo selbst tragende Wirtschaft nicht in Gang kommt, Arbeitslosigkeit und Abwanderung anhält und jetzt Strukturen sinkenden Transferleistungen angepasst werden müssen.

Doch dem steht längst ein kulturpolitischer Aufbruch gegenüber, neue Wege der Kultur nicht trotz, sondern wegen leerer öffentlicher Kassen zu ermöglichen. Mit der schönen Metapher vom »Labor Ostdeutschland« (Bauer-Volke/Dietzsch 2003) wurde der Osten als Versuchsraum mit Modellcharakter für Gesamtdeutschland beschrieben, der zwar enorme Brüche und Verluste zu verzeichnen hat, wo andererseits aber gerade außerhalb bekannter Strukturen Neues gefunden und entwickelt wird. Trotz der besonderen Gefährdungen des traditionellen Kulturstaates führte das Ende von Industriezweigen und Wirtschaftsstandorten in Ostdeutschland zu einem Bedeutungszuwachs des Kulturellen, der seinesgleichen sucht. Weniger als Substanzerhalt und »Artenschutz«, sondern als Richtungswechsel des Erkennens und Auslotens der Funktionen von Kunst und Kultur in den Umbrüchen der Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht nicht mehr nur die Frage, wie viel Kultur sich eine Gesellschaft leisten kann oder will, sondern hinzugetreten ist dort die Frage, welche Funktion Kultur im gesellschaftlichen Wandel hat. Denn ohne kulturelle Beiträge sind die politischen Zukunftsaufgaben kaum bewältigbar: ob dies die steigende Abhängigkeit der Kulturproduktion von der freien Wirtschaft ist, die Notwendigkeit der kulturellen Gestaltung schrumpfender Städte, die Neubestimmung »glokaler« Identitäten, die Zukunft der Jugend in einer alternden Gesellschaft oder der Wandel der Arbeitsgesellschaft.

Besonders Letzterer animierte zur These von der »Avantgarde Ost« (Engler 2002: 178). Die aus den achtziger Jahren bekannte Sozialutopie, Wachstumsgewinne gegen menschenwürdiges Leben mit weniger oder sogar ohne Arbeit zu tauschen, bekam erneut Konjunktur: Kann man den erzwungenen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft so gestalten, dass er nicht nur lebbar ist, sondern anziehend wird, zur inneren Alternative der Arbeitsgesellschaft avanciert? (Siehe auch Engler 2005) Diese These fand Verbreitung, passte sie doch zum Lebensgefühl und Habitus eines jugendkulturellen oder jung-künstlerischen (Bohemien-)Milieus, etwa in Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg. Die Realität bleibt demgegenüber widersprüchlich: Lernprozesse, Verhaltensänderungen und Projekte eines neuen *underground* werden bei Intellektuellen und Kulturschaffenden nicht nur durch einen freiwilligen mentalen Aufbruch ausgelöst, sondern meist durch den verriegelten Arbeitsmarkt sowie durch die schiere Geldnot der ostdeutschen Länder und Kommunen erzwungen.

Zu beobachten ist eine improvisierte junge Kunst, die oft auf Symbole der DDR und des Ostens ironisch Bezug nimmt, deren freche Kreativitätsschübe und der Gestus trotzigen »Widerstands« gegen den staatlichen »Kulturabbau« eine neue Melange eingehen. Wie in der Malerei die extrem erfolgreiche »Neue Leipziger Schule«, sieht eine junge Künstlergeneration – übrigens aus Ost *und* West – die Ost-Erfahrung als Bereicherung und als Vorteil, »etwas mehr« vorweisen zu können als die anderen im Westen. Der Osten wird so stilisiert zum Vorreiter beim Nachdenken über Innovationen, die auch im Westen notwendig sind. Soviel ist daran richtig: Die Kultur und die Künste übernehmen immer mehr Funktionen von sozialer Integration und schaffen die dringend benötigten Gesprächsräume

zur Gestaltung des tiefgreifenden Wandels. Kulturarbeit wird zu einer zentralen Ressource ostdeutscher Sinnproduktion.

Konzeptionelle Neuanfänge, aus der ostdeutschen Region geboren, haben eine Chance. Berichtet wird von erfolgreichen Stadttheaterkonzepten von Zittau über Senftenberg, Schwedt, Cottbus, Anklam bis nach Meiningen, nicht wie im Westen oder in Berlin bildungsbürgerlich und avantgardistisch, sondern mit lokaler und regionaler Verankerung, an der konkreten gesellschaftlichen Situation und den kommunikativen Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung orientiert. Jenseits des (irgendwie ja auch ewigen) Klagelieds vom Untergang der Kultur ist längst eine neue kulturelle Praxis entstanden: Kultur findet in Ostdeutschland neuen Zuspruch, wenn sie eine »gesellschaftsbildende Funktion« übernimmt und Kommunikationsräume quer zu den Medien erschafft. Auf gleicher Augenhöhe geht es um die »Aushandlung konkreter regional, sozial und politisch bestimmter Kommunikationszusammenhänge und -bedürfnisse«. Kulturpolitik solle solche Graswurzelkultur, nach dem Prinzip »*form follows function*«, unterstützen und in der Region eben nicht auf den internationalen Kunstdiskurs des intellektuellen Großstadtpublikums schielen. (Volke 2005: 243 ff.)

Nach den Umbrüchen der Wendezeit und der relativen kulturellen Stabilisierung in den neunziger Jahren wird nun also im neuen Jahrhundert thematisiert, wieweit kulturelle Innovationen aus dem Osten für Gesamtdeutschland wichtig sind. Endlich scheint überall angekommen, dass Westdeutschland nicht mehr so weitermachen kann wie zu Zeiten der rheinischen Republik. »Überspitzt gesagt, entspricht der Verwestlichung der Lebensverhältnisse im Osten eine Veröstlichung des Lebensgefühls im Westen.« (Schneider 2005) Peter Schneider verweist auf die kulturhistorische These, dass die »Besiegten« der Geschichte kraft größerer Flexibilität und der kreativen Not, ihre »Niederlage« zu verarbeiten und Mythen darüber zu erschaffen, den »Siegern« am Ende einen guten Teil ihrer Kultur aufdrücken. Die Kultur des Ostens in Gesamtdeutschland lebt: ob dies Erfolgsautoren sind wie Ingo Schulze, Thomas Brussig oder Jens Sparschuh, ob dies Filmerfolge wie »Good By Lenin« oder »Sonnenallee« waren, ob dies die Erfolge der Dresdner und Leipziger Malerschulen sind, die auf dem internationalen Kunstmarkt Spitzenwerte erzielen, ob dies das Theater von Heiner Müller war oder von Frank Castorf ist – von den vielen Schauspielern, Dokumentarfilmern, Konzertmusikern, Fernsehstars und Popmusikern bis hin zur volkstümlichen Schunkelmusik ganz zu schweigen.

Eine Gesellschaft bleibt dynamisch, wenn sie sich die Leidenschaft und Werte von Neubürgern zunutze macht. Auch im Westen hat sich nach der deutschen Einheit mittlerweile der Wertewandel selbst gewandelt. Waren noch in den siebziger und achtziger Jahren auf der Basis beständigen Wachstums Wertetrends zu mehr Freiheit, zu größerem individualistischen Autonomiestreben, zu mehr Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung bis hin zu mehr Egozentrik und Egoismus festgestellt worden, so gilt dies nicht mehr ungebrochen. »Das Pendel ist zurückgeschlagen. Viele Menschen streben nicht länger nach individueller Auto-

nomie und Selbstverwirklichung, sie kosten ihre Freiheitsgrade nicht länger aus, sie sind vielmehr auf der Suche nach Sicherheit, Ordnung und Gemeinschaft.« (Hradil 2002: 40) Die lineare soziokulturelle Entwicklung ist vorbei, es geht um neue Kombinationen, etwa von Sicherheit und Selbstverwirklichung in der Arbeitswelt. Zu dieser neuen Mischung und zur Renaissance von Gemeinschafts-, Sicherheits- und materiellen Werten hat der Einfluss des Ostens entscheidend beigetragen. Sieht man seine eigenständigen künstlerischen Leistungen, seine kulturelle Innovationskraft, den sich jetzt ebenfalls verändernden Westen, so lässt sich schlussfolgern: Nach 16 Jahren sind weniger die Kunst und die kulturelle Einheit das Problem, vielmehr sind dies die wachsenden wirtschaftlichen Disparitäten zwischen boomenden und peripheren Regionen.

Aus 16 Jahren Einheit lernen – Zum Schluss sieben Thesen zur Kultur

1. Es brauchte vielleicht 16 Jahre, damit der enorme Zugewinn der vielfältigen historischen Kulturlandschaft Ostdeutschlands für Gesamtdeutschland wirklich gewürdigt wird. Als Deutschland geteilt war, gab es die entscheidende Klammer der Kulturnation, während nach Herstellung der staatlichen Einheit die kulturelle Differenz – analysiert zumeist als abweichendes Bewusstsein Ost – von besonderem Interesse war. Doch nun entdecken die Westdeutschen neu, was aus ihrem Blick geraten war. Denken wir an die Fluthilfe im Sommer 2002, denken wir an die Bürgergelder für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche: Allen Debatten und Analysen der neunziger Jahre zum Trotz könnte sich die kulturelle Einheit doch noch vor der wirtschaftlichen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herstellen.
2. Kultur erweist sich – gerade auch angesichts des wirtschaftlichen Zurückbleibens – als das eigentliche Pfund Ostdeutschlands. Gleichzeitig zeigt sich in Ostdeutschland die Kultur immer besonders gefährdet durch eine falsche Kulturpolitik: Zu DDR-Zeiten als die bornierte ideologische Beschränkung der *SED*-Diktatur, jetzt als angeblicher Sparzwang, dem angesichts von Entindustrialisierung und Abwanderung allzu viele kulturelle Institutionen zum Opfer fallen.
3. Die Behauptung einer jahrelangen Sonderidentität Ost ist ambivalent. Sie war, wiewohl ein verständlicher Schutzmechanismus gegen die kulturelle Westdominanz, oft rückwärtsgewandt und dann mit dafür verantwortlich, dass sich seltener und später als in den jungen osteuropäischen Demokratien eine eigenständige, optimistisch zu neuen Ufern aufbrechende Nachwuchskultur herausbildete. In diesem Sinne symbolisiert 1989 »nicht den Vorboten von etwas Neuem, sondern die Vollendung von etwas Bekanntem« (Bude 1999). In den letzten Jahren allerdings ist durch die Erfahrungen positiver Krisenbewältigung gerade bei jüngeren Ostdeutschen ein kreatives und selbstbewusstes neues Potential entstanden, das wiederum Rückwirkungen auf die Reformunwilligkeit des Westens selbst zeigt.

4. Eine Errungenschaft der Vereinigung ist die neben aller föderalen Verantwortung dauerhaft gestärkte Bundeskulturpolitik. Zum einen konnten so jährlich mehr Gelder, fast 1 Milliarde Euro, das heißt rund 12 Prozent der öffentlichen Mittel (2004), für Kunst und Kultur mobilisiert werden. Zum anderen konnten so neben gesamtstaatlich repräsentativer Kultur gerade Projekte der Institutionenreform und der Hilfe zur Selbsthilfe in Ostdeutschland gezielt gefördert werden. Ein kultureller Kahlschlag wie in manch anderer postkommunistischen Gesellschaft konnte so vermieden werden. Für die Zukunft steht im Koalitionsvertrag der großen Koalition eindeutig: »Die Kulturförderung des Bundes in den neuen Ländern wird fortgesetzt«.
5. In der politischen Programmatik ist durch die deutsche Vereinigung Kultur gewissermaßen vom Rand in die Mitte der Agenda gerückt. Die Erkenntnis hat sich verbreitet, dass Investitionen in die Kultur kein nachrangiges Politikfeld, schon gar keine Subvention sind, vielmehr in weit reichendem Sinne wirtschaftlich relevanter Standortfaktor für Bildung, Wissenschaft und innovative Branchen. Welche Rolle können Kultur und Bildung haben, um Regionen zu stützen oder nachhaltig zu entwickeln? Ostdeutschland als Kulturregion und als Bildungs- und Forschungsregion: Das ist die fundamentale Perspektive!
6. Der Aufbruch einer neuen innovativen Kultur vor Ort sollte in der Kulturpolitik dazu führen (nachdem wesentliche Sanierungsarbeiten abgeschlossen sind), sich nicht allein auf Leuchttürme zu konzentrieren. Die Akteure und Initiativen, die sich lokal und regional um aktuelle Bewegungen von unten bemühen, sollten nicht ignoriert werden. Das sozialdemokratische Postulat »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« scheint für den Osten mehr denn je zu gelten. »Kultur für alle« bedeutet, die kulturellen Akteure als Schlüsselfiguren für einen gesellschaftlichen Wandel, der sich nicht nur nach den Marktgesetzen richtet, zu begreifen, sie anzusprechen und entsprechend zu unterstützen.
7. Zugespitzt formuliert hat die deutsch-deutsche Blickverengung auf den kulturellen Befindlichkeitsdiskurs mit dazu beigetragen, dass die durch die Globalisierung veränderten Rahmenbedingungen zu lange wenig beachtet wurden und reformpolitische Antworten aufgeschoben blieben. Die kulturelle Offensive des Ostens kann jetzt als Korrektiv wirken, die Lernbotschaften aus dem Osten nicht auf die Entfesselung der Märkte zu reduzieren. Es geht darum, sich von negativen Vorzeichen – Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche, Schrumpfung, Überalterung, Entvölkerung – nicht lähmen zu lassen, die humane und demokratische Substanz der Gesellschaft zu wahren, das kulturelle Selbstgespräch der Gesellschaft auch darüber zu fördern, wieweit unter den Bedingungen von Benachteiligung und Randlage nicht nur Überlebenskampf, sondern ebenso Lebensqualität, kulturelles Niveau und Glück möglich sind. Beschrieben ist damit die vorrangige Aufgabe eines weit reichenden kulturellen Aufbruchs.

Literatur

Ahbe, Thomas (2004): »Die Konstruktion der Ostdeutschen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 41–42/2004, S. 12 ff.

Bauer-Volke, Kristina/Dietzsch, Ina (Hrsg.) (2003): *Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel*, Berlin

Bude, Heinz (1999): »Kein dritter Weg«, in: *Frankfurter Rundschau* v. 4.11.1999

Engler, Wolfgang (1999): *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin

Engler, Wolfgang (2002): *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Berlin

Engler, Wolfgang (2005): *Bürger ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft*, Berlin

Göschel, Albrecht (1999): *Kontrast und Parallele – kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen*, Stuttgart u. a.

Heilemann, Ullrich (2005): »Ostdeutschland – ein ›Mezzogiorno-Fall‹?«, in: *Wirtschaftsdienst*, Nr. 8/2005, S. 505 ff.

Hradil, Stefan (2002): »Der Wandel des Wertewandels. Die neue Suche nach Sicherheit, Ordnung und Gemeinschaft in einer individualisierten Gesellschaft«, in: *GWP*, Heft 4/2002, S. 409 f.

Kleines politisches Wörterbuch (1973): »Stichwort »Kulturpolitik (sozialistische)«, Berlin (DDR), S. 478 f.

Links, Christoph (2005): »Was wurde aus dem ›Leseland DDR‹? Der Wandel von Verlagen, Buchhandlungen und Bibliotheken im Osten Deutschlands«, in: Bahrmann, Hannes/Links, Christoph (Hrsg.): *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*, Berlin, S. 282 ff.

Misselwitz, Hans-J. (1996): *Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewusstsein der Ostdeutschen*, Bonn (2. Auflage)

Mühlberg, Dietrich (2001): »Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 11/2001, S. 30 ff.

Raabe, Paul (2002): *Blaubuch. Kulturelle Leuchttürme in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen*, Berlin (2. Auflage)

Röbke, Thomas (2000): *Kunst und Arbeit. Künstler zwischen Autonomie und Unsicherheit*, Essen (hrsg. vom *Kulturforum der Sozialdemokratie*)

Schneider, Peter (2005): »Wie der Osten gewann«, in: *Der Spiegel*, Heft 48/2005, S. 174 f.

Thierse, Wolfgang (2001): *Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas*, Berlin

Thomas, Rüdiger (2000): »›Sich ein Bild machen.‹ Auf der Suche nach der gemeinsamen Kultur«, in: Thierse, Wolfgang/Spittmann-Rühle, Ilse/Kuppe, Johannes L. (Hrsg.): *Zehn Jahre Deutsche Einheit*, Opladen, S. 247 ff.

Thumfort, Alexander (2002): *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt am Main

Volke, Kristina (2005): »Der Wandel der Kulturlandschaft. Über strukturelle Krisen und ihre Potentiale zur Innovation«, in: Bahrmann, Hannes/Links, Christoph (Hrsg.): *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*, Berlin, S. 237 ff.

Wagner, Wolf (1996): *Kulturschock Deutschland*, Hamburg

Monika Griefahn

Mit kultureller Kompetenz gegen die ökologische Krise

In der Diskussion um die »Grenzen des Wachstums« (Meadows 1972) Anfang der siebziger Jahre kam der Problemzusammenhang von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung erstmals in aller Deutlichkeit zur Sprache. Verstärker dieser Diskussion war nicht zuletzt die »Ölkrise«, die uns allen die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen glücklicherweise frühzeitig bewusst machte. Inzwischen wird allgemein anerkannt, dass das weltweite Umweltproblem nur zu lösen ist, wenn man dabei auch die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der Menschen berücksichtigt. Der Begriff »Nachhaltige Entwicklung« wurde 1987 im »Brundtland-Bericht« der *Weltkommission für Umwelt und Entwicklung* geprägt. Dort finden wir erstmals den Leitgedanken von der Einheit und wechselseitigen Abhängigkeit ökonomischer Entwicklung, ökologischer Bewahrung und sozialen Ausgleichs formuliert. Dem Produzieren ohne Rücksicht auf die Interessen der nachfolgenden Generationen wird das Konzept einer »dauerhaften«, »zukunftsfähigen« oder »nachhaltigen« Entwicklung entgegengesetzt. Eine wesentliche Empfehlung der Brundtland-Kommission war die Durchführung einer internationalen Konferenz der *Vereinten Nationen* zu Fragen von Umwelt und Entwicklung.

Mit dieser Konferenz der *Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung* 1992 in Rio de Janeiro wurde die Zielkategorie »Nachhaltige Entwicklung« in einer internationalen Vereinbarung völkerrechtlich festgelegt. Mit der »Agenda 21« unterzeichneten in Rio mehr als 170 Staaten ein weltweites Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, welches die verschiedenen Handlungsebenen und politischen Handlungsfelder beschreibt, auf denen das Prinzip der Nachhaltigkeit umgesetzt werden soll. Inzwischen ist die »Agenda 21« zu einem international anerkannten Maßstab der Politik geworden. Die Themen Ökologie, Wirtschaft und Soziales in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten betrachtend, werden die möglichen Lösungsansätze in einen umfassenden gesellschaftlichen Diskussionszusammen-

hang gestellt. Auch wenn kulturelle Aspekte wegen der bestehenden Unterschiede zwischen den Kulturen nicht explizit in die »Agenda 21« aufgenommen wurden, hat Kultur bei den Diskussionen in Rio durchaus eine Rolle gespielt.

Nicht auf Kosten künftiger Generationen oder der Menschen in anderen Teilen der Welt zu leben – das ist das wichtigste Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung. Ausgewogene Balancen zwischen den heutigen Bedürfnissen und den Lebensperspektiven künftiger Generationen sollen eine hohe Lebensqualität, die Bewahrung von Natur und Umwelt, den sozialen und kulturellen Zusammenhalt und die Wahrnehmung internationaler Verantwortung in einer globalisierten Welt gewährleisten. Seit der Unterzeichnung der »Agenda 21« sind bereits ein Reihe von Fortschritten bei der Umsetzung der Rio-Vereinbarungen erzielt worden. Woran es jedoch ganz offensichtlich noch mangelt, ist eine umfassende soziale und kulturelle Einbettung dieser Diskussionsprozesse. Die Folge: »Nachhaltigkeit« ist zwar zu einem international gebräuchlichen Schlagwort geworden, das in allen Politikfeldern Anwendung findet, doch sagt der Begriff trotz vieler politischer Deklarationen und umfangreicher Konferenzberichte den meisten Menschen inhaltlich bislang noch recht wenig.

Kultur – eine vernachlässigte Größe im Nachhaltigkeitsdiskurs?

Wiewohl das Prinzip der Nachhaltigkeit heute auf vielen Gebieten ein allgemein anerkanntes Kriterium für politisches Handeln ist, bestimmt es noch nicht überall die praktische Politik und das Verhalten der Menschen. Insbesondere von Kulturschaffenden, aber auch von Sozialwissenschaftlern wird beklagt, dass die Auseinandersetzungen noch zu sehr auf der Ebene der Experten aus Wissenschaft und Politik stattfinden und die kulturellen Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung zu wenig mitgedacht werden. Fortschritte werden eher im konzeptionellen Bereich gesehen und weniger auf der praktischen Ebene der Politik oder in der Lebenswelt der Menschen. Betont wird in diesem Zusammenhang, zu einer Konzeption nachhaltiger Entwicklung gehöre eine Kultur der Nachhaltigkeit, und umgekehrt müsse auch die Kulturpolitik stärker auf die Themen der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Umweltpolitik bedingt immer Kulturpolitik und Kulturpolitik, sprich die kulturelle Herangehensweise bedingt auch die Art der Umweltpolitik.

Dies legt zunächst eine kulturpolitische Erweiterung des Nachhaltigkeitsdiskurses im Hinblick auf eine umfassende Definition von Kultur nahe. Ein solcher, weit gefasster Begriff von Kultur beinhaltet die Gesamtheit der geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte, die eine Gesellschaft kennzeichnen. Über das künstlerische Schaffen hinaus gehören dazu auch Lebensformen, Wertvorstellungen, Traditionen und Glaubensrichtungen. Kultur ist in dieser Sicht der Schlüsselbegriff für das Gesamtgeflecht von Verhaltensmustern, Normen und Werten, die innerhalb einer Gesellschaft die Vorstellungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft prägen.

Während kulturelle Aspekte in der bisherigen Nachhaltigkeitsdebatte tatsächlich keine zentrale Rolle spielen, blendet die Kulturpolitik ökologische Fragestellungen weithin aus. Als Gründe für dieses beidseitige Defizit werden unter anderem genannt:

- Die ausgeprägte Dominanz technischer Aspekte und Lösungsansätze verleitet dazu, die sozialen und kulturellen Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung zu vernachlässigen.
- Infolge der Verengung der Nachhaltigkeitspolitik auf umweltpolitische Maßnahmen wird das Thema Nachhaltigkeit in Bund und Ländern, aber auch in den Kommunen vornehmlich von den Umwelt-Ressorts bearbeitet.
- Während der das Bezugsfeld Nachhaltigkeit beherrschende Expertendiskurs dazu geführt hat, dass sich die Politik dem Thema nicht mehr verschließen kann, ist jenseits der Expertendebatte von nachhaltiger Entwicklung immer noch relativ wenig bekannt.

Trotzdem sehe ich auch, dass sich viel getan hat – zahlreiche kommunale Aktivitäten der lokalen »Agenda 21« zeugen davon ebenso wie globale Agenda-Projekte. Sie alle bearbeiten Aspekte der Nachhaltigkeit oder versuchen, alle drei bisherigen Bestandteile zu vereinen und neue Wege zu etablieren. Schon jetzt sollten diese Ansätze aufgegriffen und erweitert werden.

Es gilt, das Konzept Nachhaltigkeit so zu entfalten, dass es gleichberechtigt mit Ökonomie, Ökologie und Sozialem auch Kultur als zusätzliche Dimension erfasst, und dass die Verschränkung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem als kulturell-ästhetische Ausformung von Nachhaltigkeit verstanden wird.

Ansätze zur Verbindung von Kultur und Nachhaltigkeit

Eine der ersten Initiativen, Kulturpolitik und Nachhaltigkeitsdiskurs zu verbinden, waren die vom *Öko-Institut Tirol* veranstalteten »Toblacher Gespräche«, wo man seit den achtziger Jahren versuchte, die Umwelt- und später Nachhaltigkeitsdebatte zu einem Diskurs über Ästhetik, Werte, Kultur und Lebensstile zu erweitern.

Eine wichtige Etappe dieser Diskussion war auch die *UNESCO*-Konferenz von 1998 zu Kultur und Entwicklung, die nachhaltige Entwicklung als Grundlage für den Erhalt und die weltweite Förderung kultureller Vielfalt erkannt hat. Diese Diskussion ist im Verlauf der nationalen Vorbereitung auf den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 intensiviert worden. Mittlerweile gibt es zahlreiche Initiativen mit dem Ziel, die Wechselbeziehung zwischen natur- und sozialwissenschaftlich fundierten Strategien einerseits und kulturell-ästhetischer Gestaltungskompetenz andererseits zu untersuchen und sie für die Weiterentwicklung der »Agenda 21« nutzbar zu machen.

Zu nennen wäre insbesondere das »Tutzinger Manifest«, in dem es unter anderem heißt: »Das Konzept ›nachhaltige Entwicklung‹ kann und muss in der Weise vertieft und weiterentwickelt werden, dass es gleichberechtigt mit Ökonomie,

Ökologie und Sozialem auch Kultur als quer liegende Dimension umfasst. Es geht darum, die auf Vielfalt, Offenheit und wechselseitigem Austausch basierende Gestaltung der Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als kulturell-ästhetische Ausformung von Nachhaltigkeit zu verstehen und zu verwirklichen. Eine Zukunftsperspektive kann in einer eng verflochtenen Welt nur gemeinsam gesichert werden. Globalisierung braucht interkulturelle Kompetenz im Dialog der Kulturen.«

Der *Rat für Nachhaltige Entwicklung*, der im April 2001 als Beratungsgremium der Bundesregierung einberufen wurde und dem seitdem 17 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, hat diese Überlegungen aufgenommen und die Kulturpolitik als einen wichtigen Eckpfeiler für eine nachhaltige Entwicklung ausgewiesen. In seinem Dialogpapier stellt er unter anderem fest: »Kulturelle Grundwerte der Gesellschaft, Lebensstile, Religion und ethische Verhaltensnormen, Bildung und soziales Engagement verhelfen dem Individuum (dazu), seine geistigen und sozialen Fähigkeiten auszubilden.« Die von einer Reihe internationaler Nicht-Regierungsorganisationen entwickelte »Erd-Charta« hebt Werte, Fähigkeiten und Wissen hervor, die für eine nachhaltige Lebensweise nötig sind. Die Fähigkeit, Probleme zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu finden, nach ethischen Grundsätzen zu handeln, eigene Initiativen mit den Handlungsmöglichkeiten anderer Menschen zu verbinden – das sind wesentliche Herausforderungen der Nachhaltigkeit. Es sind auch Aufgaben für die Bildung, Ausbildung und berufliche Qualifikation.

Was bedeutet Nachhaltigkeit in die Praxis umgesetzt? Diese Frage ist nicht nur im Zusammenhang mit der Debatte um die Integration von Kultur in den Nachhaltigkeitsdiskurs von Relevanz.

Verbrauch von Landschaft und von Energie: Das waren von den siebziger Jahren an die zentralen Themen der Umwelt- und später der Nachhaltigkeitsdebatte. Von Anfang an stellten wir eine Differenz zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern fest, zwischen denen, die sich schwerpunktmäßig mit dem Umweltthema beschäftigten, und den anderen, denen es primär um Entwicklung ging. Bereits darin zeigten sich kulturelle Unterschiede. Vor diesem Hintergrund möchte ich skizzieren, wie sich unsere deutsche Debatte im Verhältnis zu dem, was international notwendig wäre, verhält. Kultur verstehe ich dabei nicht als Werkzeug für die Umsetzung etwa von »Agenda-21«-Prozessen, sondern vielmehr als eine Rückbesinnung auf unsere Lebensgrundlagen.

»Macht euch die Erde untertan« scheint die kulturelle Folie zu sein, auf der wir agieren. In Deutschland wie in ganz Europa sind wir mit einer christlich-abendländischen Sicht der Dinge aufgewachsen. Auf dieser Ebene ist der christliche Hintergrund vergleichbar mit dem islamischen Hintergrund. Beides sind linear strukturierte Religionen. Andere aufgrund ihrer Philosophie eher kreislauforientierte Religionen beziehungsweise Kulturkreise, etwa der Buddhismus, sind per se nachhaltiger ausgerichtet.

In der Debatte 1992 auf der Rio-Konferenz, aus der das magische Dreieck (»Drei-Säulen-Modell«) als wechselseitige Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem hervorging, sind diese unterschiedlichen Kulturen aufeinander getroffen. In den Jahren nach Rio haben wir hier in Europa vorwiegend die Säulen Ökonomie und Ökologie bearbeitet. Ich weiß noch genau, wie schwierig es anfangs war, die »Agenda 21« in den Kommunen zu verankern. Grund war die Vielzahl der Aspekte, die in ihr enthalten sind und die alle eine sehr wichtige Rolle spielen, etwa die Beteiligung von Frauen und von Jugend, die Rolle von Demokratie und Partizipation.

Das Thema Ökologie wurde und wird im Allgemeinen vor dem Hintergrund unserer protestantischen Ethik angegangen: Wir müssen sparen, müssen anders mit unseren Ressourcen umgehen, was ja auf unseren tatsächlichen Verbrauch bezogen auch richtig ist. Nur erreicht man damit nicht die Fantasie und die Emotionen der Menschen.

Das ökologische Manko als kulturelles Problem

Das auch der Nachhaltigkeitsdebatte zugrunde liegende kulturelle Konfliktpotenzial kommt immer wieder in der Debatte zur Welthandelsorganisation wie generell in der Globalisierungsdebatte zum Ausdruck. Die Frage, ob man in internationale (Handels-)Vereinbarungen überhaupt ökologische und soziale Gesichtspunkte mit einbeziehen will, ist eine Frage der kulturellen Differenz. In Frankreich spricht man von einer *Exception culturelle*, wenn man für eine Integration kultureller Differenzierungen in die *WTO*-Debatte plädiert. In der europäischen Debatte wurde die *Diversité culturelle* als Argument eingeführt, also die kulturelle Unterschiedlichkeit und Vielfalt, die mit berücksichtigt werden soll. Ich halte das für sehr wichtige Ansätze, zumal die Energiedebatte praktisch als nahezu beendet betrachtet werden muss, weil sie die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr packt. Geht es um das Thema Energie, werden heute bestenfalls die gestiegenen Preise oder internationale Abhängigkeiten diskutiert. Wir wissen, wie schwierig es ist, die Menschen für ökologische Fragen zu gewinnen. Dass unser Ökologieproblem ein kulturelles Problem ist, zeigt sich in aller Deutlichkeit in unserer Art des Verbrauchens, aber auch in unserer Art, wie und wo wir Lösungen dafür suchen, nämlich protestantisch – einzusparen, um effektiv zu sein, mit möglichst wenig auszukommen, was jedoch offensichtlich nicht attraktiv, nicht »sexy« ist. Das wird uns deutlich, wenn wir uns einmal versuchsweise unsere persönlichen Beziehungen unter dem Leitbild Nachhaltigkeit vorstellen – was nachgerade zum Lachen reizt. Würden wir von nachhaltigen Beziehungen erwarten, dass sie toll sind? Wir wollen eine lebendige, vielseitige, aufregende Beziehung, so wie uns auch Kulturprojekte zum Austausch, zu intensiven Gefühlen oder zum Träumen anregen. Ein Vergleich wie dieser macht die Defizite unseres abendländischen Umgangs mit der Vision Nachhaltigkeit spürbar.

In welchem Maß allein schon unser Bild von der Natur auf unserer kulturellen Prägung beruht, konnte ich als niedersächsische Umweltministerin am Beispiel unserer Debatte um Nationalparks erleben. Die Menschen fürchten sich vor der Wildheit. Wir haben einen Naturbegriff, der Natur im Prinzip wie eine Fototapete betrachtet. Erst eine sozusagen gestutzte Landschaft, die einer bestimmten Ästhetik folgt, wird als Natur anerkannt. Wenn sie aber wild ist, bereitet sie Angst. Wir haben Angst vor Hochwasser, wir haben Angst vor Wäldern, in denen es Borkenkäfer geben könnte, und deswegen gönnen wir uns noch nicht einmal die 0,4 Prozent Fläche, die in Kerngebieten von Nationalparks wild wächst. Dabei braucht eine nachhaltige Gesellschaft ohne jeden Zweifel auch Naturräume, die sich wieder undomestiziert entwickeln können!

Kulturelle und ökologische Vielfalt garantieren Lebensqualität

Sowohl Natur als auch Kultur bedingen sie sich gegenseitig, denn sie gewinnen ihre Stabilität aus Vielfalt. Gegenwärtig aber werden, um ein Beispiel von vielen zu nennen, weltweit nur noch ungefähr vier Weizensorten gezüchtet. Wenn in einer dieser Sorten irgendein Fehler auftritt, dann bricht ein riesiger Teil des Versorgungssystems zusammen. Die Stabilität von Systemen ist nur durch Vielfältigkeit, durch Diversität gewährleistet. Eine Zeit lang hing in meinem Büro eine Fotoserie der Düsseldorfer Künstlerin Ursula Schulz-Dornburg mit 36 verschiedenen, jeweils einzeln porträtierten Weizensorten. Viele der Leute, die das bei mir sahen, wussten noch nicht einmal, dass es sich um Weizen handelte, weil die Ähren vollkommen verschieden aussahen.

Das Gleiche gilt für Kultur. Auch Kultur bezieht ihre Lebensfähigkeit und Stabilität aus Vielfalt – und ich meine keineswegs nur den künstlerischen Ausdruck, sondern Vielfalt als solche. Wir brauchen die Vielfalt, um uns insgesamt weiterzuentwickeln. Kultur und Nachhaltigkeit leben gleichermaßen durch das Zusätzliche, die Ergänzung. Denn wir wollen ja nicht nur immer wieder den Kölner Dom reparieren, was gewiss nachhaltig im Sinne seiner Erhaltung ist, womit wir aber nichts Neues schaffen. Wir brauchen eine Weiterentwicklung, weil das konventionelle abendländische Herangehen an Nachhaltigkeit eine Begrenztheit enthält, die, wenn man wirklich einmal weiterdenken würde, eben nicht die Endlichkeit der Ressourcen löst. Wir brauchen ein Mehr an Toleranz, an Wissen und an Vielfalt als Grundlagen für ein nicht mehr quantitatives, sondern qualitatives Wachstum. Genau dafür setzen wir uns beispielsweise in der *UNESCO*-»Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt« ein, für deren möglichst schnelle Ratifizierung durch Deutschland ich ganz entschieden plädiere. Hier geht es darum, im Zusammenhang des *GATS* genau diese Vielfalt zu erhalten und klar zu machen, dass Kultur eine Doppelnatur hat. Einerseits ist sie Handelsware, andererseits ist sie auch gemeinsames gesellschaftliches Gut.

Erhard Eppler hat schon Anfang der siebziger Jahre beschrieben, dass wir uns in eine Sackgasse manövrieren, wenn wir weiterhin dem Mythos des quantitativen

Wachstums frönen. Dann sind wir bei der einsteinschen Formel $E = mc^2$, wo wir im Prinzip Müll und Energie produzieren, um damit Wachstum gestalten zu können. Diese Problematik lässt sich nur umgehen, wenn wir verstärkt Wissen, Bildung, Kultur fördern als Qualitäten, die nicht zwangsläufig Müll und Zerstörung produzieren. Das ist der entscheidende Punkt, an dem ich auch im Blick auf die Pisa-Studie ansetzen würde. In Ländern wie etwa Finnland, wo man sehr viel in diesen Bereich – in Bildung, in Wissen, in Kultur – investiert, gibt es weniger Konsum, weniger zerstörerischen Verbrauch, weil der kulturelle Wert des »Etwas-miteinander-Tuns« eine ganz wesentliche Rolle spielt. Da wird viel gelesen, und der Energieverbrauch ist geringer – was miteinander zusammenhängt. Denn beim bloßen Konsumieren wachsen anstelle des Erlebniswertes nur noch der Energieverbrauch und der Müll. Dennoch löst auch dieses Tun nicht die Problematik, dass Finnland ein neues AKW baut.

Kreativität – Voraussetzung für die Zukunft

An diesem Punkt stehen wir nicht vor einer rein kulturpädagogischen Frage, sondern auch vor einer Einstellungsfrage, die nicht nur Kindern vermittelt werden sollte, sondern auch in Firmen, in Verwaltungen und überall in der Fortbildung. Wie gehen wir an die Dinge heran, wie planen wir, wie gestalten wir Räume? Wir müssen unsere Kultur dahingehend ändern, dass wir sagen: Es macht Spaß, etwas gemeinsam mit anderen Leuten zu tun. Zum Beispiel macht es Spaß, in der Schule gemeinsam Dinge zu erarbeiten; vielleicht im Orchester zu spielen. In der Zeit, die wir so verbringen, können wir erleben, ohne Abfall und Müll zu produzieren. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Kultur, die nicht mehr protestantisch effizient, sondern effektiv und zugleich Ressourcen sparend an die Dinge herangeht.

Noch ein Vergleich mit der Natur: Ein Kirschbaum braucht Tausende von Blüten, um ein Kilo Kirschen zu produzieren. Die Natur ist verschwenderisch, sie ist nicht effizient. Sie braucht nicht wenig, um etwas herzustellen, aber sie funktioniert in Kreisläufen, die nicht zerstörerisch sind. Sie produziert ohne den Energieverbrauch und das Müllaufkommen der Menschen. »There is enough for everybody's need, but not for everybody's greed.« Dieser Spruch Mahatma Gandhis vergegenwärtigt, wo der Unterschied zwischen der abendländischen Kultur und einer Kultur, die auch an Wiedergeburt denkt, liegt.

Einrichtungen wie das *Haus der Kulturen der Welt* in Berlin bieten uns heute die Möglichkeit, den Reichtum kultureller Vielfalt zu erleben, ohne dass wir selbst in die Welt ziehen und anderen Leuten klar zu machen versuchen, wie man mit Ressourcen umgeht. Gleichzeitig können Besuche in anderen Ländern, wo es kulturelle Güter wie Naturdenkmäler oder das jeweils spezifische kulturelle Erbe wie auch verschiedene Sprachen gibt, den Austausch intensivieren. Überall auf der Welt haben die Menschen ihre unverzichtbaren Werte, die es zusammenzubringen gilt. Das Ziel ist nach wie vor – wie 1992 in Rio –, die Lebensqualität insgesamt und für alle zu verbessern.

Doch sind Kultur und Kunst keineswegs bloß instrumentell als Mittel zum Zweck zu sehen, sondern als die Grundlage, die wir zur Zufriedenheit, zur Erfüllung und zur Weiterentwicklung brauchen. Wir brauchen Kultur und Kunst, damit unsere jungen Leute sich nicht, wie das heute bei den Schülern teilweise der Fall ist, den Kopf voll packen mit Nebenwissen, etwa mit Wissen über Kleidermarken, Stars oder Videospiele, sondern damit wir stattdessen andere Werte miteinander teilen, die uns glücklicher und zufriedener machen. Kommen wir zurück zur weit gefassten Definition von »Kultur« am Anfang dieses Textes und überlegen, wie wir ihn praktisch ausfüllen können. Eine Berücksichtigung auch geistiger und emotionaler Aspekte im Kulturbegriff kann man beispielsweise durch mehr Dialog erreichen. Eine Verwaltung, die großen Wert auf Bürgerbeteiligung legt, ein Projekt, das mehrere Generationen umfasst, eine Initiative, die Migranten einbindet, ein Bildungskonzept, das Lebenszyklen und Produktkreisläufe betrachtet sind Ansatzpunkte, um Lebensformen und Wertvorstellungen im Sinne der Nachhaltigkeit zu formen. Im engeren Kulturbegriff betrachtet sind gemeinsame musische Aktivitäten ein Ansatz, nachhaltiger zu leben.

All das gehört zum Ziel der Nachhaltigkeit. Und mir scheint, die Politik beginnt im Grunde erst jetzt, darüber nachzudenken. Zwar hat sich die auswärtige Kulturpolitik während der letzten Jahre um den Dialog der Kulturen, um Entwicklung für Menschenrechte und Demokratie gekümmert, aber sie hat dies bislang noch nicht konsequent mit der internationalen Nachhaltigkeitspolitik verschränkt. Das ist heute nach wie vor unsere Aufgabe.

Aufgaben der Kulturpolitik

Oliver Scheytt

Aufgaben der Kulturpolitik

Mit dem Leitsatz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« wird Kulturpolitik ein umfassender Auftrag zugeschrieben: Sie soll gesellschaftliche Wirkung entfalten. Ein weites Feld an Aufgaben eröffnet sich damit. Umso sinnvoller ist es, zunächst Begrifflichkeiten zu klären.

Zur Begrifflichkeit

Kultur – Gesellschaft – Politik umfassen jeweils sehr große, von Menschen gestaltete und durch menschliches Zusammenwirken gekennzeichnete Bereiche. In diesem Beitrag kann es nicht um eine – ohnehin letztlich nicht mögliche – allgemein verbindliche Definition dieser Begrifflichkeiten gehen. Doch gibt es ein Grundverständnis von Kulturpolitik, welches sich in den letzten Jahrzehnten in der kulturpolitischen Debatte in Deutschland herausgestellt hat, das von einem weiten Kulturbegriff ausgeht. Nur so lässt sich auch der Satz »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« letztlich fassen. Eine bis heute tragfähige Abgrenzung in diesem Sinne enthält die Erklärung der *UNESCO* von Mexiko City über Kulturpolitik aus dem Jahre 1982, die hier wörtlich wiedergegeben werden soll: »Deshalb stimmt die Konferenz im Vertrauen auf die letztendliche Übereinstimmung der kulturellen und geistigen Ziele der Menschen darin überein:

- dass die Kultur in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden kann, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen;
- dass der Mensch durch die Kultur befähigt wird, über sich selbst nachzudenken. Erst durch die Kultur werden wir zu menschlichen, rational handelnden Wesen, die über ein kritisches Urteilsvermögen und ein Gefühl der moralischen Verpflichtung verfügen. Erst durch die Kultur erkennen wir Werte und treffen die Wahl. Erst durch die Kultur drückt sich der Mensch aus, wird sich

> seiner selbst bewusst, erkennt seine Unvollkommenheit, stellt seine eigenen Errungenschaften in Frage, sucht unermüdlich nach neuen Sinngehalten und schafft Werke, durch die er seine Begrenztheit überschreitet.« (Wiedergegeben nach Röbke 1993: 55)

Dieser *UNESCO*-Text beschreibt einen weiten Kulturbegriff, indem er menschliches Leben und gesellschaftliches Zusammenleben derart zueinander in Beziehung setzt, dass Kultur einerseits die eine Gesellschaft charakterisierenden Besonderheiten umfasst, andererseits die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen Individuums anspricht. Kultur hat danach sowohl eine gesellschaftliche als auch eine individuelle Komponente. Individualität und Kollektivität sind Bezugsdimensionen dieses Kulturbegriffs (s. dazu auch Fuchs 1998: 133 ff).

Welche Aufgaben hat nun die »Kulturpolitik«, also die auf eine so verstandene Kultur bezogene Politik? Max Weber hat in seinem Vortrag »Politik als Beruf« als Antwort auf die Frage »Was verstehen wir unter Politik?« auf die umfassende Bedeutung auch dieses Begriffs hingewiesen: »Der Begriff ist außerordentlich weit und umfasst jede Art selbstständig leitender Tätigkeit. Man spricht von der Devisenpolitik der Banken, von der Diskontpolitik der Reichsbank, von der Politik einer Gewerkschaft in einem Streik, man kann sprechen von der Schulpolitik einer Stadt- oder Dorfgemeinde, von der Politik eines Vereinsvorstandes bei dessen Leitung, ja schließlich von der Politik einer klugen Frau, die ihren Mann zu lenken trachtet.« (Weber 1919/1992: 5)

Auch der Begriff der Politik hat also eine individuelle und kollektive Dimension, wobei es in der Politik vor allem darum geht, Verhalten von Individuen und Kollektiven zu beeinflussen, andere von Zielen zu überzeugen, um letztlich eine möglichst große Übereinstimmung, einen Konsens zu erzielen. Das griechische Stammwort *polis* (Stadt, Bürgerschaft, Staat) deutet auf den Sinngehalt der Führung, Erhaltung und Ordnung eines Gemeinwesens, sowohl einer Gemeinschaft als auch eines Staates, hin.

Wenn wir diese Bedeutungsgehalte von Kultur und Politik zusammenfügen, wird deutlich, dass der Kulturpolitik sowohl höchst individuelle als auch in hohem Maße gemeinschaftsstiftende Aufgaben zukommen: Es geht um kollektive und individuelle Wirkungen und um Handlungen und Verhalten, das diese erzeugt oder beeinflusst.

Daher halte ich es für sinnvoll, für die Aufgabenanalyse von Kulturpolitik zu unterscheiden zwischen dem »*Wirkungsfeld* Kultur« und dem »*Handlungsfeld* Kultur«. Beide werden durch Kulturpolitik in der Weise in Beziehung gesetzt, dass auf der Basis von Überzeugungen, Zielen und Konzepten Ressourcen, Institutionen und normative Regelungen im staatlichen Gemeinwesen so eingesetzt und geordnet werden, dass Kultureinrichtungen und Kulturakteure ihre (intendierte) Wirkung entfalten können.

Dabei muss sich Kulturpolitik darüber im Klaren sein, dass das »Handlungsfeld Kultur« (s. Kramer 1996) angesichts der zur Verfügung stehenden Ressour-

cen, Institutionen und Mittel ein eingeschränktes ist. Der Staat ist nur für einen Ausschnitt des kulturellen Lebens verantwortlich. Bund, Länder und Kommunen tragen zwar eine Fülle von Kultureinrichtungen, fördern und veranstalten Kultur, insoweit haben sie in der Tat direkte Steuerungsmöglichkeiten. Kulturpolitik kann etwa bei den selbst getragenen Einrichtungen, der selbstverantworteten Kulturförderung und den eigenen Kulturveranstaltungen Einfluss auf die inhaltliche Programmatik ausüben, sei es durch entsprechende Aufgabenzuweisungen, durch die Vorgabe von Zielen und Leitlinien oder auch durch die Auswahl von Führungspersonal (am Beispiel der Kunstmuseen setzt sich *Michael Fehr* in diesem Band mit Fragen der Entwicklung und Umsetzung einer kulturpolitischen Programmatik für eine einzelne Kulturinstitution auseinander).

Die von Staat und Kommunen unterhaltenen Kultureinrichtungen, die Kulturförderung und die Kulturveranstaltungen der öffentlichen Hand haben aber auch Einfluss auf andere Bereiche kulturellen Lebens sowie die kommerziellen Kulturbetriebe und entfalten auch auf ihre Weise gesellschaftliche Wirkung (Wirkungsfeld Kultur). Gleiches gilt für die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kulturwirtschaft und die Medien sowie für die frei arbeitenden Kulturschaffenden, die Künstlerinnen und Künstler. Festzuhalten ist, dass die Wirkungen von Kultur vielfältiger Art sind und von der Förderung der Kreativität Einzelner bis hin zur Attraktivitätssteigerung einer Stadt oder Region reichen (s. dazu auch den Beitrag von *Karin von Welck* in diesem Band).

Vermittlungsaufgaben der Kulturpolitik

Kulturpolitik kommt in mehrfacher Hinsicht eine Vermittlerrolle zu: Kulturpolitik vermittelt zwischen gesellschaftlicher Situation/Entwicklung als Wirkungsfeld einerseits und staatlichem/kommunalem Handeln im Blick darauf andererseits. Programmatik und Aufgaben sollten daher nicht *ex cathedra* festgelegt, sondern im gesellschaftlichen Diskurs herausgearbeitet werden. Dabei zielt Kulturpolitik nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf das Individuum, um dessen freie Entfaltung es letztlich geht, sei es als Nutzer und Besucher von Kulturangeboten oder als Künstler und Kulturschaffender. Kulturpolitik sorgt also auch für die Vermittlung zwischen diesen Individuen, den am Kulturprozess beteiligten Akteuren.

Kulturpolitik hat aber auch eine Vermittlerrolle im Hinblick auf die Beschaffung von Mehrheiten und konsensualen Entscheidungen zu Gunsten des Ressourceneinsatzes (politische Führung, Parlamente, private Förderer von Kultur). Insoweit geht es um die Überzeugungskraft von Konzepten. Die Bewusstmachung, Konkretisierung und Präzisierung kulturpolitischer Aufgabenstellungen und dafür Unterstützung zu erlangen, sind wesentliche Vermittlungsaufgaben.

Und schließlich hat Kulturpolitik nicht nur selbst Aufgaben, sie verteilt auch Aufgaben und begründet Verantwortungspartnerschaften. So entscheidet Kulturpolitik darüber, wer mit welchen Ressourcen Aufgaben der kulturellen Bildung wahrzunehmen hat und schafft auch Grundlagen dafür, dass Dritte (Stif-

tungen, freigemeinnützige Träger etc.) sich effektiv und sinnvoll in die Aufgabenwahrnehmung einbringen können (s. dazu den Beitrag von *Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff* in diesem Band).

Inhaltliche, prozessuale und strukturelle Aufgaben

Bei näherer Analyse des »Handlungsfeldes Kultur« schälen sich drei verschiedene Aufgabendimensionen der Kulturpolitik heraus (s. dazu auch Klein 2005: 30):

Kulturpolitik hat eine *inhaltliche Dimension*, die in der Programmatik, in inhaltlichen Aufgabenbeschreibungen der Kultureinrichtungen, in Konzepten, Zielen und Leitlinien zum Ausdruck kommt. Zum zweiten hat Kulturpolitik eine *prozessuale Dimension* mit der Aufgabe, Verfahren zu gestalten, innerhalb derer die durch die (Kommunal-)Verfassung vorgegebenen Organe im politischen Willensbildungsprozess (wie Parlamente, Stadträte, Kreistage, Kulturausschüsse, Ministerien, Kulturdezernenten, etc.) sowie die politischen Akteure, die gesellschaftlichen Gruppen, Verbände oder Kommissionen zusammenwirken. In diesen Verfahren werden allgemein-verbindliche, aber auch auf den Einzelfall bezogene Entscheidungen getroffen, sowohl über die inhaltlichen Fragestellungen als auch über die Ressourcenverteilung und die rechtlichen Rahmenbedingungen (s. dazu den Beitrag von *Gerhard Pfennig* in diesem Band). Kulturpolitik findet dabei zunächst in diesen vorgefundenen Strukturen statt, die in der Bundesrepublik Deutschland durch den kulturellen Trägerpluralismus und den Kulturföderalismus besonders geprägt sind, kann aber ihrerseits auch darauf hinwirken, dass die Strukturen, in denen sich diese Verfahren abspielen, geändert werden (Kompetenz-Zuordnungen, Einrichtung von Gremien etc.). Insofern hat Kulturpolitik als drittes auch eine *strukturelle/institutionelle Dimension*.

Von zentraler Bedeutung für die Aufgabenbeschreibung ist die inhaltliche Dimension von Kulturpolitik: Wie lassen sich programmatische Sätze wie »Kultur für alle«, »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« und normative Forderungen wie »Bürgerrecht Kultur« in inhaltliche Programme umsetzen? Unter Zugrundelegung des oben skizzierten weiten Kulturbegriffs, dem Wirkungsfeld Kultur, in dem sich Kulturpolitik bewegt, ist für die programmatische Ausrichtung von Kulturpolitik ein Diskurs- und Reflexionsprozess konstitutiv, in dem kollektive und individuelle Wirkungen von Kultur im jeweiligen Kontext des kulturpolitischen Handelns herausgearbeitet werden (s. dazu den Beitrag von *Hermann Glaser* in diesem Band). Wenn Kulturpolitik auf diese Wirkungen abzielt, bedarf es auch der »Evaluation«, der Herausarbeitung von Werten und möglichen Wirkungen sowie deren Überprüfung.

Umsetzung kulturpolitischer Programmatik in Aufgaben

Die Funktionen der Kulturpolitik bei der Definition und Vermittlung von Aufgaben sollen abschließend systematisch noch einmal in viererlei Hinsicht exemplarisch zusammengefasst werden:

- Reflexion gesellschaftlicher Aufgaben im Wirkungsfeld Kultur
- Wahrnehmung inhaltlicher Aufgaben in Handlungsfeldern
- Instrumente der Aufgabenwahrnehmung
- Kulturpolitik als gesellschaftliche Aufgabe.

Die *gesellschaftliche Begründung von Kulturpolitik* im Sinne des Programmsatzes »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« erfolgt in einem größeren Kontext, der »Kultur im weiteren Sinne«. Mit folgenden Auszügen aus dem Programm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* vom November 1998 lässt sich das Wirkungsfeld exemplarisch anreißen. In der kulturpolitischen Praxis geht es darum, im jeweiligen Kontext Aufgabenklärung und -zuweisung immer wieder neu zu reflektieren:

- *Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Regionalität*: »Die Gleichzeitigkeit von Internationalisierung der Kultur und Betonung lokaler, regionaler und nationaler Kulturen stellt die Kulturpolitik vor die Aufgabe, das Bewusstsein von der ›einen Welt‹ durch die Begegnungen der Kulturen und die Förderung des Austausches, insbesondere der Kulturformen, die im Prozess der Globalisierung vernachlässigt werden, zu stärken. Damit soll sowohl lokalen wie nationalen Begrenztheiten als auch beliebig austauschbaren uniformen Kulturmustern begegnet werden.« (Dieser Aufgabe ist der Beitrag von *Iris Magdowski* in diesem Band gewidmet.)
- *Individualisierung und kulturelle Differenz*: »Kulturpolitik, die sich dem Prinzip der kulturellen Chancengleichheit verpflichtet fühlt, muss die Vielfalt der Kulturen und Lebensstile in der Gesellschaft zur Geltung bringen. Es ist ihre Aufgabe, den innergesellschaftlichen Dialog zu intensivieren. Sie soll die in der Individualisierung angelegten Möglichkeiten persönlicher Freiheit im Sinne von Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung unterstützen. Notwendig ist dafür eine plurale Kulturpolitik, die sich darum bemüht, das soziale und kulturelle Kapital aller Menschen zu stärken und ihm Anerkennung zu verschaffen.«
- *Multikulturelle Gesellschaft und interkultureller Dialog:* »Aufgabe der Kulturpolitik ist es, zum Verständnis der kulturellen Differenzen und damit zur Tolerierung und Anerkennung des anderen und andersartigen beizutragen. Produktive Konfrontation und Grenzüberschreitungen zwischen den unterschiedlichen Kulturen, Lebensarten und Künsten zu ermöglichen, ist eine Aufgabe der Kulturpolitik.« (S. dazu den Beitrag von *Dorothea Kolland* in diesem Band.)
- *Neue Informations- und Kommunikationstechnologien:* »Im Mittelpunkt einer kulturellen Medienpolitik steht die Herstellung gleicher Zugangsmöglichkeiten zu den multimedialen Informations- und Kommunikationstechnologien, die Vermittlung von Medienkompetenz sowie die Förderung innovativer Medien-

kunst und des kreativen Umgangs mit den neuen Medien als virtuelle Handlungs- und Erfahrungsräume.«

- *Naturzerstörung und zukunftsfähige Entwicklung:* »Wie wir leben wollen, ist auch eine Frage der Kultur. Deshalb hat Kulturpolitik die Aufgabe, ökologische Verantwortung zu thematisieren und Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, Verlangsamung und Mußefähigkeit zum Gegenstand kulturpolitischen Handelns zu machen.«
- *Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft:* »In einer Situation gesellschaftlicher Desintegration, zunehmender Entsolidarisierung und Gewalt gegen Fremde, Minderheiten und Schwache ist eine an Solidarität orientierte Kulturpolitik besonders gefragt. Kulturpolitik kann aus ihrem spezifischen Feld vielfältige Erfahrungen mit schöpferischen Prozessen und kultureller Selbsttätigkeit in ein neues Konzept von kultureller Tätigkeitspolitik einbringen und die Mußefähigkeit der Menschen fördern.«

Diese Programmsätze prognostizieren ausgehend von Aufgabenbeschreibungen Wirkungen, die dem kulturpolitischen Handeln zugeschrieben werden. Kulturpolitik ist dabei von einem öffentlichen Gestaltungsauftrag getragen, der durch ein »Staatsziel Kultur« im Grundgesetz ausdrücklich verfassungsrechtlich verankert werden sollte. Die eigenen *Handlungsmöglichkeiten der Kulturpolitik* erstrecken sich im wesentlichen auf vier große Aufgabenbereiche des Handlungsfeldes Kultur: Die *Künste*, die *kulturelle Bildung*, das *kulturelle Erbe* und die *Medien*. In all diesen Bereichen unterhält die öffentliche Hand eigene Einrichtungen wie Theater, Opern, Orchester, Tanzkompanien, Bibliotheken, Musikschulen, Kunstschulen, Volkshochschulen, Museen, soziokulturelle Zentren, Archive, Kulturämter, Denkmalämter, öffentlich-rechtliche Medien et cetera. Sie fördert freie Kulturträger in diesen Bereichen und führt auch entsprechende Veranstaltungen selbst durch. Die Aufgaben dieser Einrichtungen und Förderprogramme sind letztlich darauf ausgerichtet, das einzelne Individuum zu erreichen, seine kulturellen Fähigkeiten anzuregen und zu stärken. Diese bestehen auch darin, sich als soziales Wesen einzubringen in Gemeinschaft und Gesellschaft. So lässt sich auch über die Individuen gesellschaftliche Wirkung erzielen. Die inhaltlichen Aufgabenfelder haben daher immer auch einen Bezug zu den oben mit Programmsätzen exemplarisch ausgeführten gesellschaftlichen Aufgaben, reflektieren sie und reagieren darauf. So hat die Stärkung der Medienkompetenz des Einzelnen auch Auswirkung auf die Wahrnehmung von Medien durch die Rezipienten insgesamt. Und auch die Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe hat eine individuelle und eine soziale/gesellschaftliche Komponente (s. dazu den Beitrag von *Volkhard Knigge* in diesem Band).

Instrumente der Aufgabenwahrnehmung sind in der Kulturpolitik im wesentlichen: Die gesellschaftlichen Entwicklungen und die sich daraus ergebenden kulturpolitischen Aufgaben zu reflektieren, zu diskutieren, zu definieren und zu evaluieren. Es geht darum, im kulturpolitischen Prozess Zielsetzungen herauszuarbeiten

und sie im Konsens oder aufgrund von Mehrheitsentscheidungen festzulegen und zu vereinbaren, auch mit Partnern. Auf der Basis solcher Entscheidungen werden Kulturförderentscheidungen oder Entscheidungen über die Einrichtungen und die Durchführung von Veranstaltungen ebenso getroffen wie Entscheidungen über die kulturelle Ordnungspolitik (Rechtsetzung) und die Kulturstrukturpolitik (Kompetenzverteilung, Kulturwirtschaftsförderung etc.). Schließlich ist ein Instrument der Aufgabenwahrnehmung, dass Programme und Maßnahmenkataloge beschlossen und mit entsprechenden Ressourcen für die Umsetzung ausgestattet werden.

Kulturpolitik ist schließlich insgesamt als eine *gesellschaftliche Aufgabe* zu verstehen. Sie ist nicht *closed-shop* der öffentlich verantworteten und getragenen Institutionen, vielmehr lebt sie vom Diskurs und der Teilhabe zahlreicher Akteure aus der kulturellen Szene und der Bürgerschaft. Insoweit haben die Medien eine entscheidende Vermittlerrolle, da sie den kulturpolitischen Diskurs nicht nur wiedergeben, sondern auch aktiv begleiten und anregen. Die Reflexion darüber, in welcher Weise Tageszeitungen, Funk und Fernsehen den kulturpolitischen Diskurs und letztlich auch Konsens weit über den engeren Kreis der Kulturpolitik hinaus beeinflussen, ist ihrerseits eine kulturpolitische Aufgabe, die weit mehr Beachtung als bisher verdient.

Wenn wir die Aufgaben der Kulturpolitik verantwortungsvoll wahrnehmen wollen, kommt es – wie es *Hermann Glaser* in seinem Beitrag so treffend formuliert hat – sowohl auf Standfestigkeit als auch auf Denkfähigkeit an: Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik verlangt von uns, Position zu beziehen. Und da Kultur Sinn macht, müssen wir über sie und darüber, wie wir ihn stiften, immer wieder neu im Austausch untereinander nachdenken. Dazu liefern auch die Beiträge dieses Jahrbuch-Kapitels sehr sinn-volle Anstöße.

Literatur

Fuchs, Max (1998): *Kulturpolitik als gesellschaftliche Aufgabe: Eine Einführung in Theorie, Geschichte, Praxis*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Klein, Armin (2005): *Kulturpolitik. Eine Einführung*, Wiesbaden: Leske und Budrich (2. Auflage)

Kramer, Dieter (1996): *Handlungsfeld Kultur: Zwanzig Jahre Nachdenken über Kulturpolitik*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext

Röbke, Thomas (1993): *Zwanzig Jahre neue Kulturpolitik: Erklärungen und Dokumente*, Hagen/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext

Weber, Max (1919/1992): *Politik als Beruf*, Stuttgart: Körner

Hermann Glaser

»Bürgerrecht Kultur« – eine geistesgeschichtliche Vignette

I. Als die Vision vom aufgeklärten mündigen Menschen und von der »schönen Seele«, die »edel, hilfreich und gut« (denn das unterscheide den Menschen »von allen Wesen/ die wir kennen« – Goethe), zu Ende des 18. Jahrhunderts ein breiteres Bewusstsein ergriff, schlug die Stunde des Bildungsbürgertums. Was einst universell auf alle Menschen bezogen sein sollte – im Sinne des mit den Menschenrechten ausgestatteten Citoyen –, verengte sich in den darauf folgenden Jahrzehnten schichtenspezifisch; das »Schöne und Wahre« wurde zum Privileg der oberen besitzenden Klassen und dann, bei der Bourgeoisie, als unverbindliches Wertreich vom Alltag abgelöst – schließlich sogar in den Dienst der Niederhaltung unzufriedener Massen genommen, das heißt als Fassade für sozialdarwinistische Unterdrückung genutzt. Mit dem Dritten Reich fand solche Ästhetisierung der Barbarei ihr Ende. (S. Glaser 2005)

Die Zerstörung aller ethischen Maßstäbe durch den Nationalsozialismus und damit auch der Verlust einfacher Sittlichkeit, die das humane Zusammenleben in der Gesellschaft ermöglicht, mündete in eine als Überlebensmittel empfundene Hoffnung, dass die läuternde Kraft der Kultur nicht völlig erstorben sei. Die Überzeugung festigte sich nach dem Mai 1945, dass an die Stelle bildungsbürgerlichen Auserwähltseins das demokratische »Bürgerrecht Kultur« treten müsse; es durfte nicht mehr wahr sein, »dass die einen geboren und würdig sind für die Arbeit, die anderen für die Muße, die einen für das Notwendige, die anderen für das Schöne«. (Marcuse 1965: 61)

Das Grundgesetz wie die Länderverfassungen sind durchdrungen von der Überzeugung, dass die Würde des Menschen (übrigens auch seine »Anmut«) über Enkulturation erreicht werden könne und müsse. Explizite gelang es freilich nicht, bei der Konstituierung sozialer Rechts- und Kulturstaatlichkeit eine tiefgreifende kulturpolitische Theorie zu entwickeln; diese hätte durchaus an die Ästhetik der deutschen Aufklärung und des deutschen Idealismus anknüpfen kön-

nen, etwa an Friedrich Schillers Maxime, die sein Denken über das Wesen der ästhetischen Erziehung des Menschen bestimmte: »Der Mensch in seinem physischen Zustand erleidet bloß die Macht der Natur; er entledigt sich dieser Macht in dem ästhetischen Zustand, und er beherrscht sie in dem moralischen.« (Schiller o.J.: 152)

Die Schaffung einer kulturellen Demokratie nach 1945 konnte – und das war ihre große Chance – anknüpfen an eine herausragende geistige Erbschaft, deren Bestände freilich schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und dann vor allem im Dritten Reich verschleudert, missachtet, pervertiert und mit ideologischem Schutt zugedeckt worden waren. Der Weg der neueren Bildung, so hatte es Franz Grillparzer in einer düsteren Vision 1848, dem Jahr der gescheiterten bürgerlichen Revolution, vorausgesehen, gehe von Humanität durch Nationalität zur Bestialität. (S. Glaser 1964/1985)

Mit dem deutschen Neubeginn zeigte sich nun allerdings auch und wieder, dass, um mit Karl Marx aus einem Brief an Arnold Ruge vom September 1843 zu sprechen, die Welt (hier die deutsche Welt) längst den Traum von einer Sache besaß, von der sie nur das Bewusstsein besitzen musste, um sie wirklich zu besitzen. »Es wird sich dann zeigen, daß es sich nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit.« (Marx 1970: 346)

II. Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (s. Glaser 1997/1999) zeigt jedoch in ihrer Wirklichkeit auf oft deprimierende, manchmal zur Verzweiflung Anlass gebende Weise, dass man auf dem Weg zur »Volkskultur« (»Kultur für alle« – sit venia verbo!) nur langsam oder zeitweise gar nicht vorankam, nicht selten hinter bereits erreichte Positionen zurückfiel. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wurde es zum Beispiel versäumt, die Notwendigkeit von »Soziokultur« zu thematisieren und zu reflektieren; von den fatalen Nachwirkungen eines ästhetizistischen Kulturbürgertums mit dem »Barbarismus der Gesinnung, Mittel und Ziele« konnte man sich nicht entschieden genug lösen. Es hätte darum gehen müssen – Thomas Mann forderte dies in einem Aufsatz schon 1939 –, das Verhältnis von Kultur und Politik neu zu bestimmen. Sein persönliches Bekenntnis zur Demokratie sei aus einer Einsicht hervorgegangen, die seiner deutsch-bürgerlich-geistigen Herkunft und Erziehung ursprünglich fremd gewesen sei: »der Einsicht, daß das Politische und Soziale ein Teilgebiet des Menschlichen ausmacht, daß es der Totalität des humanen Problems angehört, vom Geiste in sie einzubeziehen ist, und daß diese Totalität eine gefährliche, die Kultur gefährdende Lücke aufweist, wenn es ihr an dem politischen, dem sozialen Elemente gebricht«. Es gehe darum, die Trennung zwischen sittlicher Freiheit und bürgerlicher Freiheit aufzuheben. Kultur sei nicht der Raum, in den sich der Geist zurückziehen oder in dem er sich, abgelöst von den Realitäten, unbekümmert bewegen könne, sondern der gemeinsame Bereich von Denken und Tätigkeit. Mann stellt mit Nachdruck fest, dass es ein Irrtum deutscher Bürgerlichkeit gewesen sei, zu

glauben, man könne ein unpolitischer Kulturmensch sein. Kultur gerate in schwerste Gefahr, wenn es ihr am politischen Instinkt und Willen mangle; »kurzum das demokratische Bekenntnis drängte sich auf die Lippen und wollte trotz allen Hemmungen antipolitischer Tradition abgelegt sein«. (Mann 1955: 828 f.)

III. Als exemplarisch für das Versagen bei der Neudefinition von Kultur als Soziokultur Ende der vierziger Jahre können die Bemühungen um eine neue Universität herangezogen werden, wie sie etwa das Wirken von Karl Jaspers bestimmten: Den Geist der Universität, ihre Idee, den Funken in der Asche wieder zur Flamme zu bringen, könne nur gelingen durch die Gemeinschaftsarbeit forschend produktiver geistiger Menschen, die in ihrer Gesamtheit, trotz aller unvermeidlichen Versager, ein geistiges Fluidum ausstrahlten. »Wir können nicht leben, als ob nichts geschehen sei, als ob wir wieder anfingen, wo wir 1933 aufhörten, als ob wir bloß wiederherstellten, was war. In einer neuen Welt haben wir uns selbst zu finden und dadurch unseren bescheidenen Beitrag zu leisten auf dem Weg zur Weltordnung. Es steht noch nicht fest, was wir sind und was wir sein werden. Es bleibt im Sittlichen und Geistigen entscheidend Sache unserer Freiheit. Die Universität soll die geistige Springfeder der kommenden Demokratie als Ethos von Lebensart sein, nicht durch politische Aktivität, sondern durch Vorbereitung. Entweder wird sie sich selbst und die Jugend erziehen in der vollen Freiheit der in radikaler Diskussion hervorgehenden Wahrheit; und dann wird bis zum Ton der Sprache hin die Wahrheit ihr Wesen zeigen, die Menschen miteinander zu verbinden. Oder die Universität verschwindet in der Nivellierung einer bloßen Schule mit nur endlichen Zwecken des Nutzens, ohne Kraft der Menschenformung.« (Jaspers 1947)

Genau das Letztere aber fand statt. Weder legitimierte sich die Universität als »Volksuniversität«, wie Karl Jaspers es forderte (Auslese der Besten aus der gesamten Bevölkerung), noch gelang es ihr, aus dem Geist sozialer und politischer Verantwortung zu wirken. Hätte man im Sinne von Jaspers die Verantwortlichkeit der Universitäten ernst genommen, hätte der Materialismus der fünfziger Jahre nicht in diesem Maße grassieren und den geistigen Aufbruch der Trümmerzeit paralysieren können, wäre auch der spätere Aufstand gegen die Universitäten (mit dem tausendjährigen Muff unter den Talaren) nicht nötig gewesen.

IV. Ohne dass hier die Kulturgeschichte der Kulturpolitik in den einzelnen Phasen, in ihren Versäumnissen, aber auch in ihren Errungenschaften nachgezeichnet werden kann, lässt sich verallgemeinernd feststellen, dass ihr Fortschritt – ihr Fortschreiten in Richtung eines durch soziale Gerechtigkeit bestimmten Kulturstaates – immer dann gegeben war, sie sogar »Quantensprünge« machte, wenn sie utopisch war.

»Der Begriff des Schönen
geht der Freyheit voraus
...
Eh die Structuren der Gesellschaft
sich verändern lassen
muss erst der Mensch
verändert werden«

lässt Peter Weiss in seinem Stück »Hölderlin« (Weiss 1971: 58, 66, 174) Schiller zu Hölderlin sagen; und im gleichen Stück sagt Marx zu Hölderlin:

»Zwei Wege sind gangbar
zur Vorbereitung
grundlegender Veränderungen
Der eine Weg ist
die Analyse der konkreten
historischen Situation
Der andere Weg ist
die visionäre Formung
tiefster persönlicher Erfahrung.«

Kulturpessimistisch muss man feststellen, dass die bislang abgelaufene Phase der »Berliner Republik« eine erschreckende Regression des »Möglichkeitssinns" (utopisches Bewusstsein nun nüchterner definiert) zeigt. (S. Glaser 2004: 293 ff.) Möglichkeitssinn, so Robert Musil in dem Roman »Der Mann ohne Eigenschaften«, lasse sich als »die Fähigkeit definieren, alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist«. Jemand, der auf »mögliche Wahrheiten« sehe, habe in den Augen anderer oft »ein Feuer, einen Flug, einen Bauwillen ..., der die Wirklichkeit nicht scheut, wohl aber als Aufgabe und Erfindung behandelt«. Da seine Ideen nichts als noch nicht geborene Wirklichkeiten seien, habe natürlich auch er Wirklichkeitssinn; »aber es ist ein Sinn für die mögliche Wirklichkeit«. (Musil 1992: 16 f.)

Kultur und Kulturpolitik haben die mögliche Wirklichkeit im Auge, im Aufbruch zu einem Territorium der Seinsgewissheit (Heimat), auf dem das größtmögliche mentale Glück für die größtmögliche Zahl Wurzeln zu schlagen vermag. Stattdessen zeigt sich, dass sich die aus der Skepsis gegenüber einheitlichen Lösungen berechtigtermaßen geborene Bereitschaft zur Mehrdimensionalität im Denken und Handeln, also pluralistische Sensibilität, in Richtung konturloser Beliebigkeit verschiebt. Der Abschied vom Prinzipiellen endet in der Fetischisierung des Wirklichkeitssinns und in der engstirnigen Denunziation von Visionen. Das *anything goes*, ursprünglich wissenschaftstheoretisch gemeint, bedeutet im Bereich politischer Moral Unverbindlichkeit. Große Skandale hatten die Bundesrepublik auf ihrem Weg von Anfang an begleitet, man konnte ihre Aufdeckung durch Medien und Justiz jedoch als Beweis für die Gesundheit der Demokratie bewerten. Die postmoderne *Chronique scandaleuse* bedeutet jedoch etwas anderes: nämlich einen Dauerzustand geistiger Erschlaffung. Antizipatorische Vernunft, die bewegt ist vom Prinzip gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und der Lei-

denschaft des Bemühens, die humane Entwicklung der Gesellschaft zu befördern, ist ersetzt durch eine Aktivität, die vor allem an parteipolitische Strategie und Taktik denkt. Der Machterhalt wird zum Selbstzweck.

Immer weniger findet man in der »Berliner Republik« ein starkes, ausgeprägtes und vor allem politisches Bewusstsein für die Notwendigkeit von Kultur. Kaum noch erkennt man deren Bedeutung als eine aus vielerlei Elementen sich zusammensetzende geistig-seelische Sublimierungs-(Veredelungs-)Kraft, die dem menschlichen Leben Sinn zu geben vermag, dieses vor einem reinen zweckhaften Rotieren innerhalb der Alltagszwänge zu bewahren und ihm ein inneres Atem holen zu ermöglichen vermag. Dazu gehört nicht nur Erbauung oder Erschütterung (Katharsis), sondern auch entlastende Heiterkeit und anregende Unterhaltung – fern von der Stumpfheit des heute dominierenden Amüsierbetriebs (Comedy), der, vor allem durch die Medien, das Publikum zu verblöden trachtet. Das Herz bedarf der kulturellen Stärkung genauso wie das Hirn. Der Anregung des Blutkreislaufes entspricht die Überwindung von saturierter Trägheit. Die Gehirnforschung hält für Kulturpolitik und Kulturpädagogik immerhin eine große Ermutigung bereit: Der Mensch kann begabt werden. Er ist für kulturelle Herausforderungen zu »trainieren«. Man muss, gerade in der Kindheit und Jugend, nur genug Nahrung anbieten und Neugier wecken beziehungsweise Anreize schaffen. Kulturelle Bildung bedarf also, und zwar für jede Altersstufe, reichhaltigster Angebote inhaltlicher und formaler Art (Attraktoren).

V. Es entbehrt nicht einer gewissen Paradoxie, dass bei einem verstärkten Bewusstsein von der Notwendigkeit des »Bürgerrechts Kultur« der Begriff »Leitkultur« eine heuristische Funktion auszuüben vermag – selbst wenn er, so er keine dialektische Interpretation erfährt, in irreführende oder gar intolerante Denk- und Gefühlsweisen abzugleiten droht. Beim Recht auf Kultur muss man wissen können, was Kultur meint und welche Kultur gemeint ist.

»Leitkultur« ist an sich ein pleonastischer Begriff. Kultur ist immer, wenn man sie nicht mit Zivilisation gleichsetzt, charakterisiert durch einen Orientierungsanspruch: sozusagen »Depot« für Leitideen und Leitbilder, die bald imperativisch, bald konjunktivisch, meist optativisch vermittelt werden. Aus diesem Depot speist sich die Substanz des »Bürgerrechts Kultur« als das, was man als Bürger in Anspruch nehmen kann und sollte. Wie immer kulturelle Botschaften, Aufträge, Mahnungen, Forderungen, Hoffnungen formuliert sind – als Gebote, Bitten oder Vorschläge –, sie haben einen normativen Kern, wollen anleiten und leiten; sie zielen, wenn man Friedrich Schillers Begriffswelt in seiner anthropologischen Weite und Tiefe richtig versteht, auf die »ästhetische Erziehung des Menschen«.

Freilich führt die Vorstellung »deutscher« Leitkultur dann in die Irre, wenn die gegenläufige Erkenntnis von der Einseitigkeit und Hybris, in die sie schon einmal auf dem »deutschen Sonderweg« ausartete (»am deutschen Wesen soll die Welt genesen«), fehlt. Die Gefahr der Zerstörung des deutschen Geistes durch die Überheblichkeit des deutschen Geistes konstatierte bereits Friedrich Nietzsche.

Der »Philister« (Spießer) hause in den Werken unserer großen Dichter und Musiker wie ein Gewürm, welches lebe, indem es zerstöre, bewundere, indem es fresse, anbete, indem es verdaue. Den Irrtum, dass die deutsche Kultur im Krieg 1870/71 über Frankreich gesiegt habe, bezeichnete er als einen höchst verderblichen Wahn, weil er imstande sei, »unseren Sieg in eine völlige Niederlage zu verwandeln: in die Niederlage, ja Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches«. »Gut deutsch sein« heiße, »sich entdeutschen«. »Der also, welcher den Deutschen wohlwill, mag für seinen Teil zusehen, wie er immer mehr aus dem, was deutsch ist, hinauswachse. Die Wendung zum Undeutschen ist deshalb immer das Kennzeichen der Tüchtigen unseres Volkes gewesen.« (Nietzsche 1969/1977: 162, 137, 852)

Von *deutscher* Leitkultur kann man dennoch sprechen, denn unsere Zukunft bedarf natürlich auch der eigenen Herkunft; die Deutschen müssen sich durchaus ihrer *eigenen* Identität vergewissern können, zumal sie durch den Nationalsozialismus von ihren kulturellen Wurzeln völlig abgeschnitten wurden und heute Kultur immer mehr in den Sog kommerziell-kapitalistischer beziehungsweise politikstrategischer Verwertungsinteressen gerät; das freie Wehen des Geistes wird in unterschiedlicher Weise auf die jeweils eigenen Mühlen umgeleitet, also instrumentalisiert. Jedenfalls muss, wenn von *deutscher* Leitkultur die Rede ist, immer ihr schändliches Pendant mit reflektiert werden: deutsche Unkultur nämlich. Die Grundbedeutung des Wortes »Leitkultur« und seine Konnotationen ergeben eine dialektische Einheit – im Sinne des von Hegel betonten dreifachen Ursprungs des Begriffs »Aufheben«: Aufheben (Höherbringen) erfolgt durch Aufheben (Überwinden) des Aufgehobenen (Bewahrten). Eine derart dreifach »aufgehobene« deutsche Leitkultur kann große diskursiv-heuristische Bedeutung gewinnen. Sie ist zudem darauf angelegt, das Eigenständig-Nationale zu transzendieren und einzumünden in einen universellen, also Welt-Kultur-Begriff, wie ihn Schiller in seiner Antrittsvorlesung als Professor der Geschichte in Jena 1789 in Hinblick auf das Studium der Weltgeschichte beschwor: Licht werde dieses im Verstande und eine wohltätige Begeisterung im Herzen entzünden. Mit Schiller seien schließlich die Benützer und Nutzer des Begriffs »deutsche Leitkultur« an ihre Verantwortung gemahnt: »Welcher unter Ihnen, bei dem sich ein heller Geist mit einem empfindenden Herzen gattet, könnte dieser hohen Verpflichtung eingedenk sein, ohne dass sich ein stiller Wunsch in ihm rege, an das *kommende* Geschlecht die Schuld zu entrichten, die er dem vergangenen nicht mehr abtragen kann?« (Schiller 1976: 765 f.)

VI. Dem »Bürgerrecht Kultur« entspricht eine »Bürgerpflicht Kultur«. Auf der einen Seite muss der Staat die gesamte Gesellschaft in die Lage versetzen, an den kulturellen Gütern zu partizipieren, muss also genügend Ressourcen für die Ermöglichung kultureller Teilhabe zur Verfügung stellen, vor allem auch dafür sorgen, dass von früh an kulturelle Animation und Motivation stattfinden (wodurch schicht- oder milieubestimmte Schwierigkeiten beim Umgang mit Kultur und bei ihrer Aneignung reduziert beziehungsweise beseitigt werden können). Auf der an-

deren Seite besteht die »Bürgerpflicht Kultur« darin, dass der Kulturbürger in Form »libidinöser Moral« die Verpflichtung in sich fühlt und diese ernst nimmt, jeden Angriff auf die Freiheit des Geistes oder dessen Manipulation beziehungsweise Instrumentalisierung für ideologische Zwecke im Bewusstsein der Grundwerte des Grundgesetzes abzuwehren. Es geht dabei nicht nur um die allgemeine Menschlichkeit, sondern auch darum, die Not des isolierten Individuums mit Hilfe von Zuwendung (Compassion) und Kommunikation zu überwinden; sich nicht nur um die Schönheit der Seele, sondern auch um die Beseitigung des leiblichen Elends zu kümmern; nicht nur für die innere Freiheit, sondern auch für die Aufhebung äußerer Knechtschaft zu kämpfen; nicht nur das Tugendreich der Pflicht zu lobpreisen, sondern brutalen Egoismus nicht zuzulassen. Der Rezeption von Kultur darf nicht erhebenden Feierstunden vorbehalten bleiben; Kultur muss sich im alltäglichen Leben bewähren – so schwer es oft auch fallen mag, sich der niederdrückenden Schwerkraft des Daseinskampfes zu entziehen und Triebdynamik zu sublimieren. Kultur darf man nicht als unverbindliche Farbigkeitsbedarfsdeckung begreifen oder sie profitmaximierend betreiben wollen; erst ihre sinnvolle Nutzung legitimiert ihre öffentliche Finanzierung und macht sie zum Kern eines demokratischen Staatswesens.

VII. Der Einwurf liegt nahe: Die Wirklichkeit der Kulturpolitik sei anders, entzöge sich der gut gemeinten Absicht von Sonntagspredigten. Wenn dies so ist – und es ist sicher so[1] –: dann um so schlimmer für diese Wirklichkeit und den Werktag. Wer sich freilich dagegen nicht wehrt, lebt verkehrt. Kulturpolitik tut gut daran, sich zur »Ästhetik des Widerstandes« zu bekennen; liebt man sie nicht, sollte sie zumindest gefürchtet sein. Diejenigen, die das »Bürgerrecht Kultur« verwirklichen wollen, sind zwar vom Prinzip her umgängliche »Erasmier« (s. Ralf Dahrendorf 2006); sie wissen jedoch gleichermaßen das lutherisch-stürmerische »Hier-stehe-ich-ich-kann-nicht-anders« zu schätzen. Doch kommt es nicht nur auf Standfestigkeit, sondern auch auf Denkfähigkeit an: um so der grassierenden Inkompetenzkompensationskompetenz (eine Wortprägung von Odo Marquard) in ihrer Ignoranz, Arroganz und Impertinenz mit einer stringenten kulturpolitischen Theorie, basierend auf antizipatorischer Vernunft und einer Vernunft der Synthesis, entgegenzutreten. Die betrübliche Tatsche, dass gegenwärtig die Praxis, auf die es natürlich immer ankommt, zunehmend verstellt ist, »gewährt paradox die Atempause zum Denken, die nicht zu nutzen praktischer Frevel wäre« (Adorno 1970: 24).

1 Laut einer Umfrage (*Die Welt*, 26.11.2005) haben die Deutschen mit Kultur als Staatsziel kaum etwas im Sinn. So verstehen 41 Prozent der Bevölkerung unter Kultur musikalische Darbietungen, ebenso viele Film und Theater. Aber als prägend für Bildung und Charakter halten die Kultur im Schnitt nur 13 Prozent. Selbst besser Gebildete mit hohem Einkommen (jenseits von 4 000 Euro netto im Monat) wollen ihr kaum eine maßgeblichere Funktion zubilligen. Dazu passt auch, dass im Westen wie im Osten die vorrangige Erwartung beim Besuch eines Kulturangebots gute Unterhaltung ist (West: 57 Prozent, Ost: 61 Prozent), gefolgt vom Live-Erlebnis, der Atmosphäre, Spaß und Action. Die Verbesserung der Allgemeinbildung, künstlerische Impulse und Anregungen rangieren nur unter ferner liefen. (Vgl. auch Mosebach 2006: »Wie groß darf die Zahl derjenigen Mitglieder eines Volkes werden, die an der Kultur dieses Volkes keinen Anteil haben, ohne diesem Volk im Ganzen das Prädikat Kulturvolk absprechen zu müssen?«)

Literatur

Adorno, Theodor W. (1970): *Negative Dialektik*, Frankfurt am Main

Dahrendorf, Ralf (2006): *Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung*, München

Glaser, Hermann (1964/1985): *Spießer-Ideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert und dem Aufstieg des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main

Glaser, Hermann (1997/1999): *Deutsche Kultur 1945–2000*, Berlin

Glaser, Hermann (2004): *Kleine deutsche Kulturgeschichte. Eine west-östliche Erzählung von Kriegsende bis heute*, Frankfurt am Main

Glaser, Hermann (2005): *Wie Hitler den deutschen Geist zerstörte. Kulturpolitik im Dritten Reich*, Hamburg

Jaspers, Karl (1947): »Die Verantwortlichkeit der Universität«, in: *Neue Zeitung*, 16. Mai 1947

Mann, Thomas (1955): »Kultur und Politik«, in: ders.: *Gesammelte Werke*, Band 12, Berlin

Marcuse, Herbert (1965): »Über den affirmativen Charakter der Kultur«, in: *Kultur und Gesellschaft I*, Frankfurt am Main

Marx, Karl (1970): »Brief an Arnold Ruge«, in Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*, Band 1, Berlin-Ost

Mosebach, Martin (2006), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.2.2006

Musil, Robert (1992): *Der Mann ohne Eigenschaften*, Hamburg

Nietzsche, Friedrich (1969/1977): *Werke*, hrsg. von Karl Schlechta, Band 1, Frankfurt am Main/Berlin/Wien

Schiller, Friedrich (1976): *Sämtliche Werke*, Band 4, München/Wien

Schiller, Friedrich (o. J.): »Über die ästhetische Erziehung des Menschen«, in: *Philosophische Schriften und Dichtungen*, Berlin

Weiss, Peter (1971): *Hölderlin*. Stück in zwei Akten, Frankfurt am Main

Karin von Welck

Kunst und Kultur als Standortfaktoren

»Make no small plans«, schrieb Daniel Burnham 1909. Vor kleinen Plänen warnte der amerikanische Städtebauer, der den berühmten »Plan of Chicago« – einen der wirklich geglückten städtebaulichen Masterpläne einer Metropole – schuf: kleine Pläne hätten keine Kraft uns aufzuwühlen und deshalb würden sie meist auch nicht realisiert. Sein Fazit lautete daher: »Think big«, »strebe nach dem Höchsten, sowohl in der Hoffnung als auch in der Arbeit«. Diese Worte sind die Essenz einer unleugbaren Tatsache: Wer für die Kultur an den Start geht, muss Unterstützer finden, muss überzeugen. Klein beginnen ist da nicht förderlich. Schon gar nicht, wenn es um Kultur geht, oder?

Das Fehlen oder das Vorhandensein bestimmter Standortfaktoren hat erhebliche Auswirkungen auf die Attraktivität einer Stadt oder Region für ansiedlungswillige Unternehmen oder Personen. Kunst und Kultur sind – weit über ihre Rolle als Standortfaktoren hinaus – ein wesentlicher Bestandteil dessen, was wir Urbanität nennen: Eine unerlässliche Voraussetzung für die Lebendigkeit von Metropolen wie Hamburg, ein Motor für deren kontinuierliche Entwicklung und Zukunftsfähigkeit. Kunst und Kultur erfüllen Grundbedürfnisse des individuellen und des sozialen Lebens nach Bildung, Identifikation und Teilhabe.

Eine im Auftrag der Kulturbehörde durchgeführte Studie »Kultur in Hamburg« aus dem Jahr 2003 bestätigte einmal mehr, dass ein vielfältiges, facettenreiches Kulturleben Innovation fördert und die dringend benötigten sozialen wie kulturellen Bezugsgrößen in einer mobilen Gesellschaft schafft. Es stellt Kommunikations- und Treffpunkte innerstädtischen Lebens bereit und generiert Kräfte für den sozialen Ausgleich. Das Wahrnehmen von Kultur, die Teilhabe an ihren Programmen, spielt überdies eine sinnstiftende Rolle, insbesondere wenn es darum geht, der eigenen kulturellen Identität Herkunft, Heimat und Zugehörigkeit immer wieder neu zu vermitteln.

Längst spricht man in diesem Zusammenhang vom »cultural turn«: Kulturelle Qualitäten werden von »weichen« zu primären »harten« Entwicklungsfaktoren, die Ästhetik gewinnt dort an Gewicht, wo es in der globalen Konkurrenz der Metropolen auch um einen Wettkampf in Sachen Lebensqualität geht.

Der Soziologe Richard Florida (2002) wies in seinem Bestseller über die Prosperität einer Stadt auf den Zusammenhang hin, dass hierfür die so genannte »creative class« eine entscheidende Rolle spiele. Also genau jene Bevölkerungsgruppe, die es gelernt hat, unkonventionell zu denken und zu handeln. Eine Stadt sei demnach gut beraten, durch ein hohes kulturelles Angebot Voraussetzungen für die Entwicklung dieser Fähigkeiten zu schaffen. Ohne Kunst und Kultur fehlt die Kreativität für die übrigen bekannten Standortfaktoren wie Forschung und Entwicklung, Lebensqualität, Tourismus und Wirtschaft.

Besonders deutlich wird dies bei einem Blick auf die Kinder: sie sind von Natur aus neugierig und kreativ. Sie spielen, basteln, malen und denken sich Wunderwelten aus. Mit zunehmendem Alter gehen diese Fähigkeiten oft verloren. Das Resultat: Die menschliche Kreativität ist eine unter Erwachsenen vielfach wenig genutzte Ressource. Kreative Prozesse sind jedoch eine wesentliche Quelle für Innovation und Wertschöpfung. Die Fähigkeit, Erkenntnisse in größeren Zusammenhängen betrachten zu können, setzt eine Neugier voraus, die nicht primär irgendeinem spezifischen Zweck-Handeln zugeordnet werden kann. Hier kommen Kunst und Kultur als Inspirationsquellen und Ideengeber ins Spiel – die Lust auf entgrenztes Denken. »Über die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet die Gegenwart unserer Kinder«. Dieser Satz stammt von dem Hamburger Unternehmer und Kulturmäzen Michael Otto. Er weist uns Erwachsenen die Verantwortung dafür zu, die Entwicklung unserer Gesellschaft als kontinuierlichen Prozess zu verstehen.

Insofern ist Kultur, ist kulturelle Bildung, der entscheidende Wachstums- und Integrationsfaktor in den nächsten Jahrzehnten. Was Bildung auf dem Weg über Qualifikation und Innovation als Ressource für wirtschaftliches Wachstum bedeutet, das ist Kultur für Kreativität und Lebensgestaltung sowie den sozialen Ausgleich und Zusammenhalt, für die Fähigkeit zum gemeinschaftlichen Leben. Entscheidend ist, ob Kulturinstitutionen und Kulturakteure ungeachtet knapper Budgets in der Lage bleiben, mit ihrer Arbeit Impulse in die Gesellschaft zu geben, und dem Standortfaktor Kultur den unerlässlichen Input. Hierfür sind mehrere Punkte von Belang:

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, in welchem aktuellen Zustand die uns umgebende kulturelle Infrastruktur ist. Wir müssen uns fragen, ob die Kultureinrichtungen bereits heute einen hinreichend scharf umrissenen Auftrag haben und ob die Struktur, ihre Mittelausstattung und ihre Arbeitsweise geeignet ist, diesen Auftrag zu erfüllen. Dazu bedarf es der Evaluation. Das ist keineswegs der Ruf nach Controllern und Rotstift. In der Evaluation steckt das Wort »valere«, also »Wert sein«. Und genau darum geht es: den Wert und die Bedeutung einer Einrichtung im Kontext mit anderen für die kulturelle Infrastruktur einer Stadt,

einer Region, eines Landes zu beschreiben – mit dem Ziel, noch ungenutzte Potenziale auszuschöpfen. Folgenreich ist Kultur dann, wenn sie nicht als Angelegenheit für Experten, sondern als eine begriffen wird, die alle Bereiche des praktischen Lebens durchdringt. Diese Frage stellt sich ebenso in Flächenländern wie in Stadtstaaten.

Glaubt man dem amerikanischen Soziologen Richard Sennett, dann ist es um unsere modernen Großstädte überhaupt nicht gut bestellt. Sennett warnt in seinen Büchern immer wieder vor der »Trivialisierung und Verödung der Stadt als Schauplatz des Lebens« (1991) und er beklagt, die von Menschen erfüllten Räume inszenierten ohne Ausnahme nur den Konsum oder das touristische Leben. »Die Stadt der Zukunft muss nicht neu erfunden werden«, schreibt hingegen der frühere Direktor des *Hamburger B.A.T.-Freizeit-Forschungsinstituts*, Horst W. Opaschowski, in seinem Vorwort zu »Besser leben, schöner wohnen?« Es genüge, so Opaschowski, »Arbeiten, Wohnen, Verkehr, Freizeit, Kultur und Kommunikation so zu mischen, dass wieder eine lebendige Melange entsteht« (2005). Dies mag selbstverständlich klingen, ist aber keineswegs allgemein verankert. Es scheint uns in den reichen »Kultur für alle«-Jahren nicht gelungen zu sein, den Eigenwert kulturellen Erlebens und kultureller Bildung hinreichend zu propagieren. So, dass dieser Eigenwert auch in Perioden mit drohenden kulturellen »Versorgungsengpässen« überdauern kann.

Der Begriff »Strukturreform« mag wie eine Floskel klingen. Doch es gibt angesichts des strapaziösen Spagats zwischen stagnierenden oder gar sinkenden staatlichen Kulturinvestitionen (aber wachsenden Anforderungen an die Einrichtungen) keine Alternative zur Diskussion, in welche Richtung sich die einzelnen Häuser weiterentwickeln sollen.

Eine attraktive Kulturszene braucht Leuchttürme als besonders markante Träger der Kultur in der Gesellschaft. Es ist wichtig, dass sie eine starke eigene Identität entwickeln und entsprechend als Solitäre auftreten, die durchaus in sportlich-positiver Konkurrenz mit anderen Häusern am Ort oder regional beziehungsweise national im Wettbewerb stehen. Die eigene Identität und das Bemühen um Alleinstellung darf aber nicht die Bereitschaft zum gemeinsamen Auftritt und zu Kooperationen behindern. Grundlegendes Ziel muss es daher sein, das jeweilige kulturelle Profil als sichtbar und unverwechselbar zu entwickeln und der Kultur mit einem Bündel strategischer und kooperativer Maßnahmen intern und extern größere Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Kulturelle Angebote stehen zweifellos in Konkurrenz zu zahlreichen Freizeitangeboten bei einem beschränkten Zeit- und Finanzbudget. Es ist deshalb wichtig – und der Erfolg kann anhand von positiven Beispielen nachgewiesen werden –, dass die Kultureinrichtungen selbstbewusst und offensiv die Öffentlichkeit suchen und dabei auch ungewöhnliche Wege gehen. Findig und erfolgreich sprechen die Kulturanbieter Sponsoren, Mäzene und Stiftungen an. Denn gerade große Häuser können ihr Programm ohne private Mittel kaum bewältigen. Doch auch wenn das Sponsoring insgesamt stagnieren mag, so ist nicht ausgeschlos-

sen, dass durch gute Konzepte der Anteil des Kultursponsorings dennoch erhöht werden kann. Noch Erfolg versprechender aber sind langfristige Akquisitionsstrategien, die auf einem breiten Bürgerengagement basieren. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Künstlerinnen und Künstlern und privaten Unternehmen beziehungsweise der Nutzen, den Unternehmen aus Kulturengagements ziehen können, ist noch lange nicht ausgeschöpft. Die Erfahrung zeigt, dass man ganz direkt versuchen sollte, potenzielle Stifter für bestimmte Themen zu begeistern. Ebenso stärken nationale und internationale Auszeichnungen die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Kulturszene. Kultur und Künste sind nur dann in der Lage, den Wert von Gemeinschaft zu vermitteln, wenn sie in der Topographie der Stadt integriert sind.

Festzuhalten bleibt: Man kann Standortfaktoren schaffen, aber sie müssen unablässig mit neuen Ideen und Visionen aufgeladen werden. Nur so ist eine Standortsicherung möglich. Kulturpolitik, hier verstanden als Standortpolitik, ist mehr als die Verwaltung von Theatern und Museen. Sie ist ein intermediäres, vermittelndes Konzept, das im Spannungsfeld von Staat, Markt und Kulturszene wirksam wird.

Literatur

Burnham, Daniel H./Bennett, Eduard H. (1909): *Plan of Chicago*, New York

Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class*, New York: Basis Books

Opaschowski, Horst W. (2005): *»Besser leben, schöner wohnen?« – Leben in der Stadt der Zukunft*, Hamburg: BAT

Sennett, Richard (1991): *Civitas. Die Großstadt und die Kultur des Unterschieds,* Frankfurt am Main: Fischer Verlag

Dorothea Kolland

Kulturelle Vielfalt: Diversität und Differenz

Kultursensible Kulturpolitik?

Vor einem Jahr startete die Avantgarde der deutschen Altenhilfe eine Kampagne für »kultursensible Altenhilfe« unter dem Motto »Aufeinander zugehen – voneinander lernen« (s. www.kultursensible-altenhilfe.net). Ihre Initiatoren und Unterstützer haben begriffen, dass sich soziale Dienste in Deutschland, wollen sie den subjektiven Bedürfnissen und objektiven Notwendigkeiten vieler alter Menschen gerecht werden, interkulturell öffnen und »kultursensibel« werden müssen, das heißt sensibel für die Vielfalt »ethnisch-kultureller Prägungen« – wie das neue Zauberwort dafür heißt. Es erscheint absurd, »Kultursensibilität« für Kulturpolitik und Kulturpraxis einzufordern, denn wer, wenn nicht die Kulturverantwortlichen, hat sensibel für Kultur zu sein? Aber es ist vielleicht gerade die irreleitend vielfältige Bedeutung des Wortes »Kultur«, die die deutsche Kulturlandschaft geradezu resistent gegen »Kultursensibilität« macht. (S. die Ergebnisse der Studie »Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz«; Kröger/Tutucu 2006))

Die Kultur ist den Deutschen durchaus wert und teuer. Dennoch geht man nicht mit allen Ressourcen – denen der Produzenten wie denen der Rezipienten – sorgsam um, am wenigsten mit der Ressource »kulturelle Vielfalt« im Sinne der »Kultursensibilität«, obwohl diese in Zeiten umfassender Globalisierung dringend gebraucht wird. Internationale Wirtschaftsunternehmen wie *Siemens* oder *IBM* arbeiten damit längst offensiv: »IBM not only respects the various cultures we work with but reflects them in our people.« (IBM-Profil, www.-05.ibm.com/employment/de/diversity) Verweise auf Internationalisierung der Kunstmärkte und -produkte relativieren diese Unterlassung, die vor unseren eigenen Haustüren stattfindet, keineswegs.

Realität: Einwanderungsland Deutschland

Die gesellschaftliche Realität stellt sich zunehmend der Ignoranz wie der Utopie entgegen. Diejenigen, die in der Kulturarbeit oder in der Wissenschaft mit interkulturellen Projekten und Prozessen zu tun haben, erfuhren und beobachteten die Entwicklung vom »Gastarbeiter-« zum Einwanderungsland (dessen faktische Anerkennung viel zu spät kam) mit seinen vielen konkreten Problemen des Zusammenlebens schon lange. Weder Wegsehen noch die Zeit noch die Gewöhnung noch Toleranzpredigten lösten die Konflikte. Diese wurden deutlicher: Zum einen ist das Konfliktpotential – ausgelöst durch zunehmende soziale Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit hierzulande wie durch internationale Spannungen – objektiv angewachsen, zum anderen haben Pisa-Schock, Morde in Holland und Aufstände in den Banlieues nun auch bequeme Talkshow- und Parlamentssessel erreicht. Es beginnt anzukommen, dass Einwanderung eine langfristige Realität auch für die BRD geworden ist, mit allen Chancen und Schwierigkeiten. Nicht »Multikulti« ist gescheitert, sondern Tatsachen können nicht mehr übersehen werden und verlangen Handeln. Endgültig klar wurde dies durch den Verzweiflungsschrei der Lehrer der Neuköllner Rütli-Schule, der mit kurzfristigem Aktionismus nicht zum Schweigen zu bringen ist – zu viele haben sich ihm angeschlossen.

Für manche Autochthone schmerzlich, für andere hoffnungsvoll ist das – verbal gesellschaftlich anerkannte – Ziel nicht mehr Assimilation (Angleichung an die Einwanderungskultur), auch nicht mehr freundschaftliches oder nur toleriertes Nebeneinander, sondern Integration, die allerdings Offenheit und Beweglichkeit aller Beteiligter voraussetzt. Deren Kern ist nicht das Ausgleichen, sondern das Erkennen und Benennen von Differenz und das Aushandeln verbindlicher Standards für »Verständigung und gemeinsame Regeln des Konfliktaustrags« (Nida-Rümelin 1996: 30).

Eine von Weltpolitik getragene Entwicklung kam dieser Erkenntnis in Deutschland entgegen: die Bemühungen der *UNESCO* um den Erhalt kultureller Diversität als unschätzbarem Reichtum der Menschheit. Ging es zunächst »nur« um den Schutz nationaler Minderheiten und die Folgen des Kolonialismus, so kamen zunehmend Fragen der Interdependenz von Menschenrechten und multikulturellen Gesellschaften in den Blick (UNESCO 2003), schließlich wurden durch Migration verursachte Konflikte und Minderheitsrechte innerhalb der Gemeinwesen thematisiert (ebd.: 4). Die sehr komplexen Themenfelder wurden 2001 in der »Allgemeine(n) Erklärung zur kulturellen Vielfalt« zusammengefasst. Damit stand die »Kulturelle Vielfalt« auf der politischen Programm-Agenda der Bundesrepublik: »In unseren zunehmend vielgestaltigen Gesellschaften ist es wichtig, eine harmonische Interaktion und die Bereitschaft zum Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit zugleich mehrfachen, vielfältigen und dynamischen kulturellen Identitäten sicher zu stellen.« (*UNESCO heute*, Heft 1-2/2002: 2)

Cultural Diversity – Vielfalt *und* Verschiedenheit

Leider stellt Sprachvielfalt mit ihren Bedeutungsdifferenzen ein Bein zum Verständnis der Allgemeinen Erklärung: »Cultural Diversity«, das originale Wort der Konvention, bedeutet *mehr* als »Vielfalt« (dem in der offiziellen deutschen Übersetzung gewählten Wort) – und dieses »mehr« ist außerordentlich wichtig: Es bedeutet Mannigfaltigkeit, Vielfalt, aber auch *Diversität* und *Verschiedenheit*. In Ermangelung einer diese Bedeutungsbreite umfassenden Übersetzungsmöglichkeit wird im Folgenden auf den englischen Begriff zurückgegriffen.

Die Erkenntnis, das Kennen lernen, das Umgehen, das Abwägen, das Akzeptieren (und auch Ablehnen), das sich Verändern macht den Reichtum, den Zugewinn von kultureller Vielfalt, die auch Verschiedenheit ist, aus. Dieser Zugewinn kann aber nur dann fruchtbar werden, wenn die differierenden Werte, Traditionen, Erfahrungen, Lebenspraxen erkannt, zueinander in Bezug gesetzt, in der gesellschaftlichen Interaktion erprobt werden und sich einvernehmlich den in diesem Prozess entstandenen Regeln unterwerfen. Diese Regeln sind nicht Ergebnis eines freien Diskurses im luftleeren Raum, sondern geprägt vom Grundkonsens unseres Staates, wie er in der Verfassung formuliert ist und wie er konsensueller Bestandteil der Charta der Menschenrechte ist. Allerdings ist jenseits des Verfassungstextes vieles auszuhandeln, wie die Kopftuch-Debatte zeigt.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamer Regeln, die Ergebnis eines kontinuierlichen Diskurses sein müssen, ist an dieser Stelle vorrangig geleitet durch Kenntnis und Erleben des oft konfliktreichen Miteinanders in einem ausgesprochen multikulturell geprägten Gemeinwesen, wobei die ethnischen Differenzen von sozialen Defiziten begleitet oder sogar dominiert werden.[1] Diese manifestieren sich meist weit unterhalb der Gewaltschwelle, zum Beispiel in unterschiedlichen Vorstellungen von Nachbarschaftlichkeit oder der Rolle von Mann und Frau. Gesellschaftlich stabilisierend werden diese Regeln erst dann, wenn sie nicht als Gesetz oder Verordnung durchgesetzt werden (viele davon sind dies im Übrigen) oder vor dem Richter eingeklagt werden, sondern wenn sie Ergebnis eines partizipatorischen Prozesses der gegenseitigen Verständigung sind und dann auch von allen Beteiligten gemeinsam realisiert und eingefordert werden: wenn sie Ergebnis des auf kultureller Diversität im Sinne von Verschiedenartigkeit bauenden Diskurses sind[2], dessen Realisierung in gemeinsamer Verantwortung liegt.

Dieser Diskurs setzt von allen Beteiligten Offenheit für die Anderen, die verschieden, divers sind, voraus und damit ein Konzept von multikultureller Gesellschaft, das Parallelgesellschaften[3] nicht duldet. Qua definitionem ziehen diese

1 Die Verfasserin arbeitet seit vielen Jahren in Berlin-Neukölln, von der *Zeit* (23.2.2006) zur »neuen Frontstadt der deutschen Kulturkämpfe« ernannt.

2 Nicht zuletzt deshalb ist der Entwicklungsprozess der neu gegründeten *Bürgerstiftung Neukölln* von überregionaler Bedeutung, weil hier erstmals Migranten und Autochthone gemeinsam Schritte hin zu einem (hoffentlich) produktiven multikulturellen Gemeinwesen erarbeiten.

3 Zur aktuellen Diskussion des umstrittenen Begriffs: »Parallelgesellschaften?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 1-2/2006.

sich aus dem allgemeinen gesellschaftlichen Kommunikationsprozess in eigene Welten mit eigenen Regeln und Gesetzen zurück, die anderen nicht offen stehen. Dagegen setzte Bassam Tibi sein Konzept von *europäischer* (von einer anderen sprach er nicht) Leitkultur: »Eine europäische Leitkultur muss ... auf den Werten der kulturellen Moderne basieren und konsensuell für Deutsche und Migranten als Plattform für ein Miteinander gelten. Das ist die Alternative zu wertebeliebigen Parallelgesellschaften.« (Tibi 2001)

Das Konzept von *cultural diversity* basiert auf Kommunikation. Es ist letztlich ein umfassendes gesellschaftspolitisches Programm über die Interaktion verschiedener Interessen und Gruppen in einem Gemeinwesen, gültig auch im Zusammenhang mit Gender, sexueller Orientierung, demografischen Gegebenheiten. Integration – und dies meint das Zusammenführen dieser Unterschiede – beruht auf Verständigung und gemeinsamen Regeln des Konfliktaustrags. Es gilt, wie Richard Sennett (1999) dies formuliert, die Ränder der verschiedenen Gruppen, weniger das Zentrum oder die Identität einer Gruppe, sondern das Verhandelbare zwischen den Gruppen aufzuspüren. Dieser Weg des Diskurses ist ohne Alternative, aber mit Sicherheit voller Widersprüche, nicht zuletzt in der Ungleichheit der ökonomischen und politischen Strukturen und somit in Machtverhältnissen begründet, in die die Partner dieses Diskurses eingebunden sind. (S. Parekh 2000).

In diesem Sinne hat das Konzept von kultureller Vielfalt mit allen Feldern von Politik zu tun, die gesellschaftliche Interaktion in modernen multiethnischen Kontexten bearbeiten. Kulturpolitik könnte in seinen Möglichkeiten der Arbeit mit *diversity* – mit Vielfalt wie Differenz – Avantgardefunktion im Erproben und Erarbeiten eines demokratischen, partizipativen Gemeinwesenkonzepts haben.

Cultural Diversity *als kulturpolitisches Programm*

Eine der entscheidenden Aufgaben für die Zukunft unserer »alten« europäischen Gesellschaft in Zeiten weltweiter Globalisierung und Migration wird die Akzeptanz und Gestaltung einer gesellschaftlichen Realität sein, in der Multiethnizität eine Selbstverständlichkeit ist, ohne dass aus Angst vor Verlust der Leitkultur Exklusion praktiziert und Zwangsanpassung gefordert wird. Die Akzeptanz der *cultural diversity*, die Achtung der Differenz ist als Notwendigkeit bewusst geworden, sie ist einzig mögliches zukunftsorientiertes Handlungskonzept in einer konfliktreichen multiethnischen Kommune. Deshalb ist die Aufmerksamkeit auf die Reibungsflächen der Diversitäten mit- und untereinander zu lenken, um nicht zerstörerische Flammen, sondern neue Energien im Kontakt der Unterschiede entstehen zu lassen.

Das weite Feld der Kultur ermöglicht beides. Es kann zum Schlachtfeld der Kulturen werden, wie der »Karikaturenstreit« belegt, bei dem es weit mehr um das Verständnis von Freiheit, Respekt und Gehorsam als um Zeichnungen geht.

Es kann jedoch auch ein hervorragendes – weil nicht sofort existenzbedrohend und freiwilliges – Übungsterrain für Gesellschaft sein, indem sie sich als transkultureller, Kulturen übergreifender »Kontakthof«, als »contact zone« anbietet.[4] Kultur ermöglicht eine Plattform, auf der sich Menschen unterschiedlicher Kulturen präsentieren, anbieten, begegnen, um Partner werben können, sich kurzfristig zusammentun, sich aber auch wieder trennen können und nicht eine pseudoglückliche Multikultigesellschaft darstellen müssen – sich jedoch auch langfristig zusammentun können, was allerdings auch mit Anstrengungen, eventuellen Schmerzen und temporären Verlusten verbunden sein kann.

Kunst und Kultur können deshalb wegen ihrer Möglichkeit, als Begegnungsplattform für Diversität, Verschiedenheit, Vielschichtigkeit, Neugier, Eigensinnigkeit und Tradition zu dienen, ein Motor für die Zukunft der urbanen Zentren wie der globalisierten Welt sein.

Der Diskurs der Kulturen weist aber auch auf das Eigene mit neuen Perspektiven zurück: »Das Medium der Kunst, der Literatur, des Films, des Tanzes, der Musik ist wie kaum ein anderes geeignet, das Transzendieren der eigenen kulturellen Identität zu befördern und erst dadurch sich des Eigenen bewusst zu werden.« (Nida-Rümelin 1996: 30)

Voraussetzung für alle Bemühungen um eine Umsetzung des Konzeptes der *cultural diversity* als kulturpolitische Handlungsorientierung ist der Diskurs in Augenhöhe, Respekt voreinander und vor anderen kulturellen Traditionen, Wissen um die eigene Kultur wie um kulturelle Identität und Neugier auf Neues, Fremdes, dabei die Erkenntnis voraussetzend, dass Chancengleichheit für gesellschaftliche Teilhabe unumgänglich ist. Achtung der Differenz als Voraussetzung von Vielfalt ebenso wie der Entstehung hybrider Neuentwicklungen an den – im Sennettschen Sinne – Rändern, dort, wo die Begegnungen stattfinden, sind die zentralen Orientierungspunkte.

Im Folgenden seien beispielhaft einige Handlungsfelder benannt, die eine zentrale Rolle im kulturpolitischen Konzept der *cultural diversity* spielen.

Cultural Diversity*: Wissen von und über Eigenes und Fremdes*

Kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung sind – auch unter dem Vorzeichen lebenslangen Lernens – von grundsätzlicher Bedeutung: Wissen über das jeweils Eigene und Erkennen der Differenz zum Fremden ist Voraussetzung für eine Kulturlandschaft, die von kultureller Vielfalt geprägt sein soll. Elternhaus, Kindergarten und Schule – in Kooperation mit vielen anderen, insbesondere den Kulturinstitutionen – müssen den Kindern bereits Grundlagen des Wissens, des ästhetischen Wahrnehmungsvermögens und ästhetischer Praxis vermitteln. Im Sinne von *diversity* als Differenz ist Basiswissen über die eigenen ästhetischen Systeme wichtig. So wie in Berlin koreanische Migranten sehr bemüht sind, ihren Kindern

4 Vortrag von Tomas Ybarra-Frausto bei dem »7. Forum Globale Fragen« zum »Dialog der Kulturen« im *Auswärtigen Amt* Berlin am 16. Mai 2002.

die spezifischen koreanischen Muster von Trommelklängen und Rhythmen zu vermitteln, müssen europäische Kinder etwas von europäischen Tonsystemen gehört haben: Der Erkenntnisgewinn der Differenz ist nur möglich, wenn das eigene System bekannt ist. Die Möglichkeit, in deutschen Schulen auch nur ein erträgliches Mindestmaß an kultureller Bildung und ästhetischer Erziehung, die eigene Kultur betreffend (von anderen gar nicht mehr zu reden) zu realisieren, schwindet zugunsten anderer Schwerpunktsetzungen dahin. Ein Beispiel: Der Dirigent Lior Shambadal, der in einem Konzert in Berlin das Publikum animieren wollte, gemeinsam Mozart-Kanons zu singen, scheiterte. »Noten von zwei Mozart-Kanons auf die Texte ›Leck mir den Arsch fein recht schön sauber‹ und ›Bona nox! Bist a rechta Ox‹ wurden ausgegeben und das Publikum gebeten mitzusingen. Es versagte jämmerlich, ja auf Shambadals Frage, wer überhaupt Noten lesen könne, meldete sich kaum ein halbes Dutzend. Das lässt tief blicken in die deutsche Bildungsmisere, die offenbar bis in die fünfziger Jahre zurückreicht. Die Chinesen, sagte Shambadal tadelnd ..., hätten das vom Blatt singen können.« (*Berliner Zeitung*, 2.1.2006)

Cultural Diversity*: Pflege und Bewahrung der Vielfalt*

Unter den Bedingungen global ausgerichteter und wirkender Medien konzentrierte sich die Diskussion der *UNESCO* und ihrer nationalen Kommissionen in den letzten Jahren darauf, ob die internationalen Wettbewerbsregeln wie GATS oder die Europäische Dienstleistungsrichtlinie einen Schutz der eigenen Kultur ermöglichen.

Mindestens ebenso wichtig ist die Sicherung kultureller Vielfalt vor unserer eigenen Haustüre. Als Beispiel sei der Umgang mit Sprachvielfalt angeführt. Wird Mehrsprachigkeit im Prinzip als große Chance und – für viele Berufe – sogar als Bedingung angeführt, so gilt dies nur für die »Weltsprachen« wie Englisch, Französisch und Spanisch, nicht aber für die Sprachen der großen Mehrzahl der Migranten, die in Deutschland leben. Obwohl der Nutzen von Mehrsprachigkeit für Sprachlernerfolge und die Chance, die eine gute Beherrschung der Muttersprache für das Erlernen der Zweitsprache bietet, bekannt sind, wird im deutschen Bildungssystem fast nichts dafür getan, die Kompetenz in der Muttersprache zu erhalten und zu fördern. Wenn überhaupt, kümmern sich höchstens einige der ethnischen Communities um eine muttersprachliche Qualifikation ihrer Kinder. Das deutsche Schulsystem hat sich nicht von seinem »monokulturellen Habitus« (Havva Engin, in: http://bildungplus.forumbildung.de) gelöst. Brachte der Pisa-Schock zwar die Erkenntnis, dass insbesondere der Sprachentwicklung von Kindern mit nicht-deutschem Hintergrund besondere Aufmerksamkeit zu schenken sei, so beziehen sich die Konsequenzen ausschließlich auf die deutsche Sprache. Unzweifelhaft ist der Erwerb und die Beherrschung der deutschen Sprache Voraussetzung für Chancengleichheit, doch der potentielle Schatz der Mehrsprachigkeit, den diese Kinder in die Wiege gelegt bekamen, wird vertan.

Die deutsche monokulturelle Sprachbildungspolitik setzt sich geradlinig in den öffentlichen Bibliotheken fort, die so gut wie gar nicht in der Lage sind, auf kulturelle Diversität zu reagieren, geschweige denn diese vorzuhalten. (Siehe Kolland 2005: 50 f.)

Einen wohltuenden Kontrapunkt setzt das Projekt »Lyrikline« der *Literaturwerkstatt Berlin*, die in Kooperation mit Lyrikern aus der ganzen Welt dafür sorgt, Lyrik in Originalsprache im Internet zum Lesen und zum Hören zu präsentieren. Dieses Projekt macht den wunderbaren Reichtum, den kulturelle Vielfalt birgt, in seinen vielen Sprachklängen greifbar. (www.lyrikline.org)

Cultural diversity*: Präsentation und Rezeption der Vielfalt*

Die internationale Kunstszene und ihre Vermittlungsinstanzen agieren selbstverständlich innerhalb der Dialektik von nationalen/ethnisch geprägten Kunstsprachen und weltkulturellen Entwicklungen. Afrikanische, chinesische, australische Aborigines- oder mexikanische Kunst ist uns zumindest in den Metropolen vertraut geworden; Erkenntnis von Vielfalt auch im Sinne von Differenz ist essentiell. Damit geht jedoch nicht automatisch ein umfassendes Begreifen dieser Vielfalt einher, sind doch die Differenzen eher Sache eines Spezialistenpublikums, während breitere Schichten sich eher mit Melangen à la Weltmusik (Erlmann 1995) zufrieden geben – dabei dennoch Vielfalt und Andersartigkeit erfahrend.

Was auf der Ebene der internationalen Szene und der Kulturleuchttürme in Zeiten perfekter Reise- und Transportmöglichkeiten im Prinzip nur eine Frage des Geldes ist, stellt sich im Dickicht der Städte viel komplizierter dar, denn hier geht es um die Wertschätzung von Vielfalt und Differenz kultureller Äußerungsformen, die nicht mit dem Siegel weltkultureller Qualitätsnorm versehen sind, deren lokale Präsentation und Rezeption aber für die Erringung des auf Wissen um Differenz und Können des anderen gegründeten Respekts von großer Bedeutung ist. Die Teilhabe der Allochthonen an dem kulturellen Leben der Autochthonen stellt sich für deren große Mehrzahl als enormes Defizit dar: Formale Öffnungen der Kulturinstitutionen ändern daran kaum etwas. Hier wird die Differenz zur Fremde. Bis auf die beliebten Folklore-Darbietungen, die an schöne Urlaubstage erinnern, haben alle Beteiligten noch einen weiten Weg, der insbesondere durch Teilhabe- und Kenntnis-Barrieren aller Art blockiert ist.

Cultural Diversity*: Perspektiven der Geschichtsbetrachtung*

Geschichtsdarstellung ist immer Ausdruck nationalen Selbst-Bewusstseins, sei dies in Schulbüchern, Ausstellungen oder wissenschaftlichen Darstellungen. Die deutsch-polnische Schulbuchkommission war in den siebziger Jahren der erste Schritt zum Beginn eines neuen Verhältnisses zu Polen, indem differenten Wahrnehmungen und Erfahrungen Raum gelassen wurde und damit die Basis eines neuen Verständnisses geschaffen wurde. Weg von bislang monokulturellem Verständnis müssen unterschiedliche Sichtweisen zugelassen werden, die Anlass zu Diskursen bieten. Beispielhaft leistete dies die Ausstellung »Mythen der Natio-

nen. 1945 – Arena der Erinnerungen« des *Deutschen Historischen Museums*, die 25 europäische Länder auf ihre Erinnerungen an und Verarbeitung des Zweiten Weltkriegs hin befragte. Die Erringung einer neuen »großen Erzählung« als Ausdruck kulturell diverser Realität bedeutet, dass die Erforschung, Darstellung und Vermittlung von lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Geschichte um Perspektiven ergänzt werden muss, die Migranten mit ihrer Geschichte und ihrem Beitrag an historischen Prozessen auf großer wie kleiner Ebene teilhaben lässt.

Cultural Diversity*: Foren für den Balanceakt zwischen Vielfalt und Differenz*

Das Konzept der *cultural diversity* wird nie zuende ausgehandelt sein, sondern Objekt des fortlaufenden Diskurses bleiben. Seine Verwirklichung ist ein komplexer Prozess, der insbesondere Kommunikation voraussetzt. Genau daran aber mangelt es im Regelfall zwischen den notwendig zu beteiligenden Akteuren insbesondere im Kontext des Gemeinwesens. »Ausländerbeiräte« lösen dies Problem nicht. Sie agieren als Interessenvertreter und sind auf ihre Identität bedacht, beachten aber nicht die »Ränder« im Sennettschen Sinne.

Die Träger dieser vielfältigen wie differenten kulturellen, durch ethnische und soziale Bedingungen und/oder religiöse Überzeugungen geprägten Positionen sind durch ethnische, kulturelle, religiöse Gemeinsamkeiten geprägte Communities ebenso wie einzelne Persönlichkeiten. (Nida-Rümelin 1996: 28) Die zu lösende Aufgabe ist die Formulierung eines Konsenses, der Differenz berücksichtigen muss, um Vielfalt zu garantieren, ist die Konstituierung einer »Metakultur« (siehe Ipsen u. a. 2005: 117 ff.). Dies setzt die Akzeptanz der Differenz als »Ausdruck des Bedürfnisses nach Abgrenzung und Versicherung der jeweils eigenen kulturellen Identität« (Kolland 2003: 115) voraus. Kunst und Kulturprojekte können als »gemeinsame dritte Sache«, als Fokus, als Labor für Situationen des gemeinsamen Agierens und als Plattformen des gemeinsamen Gesprächs dienen, die Kennenlernen und Handeln auf verschiedenen Ebenen ermöglichen – außerhalb der Konfliktsituationen, in denen sonst Kontakt meist stattfindet, außerhalb von existentiellem Leistungsdruck, frei von Angst. Manchmal geht es »nur« darum, Gelegenheit, Raum und Zeit zu schaffen, um sich gegenseitig zuzuhören. Dieses Defizit, das eine Formulierung und Realisierung gemeinsamer Interessen und Erfahrung produktiver Vielfalt blockiert, ist so leicht und zugleich so schwer zu beheben. Bei genauerem Hinsehen auf den interkulturellen Alltag wird deutlich, wie riesig es ist.

Cultural Diversity*: Brutstätte des Neuen*

Ein besonderer Aspekt kultureller Vielfalt als Hort von Diversität und Differenz, der seine Dynamik ausmacht, ist die Entwicklung von Neuem – dort, wo die Ränder des Differenten sich ineinander verweben und Hybride entstehen. Kunst und Kultur können in ihrer Möglichkeit, eine Begegnungsplattform für Diversität, Vielschichtigkeit, Neugier, Eigensinnigkeit und Tradition zu sein, ein wichtiger

Motor für die Zukunft einer globalisierten Welt werden, die ihre vielen Besonderheiten im Sinne nachhaltiger Entwicklung ihrer Diversität nicht aufgibt.

Diese Möglichkeit deutet sich in den Metropolen an, deren neue urbane Kultur sowohl eine Begegnung vieler Kulturen wie auch von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft ermöglicht und beinhaltet – Voraussetzung für Modernität und Zukunft. Ihre Kerne sind meist in den sozialen Brennpunkten dieser Metropolen zu finden, denn Avantgarde und Suche nach neuen Ufern paart sich selten mit Wohlstand oder gar Reichtum. Neue ästhetische Ausdrucksformen und -sprachen werden aus dem Erleben der Vielfalt heraus entwickelt, wobei sich zum Leidwesen der ethnografischen Urtextler Schärfen der Differenz verschieben oder verändern. Diese Recherche nach Neuem unterscheidet sich erheblich von denen, die kulturharmonistisch Differenzen ausgleichen und Ungleiches gleich zu machen versuchen. Bereits heute zeichnet sich ab, dass auf dieser Plattform nicht nur avantgardistische, experimentelle hybride Kunst und Kultur entwickelt wird, sondern auch »hybrid identities« spezifische Entwicklungsmöglichkeiten finden. Mit Spannung ist die Entwicklung junger Künstler zu beobachten (und zu fördern), die von ihrer Herkunft oder Biografie her unterschiedlichen kulturellen Kontexten angehören und auf der Suche nach künstlerischen Formen sind, die ihren Erfahrungen, Hoffnungen und Träumen entsprechen.[5] Generell werden junge Menschen mit interkulturellem Wissen, die mindestens bilingual und in mehreren Kulturen zuhause sind, zu wichtigen Bindegliedern der verschiedenen Interessengruppen, ethnischen Communities und Generationen werden und einen wichtigen Orientierungspunkt für die Kinder und Jugendlichen darstellen, die bislang kulturelle Vielfalt als sie ausschließend erlebten.

Cultural Diversity*: Demokratie des Respekts*

Das Leitbild des Konzepts *Cultural Diversity* ist der Garant möglichst großer Vielfalt im Sinne von Diversität wie Differenz bei möglichst geringen Restriktionen, die vom Konsens aller getragen wird. Dies beschreibt Bassam Tibi (2001) als Pluralismus, der gleichsam die Essenz seines Verständnisses von europäischer Leitkultur ausmacht: »Pluralismus bezeichnet … ein Konzept, nach dem Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen zusammenleben und das Recht auf Anderssein und Andersdenken besitzen, sich gleichzeitig aber zu gemeinsamen Regeln – im Besonderen der gegenseitigen Toleranz und des gegenseitigen Respekts – verpflichten. … Ohne eine solche Leitkultur im oben beschriebenen Sinne gibt es kein Miteinander der Menschen.« Damit bezieht sich Tibi auf Pluralismus als zentrales Leitbild moderner Demokratien, deren politische Ordnung und Legitimität ausdrücklich auf der Anerkennung und dem Respekt vor den vielfältigen individuellen Meinungen, Überzeugungen, Zielen und Hoffnungen beruht: Keine Instanz darf in der Lage sein, allen anderen ihre Überzeugung aufzuzwingen.

5 Zum Beispiel in der Experimentalreihe »Beyond Belonging – Migration« des *Theaters Hebbel am Ufer*, Berlin 2006.

Diese Bestimmung europäischer Leitkultur differiert deutlich vom Konzept einer (deutschen/christlichen konservativen) Leitkultur, der alle, die in den Grenzen des Geltungsbereichs dieser Leitkultur leben wollen, zustimmen müssen. Das Essential des Pluralismus ist der Konsens, seine Grenzen die der demokratischen Grundordnung. Oder mit den Worten der »Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt« der *UNESCO*: »Kultureller Pluralismus ist die politische Antwort auf die Realität kultureller Vielfalt. Untrennbar vom demokratischen Rahmen führt kultureller Pluralismus zum kulturellen Austausch und zur Entfaltung kreativer Kapazitäten, die das öffentliche Leben nachhaltig beeinflussen.«

Was kann eine bessere und zukunftsträchtigere Leitidee für Kulturpolitik sein als kulturelle Demokratie garantierende kulturelle Vielfalt – mit all ihren Potentialen, Diversitäten und Differenzen?

Literatur

Stenou, Kathérina/Director UNESCO (2003): *UNESCO and the Issue of Cultural Diversity. Review and strategy*, 1946–2003, Paris

Kröger, Franz/Tutucu, Emine (2006): »Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 112 (I/2006), S. 49–42

Erlmann, Veit (1995): »Ideologie der Differenz: Zur Ästhetik der World Music«, in: Forschungszentrum Populäre Musik der Humboldt-Universität Berlin: *Popscriptum 3 – World Music*, Berlin

Ipsen, Detlev u. a. (2005): *Toronto. Migration als Ressource der Stadtentwicklung*, Kassel

Kolland, Dorothea (2003): »Neue Aufgaben kommunaler Kulturpolitik im Einwanderungsland Deutschland«, in: *Loccumer Protokolle* 07/02, 2003

Kolland, Dorothea (2005): »Ein interkulturelles Bibliotheksprojekt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 50 f.

Nida-Rümelin, Julian (1996): »Integration als kulturpolitische Leitidee. Gegen die Dauerdefensive der Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 76 (IV/1996), S. 30

Parekh, Bhikhu (2000): *Rethinking Multiculturalis. Cultural Diversity and Political Theory*, London

Sennett, Richard (1999): »Ich kann nichts mehr über die Postmoderne lesen. Interview«, in: *Freitag*, 16.7.1999 (Nr. 29)

Tibi, Bassam (2001): »Leitkultur als Wertekonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*; Heft B 1–2/2001

Iris Magdowski

Dialoge führen – Austausch fördern

»Die gefährlichste Weltanschauung ist die Weltanschauung der Leute, die die Welt nie gesehen haben.« Alexander von Humboldt, Naturforscher, Universalgelehrter und Kosmopolit hat vor fast 200 Jahren eindrucksvoll beschrieben, worauf es im 21. Jahrhundert ankommt: Brücken zu bauen, Wissen zu vermitteln und zu fördern, wenn es um andere Kulturen, religiöse Fundamente, politische Verhältnisse, die gesellschaftliche Wirklichkeit geht.

Mit atemberaubender Geschwindigkeit hat der technische Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts die Mobilität der Weltbevölkerung erhöht, die mediale Kommunikation revolutioniert und globale Produktions- und Arbeitsmärkte forciert, was nicht ohne Folgen für das Zusammenleben der Menschen geblieben ist. Der Traum von einer *lingua franca* scheint sich mit dem Siegeszugs des Englischen zu erfüllen. Selbst im fernen China gehört englischer Sprachunterricht mittlerweile zum Standardprogramm der Schulen, in die die chinesische Mittelschicht ihre Kinder mit ehrgeizigen Plänen auf eine Karriere als *Global Player* vorbereitet und zu der der Studienaufenthalt an einer amerikanischen, europäischen oder australischen Universität selbstverständlich dazu gehört. Räumliche Entfernungen, die zu Zeiten Humboldts monatelange entbehrungsreiche Reisen erforderten, werden in wenigen Stunden überwunden. So ist aus der Weltbesessenheit Humboldts Normalität geworden.

Auf diesem Nährboden wächst Skepsis. Der Siegeszug westlicher Konsumgüter und Lebensweisen hat die Furcht vor dem Verlust der eigenen kulturellen Identität in vielen Teilen der Erde, ganz besonders in den islamischen Staaten, gefördert. In Europa müssen Nachbarn – als West- und Ostblock jahrzehntelang voneinander abgeschottet – mühselig lernen, dass Europa in seiner Vielfalt gemeinsame Wurzeln hat.

Kulturdialog zwischen Utopie und Realität

Der Dialog ist anders als zu Zeiten Humboldts nicht auf eine kleine Schicht von Intellektuellen, Wissenschaftlern, Handelsleuten und politischen Machthabern beschränkt. In unserem Jahrhundert muss die Mehrheit der Bevölkerung Zusammenhänge verstehen und Dialoge praktizieren: im Kleinen und im Großen – vor Ort und in der Welt – im Alltag mit dem Nachbarn, der als Migrant nach Deutschland kam – im Grundsätzlichen, wenn in den Parlamenten um die Rolle Deutschlands in und zu den Krisenregionen unserer Erde gerungen wird.

Als die *Vereinten Nationen* das Jahr 2001 zum »Jahr des Dialoges der Kulturen« ausriefen, stand die feste Überzeugung dahinter, dass interkulturelles Verständnis und die Achtung anderer Kulturen entscheidende Voraussetzungen für die Verhinderung von Konflikten sind. Noch weiter ging der damalige Außenminister Joschka Fischer in seiner Konzeption zur auswärtigen Kulturpolitik 2000. Krisenprävention durch Künstlerinnen und Künstler und die Repräsentanten der Kultur wie zum Beispiel die *Goethe-Institute* waren wichtige Bestandteile seines außenpolitischen Reformprogramms. Die dort formulierten Ziele konnten bislang nicht erreicht werden. Die jüngsten Entwicklungen in den Krisenregionen des Nahen Ostens sprechen eine andere Sprache. Navid Kermani, iranischer Schriftsteller in Köln, berichtete 2001 über den zähen Reformprozess in seinem Heimatland. Trotz Verfolgung hätten seine Schriftstellerkollegen dem Verlangen der Bevölkerung nach Freiheit eine Stimme verliehen. Er resümiert: »Sollten die Schwerter, die heute noch gezückt sind und morgen wieder morden können, am Ende schmelzen, dann nicht zuletzt in der – wie Rimbaud sagt – ›blühenden Geduld‹ auch jener Menschen, die an das Morgen der Poesie glauben.« (Kermani 2001)

Der Glaube an die Kraft der Poesie – war es das, was dem Machtpolitiker Fischer bei seiner Konzeption zur Krisenbewältigung vorschwebte? »Kriege brechen in dem Augenblick aus, wenn die Kulturen zum Schweigen gebracht worden sind«, konstatiert der iranische Schriftsteller Faraj Sarkohi, der 1996 in seinem Heimatland zum Tode verurteilt wurde und heute im Exil lebt.

Die schöne Welt eines Kulturdialoges, der nicht nur Frieden verheißt, sondern auch stiftet, ist eine Utopie.

Thomas Morus hat den Begriff der Utopie für ein Gemeinwesen geprägt, das noch nirgends auf der Erde einen Ort hat und doch die menschliche Sehnsucht bewegt: U-topia (1516). Vielleicht liegt der praktische Nutzen gerade darin, dass sie den Blick für die Differenz zwischen dem konkret Möglichen und dem Wünschenswerten schärft und damit den Menschen Hoffnung gibt. »Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen«, sagt Ernst Bloch (1959).

Mit der Begegnung von Menschen schafft der Kulturdialog eine Basis für den Diskurs über unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe und Wertvorstellungen. Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen unseres Jahrhunderts – Globalisierung, Migration und religiöser Fundamentalismus – bedürfen eines Diskurses ohne paternalistischen Gestus. Darin liegt seine Kraft. Der Dialog erfordert Part-

ner auf gleicher Augenhöhe. Er darf nicht zum Appendix militärischer Kriseninterventionen verkümmern.

Huntingtons Kampf der Kulturen

Als Samuel Huntington vor mehr als zehn Jahren seinen Aufsatz über die »Neugestaltung der Weltpolitik« mit dem apokalyptischen Titel »The Clash of Civilizations« veröffentlichte, vertrat er die These, dass Menschen sich im postideologischen Zeitalter wieder über ihre Kultur definieren und sich dementsprechend mit kulturellen Gruppen identifizieren. Der Kulturbegriff in diesem Sinne habe fünf Merkmale: Religion, Sprache, Werteverständnis, Sitten und Gebräuche. Er vertrat die Auffassung, dass in einer globalisierten Welt mit einer Vielzahl von Kontakten zwischen den Kulturen die Konflikte der Kulturkreise untereinander fast vorprogrammiert sind. Im Aufeinanderprallen der Kulturen werde beispielsweise der islamische oder der chinesisch-asiatische Kulturkreis auf die Stärke der eigenen kulturellen Identität setzen und durch wirtschaftlichen Fortschritt oder Bevölkerungswachstum erstarken, während sich die kulturellen Werte der westlichen Zivilisation in multikulturelle Beliebigkeit auflösen. Damit wird nach der Lehre Huntingtons aus der politischen eine kulturelle Weltordnung. (Huntington 1996) Mit den terroristischen Angriffen des 11. September 2001 auf das *World Trade Center* in New York sahen viele seine Theorie auf grausame Art und Weise bestätigt.

Wer Huntingtons apokalyptischen Zukunftsszenarien nicht folgen will, muss dafür sorgen, dass bereits in der Schule das Wissen um Sprache, Religion, Sitten, Gebräuche und Wertvorstellungen der jeweils anderen Kulturkreise gefördert wird. In der bundesrepublikanischen Bildungslandschaft sind erste Versuche in diese Richtung erfolgreich gelaufen. Das Land Baden-Württemberg hat beispielweise mit dem Projekt »China – Sprache, Kultur und Wirtschaft« einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen, denn es handelt sich dabei nicht nur um den pädagogischen Auftrag, Kenntnisse über das Partnerland bis hin zum Sprachunterricht deutschen Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, sondern im Gegenzug durch ein Abkommen mit dem chinesischen Bildungsministerium Gleiches auch für chinesische Schüler vorzusehen. Die Resonanz darauf ist überwältigend und nur ein exotisches Beispiel für viele weitere Anstrengungen dieser Art, die gerade keine apokalyptische Grundstimmung, sondern Zuversicht und Hoffnung aufkommen lassen, dass die Welt im 21. Jahrhundert vernetzter, aber nicht unbedingt unwirtlicher sein muss.

Gerade im Zusammenhang mit der Aufbauhilfe der Europäischen Union in den Krisenregionen dieser Welt ist es ein legitimes Anliegen, mit dem Geldtransfer eine Bildungsoffensive zu verbinden, die den jungen Menschen Grundkenntnisse unseres westlichen Kulturkreises vermittelt und ihnen ohne paternalistische Attitüden erklärt, welche Wertvorstellungen unsere westliche Zivilisation prägen und wo wir Gemeinsamkeiten mit ihrem Kulturkreis sehen. Dabei stände es uns gut zu Gesicht, unsere Selbstgefälligkeit abzulegen und einzugestehen,

dass nicht alles, was für Europa gut war, in anderen Teilen der Welt die allein seligmachende Heilsbotschaft ist. Nur mit einer Bildungsoffensive kann der Kulturdialog als Instrument der Außenpolitik einen hohen Wirkungsgrad bei breiten Schichten der Bevölkerung erzielen. Künstlerische Projekte, die für den Kulturdialog ebenfalls beispielgebend sind, erreichen in der Regel diesen breiten Wirkungsgrad nicht.

Was den künstlerischen Dialog und Austausch angeht, so sollten wir in Zukunft noch viel stärker als bisher zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen und fördern. Operativ tätige private Stiftungen und Nicht-Regierungsorganisationen können schneller und flexibler als staatliche Stellen agieren. Dafür gibt es viele Beispiele. So hat Daniel Barenboim zusammen mit dem inzwischen verstorbenen palästinensischen Intellektuellen Edward Said die *Barenboim-Said-Stiftung* ins Leben gerufen. Die Stiftung finanziert die Lehrer der *Free-International-Music-School*, namhafte Musiker aus aller Welt, die palästinensischen Kindern in Ramallah Musikunterricht geben. Daniel Barenboim kommt aus einer russisch-jüdischen Familie und ist israelischer Staatsbürger. Für ihn ist Musik ein Element der Versöhnung. Was hier in privater Initiative möglich ist, wäre auf staatlicher Ebene derzeit nicht leistbar. So erstaunt es nicht, dass das staatliche palästinensische Konservatorium die Zusammenarbeit mit der Stiftung mittlerweile aufgekündigt hat.

Kulturdialoge brauchen Kontinuität

Wichtig für den Kulturdialog ist Kontinuität, nicht nur bei den Institutionen, sondern auch bei ihren Akteuren. Es mögen viele gute Gründe dafür sprechen, dass Diplomaten in relativ kurzen Zeitabständen turnusmäßig ihre Einsatzländer wechseln. Wenn man in der Auswärtigen Kulturpolitik statt der Repräsentanz deutscher Kultur den Kulturdialog in den Vordergrund stellt, müssen persönliche Kontakte aufgebaut werden. Das braucht seine Zeit und sollte mit einer längeren Verweildauer der entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen verbunden werden. Die Kontinuität bei den Ortskräften, das heißt bei den einheimischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der *Goethe-Institute*, die exzellente Arbeit leisten, widerlegt diese Forderung nicht. Kulturdialog ist mehr als ein gutes Sprach- und Veranstaltungsprogramm. Es geht um glaubwürdige Vermittlungs- und Verständigungsarbeit, für die die Repräsentanten des europäischen Kulturkreises, das heißt die Entsandten Deutschlands, unverzichtbar sind.

Ein Garant für Kontinuität beim Kulturdialog und für einen fruchtbaren Kulturaustausch sind die Städte und Gemeinden mit ihren fast 5 000 Städtepartnerschaften. Zwar ist die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten nach dem Grundgesetz Sache des Bundes. Im Rahmen der ebenfalls verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung haben die Kommunen seit Ende des Zweiten Weltkrieges mit zahlreichen Städtepartnerschaften Pionierarbeit zur Aussöhnung und Versöhnung unter den ehemaligen Kriegsgegnern geleistet. In den letzten Jahren sind weitere Zielsetzungen bei der Begründung von Städte-

partnerschaften hinzugekommen: Bildung von internationalen Netzwerken als Standortvorteil, Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, Partnerschaften mit Kommunen in den Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten als Elemente städtischer Integrationspolitik.

Der Kulturaustausch mit Partnerschaftskommunen hat nach der Gründung der Bundesrepublik die Annäherung und die Integration Deutschlands in die westeuropäische Staatengemeinschaft nachhaltig gefördert. (Leitermann 1992) Nun ist es der europäische Integrationsprozess, der nach dem Scheitern des Referendums für eine europäische Verfassung durch kommunale Impulse gefördert werden muss.

Der europäische und außereuropäische Kulturaustausch, den die Kommunen in den letzten Jahrzehnten mit großem Engagement ermöglicht haben, gibt aber auch Anlass zu Kritik.

Zu Recht weist Eichler, verantwortlich für die bundesweit größten Auslandskulturtage in der Stadt Dortmund, auf den Modernisierungsbedarf bei den kommunalen Programmen hin. (Eichler 1992) In der Praxis mancher Kommunen erschöpfen sich nämlich Partnerschaftsprogramme im Austausch von touristisch willkommenen Delegationsreisen. Kritik äußerte bereits 1997 der Kulturreferent des *Deutschen Städtetages* Bernd Meyer. Kunst sei mittlerweile ohnehin zum Gegenstand eines globalen Transfers und Bestandteil kosmopolitischer Aneignung geworden, so dass sich die Frage stelle, ob die teilweise überbordenden, subventionierten internationalen Kulturaktivitäten überhaupt noch gerechtfertigt seien. (Meyer 1997)

TWINS2010 – *Kommunaler Kulturaustausch auf neuen Wegen*

Einen wichtigen Impuls für die Neugestaltung des kommunalen Kulturaustausches hat nun die Stadt Essen im Rahmen ihres Konzeptes für die Bewerbung des Ruhrgebiets als Kulturhauptstadt Europas 2010 gegeben. Mit dem Projekt *TWINS2010* sollen die Aktiven und Kreativen aus 196 Partnerstädten des Ruhrgebiets zu den Themen »Urbanität, Identität und Integration« gemeinsame kulturelle Projekte durchführen. Die TWINS-Idee geht davon aus, dass die europäischen Städte und Regionen das »Rückgrat eines Europas der Menschen bilden.« (Sievers 2006)

Die Leitbegriffe Identität, Integration und Urbanität begründen den programmatischen Anspruch dieses Modellprojekts.

In seiner Expertise zu dem Projekt führt Sievers (ebd.) aus, dass die menschliche Fähigkeit, eine Identität auszubilden, eine Anpassungsleistung an das Vorhandensein verschiedener kultureller Einflüsse beinhalte. Kulturpolitisch erwachse daraus die Anforderung, einer Kultur der Selbstvergewisserung und Selbstverständigung durch die Aneignung und Interpretation der eigenen kulturellen Wurzeln und der Öffnung und Toleranz gegenüber anderen Kulturen den Weg zu ebnen.

Das zentrale Thema des Leitbegriffs Integration ist die Eingliederung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, widerstreitender religiöser Überzeugungen und vielfältiger kultureller Orientierungen. Integration sei ein zweiseitiger Prozess, an dem die Migrantinnen und Migranten und die Menschen und Institutionen der Zuwanderungsgesellschaft gleichermaßen beteiligt seien.

Was die Urbanität angehe, so sei die europäische Stadt der Ort, an dem die bürgerliche Gesellschaft und ihre Kultur entstanden seien: Städte als Zentren des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens und Heimat für viele. Hier werde die Bürgergesellschaft gelebt und Demokratie praktiziert.

Die interkommunale Kommunikation zu allen drei Leitbegriffen steht nun auf der Agenda für die europäische Kulturpolitik und ist zugleich ein wichtiger Baustein für den europäischen Kulturdialog.

Interkultureller Dialog durch interkulturelle Interaktion

Im nationalen Kontext ist die größte Herausforderung dieses Jahrzehnts die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die in den Großstädten fast 40 Prozent der Bevölkerung in ihrer Altersgruppe stellen. Die Stadt Essen hat dieses Thema mit dem Projekt *TWINS2010* auf die europäische Agenda gesetzt. Handlungsbedarf besteht aber auch auf nationaler Ebene.

Anpassungsbereitschaft auf Seiten der Migratinnen und Migranten und Toleranz auf Seiten der Einheimischen vorausgesetzt, kann das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft für alle ein Gewinn sein. Ein Beispiel für gelungene Integrationsarbeit ist Stuttgart. Die Landeshauptstadt hat auf den interkulturellen Dialog gesetzt und sich schon früh von den in anderen Städten praktizierten Förderkonzepten zur Ausländerkulturarbeit verabschiedet. Keine multikulturelle Kuschelecke, sondern kulturelle Interaktion war der programmatische Ansatz. Stuttgart verlagerte seine Förderpolitik behutsam in Richtung jener Projekte, die kulturellen Begegnungscharakter haben. (Magdowski 1997)

In Deutschland zeichnet sich bereits jetzt ab, dass eine breit angelegte Bildungsoffensive als Bestandteil dieses Dialogs zu einem wichtigen innenpolitischen Anliegen geworden ist.

König Fußball – Pate für Dialog und Austausch?

Zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hat sich das Land fein herausgeputzt. Es wirbt mit dem Slogan »Die Welt zu Gast bei Freunden«. Eine ganz besondere Chance, mit einem populären Sportereignis für Sympathie bei Millionen von Gästen zu werben. Menschliche Begegnungen werden für das Urteil, das sich unsere Gäste bilden, ausschlaggebend sein. Das Sportereignis ist zugleich ein Kulturereignis. So sieht es das Konzept des Weltfußball-Verbandes *FIFA* und des *DFB* vor. Der amtierende Fußball-Weltmeister Brasilien tritt mit einem eigenen Kulturprogramm in Deutschland an.

Ob wir es schaffen werden, das Image des rechtschaffenen und humorlosen Volkes, bei dem Gastfreundschaft weit unten rangiert, zu korrigieren? Jedenfalls muss es gelingen, in Deutschland für Toleranz und Sympathie gegenüber den vielfältigen kulturellen Wurzeln und Verhaltensweisen unserer Gäste zu werben. Die Fußball-Weltmeisterschaft ist ein gigantisches Austauschprogramm und eine hervorragende Chance für den Dialog, ganz von unten und ganz nach oben.

König Fußball hat dabei die Patenschaft übernommen.

Literatur

Bloch, Ernst (1959): *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt am Main

Eichler, Kurt (1992): »Anforderungen und Perspektiven der internationalen Kulturarbeit aus kommunaler Sicht«, in: Schwencke, Olaf (Hrsg.): *Kulturgesellschaft Europa?*, Loccum: Loccumer Protokolle 4/1992, S. 129–134

Huntington, Samuel P (1996): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien

Kermani, Navid (2001): »Die tausend Stimmen des Schweigens«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 2/2001, S. 76–79

Leitermann, Walter (1992): »Die kulturellen Auslandsbeziehungen der Kommunen«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 42 (1992) S. 318 ff.

Magdowski, Iris (1997): »Versteckte Weltläufigkeit«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/1997, S. 70 f.

Meyer, Bernd (1997): »Im Netz der Städte«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/1997, S. 64–68

Morus, Thomas (1516): *De optima rei publicae statusive de nova insula Utopia* (*Utopia*, Stuttgart)

Sievers, Norbert (2006): *TWINS2010 – Vom Kulturaustausch zur kulturellen Zusammenarbeit* (Expertise), Bonn

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff

Gemeinsam für Kunst und Kultur

Partnerschaften als strategische Bündnisse

In den achtziger Jahren vermerkte die kulturpolitische Diskussion mit gemischten Gefühlen – auch in der *Kulturpolitischen Gesellschaft* –, dass Kunst und Kultur dabei waren »neue Freunde« zu gewinnen. Einige Diskutanten standen dem wachsenden kulturellen Engagement von Wirtschaft und Privaten eher kritisch, zum Teil sogar ablehnend gegenüber. Sie befürchteten, der Staat würde sich in dem Maße zurückziehen, in dem Unternehmen verstärkt als Förderer oder Sponsoren auftreten, als Folge privater Einflussnahme würden dann Kulturentwicklung und Kunstautonomie Schaden nehmen.

Gerade in Anbetracht der dramatischen Entwicklung der öffentlichen Haushalte waren eigentlich dringend Konzepte zur »Vorwärtsverteidigung« gefordert. Oft leitete die fortgesetzte Forderung an die öffentliche Hand, lediglich schmerzhafte Kürzungen und Rückzugsgefechte ein. Die Dichotomie – hier staatliche Förderung, dort wirtschaftliche Indienstnahme – verstellte den Blick auf neue Möglichkeiten, Gestaltungsräume für Kunst und Kultur zu eröffnen.

So strikt wie in den Achtzigern wird die kritische Position gegenüber einer Kulturförderung durch Unternehmen inzwischen kaum noch vertreten. Wachsende Erfahrungen mit Mäzenen, Sponsoren und privatem Engagement von Unternehmen und Stiftungen trugen zur Versachlichung bei. Dennoch gehören »strategische« Partnerschaften – die auf Dauer angelegt sind und gemeinsame Ziele verfolgen – zwischen öffentlicher Hand und privaten Akteuren noch längst nicht zum kulturpolitischen Alltag.

Dabei beruht unser kulturelles Leben auf einem reichen Erbe, das nur zu einem geringeren Teil auf staatliche Initiative zurückzuführen ist. Am Anfang der Geschichte der meisten kommunalen Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen stand eine Schenkung oder die Gründung durch kunstinteressierte Bürgerinnen und Bürger. Die kunstinteressierte Gesellschaft gab also die entscheidenden Impulse, später erst trat die öffentliche Hand in die Trägerschaft ein.

Die notwendige Neuorientierung des kulturpolitischen Denkens in der Bundesrepublik Deutschland brauchte Zeit, der Blickwechsel fiel nicht allen leicht. Der Staat war bis dahin in den Köpfen als alleiniger Garant für öffentliche Angebote und Leistungen fest verankert – erst recht bei einem sensiblen Thema wie der Kunst- und Kulturentwicklung. Nun galt es, Kultur und Wirtschaft nicht länger als »gegensätzliche« Sphären, sondern als Teilbereiche eines differenzierten gesellschaftliches Spannungsfeldes wahrzunehmen, das die Akteure auf vielfältige Weise miteinander verbindet.

Ich erinnere mich, dass Neuss und Krefeld sich im Rahmen des auf mehrere Jahre angelegten Projekts »Kultur 90« des *Kultursekretariats Wuppertal* mit den aktuellen Themen »Kultur und Wirtschaftsförderung« (Neuss) und »Kultur und Mäzenatentum« (Krefeld) beschäftigten. Ich hatte – zu dieser Zeit Stadtdirektor und Kulturdezernent der Stadt Neuss – eine Studie in Auftrag gegeben, um die »Umwegrentabilität« öffentlicher Kulturförderung nachzuweisen, die positiven Effekte auf die regionale Wirtschaft, Beschäftigung- und Einkommen, sowie auf das Stadtimage. Die Studie konnte am Beispiel der kleineren Großstadt Neuss nachweisen, dass Kulturausgaben als Teil einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zu begreifen sind. Kürzungen im Kulturetat leiten einen Abwärtstrend ein, der viele andere Bereiche der Stadtpolitik erfasst. Schon deshalb ist es folgerichtig, sich für die Kulturförderung als öffentliche Aufgabe nach Partnern in der ortsansässigen Wirtschaft umzuschauen.

Es erscheint mit dem Abstand von fast zwanzig Jahren schwer nachvollziehbar, wie viele Diskussionen, Tagungen und Streitgespräche diese Argumentation damals auslöste. Aber die Auseinandersetzungen waren notwendig. Sie markierten eine entscheidende Zwischenstation für einen bis heute andauernden Klärungsprozess in dessen Mittelpunkt die Frage steht, wie Verantwortung für Kunst und Kultur in einer modernen Gesellschaft organisiert werden soll.

Es greift zu kurz, diese Frage auf Finanzierungsmodalitäten zu reduzieren. Zwar mag bei manchem Kulturpolitiker oder -verwalter die prekäre Haushaltslage zunächst ein wesentlicher Beweggrund gewesen sein, für Kulturangebote auch private Unterstützung einzuwerben. Aber alle Erfahrung belegt, dass Vereinbarungen, die einzig »aus der Not« geboren werden, nicht von Bestand sind. Nicht nur haben Private den Wunsch, ihr Engagement dauerhaft gesichert zu sehen. Sie haben auch das Recht, das ihnen auf Augenhöhe begegnet wird. Weder hoheitlich noch devot, sondern selbstbewusst. Im Mittelpunkt muss das gemeinsame Interesse an der Sache, an einem Projekt, einer Einrichtung stehen. Dieses Interesse begründet die Partnerschaft und macht es möglich, belastbare Spielregeln für das Miteinander der Beteiligten auszuhandeln. Es muss für jeden Partner ein anhaltender Vorteil der Kooperation erkennbar und nachvollziehbar sein. Patentrezepte dafür gibt es nicht. Es ist daher heute eine zentrale kulturpolitische Aufgabe, jeweils auf die Interessen der Beteiligten abgestimmte Träger-, Beteiligungs- und Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Die konkrete Ausgestaltung der Rechts- und Betriebsform kann nur gemeinsam erfolgen, als Auftakt für das geplante gemeinsame Vorgehen.

Als ein Beispiel für gelungene Public-Private-Partnership möchte ich die *Stiftung museum kunst palast* nennen, in der die Landeshauptstadt Düsseldorf, *E.ON AG*, *METRO Group* und *degussa AG* zusammenwirken. Hier ist nicht nur gelungen, den alten Kunstpalast gemeinsam zu sanieren, sondern auch den Betrieb dauerhaft zu sichern. Im Kuratorium wirken neben der Stadt und *E.ON*, noch gewählte Persönlichkeiten aus Kultur und Wirtschaft mit. Die Stimmen sind so verteilt, dass keine »Bank« die Mehrheit hat, sondern Einvernehmen angestrebt werden muss. Bisher hat sich das Modell bei allen wesentlichen Entscheidungen bewährt.

Ein anderes Beispiel ist die Kampagne »Kulturhauptstadt Essen« für das Ruhrgebiet. Von Anfang an als PPP-Modell konzipiert, hat sich eine einzigartige Kooperation zwischen Region, Regionalverband, Wirtschaft und Land entwickelt. Die Wirtschaft hat in drei »Geberkonferenzen« erhebliche Mittel zur Unterstützung der Bewerbung aufgebracht. Wenn die Bewerbung Erfolg hat, wird eine neue Organisation gegründet, in der die Stadt Essen, das Land Nordrhein-Westfalen, der *Regionalverband Ruhr* und der *Initiativkreis Ruhrgebiet* zusammenarbeiten. Die Bürgerschaft ist aktiv engagiert. Vierzigtausend Bürgerinnen und Bürger haben bisher ihre Verbundenheit mit der Bewerbung durch Übersenden eines Fotos und einer persönlichen Erklärung dokumentiert, es werden täglich mehr. Alle Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen werben mit dem »KHE-2010-Logo«, die Verkehrsbetriebe bemalen ihre Busse und Bahnen, die Regionalzeitungen schalten kostenlos Anzeigen, die Fußballvereine stehen hinter dem Projekt.

Die Landesregierung wird Initiativen, die mehrere Akteure in win-to-win -Konstellationen zusammenführen, künftig verstärkt unterstützen. In der Schrift *KulturMacht NRW* hat der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, der aufgrund der Anbindung der Kulturabteilung an die Staatskanzlei auch der »Kulturminister« des Landes ist, schon vor der Landtagswahl die Bedeutung des Themas besonders hervorgehoben: »Durch Initiative oder Unterstützung des Landes sind in allen Bereichen der Kultur Partnerschaftsmodelle zwischen öffentlichen und privaten Trägern zu entwickeln, um privates, insbesondere auch ehrenamtliches Engagement von Bürgern und Unternehmern zu fördern, ohne dass sich dabei die öffentlichen Hände aus der Finanzierung zurückziehen.«

In diesem Sinne knüpfen wir an einem Netz, dass immer dichter wird, immer mehr Fäden aufnimmt und zusammenführt. Die erklärte Absicht der Landesregierung, die Kulturfördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Legislaturperiode deutlich zu erhöhen – und zwar bereits ab 2006 – schafft dafür einen verlässlichen Bezugsrahmen. Dabei sollen die finanziellen Verbesserungen nicht nur Kürzungen der Vorjahre zurückzunehmen. Sie entfalten ihre Wirkung vor allem im Kontext einer Neuausrichtung der Landeskulturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Partnerschaft für Kunst und Kultur ist dabei ein tragendes Prinzip. Das gilt auch für die Beziehung zwischen Land und Kommunen. Für die Sicherung und Weiterentwicklung von Kunst und Kultur ist diese Beziehung entscheidend. Die nordrhein-westfälische Landesverfassung benennt ausdrücklich beide Ebenen: »Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden

zu pflegen und zu fördern.« Es besteht eine gleichwertige Verantwortung, die auf der Basis von Transparenz, Verständigung und gemeinsamem Handeln gestaltet werden kann.

Gerade weil die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen weniger durch feudales Erbe, sondern durch vielfältiges, bürgerschaftliches und kommunales Engagement geprägt ist, liegt Vernetzung und Kooperation als Organisationsprinzip nahe. Dabei stellen die Kommunen die wichtigste Handlungsebene dar. Ihnen vor allem verdankt sich die Vielfalt und Dichte des kulturellen Lebens, sie tragen die meisten Kultureinrichtungen, unterstützen Kulturinitiativen und ehrenamtliches Engagement.

Ohne Frage setzen Kommunen und Land auch eigene Schwerpunkte, aber eine kulturpolitische Perspektive für Nordrhein-Westfalen erschließt sich wesentlich über den Partnerschaftsgedanken zwischen Land und Kommunen. Ihn gilt es neu zu fassen und mit Leben zu füllen. Ich bin sicher, dass wir immer häufiger zu einer Zusammenarbeit finden, die über den jeweiligen Einzelfall hinausgeht und schon in der Konzept- und Planungsphase den jeweils anderen einbezieht. Statt vieler bilateraler Verhältnisse zwischen Zuwendungsgeber und -empfängern wünsche ich mir Interessenszusammenschlüsse, die gemeinsame Ziele verfolgen. Die Zeit dafür ist reif.

Die bisherige Praxis etwa, Kommunen landesseitig beim Neubau kultureller Einrichtungen zu unterstützen, für den Betrieb aber nicht mehr in Mitverantwortung zu stehen, hat dazu geführt, dass die kulturelle Substanz vielerorts in einem beängstigenden Zustand ist, während daneben neue Leuchttürme errichtet wurden. Auch »Leuchttürme« gehören in die Landschaft, sie müssen aber auf festem Boden stehen und dürfen nicht durch einen schmalen Lichtkegel von der vorherrschenden Finsternis ablenken.

Die Landesregierung Nordrhein – Westfalens wird deshalb – gemeinsam mit den Kommunen – beträchtliche Anstrengungen für den Erhalt der kulturellen Substanz und Infrastruktur unternehmen. Allein der Zustand zahlreicher Archivgütern und bibliothekarischer Bestände verlangt sofortiges Handeln.

Aber kulturelle Substanz ist nicht nur materiell als Baukörper oder Kulturgut zu verstehen. Der wichtigste Grundstoff des kulturellen Lebens, ist die Neugierde, das Interesse, die Offenheit der Menschen für die Beschäftigung mit Kunst und Kultur, ob aktiv oder »passiv« als Leser, Hörer, Betrachter. Daher liegt bei der Förderung der Kulturellen Bildung eine Priorität der Landeskulturpolitik. Hier wird der Haushalt ab 2006 einen deutlichen Schwerpunkt setzen.

Da frühe Versäumnisse später kaum noch aufgeholt werden können, muss der Kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen das Hauptaugenmerk gelten. Kinder und Jugendliche ästhetisch zu bilden und für Kreativität zu begeistern ist eine Zukunftsinvestition, deren Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann.

Kunst ist eine Einladung, Neues und Ungewohntes wahrzunehmen. Es ist der Landesregierung ein Anliegen, möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, diese Einladung anzunehmen. Die Begegnung mit Künstlerinnen und Künstlern kann

dabei wie eine »Initialzündung« wirken, die zur Auseinandersetzung mit Kunst motiviert. Dafür spielen die Schulen eine wichtige Rolle, der Unterricht aber auch die Angebote der Offenen Ganztagsschulen. Es gilt, Künstlerinnen und Künstlern möglichst unbürokratisch Projekte in Schulen zu ermöglichen, Kultureinrichtungen zur Zusammenarbeit mit Schulen zu ermutigen und ihre Angebote für die Interessen, Sichtweisen und Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen zu öffnen.

Das neue Landesprogramm für Kulturelle Bildung, das 2006 an den Start geht, setzt auf Zusammenarbeit. Wichtige Partner werden die Kommunen und die beiden Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh sein, in denen viele nordrhein-westfälische Städte zusammengeschlossen sind.

Partnerschaften in der Kultur sind kein Selbstzweck und auch nicht nur Mittel zum Zweck. Sie dienen einem gemeinsamen Ziel und müssen sich daran messen lassen. Gemeinsam wahrgenommene Verantwortung erzeugt mit der Zeit einen »Mehrwert«, der sich nicht darauf beschränken lässt, dass es mit vereinten Kräften gelingt ist, eine Finanzierungslücke zu schließen. Die Unterschiedlichkeit der Partner ist – wenn die Kooperation gelingt – eine Gewähr dafür, dass das gemeinsame Anliegen lebendig bleibt.

Michael Fehr

Unzeitgemäße Überlegungen zum Status und zur Zukunft der Museen[1]

»Blütezeiten der Museumskultur sind Tiefstandszeiten der Kunst. Das Museum muss abnehmen – und die Kunst wird wachsen« (Heise 1919/1970)

Würde man die Museen in Deutschland in Termini wirtschaftlicher Argumentationsweisen charakterisieren, so müsste man als auffälligsten Befund konstatieren, dass ihr Kerngeschäft – der Aufbau, die Präsentation, die Vermittlung und die wissenschaftliche Bearbeitung ihrer Sammlungen – nahezu ausnahmslos mehr oder weniger schlecht läuft. Selbst sehr gut ausgestattete und in jüngerer Zeit renovierte oder neu gebaute Häuser in guten Lagen und mit populären Themen müssen dies einräumen und setzen daher auf die Veranstaltung von Ausstellungen und allerlei weiteren Events, um Besucher anzulocken. In dem Maße, wie die Museen mit solchen Veranstaltungen erfolgreich sind, verschärfen sich jedoch die Probleme, die mit ihrer Hilfe gelöst werden sollen. Denn die Ausstellungen verstellen nicht nur – häufig tatsächlich – den Weg in die Ständigen Sammlungen oder finden sogar in ihren Räumen statt, sondern verzehren meistens zur Gänze das Zeitbudget und die finanziellen Mittel, die die Besucher willens und in der Lage sind, in ihren Ausflug in die Museumswelt zu investieren. Dass in Konsequenz dieser Entwicklung der Besuch einer Ausstellung mit einem Museumsbesuch synonym gesetzt wird, ist aber keine Marginale, sondern dürfte sich für viele Museen in der absehbaren Zukunft zu einem Strukturproblem auswachsen, das ihre Existenz bedrohen wird. Denn insoweit die Bedeutung und Attraktivität eines Museums nach dem Umfang seiner Ausstellungstätigkeit bewertet wird, muss notwendig die Frage auftauchen, wozu es überhaupt eine Schausammlung unterhält und hier viel Geld und Arbeitskraft bindet. Kurz, der Tag ist abzusehen, an dem aus dem politischen Raum die Forderung kommen wird, den Umfang der

1 Siehe dazu auch *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 65 (I/1994) (»Museen in der Krise«); Teile dieses Beitrags erschienen in der Mitgliederzeitung des *Kunstvereins Hannover* 2005/06.

Schausammlungen zu reduzieren, sie einzulagern und die frei werdenden Flächen für Aktivitäten zu nutzen, die mehr Umsatz versprechen – und sei es am Ende nur eine erhöhte Besucherfrequenz; denn, wie jeder weiß: nur in Ausnahmefällen lässt sich mit Ausstellungen Geld verdienen. (Siehe dazu ausführlich Fehr 1998)

Kann man festhalten, dass eine Subfunktion des Museums, eines seiner Medien, die, wie es früher einmal hieß, Sonderausstellung, es von innen heraus gewissermaßen kolonisiert und seinen Charakter als dauerhafte Einrichtung zunehmend in Frage stellt, so wird dieser Befund dadurch noch verschärft, dass viele Museen häufig überhaupt nicht mehr in der Lage sind, ihre Ständigen Sammlungen attraktiver zu gestalten: Abgesehen von fehlenden Mitteln schlägt hier insbesondere bei Kunstmuseen zurück, dass sie ihre Schausammlungen zum Teil umfassend mit Exponaten privater Leihgeber ausstattet und sich nicht selten langfristig verpflichtet haben, diese an bestimmten Plätzen innerhalb ihrer Räumlichkeiten zu zeigen.

Auf diese Weise sind die Museen unter einen doppelten ökonomischen Druck geraten. Er resultiert aus den widersprüchlichen Forderungen der kapitalistischen Ökonomie, der kurzfristig orientierten nach der Erzielung von Gewinnen einerseits und andererseits der langfristig orientierten nach Sicherung von einmal erworbenen Werten: In den Warteschlangen vor den Kassen zu den so genannten Blockbuster-Ausstellungen und in den leeren Hallen, in denen die zuweilen wertvollen Sammlungen vom Publikum weitgehend unbeachtet hängen, bildet sich dieser Widerspruch ebenso ab wie im Akzeptanzgefälle zwischen Häusern mit unterschiedlicher Standortgunst oder verschiedener Größe innerhalb einer Sparte. Kaum anders als im allgemeinen Wirtschaftsleben sind auch im Bereich der Museen Akkumulations- und Verarmungsprozesse zu verzeichnen, die, häufig durch von den Museen nicht beeinflussbarer Randbedingungen induziert, in jedem Fall aber durch die Mechanismen der auf Events und das Spektakuläre fixierten Massenmedien verstärkt, zu Bewertungen und einer (veröffentlichten) Wahrnehmung von musealen Sammlungen führen, die ihrer kulturhistorischen Bedeutung oder ihrem intellektuellen Rang oftmals nicht entsprechen.

Auch die Gegenbewegung zum Umbau der öffentlichen Museen in Kulturbahnhöfe, die sich in der auffällig vermehrten Gründung von Museen durch Private – seien dies Einzelpersonen oder Stiftungen – manifestiert, lässt sich in dieses ökonomische Schema einordnen. Vornehmlich an der Absicherung ihrer Vermögen interessiert, können sich diese Museumsgründer offensichtlich von Parametern leiten lassen, die denen, die für öffentliche Museen verbindlich werden, geradezu widersprechen. Ob nun – um nur einige Beispiele zu nennen – in einem Baseler Industriegebiet, auf dem Land in der Nähe von Neuss, im Weichbild von München oder in einem entlegenen Park in Bochum gelegen: in jedem Fall erscheinen diese Unternehmungen als eine Art Kunst-Kloster. Weit ab von den großen Besucherströmen und in gegenüber der Außenwelt abgeschotteten Gebäuden situiert, werden hier meistens auf ein nur schmales Gebiet fokussierte oder exzentrisch zusammengestellte Sammlungen bewahrt, die ohne Zugeständnisse an ihre Besu-

cher und unbekümmert um deren Anzahl präsentiert werden und ihnen damit fast schon offensiv genau das abverlangen, was man sich in einem von der Politik kontrollierten Haus nicht mehr zu denken getraut: Wo nicht Vorkenntnisse, dann zumindest die Bereitschaft, sich auf Unbekanntes einzulassen; gesittetes Verhalten; Rücksicht auf Mitbesucher; Respekt, ja Demut vor den Exponaten; Dankbarkeit für die Möglichkeit, einen Blick in eine andere, hier persönlich bestimmte Weltkonstruktion werfen zu können.

In diesen Zusammenhang ist auch die wachsende Zahl rein monographischer Künstlermuseen zu sehen. An diesem Phänomen wird einerseits die große Hilflosigkeit offensichtlich, mit der kommunale Politiker vor allem kleinerer Städte auf entsprechende Ansinnen und Vorhaben reagieren: Hier wird sich immer noch gegenseitig versprochen, doch auf längere Sicht wohl vergeblich erhofft, dass sich im Sinne des Cross-Branding Glanz und Bedeutung eines angeblich weltläufigen Künstler-Stars auf eine womöglich trostlose städtische Szene übertragen und zu deren kultureller Profilierung beitragen könnten. Doch verursacht in unseren Zeiten die Eröffnung eines Künstlermuseums keinen höheren Medienwert mehr als den, den eine größere Ausstellung einheimsen kann, und wird bei solchen Museumsgründungen, zu denen im Übrigen auch die allzu großen Legate einzelner Künstler an bestehende Häuser zu rechnen sind, nur selten systematisch bedacht, wie ein solches Haus auf längere Zeit attraktiv gehalten kann. Hier kommt das theoretische und wissenschaftliche Defizit, dass vor allem in Deutschland in Bezug auf die Institution Museum herrscht, womöglich am deutlichsten zur Anschauung. Denn diese externen oder internen pyramidalen Strukturen im Museumsformat schließen fast immer Wissenschaft als Form der vergleichenden Auseinandersetzung mit der einschlägigen Kunstproduktion schon konzeptionell aus oder lassen sie allenfalls noch als Weihedienst an den Produkten der Stars gelten – und korrumpieren damit nicht zuletzt auch seine Funktion als objektivierende Bildungseinrichtung.

In dieser Skizze zur Situation der Museen kann nicht unerwähnt bleiben, dass einige wenige Häuser ohne besondere Begründungen und Marketingmaßnahmen wie von selbst funktionieren und vor allem damit beschäftigt sind, den Zugang zu ihren Beständen zu organisieren und sie vor der Zerstörung durch ihre massenhafte Betrachtung zu schützen. Das sind die Museen mit Exponaten, die zu den Ikonen der Weltkulturgeschichte gehören. An jenen »hängen« nicht nur die Häuser, die sie beherbergen, oftmals zur Gänze, sondern an diesen Fixsternen im Museumskosmos orientiert sich im Grunde das gesamte Museumswesen ideologisch, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie, wie ein Blick in die bundesdeutsche Besucherstatistik lehrt, durchgehend für positive Zahlen sorgen. Diese Museen sind erfolgreich, weil ihre Exponate – beispielsweise die »Nofretete«, der »Pergamon-Altar«, die »Sixtinische Madonna« oder die »Alexanderschlacht« – durch ihre vielfältige Reproduktion im kollektiven Bewusstsein so tief als Ideale von »Kunst«, »Schönheit« oder »Sehenswürdigkeit« verankert sind, dass ein jeder, der es sich ermöglichen kann, sie einmal »live« und nicht nur als Reproduktion gese-

hen haben will.[2] Museen, die über solche Exponate verfügen, brauchen sich daher über ihre Zukunft keine Sorgen zu machen, solange sie den Zugang zu ihren Sammlungen einigermaßen zu organisieren verstehen. Denn jeder Besucher trägt ideell und materiell zu deren Wertsteigerung bei. Dabei kommt es, wie man immer häufiger beobachten kann, für viele Besucher offensichtlich kaum noch darauf an, ein solches Star-Exponat genauer oder ausgiebig betrachten zu können; vielmehr scheint es, ganz ähnlich wie in der Show-Branche, den meisten Besuchern schon zu genügen, einmal in der unmittelbaren Nähe solcher Werke gewesen zu sein – und dies gegenüber Dritten dokumentieren zu können.

Als einen weiteren Aspekt des Zustands, in dem sich die Museumsszene gegenwärtig befindet, muss man schließlich konstatieren, dass selbst im Bereich des Ausstellungswesens in den letzten Jahren kaum Innovationen oder Veranstaltungen mit gründlich recherchierten, neuen Fragestellungen zu verzeichnen waren. Vielmehr werden bestimmte gesicherte Bestände lediglich immer wieder aufs Neue umgeschichtet oder irgendwie anders zusammengestellt, doch in jedem Fall mit großem Aufwand aufgehübscht, wobei schon als Coup gilt, wenn es einem Haus gelungen ist, sich rechtzeitig die Show zum Jubiläumsdatum eines Stars, sei dies ein Künstler, Wissenschaftler oder ein Schatz, gesichert zu haben. Auch diese dann als Events vermarkteten Ausstellungen reflektieren einmal mehr, dass die Museen aufs Ganze gesehen in den letzten Jahren ihr in den Sammlungen verkörpertes intellektuelles Potential nicht mehr auszuschöpfen vermögen und ihre mögliche Bedeutung im und für den gesellschaftlichen Diskurs in der allfälligen Übernahme von Usancen des Show-Business verspielen. Zu diesem Bild gehört nicht zuletzt, dass Forschung in den meisten deutschen Museen zu einem Fremdwort geworden ist.

Zusammengefasst: Unter dem Begriff »Museum« verbirgt sich ein überaus vielfältiges Phänomen, dem mit einer generalisierenden Betrachtung kaum beizukommen ist und für dessen differenzierte Beschreibung, Analyse und Kritik noch immer keine brauchbaren theoretischen Werkzeuge zur Verfügung stehen. Auch ist der Begriff »Museum« nicht geschützt. So kann ein jeder ein Museum aufmachen, real oder im Cyberspace, und es bleibt seinen Besuchern überlassen zu überprüfen, was sich tatsächlich hinter dem entsprechenden Portal verbirgt. Im Zusammenhang mit unserer andauernden Museumsinflation (die in Wahrheit eine Krise ist) lohnt daher ein Blick in die USA, dem Land der vornehmlich privaten Museen, in dem es in den 1960er Jahren genau aus diesem Grund – der Unverbindlichkeit des Museumsbegriffs – zu einer ökonomischen Krise im Museumswesen kam, weil die Sponsoren und Donatoren nicht mehr erkennen konnten, für was genau ihr Geld eingesetzt wurde. So entstand dort ab 1971 ein aufwendiges Selbstuntersuchungs- und Akkreditierungsprogramm, dem sich alle Museen unabhängig von ihrer Größe, Aufgabe oder Lage freiwillig unterziehen können – und

2 Welche Wirkung es hat, wenn ein solches Highlight ausgeknipst wird, lehrt die Geschichte vom »Mann mit dem Goldhelm« in den *Berliner Gemäldesammlungen* beispielhaft: mit ihm als ein »Das ist kein Rembrandt« hat diese wunderbare und reiche Sammlung ihr vermarktbares Gesicht verloren.

dessen ziemlich hohe und eindeutig definierte Standards[3] vermutlich nur eine winzige Gruppe unter den rund 6500 Museen in Deutschland würde erfüllen können. Nach diesem Programm, insbesondere auch in Verbindung mit dem »Code of Ethics for Museums«[4] und der entsprechenden Position der *Association of Art Museums Directors*[5], wäre im Übrigen die fatale Vermischung von privaten und öffentlichen Interessen, wie sie in zahlreichen Varianten auf die erfolgreiche Strategie von Peter Ludwig insbesondere für die Kunstmuseumsszene notorisch geworden ist, nicht möglich gewesen, und würden die meisten Privatmuseen das Siegel »Museum« allein schon deshalb nicht erhalten, weil sie nicht über ausreichende edukative Programme, das heißt im Klartext: eine eindeutige Orientierung auf die Gesellschaft verfügen.[6] Was dieses Akkreditierungsprogramm aber über die praktischen und politischen Aspekte hinaus so interessant macht, ist jedoch seine unausgesprochene theoretische Grundlage, Museen als sich selbst erschaffende und steuernde Systeme zu verstehen, deren Funktion nur nach formalen und allgemeinen, nicht aber inhaltlichen Gesichtspunkten überprüft werden kann.

»Das Museum ist nur als Antipode der Massenmedien legitimiert«[7]

Vom wissenschaftlichen, künstlerischen und praktischen Arbeiten unterscheidet sich der museale Umgang mit Gegenständen vor allem dadurch, dass sie als Fragmente aus der Wirklichkeit erhalten und weitere physische Operationen an ihnen ausgeschlossen werden. Im Museum werden die Gegenstände ästhetisiert, was nichts anderes bedeutet, als dass sie allen praktischen Funktionen entzogen bleiben und nur noch symbolisch bearbeitet werden können. Hier, in der Ästhetisierung der musealen Objekte, die, in den Termini des historischen Materialismus ausgedrückt, ihrer Verdinglichung entspricht, besteht die große Chance, die das

3 Voraussetzungen für die Akkreditierung nach den Standards der *American Association of Museums* (www.aam-us.org):
To participate in the AAM Accreditation Program, a museum must:
Be a legally organized non-profit institution or part of a non-profit organization or government entity
Be essentially educational in nature
Have a formally stated and approved mission
Use and interpret objects and/or a site for the public presentation of regularly scheduled programs and exhibits
Have a formal and appropriate program of documentation, care, and use of collections and/or objects
Carry out the above functions primarily at a physical facility/site
Have been open to the public for at least two years
Be open to the public at least 1,000 hours a year
Have accessioned 80 percent of its permanent collection
Have at least one paid professional staff with museum knowledge and experience
Have a full-time director to whom authority is delegated for day-to-day operations
Have the financial resources sufficient to operate effectively
Demonstrate it meets the Characteristics of an Accreditable Museum

4 Veröffentlicht unter www.aaam-us.org

5 www.aaam-us.org

6 Der *Deutsche Museumsbund* (*DMB*) hat im Vergleich zum *AAM* immer noch den Status eines Honoratiorenvereins und ist in der Tat nach wie vor nicht nur meilenweit entfernt von einer effektiven Vertretung der Interessen der Museen gegenüber insbesondere der Politik, sondern hat sich bislang noch nicht einmal zu einer internen Diskussion der hier angedeuteten Probleme fähig gezeigt.

7 Belting 2001: 94.

Museum als Ort der Erkenntnis bietet – und kann sowohl die Kritik an seiner Praxis wie seine eigene kritische Praxis mit Bezug gesellschaftliche Phänomene ansetzen.

Museen operieren grundsätzlich mit begrenzten Beständen. Das macht sie anfällig gegenüber der Fiktion, die ganze Welt erfassen und beschreiben zu können, mit der die Wissenschaften arbeiten. Denn gemessen an deren Ansprüchen erscheinen die musealen Sammlungen notwendig immer als mehr oder weniger kontingent, müssen die Museen in Bezug auf die wissenschaftlichen Kanons immer so genannte Sammlungslücken einräumen und können in dem Maße, wie sie auf diese Weise ihre Definitionsmacht an die Wissenschaft abgeben, keine eigene Identität entwickeln.

Der Weg aus diesem Dilemma führt über die Einsicht, dass den Museen eine wissenschaftlich fundierte Dokumentation der Wirklichkeit im Sinne des universalhistorischen Ansatzes grundsätzlich verwehrt ist und sie, aus dieser Not eine Tugend machend, als strukturelle Alternative zu einerseits den Wissenschaften und andererseits den Medien rekonstruiert werden müssen. Diese Einsicht schließt ein anzuerkennen, dass Museen nur als autopoietische Systeme überleben können, das heißt als Systeme, die ihre Geschichte und Verbindlichkeit selbst erschaffen und ihren Charakter als individuelle soziale Organismen nicht verleugnen, sondern aktiv entwickeln müssen. Voraussetzung dazu ist ein klar definiertes Programm, ein *Mission-Statement* oder, mit Jürgen Habermas gesprochen, explizites Erkenntnisinteresse, in dem die Zielsetzung, das Sammlungsgebiet und die grundlegenden operativen Schritte des Museums eindeutig definiert werden.

Im Zuge der Realisierung eines solchen Programms ergäbe sich als Erstes vermutlich ein verändertes Verhältnis zu seinen Beständen sowie eine Neuorientierung der Sammlungsstrategien, die nicht länger auf die Anhäufung von Objekten, sondern darauf gerichtet sein wird, diejenigen Gegenstände ausfindig zu machen, die für die Konstituierung der Museumsidee entscheidend sind.[8]

Als Zweites wäre ein kommunikativer Ansatz zu entwickeln, der die spezifischen Eigenschaften von Museen – ihren Charakter als Objekte-Sammlungen und als räumliche Gebilde – nicht nur hinnimmt, sondern ihn aktiv und konstruktiv nutzt. Das bedeutet sowohl, dass die Museen nicht länger als Repositorien von materiellen und kulturellen Werten verstanden werden können, als auch, dass sie sich in ihrem Auftreten von der Show-Branche eindeutig unterscheiden müssen. Denn Museen sind zwar Orte, an den Zeugen der Vergangenheit und insoweit Realien gesammelt werden, doch können sie ihre Existenz als öffentliche und vom Steuerzahler hoch subventionierte Einrichtungen weder als Tresore für private Investitionen, noch als bloße Wissensspeicher, noch als bloße Show-Räume legitimieren. Vielmehr müssen sie sich in spezifischer Weise auf die Menschen orientieren und anstelle ihrer weiteren Entmündigung durch den Einsatz von Medien den Dialog mit ihnen suchen.

8 Selbstverständlich gehört es zu einem solchen Ansatz, dass das *Mission-Statement* wie seine Folgerungen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls neu justiert werden.

Im Zuge der Entwicklung eines solchen Ansatzes wäre zu fragen, was das Museum im Vergleich zu heute gebräuchlichen Medien eigentlich leisten und seinen Besuchern anbieten kann, was diese nicht zur Verfügung stellen können. Das ist in erster Linie ein individuelles, persönliches Erleben von Gegenständen, die nicht aus unserer Alltagskultur stammen, sondern die wie auch immer fremd sind. Dieses Fremde gilt es herauszuarbeiten und zu entfalten, und zwar in allen seinen Dimensionen:

Wenn das klassische, historisch orientierte Museum ein Ort gewesen ist, an dem es zumindest theoretisch möglich war, verschiedene Weltentwürfe und Weltbilder zu vergleichen, so ist es jedoch bisher kaum als ein Ort verstanden worden, an dem die Bedingungen ihrer Konstruktion systematisch untersucht werden können. Eben darin besteht jedoch eine besondere Chance für die Weiterentwicklung der Museumsidee und der Rehabilitation der altehrwürdigen Häuser in der Mediengesellschaft: Indem sie als Orte konzipiert werden, in denen die Bedingtheit vorhandenen Wissens erfahrbar gemacht wird, und sie als Räumen genutzt werden, die der Rekonstruktion von Realitäten gewidmet sind, die in den Massenmedien keinen Platz finden oder unter deren Bedingungen nicht hergestellt werden können. Dies aber bedeutet, dass die Museen ihre Chance in ihrer Individualisierung, in einem jeweils spezifischen Umgang mit den in ihnen bewahrten Realitätsfragmenten erkennen und aus sich heraus ihre jeweils eigenen Konstrukte über die Wirklichkeit erschaffen müssen. Mit einem Wort: nur wenn die Museen wie Kunstwerke rekonstruiert werden, haben sie eine Chance, sich das Interesse des Publikums auf Dauer zu erhalten.

Literatur

Belting, Hans (2001): »Orte der Reflexion oder Sensation?«, in: Noever, Peter/MAK (Hrsg.): *Das diskursive Museum*, Wien

Fehr, Michael (1998): *Produkt »Museum«. Eine Kostenrechnung für Kunstmuseen* (www.aesthetischepraxis.de)

Heise, Carl Georg (1919/1970), in: *Genius*, 2. Jahrgang 1919, zitiert nach Hoffmann, Werner (1970): »Kunstbegriff und Museumskunst«, in: Bott, Gerhard (Hrsg.): *Das Museum der Zukunft*, Köln, S. 116–121

Volkhard Knigge

Erinnerungskultur

Zwischen Vergangenheitsgerede, Geschichtspolitik und historischer Selbstreflektion

Soviel subjektive Vergangenheitsauslegung, soviel öffentliches Erinnern wie derzeit war nie. Gewann die kritische Gedichtsdidaktik der 1970er und 1980er Jahre ihre emanzipatorischen Energien nicht zuletzt aus der methodisch reflektierten, geschichtswissenschaftlich informierten Durchdringung und Hinterfragung von vermeintlich selbstverständlichen Geschichtsbildern und Traditionen, erscheint heute (gemeinschaftliche) Erinnerung als authentischer Zugang zur Vergangenheit. Mit der potentiellen Ersetzung von Historie durch Erinnerung geht zugleich eine einschneidende Zielverschiebung einher. Setzte Geschichtsvermittlung, die sich als bewusstes, methodisch reflektiertes Heraustreten aus vermeintlich naturwüchsig gegebenen Bindungs-, Identifikations- und Legitimationsmechanismen verstand, auf die Befähigung historiographisch fundierter Entwicklung eigenständiger, argumentationsfähiger historischer Urteilskraft sowie die Ausbildung von Geschichtsbewusstsein – als integralem Verständnis des Zusammenhangs von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive –, so wird Erinnerung dagegen zunehmend als Generierung und Tradierung von Identität verstanden. Darüber hinaus ist mit der Erinnerungskonjunktur die Entstehung eines neuen Politikfeldes verbunden. Lässt sich demokratische Kulturpolitik gerade daran erkennen, dass der Staat Rahmenbedingungen schafft, aber keine Inhalte vorgibt, so verschwindet diese Trennung im Bereich der Erinnerungskultur zunehmend. Zum einen, weil sich in ihrem Fall anscheinend kaum zwischen Rahmen und Inhalt unterscheiden lässt. Im Gegensatz zu Theatern oder Museen sind Denkmale oder Gedenkstätten keinesfalls nur Strukturen, die vor allem nach ihrer Schaffung mit Bedeutung gefüllt werden. Sie sind vielmehr durch ihre historische Referenz von Anfang an mit Inhalt versehen. Obwohl man Interpretationen ihres Kerngehaltes debattieren kann, bleibt ein Holocaust-

Denkmal ein Holocaust-Denkmal und ein zur Gedenkstätte umgewandeltes ehemaliges Stasi-Gefängnis ist alles andere als ein völlig bedeutungsoffener Raum. Zum anderen verbindet sich mit Erinnerungskultur aber auch explizites (parteipolitisches) Politikwollen. So gehört für Norbert Lammert »zu den herausragenden Aspekten dieses Themas ..., dass es in einer für die Kulturpolitik im Ganzen eher untypischen Weise eine unmittelbare staatliche Verantwortung impliziert. ... Wenn es ein Thema gibt, bei dem sich der Staat, die Politik nicht allein auf die Schaffung von Bedingungen zurückziehen kann, sondern ausdrücklich oder heimlich – manchmal auch unheimlich – selber den Gegenstand dessen prägt, um was es geht, dann ist es der Bereich der Erinnerungskultur.« (Lammert 2004: 9 f.) Trotz der augenscheinlich engen Verbindung von Erinnerungskultur und (Geschichts-)Politik wäre es falsch, sich Erinnerungskultur als eindeutig definiert vorzustellen. Es fällt vielmehr auf, dass Erinnerungskultur zeitlich, thematisch und hinsichtlich der Akteure weit über jenen Raum hinausgreift, auf den Erinnerung eigentlich beschränkt ist: den Raum des persönlich erlebten Gestern. Erinnerung wird gegenwärtig ebenso als Synonym für Zeitzeugenschaft gebraucht wie für außerwissenschaftliche Geschichtsdarstellung im Allgemeinen. Gemeint sein kann die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus oder Diktatur- und Unrechtserfahrungen im Allgemeinen. Erinnerung steht für die Thematisierung der Geschichte des extremen 20. Jahrhunderts, aber auch von Ereignissen davor. Erinnerung erscheint als national, europäisch oder global konnotiert oder als spezifisch moralisch-politische Form der Vergegenwärtigung von Geschichte. Erinnerung wird als hirnphysiologische Operation, als lebensgeschichtlich-lebensweltlicher, aber auch medialer oder kulturindustrieller Effekt im weiteren Sinn verstanden. Erinnerungskultur kann sich ebenso gut sprachlich wie visuell, narrativ oder symbolisch, prosaisch oder künstlerisch manifestieren. Kurz, Erinnerungskultur umschreibt nicht nur ein weites Feld, sondern es handelt sich im Fall von Erinnerungskultur auch um einen vagen, vieldeutigen Begriff; so vage, vieldeutig und nicht selten banal, dass Christian Meier es vorzieht, von Erinnerungswesen anstatt von Erinnerungskultur zu sprechen. (Meier 2004: 21)

Uneindeutigkeit des Begriffs und Vielfalt der unter ihm gefassten Sachverhalte und Praktiken drohen vergessen zu machen, was in der Bundesrepublik anfänglich mit Erinnerung gemeint war: nämlich die Ausbildung eines historisch aufgeklärten politischen Bewusstseins und entsprechender gesellschaftlicher Sensibilität, die die Wiederholung von Auschwitz für alle Zeiten unmöglich machen sollten. In dieser Perspektive bedeutete Erinnern nichts weniger als die gefühlige Vermittlung identitätsstiftender Geschichtsbilder. Die Aufforderung, sich zu erinnern, gründete vielmehr im »Nie wieder« Überlebender, das darauf zielte, die konkrete Erfahrung von Demokratiezerstörung, Vernichtungskrieg und Zivilisationsbruch gegen deren Wiederholung fruchtbar zu machen. Darüber hinaus wendete sich Erinnern gegen das in der Bundesrepublik nach 1945 weit verbreite Ableugnen oder Beschweigen. Erinnern stand dafür, sich selbst und anderen einzugestehen, was tatsächlich der Fall gewesen war, bedeutete also Anerkenntnis

von Schuld, Mitschuld oder Mitverantwortung. Und schließlich zielte Erinnern als »Bewältigung der Vergangenheit« auf den aktiven Einsatz für die Beseitigung aller politischen, sozialen, kulturellen und mentalen Ursachen des »Dritten Reichs«. Anders gesagt: Erinnern manifestierte sich nicht allein in der Ausbildung oder Aktualisierung von Gedächtnis, sondern vor allem in handfester Arbeit an der eigenen Gesellschaft. Diese Arbeit schloss einen Perspektivwechsel ein. Vergangenheit musste zwingend unter Einschluss der Erfahrung der Opfer rekonstruiert und bewertet werden. Die dem Erinnerungsbegriff eigentümliche moralisch-aufklärerische Aura, die Erinnerung im Gegensatz zu anderen Formen der Geschichtsvermittlung per se als Königsweg zur Bildung demokratischen Bewusstseins und humaner Gesittung erscheinen lässt, beruht nicht zuletzt auf dieser Herkunftsgeschichte wie auch der Erfahrung, dass selbstkritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und substantielle Verankerung der Demokratie in der Bundesrepublik eng miteinander verbunden sind.

Erinnern in diesem Sinn bedeutet einen Paradigmenwechsel. Traditionell haben Gemeinschaften *erfahrene* Gewalttaten und Gräuel, *erlittenes* Unrecht und Leid im Gedächtnis bewahrt, um deren Kompensation durch Rache und Revanche vorzubereiten; eine Praktik zur Verstetigung von Feindschaft. Im Gegensatz dazu zielt die nach 1945 in der Bundesrepublik unvermeidlich gewordene Form des Erinnerns darauf, *verursachtes*, *anderen zugefügtes* Unrecht und Leid – gleich einem negativen Horizont, von dem es sich abzusetzen gilt – dauerhaft vor dem Vergessen zu schützen. Diese Form des Erinnerns ging – und geht – in normativer Besetzung der Vergangenheit nicht mehr auf. Sie vollzieht sich vielmehr als spezifische Form des Lernens aus der Geschichte, macht, genauer gesagt, Lernen aus der Geschichte in der Moderne überhaupt erst möglich. Denn nachdem Geschichte mit der Herausbildung des historischen Bewusstseins seit Ende des 18. Jahrhunderts und in Folge ihres beschleunigten Wandels nicht mehr dazu geeignet ist, Rezeptweisheiten für Gegenwartshandeln zu liefern; nachdem die großen historischen Meistererzählungen, die um vermeintlich sichere Wege in eine glückliche Zukunft wussten, spätestens an der Realität des 20. Jahrhunderts zerschellt sind, und nachdem es angesichts der menschengemachten historischen Katastrophen nicht hinreicht, die eigene Welt im Spiegel vergangener Welten bloß kontemplativ zu betrachten, bleibt nur mehr historisch-kritische Selbstreflektion als Möglichkeit, aus *Begebenheiten* zu lernen, was man *nicht* machen soll. Anders gesagt: Vergangenheit erscheint nicht als Identitätslieferantin, sondern wird zum Anlass willentlicher Selbstbeunruhigung auf Besseres hin. Zur essentiellen Demokratisierung und Humanisierung von Gesellschaften leistet historisches Erinnern nur in dem Maße einen Beitrag, wie es handlungsorientierte, menschenrechtlich ausgerichtete historische Selbstreflektion ist.

Im Rückblick erscheint das hier umrissene Konzept von Erinnerungskultur als ein Projekt spezifisch westdeutscher Demokratisierungsanstrengungen, dessen Protagonisten sich einerseits auf den antinazistischen Gründungskonsens der Bundesrepublik berufen konnten, sich aber andererseits gegen zahlreiche gesell-

schaftliche Widerstände durchsetzen mussten. Diese äußerten sich nicht allein in den vielfach beschriebenen Formen des Ableugnens, Beschweigens, Schönredens oder als empirisch unscharfe, selektive Interpretationen der NS-Vergangenheit, sondern sie gründeten auch in der unreflektierten Tradierung überkommener Formen nationaler Gedächtnisbildung und nationalen Totenkults. Aus deren Perspektive bedeutet kritische historische Selbstreflektion Nestbeschmutzung, Verhinderung von Unbefangenheit, Schwächung oder Zerstörung des Selbstbewusstseins als auch Verdrängung der öffentlichen Erinnerung an die eigenen Toten und an erfahrenes Leid durch erzwungene Trauer um andere. Angesichts des Fortlebens solcher Auffassungen verwundert es nicht, dass im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 1990 innerhalb und außerhalb Deutschlands Befürchtungen laut wurden, dass mit dem Ende der Zweistaatlichkeit – letztlich Resultat der verbrecherischen Politik NS-Deutschlands – auch das Ende der kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Folgen und Nachwirkungen gekommen sei. Margret Thatcher beispielsweise hat damals vom »Vierten Reich« gesprochen. Tatsächlich aber präsentieren sich die eineinhalb Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung vielschichtig und ambivalent, das heißt sowohl als Zeit weitreichender Durchsetzung wie auch als Zeit der Transformation und Aushöhlung selbstkritischer Erinnerungskultur.

Die Durchsetzung des selbstkritischen Erinnerungsparadigmas kommt nirgendwo so deutlich zum Ausdruck wie in den historisch vorbildlosen Entscheidungen staatlicher Selbstverpflichtung, die Erinnerung an die verbrecherischste Seite der deutschen Geschichte festzuschreiben, breit zu institutionalisieren und verstärkt finanziell zu fördern. Die Proklamierung des Befreiungstages von Auschwitz 1996 durch den damaligen Bundespräsidenten Herzog zum nationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus, der Beschluss des Bundestages zur Errichtung eines *Denkmals für die ermordeten Juden Europas* in der Hauptstadt 1999 sowie die ebenfalls 1999 von der Bundesregierung vorgelegte »Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes« markieren entscheidende Etappen auf diesem Weg. Was nicht zuletzt als bürgerschaftlich getragene Gegenerinnerung begonnen hatte, gehört seitdem zumindest normativ zum Kernbestand nationaler Erinnerung. Es fällt allerdings auf – und kann als Hinweis auf den fortdauernden Widerstreit zwischen ausweichenden und kritischen Formen der Erinnerung verstanden werden –, dass sich diese Durchsetzung in erheblichem Maß als Nebenprodukt ganz anders gelagerten historischen Rückblicks vollzogen hat. So verdankt sich der Errichtungsbeschluss für das *Denkmal für die ermordeten Juden Europas* nicht zuletzt der vehementen Kritik – auch des Zentralrates der Juden in Deutschland – an der Regierung Kohl, die »Neue Wache« in Berlin 1993 in bewusst entkonkretisierender, verschleiernder Manier zur nationalen deutschen Gedenkstätte für »Alle Opfer von Gewaltherrschaft und Krieg« zu gestalten. Intensivierung und finanzielle Besserstellung der KZ-Gedenkstättenarbeit seit Beginn der 90er Jahre folgten zunächst aus der Notwendigkeit, die großen »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« der DDR grundlegend neu zu ge-

stalten. Und auch die »Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes« ist als Nebenprodukt der Abwicklung der DDR beziehungsweise der Aufarbeitung ihrer kommunistischen Vergangenheit entstanden. Vorgelegt wurden die ihm zugrunde liegenden Empfehlungen nämlich von der *Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«* (1995–1998). Aufgefordert, unter anderem auch ein Konzept zur kritischen Erinnerung der *SED*-Diktatur auszuarbeiten, konnte sie nicht ignorieren, dass es die demokratische Kultur der Bundesrepublik zutiefst delegitimiert hätte, acht Jahre nach Überwindung des *SED*-Staates zwar eine solche Förderkonzeption, zugleich aber 53 Jahre nach der Zerschlagung des »Dritten Reichs« keine in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vorzulegen. (Deutscher Bundestag, Drs. 13/151535 und 13/11000)

Stehen die neunziger Jahre für forcierte Institutionalisierung und staatliche Verankerung der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, so stehen sie zugleich auch für die thematische Ausweitung von Diktaturerinnerung. Seit der Vereinigung muss die Auseinandersetzung zwei Diktaturen in Deutschland gelten – ein Umstand, dem die Gedenkstättenförderkonzeption des Bundes in dreifacher Weise Rechnung trägt. Zum einen geht sie davon aus, dass die »Erinnerung an die beiden Diktaturen, die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, das Bewusstsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie (schärft)«. Zum anderen wird nicht ignoriert, dass sich die beiden Diktaturen, auch wenn sie in normativer Sicht gleich weit vom liberalen, demokratischen Verfassungsstaat entfernt sind, deutlich unterscheiden, etwa hinsichtlich Zustimmung, Regimeloyalität, Täterschaft oder Quantität und Qualität von Unrecht beziehungsweise Verbrechen, aber auch im Blick auf ihre ideologischen und geschichtlichen Voraussetzungen und Ursachen. Und schließlich wird die Förderung an *sachlich-fachliche Kriterien* gebunden, die für beide Erinnerungssphären gleichermaßen gelten: gesamtstaatliche Bedeutung auf Grund der historischen Tatbestände, unverwechselbares inhaltliches Profil, fachwissenschaftliche Fundierung von Ausstellungspraxis und pädagogischer Arbeit, Komplementärfinanzierung durch die jeweiligen Sitzländer, Möglichkeit der Anschubfinanzierung bei entsprechender Vorbildlichkeit auch für Projekte kleinerer Gedenkstätten und Initiativen. (Deutscher Bundestag, Drs. 14/1569) Eine plural zusammengesetzte Expertenkommission berät den *Beauftragten für Kultur und Medien* hinsichtlich der Bescheidung von Förderanträgen.

Die Ausweitung der Diktaturerinnerung kennt aber nicht nur Vorhaben, mit der zweifachen Diktaturgeschichte in Deutschland fachwissenschaftlich begründet, konkret und differenziert umzugehen. Sie war – und ist – ebenso von Versuchen verwischender, angleichender Deutung begleitet wie von Vorstellungen, Erinnerung erschöpfe sich in Pietät gegenüber Opfern. Wohl nicht zufällig am 17. Juni 2004 hat die Unionsfraktion ein vor allem von Günter Nooke inspiriertes »Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden Diktaturen« in den Bundestag eingebracht. Eine – erst nach heftiger öffentlicher Kritik – vor-

angestellte, bereits sprachlich schiefe Klausel behauptete zwar, dass »der millionenfache Mord an den europäischen Juden immer ein spezielles Gedenken fordern würde«, ansonsten aber sollten beide »Diktaturen von einer Gewaltherrschaft geprägt (gewesen sein), die sich in der systematischen Unterdrückung ganzer Bevölkerungsgruppen manifestiert hat.« (Deutscher Bundestag, Drs. 15/3048)

Die Schwierigkeiten, wenn nicht der Unwillen, sich mit dem Nationalsozialismus einerseits und der SED-Diktatur andererseits konkret und differenziert auseinander zu setzen, resultieren nicht zuletzt aus der Revitalisierung totalitarismustheoretischer Konzepte und deren trivialisierender politischer Verwendung nach 1990. Im Gegensatz zum konzeptuellen Zugang der zweifachen Diktaturerfahrung droht der darin angelegte pauschalisierende Blick nicht nur, die nationalsozialistische Wirklichkeit zu entschärfen, sondern er trägt auch zum Auseinanderdriften von DDR-Erfahrung und DDR-Erinnerung bei. Anders gesagt: je stärker die DDR als Abbild des »Dritten Reiches« verzeichnet wird, je weniger anschlussfähig drohen DDR-Erfahrung und öffentliche DDR-Erinnerung zu werden, mit der Folge, dass – nicht nur, aber auch – aus diesem Grund die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit der *SED*-Diktatur erlahmt, wenn nicht in Nostalgie umkippt.

Die Fokussierung des Unionsantrages auf ein »würdiges Gedenken aller Opfer der beiden Diktaturen« steht beispielhaft für das Missverständnis, historische Erinnerung auf Pietät zu konzentrieren. Gewiss gehört die Achtung nicht nur der eigenen Toten zu den zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit, aber für selbstkritische Diktatur- und Verbrechenserinnerung kann gerade unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Prävention nicht andächtiges »Schweigen über Gräbern« im Vordergrund stehen. Pietät gegenüber Opfern ernstgenommen bedeutet sich jeder Funktionalisierung entgegensetzendes Innehalten und Erschrecken – Innehalten und Erschrecken aber, die zwingend mit der Frage nach der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen »Erzeugung« von Opfern verbunden sind. Opfer verweisen auf Täter, Mitläufer und Zuschauer. Die historisch informierte Auseinandersetzung mit ihnen und den Ursachen ihrer Existenz bildet den Kern kritischer Selbstreflektion – und erfordert von Fall zu Fall das Aussprechen und Aushalten von Ambivalenzen und zweifachem Schmerz, insofern Opfer, die Abfolgen und Kausalitäten von Gewalt ernstgenommen, auch auf sich selbst als Mitverursacher ihres Schicksals verweisen können. Dies gilt sowohl für NS-Belastete in sowjetischen Speziallagern wie für deutsche Tote des alliierten Luftkriegs oder deutsche Vertriebene. Der Erinnerung an diese Opfer und der Trauer um sie korrespondieren Schmerz und Erschrecken an der Tatsache, wie wenig Deutsche sich dem NS-Regime verweigert haben – etwa in der Weise, wie dies eine Enkelin in Bezug auf ihren im sowjetischen »Speziallager Nr. 2« in Buchenwald im Januar 1946 umgekommenen Großvater fünfzig Jahre nach dessen Tod versucht hat. Um einen Baum im größten Gräberfeld dieses Lagers hatte sie gut sichtbar eine weiße Schleife aus kostbarem Stoff gebunden, die mit folgendem Memento versehen war: »Meinem geliebten armen Großvater Curt Rühle von Lilienstern zum 50. To-

destag. Gestorben am 8. Jan. 1946. Seine Enkelin Astrid Rühle. 8. Jan. 1996 (darunter hatte sie ein Herz gemalt, *V. K.*). Er war Generalmajor und Opfer seiner soldatischen Obrigkeitstreue, die auch vor Hitler nicht Halt gemacht hat. Ich wünschte, er hätte sich verweigert. Er möge in Frieden ruhen.« Geschichtswissenschaftlich – und durch internationalen Dialog – sind für solche Aufrichtigkeit die Grundlagen gelegt. Allerdings gehört die nicht nur von Opferverbänden immer wieder erhobene Behauptung, Historiker verdürben die Erinnerung, notorisch zu den Begleiterscheinungen der Erinnerungskultur.

Die wohl größte Herausforderung für historische Erinnerung als kritischer Selbstreflektion besteht in der Bewältigung des sich gegenwärtig vollziehenden Zeitenwechsels. Beinhaltet die Transformation der kritischen NS-Erinnerung in ein nationales Projekt beinahe zwangsläufig einen Zug zum Affirmativen, so wird dieser mit dem Zeitenwechsel, den das beschleunigte Schwinden der Zeitzeugen bedeutet, nur um so auffälliger – und partiell gewollter. Mit den Emigranten, Widerstandskämpfern und Überlebenden der Lager gehen die unmittelbaren Zeugen der Verbrechen und gewichtige Instanzen gesellschaftlicher und erinnerungskultureller Kritik verloren, während gleichzeitig das Bewusstsein wächst, das finstere Deutschland endgültig hinter sich gelassen und den »Weg zurück in den Kreis der zivilisierten Völkergemeinschaft« (Schröder 2004) gefunden zu haben. So gesehen wendet sich Erinnerung gegen ihre ursprüngliche Motivation, indem sie das Gefühl bestärkt, weit jenseits der Vergangenheit zu leben. Es ist zu vermuten, dass nicht zuletzt diese Umcodierungsmöglichkeit Erinnerungskultur geschichtspolitisch interessant macht. Zugleich droht historische Erinnerung immer mehr zu verinseln und zu fragmentieren. Quellenkritisch unhinterfragte individuelle Erzählungen – nicht selten aus zweiter oder dritter Hand – und deren medienwirksame Montage erfreuen sich großer Popularität, vermeintliche eins-zu-eins Abbildungen historischer Momente – wie der Film »Der Untergang« – ersetzen die empirisch gehaltvolle, komplexe Auseinandersetzung, der Schrecken wird unterhaltsam oder gebiert einzelfallbezogene oder überhistorische moralische Erzählungen. Zugleich wächst das Interesse an einem nationalgeschichtlichen Kanon, in dem »Vorbildliches« und »Negatives« austariert sind. (Lammert 2005) Man wird deshalb am Beispiel der DDR daran erinnern müssen, wie schnell und umfassend Erinnerungskultur verschleißt, die sich von der Vergangenheit abkoppelt und in affirmativen Routinen erstarrt. Ihre Zukunft als orientierendes Moment demokratischer Selbsterziehung hängt entscheidend davon ab, inwiefern sie sich als geschichtswissenschaftlich unterfütterte, politisch unbevormundete besondere Form historischer Bildung verstehen und entfalten kann, aus deren Sicht die negative Vergangenheit ebenso abgeschlossen wie unabgeschlossen ist und die sich darüber hinaus der Aufgabe stellt, statt fragmentarischer Opfergeschichten die Geschichte der zwei deutschen Diktaturen nach Themen und Orten unaufgesplittert im jeweils konkreten Zusammenhang vollumfänglich darzustellen. So unerlässlich die Förderung der Arbeit an den historischen, authentischen Orten war und ist, scheint sie gerade davon auch zu entlasten. Es gibt also keinen

Grund zur Selbstzufriedenheit – zumal Erinnerungskonjunktur und tatsächlich vorhandenes historisches Wissen deutlich auseinander klaffen (s. Altheim/Heger 2002 oder Silbermann/Stoffers 2000) –, sondern es sind neue gesellschaftliche, curriculare, didaktische, museologische und pädagogische Anstrengungen erforderlich, um Erinnerung als historisch-kritischer Selbstreflektion vor Aushöhlung und dem Rückfall in traditionelle Verengungen zu schützen und zugleich zukunftsfähig zu machen. Dass diese Anstrengungen neuerlich Anstrengungen zur Ausbildung kritischen Geschichtsbewusstseins sein müssen, versteht sich angesichts des angedeuteten Zeitenwechsels eigentlich von selbst und begründet sich darüber hinaus aus der Tatsache, dass höchst heterogene legendenhafte Vergangenheitsbilder in Europa virulent sind (Flacke 2004). Förderung von Geschichtsbewusstsein ist das einzige Mittel gegen *Clashs of Memories*.

Literatur

Altheim, Klaus/Heger, Bardo (2002): *Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeit des Erinnerns*, Schwalbach

Deutscher Bundestag: »Beauftragung beziehungsweise Bericht der Enquetekommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, *Drucksache* 13/1535 und 13/11000

Deutscher Bundestag: »Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen«, *Drucksache* 15/3048; »Protokoll der Bundestagsdebatte«, 114. Sitzung vom 17.6.2004

Deutscher Bundestag: »Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland«, *Drucksache* 14/1569

Flagge, Monika (Hrsg.) (2004): *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, Mainz (2 Bde.)*

Lammert, Norbert (2004): »Erinnerungskultur als staatliche Aufgabe. Bemerkungen zur Einleitung«, in: ders. (Hrsg.): *Erinnerungskultur*, St. Augustin (4. Potsdamer Gespräche zur Kulturpolitik der *Konrad-Adenauer-Stiftung* am 16. und 17. Oktober 2004), S. 9–14

Lammert, Norbert (2005): »Nationales Gedächtnis und Kultur der Erinnerung. Geschichtliche Orientierung und staatliche Verantwortung«, in: *Die politische Meinung. Monatszeitschrift zu Fragen der Zeit*, Heft 426 (Mai 2005), S. 26–30

Meier, Christian (2004): »Zum deutschen Gedenkwesen«, in: Lammert, Norbert (Hrsg.) (2004): *Erinnerungskultur*, St. Augustin (4. Potsdamer Gespräche zur Kulturpolitik der Konrad-*Adenauer-Stiftung* am 16. und 17. Oktober 2004)

Schröder, Gerhard (2004) in Caen am 6.6.2004 in seiner Rede als Bundeskanzler zu den deutsch-französischen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der alliierten Invasion in der Normandie

Silbermann, Alphons/Stoffers, Manfred (2000): *Auschwitz. Nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland*, Berlin

Gerhard Pfennig

Kulturpolitik von 1969 bis heute – aus der Perspektive der Kunst

Das Ende der Bescheidenheit – Anfang der Ordnungspolitik

Am Anfang war das Wort des Schriftstellers Heinrich Böll vom »Ende der Bescheidenheit«, verkündet auf der Gründungsversammlung des *VS* (*Verband Deutscher Schriftsteller*) am 8.6.1969 im Kölner Gürzenich; Günter Grass forderte auf derselben Veranstaltung den Eintritt der SchriftstellerInnen in die *IG Druck und Papier*. Inmitten der von den turbulenten Auseinandersetzungen, insbesondere im intellektuellen Milieu, geprägten Umbruchsituation der 68er-Jahre versuchten Böll und Grass, klaren Kopf zu behalten und die in der Adenauer-Ära dahindümpelnde restaurative Kulturpolitik in Bezug auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aspekte zu beleben und neu zu strukturieren, wobei ein Anknüpfungspunkt bereits gegeben war: die Novellierung des Urheberrechts im Jahr 1965, in dem bestimmte neue Rechte und Vergütungsansprüche der kreativen Menschen nachvollziehbar und in zeitgemäßer Sprache definiert worden waren.

Geprägt von den historischen Erfahrungen von Nazizeit, Weltkrieg und Nachkriegszeit verfolgten Böll und seine Kollegen zunächst einen organisationspolitischen Ansatz: die Integration der Intellektuellen in die Gewerkschaften mit dem Ziel, nicht nur kulturpolitische, sondern auch gesellschaftliche Macht zu gewinnen und die wirtschaftliche und soziale Position der Intellektuellen auszubauen.

Der Ansatz der Schriftsteller wurde von den bildenden Künstlern übernommen. Mit den Worten »Von der Gewerkschaft haben wir zu lernen, wie man sein Recht erkämpft« nahm der bekannte Grafiker und Holzschneider HAP Grieshaber auf einem medienpolitischen Forum 1972 in Karlsruhe den Faden auf. Ein Jahr zuvor hatte bereits der »Künstlerkongress« in Frankfurt, dem Beispiel des *VS* folgend, beschlossen, aus einem föderalistisch strukturierten und unpolitisch agierenden Dachverband von regionalen Künstlerverbänden einen schlagkräftigen Zentralverband, den *Bundesverband Bildender Künstler*, zu formen, während in

einigen Bundesländern noch von der Errichtung einer »Künstlerkammer« geträumt wurde.

Hinter den Galionsfiguren Böll, Grass und Grieshaber agierte eine bunte Mischung von ideologisch unterschiedlich geprägten und mehr oder weniger prominenten Intellektuellen, deren harter organisatorischer Kern von den Kadern der *DKP* durchsetzt war. Diese unterstützten den Weg in die Einheitsgewerkschaft als Voraussetzung für einen kulturpolitischen Neuansatz an der Seite der »Arbeiterklasse«, während die Mehrzahl ihrer Mitstreiter liberalere bis anarchistische Organisationsmodelle bevorzugten. Heute wissen wir, dass der Marsch der Künstler durch die Institution Gewerkschaft weitgehend stecken geblieben ist, nichtsdestoweniger aber wichtige organisatorische Fortschritte bewirkt hat. Diejenigen, die in den neu gegründeten Verbänden aktiv waren, verfolgten vor allem handfeste sozial- und wirtschaftspolitische Ziele – soziale Grundsicherung der künstlerischen Berufe, Anerkennung und Honorierung der Nutzung von Urheberrechten, Bildungs- und Weiterbildungsprogramme, Entfaltung der Berufschancen für künstlerische Berufe, Ausbau der Künstlerförderung.

Eine andere Strömung im intellektuellen Milieu hatte dagegen weiter gesteckte gesellschaftliche Ziele. Insbesondere Joseph Beuys und sein Umfeld an der Düsseldorfer Akademie artikulierten den humanistischen Ansatz der Befreiung des Menschen durch die Erkenntnis der in ihm schlummernden Kreativität (der am meisten missverstandene Satz von Beuys in diesem Zusammenhang lautet: »Jeder Mensch ein Künstler«!) und bemühten sich, Strukturen zu schaffen, die die Zwänge des Systems durch die Entfaltung der Kreativität des einzelnen Menschen sprengen und ersetzen sollten. Dieser antiautoritäre Ansatz endete im Fall von Joseph Beuys mit seinem vom Wissenschaftsminister Johannes Rau verfügten Rauswurf aus der *Kunstakademie Düsseldorf* im Jahre 1971, nachdem er sich geweigert hatte, die Zulassungsbeschränkung für die Aufnahme von StudentInnen zu beachten. Bei einigen seiner SchülerInnen führte er zu (wort-)radikaleren Aktionen, wie etwa bei Jörg Immendorf, der seine KollegInnen aufrief: »Hört auf zu malen!« und, zumindest für eine Zeit, Brechts »Fragen eines lesenden Arbeiters« und ähnliches im Stile maoistischer Wandzeichnungen illustrierte, um den K-Gruppen agitatorische Hilfe zu leisten.

Während Joseph Beuys nach dem erzwungenen Abschied von der Akademie – der nach längeren arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen immerhin insofern friedlich endete, als er Titel und Atelier in der Akademie behalten durfte – seine gesellschaftspolitischen Aktivitäten in die Gründung der *Free International University* lenkte, mit seinen Aktionen und den Auftritten im Rahmen verschiedener Kasseler *documenta*-Ausstellungen zu einem der einflussreichsten Künstler seiner Generation wurde und radikale Änderungen vor allem im Denken beförderte, ließen die anderen prominenten Initiatoren, insbesondere Böll, ebenfalls die berufspolitische Arbeit hinter sich, engagierten sich in der Friedens- und Antiatomkraftbewegung und unterstützten diese durch ihre friedlichen, aber als spektakulär empfundenen Auftritte, zum Beispiel anlässlich der Belagerung des Raketen-

depots in Mutlangen beziehungsweise auf den Friedensdemonstrationen auf der Bonner Hofgartenwiese.

Die Kulturpolitik erreichte die Mühen der Ebene. Einerseits verstrickten sich die neu gegründeten Organisationen der SchriftstellerInnen und KünstlerInnen in kräftezehrenden Debatten um den richtigen Weg in die Gewerkschaft – zur Auswahl stand die *Verbändegewerkschaft »Kunst«* und die zentralistische, von linken Führern geprägte *Industriegewerkschaft Druck und Papier* (*drupa*) –, andererseits nutzten die am konkreten Vorankommen der jeweiligen Berufsgruppen orientierten und oft als Funktionäre beschimpften engagierten Intellektuellen die günstige Atmosphäre der ersten Regierung Willy Brandts (»Mehr Demokratie wagen«), dessen Nähe zu KünstlerInnenn und SchriftstellerInnen bekannt war, um reale Strukturverbesserungen zu erreichen, durchaus mit Erfolg.

Im Jahr 1972 wurde die »Bibliothekstantieme« eingeführt, vor allem, um den SchriftstellerInnen den Einstieg in die Altersversorgung zu öffnen. Verwertungsgesellschaften wurden auch in den Bereichen gegründet, in denen sie bis dahin nicht existierten, nämlich für Wort und Bild. Es war allerdings nicht einfach, dem Vorbild *GEMA* zu folgen: Während die *VG Wort* zwei Anläufe benötigte, bis eine funktionierende Verwertungsgesellschaft entstand, dümpelte die *VG Bild-Kunst*, verstrickt in Konflikte um die Durchsetzung des sich zunächst als Danaer-Geschenk erweisenden »Folgerechts«, mehrere Jahre dahin, verstrickt in Scharmützel mit Kunsthandel und Verlagen. Die Bibliothekstantieme sorgte in beiden Verwertungsgesellschaften für die nötigen Mittel, um die erforderlichen Prozesse zur Durchsetzung weiterer Rechte wagen zu können und sich dann schnell und erfolgreich zu entfalten.

Neben der Durchsetzung und Entwicklung der Urheberrechte als wichtige, seinerzeit noch potentielle Erwerbsquelle für klassische kreative Berufe im Bereich Literatur und Bildende Kunst galt das Hauptaugenmerk der Akteure der Durchsetzung der Künstlersozialversicherung, um der entwürdigenden sozialen Situation der Kulturberufe ein Ende zu setzen. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die vom (*Spiegel-*)*Institut für Projektstudien* entwickelten Berichte zur sozialen Lage der SchriftstellerInnen und KünstlerInnen (»Autorenreport« 1972 und »Künstlerbericht« 1975), für die die jungen Wissenschaftler Andreas Wiesand und Karla Fohrbeck verantwortlich zeichneten. Sie lieferten erstmals systematisch erarbeitete statistische Grundlagen über die Kulturberufe und legten offen, was allen bewusst war: die trotz der unbestrittenen Erfolge einzelner Stars insgesamt miserable wirtschaftliche und soziale Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Von den Filmurhebern war in dieser Phase in berufspolitischer Hinsicht nicht viel zu hören und zu sehen; dort lag der Schwerpunkt im Rahmen der Durchsetzung des »Oberhausener Manifests« von 1962 auf der inhaltlichen Entwicklung des »neuen« deutschen Films, und erst die wichtige Urheberrechtsreform 1982, die den Kreis der für die Vergütung für private Vervielfältigung zahlungspflichtigen Geräte erheblich erweiterte und die Abgabe für Leerkassetten und Fotokopiergeräte einführte, motivierte sie, sich gemeinsam mit den ProduzentInneen und in

Verbindung mit der *VG Bild-Kunst* um ihre Beteiligung an den Urheberrechtsabgaben zu bemühen.

Im gesellschaftlichen Raum entstanden weitere kulturpolitische Strukturen: Die *Kulturpolitische Gesellschaft* wurde 1976 im Büro des *SPD*-Abgeordneten Schwencke gegründet, *VS*, *BBK* und *Deutscher Musikrat* formierten sich zur *Konferenz Künstlerischer Berufsverbände*, die später die organisatorische Grundlage für den *Deutschen Kulturrat* bildete.

Die Forderung der genannten Gruppen nach politischen Konsequenzen aus der Auflistung der Defizite, sprich nach realen Reformen, fiel auf fruchtbaren Boden. Die Konstellation in Bundestag und Bundesregierung war günstig für die Konzipierung kulturpolitischer Strategien: Im Bundestag fand sich einer der Protagonisten der Schriftstellerbewegung, der Autor Dieter Lattmann, nebst seinen Kollegen Freimuth Duve und Olaf Schwencke. In der *CDU/CSU*, deren Verhältnis zum intellektuellen Milieu seit dem berüchtigten »Pinscher«-Verdikt des Bundeskanzlers Ludwig Erhardt gegen missliebige Schriftsteller nachhaltig negativ geprägt war, hielt zwar Franz-Josef Strauss diesen Eindruck nach Kräften aufrecht. In derselben Fraktion wirkte jedoch gleichzeitig unspektakulär, aber hoch effizient der Anwalt und Finanzexperte Reinhold Kreile, einer der wesentlichen Mitgestalter des modernen urheberfreundlichen Urheberrechts und gut vernetzt im intellektuellen Milieu.

Selbst die »Kanalarbeiter« in der Fraktion der *SPD* um Herbert Ehrenberg und Helmut Rohde unterstützten, eher aus gewerkschaftlicher Solidarität als aus direkter Nähe zu den Kulturschaffenden, die Integration der Kulturberufe in die Sozial- und Krankenversicherung; mit ihrer Hilfe kam gegen alle Widerstände ein Gesetz zustande, das, in den letzten Tagen der Regierung Schmidt verabschiedet, schon unter der Regierung Kohl vom Bundespräsidenten Carstens quasi als Vermächtnis der *SPD-FDP*-Koalition für die Kulturschaffenden ausgefertigt wurde. Damit wurde eines der wesentlichen Ziele der gewerkschaftlich orientierten Bewegung der frühen achtziger Jahre erreicht. Gleichzeitig wurde ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass die Kulturberufe ebenso wie alle anderen integrale Bestandteile der modernen demokratischen Gesellschaft sind.

Daneben wurde an der Verwirklichung weiterer Ziele gearbeitet. Es ging um die Entwicklung von Berufsfeldern der verschiedensten Art, um die Integration von Kunst in die Gesellschaft zu verbessern und den Kulturberufen Perspektiven zu geben, die sie unabhängig von mäzenatischen Gesten und staatlichen Förderungen machen sollten; es ging einerseits um einen Bewusstseinsprozess und andererseits um die Entwicklung und gesetzliche Ausformung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen.

Vor allem der liberale Innenminister Gerhard Rudolf Baum und sein Nachfolger Maihofer, umgeben von motivierten MitarbeiterInnen, wie dem unvergessenen Sieghardt von Köckritz, waren nicht nur offen für Diskussionen mit dem Milieu, sondern hatten den Mut, Anregungen aufzugreifen und in strukturierte Politik umzusetzen.

Vermutlich vom Sprachgebrauch des Innen-(Polizei-)Ministeriums geprägt, trugen ihre Konzepte, die sie dem Bundestag vorlegten, den martialischen Titel »Maßnahmenkataloge«, was ihrer Wirkung nicht abträglich war. Diese Kataloge umfassten neben den sozialpolitischen Aspekten bereits das gesamte Spektrum moderner Kulturpolitik, nämlich ein Bündel von Vorschlägen ordnungspolitischer Art, wie Ergänzungen des Tarifvertrags-, Steuer-, Urheber- und Wettbewerbsrechts, weitere Vorschläge zur Erweiterung des Arbeits- und Auftragsmarktes sowie Fördermaßnahmen zur Unterstützung des Kulturaustausches und der direkten Unterstützung herausragender KünstlerInnen im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes. Damals wurde die Grundlage für konzeptionelles kulturpolitisches Handeln gelegt, die noch heute hoch aktuell und in einigen Punkten noch nicht erfüllt ist. Die Maßnahmenkataloge bildeten in gewisser Weise die Summe der Ergebnisse der zahlreichen kulturpolitischen Debatten, die in den siebziger und achtziger Jahren in legendären Konferenzen in der *Evangelischen Bildungsstätte Loccum* unter der Federführung des Begründers der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Olaf Schwencke, stattfanden: Kulturpolitik wurde nicht nur als mäzenatische Förderung einzelner KünstlerInnen oder ihrer Projekte verstanden, sondern als Baukasten aus staatlicher Hilfe, Formierung von Rahmenbedingungen für die Ausübung der Kulturberufe und Integration der kreativen Menschen in die Sozial- und Bildungspolitik.

Gerhart Baum scheiterte allerdings an einem zentralen Projekt der Kulturpolitik der sozialliberalen Ära: der Errichtung einer deutschen Nationalstiftung. Willy Brandt hatte, auch als Konsequenz aus den Debatten mit KünstlerInnen und SchriftstellerInnen, dieses Projekt vorgeschlagen: Eine Kulturstiftung, in der der große Wurf gesamtstaatlicher Kulturförderung seine finanzielle und organisatorische Basis finden sollte, um zumindest in diesem Bereich vom haushaltspolitischen Tagesgeschehen unabhängig zu werden und die föderalistische Kleinstaaterei in der Kultur zu überwinden. Brandt und auch Baum hatten allerdings die Rechnung ohne den Wirt, sprich die Ministerpräsidenten der Bundesländer, gemacht, die dieses Projekt unter Hinweis auf ihre grundgesetzlich garantierte Kulturhoheit schnell zu Fall brachten. Von 55 Millionen DM, im Haushalt 1976 für die Errichtung der *Deutschen Nationalstiftung* zur Verfügung gestellt, blieben in der »Konkursmasse« nach Abzug größerer Beträge, die unter anderem für den Erwerb von für die deutsche Kulturgeschichte wichtigen Kunstwerken auf der Auktion der Sammlung Hirsch in London ausgegeben wurden, allerdings immer noch genügend Mittel für ein bundesweites Kulturförderprogramm zurück: für das seinerzeit wagemutige Projekt der Begründung von Förderfonds für Kunst und Literatur sowie eines Förderkatalogs für die zeitgenössische Musik. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, der sich seine Entscheidung nicht leicht machte, ermöglichte damit zumindest im kleinen Maßstab die Verwirklichung staatsunabhängiger KünstlerInnenförderung auf Bundesebene in Selbstverwaltung der Betroffenen und die Entwicklung von Strukturen, die auch nach Übernahme der Verwaltung der Mittel durch die *Kulturstiftung der Länder* im Jahr 1988 und schließlich, unter der Regierung Schröder im Jahr 2004, der *Kulturstiftung des*

Bundes alle Entwicklungen überlebten und heute zu einem wesentlichen Bestandteil der kulturfördernden Aktivitäten mit Bundesmitteln geworden sind. Die Errichtung der genannten Stiftungen verdeutlicht im übrigen einen vorsichtigen Prozess der Überwindung des strikten Verdikts der Kulturförderung in größerem Rahmen auf Bundesebene, zunächst als Initiative der Länder, dann des Bundes im Konsens mit den Ländern. Zu hoffen ist, dass das Nebeneinander beider Stiftungen, deren Aufgabengebiete sich kaum überschneiden, durch die von der Großen Koalition geplante Fusion in Verbindung mit einer Straffung und Neuausrichtung der Förderprogramme beendet wird.

Während sich die Grundlagen kulturpolitischen Handelns in der BRD (West) als dynamischer Prozess entwickelten, war die Kulturpolitik in der DDR ein fester und programmatisch klar definierter Bestandteil des politischen Systems, allerdings auch der Gegenstand strikter staatlicher Vorgaben im Hinblick auf künstlerischen Ausdruck und Zielsetzung künstlerischen Handelns.

Dies schloss nicht aus, dass zahlreiche, allerdings meist systemimmanent kanalisierte Debatten um den richtigen Weg geführt wurden, wenn diese sich auch, zumindest nach Beendigung des »Bitterfelder Wegs«, der zur Vereinigung von Arbeit und Kultur führen sollte, seit 1965 weniger um konzeptionelle Fragen als vielmehr um die Spielräume künstlerischen Ausdrucks drehten.

Zumindest die materielle Situation der bildenden Künstlerinnen und Künstler in der DDR konnte aus der Sicht der alten Bundesrepublik als beispielhaft wahrgenommen werden: Zahlreiche und vielfältige Auftragsverhältnisse zwischen KünstlerInnen und Betrieben, ein umfassendes Programm von baugebundener Kunst und weit gefächerte Ausstellungsmöglichkeiten bot der Staat auf allen Ebenen, allerdings nur denjenigen, die sich an die ideologischen Vorgaben hielten; allen anderen blieb nur der Weg in die innere oder äußere Emigration. Kunsthandel war nur in engen Grenzen möglich.

Dieses vergleichsweise günstige Berufsumfeld, das sich mit zunehmender Liberalität der späten DDR gegenüber den Kulturschaffenden zumindest im Bereich Bildende Kunst auch in Bezug auf die Wahrnehmung künstlerischer Freiheit und die Nutzung von Reisemöglichkeiten weiter verbesserte, fiel mit der Auflösung der DDR auf einen Schlag weg, wodurch die Probleme der KünstlerInnen in den neuen Bundesländern, die sich vor die Notwendigkeit gestellt sahen, einen Platz im offenen Kulturbetrieb der Bundesrepublik (neu) zu suchen, enorm zunahmen. Sie stießen zudem auf die Konkurrenz der etablierten KünstlerInnen der alten Bundesrepublik, die zumindest über einige Jahre hinweg ihre Märkte verteidigten, bis spätestens mit dem Aufstieg der »Leipziger Schule« die Wiedervereinigung auf dem Gebiet der Bildenden Kunst, zumindest im Hinblick auf die Bedeutung der Malschulen, gleichberechtigt erreicht werden konnte. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass im Gegensatz zur Entwicklung in vielen anderen Bereichen zahlreiche KünstlerInnen aus dem Westen ihre künstlerische Ausbildung an den Akademien von Leipzig und Dresden erhalten, der »brain drain« sich also umgekehrt hat.

Grundlagen der Kulturpolitik heute

Versteht man die kulturpolitische Entwicklung in der föderalistisch geprägten Bundesrepublik, zumindest auf der Ebene des Bundesstaates bis 1989, als Prozess, der in einer entscheidenden Phase gesellschaftlicher Entwicklung im Zusammenwirken parlamentarischer und außerparlamentarischer Kräfte Strukturen herausbildete, die sich im Kern bewährt haben, so lohnt es sich, die wichtigen Parameter als Basis künftiger Entwicklung herauszustellen. Kulturpolitik besteht im Wesentlichen aus der Herstellung ordnungspolitischer Voraussetzungen, die die Bedingungen der Teilhabe der kreativen Berufe an der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur schaffen. Hinzu kommt die kulturspezifische und in der mäzenatischen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft begründete direkte Förderung der kreativen Kräfte durch Kommunen, Länder und den Bund sowie Unternehmen, Stiftungen und Private.

Urheberrecht

In der Logik des Grundgesetzes führt kreatives Schaffen zur Bildung »Geistigen Eigentums«, das unter dem Schutz des Artikels 14 steht. Dessen persönlichkeitsrechtliche und materielle Aspekte werden im Einzelnen im Urheberrechtsgesetz definiert, das damit zu den wichtigsten Grundlagen kulturpolitischer Ordnungspolitik zählt.

Es bedarf freilich ständiger Anpassung an die gesellschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen. Insbesondere dem Ausbau des Urhebervertragsrechts kommt damit erhebliche Bedeutung in einer Zeit zu, die von einer markanten Kräfteverschiebung im Vermarktungsprozess vom individuellen Urheber zu übermächtigen Werkverwertern geprägt ist. Dem wurde spätestens – zumindest theoretisch – mit der Novellierung des Urhebervertragsrechts im Jahre 2002, wesentlich geprägt durch die Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin, Rechnung getragen, indem neben der Einfügung weiterer Vorschriften der Formulierung des § 11 – »Das Urheberrecht schützt den Urheber in seinen geistigen und persönlichen Beziehungen zum Werk und in der Nutzung des Werks« – der programmatische Satz angefügt wurde: »Es dient zugleich der Sicherung einer angemessenen Vergütung für die Nutzung des Werks.« Selbst wenn die Umsetzung der maßgeblichen Prinzipien des Urhebervertragsrechts in der Praxis zu wünschen übrig lässt, war seine Formulierung als Endpunkt einer lang anhaltenden Diskussion um die faire Ausgestaltung der Position der Urheber in einer zunehmend von Verwertungsmonopolen geprägten Medienlandschaft unabdingbar.

Zur Ausgestaltung des Urheberrechtsgesetzes gehört daneben auch das System der angemessenen Vergütung für die private Vervielfältigung, das einen Ausgleich schafft für den in der Informations- und Wissensgesellschaft notwendigen, möglichst ungehinderten Zugang der breiten Bevölkerung zu geschützten Werken, zumindest zum privaten und eigenen Gebrauch, allerdings unter Berücksichtigung der materiellen Interessen der Urheber und ihrer Werkverwerter. Die

Debatte um die Ausgestaltung der privaten Vervielfältigung wird in Deutschland vermutlich im Jahr 2006 abgeschlossen werden; allerdings hat es derzeit den Anschein, als sei es das Interesse der Bundesregierung, in diesem Zusammenhang den Urhebern eine neue Bescheidenheit anzuempfehlen und ihre Vergütungen, ungeachtet der zunehmenden Vervielfältigungsmöglichkeiten mit Hilfe von Digitaltechnik und Internetverbreitung, kräftig zu beschneiden.

Steuerrecht und Förderung privaten Engagements

Zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur gehört ferner die sachgerechte Nutzung der Instrumente der Finanz- und Steuerpolitik, und zwar einerseits bezogen auf die Kulturschaffenden und die Kulturindustrie, andererseits zur Ermutigung privater Kunstförderung durch mäzenatisches Handeln. Hierzu gehört auch die unternehmerische Förderung durch direkte Zuschüsse oder in Form des Austausches von Leistung und Gegenleistung, vulgo Sponsoring.

Die Ausgestaltung der steuerlichen Bedingungen für die Kulturberufe wird allerdings gekennzeichnet, manchmal auch verzögert vom Antagonismus der Kulturpolitiker einerseits, die einen bestimmten Bereich durch die Gewährung unterstützender steuerpolitischer (Ausnahme-)regeln fördern, und der an der Vereinheitlichung des Steuerrechts interessierten Finanzpolitiker andererseits, die vermutete Privilegien abschaffen oder verhindern wollen. Dieser Konflikt lässt sich festmachen an der Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für den Verkauf von Werken der Bildenden Kunst. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz knüpft bei der Definition der begünstigten Kunstwerke an einen veralteten Zolltarif der EU an, der Fotografien und Siebdrucke definitorisch nicht als Kunstwerke anerkennt: diese Regelung stößt im Kunsthandel auf weit verbreitetes Unverständnis und begründet die Forderung nach einer Reform im Sinne einer Erweiterung der Anwendungstatbestände. Auf diesen Wunsch folgt reflexhaft die Reaktion der Finanzverwaltung, die die beste Harmonisierung darin sieht, sämtliche Gegenstände des Kunsthandels dem Regelsatz von derzeit 16, demnächst 19 Prozent zu unterwerfen, um damit alle Zweifelsfragen eindeutig zu beantworten: ein Vorschlag allerdings, der verheerende Auswirkungen auf die Preisgestaltung und Absatzmöglichkeiten im Kunsthandel haben würde.

In vielen anderen Bereichen der Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit im Kultursektor sind Fortschritte erreicht worden, wenngleich von einer internen Logik der steuerlichen Förderung der Kulturberufe nicht gesprochen werden kann; aber wo im Bereich des Steuerrechts ist überhaupt eine Logik zu erkennen?

Wesentliche Fortschritte hat es dagegen bei der Förderung der Kultur insgesamt durch Steuererleichterungen für die Unterstützung der Errichtung und des Betriebs gemeinnütziger Stiftungen und damit für die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements für Kultur und Gesellschaft gegeben, wenngleich auch hier nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten; klar ist jedenfalls, dass hier mit steuerpolitischen Instrumenten weitreichende Wirkung erzielt werden kann. Auch die Abschaffung der Vermögenssteuer, die nur geringfügige Einnahme-

ausfälle nach sich gezogen hat, hat zumindest das Ausstellungswesen stark gefördert.

Öffentliche Aufträge

In einem weiteren, besonders die Bildende Kunst betreffenden Zusammenhang haben sich Ziele der Kunstförderung mit dem weiterreichenden gesellschaftlichen Ziel der Integration von Kunst und Gesellschaft verbunden: bei der institutionalisierten Unterstützung der Verbindung von Kunst und Bauprojekten, landläufig »Kunst am Bau«. Die Bundesrepublik hat hier eine Tradition übernommen, die in der Vorkriegszeit als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme begründet worden war; in vielfältigen Experimenten, besonders in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin, wurden moderne Formen der Integration von Kunst und Bauten entwickelt, die von der platten Applikation in proportionaler kostenmäßiger Relation zu den Baukosten wegführten zu Konzepten der visuellen Stadtgestaltung. Leider sind viele dieser Konzepte der negativen Entwicklung der öffentlichen Haushalte zum Opfer gefallen, da bekanntlich ein großer Topf leichter gekürzt werden kann als die traditionelle, an die Bausumme gekoppelte prozentuale Beteiligung in kleinerem Maßstab; so hat sich denn dieses wesentliche Arbeitsfeld vieler Künstlerinnen und Künstler zumindest in den wohlhabenderen Bundesstaaten nur in seiner ursprünglichen Form über die Zeiten gerettet; der damit verbundene Niedergang der konzeptionellen Qualität der Kunst im öffentlichen Raum ist im Prinzip bedauerlich, weil wesentliche Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch gestalterische Optionen verloren gehen. Verspielt werden auf diese Weise auch Chancen für die Entwicklung des Konzepts der Kunst im öffentlichen Raum zu anderen Formen der ästhetischen Umweltgestaltung.

Neben den Programmen im bildkünstlerischen Bereich gibt es eine Fülle weiterer Aufgabenfelder der Betätigung Kreativer im öffentlichen Auftrag, die schon in den erwähnten Maßnahmenkatalogen aufgelistet waren, inzwischen aber der allgemeinen Finanzknappheit zum Opfer gefallen sind.

Kulturelle Bildung

Einen ganz wesentlichen Aspekt des ordnungspolitischen Ansatzes von Kulturpolitik stellt die Förderung der kulturellen Bildung dar, die einen großen Beitrag zur bewussten Teilhabe am Leben der Gesellschaft leistet. Der systematischen Förderung der kreativen Talente aller Bevölkerungsschichten kommt damit größte Bedeutung zu, wie Studien der jüngsten Zeit belegt haben. Die kulturelle Bildung im gesellschaftlichen Raum ergänzt die institutionelle Aus- und Weiterbildung, die für die Entwicklung der Informations- und Mediengesellschaft unverzichtbar ist, und gleicht zumindest teilweise die Defizite aus, die durch die Vernachlässigung des Unterrichts in den kreativen Fächern in den allgemeinbildenden Schulen eingetreten sind.

Medienpolitik

Auf die Auswirkungen der Medienordnungspolitik auf die kulturelle Befindlichkeit und Entwicklung der Gesellschaft kann hier nur hingewiesen werden: Es handelt sich sicherlich um das Politikfeld, das in seiner Auswirkung auf Kulturpolitik bisher, soweit erkennbar, am meisten unterschätzt und am wenigsten berücksichtigt wird. Mit der vordergründigen Kritik an der zunehmenden Reduzierung der »Kulturprogramme« im herkömmlichen Sinne der Rundfunksendeunternehmen ist das Thema jedenfalls nicht erfasst.

Kulturförderung

Wenn auch der Kernbereich der Kulturförderung durch Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten für Institutionen und individuelle Kreative auf der Ebene der Länder und Kommunen liegt, die hierfür den Löwenanteil staatlicher Förderung ausgeben, so ist doch inzwischen Konsens, dass auch der Bund neben seiner ordnungspolitischen Kompetenz auf gesamtstaatlicher Ebene Mittel einsetzen muss, um Schwerpunkte zu setzten, Defizite auszugleichen und Leuchttürme mit Energie zu versorgen. Ein wichtiger Aspekt ist die bewährte Förderung des Kulturaustausches, wobei allerdings die Kehrseite – der Kulturimport, für den sich der Bund nicht zuständig fühlt – unter der ausschließlich föderalen Zuständigkeit leidet. Erfreulich ist, dass die Bundesregierung das Grundprinzip der Kulturförderung programmatisch übernommen hat: Kulturförderung ist nicht Subvention, sondern Investition in die kreativsten Köpfe der Gesellschaft.

Perspektiven

Die Entfaltung der Globalisierung der Wirtschaft wurde zeitgleich mit dem Fall der Berliner Mauer als wesentlicher neuer Faktor für die Entwicklung der Industriegesellschaften auf breiter Basis wahrgenommen. Die revolutionäre Entwicklung digitaler Technologie, insbesondere im Zusammenhang mit der Verbreitung und Vervielfältigung von Werken aller Medien, stellt die Kulturpolitik, besonders im Hinblick auf ihre ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, auf den ersten Blick vor völlig neue Herausforderungen. Es geht um die Festigung und Entwicklung der Rahmenbedingungen auch unter veränderten Voraussetzungen sowie die Fortsetzung der materiellen Förderung der Entwicklungschancen von Kunst und Kultur, wobei sich Kultur- und Medienpolitik vielfältig durchdringen. Die Entfaltung der elektronischen Medien und die neuartigen Formen der Kommunikation, die zum Beispiel die Organisationsform der »Sendeunternehmen«, seien sie öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich strukturiert, langfristig in Frage stellen beziehungsweise überwinden, konfrontieren sowohl die KulturproduzentInnen als auch die Kultur- und MedienpolitikerInnen mit neuen Aufgaben. Dennoch geht es nicht darum, alle Errungenschaften über Bord zu werfen und das Rad neu zu erfinden. Eine strukturierte Anpassung an die Entwicklung ist erfor-

derlich und möglich. Sie erfolgt bereits im Bereich des internationalen Urheberrechts, auf dessen bewährte Prinzipien erheblicher Druck durch die Verwertungsinteressen der Unterhaltungsindustrie und die Vermarktungsinteressen der Gerätehersteller und Kabelanbieter ausgeübt wird. Im Interesse des Schutzes der Lebens- und Existenzbedingen der »Contentproduzenten«, also der klassischen Kreativen, ohne die nichts läuft, gilt es, diesem Druck standzuhalten.

Die weiteren Auswirkungen auf die Kulturberufe und die notwendigen Konsequenzen in Bezug auf kulturpolitisches Handeln des Staates harren der Analyse auch durch die in der laufenden Legislaturperiode erneut eingesetzte *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*, die diesem Aspekt der Kulturpolitik wesentliche Aufmerksamkeit widmen und dazu beitragen sollte, die Lehren aus den Diskursen der analogen Zeit in das digitale Zeitalter zu übertragen. Zu hoffen ist, dass die Ratio politischen Handelns für die Kulturschaffenden in der Informationsgesellschaft nicht die Empfehlung einer Rückkehr zur Bescheidenheit ist.

Spannungsfelder der Kulturpolitik

Bernd Wagner

Konzeptionelle Spannungsfelder kulturpolitischer Neuorientierung

Gemeinsames Merkmal der Beiträge des folgenden Abschnittes – wie der meisten dieses Jahrbuches – ist die Einschätzung, dass Kulturpolitik in Deutschland sich seit einigen Jahren in einer Phase der Neuorientierung befindet. Das betrifft die praktische Arbeit ebenso wie ihre theoretisch-konzeptionelle Fundierung. Die Autorinnen und Autoren dieses dritten Komplexes des Jahrbuches beschreiben diese Situation an sehr unterschiedlichen Feldern und Themen, loten verschiedene Dimensionen aus und zeigen Richtungen, wie die Debatte zielgerichtet geführt werden kann. Dabei lassen sich in Anlehnung an den Beitrag von *Julian Nida-Rümelin*, der ein »Ende der kulturpolitischen Defensive« einerseits abhängig sieht von der Wahrnehmung neuer Handlungsspielräume und andererseits von der inhaltlichen Neubestimmung ihrer Legitimation, drei wesentliche Themenfelder unterscheiden: Zum *Einen* geht es um die inhaltliche Neuorientierung kulturpolitischen Handelns und ihrer konzeptionellen Begründung, zum *Anderen* um eine Überprüfung und Neugewichtung der Handlungsfelder von Kulturpolitik sowie zum *Dritten* darum, was im Beitrag von Nida-Rümelin »Balance wahren« genannt wird.

In seinem Text geht es dabei vor allem um die Balance kommunaler Kulturpolitik zwischen »Repertoire und Innovation«, »Sinnlichkeit und Reflexion« sowie zwischen »Lebenswelt und ›Artworld‹«. Andere Spannungsfelder kommen hinzu wie die zwischen »Projekt und Institution« bei *Hortensia Völckers*, die anschaulich herausarbeitet, dass das zur Zeit verbreitete »Projektwesen« ein adäquaterer Ausdruck der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation des Suchens und der Umbrüche ist, was sie am Beispiel der Bundeskulturstiftung näher beschreibt. Gleichzeitig zeigt sie aber auch, dass Kultur auch einer institutionellen Absicherung bedarf: »Nichts entsteht ohne Projekte. Nichts hat Bestand ohne Institutionen.«

Dass heute sachlich überholte Polaritäten, die vielleicht einmal sinnvoll waren, trotzdem weiterhin noch kulturpolitisch wirkungsmächtig sind, weil sie auf alt-

hergebrachten Kulturverständnissen basieren, beschreibt *Susanne Binas-Preisendörfer* an der immer noch gebräuchlichen Unterscheidung von »U-Musik« und »E-Musik«. Auf dem Hintergrund der Gegenüberstellungen von »alter« und »neuer Kulturpolitik« diskutiert *Armin Klein* Paradigmen früheren kulturpolitischen Handelns mit besonderem Augenmerk auf die Angebotsorientierung der Neuen Kulturpolitik und plädiert für eine stärkere Vermittlung von Angebot und Nachfrage mit Hilfe eines non-profit-Kulturmarketings. In mehreren Beiträgen geht es zudem immer wieder auch um das virulent gewordene Austarieren zwischen Kultur und Wirtschaft, unter anderem bei *Dieter Kramer*, zwischen öffentlich geförderter und kommerziell getragener Kultur sehr ausführlich bei *Peter Bendixen*.

Bei der Diskussion der Handlungsfelder von Kulturpolitik und ihrer Neubestimmung handelt es sich ebenfalls um spannungsreiche Beziehungen der Komplementarität und teilweise auch der Konkurrenz, so bei *Hilmar Hoffmann*, der den Zusammenhang von auswärtiger Kulturpolitik und der im Inneren diskutiert und dabei besonders auf den interkulturellen Dialog in internationalen Zusammenhängen und innerhalb der multikulturellen Gesellschaft Deutschlands eingeht. Ein gerade in den letzten Monaten und Jahren besonders spannungsreiches Handlungsfeld spricht *Knut Nevermann* mit dem vieldiskutierten Verhältnis von Bund und Ländern in der Kulturpolitik an. Er greift dabei die Versuche der Entflechtung und Systematisierung der Kulturförderung des Bundes und der Länder auf und zeigt am strittigen Eckpunktepapier vom Juni 2003, welche Widersprüche solche »monstranzartig durch die Diskussionsfelder getragenen« Entflechtungsansprüche im Alltag des Kulturföderalismus hervorbringen. Ein anderes, ebenfalls schon länger in der Kulturpolitik und Kulturwissenschaft diskutiertes Spannungsverhältnis behandelt *Dieter Kramer* mit der Beziehung von Metropole und Umland, wobei er auch besonders auf die Bedeutung von Regionen und Regionalpolitik eingeht. Er skizziert sehr ausführlich den kulturpolitischen und kulturwissenschaftlichen Diskurs darüber und konkretisiert seine Betrachtungen am Beispiel des hessischen Ballungs- und des sächsischen Kulturraumgesetzes.

Im Zentrum der Mehrzahl der Beiträge steht die Frage nach der inhaltlichen Neuorientierung von Kulturpolitik und ihrer Legitimation. Auch in den Beiträgen, die sich schwerpunktmäßig mit Handlungsfeldern oder der Balance zwischen verschiedenen Anforderungen und Formen beschäftigen, wird die Frage der inhaltlichen Konzeption und Begründung heutiger Kulturpolitik immer wieder thematisiert. Für *Julian Nida-Rümelin* steht die Wertorientierung kulturpolitischen Handelns, das sich immer in einem »Spannungsverhältnis von objektivem Begründungsanspruch einerseits und pragmatischer Entscheidungsfindung andererseits« befindet, im Mittelpunkt. Dabei geht er sowohl von einer umfassenden Wertorientierung kommunaler Politik mit den wesentlichen Dimensionen »Umweltverträglichkeit, Kulturverträglichkeit, Sozialverträglichkeit und Wirtschaftsverträglichkeit« als auch von einem damit korrespondierenden weiten Verständnis von Kulturpolitik als »einer genuinen Querschnittsaufgabe« aus.

Sowohl die starke Betonung der Werte für die Neuorientierung der Kulturpolitik wie auch der umfassende Kulturbegriff verbindet den Beitrag von *Hilmar Hoffmann* mit dem von Nida-Rümelin. Die von ihm hervorgehobene Bedeutung der Werte konkretisiert er am Beispiel des interkulturellen Dialogs im Inneren wie in der auswärtigen Kulturpolitik und setzt sich dabei auch kritisch mit dem Vorschlag Norbert Lammerts zur »Leitkultur« (s. hierzu dessen Beitrag in diesem Band) sowie mit der Reaktivierung der alten Werte der Gemeinschaft gegen die der Gesellschaft in Udo Di Fabios »Kultur der Freiheit« auseinander.

Auch der Beitrag von *Peter Bendixen*, in dem die Frage »Kultur und Kunst – öffentliches Gut oder kommerzielle Dienstleistung« diskutiert wird, geht von einem sehr weiten Kulturverständnis aus, nach dem »Kultur als das Wesentliche« begriffen wird, auf das wirtschaftliches Handeln angewiesen ist. Er kritisiert die traditionelle (neo-klassische) Ökonomie, die wegen ihrer »fatalen Verengung auf die dinglichen Vorgänge der gewerblichen Produktion ... den unabdingbaren Spannungsbogen zwischen dinglich-montären Vorgängen und kulturellem Wertschaffen gar nicht ins Visier bekommt«. Diese theoretischen Ausführungen konkretisiert er am Beispiel der gegenwärtigen Diskussionen um die EU-Dienstleistungsrichtlinie und einer Kritik am Subsidiaritätsprinzip als Orientierung für Kulturförderung, da es auch »Gründe gibt, über die öffentliche Hand, also die Kulturpolitik, selbst dann zu intervenieren, wenn eine kulturelle Einrichtung sich finanziell« trägt.

Die Nähe eines stark wertefundierten Kulturverständnisses, das immer auch mit einer Haltung sowie mit Inklusion und Exklusion verbunden ist, zu einer kulturell basierten Identitätspolitik steht im Zentrum des Beitrages von *Bosiljka Schedlich* über »Kultur in Konflikten und Kriegen«. Kultur als »Bereicherung des Lebens« und »Glücksfall für die Menschheit« kann auch zur »Manipulation und Unterdrückung jedes Andersseins« genutzt werden und steht so wegen der ihr eigenen Ambivalenz in einem viel engeren Zusammenhang mit Kriegen als es das scheinbare Oppositionspaar »Kultur und Krieg« suggeriert.

»Identitätspolitik« ist auch der zentrale Gegenstand des Artikels von *Albrecht Göschel*, allerdings nicht in der fundamentalen Ausformung wie bei der Fragestellung »Kultur und Krieg beziehungsweise Frieden«, sondern als kulturpolitische Handlungsstrategie. In der gegenwärtigen Kulturpolitik sieht Göschel – idealtypisch – drei unterschiedliche Konzepte, mit der veränderten Situation wegbrechender Finanzmittel und gewandelter Rahmenbedingungen umzugehen: Neben dem sozialstaatlich begründeten Reformmodell (kulturelle Grundversorgung, Kultur als Bildungspolitik) und dem »Alternativkonzept« einer aktiven Bürgergesellschaft liegt für ihn der Schwerpunkt vieler kulturpolitischer Aktivitäten auf einer wachstumsorientierten Kulturpolitik als »Identitätspolitik«, die in Begründungen wie Standortfaktor, Leuchtturmförderung, Imagekonzept und Ähnlichem ihren Ausdruck findet. Sie ist erfolgreich auf Kosten anderer, legitimiert Ungleichheit und gibt die »Aufgabenteilung von Ökonomie und Politik« auf.

Disparates theoretisch-konzeptionelles Fundament

Die Veränderungen der kulturpolitischen Praxis der letzten Jahre und Jahrzehnte haben bei all ihrer Verschiedenheit vielfach einen gemeinsamen Kern in der Neujustierung des Verhältnisses von staatlicher beziehungsweise kommunaler Politik, gesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen. Die verstärkte Einbindung ehrenamtlich-bürgerschaftlichen Engagements in die kulturellen Aktivitäten, eine immer häufiger anzutreffende »Verantwortungspartnerschaft« bei der Finanzierung und Trägerschaft von Kultureinrichtungen in Form von Public-Private-Partnership-Modellen oder die Veränderung staatlich-kommunaler Kulturpolitik im Sinne eines »aktivierenden Staates« weist den gesellschaftlichen Akteuren eine größere Bedeutung zu und relativiert staatliches Handeln im Kulturbereich, ohne Staat und Kommunen aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Gleichzeitig bekommen durch die Intensivierung betriebswirtschaftlicher Verfahren bei der Organisation der Kultureinrichtungen, durch die verstärkte Anwendung von Marketing-Ansätzen in der kulturellen Praxis sowie durch ein insgesamt immer weiter entwickeltes Kulturmanagement marktwirtschaftliche Elemente im Kunst- und Kulturbereich eine größere Bedeutung, ohne damit zu einer »Ökonomisierung« der Kultur zu führen.

So hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Kulturpolitik herausgebildet, die in ihrer praktischen Ausgestaltung eine Vielzahl neuer Impulse und Anregungen aufgegriffen, das politische Handlungsfeld Kultur neu ausgemessen und neue Standards öffentlich getragener und finanzierter Kulturangebote definiert hat. Dies ist aber nicht entlang eines »Plans« oder »einer Zielformulierung« geschehen, sondern durch eine Vielzahl zum Teil sehr unterschiedlicher Ansätze und Anforderungen, die aufgegriffen wurden.

Diese praktischen Veränderungen kulturpolitischen Handelns im Akteursdreieck von Staat, Markt und Gesellschaft mit ihren jeweils eigenen Steuerungsmedien »Macht«, »Geld« und »Bedeutung/Anerkennung« berühren zwangsläufig auch die theoretischen Grundlagen und Begründungen kulturpolitischer Praxis. Diese hinken der veränderten Praxis noch weitgehend hinterher. Wie weit die konzeptionellen Begründungen der Neuen Kulturpolitik der siebziger Jahre noch tragen, wird deshalb seit den neunziger Jahren zunehmend häufiger gefragt.[1]

Zudem geht mit dem Sparzwang der öffentlichen Haushalte auch ein steigender Begründungsbedarf für die öffentlichen Aufwendungen für Kultur und Kultureinrichtungen einher, da in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Kürzungen bei den kommunalen und Landesetats häufiger als in früheren Jahren gegen die Schließung eines Schwimmbads, eines Jugendklubs oder einer Kinderkrippe die im Vergleich dazu oft noch immer gut bemessenen Mittel für viele der

1 Dieses selbstreflexive Suchen nach inhaltlichen Begründungen zwischen den Ansprüchen der kulturpolitischen Reformprogrammatik der siebziger Jahre und der pragmatischen Politik der neunziger Jahre wird in den verschiedenen Sammelbänden der letzten Jahre deutlich, s. z. B. Lammert 2004, Hoffmann/Schneider 2002, Scheytt/Zimmermann 2001, Sauberzweig/Wagner/Röbke 1998.

traditionellen Kultur- und Kunstinstitute ins Feld geführt werden. Angesichts der prekären Finanzsituation der Kommunen verschärft sich dieser »Kulturkampf« zwischen Opernhaus und Krabbelstube, Kunstmuseum und Frauenhaus, und es treten zunehmend mehr oder weniger offen thematisierte Konflikte zwischen verschiedenen öffentlichen Aufgabenfeldern auf, wobei dann zwangsläufig auch intensiver danach gefragt wird, für wen und für was und vor allem warum die Mittel im Kulturbereich ausgegeben werden.[2]

Die Berufung auf Schillers »ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts« oder auf den »Kulturstaat Deutschland«, der sozialdemokratische Anspruch »Bildung und Kultur für alle«, das Demokratiepostulat oder der Soziokulturanspruch und andere vergleichbare Begründungen kulturpolitischen Handelns müssen heute in Anbetracht der veränderten kulturellen und kulturpolitischen Praxis neu diskutiert und auf die gewandelte Situation bezogen oder begründet verworfen werden. Das gilt um so mehr für die vielen »Sekundärbegründungen« kulturpolitischer Aktivitäten wie Kultur als »Standortfaktor«, ... »als Kreativitätspotential«, ... »als Imageträger«, ... »zur Stadtaufwertung«, ... »als Arbeitsplatz«, ... »als Wirtschaftsfaktor«, ... »als Eventort«, ... »zur Politikkompensation« und so weiter.

In der Geschichte der Kulturpolitik in Deutschland gab es nur wenige Versuche ihrer systematischen Begründung, die mehr als einzelne Aspekte und Teilbereiche des kulturpolitischen Handelns abdeckten. Hierbei handelte es sich zum einen um die Ansätze im Umkreis des Deutschen Idealismus am Beginn des 19. Jahrhunderts, für die paradigmatisch die Namen Friedrich Schiller und Wilhelm von Humboldt stehen, und zum anderen um die Herausbildung der Leitbilder »Kulturnation« und »Kulturstaat« in der zweiten Hälfte des 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert sowie drittens um die Neue Kulturpolitik in den siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts.

In diesen Zeitabschnitten entstand jeweils eine neue kulturpolitische Praxis, die sich von der vorausgegangenen Phase sowohl durch die Höhe der öffentlichen Förderung und den Umfang der einbezogenen Einrichtungen als auch durch eine neue gesellschaftspolitische Einbindung öffentlicher Aktivitäten im Kulturbereich unterschieden. Die jeweiligen theoretisch-konzeptionellen Begründungen kulturpolitischen Handelns waren gleichermaßen Ausdruck dieser veränderten politischen Praxis wie Versuche, diese zu fundieren und damit zu befördern.

Jenseits dieser drei konzeptionellen Ansätze einer systematischen Grundlegung öffentlichen kulturpolitischen Handelns gab und gibt es eine Vielzahl von einzelnen Begründungszusammenhängen der jeweiligen Förderungen und Reglementierungen kulturell-künstlerischer Aktivitäten. Dabei handelte es sich in der Regel um oft zeitgebundene, auf Einzelaspekte bezogene Begründungen und Argumentationen, die auch für einen entsprechenden Zeitraum zusammenge-

2 Siehe hierzu beispielsweise die Dokumentation der Tagung »Opernhäuser oder Krabbelstuben? Was müssen und können Kommunen heute leisten?« der *Heinrich-Böll-Stiftung-Hessen* in Kooperation mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* vom Dezember 2004 (Krannich/Zwengel 2005: 15–56).

nommen keinen konsistenten Ansatz einer systematischen Begründung kulturpolitischen Handelns darstellen.

Manche der kulturpolitischen Begründungen zur Legitimierung staatlicher oder kommunaler Aktivitäten im kulturellen Feld gerieten mit der Zeit in Vergessenheit oder wurden von anderen überlagert. Andere wiederum wurden in neue theoretische Zusammenhänge eingebunden und »modernisiert«, ohne dass dabei vielfach theoretischer Anspruch und reale Praxis in Beziehung gesetzt worden wären. In der Geschichte der älteren und neueren Kulturpolitik finden sich viele solcher Beispiele, wie etwa das Konzept des »Nationaltheaters« im 19. Jahrhundert oder die über die Jahrhunderte vom Merkantilismus der absolutistischen Staaten des 17. Jahrhunderts bis zur Entdeckung der *Creative Industries* dieser Tage immer wieder auftretenden kulturwirtschaftlichen Argumentationen.

Abgesehen von den erwähnten wenigen Ansätzen einer systematischen Begründung kulturpolitischen Handelns hatte sich so über Jahrzehnte und Jahrhunderte eine wachsende Zahl unterschiedlicher Argumente für öffentliche Kulturaktivitäten zu einem losen Begründungszusammenhang herausgebildet, der zum Teil sehr widersprüchlich war und ist, und bei dem je nach Opportunität und Machtverlagerung der eine oder andere Aspekt stärker betont wird. Mit diesem vielschichtigen pragmatischen Begründungs- und Legitimationsgeflecht verschmolzen auch die wenigen Versuche einer theoretisch-konzeptionellen Grundlegung von Kulturpolitik.

Die Besonderheit des »Dazwischen«

Kulturpolitisches Handeln findet wegen der Verschränkungen mit der Autonomie der Kunst und der Selbstzwecksetzung der Kultur, dem Doppelcharakter künstlerischer Produkte als Waren und als Kunstwerke und der wechselseitigen Rückwirkung von Kultur und Politik in einem komplizierten, vieldimensionalen Beziehungsgeflecht zwischen Staat, Gesellschaft und Markt statt mit ihren unterschiedlichen Steuerungssystemen »Macht«, »Sinn/Anerkennung« und »Geld«. Im Zentrum steht dabei das Verständnis des kulturell-künstlerischen Feldes, in das Kulturpolitik unterstützend, fördernd oder beschränkend eingreift. Denn Kulturpolitik im heute gebräuchlichen Verständnis meint staatliches beziehungsweise kommunales Handeln im Bereich von Kunst und Kultur in Form ihres Schutzes und ihrer Förderung sowie der Sicherung und Gestaltung ihrer politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (s. Wagner 2005).

Das künstlerisch-kulturelle Praxisfeld, in dem und für das das kulturpolitische Handeln stattfindet, ist ein Teilbereich von Kultur als »Inbegriff der menschlichen Lebenswelt im Unterschied zur Natur, aus der der Mensch heraustrat, als er Mensch wurde – dies nenne ich im folgenden ›KULTUR‹.« Von dieser großen, mit Versalien geschriebenen KULTUR unterscheidet Herbert Schnädelbach auch visuell einprägsam »Kultur als Teilbereich der menschlichen Lebenswelt, der sich von Technik, Wirtschaft, politischem System etc. auch unterscheiden lässt; so ge-

sehen ist das mit ›Kultur‹ zu Bezeichnende ein Teilsystem der KULTUR«. (Schnädelbach 1988: 41)

Dieser kulturell-künstlerische gesellschaftliche Teilbereich bezeichnet eine institutionelle Form menschlichen Handelns wie Recht, Wissenschaft, Religion u. a. und teilt mit diesen, dass er ein Sinn- und Bedeutungssystem mit einem Geflecht entsprechender Praktiken und symbolischer Produktionen ist, »in dem sich Selbst- und Weltbilder, Wahrnehmungsweisen und Mentalitäten widerspiegeln« (Jamme 2004: 207) und als solcher steht er immer auch »mit Wertideen in Beziehung« (Max Weber). Wie »KULTUR« ist »Kultur« durch einen Gemeinschaftsbezug mit Inklusions- und Exklusionsbestrebungen, durch ihre Geschichtlichkeit und eine »schwache Normativität« gekennzeichnet.[3]

Gegenüber anderen kulturellen Teilbereichen zeichnet sich der künstlerisch-kulturelle durch eine spezifische Verbindung von »Sinn« und »Form«, von Inhalt und Ausdruck sowie von Konkret-Individuellem und Gesellschaftlich-Allgemeinem aus und ist von einer widersprüchlichen Einheit von Gefühl und Vernunft, Phantasie und Wirklichkeit geprägt.

Kunst und die ihr verwandten anderen kreativen Tätigkeiten sind zudem Ausdrucks- und Gestaltungsformen, die ihren Zweck in sich selbst haben, »zweckmäßig ohne Zwecke« wie es bei Kant heißt. Dieser Selbstzweck kulturell-künstlerischen Tätigseins – Singen wegen der Lust am Singen, Bilder schauen oder malen wegen der Bildproduktion oder -rezeption – ist auf der Seite des Individuums Selbsttätigkeit, selbstbestimmtes Tätigsein und ein Ausdruck von Selbstvergegenwärtigung und Selbstvergewisserung. Das gilt für die Sängerin im Bayreuther Festspielhaus – auch wenn hier wie bei allen Berufskünstlern der Zweck des Geldverdienens hinzu kommt – ebenso wie für diejenigen, die einmal wöchentlich feierabends im Laiengesangsverein singen.

Diese künstlerisch-kulturellen Aktivitäten liegen an der Schnittstelle des »Reichs der Notwendigkeit« und des »Reichs der Freiheit« (Karl Marx) und bilden mit Kreativität, Phantasie und künstlerisch-expressiver Gestaltung als ihrem Kern die Mittlerin zwischen Wirklichem und Möglichem. Der künstlerisch-kreativ tätige oder teilnehmende Mensch ist hier zugleich, wie Ernst Fischer geschrieben hat, *Homo sapiens*, *Homo faber* und *Homo ludens* sowie »*Homo amator*, der liebens-fähige, liebens-würdige, liebens-kundige Mensch, der mit den ›anderen‹ eins zu werden vermag, der durch sinnliche, geistige, künstlerische Gemeinschaft die Menschheit produziert und seiner Unendlichkeit gewahr wird«. (Fischer 1966: 129) Kennzeichen dieser kulturellen Ausdrucksformen ist die Verknüpfung des

3 Die »schwache Normativität« ist eines der fünf Begriffsmerkmale, durch die Matthias Kettner allgemein Kultur bestimmt sieht (Normalisierung, Gemeinschaftsbezug, Geschichtlichkeit, Integrationstendenz, schwache Normativität) (2004: 225–229). Mit Bezug auf Martha Nussbaums »vage Theorie des Guten« und Charles Taylors »hypergoods« sowie Karl Otto Apels Unterscheidung zwischen »Gut« als Gegenbegriff zu »Schlecht« und dem »unbedingten Guten« als Gegenbegriff zu »Böse« kann eine solche »schwache Normativität« oder »schwache Theorie der Kultur« einen dritten Weg zwischen einem eher formalen, weiten und einem engen substantiellen Kulturbegriff bilden. Von daher trifft m.E. das Kennzeichen »schwache Normativität« nicht auf alle Kulturverständnisse zu, kann aber für eine »wertorientierte« und trotzdem offene Kulturpolitik eine Grundlage bilden. (Siehe hierzu Wagner 1995: 70–72)

»ästhetischen Vorscheins« (Ernst Bloch) und der »uneingelösten Versprechen der Geschichte« (Walter Benjamin) mit der Wirklichkeit des Hier und Jetzt.

Die verschiedenen Formen künstlerischer Produktion und Rezeption werden in der Regel in bewusster Absetzung vom unmittelbaren Alltagshandeln und von zweckorientierten Aktivitäten wie Arbeit als Erwerbszweck oder zur familiären Reproduktion entwickelt. Sie definieren sich gerade in der Distanz zu diesen Formen menschlicher Grundtätigkeiten und konstituieren eine andere »Werkwelt«, die »Artworld«.

Gleichzeitig haben kulturell-künstlerisches Tätigsein und ihre Produkte immer auch einen »Doppelcharakter«, sind gleichermaßen »autonom und fait social«: »Noch das sublimste Kunstwerk bezieht bestimmte Stellung zur empirischen Realität, in dem es aus deren Bann tritt.« (Adorno 1970/1997: 15) Die künstlerisch-kulturellen Formen der Selbstvergewisserung und des Selbstausdrucks haben – da dieses Selbst nur mit dem und den Anderen besteht – immer nicht nur Selbst- sondern auch Welterfahrung und Welterkenntnis zum Gegenstand. Dieses Individuell-Allgemeine künstlerisch-kultureller Aneignungs- und Ausdrucksformen unterscheidet sie vom Abstrakt-Allgemeinen der Wissenschaft und dem Konkret-Individuellen des Alltagslebens.

Diese gestaltete, geformte sinnliche Auseinandersetzung mit Erfahrung, um sie zu verstehen und mit ihr »fertig zu werden«, ist eine Grundkonstante menschlichen Lebens von der neolithischen Höhlenmalerei und den dionysischen Theaterspielen über mittelalterliche Minnesänger und die Maler des »Goldenen Zeitalters« bis zu Becketts »Endspiel« und der gegenwärtigen Videokunst.

Sie ist aber nicht nur auf die »legitime Kunst« beschränkt, sondern kennzeichnet aber auch populäre Kunst- und Kulturformen, die vielfach als »Konsumkultur« und oberflächlich abgelehnt werden. Aber auch bei Popkonzerten sind kathartische Erfahrungen und nicht nur Extase möglich und auch in populären Kulturformen geht es um das »Dazwischen« von Alltag und Aura, Realität und Traum. Anknüpfend an John Deweys »Kunst als Erfahrung« zeigt das beispielsweise Richard Shusterman am Beispiel der Rockmusik und weist dabei auch den oft geäußerten Vorwurf von deren Oberflächlichkeit mit dem Hinweis zurück: »Wenn sie auf einer niedrigen intellektuellen Ebene genossen werden *kann*, folgt daraus noch nicht, daß sie so konsumiert werden *muß* und darüber hinaus nichts zu bieten hat.« (1994: 132) Ähnlich argumentieren auch die Vertreter der *Cultural Studies*, die an vielen Beispielen gezeigt haben, wie populäre Kulturformen für ihre Rezipienten vergleichbare Bedeutungsträger sind wie für andere Wagners »Ring«. (S. zum Beispiel zu den *Cultural Studies* Hörning/Winter 1999)

Gemeinsam ist den verschiedenen populären wie traditionellen künstlerischen Auseinandersetzungen mit Erfahrung, die ein Schiller-Drama mit einem Theaterstück von Elfriede Jelinek, ein Schubert-Lied und einem Song von Neil Young verbinden, dass sie »Bilder eines gelungenen oder gelingenden Lebens« zeichnen, wenn auch oft nur als Kritik an der schlechten Wirklichkeit. Nur hier können »jenseits des Ernstfalls« (Bazon Brock) diese Vorstellungen erarbeitet,

dargestellt und erprobt werden. In diesem Sinn ist das kulturell-künstlerische Feld für den Einzelnen wie die Gesellschaft ein besonderer Ort, der notwendig ist, wie Jörn Rüsen es knapp und treffend formuliert hat, »als Hermeneutik, als Kritik und als Utopie«. (1976: 26)

So wie sich die Kultur entwickelt, so erweitern und ändern sich auch die »Objekte« öffentlicher Kulturpolitik, etwa bis zur Förderung von Popmusik, was vor einigen Jahrzehnten oder sogar Jahren noch undenkbar war. Auf beide, die Kultur wie die Kulturpolitik, trifft zu, was Ian Burma in Auseinandersetzung mit Herders Bild von der Kultur als Baum mit tiefen Wurzeln in der nationalen Erde und mit Hobsbawms Vorstellung von der »erfundenen Kultur« schön beschrieben hat, dass es sich bei Kultur weder um eine alte Eiche noch um etwas Erfundenes handelt, sondern eher um eine Stadt, in der ständig bei aller Kontinuität umgebaut, abgerissen und neu gebaut wird. (Burma 1995: 37) In diesem Sinn ist auch der »Diskurs Kulturpolitik« ständig weiter zu führen und muss die neuen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen reflektieren und konzeptionell aufgreifen.

Dabei ist das Verhältnis von Kunst und Kultur komplizierter als es die gängige Doppelnennung »Kunst und Kultur« oder die Formulierung »Kunst als Kern der Kultur« nahe legt, aber auch als die Gegenüberstellung von Kunst und Kultur mit positiven und negativen Konnotationen zum Ausdruck bringt wie etwa bei der Kulturkritik der Protagonisten der Frankfurter Schule: »Die ästhetische Barbarei heute vollendet, was den geistigen Gebilden droht, seitdem man sie als Kultur zusammengebracht und neutralisiert hat. Von Kultur zu reden war immer schon wider die Kultur.« (Adorno/Horkheimer 1947/1997: 152)

In Kunsttheorien wird das Verhältnis von Kunst und Kultur weitgehend ignoriert, in Kulturtheorien selten ausführlich in seiner Widersprüchlichkeit behandelt. Treffend hat der Komponist Wolfgang Rihm in einer Rede zur »Autorschaft in Kunst, Kultur und Staat« (1998) diesen widerspruchsvollen Zusammenhang beschrieben: »Kunst und Kultur sind bereits Gegensätze, allerdings in ihrer effektivsten Verbindung. Kunst ist immer individuelle Setzung, Kultur dagegen: kollektive Spannung. Es entsteht aber keine Kunst ohne eine ihr förderliche Kultur, und keine Kultur überlebt ohne Künste, die sie herausfordern … Kunst gilt immer einem Du. Kultur artikuliert ein Wir. Kultur schließt dabei aus, während Kunst einbezieht. Kultur definiert. Kunst entgrenzt.«[4]

4 Ähnlich auch Rudolf Burger, wenn er mit Bezug auf den »Multikulturalismus im 16. und 17. Jahrhundert« schreibt, dass »das Abstrakte die Menschen verbindet, nicht das Konkrete. Die Kulturen trennen die Menschen, die Zivilisation vereint sie.« (Burger 1997: 178)

Literatur

Adorno, Theodor W. (1970/1997): *Ästhetische Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Gesammelte Schriften, Bd. 7)

Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max (1947/1997): »Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente«, in: Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Gesammelte Schriften, Bd. 3)

Burger, Rudolf (1997): »Multikulturalismus im säkularen Rechtsstaat. Eine zivilisationstheroetische Grenzbestimmung«, in: *Leviathan*, Heft 2/1997, S. 173–185

Burma, Ian (1995): »Herders Baum. Kulturelle Werte als Instrument der Macht«, in: *Freibeuter*, Heft 65, S. 23–37

Fischer, Ernst (1966): *Kunst und Koexistenz. Beitrag zu einer modernen marxistischen Ästhetik*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Paperback)

Hörning, Karl H./Winter, Rainer (Hrsg.) (1999): *Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderungen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp

Hoffmann, Hilmar/Schneider, Wolfgang (Hrsg.) (2002): *Kulturpolitik in der Berliner Republik*, Köln: DuMont

Jamme, Christoph (2004): »Symbolische Bedeutungsansprüche der Kulturen«, in: Jaeger, Friedrich/Liebsch, Burkhard (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Band 1: *Grundlagen und Schlüsselbegriffe*, Stuttgart/Weimar: Verlag J. B. Metzler, S. 207–218

Kettner, Matthias (2004): »Werte und Normen – Praktische Geltungsansprüche von Kulturen«, in: Jaeger, Friedrich/Liebsch, Burkhard. (Hrsg.) *Handbuch der Kulturwissenschaften, Band 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe*, Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler, S. 219–231

Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.) (2005): *Gesellschaftliche Perspektiven. Stadt und Staat*, Essen: Klartext Verlag (Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen 2004)

Lammert, Norbert (Hrsg.) (2004): *Alles nur Theater? Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft*, Köln: DuMont

Rihm, Wolfgang (1998): »Nur das Schöpferische zählt wirklich. Einige Bemerkungen zur Autorschaft in Kunst, Kultur und Staat«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 11.9.1998

Rüsen, Jörn (1976): *Ästhetik und Geschichte. Geschichtstheoretische Untersuchungen zum Begründungszusammenhang von Kunst, Gesellschaft und Wissenschaft*, Stuttgart: J. B. Metzler

Sauberzweig, Dieter/Wagner, Bernd/Röbke, Thomas (Hrsg.) (1998): *Kultur als intellektuelle Praxis. Hermann Glaser zum 70. Geburtstag*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch, Bd. 13)

Scheytt, Oliver (unter Mitarbeit von Michael Zimmermann) (2001): *Was bleibt? Kulturpolitik in persönlicher Bilanz*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch, Bd. 16)

Schnädelbach, Herbert (1988): »Kritik der Kompensation«, in: *Kursbuch*, Heft 91, S. 35–45

Shusterman, Richard (1994): *Kunst Leben. Die Ästhetik des Pragmatismus*, Frankfurt am Main: Fischer

Wagner, Bernd (2005): »Kulturpolitik. Der Begriff«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 74–76

Wagner, Bernd (1995): »›Wenn die Zulus einen Tolstoi hätten ...‹ Ansatzpunkte in der Kommunitarismusdebatte für die kulturpolitische Diskussion«, in: Fechter, Mathias (Hrsg.): *Mut zur Politik. Gemeinsinn und politische Verantwortung*, Frankfurt am Main: Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie (Band 6), S. 53–86

Julian Nida-Rümelin

Herausforderungen der Kulturpolitik

Nach einer Wachstums- und Blütezeit in den siebziger Jahren ist die Kulturpolitik seit den späten achtziger Jahren in die Defensive geraten. Zum Teil sind dafür fiskalische Gründe ausschlaggebend. Immerhin werden die wichtigsten kulturpolitischen Entscheidungen – entgegen der Rede von der Länderhoheit über Kultur – in den Kommunen getroffen. 55 Prozent der Steuermittel zur Förderung von Kunst und Kultur werden von den Kommunen und Stadtstaaten ausgegeben. Gerade dort konkurriert jedoch die Kulturpolitik als eine überwiegend freiwillige kommunale Aufgabe mit anderen Politikfeldern der Städte und Gemeinden. In der unmittelbaren Konkurrenz sozialer oder wirtschaftlicher Ziele auf der einen und kultureller Ziele auf der anderen Seite, gelten letztere oft nur von zweiter Priorität.

Für die über viele Jahre andauernde Defensive der Kulturpolitik können aber nicht nur fiskalische Gründe geltend gemacht werden. Noch wesentlicher, wenn auch verborgener, sind inhaltliche Defizite, die im Projekt einer primär sozial motivierten Neuen Kulturpolitik angelegt waren. Diese Neue Kulturpolitik war allerdings über die Maßen erfolgreich. Sie hat die kulturelle Partizipation in einem Ausmaß gesteigert, wie es ihre eigenen Protagonisten wohl selbst kaum für möglich gehalten haben. Dies lässt sich an der Anzahl der Museumsbesuche, der Teilhabe an Maßnahmen der Erwachsenenbildung, der Vielzahl der Kulturevents et cetera ablesen. Die kulturelle Leitidee dieser Neuen Kulturpolitik war sozial. Es sollte auch ein Beitrag zum sozialen Frieden und zur sozialen Integration von Minderheiten und Benachteiligten geleistet werden. Im Laufe der achtziger Jahre wurde diese soziale Legitimationsbasis zunehmend von einer wirtschaftlichen abgelöst. Nun wurden die Standortvorteile kultureller Investitionen und Aktivitäten hervorgehoben. Jetzt geht es darum, eine neue Phase der Kulturpolitik einzuleiten, die sich an der kulturellen Prägung der Lebenswelt orientiert und dementsprechend die kulturelle Praxis, die Kunst und die ästhetische Erfahrung in ihrem Eigenwert anerkennt.

Ein Ende der kulturpolitischen Defensive verlangt beides: neue Handlungsspielräume und ihre Wahrnehmung einerseits und eine inhaltliche Neubestimmung ihrer Legitimation andererseits. Kulturpolitik gestaltet. Das gilt auch für eine Kulturpolitik, die sich lediglich als Ermöglicherin versteht. Ehrlicher und zielführender ist es, diesen Gestaltungsanspruch zusammen mit seinen inhaltlichen Bestimmungsgründen offenzulegen. Eine inhaltliche Bestimmung, die sich nicht von rasch wechselnden Moden und Stimmungen der öffentlichen Meinung, sondern von Gründen leiten lässt, ist wertorientiert. Eine Kulturpolitik, die Gründe anführt, muss von ihrer Intention her den partikularen Standpunkt verlassen. Strategische Interessen (seien sie parteipolitisch oder persönlich motiviert) sind für sich genommen ungeeignet, um gute Gründe zu bestimmen. Wer genuine Gründe benennt, legt sich auf Werturteile fest und vertritt diese gegenüber kritischen Einwänden. Diese Einwände werden nicht dadurch richtig, dass sie Mehrheiten gewinnen, und sie werden nicht dadurch falsch, dass sie sich in der politischen Meinungsbildung nicht behaupten. Die Demokratie bietet ein Verfahren der Entscheidungsfindung im Rahmen der Verfassung, der Gesetze und der Institutionen an, das bei Meinungsverschiedenheiten Handeln erlaubt und den zivilen Frieden bewahrt. Abstimmungen entscheiden jedoch keine Wahrheitsfragen.

Eine wertorientierte Kulturpolitik steht im Spannungsverhältnis von objektivem Begründungsanspruch einerseits und pragmatischer Entscheidungsfindung unter den Bedingungen einer kommunalen Demokratie andererseits. Ohne den begleitenden öffentlichen kulturpolitischen Diskurs, ohne eine informierte und um begründete Urteile bemühte Kulturjournalistik und ohne die Bereitschaft der zuständigen Politikerinnen und Politiker in den Gremien, Räten und Parlamenten, sich auf das Sachargument auch dann einzulassen, wenn es den persönlichen oder Parteiinteressen zuwiderläuft, würde dieses Spannungsverhältnis unerträglich werden. Ohne das Ethos der Begründung und des Respekts zerbricht das normative Fundament einer demokratischen und zivilen Kulturgesellschaft.

Unsere je individuellen Lebensformen sind kulturell verfasst. Sie bringen Wertorientierungen und Überzeugungen zum Ausdruck. Eine gelebte Lebensform repräsentiert das, was der Person wertvoll erscheint. Die Stadtgesellschaft beruht auf einem Netz der Kooperation. Die Kommunalpolitik schafft die Strukturen, innerhalb derer Kooperationen ermöglicht und stabilisiert werden. Diese müssen vereinbar sein mit einer Vielfalt unterschiedlicher Wertorientierungen und den sie repräsentierenden Lebensformen. Von daher ergibt sich die Aufgabenstellung einer kulturverträglichen Stadtentwicklung.

Die vier wesentlichsten Wertorientierungen ergeben sich aus der Forderung nach Umwelt-, Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit. Diese vier Kategorien stehen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis, wobei die Reihenfolge der Nennung ein konzentrisches Verhältnis markiert: Die Kulturentwicklung muss umweltverträglich sein, die Sozialentwicklung muss kulturverträglich sein und die Wirtschaftsentwicklung muss sozialverträglich sein. Von daher ist es

ein fundamentaler und folgenreicher Irrtum anzunehmen, dass sich das Kulturelle erst sozial oder wirtschaftlich zu legitimieren hat. Die kulturelle Verfasstheit der Stadtgesellschaft bietet den Rahmen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.

In diesem umfassenderen Verständnis von Kulturpolitik kann das Ressort »Kultur« einer Stadt nur ein begrenztes Aufgabenfeld wahrnehmen. Kulturpolitik ist in diesem Verständnis eine genuine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts mit ihren jeweiligen Handlungsmöglichkeiten betrifft. Das Aufgabenfeld des Kulturressorts selbst gliedert sich in drei Bereiche:

1. kulturelle Infrastruktur,
2. kulturelle Bildung,
3. Kunst.

Eine Stadt lebt von Orten der Begegnung, Orten der ästhetischen Erfahrung und der kulturellen Verständigung. Ein Teil dieser Orte entsteht ohne kulturpolitische Intervention. Andere bedürfen der Moderation oder auch der dauerhaften finanziellen Förderung. Die kulturelle Verfasstheit einer Stadt oder eines Viertels ist ein öffentliches Gut. Grundsätzlich ist ihre Förderung aus Steuergeldern daher legitim. Überall dort jedoch, wo Orte der Begegnung durch den eigenen Antrieb der einzelnen Bürgerinnen und Bürger entstehen und bewahrt werden, kann sich die Stadt heraushalten. Erst dann, wenn der Markt individueller und differierender Interessen mit den Ansprüchen an die kulturelle Verfasstheit der Stadt kollidiert, ist kulturpolitisches Handeln gefragt. In einer möglichst engen Bezugnahme auf die je artikulierten Interessen der Bürgerinnen und Bürger sorgt die kommunale Kulturpolitik für eine kulturverträgliche Stadtentwicklung. In München liegt der Akzent dabei auf den kleinen kulturellen Zentren, die vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort getragen sind. Die städtischen Maßnahmen sind subsidiär: Sie schließen an schon vorhandene kulturelle Aktivitäten der Bürgerschaft an und unterstützen diese, ersetzen sie aber nicht. Für die Zukunft wird dabei das Konzept eines, die kulturellen Aktivitäten des Stadtviertels bündelnden Bürgerhauses nur in seltenen Ausnahmefällen angestrebt. Die Investitionen für kulturelle Einrichtungen dieser Art und die Folgelasten sind sehr groß und sie stehen oft in Konkurrenz zu einer dezentralen Entwicklung der kulturellen Infrastruktur. Stattdessen haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt, dass eine Teilprofessionalisierung auch aufgrund veränderten Bürgerverhaltens auch bei kleineren kulturellen Einrichtungen unverzichtbar ist. Diese Teilprofessionalisierung soll das bürgerschaftliche kulturelle Engagement stabilisieren. Neue Impulse ergeben sich für die kulturellen Zentren in den Stadtvierteln aus einer stärkeren Einbeziehung zeitgenössischer Kunst. Die Reintegration zeitgenössischer Kunst in die kulturelle Lebenswelt der Bürgerschaft hat dort einen Ort.

Die kulturelle Bildung nimmt ihren Ausgang bei der Vielfalt von Lebensformen und den durch sie repräsentierten Wertorientierungen. Sie ist auf kulturelle Verständigung ausgerichtet, die ohne einen Grundbestand gemeinsamer Erfah-

rungen, Werte und Überzeugungen nicht möglich ist. Kulturelle Differenzen und Konflikte sind Essenz einer urbanen Kultur. Damit diese jedoch nicht zur Ausgrenzung und Marginalisierung, schließlich zum Zerfall der Stadtgemeinschaft führen, müssen sie in einen normativen Grundkonsens der Anerkennung, der Anteilnahme und des Respekts eingebettet bleiben. Die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen, die Kenntnis der Geschichte des eigenen Landes und der eigenen Stadt, die Offenheit für fremde Sprachen und ihre Erfahrungshorizonte, die Auseinandersetzung mit den Künsten und die eigene ästhetische Praxis spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Die urbane Lebenswelt ist durch die Erfahrung alltäglicher Kommunikation und Kooperation geprägt. Die Kunst agiert an den Grenzen dieser Lebenswelt. Sie erlaubt Verständigung auch dort, wo die Alltagssprache versagt, und erschließt Erfahrungen, die nur über das Medium der Kunst zugänglich sind. Die Kunst ermöglicht eine bestimmte Form der Transzendenz – die Überschreitung des begrenzten Horizontes unserer Lebenswelt. Während dies für die Kunst aller Zeiten Gültigkeit hat, ist es ein Spezifikum der Kunst des 20. Jahrhunderts, dass sie sich weitgehend aus der Lebenswelt zurückgezogen hat. Sie hat eigene Orte besetzt wie die des Museums, der Galerie, des Konzertsaals, des Opernhauses, des Theaters et cetera, die sich aus dem lebensweltlichen Kontext ablösen und Distanz schaffen. Die Autonomie der Kunst, der Rückzug in die »Artworld« ist in den vergangenen Dekaden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit einer Marginalisierung der Kunst in der Lebenswelt einhergegangen. Die Phase der Neuen Kulturpolitik in den siebziger Jahren hat es erfolgreich unternommen, die entstandenen Institutionen der »Artworld« für ein breiteres Publikum zu öffnen. Jetzt geht es um den zweiten Schritt: Die Marginalisierung der Kunst in der Lebenswelt rückgängig zu machen, das heißt die zeitgenössische Kunstentwicklung in die urbane Lebenswelt zu integrieren. Der Phase der Öffnung der Institutionen muss eine Phase des Eingangs der Kunst in die Lebenswelt folgen. Hier setzt die Initiative zur Kunst im öffentlichen Raum an. Wohl wissend, dass es die zeitgenössische Kunst außerhalb des Schutzraums der »Artworld« schwer hat, sich gegen die Konkurrenz des Kommerzes und der mobilen Unruhe zu behaupten. Kunst als Teil der urbanen Lebenswelt kann einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, dass das Wesentliche der Stadt, ihre urbane Öffentlichkeit, gewahrt bleibt. Kunst in der Lebenswelt ist keine Konkurrenz zur Kunst in der »Artworld«. Der Schutz, die Konzentration und die Distanz, den die »Artworld« bietet, bleibt unverzichtbar. Die Förderung und der Ausbau der Kunstinstitute, wie die der Theater, der Orchester oder der Museen, bleiben daher ein Schwerpunkt der kulturpolitischen Aktivitäten.

In der kommunalen Kulturpolitik gilt es, drei Balancen zu wahren:

1. zwischen Repertoire und Innovation,
2. zwischen Sinnlichkeit und Reflexion und
3. zwischen Lebenswelt und »Artworld«.

Die Kulturgeschichte zeigt, dass die Rezeption in vergangenen Jahrhunderten überwiegend auf zeitnahe Kunst gerichtet war. Erst im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts regrediert die Rezeption gegenüber der Produktion. Das Repertoire dominiert gegenüber der Innovation. Die Wahrnehmung der Künste verlagert ihren Schwerpunkt zu den »Klassikern« in Literatur, Musik und Bildender Kunst. Der Kunstmarkt spiegelt diese Regression getreulich wider. Aufgrund dieser Besonderheit der Kulturentwicklung muss ein Schwerpunkt der kommunalen Kulturpolitik darauf gelegt werden, der Innovation auch dort Raum zu geben, wo sie sich auf dem Markt der Interessen nicht behaupten kann. Dies heißt Künstlerförderung in unterschiedlichen Formen – vom Stipendium, der Ausstellung, dem Ankauf bis zu den Festivals zeitgenössischen Tanzes, Theaters und Musiktheaters oder der Realisierung von Projekten zeitgenössischer Kunst im öffentlichen Raum der Stadt. Aber auch die großen Kunstinstitute sind gehalten, ihr Privileg, überwiegend mit Steuermitteln finanziert zu sein, zu nutzen, um der zeitgenössischen Kunst Raum zu geben. Die Kulturentwicklung alleine dem Markt überlassen, hieße, der Regression einerseits und der Banalisierung andererseits das Feld zu überlassen. Das Unbequeme zu fördern, ist notwendig, um die Kunstentwicklung nicht abreißen zu lassen. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, dass überkommene Unterscheidungen zwischen Hochkultur und Breitenkultur in die Irre führen. Die Klassikinterpretationen internationaler Spitzenorchester haben ihren Markt und ihre Bewunderer in weiten Teilen der Bevölkerung. Video-Clips der Techno-Musik sind oft von hoher künstlerischer Qualität. Die ästhetische Sensibilität jüngerer, durch Pop, Rock, Hip-Hop, Techno et cetera geprägter Bevölkerungsgruppen ist beachtlich, und es wäre wünschenswert, wenn diese Sensibilität in höherem Maße, als dies bisher geschieht, für den etablierten Kunstbetrieb genutzt würde: Offenheit gegenüber den besonderen ästhetischen Erfahrungen der jüngeren Generationen. Zur Innovation gehört das künstlerische Potential von Frauen. Überall dort, wo kulturelle Differenzen wahrgenommen werden, bildet sich ein besonderes Ferment künstlerischer Sensibilität. Dies gilt für die griechische Klassik ebenso wie für das 20. Jahrhundert. Erst im 20. Jahrhundert aber sind die kulturellen Differenzen der Geschlechter für die Kunst fruchtbar geworden. Das künstlerische Potential von Frauen zu fördern, kommt daher der Kunstentwicklung insgesamt zugute. Es gehört zu den zentralen Aufgaben der kulturellen Bildung, die Sprachen der Kunst zu vermitteln und dabei ein besonderes Augenmerk auf ihre zeitgenössische Fortentwicklung zu legen. Viele Menschen haben das Bedürfnis, an den Grenzen ihrer Lebenswelt Zugang zu der besonderen ästhetischen Erfahrung der Kunst zu gewinnen. Der zeitgenössischen Kunst ist dabei ein besonderes Augenmerk zu geben.

Das Verhältnis von Sinnlichkeit und Reflexion ist ein anderes, je nach Epoche und Kulturregion: Katholisch geprägte Kulturregionen sind sinnlicher, protestantische reflektiver. In der zeitgenössischen Kunst ist der Diskurs zunehmend integraler Bestandteil geworden. Manche befürchten eine Auflösung objekthafter Kunst in bloße Reflexion. Das reflektive Moment tritt gegenüber dem sinnlichen

schon im Eigenbild der Stadt München in den Hintergrund – im Fremdbild ist dieses Phänomen noch ausgeprägter. Damit besteht die Gefahr einer nicht-diskursiven Kulturpolitik, eines Desinteresses am begründenden Argument und dem engagierten Gedankenaustausch. Der Zugang zu einem weiten Spektrum zeitgenössischer, auf Kommunikation, Diskurs und Reflektion angelegter Kunst ist erschwert. Auch hier gilt es, eine Balance herzustellen, und das heißt für München, dem öffentlichen Diskurs und der reflektiven Auseinandersetzung mit Kunst einen größeren Stellenwert im kulturellen Leben der Stadt zu geben. Ein verstärkter Austausch zwischen Wissenschaft und Kunst, die Einbeziehung wissenschaftlicher Analytik in den kulturellen Prozess, dient dieser Balance. Die Wissenschaft ist eben nicht nur die letzte Phase eines Bildungsweges oder die Grundlage beachtlicher Forschungsaktivitäten an den Münchner Universitäten und wissenschaftlichen Instituten, sondern auch zentraler Bestandteil der Stadtkultur. Die Wissenschaft muss stärker in die Öffentlichkeit treten. Das in den angelsächsischen Ländern schon weithin praktizierte Modell der *public science* weist die Richtung. Öffentliche Wissenschaft ist ebenso wie der kulturpolitische Diskurs darauf angewiesen, dass ein anspruchsvoller, sich auf komplexere Sachfragen einlassender Wissenschafts- und Kulturjournalismus eine Mittlerfunktion übernimmt. Ohne diesen Sickereffekt von schwer zugänglicher Forschung und Kunst über die Medien zur Aufmerksamkeit der Vielen ist eine gute Balance zwischen Sinnlichkeit und Reflexion nicht herzustellen.

Kunst operiert an den Grenzen der Lebenswelt[1], sie ist von dieser abhängig und wirkt doch mit einer – im Rückblick oft erstaunlichen – Prägekraft auf die Lebenswelt zurück. Die Künste sind in der Lage, Wahrnehmungsweisen zu verändern, neue Formen der Kommunikation zu initiieren, Utopien eines anderen Lebens wach zu halten. Die Institute der Kunst sind als Schutzraum zu ihrer Entfaltung unverzichtbar. Hier kann die notwendige Konzentration sichergestellt werden. Kurzfristige Verwertungsinteressen treten zurück. Dem kontemplativen Raum steht der Aktionsraum der Kunst gegenüber. Ihr performativer Charakter verlangt nach Einmischung und Interaktion. Die Kunst irritiert nur dort, wo sie mit lebensweltlichen Erwartungen konfrontiert ist. In der Lebenswelt geht die Kunst Verbindungen jenseits eines verbreiteten Autonomieverständnisses ein: mit Werbung, mit Kommerz, mit Event, mit Pop, mit Vergnügen, mit Politik, mit Technik. Die Kunst wird zum Ferment einer unruhigen Gesellschaft, sie entfaltet ihr innovatives Potential, sie stellt Wahrnehmungsweisen und Alltagsgewohnheiten in Frage, sie animiert und irritiert, sie beeinflusst Mode und Design, Wortwahl und Sinngebung. Kunstentwicklung und Gesellschaftsentwicklung bleiben aufeinander bezogen in einem komplexen kulturellen Prozess. Die Kulturpolitik muss dem gerecht werden mit Gestaltungsanspruch, Wertorientierung, Gelassenheit und Urteilskraft.

1 Siehe Julian Nida-Rümelin (2006): *Humanismus als Leitkultur. Ein Perspektivenwandel*, München: C. H. Beck (Teil 2)

Peter Bendixen

Kultur und Kunst – Öffentliches Gut oder kommerzielle Dienstleistung?

Das Wörtchen »oder« im Titel deutet auf einen Gegensatz, eine Alternative hin: Bedarf die Kultur (und mit ihr die Künste und weitere gesellschaftliche Felder) der staatlichen oder kommunalen Obhut oder gehören diese Bereiche (mit wenigen Ausnahmen) unter die Regeln des Marktes und damit monetärer Erwägungen gestellt? Es gibt keine einfachen Antworten auf diese Frage, zumal die Begriffe »Kultur«, »öffentliches Gut« und »Dienstleistung« alles andere als klar sind.

Kultur lebt im Gedächtnis von Menschen und ihren Gemeinschaften und wird zur Praxis, wenn das reale Handeln von den Wertmustern der Kultur geleitet wird. Kultur gibt sich in dinglichen Objekten ebenso zu erkennen wie in Verhaltensweisen und Geisteshaltungen, in den Wissenschaften und auf eine besondere, vielleicht essenzielle Weise in den Künsten. Kultur ist der geistige Baustoff der Gesellschaft und in diesem Sinne ein öffentliches Gut. Dessen Werte wach zu halten, zu pflegen und zu entwickeln, ist Sache der Gesellschaft und ihrer Gruppierungen, die sich dafür ethisch integrer Institutionen zu bedienen pflegt, der kommunalen Ämter etwa oder staatlicher Stellen bis hin zu den politischen Gremien, den kulturpolitischen insbesondere.

Kultur hat geistige Qualität und kann als solche kommuniziert werden. Das dingliche Handeln führt zu Objekten und Konstellationen, aus denen ablesbar ist, aus welcher kulturellen Geisteshaltung sie hervorgegangen sind. Dieser Zusammenhang gilt nicht nur für die Künste, sondern für jede Art von menschlichem Handeln, also auch für die Wirtschaft und ihre Erzeugnisse. Von daher gesehen erscheint es als völlig normal, dass kulturelle Impulse auch aus der Arbeit der Wirtschaft hervorgehen, denn die Komponenten des tägliches Lebens, aus denen sich Lebensstile formen, sind prägende, verstärkende und kombinatorische Elemente der kulturellen Selbstgestaltung von Individuen und ihren Gemeinschaften.

Es ist Sache der (Kulturpolitik der) Gesellschaft, ausreichend Antennen auszufahren für kulturelle Werte und ästhetische Qualitätsnormen, insbesondere auch für ethisch verantwortbare Umwertungen von kulturellen Werten. Das erfordert Durchsetzungsmacht auf Seiten der Kulturpolitik. Kein Zweifel, dass wir seit einiger Zeit einen anhaltenden Trend zur Banalisierung und Simplifizierung von kulturellen Werten in zahlreichen Lebensbereichen durch eine vom Kommerz diktierte Eroberung öffentlicher Wahrnehmungsräume in Form von Werbung und durch die darin verwickelte Unterhaltungsindustrie der Medien erleben. Davon sind die Künste, jede von ihnen auf eigene Weise, massiv tangiert. Die Bedrängnisse der öffentlichen Kulturhaushalte, die verbreitete Neigung, schwierige Werke der Kunst zu simplifizieren oder aus den Programmen zu streichen oder das allmähliche Verschwinden ästhetischer Bildung aus den Curricula der Schulen aller Stufen sind nur Andeutungen für eine Strömung in der Gesellschaft, die Zweifel an der Wirksamkeit kulturpolitischer Einflussmöglichkeiten aufkommen lassen.

Es wäre zu einfach, den allgemeinen Trend zur Kommerzialisierung gesellschaftlicher Bereiche dafür verantwortlich zu machen. Kommerzielle Interessen sind nicht an sich böse. Sie sind nur nicht mit einer Selbstzügelungsmechanik ausgestattet. Die Probleme, die aus der Kommerzialisierung hervorgehen, liegen überwiegend in politischen Schwächen namentlich der Kulturpolitik und der Wirtschaftspolitik. Die Schwäche der Kulturpolitik liegt in der – von wem auch immer zu verantwortenden – Begrenzung ihrer Gestaltungs- und Mitwirkungskompetenzen im öffentlichen Leben. Die Schwäche der Wirtschaftspolitik liegt in ihrer – wohl ideologisch zu verstehenden – Selbstbegrenzung auf das reine Marktmodell, welches als der ausschließliche Ideengeber und Rechtfertigungsgrund fungiert.

Eine dieser rigiden Ideen ist die Vorstellung, dass der tertiäre Sektor der Volkswirtschaft, also die Dienstleistungen, überall dort die bevorzugte Lösung von Problemen bietet, wo individuelle Kreativität und persönliche Leistungsanstrengungen zu *ökonomisch* besseren Ergebnissen führen als im komplexen (oft ja in der Tat überaus bürokratischen) Staatsrahmen oder in der kommunalen Ämterwirtschaft. Von dieser Ideologie ist durch die so genannte Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union der Kulturbereich aufs Äußerste berührt und das klassische Anliegen der Kulturpolitik, über die kulturellen Grundwerte und Maßstäbe zu wachen und sie in den Künsten und anderswo zur Geltung kommen zu lassen, aufs Heftigste gefährdet.[1] Hier stößt kommerzielles, neoliberales Denken ins Herz einer Gesellschaft, anscheinend ohne sich im ungebrochenen Glauben an die alleinige Maßstäblichkeit des reinen Marktes allzu viel Gedanken über die Folgen in Bereichen wie Bildung, Forschung und Kultur zu machen.[2]

Der Begriff »Ideologie« in diesem Zusammenhang stützt sich auf zwei fundamentale Unterlassungen beim Rückgriff auf das Marktmodell. Die erste ergibt sich aus der ungeprüften Annahme, dass das seit Adam Smith vorherrschende, auf dinglicher oder materieller Produktion beruhende Marktmodell auch für Dienstleistungen gilt. Die zweite Unterlassung ergibt sich aus dem fehlenden

Nachweis, dass es sich bei kulturellen Aktivitäten, egal ob öffentlich oder privatwirtschaftlich wahrgenommen, überhaupt um Dienstleistungen, also um individualisierbare, tauschfähige und damit monetarisierbare Sachverhalte handelt.

Dienstleistungen seien durch ihre Immaterialität gekennzeichnet, findet man in einschlägigen Lehrbüchern (s. z. B. Bea 2000: 30), ein fataler Irrtum, falls dies als Abgrenzungskriterium gegenüber Sachleistungen (= materielle Produkte) gemeint sein sollte. Was ist immateriell an der Leistung eines Taxis oder eines Friseurs, zwei Gewerben, die nach der Klassifikation des *Statistischen Bundesamtes* zum tertiären Sektor (den Dienstleistungen) gehört? Wem daran gelegen ist, nur immateriell an einen anderen Ort gebracht zu werden, wird seine Phantasie bemühen, nicht aber ein Taxi rufen. Wer sich auf der anderen Seite ein Haus bauen lässt (eine Sachleistung, so wie Möbel, Autos oder DVD-Player), wird seine Freude oder Befriedigung nicht an den bloßen Stoffen (Beton, Stahl, Ziegel, Holz usw.) haben, sondern aus der geformten Gestalt beziehen. *Diese* hat einen Wert, der subjektiv aus der *kulturellen* Kongruenz zwischen den Lebensmustern des Bauherrn und den Gestalteigenschaften des Objektes hervorgeht. Wenn man so will, besitzen auch Sachleistungen der (hier Bau-)Industrie eine immaterielle, besser: kulturelle Komponente.[3]

Will man Unterscheidungen in den Charakteristiken verschiedener Arten von wirtschaftlichen Leistungen einführen, dann gelangt man zu dem Schluss, dass der »preiswürdige« Wert einer Ware aus dem Grad der Übereinstimmung zwischen individuellen oder gesellschaftlichen Lebensmustern einerseits und den Formeigenschaften produzierter Objekte andererseits resultiert. Die dingliche Seite der Produktion, die in der traditionellen Markttheorie der Ökonomie paradigmatischen Rang besitzt, ist – wie jeder kalkulierende Unternehmer aus seiner Praxis weiß – nur eine Vorstufe oder Bedingung erfolgreicher Operationen am Markt, die dem monetären Grundgesetz gehorcht, dass auf die Dauer die Einnahmen größer sein müssen als die Ausgaben. Dieser monetäre Kreislauf ist indessen *nicht maßgeblich* für die über Marktkommunikation sich bildenden *kulturellen* Werte. Die Erfahrung, dass im kommerziellen Zusammenhang nur solche kulturellen Muster aufgegriffen und eingearbeitet werden, die den Kaufinteressenten kulturell schmeicheln, ihnen zumindest keine hohen Anstrengungen oder womöglich Provokationen zumuten, hat zur Folge, *dass sich der kommerzielle Sektor wenig dazu*

1 Dokumente zur EU-Dienstleistungsrichtlinie unter http://www.bmwi.de/Navigation/Wirtschaft/Dienstleistungswirtschaft/Dienstleistungsrichtlinie.html

2 Der Kommerz ist von seiner Anlage und seiner Praxis her eine nationale Grenzen durchbrechende Aktivität. Sein Anliegen kann es logischerweise nicht sein, das nationale Kulturerbe und die kulturelle Identität einer Nation zu pflegen und die Vielfalt zwischen und innerhalb der verschiedenen Kulturen zu wahren. Die Dienstleistungsrichtlinie der EU läuft, so wie sie derzeit angelegt ist, der *UNESCO*-Konvention über kulturelle Vielfalt diametral entgegen. In ihrem Entwurf (deutsche Übersetzung durch das *Sekretariat der Kultusministerkonferenz* v. 2.8.2004, S. 2) heißt es, die *UNESCO* »stellt fest, dass die Globalisierungsprozesse, die durch die rasche Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtert wurden, auch wenn sie bisher unbekannte Bedingungen für eine verstärkte Interaktion zwischen Kulturen schaffen, dennoch gleichzeitig eine Bedrohung der Vielfalt darstellen und zu einer Verarmung kultureller Ausdrucksformen führen können«.

3 Eine differenziertere Darstellung dieser Sachverhalte ist hier nicht möglich; vgl. Bendixen 2003, 2005.

eignet, die kulturellen Grundwerte und Texturen einer Gesellschaft wach zu halten, zu pflegen und im historischen Kontext angemessen weiterzuentwickeln.

Besondere Fälle treten dann auf, wenn zwischen der dinglichen Basis einer Produktion und der kulturellen Werterzeugung eine große Lücke klafft, etwa wenn die Kosten für Leinwand, Farben, Pinsel und Nutzung eines Ateliers im Vergleich zum kulturellen Wert eines Gemäldes kaum zu Buche schlagen, auch wenn der »wahre« Wert von Kunstwerken oft erst lange nach dem Ableben des Künstlers von der Gesellschaft »entdeckt« wird. Auf solche Fälle, genauer: auf die kulturellen Wertbildungsprozesse die traditionelle ökonomische Markttheorie anzuwenden, ist barer Unsinn.[4] Dies gilt nicht nur für Kunstproduktionen, sondern für jede Art von Leistungen, bei denen die »immaterielle« (geistig-kulturelle) Komponente der Gestaltarbeit eine überragende, wenn nicht die ausschlaggebende Bedeutung besitzt. Nur bei lapidaren, umstandslosen Anknüpfungen an gängige kulturelle Muster kann man in der Praxis den Hauptakzent auf die monetäre Seite legen, und nur dann liegt eine Eignung für eine kommerzielle Handhabung vor.[5]

Diese (natürlich viel zu wenig differenzierten) Überlegungen machen deutlich, worin die Schwierigkeiten liegen, im Zusammenhang mit Kultur und kulturellem, namentlich künstlerischem Schaffen von kommerziellen Dienstleistungen zu sprechen. Der Kommerz stammt aus der Sphäre des Kapitaleinsatzes und ist mit den dinglichen Operationen aufs Engste verknüpft. Verwickelt wird die Geschichte dadurch, dass auch auf der Ebene des kulturellen Schaffens regelmäßig Geld fließt, hauptsächlich in Form von Honoraren, Tantiemen, Gagen sowie über die institutionellen Vorkehrungen für kulturelle Produktionen, zum Beispiel Theaterhäuser oder Museen.[6] Dieser Geldfluss hat (fast) gar nichts mit dem Kommerz, aber sehr viel mit kulturpolitischer Kunstpflege und -verantwortung, mit (Ehren-)Preisen, Dotierungen und mäzenatischem Engagement zu tun. Keinem Betriebswirt wird es jemals gelingen, die Gagen eines großen Sängers (oder die noch viel höheren eines großartigen Fußballspielers) auf der Grundlage von Beschaffungskosten und Kostenvoranschlägen zu kalkulieren.

Als Zwischenergebnis sei festgehalten, dass kulturelle Leistungen nicht kategorisch Dienste sind[7], die – wie die Ideologie des reinen Marktes es gerne hätte – grundsätzlich über kommerzielle Einrichtungen abzuwickeln sind. Ein solcher

4 Von Seiten der neo-klassischen Ökonomie wird allerdings genau dies postuliert. (Vgl. Homann/Suchanek 2000) Für sie ist Ökonomie die Lehre von der rationalen Wahl, und zwar durchgängig nicht nur in wirtschaftlichen Zusammenhängen. Eine ähnliche Problematik wie bei der Schaffung kultureller Werte findet sich bei Glücksspielen. (Vgl. Bendixen i. V.)

5 Zahlreiche Ausnahmen und Sonderfälle wie beispielsweise die Leistungen von kommerziellen Galeristen, Buch- und Musikverlegern belegen die Komplexität dieser Sachzusammenhänge und die Tatsache, dass sich Kunstanspruch und kommerzielles Interesse nicht zwingend widersprechen müssen.

6 Diese sind natürlich selbst Objekte betont kultureller Produktion. Ein Museum sieht eben nicht aus wie ein Mietshaus, sondern hat meist einen monumentalen Charakter.

7 Man könnte sie vielleicht als gesellschaftliche Dienste am kulturellen Erbe einschließlich der Weiterentwicklung kultureller Werte durch kreatives Kunstschaffen bezeichnen. Keinesfalls aber wären es individualisierbare Dienste an Konsumenten. Die Individualisierung ist eine zwingende Voraussetzung für einen marktförmigen Waren- oder Leistungstausch. Gewisse Besonderheiten ergeben sich bei Leistungen im Auftrag der öffentlichen Hand. Darauf kann hier nicht eingegangen werden.

kategorischer Radikalismus, wie er in manchen Kreisen der Politik und internationaler Institutionen wie der EU-Kommission praktiziert wird, ist durch die ökonomische Theorie im Übrigen nicht gedeckt. Die traditionelle (neo-klassische) Ökonomie hat sich eine fatale Verengung auf die dinglichen Vorgänge der gewerblichen Produktion geleistet, die den unabdingbaren Spannungsbogen zwischen dinglich-monetären Vorgängen und kulturellem Wertschaffen gar nicht ins Visier bekommt. Die von der EU vorgelegte Dienstleistungsrichtlinie operiert mit dem wissenschaftlich völlig ungesicherten Anspruch, dass das neo-klassische Marktmodell ohne weiteres Bedenken auf den tertiären Sektor anwendbar ist.

Der *absolute* Geltungsanspruch des herrschenden Marktmodells ist indessen selbst in den traditionellen Feldern der so genannten Sachproduktion fragwürdig. Es fragt sich nämlich, was Wirtschaft eigentlich sachlich ist. Die Problematik ergibt sich daraus, dass Wirtschaft nach landläufigem Verständnis mit der Bereitstellung materieller Ressourcen befasst ist, also *überall* in der Gesellschaft in solche Prozesse hineinwirkt, in denen ideengeleitete Handlungen konkret vollzogen werden. Es geht also um Rohstoffe, Nahrungsmittel, Gerätschaften, Transportmittel und Bauten der verschiedensten Art. Ist also die Wirtschaft der Bereich der physischen Operationen? Dann ist sie kein geschlossenes System, sondern eine in allen gesellschaftlichen Bereichen wirkende Schicht physischer Dispositionen. Ist sie dagegen eine Textur von Gelddispositionen (vom Kapitaleinsatz bis zur Gewinnausschüttung), welche sich selektiv (nach dem Kriterium der Profitabilität) in die physischen Dispositionen einbringt, dann ist die Wirtschaft ein real wirkendes monetäres, marktförmiges System. *Nur für dieses System* sind die Theorien und Modelle der (neo-klassischen) Ökonomie des Marktes angelegt, nicht für physische Dispositionen, die anderen als monetären Kriterien, zum Beispiel kulturellen, folgen.

Die neuzeitliche Ökonomie hat sich auf eine bedenkliche Weise einen Mangel an Klärung ihres Gegenstandes und an Sinnbezügen zur lebensweltlichen Kultur geleistet, der nur schwer zu korrigieren ist. Das Weltbild der Ökonomie[8] neigt konsequenterweise dazu, Kulturpolitik als ein außerökonomisches Gestaltungsfeld zu betrachten, dem man wohl oder übel gewisse Zugeständnisse machen muss, um die Gemüter zu beruhigen, das aber eigentlich die Rationalität ökonomischen Handelns stört, hemmt oder auf Abwege lenkt. Die Ausblendung geistiger Realitäten in der herrschenden rationalistischen Ökonomie ist selber ein irrationaler Akt. Durch ihn wird verschleiert, dass die *alle* Gesellschaftsbereiche tangierende Allokation von materiellen Ressourcen (gesteuert über das Geld) kommerzielle Interessen immer dann hervorruft, wenn auf der *monetären Ebene* Gewinne erzielt werden können. Der Kommerz ist deshalb nur eine historisch gewachsene, spezielle Form des Zugriffs auf materielle Ressourcen. Dass der Kommerz kulturelle Einlassung als Störung empfindet, ist dann nur folgerichtig.

8 Diese Problematik ist nach meiner Einschätzung ein nach wie vor ungelöstes Fundamentalproblem der herrschenden neoklassischen Ökonomie. Vgl. einige Gedanken dazu in Bendixen 2003, 2005.

Betrachtet man die Sachlage indessen von einer anderen Seite, von der aus die menschliche *Kultur* als *das Wesentliche*, das Animalische Überschreitende und dem individuellen wie sozialen Leben Sinn Gebende erscheint, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass wirtschaftendes Handeln auf den gestaltenden und damit kulturellen Einfallsreichtum von Menschen, Gruppen und ganzen Gesellschaften *angewiesen* ist, dass die filigranen Strukturen einer vitalen und entfalteten Gesellschaft zwar der dinglichen Ressourcen bedürfen, dass diese aber für sich allein keinen Sinn machen, wenn keine kleinen und großen Träume, Weltbilder und Lebensentwürfe mehr hervorgebracht werden.

Aus diesem Grund gehören ins Zentrum politischer Orientierung und Gestaltung mit Sicherheit die Kultur- und mit ihr die Bildungs-, die Forschungs- und die Umweltpolitik, letztere deshalb, weil menschliche Lebensgestaltung auf die Dauer nicht gegen die Möglichkeiten der Natur gerichtet sein kann. Vielleicht kühn, aber nicht unlogisch, ist das Postulat, dass (eine erweiterte) Kulturpolitik in die obere Etage, wenn nicht ins Zentrum der Politik zu rücken ist. Die Mindestforderung indessen, dass von jeder Art von Politik *kulturelles* (und nicht nur ökonomisches) Bewusstsein zu verlangen ist, kann eigentlich nur am Unwillen oder Unvermögen scheitern.

Eine Projektion dieser abgehobenen Überlegungen auf die konkrete Frage des Verhältnisses zwischen öffentlichem Kulturauftrag und privatwirtschaftlich regulierten kulturellen Dienstleistungen klärt zwar nicht alles, schafft aber eine einigermaßen stabile Plattform der weiteren Argumentation. Die Kernfrage ist darauf gerichtet, was tatsächlich Gegenstand *öffentlich* bereitgestellter kultureller Leistungen und was – irgendwie im Gegensatz dazu – Gegenstand *kommerziell* bereitgestellter kultureller Leistungen sein könnte.[9]

Die Vermutung liegt nahe und wird oft auch geäußert, dass über den Kommerz in die Öffentlichkeit gelangte kulturelle Leistungen an einer gewissen Armut an spiritueller (kultureller, bedeutungsgeladener) Komplexität leiden. Als Grund dafür wird angenommen, dass die Aussagekraft kultureller Leistungen unter dem Selektionsdruck des Kommerzes auf eine Weise bis weit in den Bereich des Banalen und Vordergründigen herunter gebrochen wird, dass sie dem (vermeintlich) bloß Vergnügung und Unterhaltung suchenden Kaufwilligen möglichst wenig Anstrengungen und Denkzwänge auferlegt. Von der Ästhetik kultureller Kommunikation bleibt dann letztlich nicht viel mehr übrig als ein paar Oberflächenimpressionen, Irrationalitäten und Infantilismen.

Solche Vorstellungen sind entschieden zu simpel und führen in die Irre. Man mag sich darüber aufregen, dass die Theatralik und das kommerzielle Getöse des Vermarktens von kommerziellen Produkten jedweder Art die Geister der Kauflustigen rattenfängerartig ins Reich der Naivität entführen, um sie dort »über den

9 Es würde an dieser Stelle eine Überforderung der Geduld des Lesers sein, wenn der feine Unterschied zwischen einem Gut und einem Dienst herausgearbeitet würde. Beide seien in ihrer Funktion gleichgesetzt, denn beide sind Kategorien in einem Realisierungsvorgang auf der Basis von Gestaltungsideen und beide, auch die Dienstleistungen, *folgen* stets handlungsförmig auf das, was *zuvor* in Köpfen Form angenommen hat.

Tisch« zu ziehen. Dass schlichte Bedarfsgüter des Alltags, wie etwa Kosmetika, Hemden oder Kartoffeln, zu jenen Erzeugnissen gehören, die aus ihrer Alltäglichkeit heraus nur wenig Charme für tiefgründige Kreationen bieten und deshalb ästhetisch besonders lautstark feilgeboten werden müssen, um überhaupt wahrgenommen zu werden, sollte niemand verwundern. Geschäftlicher Erfolg resultiert (heute) nicht (mehr) aus gut gemachten Erzeugnissen, sondern aus auffälliger öffentlicher Kommunikation.[10]

Die Entwicklung der Industrie hat historisch eine lange Spur der technischen Standardisierung von Erzeugnissen (um der Rationalisierung und preisgünstigen Produktion willen) hinter sich hergezogen mit der Folge, dass diese der »künstlichen« Aufwertung durch äußerliche Ästhetisierung bedürfen, um der dramatischen Konsequenz zu entgehen, dass sie im ausgereiften Stadium leicht technisch nachgeahmt und anderswo deutlich kostengünstiger nachgebaut werden können. Der lange gehegte wirtschaftliche Vorsprung der Industrieländer ist mit der Zeit dahin geschmolzen wie Schnee in der Sonne, unaufhaltbar Massenarbeitslosigkeit hinterlassend. Die Industriegesellschaft herkömmlichen Stils ist – das ist sicher keine Übertreibung – ein Auslaufmodell, das in den alten Industrieländern immer weniger trägt. Die klassische Massenversorgungsindustrie ist längst dabei, sich in eine *Lebensstilindustrie* zu verwandeln, in der ästhetische und kommunikationsmediale Kategorien als »Produktionsmittel« den Vorrang einnehmen vor solchen (altbacken wirkenden) Produktionsfaktoren wie Boden, Arbeit und Kapital.

Was die Frage der Unterscheidbarkeit und Austauschbarkeit von öffentlichen und kommerziellen Kulturleistungen wahrhaftig belastet, ist der nachhaltige und schon ziemlich weit gediehene *Prozess der Annäherung* beider als Quellen der kreativen Hervorbringung von ästhetischen Elementen der Lebensstilgestaltung. Die Anhörung einer Fernsehübertragung von »La Traviata« wird immer weniger als ein kategorialer Kontrast zum authentischen Opernerlebnis bei den »Salzburger Festspielen« empfunden. Gleichzeitig ist die Oper auf dem Fernsehschirm beliebig austauschbar gegen andere Erlebnismöglichkeiten (vielleicht Fußballübertragungen oder Talk Shows).

Was den Freizeitwert angeht, hat man die Wahl zwischen unendlich vielen Oberflächlichkeiten. Das Problem dabei ist nicht nur die Austauschbarkeit, sondern der Verlust an Tiefe, von dem die *alten* Formen der Kunstwahrnehmung, vornehmlich solche der darstellenden Künste, getroffen werden. Andere Lustbarkeiten, kommerzielle zumal, haben ja niemals Tiefe versprochen. Durch die wachsende Oberflächennähe zwischen öffentlich geförderten und kommerziell geprägten Kulturleistungen könnten sich mit der Zeit die Lust und die Fähigkeit zur Wahrnehmung ästhetischer Feinheiten und künstlerischer Raffinesse abschleifen. Das wird nicht unbedingt das Ende der großen Kunst des kulturellen

10 Das schließt selbstverständlich nicht aus, dass hinsichtlich der Erzeugnisse selbst hohe Qualität angestrebt wird. Qualität und kommerzieller Erfolg sind nicht von Natur aus Gegensätze.

Erbes, wohl aber deren Banalisierung und Infantilisierung sein. Wohlgemerkt: Das könnte so kommen. Eine Kulturpolitik, die sich auf die bloße Administration des immer weiter schrumpfenden kommerzfreien Kulturlebens abschieben lässt, kann da kaum gegensteuern.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob es gute Gründe gibt, das Kulturleben eines Landes (oder einer Kommune) als eine auch finanziell unterstützenswerte *öffentliche* Angelegenheit zu betrachten und zu fördern. Ein einfaches »Ja, aber nicht grenzenlos« ist gewiss unstrittig. Die Verlängerung dieser Antwort in Richtung auf das Subsidiaritätsprinzip (»die öffentliche Hand trete nur dort ein, wo etwas Bedeutendes sich privatwirtschaftlich nicht trägt«) ist dagegen ziemlich problematisch, denn das hieße für die Kulturpolitik, sich passiv dem kulturellen Urteil des Marktes zu unterwerfen, der kein anderes Kriterium kennt als das Geld, und sich jenseits der Willigkeit des Kommerzes auf eine Art »Rumpfterritorium« zurückzuziehen.

Die zentrale Frage hier lautet deshalb, ob es Gründe gibt, über die öffentliche Hand, also die Kulturpolitik, selbst dann zu intervenieren, wenn eine kulturelle Einrichtung sich finanziell, das heißt mit kommerziellen Mitteln, über Wasser halten kann. Dies könnte sich aus der Vermutung ergeben, dass die sinnliche (ästhetische und symbolische) Qualität des Gebotenen zu weit unter den Anforderungen bleibt, die allgemein (politisch, gesellschaftlich) für wünschenswert gehalten werden. Hier wird ganz klar der Kulturpolitik zugemutet, auch in den Gefilden des Kommerzes das Wort zu erheben oder die Tat anzukündigen, wo immer kulturelle Substanz tangiert wird.

Da liegt natürlich der Aufschrei in der Luft, dass damit einer interventionistischen Kulturpolitik das Wort geredet wird. Das ist so nicht gemeint. Wohl aber könnten über die Kulturpolitik *gesellschaftliche Kräfte gefördert* werden, die dank ihrer ästhetischen und intellektuellen Urteilskraft einem Trend zum Banalen und Oberflächlichen entgegen wirken können. Das mögen abgesehen von den Künstlern selbst – wie immer schon – die (verantwortungsbewussten) Kräfte der medialen Kritik (in Feuilletons und anderswo) oder andere Institutionen der Gesellschaft sein. Mindestens ebenso wichtig ist das Publikum selbst.

Während der Kommerz dazu tendiert, das Publikum zu einem Konsumenten-Cluster zu machen, auf das man geschmeidig eingeht, gehört in die Beziehung zwischen Künstlern und Publikum der streitbare Dialog, dessen Qualität allerdings von der geschulten Aufmerksamkeit der Rezipienten maßgeblich mitbestimmt wird. Die Stärkung der Urteilskraft des Publikums ist eine Bildungsfrage, und damit werden zugleich die Querverbindungen von der Kulturpolitik zur Bildungspolitik thematisiert. Man kann (eine ziemlich kostengünstige, wenigstens nahezu kostenneutrale) Kulturförderung dadurch betreiben, dass den Schulen nicht die musischen Fächer gestrichen, sondern diese im Gegenteil zu Lasten mancher kognitiver Lernüberlast ausgeweitet werden.[11]

11 Unzählige Untersuchungen haben längst bestätigt, dass Musikerziehung nicht nur Persönlichkeiten formt, sondern die Kreativität und die kognitiven Leistungen eines menschlichen Gehirns deutlich steigert. Vgl. stellvertretend für viele andere Altenmüller/Gruhn 1997; Altenmüller/Gruhn/Parlitz 1997: 97–109.

Die Anmerkungen zur Frage der Konzeption und politischen Verankerung von Kulturpolitik hat die Frage offen gelassen, ob die Reichweite solcher Gestaltungsaufgaben auf die Kunstpolitik und angrenzende Felder beschränkt bleiben, also dem klassischen Ressort eines Kulturministeriums (Kultusministeriums) und auf kommunaler Ebene dem Kulturamt entsprechen soll, oder ob nicht vielmehr ein umfassendes Verständnis von Gesellschaftskultur zumindest perspektivisch Pate stehen soll. Einem Kulturwissenschaftler mag es dabei um das alte Problem gehen, was man unter Kultur zu verstehen habe; einem Kulturpolitiker muss es aber darum gehen, wie Kultur sich bildet und verändert und was zu ihrer Pflege und Entwicklung pragmatisch getan werden kann und muss.

Kultur (im weitesten Sinne) bildet sich aus individuellen Handlungen, die sich durch soziale Kommunikation zu gemeinsamen Grundmustern des (Zusammen-)Lebens verdichten.[12] Es bilden sich Werte mit einer allerdings oft brüchigen oder flüchtigen Verlässlichkeit und dem langsamen Verschwinden aus dem Bewusstsein der Beteiligten, wenn sie nicht in jedem einzelnen Leben angeeignet und immer wieder revitalisiert werden. Nur was gelebt wird, hat Bestand über den Tag hinaus, und nur was im Bewusstsein Bestand hat, kann zum Gegenstand von Veränderungen gemacht werden.

Es ist gewiss nicht Aufgabe der Kulturpolitik in einer offenen Gesellschaft, unmittelbar gestaltend in das Entstehen und Vergehen von Wertbeständen in der Gesellschaft einzugreifen und die Entwicklungen in vorgegebene Bahnen zu leiten. Doch ist Wachsamkeit vonnöten, ob sich innerhalb der Gesellschaft genügend Kräfte entfalten können, die die Erinnerung an Werte und die Formen ihrer Festigung oder Veränderung permanent betreiben. In dieser gesellschaftlichen Erinnerungsarbeit stehen ganz weit vorne die Künste und die Institutionen ihrer Pflege. Wem daran gelegen ist, nicht nur solche Werte und Lebensmuster bestimmend werden zu lassen, die durch den monetären Selektionsdruck des Kommerzes das Licht der Gesellschaft erblicken dürfen, sondern umfassende Kategorien wie beispielsweise Gerechtigkeit, Toleranz, Freiheit, Friedfertigkeit und viele weitere zur Geltung kommen lassen will, wird eine Kulturpolitik einfordern und unterstützen müssen, die sich (über das Finanzielle hinaus) fördernd der Kultur und Kunst zumindest in wesentlichen Teilen als eines öffentlichen Wertbestandes annimmt.

Das Verhältnis zwischen öffentlichem Kulturauftrag und kommerziellen Dienstleistungen im Kulturbereich muss nicht als unversöhnlicher Gegensatz gesehen werden. Beide Leistungsformen ergänzen sich. Die entscheidende Frage vielmehr ist, ob die öffentlichen Leistungen sich defensiv verhalten, indem sie subsidiär nur das bedienen, was der Kommerz als nicht lohnend übrig lässt, oder ob die Kulturpolitik ihrerseits die Bereiche bestimmt, die ungefährdet für ihre Ziele und Perspektiven dem Kommerz überlassen werden können. Es gibt gute Gründe, der zweiten Version den Vorzug zu geben.

12 Zum gleichen Ergebnis kommt Heinz von Foerster (2004: 61): »... Es entstehen Eigenwerte beziehungsweise Eigenverhalten, stabile Formen der Interaktion. Sprache, Sitten und Gebräuche eines Kulturkreises kann man demnach als Eigensprache, Eigensitten und Eigengebräuche dieses Kulturkreises interpretieren ...«

Literatur

Altenmüller, Eckart/Gruhn, Wilfried (Hrsg.) (1997): *Music, the Brain, and Music Learning – Mental Representation and Changing Cortical Activation Patterns through Learning,* Narberth/PA

Altenmüller, Eckart/Gruhn, Wilfried/Parlitz, Dietrich (1997): »Musiklernen. Pädagogische Auswirkungen neurobiologischer Grundlagenforschung«, in: Scheidegger, Josef/Eiholzer, Hubert (Hrsg.): *Persönlichkeitsentfaltung durch Musikerziehung,* Aarau, S. 97–109

Bea, Franz Xaver/Dichtl, Erwin/Schweitzer, Marcel (2000): *Allgemeine Betriebswirtschaftslehre*. Band 1: *Grundfragen*, Stuttgart (8. Auflage)

Bendixen, Peter (2003): *Das verengte Weltbild der Ökonomie – Zeitgemäß wirtschaften durch kulturelle Kompetenz*, Darmstadt

Bendixen, Peter (2005): *Der Traum vom Wohlstand der Nationen – Eine Kritik der ökonomischen Vernunft*, Wien

Bendixen, Peter (2006): »Ökonomie der Glücksspiele«, in: (Arbeitstitel) Gebhardt, I. (Hrsg.): *Handbuch Glücksspiel – Ökonomie, Recht, Sucht*, Berlin

Foerster, Heinz von (2004), in: Foerster, Heinz von/Pörksen, Bernhard: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners. Gespräche für Skeptiker.* Heidelberg (6. Auflage)

Homann, Karl/Suchanek, Andreas (2000): *Ökonomik: Eine Einführung*, Tübingen

Hilmar Hoffmann

Spannungen und Konvergenzen

Interkultureller Dialog im Inneren und im Äußeren

Der Jesuiten-Missionar Matteo Ricci lebt von 1582 bis zu seinem Tod 1610 in China. Er macht die Chinesen 1601 mit den europäischen Weltkarten bekannt, die eigentlich für beide Seiten eine Provokation bedeuten. Sie lassen die Kleinheit Europas erkennen, aber auch die Chinesen sind enttäuscht, weil sie sich nicht im Zentrum der Welt wieder finden. Sie sind gewohnt, dass auf ihren eigenen Weltkarten fast der ganze Raum von den 15 chinesischen Provinzen eingenommen wurde, während sie auf Riccis Atlas sehen, dass China eigentlich doch ein relativ kleines Reich ist.

Heute sind für die europäisch-atlantische Welt ähnliche Desillusionierungen zu erwarten. Sie ist nicht mehr der Nabel der Welt. Thomas Friedman von der *New York Times* hat in seinem Buch »The World is flat« darauf hingewiesen, dass die Dynamik der chinesischen und indischen Wirtschaft die USA schon sehr bald einer wahren Schockwelle gesellschaftlicher Veränderungen aussetzen werde. Die Nordamerikaner wissen auch, dass es schon heute ohne Inder und Chinesen kaum noch Doktoranden in den klassischen naturwissenschaftlichen und technischen Fächern der Universitäten der USA gibt. Und inzwischen ist für US-Kids interkontinentale Nachhilfe aus Madras oder Cochin per Mausklick zu erhalten, »Offshore Tutoring« genannt.

Wo ressortiert Auswärtige Kulturpolitik?

Was für die USA gilt, wird mit Modifikationen auch Europa zu spüren bekommen. Auch wenn ich vermute, dass wir uns mit der Pluralität der Welten anfreunden müssen, möchte ich mich dem damit verbundenen Pessimismus nicht anschließen. Ich plädiere dafür, die durchaus vorhandenen anderen Möglichkeiten des »alten Europa« zu nutzen und Europa mit einem eigenen Profil auszustatten, das Friedenspolitik und Gerechtigkeitsideale pflegt und eine soziale Zähmung

der Globalisierung vorantreibt. Auch von »Entspannungspolitik« lässt sich heute wieder reden, denn wie einst die sozialistischen Staaten mit ihrem ganz anderen Gesellschaftsmodell im Wettbewerb zum »Westen« standen, so ist unser Verhältnis zu den islamischen Staaten auch gekennzeichnet von grundlegenden und gefährlichen Gegensätzen. Und das objektiv so zu sehen, bedeutet ja nicht, das Paradigma vom »Kampf der Kulturen« sich zu eigen zu machen.

Auswärtige Kulturpolitik kann dazu beitragen, die Chancen Deutschlands und Europas zu verbessern – aber nur mit entsprechender Ausrichtung als Mittel zur Förderung des interkulturellen Dialogs. Das kann aber nur *auswärtige Kulturpolitik* erfolgreich leisten. Immer wieder wird über die Verlagerung der auswärtigen Kulturpolitik in ein Bundeskulturministerium diskutiert. Aber schon bei der Diskussion um den »Bundeskulturminister« im Herbst 1998 war mir als Präsident des *Goethe-Instituts* klar, warum eine eigenständige auswärtige Kulturpolitik sinnvoll ist: Sie ist *nicht* die Interessenvertretung der Kultur aus Deutschland nach außen. Sie betreibt *nicht* Werbung für deutsche Literatur oder Kunst oder Architektur. Sie zielt *nicht* einseitig auf Exportförderung. Sie ist auch *nicht* die Präsentation dessen, was diese Republik ausmacht. Das würde sie nur der Außenrepräsentation überwundener Zeiten annähern.

Nein, sie ist in aller erster Linie *Institution des Kulturdialogs*, des kulturellen Kontaktaufbaus. Sie streckt neugierig die Fühler aus zu den Anderen. Sie tut dies nicht in irgendjemandes Spezialinteresse, sondern sie tut es wie im Amtseid des Bundeskanzlers (der Bundeskanzlerin) vorgesehen: Um dem Wohl des ganzen Volkes zu dienen. Indem sie sich mit Energie total diesem Ziel widmet, wird sie auch für all die genannten anderen Aspekte wichtig – aber erst sekundär (dann vielleicht sogar umso überzeugender, weil sie dies nicht mit schlechtem Gewissen zu sein braucht).

Wir sollten nicht mehr vom »Dialog der Kulturen« sprechen: Es sind nie die Kulturen, die miteinander in Kontakt treten, sondern immer nur Individuen, geprägt von unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Wenn sie als Repräsentanten von Organisationen, Gesellschaften, Staaten oder »Kulturen« auftreten und auf der Grundlage von Beschlüssen, Gesetzen oder tradierten (konstruierten) Ideologien argumentieren, auch dann vertreten sie die Interessen, Haltungen und Motive ihrer jeweiligen Gruppierung immer nur gefiltert durch ihre eigene Subjektivität. Daher sollte man lieber vom Dialog der Individuen unterschiedlicher kultureller Prägung reden, von *interkultureller Kommunikation* oder, am einfachsten, von *interkulturellem Dialog,* wann immer die Begegnung und der Informationsaustausch zwischen Individuen unterschiedlicher Herkunft und Tradition gemeint sind. Was der Staat mit seiner auswärtigen Kulturpolitik ermutigen kann, das ist *zwischenstaatlicher interkultureller Dialog.*

Durch die Orientierung auf den interkulturellen Dialog kann die auswärtige Kulturpolitik mit ihren Außenkontakten der Kultur im Inneren Impulse geben – zum Beispiel bei der Überwindung von provinzieller Borniertheit. Sie trägt dazu bei, die kulturellen Trends und aktuellen Diskussionen in anderen Teilen der

Welt wahrzunehmen und sich mit ihnen auseinander zu setzen. Dabei helfen zum Beispiel das *Haus der Kulturen der Welt* in Berlin oder das *Goethe-Forum* in München. Auch in dieser Fähigkeit legitimiert sich die auswärtige Kulturpolitik als eigenständige »Dritte Säule«, und auch daraus kann sich das Selbstbewusstsein ihrer Mittler nähren.

Stichworte, unter denen sie antreten soll, sind interkultureller Dialog statt »Kampf der Kulturen«, kulturgestützte Sicherheitspolitik als Zukunftspolitik, Lerngemeinschaften und »aufgeklärter Egoismus« in der internationalen Politik. Mit dieser Position bekenne ich mich zu einer Außenpolitik des »Konstruktivismus«, für den nicht »Macht- oder Gewinnpolitik«, sondern normgerechtes Verhalten im Zentrum steht, und zwar in Form eines »*transnationalen* Konstruktivismus«, der den Schwerpunkt auf internationale Normen legt (*UN*, *UNESCO*, Menschenrechte, Friedenspolitik, Nachhaltigkeitspolitik in gemeinsamer Verantwortung), wie sie auch von der Konzeption 2000 des *Auswärtigen Amtes* vertreten wird. Das kulturelle Fundament des Staates, also die Staatsziele und die gemeinsamen Werte, mit denen ein Gemeinwesen zusammengehalten wird, ist entscheidend für eine solche Außenpolitik.

Es gibt ferner diverse Nebenaspekte, die für einen Verbleib der auswärtigen Kulturpolitik beim *Auswärtigen Amt* sprechen. Dazu gehören der diplomatische Status des Personals, die Erleichterungen der Arbeitsmöglichkeiten und so fort. Aber der Hauptgrund besteht in dem qualitativen Unterschied zwischen dem interkulturellen Dialog auf zwischenstaatlicher Ebene und der Kulturpolitik. Denn letztere bezieht sich auf die Förderung eines lebendigen und anregungsreichen kulturellen Milieus in Inneren (nicht abstrakt und unspezifisch auf Kultur), auswärtige Kulturpolitik dagegen auf den interkulturellen Dialog.

Kultur ist Charakteristikum einer Gemeinschaft

Ein solches Modell von Außenkulturpolitik berücksichtigt, dass in der aktuellen Weltpolitik die Akteure sich immer häufiger kulturell definieren. Es geht davon aus, dass Gesellschaften mit bestimmten Werten und Standards in der Weltpolitik auftreten, dass sie sich deutlich voneinander unterscheiden wollen und ihre Politik von unterschiedlichen Traditionen und Motiven geprägt ist.

Ethnologie, Kulturwissenschaften und Kulturanthropologie beschreiben, wie Menschen in ihren sozialen Zusammenhängen auf je spezifische Weise eine Nische in der Lebenswelt ausfüllen und gestalten. Es ist die Kultur, und zwar die symbolische wie die materielle, die eine Gesellschaft von anderen unterscheidet. »Kulturstile« sind als überpersönliche Form gleichzeitig prägend und geprägt. Die Menschen schaffen ihre eigene Kultur durch ihre Lebenspraxis, aber sie sind immer auch geprägt von ihr.

Die »Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt« der 31. Generalkonferenz der *UNESCO* von 2001 »bekräftigt, dass Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften an-

gesehen werden sollte, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und dass sie über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst«.

An eine solche Definition von Kultur müssen wir uns in Deutschland erst noch gewöhnen. Im deutschsprachigen Raum werden Kultur allgemein und Kunst speziell oft nicht deutlich voneinander unterschieden. Kulturpolitik wird im Alltag des deutschen Sprachgebrauchs meist als Kunst(förderungs)politik missverstanden.

Die Bundesrepublik ist dann nicht einfach als Kulturstaat zu benennen, sondern als ein Staat mit einer unverwechselbaren bestimmten Kultur, konkret: ein Staat, der in einer sehr spezifischen Überlieferung steht, geprägt nicht nur von schöpferischen Traditionen, wie denen der deutschen Klassik zum Beispiel, sondern auch gezeichnet von barbarischer Inhumanität im letzten Jahrhundert und der konsequenten Auseinandersetzung damit in ihrer Erinnerungskultur.

Kultur in Deutschland verarbeitet jüngste Geschichte, die Veränderungen durch Migration, durch die Semantik des Alltagslebens und durch die Wandlungen neuer Technologien; sie entwickelt sich damit weiter, ohne prägende Charakteristika wie Humanität, Achtung vor der Würde des Menschen, Betonung der Freiheit des Individuums zu verlieren.

Gegen einen »erweiterten« Kulturbegriff im Sinne der *UNESCO*-Definition wird gern polemisiert, weil er keine klaren Grenzen erkennen lässt. Aber auch die Verteidiger dieses »erweiterten« Kulturbegriffes haben sich immer dagegen gewehrt, ihn ins Uferlose auszudehnen: Er bleibt immer bezogen auf konkrete Unterscheidungsmerkmale und Werthorizonte. In Deutschland hat er nicht zuletzt deswegen Anhänger gefunden, weil in den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik die Zweifel an dem überkommenen bildungsbürgerlichen Kulturkanon überhand nahmen. Die von der Alltagswelt abgehobene Sphäre der kulturellen Ideale hatte sich als unfähig erwiesen, der Barbarei des Nationalsozialismus Einhalt zu gebieten, also musste die Alltagswelt als essentieller Teil der Lebenskultur begriffen, der Alltag wieder hineingeholt werden in die Wertewelt der Kultur. Gleichzeitig fächerte sich Kultur sozial und funktional auf: Neue soziale Gruppen wurden als Akteure der Kultur anerkannt, neue Gattungen aufgenommen. So wurde ein erweitertes Verständnis von Kultur unerlässlich. Die programmatischen Formeln »Bürgerrecht Kultur« oder »Kultur für alle« zeugen davon.

Migranten und Kulturwandel

In den interkulturellen Dialog wollen wir verständlicherweise das einbringen, was unsere Kultur, die Kultur in Deutschland, auszeichnet und was uns wichtig und lebenswert ist. Dazu gehört die Art und Weise, wie unser Leben, unser Alltag geprägt ist: Von zentralen Wertvorstellungen zu Humanität, Menschenrechten, Demokratie und Verantwortung sowohl den Anderen als auch der Zukunft gegenüber. Diese können in der Begegnung mit den Anderen zur Geltung kommen,

ohne dass wir in den Verdacht geraten, uns deswegen als Musterknaben präsentieren zu wollen oder mit einem »deutschen Wesen« zu missionieren. Der interkulturelle Dialog möchte uns ermuntern, über diese zentralen Werte nachzudenken.

Für die Einwanderungsgesellschaft Deutschland ist die Neujustierung unseres kulturellen Selbstverständnisses besonders wichtig geworden. Sind Migranten das Bodenpersonal der Globalisierung? Jedenfalls sind sie Grundlage der Dienstleistungsgesellschaft. Migration wird heute an demographischer und ökonomischer Rationalität gemessen. Aber die Migranten haben ihre je eigenen Interessen. Die meisten sind zunächst nicht ins Land gekommen, um sich zu integrieren, sondern weil sie gebraucht und gerufen wurden. Sie suchen und nutzen ihre Chance wie einst die deutschen Auswanderer in den USA im 19. Jahrhundert oder noch nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie arbeiten bei uns und für uns, sollen sie sich auch noch unsere Kultur aneignen?

Vielen Migranten sind Sprache, Religion, Kultur oder die Netze der Verwandtschaft und Herkunft das kostbarste Gut, das sie zur Sicherung ihrer Identität und Würde in sich tragen. Wer versuchte, sie in das Korsett einer von außen definierten Kultur zu zwängen, beraubte sie dieses letzten und unverzichtbaren Schutzes und provoziert damit fahrlässig Konflikte, die durch Gegenwehr oder durch Desorientierung verursacht werden.

Migranten kommen aus unterschiedlichen Gründen, gehören verschiedenen Sozialschichten an und sind geprägt von unterschiedlichen kulturellen Traditionen ihres Herkunftslandes. Sie tragen zwar einen Rucksack oder Koffer mit ihren kulturellen Prägungen mit sich, sie mögen sich auch in relativ »blickdichten Parallelwelten« selbst gettoisieren, aber sie werden hier, ob sie wollen oder nicht, Akteure in kulturellen Prozessen, bei denen sich sowohl ihre eigene Kultur wie diejenige der Aufnahmeländer verändert.

Die Migranten fühlen sich auf Dauer genauso wenig wie wir in ihren kulturellen Traditionen gefangen. Wichtig ist es, den Blick auf die sozialkulturelle Dynamik zu richten, die sich *mit* der Migration und *neben* ihr entwickelt. Dort, wo Migranten oder Flüchtlinge herkommen, gibt es trotz aller Einflüsse, die durch die Diaspora in beide Richtungen laufen, unter den Herausforderungen der Gegenwart andere Kulturprozesse als bei den Migranten in ihrer neuen Umgebung, es sind eigene Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart zu erwarten.

Migration hat auch Einfluss auf die Kultur der aufnehmenden Gemeinschaft: Kulturelle Integration ist keine Einbahnstraße; Kultur ist kein unveränderliches Merkmal. Daher verändern sich auch die Gewohnheiten, die Standards und Strukturen der Aufnahmegesellschaft: Neue Kleidungsformen, neue Essgewohnheiten werden sichtbarer Bestandteil des Alltags, in den sie hineinwachsen. Rechtsnormen müssen neu interpretiert werden. Unsere Kultur verändert sich, wie einst die preußische Kultur sich unter dem Einfluss etwa der zugewanderten hugenottischen Glaubensflüchtlinge veränderte, ohne dass diese Hugenotten Franzosen geblieben wären.

Auch wenn Migranten, wie die Ethnologen uns erklären, ihr kulturelles Gepäck mit sich tragen, müssen sie ihre Standards und die Praxis ihres Lebens neu strukturieren: Wie Muslime zum Beispiel mit ihren Nahrungsgewohnheiten, den Praktiken des Schächtens, den Gewohnheiten ihres Familien- und ihres Sexuallebens (Stichwort »Ehrenmord«) oder der Verheiratung ihrer Kinder (Stichwort »Zwangsehe«) umgehen, müssen sie in oft schmerzhaften Prozessen mit der Gesellschaft ihrer neuen Umgebung »aushandeln«, und dabei ist die Rechtsordnung dieser neuen Gesellschaft der Rahmen, dem sie sich anpassen müssen. Dabei brauchen sie ihre Werte nicht aufzugeben (das verlangt auch die Verfassung nicht), wohl aber müssen sie ihre Praxis anpassen und verändern. Manche Verhaltensweisen werden dabei »außer Gebrauch« geraten.

In das Raster einer wie auch immer fixierten Leitkultur lassen sich Kulturprozesse dieser Art nicht pressen. Damit würde der einen (der eigenen) Kultur eine Stabilität attestiert, die sie nie hatte, und den Anderen käme der Schutz des »kulturellen Gepäcks« abhanden. Die Anerkennung einer für alle gültigen Rechtsordnung ist jedoch insofern unerlässlich, als sonst gemeinschaftliches Leben nicht gewährleistet werden könnte.

Probleme mit der Leitkultur

In der Wiederaufnahme der deutschen Debatte über »Leitkultur in Deutschland« (nicht: »deutsche Leitkultur«, wie vor einigen Jahren) hat Bundestagspräsident Norbert Lammert dafür plädiert, die Werte des demokratischen und sozialen Rechtsstaates und die Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen. Erst dann wird eine solche Debatte tatsächlich sinnvoll, gerade auch im Zusammenhang mit der Migration in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Für Norbert Lammert geht es um einen »Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen«. Er betont, dass die Integration von Menschen anderer Herkunft, Religion und Kultur nur mit einem verbindlichen Rahmen von Werten und Regeln gelingen kann, die nicht zur Disposition stehen. »Kultur ist die Voraussetzung einer Verfassung: Letztere setzt in rechtliche Ansprüche um, was historisch-kulturell gewachsen ist. Bestand können Rechte nur haben, wenn ihre kulturelle Grundlage nicht erodiert.« Das wird selbst kein Verfassungspatriot bezweifeln, und ein »Konzept einer multikulturellen Gesellschaft, in dem alles nebeneinander und nichts wirklich gilt«, wird heute wohl niemand vertreten. Die Verfassung ist der »definitorische Mindestbestand« (Lammert).

Die »kulturelle Grundlage« darf nicht erodieren, aber sie ist auch nicht versteinert. Die Implementierung der Normen der Verfassung, die ja in den Grundrechten und Freiheiten keine unmittelbaren rechtlichen Ansprüche formuliert, sondern nur die Grundzüge, nach denen die Gesetzgebung sich zu richten hat, ist ein ständiger Prozess, an dem alle Bürger des Staates beteiligt sind.

Wie alle Mitgliedsstaaten der *UN*, haben sich die europäischen wie auch die nichteuropäischen Herkunftsländer unserer Migranten auf die Allgemeine Erklä-

rung der Menschenrechte der *UN* verpflichtet und zwar unbeschadet der unterschiedlichen Interpretationen dieses Dokumentes. Prügelstrafe, Todesstrafe, Ehrenmorde, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat gelten nach diesen internationalen Standards zumindest als problematisch, auch wenn nicht immer analoge Landesgesetze existieren, die das konkretisieren.

Wir wissen um die leidvolle Geschichte des europäischen Kampfes um Religionsfreiheit, wir kennen aus unserem Land die Auseinandersetzungen um Zivilehe, um konfessionellen Religionsunterricht in den Schulen und ähnliche inzwischen selbstverständliche Rechte und Gewohnheiten. Nur allzu gern vergessen wir dabei, wie lange es auch in Europa gedauert hat, diese Rechte als Selbstverständlichkeiten zu etablieren, und wie spät dies oft geschehen ist und welche Rückschläge dabei in Kauf genommen werden mussten.

Wir wissen auch, dass für vielleicht zwei Drittel der Menschheit die freie Partnerwahl und die Liebesheirat keine Selbstverständlichkeit sind, genauso wenig wie die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Romeo und Julia sind ein tragisches *europäisches* Liebespaar, das sich nicht der Familiensitte unterwerfen wollte, und ihre Geschichte bereichert in zahllosen Variationen als Motiv die Weltliteratur.

Aber gerade weil wir um all diese langen und schwierigen Wege wissen, will niemand die so erreichten Standards aufgeben. Niemand, gleich welcher Religion oder Herkunft, darf sich deshalb wundern, wie sehr in Deutschland Menschenrechte ernst genommen werden. Sie gehören zu unseren unveräußerlichen Standards. Das gilt auch für die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Bild, Karikaturen eingeschlossen.

Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio, selbst aus einer italienischen Bergarbeiter-Migrantenfamilie stammend, verlangt, wie manch andere, für die deutsche Gesellschaft mehr Gemeinschaftlichkeit statt Gesellschaft, womit er eine von Ferdinand Tönnies in die Diskussion gebrachte alte Polarität wieder aktiviert. Er plädiert für alte Tugenden und für mehr Kinder, für die Familie als Fundament. Wer glaubt, da schlüge einfach die italienische Kulturtradition durch, der muss sich belehren lassen, dass viele von allen Parteien in der großen Koalition diese Tugenden ebenfalls beschwören: Das passt zum schlanken Staat, denn Versorgungsansprüche sind teuer und Werte sind preiswert. Wenn der *SPD*-Vorsitzende Matthias Platzeck klagt, es gehe »nur noch um ökonomische Zwänge«, dann hätten Linke und Sozialreformer diesen Zwängen einst die Solidarität als Tugend der neuen Klasse entgegen gesetzt, statt Herkunft und gewachsene Gemeinschaften, die leicht ins Völkische abdriften. Vor allem werde ich angesichts der Klage misstrauisch, die Gesellschaft sei »wurzellos« geworden: Mit Wurzeln ist schon manch übler Schindluder getrieben worden.

Es irritiert zudem, wenn auch di Fabio hofft, unsere »Nation« möge doch wieder »in Führung« gehen, wozu es allerdings ein solides kulturelles Fundament brauche: Da ist keine Rede von Europa, das sich mit seinen Werten positionieren müsse und sich einen zukunftsfähigen Platz für Frieden und Nachhaltigkeit suchen soll – nein, jetzt ist es wieder die Nation. Wohin soll das letzten Endes führen?

Problematisch scheint mir auch, was di Fabio über die Freiheit denkt, wenn er klagt, Freiheit werde nur noch negativ verstanden, als Abwesenheit von Zwang, nicht aber positiv gefüllt. Es gäbe also durchaus eine »freie Gesellschaft«, in der jedes Individuum frei ist zu tun, was ihm im Rahmen der Rechtsordnung zu tun beliebt, ohne dass einer zu etwas gezwungen würde. Doch fehle eine »Kultur der Freiheit«, welche die Freiheit des Einzelnen als positives Engagement verstehen würde. »Frei sein, heißt, über seine Bindung selbst zu bestimmen, Gemeinschaften zu suchen, zu gründen und zu verteidigen«, etwa eine Ehe zu schließen, dem Gebot der Nächstenliebe in einer Gemeinde oder Organisation zu folgen. Konsequent fordert di Fabio die Stärkung der Gemeinschaft, die Freiheit zur Selbstbindung, der Ehe, des generationenübergreifenden Familienverbands. So soll die Gesellschaft wieder mit einem festen Boden unter den Füßen ausgestattet werden, damit sie »vital« überlebensfähig im Kampf um das 21. Jahrhundert wird. Türkische wie süditalienische Zwangsehen demonstrieren uns den ultimativen Freiheitsbegriff dieser Länder. Als Freiheit gilt dort die Einsicht in die Notwendigkeit, sich der Familienehre zu beugen. Zu den europäischen Errungenschaften der modernen Freiheit, die hier niemand missen möchte, gehört aber, dass Individuen, ohne allzu arge Sanktionen befürchten zu müssen, sich der »Familienbande« entziehen können, weil die Solidarität der Gemeinschaft niemanden ins Bodenlose fallen lässt. Soll das jetzt wieder rückgängig gemacht werden?

Der große Sprung: Es gibt nicht nur einen Fortschrit

All das sind Auseinandersetzungen als Folge einer Globalisierung, die weltweit große Veränderungen mit sich bringt. Auswärtige Kulturpolitik kann uns auf ihre Weise und mit ihren Mitteln helfen, den Kontakt nicht zu verlieren mit dem, was anderswo geschieht; sie kann auch dazu beitragen, Gesprächsfähigkeit auf allen Ebenen zu sichern, auch auf derjenigen der Diplomatie und der Politik. Aber den Diskurs im Inneren wird sie nicht ersetzen können, und der muss ganz anders geführt werden.

Der Blick nach außen erinnert uns daran, wie selbstverständlich sich heute Großregionen, aber auch Staaten vielfach kulturell definieren oder von anderen so definiert werden. Wir können uns dabei zu unseren eigenen Besonderheiten guten Gewissens und mit Selbstbewusstsein bekennen: Die Deutschen sind wegen ihrer Geschichte und der impliziten leidvollen Erfahrungen nicht bereit, sich über Regeln der Moral in der internationalen Politik hinwegzusetzen, indem sie zum Beispiel Folter und Menschenrechtsverletzungen tolerieren. Sie legen besonderen Wert auf bestimmte ethische und soziale Standards und Rechtsnormen, so wie sie nach außen für das Existenzrecht des Staates Israel eintreten, ohne damit einem palästinensischen Staat das gleiche Recht absprechen zu wollen. Das sollen alle wissen, die mit uns sicherheitspolitische und wirtschaftliche Beziehungen unterhalten.

Wir reden heute gern von »westlicher Wertegemeinschaft«, von »islamischer Welt« oder ostasiatischen Werten. Das bedeutet auch anzuerkennen, dass es keinen einzigen, linearen Forschritt und Entwicklungsweg mehr gibt: In jeder dieser Großregionen wird Fortschritt anders verstanden, mindestens aber kann er anders definiert werden. *Goethe-Institut* und *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (*GTZ*) haben 2004 dies zum Thema einer bedeutenden Konferenz gemacht. Ist diese Aufsplitterung des Fortschrittsgedankens ein Nachteil, eine Tragödie?

Angesichts der »Unwägbarkeiten der Zukunft«, wie im Bericht der *Weltkommission Kultur und Entwicklung* (*WCCD*) von 1995 formuliert wird, gilt kulturelle Vielfalt als eine unverzichtbare Ressource für Elastizität und Zukunftsfähigkeit. Das europäisch-atlantische Wohlstandsmodell ist angesichts der begrenzten Ressourcen nicht weltweit übertragbar.

Weil heute offensichtlich nicht mehr alle sich auf ein gleiches Modell von Fortschritt und Modernisierung einigen können, wird der interkulturelle Dialog mit seinen Dialogforen desto wichtiger. Auswärtige Kulturpolitik entstand in Zeiten, als alle nur einem Welt- oder Fortschrittsmodell zu folgen schienen – egal, ob man die Geschichte der Auswärtigen Kulturpolitik mit der religions-patriotischen Mission der gegenreformatorischen *congregatio de propaganda fide* von 1542 beginnen lässt, oder ob man die »moderne« deutsche Auswärtige Kulturpolitik mit Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzen lassen möchte. Heute werden verschiedene Wege frei für einen neu zu definierenden »Fortschritt« und für eine Entwicklung, für die Hunger und Elend zu beseitigen das oberste Ziel ist. Das ist auch in der Arbeit des *Goethe-Instituts* in den sogenannten »Entwicklungsländern« zu berücksichtigen.

Die Programmatik »Vielfalt in der Einheit/Einheit in der Vielfalt« der europäischen Einigung, das Projekt eines »multikulturellen«, »interkulturellen« Deutschland der wechselseitig akzeptierten Andersheit sind nicht etwa gescheitert, weil in den Niederlanden ein politisch-kulturell motivierter Mord geschehen ist, oder weil in deutschen Städten ausländerfeindliche Gewalt mit tödlichen Folgen praktiziert wurde, oder weil die Provokation einer dänischen Zeitung hysterische Resonanz gefunden hat. Das Miteinander in Vielfalt ist in der überwältigenden Mehrzahl der Städte in Europa und in Deutschland gelebte, unumkehrbare Normalität geworden, zu der es keine wirkliche Alternative gibt.

Integration in der Kulturpolitik

Der indische Komponist Sandeep Bhagwati mahnt: »Die Musiken der Welt holen sich langsam, aber unweigerlich die klanglichen und intellektuellen Schätze zurück, die Europa von ihnen geraubt und verwandelt hat. Und das kann für die Musik insgesamt nur gut sein.« Gerade bei einflussreichen Künstlern und Musikern treffen wir immer wieder auf transkulturelle Personen, deren Biographie so viele verschiedene Stationen durchlief, dass es zur Verfestigung einer einzigen kulturellen Tradition gar nicht kommen konnte: Brüche, Übergänge und Rela-

tivierungen treten an die Stelle unreflektierter künstlerischer Selbstgewissheit. »Jede der großen musikalischen Hochkulturen: Arabien, Türkei, Ostasien, Nordindien, Südindien, China, Japan, Bali, Java und die abendländische Musik ist geradezu durch eine unersättliche Gier nach der Bereicherung gewohnter Ausdrucksformen definiert«, erinnert Bhagwati weiter. Dabei sei es vollkommen gleichgültig, woher die Elemente dieser Bereicherung kommen – ob aus der Religion, der Philosophie, den anderen Künsten, den Naturwissenschaften, dem gesellschaftlichen Alltag – oder eben aus der Musik anderer Kontinente. Anders gesagt: Ohne kreatives Stehlen gibt es keine Kunst. »Wer im Bereich der Kunst an Reinheit glaubt, der wäre besser Ideologe geworden.« (Sandep Bhagwati, in: *Münchener Biennale. Internationales Festival für neues Musiktheater*, München 1998)

Diese Interkulturalität der kulturellen Eliten ist oft nicht identisch mit der Alltags-Multikulturalität. Dort wurde einst »Gastarbeiterkultur«, heute wird »Interkultur«, in eine Nische abgeschoben, die in den Kommunen dem Bereich Soziales und Jugend zugeordnet ist und eben nicht der Kultur. In dieser Situation käme es aber darauf an, die etablierten Institutionen der Kulturpflege mit den Aktionsfeldern von Interkulturalität und der Integrations- und Migrationspolitik zu verknüpfen, um so den Kontakt zwischen den Szenen der Künste und den gesellschaftspolitisch brisanten Feldern der Orientierung herzustellen, und zwar unter den Bedingungen sowohl der Globalisierung wie der Einwanderungsgesellschaft.

Aus unseren Überlegungen wäre zu folgern, dass auswärtige Kulturpolitik als eine eigene Sphäre zu würdigen ist, konzentriert auf interkulturellen Dialog. Dieser Dialog erfordert Nachdenken über die eigenen Werte und Standards. Dieses Nachdenken kann aber nicht im Modus der einstigen Leitkultur-Debatte gelingen, es muss sich vielmehr, wie Norbert Lammert dies fordert, auf die Grundwerte der Verfassung beziehen, die noch keine Vorentscheidung über konkrete Inhalte bedeuten. Indem wir das dialogische Prinzip des interkulturellen Austausches auch auf die kulturellen Prozesse im Inneren anwenden, eröffnen wir ein Feld der Integration in der Einwanderungsgesellschaft. Mit solchen Diskursen in der kulturellen Öffentlichkeit im Inneren entwickeln wir zugleich auch jene Qualitäten, mit denen sich Deutschland und Europa im internationalen Feld exponieren können, indem sie damit einen eigenen Beitrag für Zukunftsfähigkeit und für eine Politik der Entspannung, des Friedens und der Gerechtigkeit leisten.

Bosiljka Schedlich

Kultur in Konflikten und Kriegen

Die hohe Zahl der gegenwärtig geführten Kriege zwingt uns zu der bescheidenen Erkenntnis, dass wir Menschen noch nicht in der Lage sind, unsere Konflikte gewaltfrei auszutragen. Diese Feststellung dürfte genügen, um die Entscheidung zu treffen, alle verfügbaren Kräfte zur Stärkung des Friedens aufzubringen, damit Kultur gedeihen kann. Das Herausbilden eines Kulturwesens beginnt beim Menschen vom ersten Tag an und dauert das ganze Leben. Es fängt in jeder kleinsten Gemeinschaft an und umfasst die ganze Welt. Es ist erfolgreich dort, wo Menschen nicht hungern, wo niemand Demütigung durch Andere erleiden muss und wo das Individuum und seine persönlichen Rechte ein gemeinsames Anliegen darstellen.

Die Zahl der Definitionen für den Begriff Kultur ist beträchtlich. Sie unterscheiden sich nach Interessenlagen, rechtlichen Auslegungen und ideologischen Standpunkten. Genau so ist es mit dem Begriff Krieg. Die Definitionen beider Begriffe gehen davon aus, dass es sich um Beziehungen der Menschen untereinander oder zu ihrer Umgebung handelt. Sie sind Ausdruck ihres kollektiven sozialen Wesens. Krieg ist der mit Waffen ausgetragene Machtkampf – Kultur ist die Pflege von Geist und Körper. Krieg ist die Zerstörung des Geistes und des Körpers – Kultur ist die Pflege von Bauten, von Beziehungen der Menschen untereinander, zu Tieren und zu Pflanzen. Krieg ist der Tod von allem.

Solange wir im Frieden leben, erscheint uns die Kultur als etwas Selbstverständliches, immer Währendes, Ewiges. Kleidung, Speise, Wohnung, Heizung, Sprache und Gesänge, Schule, Arbeit und Freizeit, Leben und Tod – alles ist mehr oder weniger geregelt und gewiss. Wir gehen ins Kino, ins Theater, wir hören Musik, genießen die Kunst, wir diskutieren über Gott und die Welt. Und wir glauben, dass es bei uns, in unserem Land, so bleiben wird, und dass hier niemand wieder einen Krieg entfachen könnte. Wir halten uns für Kulturwesen, die aus der Geschichte gelernt und es weit mit Kultur gebracht haben, weil Menschenrechte und Demokratie dafür bürgen. Die Alltäglichkeit jedoch schafft Verblendung, sogar Blindheit für den Wert der Kultur. Sie wird zur Gewohnheit und Ware, die verkauft und gekauft, mit der Geld verdient oder Image aufgebessert wird.

Dabei ist Kultur ein Glücksfall für die Menschheit: unser geistiges und materielles Erbe, Entwicklung und Fortschritt. Während die Fähigkeit, ums Überleben zu kämpfen (manchmal auch mit Gewalt) den Menschen von Natur aus mitgegeben wurde, ist Kultur aus der Fähigkeit entstanden, zu lernen und das Gelernte weiter zu geben. Entstanden ist sie mit dem ersten Werkzeug, mit Sprache, Zeichnungen auf den Höhlenwänden, mit der Bearbeitung von Erde und der Zähmung von Tieren, mit den ersten Bauten und mit dem Glauben an viele Götter, dann an einen Gott, mit dem Begraben der Toten, mit Ethik und Moral, Gedichten und philosophischen Gedanken.

Seitdem bereichert Kultur das Leben, sie erleichtert und verlängert es. Kultur hat das Gefühl von Vertrauen und Schutz, von Würde möglich gemacht. Sie lebt von der schöpferischen Kraft, von Neugierde und Entdeckerlust. Sie hat Möglichkeiten erschlossen, sich Bewusstsein und Wissen anzueignen, welche den nachfolgenden Generationen zur Nutzung überlassen werden. Anders als der Überlebenskampf muss Kultur jedoch von jedem Menschen neu gelernt werden, in der Familie, in der Schule, in der gesamten Gesellschaft. Ohne Weitergabe und Pflege stirbt die Kultur.

Menschen könnten über die großen Schritte der Entwicklung zum Kulturwesen stolz sein. Wenn sie nicht immer wieder vom Neuem das zerstören würden, was andere Menschen aufgebaut haben. Wenn sie eine Lösung fänden, ihre Konflikte ohne Kriege zu lösen. »Die Probleme, die es in der Welt gibt, können nicht mit den gleichen Denkweisen gelöst werden, die sie geschaffen haben«, schrieb Albert Einstein. Was ist so falsch an unseren Denkweisen, vielleicht auch an unserer Kultur?

Um den Begriff »Kultur« wird viel gestritten, um die Beziehung der Kultur zur Natur, zum Geistigen und Materiellen, Subjektiven und Objektiven. Gestritten wird über das, was in uns angelegt ist und was wir denken. Vor allem aber wird zur Zeit über die »Kulturen« gestritten.

Der Begriff »Kultur« als Fortschritt der Zivilisation wird durch Begriffe, die Kultur als Lebensart oder Kunst betrachten, eingeengt und seiner umfassenden Bedeutung beraubt. Demnach kann eine Lebensart zu Kultur erklärt werden und als solche auch mit Barbarentum kompatibel oder sogar identisch sein. Der Begriff »Kultur« wird dabei mehr mit der Haltung zu einer nationalen, ethischen, geschlechtlichen oder religiösen Identität verbunden als mit der Überwindung von Spannungen zwischen den Menschen. So wird Kultur selbst zum Feld scharfer Auseinandersetzungen. Letztendlich dient sie sogar zur Legitimierung bestimmter politischer Strategien und zur Mobilisierung ihrer Anhänger.

Neu ist, dass dadurch der Begriff Kultur Charakteristiken des gesellschaftlich Gefährlichen erhält, womit er in die Nähe des traditionellen Begriffs »Rasse« und seiner ideologischen Bedeutung rückt, ja, in die Nähe einer »Blut und Boden Gemeinschaft«. Daraus wird dann politische Praxis und Staatspolitik, die in Konfliktsituationen auch die »Politik der Interessen« in eine Politik der Identitäten verwandelt. Kultur wird zur letzten Legitimität bei der Gewährung oder Verweige-

rung von Menschen-, Verfassungs-, politischen oder bürgerlichen Rechten. Der moderne Nationalismus begreift sich als »eine Nation, eine Kultur und ein Staat«. Wer nicht dazu gehört, ist fast automatisch dagegen. Wer zu der Einheit gehört und dagegen ist, steht außerhalb und wird ebenfalls als Bedrohung betrachtet und verfolgt. Dieses bedeutet in der Konsequenz, dass Vertreibung, erzwungene Assimilation, Geiselnahme, Morde, Terroranschläge oder gar die Vernichtung eines ganzen Teils der Bevölkerung gestattet sind, um sich abzugrenzen und eine Einheit zu schaffen.

Solche Kultursysteme dienen nicht der Integration innerhalb der menschlichen Gesellschaft, sie nutzen die Kultur zur Manipulation und Unterdrückung jedes Andersseins. Anstatt Konflikte zu erkennen und Wege zur ihrer Überwindung zu fördern, verleiht die eigene Kultur Menschen die Ausdruckskraft. Huntington: »So wie Krieg die Mutter aller Dinge im Geflecht der Beziehungen unterschiedlicher Kulturen ist, so wird auch die eigene Identität aus dem Krieg immer von Neuem geboren. Der Krieg ist die körperliche Verwirklichung des kulturellen Begriffs der Differenzierung im Prozess der Identitätsentstehung. Am Ende stehen die Waffen, der Schrei und der Tod und sie sprechen dieselbe Sprache des Ethnozentrismus.« Diese Auslegung von Kultur macht sie tatsächlich gesellschaftlich gefährlich.

Kann die Kultur Kriege fördern? Die Frage scheint, wenn nicht ganz absurd, so doch in sich selbst widersprüchlich. Nicht nur, dass Kultur als Produkt der gesamten geistigen, moralischen, intellektuellen und schöpferischen Tätigkeit an sich schon immer dem entgegengesetzt war, was Kriege hervorbringt, sie ist gleichzeitig deren Opfer. Kultur und Krieg sind ihrem Wesen nach im Grunde gegensätzlich, schließen sich gegenseitig aus. Fast alles, was mit Kultur erschaffen wird, endet im Krieg in der Zerstörung – nicht nur als Teil der verachteten geistigen Werte, sondern auch materielle Kulturgüter – um in einem neuen Frieden restauriert und wiederaufgebaut zu werden. Wie kann dann die Kultur den Kriegsgelüsten zur Hand gehen, wenn diese auch für die Kultur auf jeden Fall zerstörend wirken?

Im Wesen der Kultur wirkt also stets mindestens eine Dopplung: Affinität und Negation. Einerseits ist die geistige Produktion zur hellen Seite des Menschseins gerichtet: sie formt und erhebt, was in ihr gut, schön, schöpferisch und von Liebe durchdrängt ist. Anderseits wendet sie sich häufig den finsteren menschlichen Trieben zu, die in sich die zerstörende Potenz tragen. Gerade diese Doppelung vermag am Besten die Komplexität des Menschlichen darzustellen. Handelt es sich um wirklich »gute« Kultur, werden jene dunklen Aspekte in gleichem Maß beachtet und reflektiert wie die hellen. Beide Seiten entblößen eindringlich die versteckte Seite des menschlichen Gesichts, also auch dessen Kehrseite. Eine Gefahr lauert im Relativismus, im gleichgültigen Bewerten des Blicks auf die Welt, wie in den Werken, die ausschließlich das Positive oder das Negative des menschlichen Wesens darstellen. So entsteht die Gefahr des Suggerierens von Ideologien, des Einflößens jener Kriegsbereitschaft, die jeden menschlichen Kampf um sein Überle-

ben übersteigt und sich in Ablehnung gegenüber den Anderen verwandelt. Wenn in der Kultur solche Ideen geschaffen werden, können sie leicht als Erklärung, Motivation und Rechtfertigung für die Kriegsführung missbraucht werden.

Es ist ein Paradox, dass die besten Ideen für die Erklärung der Nützlichkeit des Krieges gerade im Schoß der Kultur entstanden sind. Viele Denker haben seit jeher Krieger, Armeeführer, Beamte und Staatsmänner unterstützt. Das befreit sie dennoch nicht von ihrer geistigen Verantwortung. Einige von ihnen haben als graue Eminenzen ihren Bossen zugeredet, in den Krieg zu ziehen, ohne Rücksicht darauf, dass dabei die Kultur zerstört wird, die auch sie hervorgebracht haben. Auch Philosophen, die eigentlich der Weisheit dienen sollten, haben sich in den Kriegsreigen eingereiht und zu erklären versucht, warum die Menschheit ab und zu »Blut lassen« müsse. Ob sie dabei von tiefgreifenden Überlegungen über den Sinn des menschlichen Lebens geleitet wurden oder vom Wunsch, eigenen Nutzen aus dem Sieg des eigenen Führers zu ziehen, lässt sich schwer aufschlüsseln. Tatsache ist, dass auch barbarische Krieger jemanden dabei haben müssen, der ihren Unternehmungen einen Sinn verleiht. Zu allen Zeiten haben sich geistige Führer gerne Manipulatoren, Diktatoren und politischen Führern jeglicher Art angebiedert. So ist eine sogenannte »Kriegskultur« entstanden, die unterschiedliche Wissenschaftler beschäftigt, auch solche, die sich als humanistisch bezeichnen.

Die heutige Kriegsmaschinerie ist so riesig, dass sie nicht mehr von einfachen Kriegern, Strategen und Offizieren geführt werden kann. Sie bedarf der geistigen Flankierung auch von Kulturschaffenden und Intellektuellen, um geschmiert und am Laufen gehalten zu werden. Sie tragen schon durch ihre Berufe als Literaten, Philosophen, Journalisten oder Psychologen zur Legitimation bei. Ist es dann unangebracht zu fragen, ob Kultur Kriege fördern kann?

Offensichtlich kann sie es, obwohl sie damit an der eigenen Vernichtung arbeitet. Es genügen nur gute Rechtfertigungen, um Militarismus und Philosophie, Kriegswillen und Humanismus, Geistigkeit und Zerstörung miteinander zu verbinden.

Solange Menschen in ihren Kulturen in kleinen Päckchen wie eingeschlossene Texte leben, können sie in ihrer Unvereinbarkeit miteinander kaum kommunizieren. Sie sind nur nach innen orientiert, was ihnen dennoch das Gefühl des Universellen verleiht. Sie sind territorialisiert im Rahmen von politischen Verwaltungseinheiten. Auf diese Weise wird solchen kulturellen Identitäten Eigenschaften und Funktionen zugeschrieben, die das Überleben und die Reproduktion sowie ein Überlegenheitsgefühl beinhalten. Suggeriert wird, dass Sozialisation erst innerhalb eines bestimmten Kulturkontextes möglich ist. Kultur wird von jedem als ein homogenes Päckchen gebraucht, um in den Bedingungen der vorgeschriebenen Normalität seinem Leben einen Sinn zu geben.

Vorausgesetzt wird, dass zwischen Kultur und gesellschaftlicher Macht eine besondere Verbindung besteht. Der Kultur wird eine Macht an sich zugeschrieben. Anderseits hat Kultur keinen Rückhalt und ist ohne die Unterstützung durch politische Macht zum Verderben verurteilt. Deshalb verlangt nationale

Kultur nach dem Schutz des Daches ihres Nationalstaates oder ihres Blockes, der nur »ihre« Kultur zu fördern hat. Zur Unterstreichung der Superiorität der eigenen Kultur werden Kulturen als unvereinbar dargestellt. In Konflikten erwachsen daraus Aufteilungen in »Menschen« und »Un-Menschen«, Einheimische und Zugewanderte, Etablierte und Randgruppen. Das Nationale wird, wie bei den mittelalterlichen Kreuzzügen, häufig von dem Übergreifenden, Allmächtig-Religiösen bestärkt. Damit werden schlimmste Verbrechen gerechtfertigt.

Das ist kein Kinderspiel, wenn täglich auf unserer Erdkugel Granaten, gebunden um die Hüften junger, verführter Menschen, explodieren und ihnen und vielen anderen den Tod bringen. Wo Interessen im Spiel sind, kann verhandelt werden. Bei den Konflikten zwischen den Kulturen kann nicht vermittelt werden, die Unterschiede werden festbeschworen und die Anderen als Bedrohung für sich selbst empfunden und deklariert. Das Rationale, Bewusste, Vernünftige wird überdeckt von der emotionalen Aufwallung. Es nützt dabei auch nicht, wenn sich Politiker für die Überwindung der Kluft zwischen unserer und der islamischen Kultur aussprechen. Ist Kultur nicht das Überwinden der Kluft? Ist Islam nicht einer der menschlichen Versuche, die Welt zu erfassen und sich Regeln für einen friedvollen Umgang miteinander zu geben? Ist arabische Kultur nicht teilweise Grundlage unserer europäischen Kultur? Ist Buddha nicht auch ein Gott von den Menschen, deren Vorfahren eines fernen Tages aus Afrika in unterschiedlichste Richtungen zogen, um Nahrungsmittel zu suchen? Sind die entstandenen Unterschiede nicht unser aller Reichtum, aus der produktive Spannungskraft entsteht? Sollte das Tolerieren, das Ertragen und Erdulden des »Anderen« nicht durch das Respektieren der Unterschiede ersetzt werden?

Interreligiöse und lokale Konflikte werden mit kulturellen Entwicklungsstadien begründet und geschürt. Das Wort, das Verbindende, tötet lange, bevor sich der Finger zum Abschuss krümmt – in Irland, auf Korsika, im Baskenland und auf dem Balkan, in Tschetschenien und Palästina, im Irak oder Sudan – eine endlose Liste.

Es funktioniert auf die immer gleich Weise: Der »Andere« ist verantwortlich für die eigene Misere. Zunächst der andere Politiker, dann das ganze Volk, das er vertritt. Die Anderen werden zu primitiven Wesen ohne Kultur deklariert. Das Wort, das Mittel der Verständigung, nutzt immer weniger; sein Wert und seine Kraft lassen nach. Kein Dolmetscher schafft die Verbindung. Manipuliert wird mit der Erinnerung, welche Gegenwart und Wahrheit verdrängt. Vor allem junge Menschen, voller Ideale und noch ohne Gefühl für die eigene Vergänglichkeit, folgen dem jeweiligen Ruf nach dem Heiligen Krieg für das Vaterland. Moderne Medien intensivieren und transportieren die vielfältigen Möglichkeiten der Manipulation. Die verbindende, erklärende, angstnehmende Kraft der Kultur weicht vor Angst und Panik zurück. Der Kampf ums Überleben erwacht und verändert das Verhalten. Das Totgeschwiegene, das Undenkbare, das vergessen Geglaubte, aber im Unbewussten der Seelen eingekapselt Schlummernde bricht hervor. Die Gebeine in früheren Kriegen getöteter Vorfahren werden zitiert, sie ziehen neue Tote

in den Abgrund. Die Gegenwart, die Zeit des Friedens, steigt in die Welt des Hades herab. An die Stelle des Lichts tritt Finsternis, Vertrauen wird von Mistrauen verdrängt. Mit der Angst kommt die Anpassung, einige schauen nach unten, andere zur Seite, manche machen mit. Einige retten Menschen aus Gefahr – sie sind es, die das Licht der Kultur weitertragen.

Einen Ausweg aus dieser Spirale von Kriegen kann es nur für alle gemeinsam geben. Das zerbrechliche Gebilde der Kultur – dieser Brücke der Menschen zu sich selbst und zu anderen – hilft, miteinander zu leben und gemeinsam zu überleben. Sie ist der Weg zur gewaltfreien Lösung von Konflikten, die als Ausdruck des sich wandelnden Lebens nie aufhören werden.

Albrecht Göschel

Identitäts- und Imagepolitik: Revision kulturpolitischer Reformen

Die Kulturpolitikreform der 1970er Jahre war bestrebt, auch die Kulturpolitik in sozialstaatlich geprägte gesellschaftspolitische Zielvorstellungen, Normen oder Werte einzubeziehen, also auch hier vor allem soziale Gerechtigkeit durch Gleichheit, zumindest durch Chancengleichheit herzustellen. Das wollte der Slogan »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« zum Ausdruck bringen. Bereits seit Mitte der 1980er Jahre werden jedoch die Grenzen dieses sozialstaatlichen Gleichheitsprinzips diskutiert, Grenzen, die zum einen in Rahmenbedingungen, in den so genannten Megatrends wie dem demographischen Wandel zur schrumpfenden Gesellschaft, im ökonomischen Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und Internationalisierung der Ökonomie, in der ökologischen Krise oder auch im Wertewandel liegen.

Da die Realisierung des Sozialstaatsprinzips wie in den meisten anderen Politikfeldern auch durch Ausweitung der Angebote erreicht wurde, ist als Krisenreaktion natürlich mit Kürzungen zu rechnen, die nach Opportunität oder unter dem Motto, dass alle zur Sanierung der Haushalte beizutragen hätten, auch nach dem »Rasenmäherprinzip« vorgenommen werden können. Es scheint aber, als folgten die meisten politischen Akteure bei ihren Korrekturversuchen doch bestimmten programmatischen Vorstellungen. Sie orientieren sich also zum Beispiel entweder an einem »Integrationsregime« oder an einem »Wachstumsregime« als Reaktion auf die Krise sozialstaatlicher Politiknormen. (Häußermann 2005) Nach anderer Diktion könnte man »Reform-«, »Revisions-« oder »Alternativkonzepte« unterscheiden. Bereits Mitte der 1980er Jahre formuliert Jürgen Habermas (1985) drei Möglichkeiten, die sich weitgehend mit diesen Modellen decken: »Industriegesellschaftlich-sozialstaatlicher Legitimismus«, »Neokonservativismus« oder »wachstumskritische Dissidenz«. Von diesen drei interessiert hier vor allem die mittlere, da sie den Weg zu Konzepten von Identitätspolitik bahnt, wie sie sich auf kommunaler, regionaler und Landesebene durchzusetzen beginnen.

Dennoch soll auch auf die anderen Reaktionstypen ein kurzer Blick geworfen werden.

Im Reformmodell eines »industriegesellschaftlich-sozialstaatlichen Legitimismus« soll am Geist des Sozialstaatskonzeptes, also an sozialer Gerechtigkeit als Gleichheit der Individuen durch staatliche Machtausübung in Form von Umverteilungspolitik festgehalten, werden, die Realisierung dieser Vorstellungen aber auf niedrigeren Standards der Versorgung erfolgen. In die kulturpolitische Debatte ist dieses Konzept unter dem Begriff der »kulturellen Grundversorgung« eingeführt worden. (Scheytt/Zimmerman 2004) Allerdings scheint dieses Modell »Grundversorgung« für kulturpolitische Planungsentscheidungen höchst ungeeignet zu sein. In einem angebotsabhängigen Feld wie dem der Kulturpolitik sind Grundstandards als Ausgangspunkt für Grundversorgung nicht zu fixieren. Der angebotsabhängige Sektor einer freiwilligen Kulturpolitik, aber auch der, der durch Verfassungsverpflichtungen auf Landesebene vorgehalten wird, ist nicht in verallgemeinerungsfähige, standardisierbare Richtzahlen über Mindest- oder Grundausstattungen zu fassen.

Ganz offensichtlich orientiert sich das Modell »Grundversorgung« an öffentlichen Leistungsbereichen, die in hohem Maße gesetzlich geregelt und mit mehr oder weniger klarem Verpflichtungscharakter für die Bevölkerung von der öffentlichen Hand betrieben werden, wie Bildungs- und Gesundheitswesen. Vor allem das Bildungswesen dürfte für die Entwicklung des Gedankens einer kulturellen Grundversorgung Pate gestanden haben, und es scheinen vor allem Kulturpolitiker dieses Konzept zu betreiben, die der Vorstellung verbunden sind, Kultur sei Bildung und Kulturpolitik habe eine Bildungsfunktion. Die Kulturpolitikreform der 1970er Jahre hat zwar auch Leistungsbeschreibungen dessen, was sie allen Menschen in sozialer und kultureller Gerechtigkeit verfügbar machen wollte, versucht und dabei häufig auf Bildung gesetzt, war aber gar nicht so sehr von solchen Funktionsdefinitionen abhängig, da sie vor allem mit dem Argument auftreten konnte, es handle sich bei »Kultur« um ein hoch bewertetes Gut, das aber offensichtlich höchst ungleich verteilt sei. Die These von der Grundversorgung verlangt aber eine Funktionsbestimmung, und die kann dann eigentlich nur Bildung heißen.

Neben dieser Affinität zum Bildungswesen weist das Reformmodell »Grundversorgung« in seiner Tendenz zu Verregelung und Verrechtlichung eine deutliche Nähe zu juristischem Denken auf. Zu realisieren wäre diese Formalisierung aber nur, wenn zum Beispiel die kommunale Kultur aus dem Freiwilligkeitsmodell kommunaler Politik herausgelöst und in ein verrechtlichtes Bildungssystem des Staates, also in die Bildungspolitik der Bundesländer, integriert würde. (Göschel 2005) Dieser Gedanke mag im ersten Moment im deutschen Kontext als eher abwegig empfunden werden. Die skandinavischen Länder, Schottland oder auch die USA arbeiten jedoch mit diesem Konzept seit längerem und offensichtlich ganz erfolgreich.

Das dritte Reaktionsmodell auf die Krise des Sozialstaats, auf das vor der Behandlung des mittleren, des Revisions- oder Wachstumsmodells, kurz eingegangen werden soll, wird zurzeit unter Begriffen wie »aktive Bürgergesellschaft« oder »Leistungen zwischen Markt und Staat« behandelt und stammt aus der »wachstumskritischen Dissidenz« der 1980er Jahre. (Jürgen Habermas 1985) Es betont an den umverteilungsrelevanten, öffentlichen Leistungen, mit denen die sozialstaatliche Gleichheitsnorm realisiert werden soll, deren Machtcharakter und sieht daher die Entwicklung eines alternativen Sektors »zwischen Markt und Staat« als emanzipatorischen Schritt, die Schwäche des Sozialstaates in gewissem Sinne sogar als Chance. (Wagner/Zimmer 1997)

Die Herauslösung der Kulturpolitik aus diesem behaupteten Machtzusammenhang kann offensichtlich nur in zwei Wegen geschehen, entweder durch Ehrenamt und Laientätigkeit einerseits oder durch privates Geld andererseits, das ohne gesetzlichen Zwang, aber auch nicht als Marktvorgang, also nicht als Bezahlung für eine kulturelle Dienstleistung von Privaten, zur Verfügung gestellt wird: durch Mäzene und Sponsoren. Dass nun einerseits in einem hoch professionalisierten und von entsprechenden Qualitäten geprägten Kulturbetrieb Laien- und Ehrenamtstätigkeit nur marginalen Charakter haben, dürfte angesichts heutiger Qualitätsansprüche leicht einzusehen sein. Und dass der Umgang mit Sponsoren und Mäzenen zumindest seine Tücken birgt, dass beide Gruppen manchmal wenig geneigt sind, künstlerische Autonomie zu respektieren, dass private Sammler so genannte Stifter- oder Sammlermuseen als wertsteigernde Durchlauferhitzer für ihren privaten Besitz zu nutzen bemüht sind, ist alles sattsam bekannt, auch wenn es natürlich in jeder Hinsicht beachtliche Ausnahmen von der Durchsetzung ausschließlich privater Interessen beim so genannten öffentlichen, bürgerlichen Engagement gibt. Die aktive Bürgergesellschaft als Ausfallbürgen für rückläufige öffentliche Leistungen, selbst wenn dies mit einem emanzipatorischen Mäntelchen umhängt wird, scheint jedoch trotz vieler Gegenbeispiele in einem politischen Umfeld insgesamt hoher Besteuerung und einem kulturellen Kontext hoher Kunstprofessionalität und hoher Kunstautonomie bei extrem dichtem Bestand an Kultureinrichtungen auf enge Grenzen zu stoßen.

Bleibt das mittlere Reaktionsmodell auf die Krise des auf Kulturpolitik übertragenen Sozialstaatsmodells, das so genannte Wachstumsregime oder die »neokonservative« Revision der Kulturpolitikreform der 1970er Jahre. In ihm spielt Identitätspolitik eine zentrale Rolle, die ja immer dann ins Spiel gebracht wird, wenn sich Umbrüche und Verunsicherungen vollziehen (Matthiesen 2006); und die Krise des Sozialstaats ist für Deutschland in besonderem Maße ein solcher Bruch, eine solche Verunsicherung. (Dahrendorf 1992)

Eine einzelne Stadt kann sich offensichtlich weitgehend vor den Folgen der Sozialstaatskrise schützen, wenn es ihr gelingt, in der ökonomischen Konkurrenz erfolgreich zu sein, wenn sie also ökonomische Stabilität oder gar Wachstum erzielt. In dieser ökonomischen Konkurrenz, die nicht nur regional oder innerhalb Deutschlands, sondern bei entsprechenden Städten europa- und weltweit ausge-

tragen wird, und die in den letzten Jahren dramatisch gewachsen ist, müssen bekanntlich Alleinstellungsmerkmale ins Spiel gebracht werden, die der jeweiligen Stadt einen Vorteil versprechen. Sowohl die Konkurrenz selber als auch eine ausgleichende Regionalpolitik des Bundes und der Länder haben nun dazu geführt, dass sich die »harten« Standortfaktoren der Konkurrenz, also technische Infrastrukturen et cetera, zwischen allen Städten zumindest einer Größenklasse weitgehend angeglichen haben, so dass bereits in den 1980er Jahren die »weichen Standortfaktoren« ins Spiel gebracht wurden (Grabow u.a. 1995), bei denen es um Merkmale von Lebensqualität gehen sollte, allerdings um messbare, materielle Qualitätsmerkmale. Neben Umwelt und Naherholung schienen vor allem Kulturpolitik und ihre Leistungen, also die öffentlichen Kultureinrichtungen, derartige »weiche Standortfaktoren« bilden zu können. Es sollte sich für eine Gemeinde nachweislich lohnen, in Kultur zu investieren, sei es in indirektem Wege über touristisch induzierte Umwegrentabilität, sei es als Ansiedlungs- oder Bleibefaktor für Wirtschaftsbetriebe. Letzten Endes zielten diese weichen Standortfaktoren auf Einwohner, die durch messbare Qualitäten einer Stadt gewonnen und gehalten werden sollen, also auf die personale Infrastruktur des Wirtschaftens.

Schon in diesem Konzept der weichen Standortfaktoren wurde erkennbar, dass diese Faktoren nach außen ausstrahlen müssen, dass sie von den mobilen Wachstumsfaktoren, also von Tourismus, von potentiellen Einwohnern und von potentiellen Wachstumsträgern, deutlich wahrgenommen werden müssen, dass also ein attraktives Image begründet werden muss, dem aber eine messbare Realität in der Stadt zu entsprechen habe. Profilbildung durch Investitionen in die Politikfelder, die diese Doppelfunktion erfüllen, erschien erforderlich, eine »Leuchtturmpolitik«, die Zeichen nach außen setzt, aber deren Leuchttürme auch real existieren.

In den letzten Jahren nun ist diese Politik gleichermaßen zugespitzt und ausgeweitet worden. Es scheint nicht zu genügen, einzelne messbare Lebensqualitäten herzustellen. Vielmehr muss eine Atmosphäre, ein Flair, ein Lebensgefühl generiert und nach innen und außen in einem Bild symbolisch verdichtet werden. Auch wenn manchmal schwer zu greifen ist, wodurch das Bild getragen wird und woraus es seine Attraktivität bezieht, auch wenn häufig ein Teil, manchmal ein sehr kleiner, für das Ganze genommen wird, dass solche Bilder wirksam sind, und dass sie auch nach innen wirken, also Identität bedeuten und beschreiben, das ist nicht zu bezweifeln, mag sich der Wert, die Anerkennung, die Attraktivität eines bestimmten Bildes auch verschieben und wandeln. Aber in den atmosphärischen Bildern, die sich gegenwärtig entwickeln, dominiert keine spezifische Leistung oder Qualität einer Stadt, sondern ein »Wohlfühlgefühl«, ein »feeling good«, dessen Grundlage häufig undeutlich bleibt, das aber dennoch anerkannt wird. In die Produktion solcher Bilder, die ja offensichtlich kulturelle Bilder sind, soll Kulturpolitik einbezogen werden, wenn die Forderung entsteht, positive Effekte auf das Wachstum auszuüben.

Die gute Stadt, die hier in Images signalisiert wird, steht in europäischer Utopietradition als Modell, als Bild, als Vision eines »guten Lebens«. Die Normen und

die Lebensqualitäten, die in einer bestimmten kulturellen Sichtweise das gute Leben ausmachen, werden im Bild der guten Stadt verdichtet und zum Ausdruck gebracht. Und selbst dann, wenn kaum noch erkennbar ist, worin denn diese Lebensqualität liegen könne, scheint das Signum der Einzigartigkeit zu genügen, um diese besondere Stadt attraktiv erscheinen zu lassen.

Städte charakterisieren sich über diese Images wie Markenprodukte. In ihnen zu leben oder sie zumindest kurzfristig aufzusuchen, verspricht die gleiche Befriedigung, wie Gebrauch oder Besitz eines solchen in der modernen Seins-Ökonomie. (Schulze 1992) Nicht in der Verwendung eines Gegenstandes oder eben einer Stadt nach dem Modell eines Werkzeuggebrauchs liegt der Nutzen, sondern in der Definition eines Seins des Nutzers durch das des Produktes. Entstand lokale Identität des Stadtbewohners traditionell aus langer, die Biographie prägender Ansässigkeit in einer Stadt, so muss sie heute für eine mobile Bevölkerung mit einem Seinsversprechen hergestellt werden. In den städtischen Identitäts- und Imagekonzepten wird diese Seins-Produktion zum urbanen Programm, und dies einerseits, weil sich durch wachsende Mobilität die selbstverständlichen Bindungen an eine Stadt lockern, zum anderen, weil Städte in der Konkurrenz um Wachstum auf Bindungen ihrer Einwohner an die jeweilige Stadt angewiesen sind, und drittens, weil es ein urbanes Bürgertum mit Verantwortungsgefühl für seine Stadt nicht mehr gibt, es daher konstruiert werden muss, will man »bürgerliches Engagement« zur Kompensation von Haushaltslücken in Anspruch nehmen. Städte reagieren mit Identitätspolitik vor allem auf drohende oder bereits aktuelle Stadtschrumpfung, also auf den Rückgang von Wirtschaftskraft durch Abwanderung und Betriebsschließungen, und auf Schrumpfung der Einwohnerzahl. Vor allem letztere rückt als Auslöser von Identitätspolitik zunehmend in den Vordergrund, da sie die »personale Infrastruktur« des Wirtschaftswachstums in Frage stellen und weil Einwohnerrückgang, wie die Studien zur Stadtschrumpfung zeigen, ausgesprochen kostspielig ist.

Die Städtekonkurrenz wird zur Konkurrenz um Einwohner, aber nicht um beliebige, sondern um produktive und kreative für eine moderne, wachstumsfähige Wirtschaft: um junge, gut ausgebildete, deutsche Einwohner. In der demographischen Entwicklung Deutschlands ist aber unverkennbar, dass gerade diese Bevölkerungsgruppe in den kommenden Jahren absolut und prozentual am stärksten schrumpfen wird. Nicht die Überalterung wird das bedrohliche Problem, sondern die »Unterjüngung« (Kaufmann 2005). Setzt aber eine Konkurrenz um diese jüngeren deutschen Einwohner ein und sind einige Städte erfolgreich, müssen sich an anderer Stelle deren Rückgänge aus demographischen Bedingungen und Abwanderung überlagern und verstärken. Auf Kosten verstärkt schrumpfender Städte, die Verlierer in der Konkurrenz, stabilisieren sich die erfolgreichen Städte und verschärfen damit die regionalen Ungleichheiten innerhalb des Bundesgebietes.

Damit stößt man auf das erste Problem dieser wachstumsorientierten Identitätspolitik, das ihr das Urteil eines Neo-Konservativismus eingetragen hat. Sie be-

wirkt zwar möglicher Weise in einigen Städten Stabilität und bewältigt damit ansatzweise die Folgen der Sozialstaatskrise in der eigenen Stadt, produziert aber Nebenfolgen in Form verstärkter Ungleichheit zwischen Städten und Regionen, die das Sozialstaatsprinzip massiv unterlaufen. Eine solche Strategie droht aber, unter externen Rechtfertigungsdruck zu geraten. Eine Stadt oder Region muss im Zweifelsfall auf nationaler Ebene rechtfertigen, dass sie sich auf Kosten anderer stabilisiert. Genau das kann aber gelingen, wenn Ungleichheiten kulturell, also zum Beispiel durch kulturelle Traditionen, begründet werden, denn diese sind ja offensichtlich aktuell politisch gar nicht zugänglich. Kulturelle Interpretationen von Ungleichheit können diese, obwohl sozial bedingt, als gleichsam natürlich erscheinen lassen. Die kulturellen Identitäten von Städten und Regionen gewinnen demnach regionalpolitisch gesehen die gleiche Funktion wie der Habitus des einzelnen Individuums oder einer Klasse in der Geschmacksdistinktion. (Bourdieu 1982) Beide immunisieren Ungleichheit gegen Kritik und externe Rechtfertigungszwänge. Die außerordentliche Betonung von Tradition als nicht imitierbares Alleinstellungsmerkmal in den städtischen Identitätskonzepten resultiert sicherlich auch aus diesen Distinktionsleistungen.

Identitätspolitik sieht sich aber noch vor einer zweiten Hürde. Soll eine ganze Stadt die Konkurrenz unter einem Motiv bestreiten, wie es im Warenwettbewerb bei Markennahmen üblich und erfolgreich ist, muss ein gesamtstädtisches, die gesamte Einwohnerschaft umfassendes »Wir« konstruiert werden, das der faktischen Differenzierung und Pluralisierung moderner Stadtgesellschaften nicht gerecht wird. Immer sollen die Selbstbilder ja Wachstum, Zukunftsoptimismus, Wohlstand und Erfolg signalisieren. Die Erfolglosen, die Schwachen kommen in diesen Bildern im Prinzip nicht vor. Identitätspolitik kann zur Ausgrenzung unpassend erscheinender Verhaltensformen und Einwohnergruppen nach innen führen, ein Vorgang, der in neuer Ungleichheitsforschung als Begründung von Exklusion, von Ausschluss, gilt. (Kronauer 2002) Es wird zwar immer wieder darüber gerätselt, ob nicht Pluralität selbst, also Vielfalt und Weltoffenheit, zur Identität einer Stadt werden könnten, und sicher gibt es Städte, die mit diesem Image erfolgreich sind. Diese Pluralität darf dann aber auch nur als kulinarische Bereicherung, als Buntheit und Anregungsvielfalt erscheinen, ohne ihre dunklen Seiten ethnischer oder Statuskonflikte.

Mit der Kulturalisierung von Kommunal- und Regionalpolitik werden also gegen externen Rechtfertigungsdruck und innere Differenzierung neue inter- und innerregionale oder innerstädtische Ungleichheiten nicht nur durchgesetzt, sondern gerechtfertigt. Wurde »Kultur« im Konzept der 1970er-Jahre-Reformen tendenziell als allgemeines »Gut« definiert, das nach sozialen Gerechtigkeitsprinzipien verteilt werden sollte, so unterwirft das neo-konservative Konzept »kultureller Identität« Kultur nach einem durchaus »erweiterten Kulturbegriff«, also als Kunst und Lebensweise, als Lebensstil und Lebensqualität, einer kulturellen Distinktionsfunktion, um ökonomische Konkurrenzvorteile zu erreichen, die dann, wenn sie erreicht werden, das Sozialstaatsprinzip einer Gleichheit von Lebens-

bedingungen im gesamten Territorium des Staates unterlaufen (Dahrendorf 1995), also das Gegenteil von dem bewirken, was in der Reformpolitik intendiert war.

Aber selbst dann, wenn diese Strategien erfolgreich sind, bleiben nennenswerte Schwierigkeiten. Es könnte weit weniger überzeugende Bilder, Images und denkbare Identitäten geben als Bewerber in der Konkurrenz. Das, was sich als ganz einzigartig darzustellen bemüht ist, kann das in höchstem Maße Austauschbare werden. Und Produkte der Seins-Ökonomie nutzen sich ab, und dies manchmal schneller als ihr eigentlicher Gebrauchswert. Die Risiken von Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen sind also beträchtlich. Gegen diese Dynamik einer ständigen Erneuerung und Steigerung von Sein in der Seinsökonomie steht die Beharrlichkeit städtischer Milieus, die in der Regel einer Planbarkeit von Identität im Wege steht.

Es ist einmal gesagt worden, Staaten seien gerecht nach innen, aber ungerecht nach außen. In Identitätskonstruktionen als Wachstumsstrategien und Reaktion auf sozialstaatliche Krisenphänomene wird diese Gerechtigkeit im Innern eines Staates unterlaufen, und schließlich sogar die innerhalb einer Stadt. Die Image- und Identitätskonkurrenzen zwischen Städten und Regionen sind keine Wettbewerbe um *best practice* mit Problemlösungen, von denen auch andere Kommunen lernen könnten. Sie tragen also nicht zu Innovationen in der Bewältigung aktueller Herausforderungen bei, sondern zielen auf das Gegenteil, die Entfaltung von Vorteilen, die gerade nicht auf andere übertragen werden können. Als Politikstrategien lösen sie im Grunde kein einziges Problem. Sie tragen nicht zum Bevölkerungswachstum bei, sondern verteilen nur das knappe Gut Bevölkerung in höchst ungleicher Weise durch selektive Migration, in der die Jungen, Aktiven in die kulturellen Zentren ziehen, während die Älteren und schlechter Qualifizierten zurückbleiben. Sie schaffen im Grunde auch kein Wirtschaftswachstum, sondern konzentrieren es – wie Bevölkerung – nur an bestimmten Orten. Es ist eben doch fraglich, ob das Marktprinzip freier Konkurrenz, das ja bereits in seinem Feld der Ökonomie erhebliche Nebenfolgen nach sich zieht, bruchlos auf politische Körperschaften übertragen werden kann. Deren Handeln sollte an anderen Kriterien orientiert sein als das der Marktsubjekte, so dass also die Ungleichheiten und Benachteiligungen, die aus deren freier Konkurrenz resultieren, durch politische Institutionen zumindest teilweise zu korrigieren seien. In kulturellen Identitätskonzepten zur Durchsetzung von städtischem oder regionalem Wirtschaftswachstum wird diese Aufgabenteilung zwischen Ökonomie und Politik aufgegeben.

Dennoch schätzen und lieben Kulturpolitiker dieses Konzept, das zum Beispiel auch in Wettbewerben wie »Europäische Kulturhauptstadt« zum Tragen kommt. Es erweckt den Eindruck, es würde etwas für die Kultur getan. Aber Kunst und Kultur sind eben kein neutrales Gut, wie es sich die Reformpolitiker der 1970er Jahre vorgestellt hatten, das demnach ohne weiteres verteilt und gefördert werden kann. Vielmehr sind diese Güter über das »Geschmacksurteil« mit Distinktionswirkungen behaftet, die in einschlägiger Weise als symbolische Gewalt bezeichnet worden sind (Bourdieu/Passeron 1973) und in der städtischen Wachs-

tumskonkurrenz auch in dieser Weise wirksam werden, auch wenn der hier zitierte Wettbewerb »Europäische Kulturhauptstadt« inzwischen überwiegend als Instrument ausgleichender Regionalpolitik eingesetzt wird. Unter den positiv besetzten Begriffen von bürgerschaftlicher Identität reproduzieren Identitätsstrategien ein modernes Stammesdenken (Dahrendorf 1995), mit dem eine Gesellschaft die sozialen und kulturellen Normen aufgibt, die den modernen, liberalen Staat begründen. Eine diffuse Identität oder Identifikation mit territorialen Einheiten sei im Grunde »re-gressiv«, nur Identitätskonstruktionen aus universalen Normen, die nicht an territorial definierte politische Einheiten gebunden würden, könnten als »pro-gressiv« verstanden und anerkannt werden. (Castells 1997) Kulturelle Identität regressiver Art aber dürfe nicht die Basis von Politik bilden. (Dahrendorf 1995)

Das Resümee muss wohl sein, dass die Einschnitte, die zurzeit in der Kulturpolitik erfolgen und die sich intensivieren werden, Verluste sind, die weder im Reform-, noch im Revisions-, noch im Alternativmodell befriedigend aufgefangen werden. Man mag als kulturinteressierter Einwohner einer Stadt nicht immer alles schätzen, was im öffentlich geförderten Kulturbetrieb zu sehen und zu hören ist, man mag die als Freibrief für Selbstgefälligkeit missverstandene Autonomie der Kunsteinrichtungen manchmal reichlich abgeschmackt, die Gesinnungskultur der Soziokultur mit ihren minimalen ästhetisch-formalen Ansprüchen eher abstoßend als attraktiv finden, die Finanzierung der großen Kultureinrichtungen, die einer Umverteilung von »unten nach oben« gleichkommt, als sozial ungerecht und die schleichende Aushöhlung kommunaler kulturpolitischer Autonomie durch staatliche oder europäische Politik als »bürgerfern« oder autoritär kritisieren, sicher scheint in jedem Fall zu sein, dass Einschnitte in diesem Bereich Verluste sind, die vermutlich durch keines der drei Reaktionsmodelle aufgefangen werden können. Das Modell, das im Konzept einer kulturellen Identität der Kulturpolitik am ehesten den Rücken zu stärken behauptet könnte gerade das mit den kritikwürdigsten Nebenfolgen sein. Gerade weil die »Kulturen« von denen man nur im Plural sprechen kann (Eagleton 2004), Ausdruck und Gehalt von Identitäten sind, bilden sie keine geeignete Basis für Politik, und zu dieser Basis, nicht zu ihrem Gegenstand wird Kultur in einer Identitätspolitik transformiert. Der Eindruck, dass damit Kultur wichtiger würde, dass diese Strategie ihr also nützen könne, ist trügerisch.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean Claude (1973): *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Castells, Manuel (1997): *The Power of Identity. The Information Age: Economy, Society and Culture*, Malden, Mass./Oxford: Blackwell

Dahrendorf, Ralf (1995): »Über den Bürgerstatus«, in: Brink, Bert van den/Reijen, Willem van (Hrsg.): *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 29–43

Dahrendorf, Ralf (1992): *Der moderne soziale Konflikt: Essay zur Politik der Freiheit*, Stuttgart: DVA

Eagleton, Terry (2004): »Kultur versus Kulturen«, in: Hanika, Monika/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kulturelle Globalisierung und regionale Identität. Beiträge zum kulturpolitischen Diskurs* (Dokumentation des Kulturpolitischen Kongresses vom 5. bis 7. September 2002 in Ludwigsburg), Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext

Göschel, Albrecht (2005): »Demographie, Ökonomie, Wertewandel: Bedingungen zukünftiger Kulturpolitik«, in: Wagner, Bernd (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum* (Band 5), Bonn/Essen: Klartext

Grabow, Busso/Henckel, Dietrich/Hollbach-Grömig, Beate (1995): *Weiche Standortfaktoren*, Stuttgart u. a.: Kohlhammer

Habermas, Jürgen (1985): »Die Krise des Wohlfahrtstaates und die Erschöpfung utopischer Energien«, in: ders.: *Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 141–163

Häußermann, Hartmut (2005): »Wandel des Städtischen. Aufgaben der Kommunalpolitik heute«, in: Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat*, Frankfurt am Main/Essen: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen/Klartext, S. 63–68

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt am Main/New York: Campus

Matthiesen, Ulf (2006, in Vorbereitung): »Beeskow: Von der wiedererfundenen Identität einer Kleinstadt im ländlichen Raum Ostdeutschlands – identitätspolitische und identitätstheoretische Anmerkungen«, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): *Zukunft von Stadt und Region III. Dimensionen städtischer Identität. Beiträge zum Forschungsverbund »Stadt 2030«*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45–59

Scheytt, Oliver/Zimmermann, Michael (2004): »Kulturelle Grundversorgung und Nachhaltigkeit«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 107 (IV/2004), S. 26–27

Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt am Main/New York: Campus

Wagner, Bernd/Zimmer, Annette (Hrsg.) (1997): *Krise des Wohlfahrtsstaates – Zukunft der Kulturpolitik*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, S. 11–24

Knut Nevermann

Bund und Länder in der Kulturpolitik

Anmerkungen zur Entflechtung und Systematisierung

I. Plötzlich erlangte ein Satz Geltungskraft. Natürlich ein Satz des Grundgesetzes, der aber in einem Artikel versteckt wurde, der eine hohe Ziffer trägt und schon deshalb ein eher unbeachtetes Dasein führt.

Das eigentliche Thema war hoch komplex: Es ging um die Frage, ob der Bund die großen Berliner NS-Gedenkstätten in eine eigene, neue Trägerschaft überführen sollte. Anlass war die Eröffnung des *Mahnmals für die Ermordung der europäischen Juden*. Planung und Durchführung des Mahnmals war von einer Bundesstiftung getragen worden, die ihrerseits hoch komplex strukturiert war, um möglichst alle politisch relevanten Gruppierungen in die Ausgestaltung des Mahnmals einzubeziehen. Das war in einem erstaunlich hohen Maße auch gelungen. Nunmehr ging es um den Betrieb des »Ortes der Information« (und um Bauunterhaltsfragen), für deren Bewältigung die bestehende Stiftung unter Leitung des Bundestagspräsidenten eine Nummer zu groß und zu komplex organisiert ist. Der Betrieb einer Gedenkstätte, ebenso wie der des »Ortes der Information« ist eine primär professionelle Arbeit, die einer politischen Kontrolle, aber keiner politischen Entscheidungsfindung bedarf. Zugleich war das – vom Land Berlin als öffentlichrechtliche Stiftung getragene – *Dokumentationszentrum »Topographie des Terrors«* in eine neue Phase gekommen, weil sich der Bund im Frühjahr 2004 bereit erklärt hatte, nach dem Scheitern des Zumthor-Entwurfs die Verantwortung für den Bau zu übernehmen und eine neue architektonische Lösung zu suchen und zu realisieren. Auch der dritte NS-Gedenkort, das *Haus der Wannsee-Konferenz*, weist Merkwürdigkeiten auf, weil es von einer privaten Stiftung getragen, aber vom Land und vom Bund finanziert wird; es war gerade erfolgreich dabei, seine Dauerausstellung grundlegend zu modernisieren. Und schließlich die *Gedenkstätte Deutscher Widerstand* – sie ist gar keine eigene Rechtspersönlichkeit (sondern Teil der Berliner Senatsverwaltung), wird aber ebenfalls von Land und Bund finanziert. Für diese vier – unsinnig differenziert organisierten und finanzierten – Ein-

richtungen eine gemeinsame Trägerstiftung des Bundes zu schaffen, in der die politisch-gesellschaftliche Kontrolle mit professioneller Leitung, mit finanzieller Planungssicherheit und mit einer relativen Autonomie der einzelnen Einrichtungen systematisch verbunden werden sollte –, ein solches Konzept, das breit und öffentlich diskutiert und fast allseits begrüßt wurde, war sogar schon in einen kabinettsreifen Gesetzesentwurf gegossen worden, als das vorzeitige Ende der Legislaturperiode im Herbst 2005 auch diesem Projekt ein hoffentlich nur vorläufiges Ende bereitete und plötzlich und unerwartet mit dem Satz des Artikel 104a GG konfrontiert wurde:

> (1) Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt.

Wir wollten nämlich an der gemeinsamen Finanzierung dieser Gedenkorte grundsätzlich zunächst einmal nichts ändern: Berlin und der Bund zahlen wie bisher (der Bund wegen des Holocaust-Mahnmals, das er ja alleine trägt, insgesamt etwa 70 Prozent). Wenn aber der Bund eine öffentlichrechtliche Bundesstiftung gründet und damit eine eigene »Aufgabe« übernimmt, so muss er auch die Ausgaben »gesondert« tragen. Eine sogenannte Mischfinanzierung ist vom GG nicht gewollt. Die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, an deren Betriebskosten sich die Länder mit 25 Prozent beteiligen, ist die im GG geregelte Ausnahme. (S. Art. 135) Formal musste der Bund also die volle finanzielle Verantwortung übernehmen (was die erforderliche Zustimmung des Bundesfinanzministers nicht gerade erleichterte) – inhaltlich sind die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin, wie gezeigt werden wird, allerdings so vielfältig, dass es nicht schwierig ist, einen pragmatischen Weg zu finden, durch den eine angemessene Lastenverteilung gesichert werden kann.

Wer zahlt, schafft an. Und wer selbst anschafft, zahlt allein, »gesondert«. Soweit so gut. Was läge näher, als auf eine Entflechtung zwischen den Aufgaben des Bundes und denen der Länder zu dringen. Und zwar dergestalt, dass der Bund seine Einrichtungen alleine finanziert und die Länder die ihrigen. Dadurch könnten auch die Verantwortlichkeiten transparenter und die Verantwortlichen sichtbarer gemacht werden. Gelegentlich gibt der Bund Geld – und weiß herzlich wenig über den Gang der Dinge in den Einrichtungen. Hier sollte sich der Bund in der Tat zurückziehen. Aber eine systematische Entflechtung? Nun: ein Blick auf die Verfassungswirklichkeit, auch im Kulturbereich, erhöht die Problemkenntnisse. Man muss nicht zum Rechtsheglianer mutieren, um sich zu freuen, wie viel vernünftiger doch oft das wirkliche Leben ist – gemessen an den theoretischen Praxisentwürfen, die aus offenkundiger Interessenvertretungsabsicht monstranzartig durch die Diskussionsfelder getragen werden.

II. Das Thema »Entflechtung« spielte aber bekanntlich eine entscheidende, monstranzähnliche Rolle in den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Gründung der *Kulturstiftung des Bundes*, die dann im Sommer 2003 überraschend scheiterten. In diesen Verhandlungen ging es aber nicht nur um die Entflechtung, sondern zugleich um die normative Frage, was der Bund darf und was er nicht darf. Auf das Problem der Entflechtung wurde noch zusätzlich das Problem der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung draufgesattelt. Dabei bestand zunächst die Hoffnung, dass man sich über die Kompetenzen ebenso einigen könnte wie über eine »kostenneutrale« Entflechtung – denn viele Länder wollten den Bund aus ihren Einrichtungen heraushaben, aber natürlich das Geld des Bundes behalten. Auch hier wirkte die Realität als Lehrmeister. Die berühmten »Eckpunkte für die Systematisierung der Kulturförderung des Bundes und der Länder« vom 26. Juni 2003 verdeutlichen den gewaltigen Umfang der zunächst intendierten Veränderungen in der Kulturpolitik. Es wurden zwei Körbe gebildet – Korb eins mit den unstrittigen Kulturförderungen des Bundes (s. *Tabelle 1*) und Korb zwei mit den von den Ländern für streitig erklärten Förderungen (s. *Tabelle 2*, in der sowohl die vom Bund beanspruchten Grundsätze als auch die nach Meinung der Länder abzubauenden Institutionen- und Projektförderungen aufgelistet sind). Ein lehrreicher Überblick.

Es liegt auf der Hand, dass der Rückzug des Bundes aus allen Aktivitäten des Korbes 2 zu einem Flächenbrand geführt hätte, den auch die reicheren Länder nicht hätten in den Griff kriegen können. Der gewachsene Kulturföderalismus ist derart vielgestaltig, dass an ihm alle reinen Entflechtungs-Konzepte scheitern müssen. Der pragmatische Ausweg, der ja beinahe zu einer Verabschiedung dieses Eckpunkte-Papiers geführt hätte, war das Angebot der Länder, einen Schlussstrich zu ziehen: alles, was derzeit vom Bund gefördert wird, darf weiter gefördert werden. Dafür sollte sich der Bund verpflichten, neue Förderungen erst nach einer Konsultation mit den Ländern zu beginnen. In diesem Konsultationsverfahren sollte – und das war letztlich unakzeptabel – jedes einzelne Land ein Vetorecht haben. Der Bund hätte also Förderungen, zu denen er nach seiner Meinung befugt ist, schon dann nicht beginnen dürfen, wenn ein einziges Land widersprochen hätte. Das war nicht akzeptabel. Darüber hinaus verlangten die Länder die Vereinbarung von Finanzierungsgrundsätzen, die zum einen verbürokratisierend gewirkt und zum anderen fast zu Automatismen in den Förderentscheidungen geführt hätten: wenn Du, lieber Bund, im Lande X förderst, musst Du ein »*gleiches*« Projekt auch in den anderen Ländern fördern. Das klingt zwar wie Gleichbehandlung und Fördergerechtigkeit, aber es hätte den ja immer auch kulturpolitischen Entscheidungsspielraum in Regierung und Parlament des Bundes quasi auf Null reduziert – und damit die Bereitschaft, überhaupt Geld zu bewilligen.

III. Es gibt noch eine andere Perspektive, unter der man die gewachsene Realität der Kulturförderung des Bundes betrachten und beachten sollte: Die unterschiedliche, aber starke Präsenz des Bundes in den Förderkulissen der einzelnen Ländern – wobei allerdings nicht vergessen werden darf, dass der Bund ja nur etwa 10 Prozent der Kulturausgaben der öffentlichen Hände bestreitet – den Hauptanteil von 90 Prozent teilen sich die Gemeinden, Städte und Länder. Trotzdem: es geht um etwa eine Milliarde Euro, die natürlich, weil der Bund kein eigenes Territorium hat, in die Länder fließen, in Kultureinrichtungen und Projekte, die nur zu einem kleineren Teil vom Bund selbst getragen werden. Eigene Kultureinrichtungen hat der Bund nur in Berlin (und Bonn und – die *KSB* – in Halle). Dies erklärt im Übrigen auch den größten Teil der Varianz zwischen den Länderquoten: Natürlich ragt Berlin heraus, schon wegen der großen Institutionen (*Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, *Deutsches Historisches Museum*, *Jüdisches Museum*, *Kulturveranstaltungs-GmbH* mit »Berlinale«, »Festspielen«, »Haus der Kulturen der Welt« und »Martin-Gropius-Bau«, *Akademie der Künste*, *Deutsche Kinemathek*, Gedenkstätten usw.) und wegen der großen Nachfrage nach Projektförderungen in einer künstlerisch überaus reichen, aber finanziell armen Stadt. Ähnliches gilt für Nordrhein- Westfalen (*Deutsche Welle*, *Haus der Geschichte*, *Kunst- und Ausstellungshalle* usw.) oder für Hessen und Sachsen (*Die Deutsche Bibliothek* mit den Standorten Frankfurt und Leipzig): Es sind diese großen, vom Bund allein finanzierten Einrichtungen, die die scheinbare Bevorzugung erklären. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass der Bund in der Kulturförderung nicht unerheblich mitmischt. *Tabelle 3* stellt dieses Finanznetz informativ zusammen. Wer einer strikten Entflechtung das Wort redet, würde das kulturelle Leben in Deutschland nachhaltig stören und die gewachsenen Strukturen und Verfahren folgenreich vernichten.

Angesichts der vielschichtigen Finanzverflechtungen zwischen Bund und Ländern wird es eine weit reichende Entflechtung der Kulturförderung und -verwaltung nicht geben können. Und angesichts der durch Verfahren nicht überbrückbaren unterschiedlichen Rechtsaufassungen über die Zuständigkeiten des Bundes im Kulturbereich wird es auch eine überzeugende Systematisierung nicht geben. Der Bund bleibt gut beraten, an seiner verfassungsrechtlichen Position festzuhalten.

Im Eckpunktepapier hatten die Länder argumentiert, dass mit Blick auf die grundsätzliche Zuständigkeit der Länder für den Kulturbereich eine ungeschriebene Kompetenz des Bundes nur als Ausnahme von der Regel anerkannt werden könne und einer besonderen Rechtfertigung bedürfe. Eine Kompetenz des Bundes »kraft Natur der Sache« lasse sich danach weder allein durch die Überregionalität einer Aufgabe, noch allein durch deren gesamtstaatliche oder nationale Bedeutung, noch allein durch deren Auslandsbezug rechtfertigen. Demgegenüber war der Bund bei seiner Überzeugung geblieben, dass es eine nationale Verantwortung des Bundes für die Kulturentwicklung in Deutschland gäbe. Im Zeitablauf habe sich eine Staatspraxis im Bereich der Kultur mit zahlreichen Aktivitäten und Fördermaßnahmen des Bundes entwickelt. Diese Staatspraxis stehe mit der verfassungsrechtlichen Lage durchaus im Einklang. Der Bund könne für sich in An-

spruch nehmen, im Kulturbereich auf ungeschriebene Kompetenzen »kraft Natur der Sache« und damit auf eine eigene Zuständigkeit für kulturelle Aufgaben von nationaler und internationaler Bedeutung und für die nationale Repräsentation des Gesamtstaates auch im Inland zurückgreifen zu können.

IV. Vor diesem Hintergrund der Entflechtungs- und Systematisierungsdiskussion und ungeachtet des Grunddissenses über die Kompetenzen des Bundes ließen sich sogar die offenen Fragen einer Lösung zuführen, die die Fusion der beiden Kulturstiftungen des Bundes und der Länder aufwirft. Wenn man wirklich eine Fusion will (und nicht nur eine hybride Dachkonstruktion für zwei selbständige Stiftungen), wird man darauf achten müssen, dass die Beteiligten ihre berechtigten, auch haushaltsrechtlichen Interessen durchsetzen können: es kann kein Bundesgeld ohne Zustimmung des Bundes und kein Landesgeld ohne Zustimmung der Länder ausgegeben werden. Dies könnte in einem gemeinsamen Stiftungsrat durch unterschiedliche Abstimmungsquoren relativ einfach geregelt werden. Die Frage ist nicht, wer darf welche Sache fördern, sondern wofür darf mein Geld nicht ausgegeben werden. In dem Maße, in dem Bund und Länder in etwa gleiche Summen in die Stiftung einzahlen und für die bisherigen Förderschwerpunkte zur Verfügung stellen, wird auch diese Frage von drittrangiger Bedeutung sein. Übrigens gilt hier – wegen der privatrechtlichen Struktur einer Kulturstiftung – das Verbot der Mischfinanzierung des Art. 104a GG nicht.

Der Stiftungsrat wird sich – wie jeder Rat, in dem vernunftbegabte und kulturinteressierte Personen zusammenwirken – als einheitliches Gremium begreifen, viel reden, stets die breite Mehrheit suchen und selten abstimmen. Wenn, wie bei der *Bundeskulturstiftung*, auch künftig ein Drittel des Stiftungsrates weder vom Bund noch von den Ländern delegiert, sondern aus freien, gesellschaftlich anerkannten Persönlichkeiten bestehen wird, so ist mir um eine konsensorientierte Willensbildung nicht bange. Beide, die Öffnung des Stiftungsrates für Personen des gesellschaftlichen Lebens und die Reduktion der Interessensicherung auf die Geldgeberfunktion, würden ausreichen, eine nationale Stiftung aufzubauen, die auch Mut und Glanz entfalten könnte. Weder Aspekte der Entflechtung und Systematisierung noch das Mischfinanzierungsproblem stehen dem letztlich entgegen. Wenn darüber hinaus der Bund noch die eine oder andere attraktive Aufgabe aus der Bundesverwaltung in die Stiftung (zumindest teilweise) überführen würde (Denkmalschutz, Musik- und andere Kunstförderungen), so bräuchte die »Deutsche Kulturstiftung« auch einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen.

Tabelle 1: Zuordnung der vom Bund geförderten Institutionen zu »Korb 1« (Stand 13.6.2003)

Ziffer 1 (Auswärtige Kulturpolitik)
Deutsche Welle in Köln/Bonn; Gesellschaft für Deutsche Sprache; Deutsche Akademie Rom Villa Massimo; Villa Romana in Florenz; Goethe-Museum Rom (über AsKI-Förderung); Deutsches Studienzentrum in Venedig; Cité International des Arts, Paris; Künstlersiedlung Haus Ekely, Oslo; Villa Aurora, Los Angeles, Fonds »Writers in Exile«; Deutsch-französische Begegnungsstätte Genshagen (Brandenburg); Goethe Institut Inter Nationes; ifa Institut für Auslandsbeziehungen; Deutscher Akademischer Austausch Dienst; Deutsches Archäologisches Institut; Alexander von Humboldt-Stiftung u.a. Mittlerorganisationen
Ziffer 2 (Repräsentation des Gesamtstaates)
Bundesarchiv, Koblenz/Berlin (mit Filmarchiv); Die Deutsche Bibliothek, Frankfurt/Main mit Deutsche Bücherei, Leipzig und Deutsches Musikarchiv, Berlin; Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn; Deutsches Historisches Museum, Berlin; Stiftung Jüdisches Museum Berlin; Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn; Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf; Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin; Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg; Otto-von-Bismarck-Stiftung, Aumühle-Friedrichsruh; Hambacher Schloss; Haus der Schutzmächte/Alliierten-Museum, Berlin; Historische Stätte (Museum) Karlshorst
Ziffer 3 (Repräsentation in der Hauptstadt)
Hauptstadtkulturvertrag; Haus der Kulturen der Welt; Berliner Festspiele; Martin-Gropius-Bau; Vereinbarte Förderung der Bundesstadt Bonn; Beethovenhaus Bonn
Ziffer 4 (Preußischer Kulturbesitz)
Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin
Ziffer 5 (Weltkulturerbe und Kulturhauptstadt)
Europäisches Zentrum für Kunst und Industriekultur »Weltkulturerbe Völklinger Hütte«
Ziffer 6 (Gedenkstätten)
Neue Wache Berlin; Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas; Stiftung Topographie des Terrors; Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand; Verein »Erinnern für die Zukunft« – Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz; Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau Dora; Gedenkstätte Dachau; Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft; Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth e.V.; sowjetische Friedhöfe und Ehrenmäler
Ziffer 7 (Sicherung von Kulturgut und Geschichte ehemals deutscher Kulturlandschaften im östlichen Europa)
Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Oldenburg; Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam; Osteuropäisches Landesmuseum, Lüneburg; Westpreußisches Landesmuseum, Münster; Schlesisches Museum zu Görlitz; Pommersches Landesmuseum, Greifswald; Siebenbürgisches Museum, Gundelsheim; Donauschwäbisches Zentralmuseum, Ulm; Museum Ostdeutsche Galerie, Regensburg; Adalbert-Stifter-Verein, München; Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek, Herne; Institut für deutsche Musikkultur im östlichen Europa, Bonn; Südostdeutsches Kulturwerk e.V., München
Ziffer 8 (Minderheiten)
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg; Stiftung für das sorbische Volk, Bautzen; Friesische Volksgruppe in Schleswig-Holstein; Diskussion Tolstoi Hilfs- und Kulturwerk e. V., München; Projektförderungen von bundeszentralen Einrichtungen fremder Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften von heimatlosen Ausländern, die in Deutschland aufgrund von Kriegen und Evolutionen/Aufständen in ihren Heimatländern leben (z.B. Viet-

namesisches Kulturzentrum, Hannover; Congregation der Vereinigten Vietnamesischen Vereinigungen der buddhistischen Kirche und der buddhistischen Vietnamflüchtlinge e.V., Hannover; Afghanistan-Zentrum e.V., Bonn; Äthiopisches Zentrum Deutschland e. V., Bonn); Förderung zentraler Organisationen polnischstämmiger Gruppen bei kulturellen Vorhaben (auf der Grundlage dt.-poln. Nachbarschaftsvertrag von 1991, z.B. Bund der Polen, Recklinghausen)
Ziffern 9 und 10 der Zuständigkeiten – Kulturgutsicherung, Rückführung –
betreffen keine Förderungen
Ziffer 11 Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter
Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste als Einrichtung der Länder und des Bundes beim Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg
Ziffer 12 (Kultureinrichtungen in den neuen Ländern)
Stiftung Bach-Archiv Leipzig; Franckesche Stiftungen zu Halle; Stiftung Fürst-Pückler-Park Bad Muskau; Deutsches Meeresmuseum Stralsund; Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin; Ständige Konferenz Mitteldeutsche Barockmusik e. V.; Fürst-Pückler Park Branitz; Rundfunk-Orchester und -Chöre GmbH in Berlin; Lessing-Gedenkstätte, Kamenz; Kleist-Gedenk- und Forschungsstätte, Frankfurt/Oder; Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (auch Ziff. 4); Kulturstiftung Dessau-Wörlitz; Wartburg-Stiftung, Eisenach; Stiftung Luthergedenkstätten in Wittenberg und Eisleben; Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen; Stiftung Bauhaus Dessau (auch Ziff. 5)
Ziffer 13 (ohne Förderung) und 14 (Filmförderung, Verlage)
Stiftung Deutsche Kinemathek/Kinematheksverbund; Filmförderungsanstalt; Deutscher Übersetzerfonds e. V.
Ziffer 15 (Sozialversicherung)
Deutsche Künstlerhilfe beim Bundespräsidenten; Stiftung Hilfswerk 20. Juli 1944

Tabelle 2: »Korb 2« – Streitige Förderungen des Bundes im Kulturbereich

Abweichend von der Position der Länder beansprucht der Bund für sich eine generelle Kompetenz zur Förderung von gesamtstaatlich bedeutsamen Kultureinrichtungen und Kulturprojekten insbesondere:	
a)	Förderung einzelner Kultureinrichtungen von nationalem Rang entsprechend jahrzehntelanger Staatspraxis und Vereinbarungen mit dem jeweiligem Sitzland (Anmerkung: Seitens der Länder wird dem Bund eine Kompetenz partiell, nämlich für die »Leuchttürme Ost«, unter Bezugnahme auf Art. 35 Abs. 4 des Einigungsvertrages zugestanden);
b)	Förderung von nationalen Denkmälern, insbesondere Geburtsstätten herausragender deutscher Künstlerinnen und Künstler;
c)	Förderung der baulichen Erhaltung national bedeutsamer Kulturdenkmäler (Baudenkmäler, historische Parks und Gärten, archäologische Stätten/Denkmalschutzprogramm des Bundes seit 1950);
d)	Sicherung und Erwerb national wertvollen Kulturgutes und national wertvoller Archive allgemein, d. h. über den mit den Ländern unstreitigen und in der Praxis auch häufigsten Fall der drohenden Abwanderung hinaus;
e)	Bundesweite Förderung besonders begabter Künstlerinnen und Künstler aus allen Kultursparten, insbesondere durch Kulturförderfonds und Bundeswettbewerbe (Spitzenförderung, vergleichbar der Bundesförderung von Spitzenbegabungen und Bundesleistungszentren im Sport);
f)	Projektförderungen für nationale und internationale Musik-, Tanz-, Theater- und Literaturprojekte sowie solcher Projekte der bildenden Kunst oder Architektur;
g)	Förderung nichtstaatlicher inländischer Kulturorganisationen und Kulturverbände gesamtstaatlicher Bedeutung auf der Bundesebene (Dachverbände).

Zuordnung der vom Bund geförderten Institutionen zu »Korb 2«

Buchstabe a) Deutsche Schillergesellschaft mit Schiller-Nationalmuseum und mit Deutschem Literaturarchiv, Marbach; Bayreuther Festspiele; Bachwoche Ansbach; Dresdner Musikfestspiele; Bach-Akademie Stuttgart; Junge Deutsche Philharmonie (auch Buchstabe e); Institut für neue Musik und Musikerziehung, Darmstadt; Deutscher Musikinstrumentenfonds; Festspiele Bad Hersfeld; Ruhrfestspiele Recklinghausen; Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften; Internationale Goethe-Gesellschaft Weimar; Nietzsche-Kolleg in Weimar; documenta Kassel; Kabarettmuseum und –archiv, Mainz;

Buchstabe b) Freies Deutsches Hochstift mit Goethe-Geburtshaus und Museum, Frankfurt/Main (auch Buchstabe b)

Buchstabe g) Deutscher Kulturrat; Deutscher Musikrat (auch Buchstaben e und f); Kulturpolitische Gesellschaft; Deutscher Presserat; Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute; Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer; Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (auch Buchstabe c)

Zuordnung exemplarischer Projektförderungen des Bundes zu »Korb 2«

Buchstabe a) Schillertage Mannheim (2jährig)

Buchstabe c) Denkmalschutzprogramm des Bundes (allerdings unstreitig, soweit Förderung solcher Träger von Kulturdenkmälern, die im Korb 1 aufgenommen sind, z. B. Denkmalschutzmittel zum Erhalt von Weltkulturerbestätten: Aachener Dom; Kölner Dom; Speyerer Dom; Dom und Michaelskirche von Hildesheim; Hansestädte Lübeck, Stralsund, Wismar; Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar; Stiftskirche, Schloss und Altstadt von Quedlinburg; Bauhausstätten in Weimar und Dessau)

Buchstabe e) Bundeswettbewerb Gesang; Preis der Stiftung Buchkunst; Architekturpreis »Taut«-Stipendium (einjähriger Arbeitsaufenthalt im Ausland für Nachwuchsarchitekten); Verleihung der Zelter- und PRO MUSICA-Plakette

Buchstabe f) Ars Baltica; Art Cologne; Domfestspiele Bad Gandersheim; Fototriennale Esslingen; Triennale Kleinplastik, Fellbach; Veranstaltungen zum Hermann-Hesse-Jahr 2002 oder Schillerjahr 2005

Förderungen von Institutionen über die KSL

(Die Zuordnung dieser Förderungen ist im Zusammenhang der Verhandlungen über eine gemeinsame Kulturstiftung des Bundes und der Länder einvernehmlich zu entscheiden.)

- Stiftung Kunstfonds, Bonn; Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, Bonn
- Sektion Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts e.V., Berlin
- Deutscher Museumsbund und ICOM
- Literaturfonds e. V., Darmstadt
- Kulturwerk Deutscher Schriftsteller
- Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt
- Fonds Darstellende Künste e.V., Essen; Zentrum Bundesrepublik des Internationalen Theaterinstituts e.V., Berlin
- Bund Deutscher Amateurtheater
- Internationales Theatertreffen (seit 1993 alle drei Jahre)
- Fonds Soziokultur e. V., Bonn
- Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren, Potsdam
- Filmfestspiele Mannheim
- Filmfestspiele Oberhausen
- Deutsche Burgenvereinigung
- Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal, Kassel
- Arbeitsgemeinschaft der Volksmusikverbände/Arbeitsgemeinschaft Deutscher Chorverbände/ Bund Deutscher Liebhaberorchester (jetzt Zusammenschluss zum Dachverband »Bundesvereinigung Deutscher Laienmusikverbände«)

Tabelle 3: Kulturförderung des Bundes nach Ländern

(in Tausend Euro, Sollzahlen 2005, ohne nachgeordneter Bereich, mit Förderungen durch Kulturstiftung des Bundes)

Land	Institutionelle Förderungen	Projektförderungen	Summe
Baden-Württemberg	7 088 (Marbach; Sinti/Roma; Heuss; Ebert; Donauschwaben; Siebenbürgen; Bund Amateurtheater u.a.	5 394 Marbach(Bau); Theatertreffen; Donaueschingen; Denkmalschutz u.a.	12 482
Bayern	10 711 z. B. Bayreuth; Deutsches Museum; Germanisches Nationalmuseum; Südosteuropa-Institut; Stifter-Verein; Ostdeutsche Galerie; Tolstoi-Bibliothek	6 453 z. B. Coburger Landesstiftung; ICOMOS; Kulturzentrum Ellingen; Denkmalschutz; Flossenbürg; Dachau;	17 164
Brandenburg	16 100 Kleist F/O; SPSG(12.894); Sachsenhausen; Kulturforum	11 615 z. B. Sorben; Gedenkstätten; Denkmalschutz;	27 715
Bremen	1 208 Schifffahrtsmuseum	114 z. B. Tanzinstitut	1 322
Berlin	357 965 z. B. Akademie der Künste, Kulturveranstaltungen des Bundes (KBB); SPK; Deutsche Welle (TV); Kinemathek; Gedenkstätten; Jüdisches Museum; Deutsches Historisches Museum usw.	87 448 Hauptstadtkulturfonds; ROC; SPK (Investitionen); German TV (DW); Filmpreis; Gedenkstätten; Projekte des KSB usw.	445 413
Hamburg	92 European Film Promotion	4 084 z. B. Neuengamme; Denkmalschutz; pearlfisher.net	4 176
Hessen	21 349 Deutsche Bibliothek (18 314); Hochstift; G. für Deutsche Sprache; Herder-Institut; Sepulkralkultur Kassel; Akademie für Sprache und Dichtung	3 905 z. B. Writers in exile; Junge dt.Philharmonie; Filminstitut; Ensemble Modern; documenta	25 254
Mecklenburg-Vorpommern	1 114 Meeresmuseum; Pommersches Landesmuseum	2 603 z. B. Meeresmuseum; Blaubuch-Einrichtungen; Denkmalschutz;	3 681
Niedersachsen	1 680 Nordosteuropa-Institut; Ostpreußisches Landesmuseum	4 943 z. B. Bergen-Belsen; Busch-Museum; Uni Oldenburg	25 254
Rheinland-Pfalz	1 720 Römisch-Germanisches Zentralmuseum	1 494 z. B. Kabarettarchiv; Hambach; Denkmalschutz	3 214
Saarland		2.956 Völklinger Hütte (2.479)	2 956
Sachsen	20 231 Deutsche Bücherei Leipzig (18 316); Bach-Archiv, Bad Muskau; Gedenkstätten; Schlesisches Museum	13 142 z. B. Sorben; Blaubuch-Einrichtungen; Kamenz; Dresdner Musikfestspiele; Mitteldeutsche Barockmusik; Heimatmoderne Leipzig; Bernd Heisig	33 373

Sachsen-Anhalt	2 899 Franckesche Stiftungen; Luther; Bauhaus	9.955 z. B. Geschäftsstelle KSB; Dessau-Wörlitz; Blaubuch-Einrichtungen; Denkmalschutz; Gedenkstätten	12 854
Schleswig-Holstein	584 Bismarck-Stiftung	2 106 Friesen; Willy-Brandt Lübeck; Denkmalschutz	2 690
Thüringen	9 027 Weimar; Buchenwald	10 250 z. B. Weimar (Bau); Blaubuch-Einrichtungen; Wartburg; Barockmusik; Denkmalschutz; Uni Erfurt; Schillers Helden; Mittelbau-Dora	19 277

Dieter Kramer

Metropolen und Umland: Kulturanalyse und Kulturpolitik

Von der »kulturellen Mitversorgung« der Region zur »kulturbasierten Infrastrukturpolitik«

Provinz und Region im Blick der Kulturwissenschaften

Wer sich mit Kulturprozessen in den Regionen und ländlichen Gebieten beschäftigt, findet viele Anregungen in einer Wissenschaft, die sich in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder auch systematisch mit dem kulturellen Leben dort beschäftigte. Gemeint ist die Europäische Ethnologie, die früher als Volkskunde bezeichnet wurde, mancherorts als Kulturanthropologie firmiert und mit historischer Anthropologie und Kultursoziologie verwandt ist. Ihre Methoden der Feldforschung sind sowohl in städtischen Milieus (z. B. Welz 1991, Schilling 1990) wie auch ländlichen Räumen geeignet, Einblicke zu gewähren, die mit keinen anderen Methoden möglich sind.

Vor mehr als 200 Jahren entsteht die etatistische Volkstumswissenschaft der Spätaufklärung. Merkantilismus und Physiokratismus sensibilisieren dafür, wie wichtig die Erschließung der Ressourcen in den jeweiligen Territorien ist. Nachdem eine kulturvergleichende Forschungsrichtung durch eine national orientierte in den Hintergrund gedrängt wird, wird für die neuere, nach romantischen Vorläufern erst um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sich als Wissenschaft etablierende »Volkskunde« staatliches Handeln nur noch dann zum Thema, wenn es um die historische Analyse punktueller Eingriffe in das Volksleben in der Vergangenheit geht. Die Volkskunde in Deutschland beteiligt sich an der programmatischen Verfestigung des Nationalstaates oder kleinerer territorialer Einheiten. Sie betreibt, würde man heute sagen, »Identitätsmanagement«. Volkscharakter, Stammeseigenschaften und Wesensmerkmale von Gemeinschaften werden konstruiert

und essentialisiert; es geht darum, »das innerste und eigentümliche Wesen eines Volkes« (zit. bei Gerndt 1981: 12) zu erkennen. Konstruierende Beschreibungen liefern Plädoyers für die ständische Ordnung der feudalbürokratischen Territorien (wie bei Wilhelm Heinrich Riehl), oder das ideologische Konstrukt des völkisch verstandenen Nationalstaates wird fundiert, auch die Blut- und Boden-Ideologie oder das Paradigma »Volk ohne Raum« der Nationalsozialisten werden ausgestaltet. Meist stehen dabei die Menschen wenig dynamischer ländlicher Räume als Träger der favorisierten Eigenschaften im Zentrum des Interesses. Rasch wachsende Einheiten wie Industrieregionen oder Städte werden nicht oder wenig beachtet.

Jüngere Vertreter dieser Wissenschaft analysieren die Formen, in denen sie für staatlich-politische Zwecke instrumentalisiert wurde und sich benutzen ließ. Wegweisend tut dies Wolfgang Emmerich mit seiner Studie zur Germanistischen Volkstumsideologie (1968). Gerhard Schweizer (1976) kann zeigen, wie ideologische Versatzstücke dieses Genres das NS-Vokabular bereichern; Peter Mettenleiter (1974) hat am Beispiel von Jeremias Gotthelf, Berthold Auerbach und Ludwig Ganghofer die Strukturmerkmale des Heimatromans beschrieben. Am Beispiel der Region Oldenburg hat José Kastler (1988) in einer kunstwissenschaftlichen Dissertation die Heimatmalerei der Zeit von der Jahrhundertwende bis 1945 kritisch dargestellt. Mit einer Fülle von Beispielen kann er zeigen, wie Künstler sich auf vorherrschende gesellschaftspolitische Trends einlassen und sie begleiten, ja formieren helfen.

Dass Großstadtfeindschaft und unkritisches Lob des Regionalen nicht die einzige Möglichkeit sind, sich der Provinz mit ästhetischen und intellektuellen Werkzeugen zu nähern, wird angesichts solcher Studien gern vergessen. Der Linksliberale Adolf Rossmäßler im 19. Jahrhundert, am Realismus orientierte Autoren wie die Hessen Valentin Traudt und der jüdische Bauernroman-Autor Alfred Bock, die »linken« Bauernromane der Weimarer Republik sind jedoch *auch* Formen der intellektuellen Auseinandersetzung mit den ländlichen Lebensverhältnissen. (Siehe Amery 1966, Lob der Provinz 1967)

Nach den Erfahrungen der Politisierung in den 1930er Jahren ist bis vor wenigen Jahrzehnten bei vielen Vertretern dieser Wissenschaft eine deutliche Scheu vor Politik zu beobachten, trotz der naiven Vorstellung, mit einer »angemessenen Lenkung« in die populäre Kultur einzugreifen zu wollen. (Gerndt 1981: 144) Der Politik als Bestandteil gemeinschaftlicher Gestaltung von Lebensverhältnissen wird man so kaum gerecht.

Im Zuge der Modernisierung und Verwissenschaftlichung des Faches seit den 1950er Jahren werden andere, auch politiknähere Themen aufgegriffen. Die Tübinger Empirische Kulturwissenschaft (aus der ehemaligen Volkskunde hervorgegangen und die Impulse von Hermann Bausinger weiterführend, der dieser Wissenschaft einen Modernisierungsschub brachte) ist mit einigen vorbildlichen historischen und gegenwartsbezogenen Dorfstudien hervorgetreten. So beschreiben beispielsweise Utz Jeggle (1977) die dynamischen Veränderungen in einem

Dorf im 19. Jahrhundert und Albert Illien (1977) die Interaktionszusammenhänge und die Geltungshierarchie in einem Dorf. Am Alltagsleben orientierte biographische Forschungen und autobiografische Darstellungen sind lange Zeit beliebter Gegenstand der Wissenschaft, die dieses Interesse mit der historischen Anthropologie teilt.

Inzwischen beschäftigen sich zahlreiche Studien aus dieser Wissenschaft mit aktuellen sozialkulturellen Wandlungen auch in ländlichen Regionen. Sie tun dies allerdings eher selten in Kontakt mit dem, was sich in der Arbeit der regionalen Provinz-Bewegungen abspielt. Ausnahmen sind einige Studien der Frankfurter Kulturanthropologen.

Auch Regionalnationalismen in Zeiten der Globalisierung werden zum Thema der kulturanthropologischen Feldforschung. Dabei wird ersichtlich, dass die Verteidigung der Provinz genauso schlimme Ungeheuer produzieren kann wie der entfesselte Kapitalismus und der terroristische Universalismus. Regionale Identität ist die kleine Schwester des Ethnos, sagt ein Vertreter der österreichischen Provinzbewegung (Krusche 1997), und verweist damit auf die Dialektik von Inklusion und Exklusion. Zwischen traditioneller Großstadtfeindschaft, wie sie sich noch im »kleinen Frankfurter Dämonisierungs-ABC« (Schilling 1998: 320) niederschlägt, sowie dem Mief der Provinz einerseits und deren Romantisierung andererseits gibt es gerade unter den Bedingungen der Globalisierung noch zahlreiche andere Möglichkeiten.

Genauer hinzuschauen, das ermöglichen einige Analysen der Frankfurter Kulturanthropologen. Wie sich heute Nachbarschaft in Stadt und Land organisiert, beschreiben mehrere Autoren in einem von Heinz Schilling herausgegebenen Band »Nebenan und Gegenüber« (1997). Heinz Schilling erinnert an die wertenden Zuschreibungen, die mit diesem Thema verbunden sind. Das sozialwissenschaftliche Modell des »Stadt-Land-Kontinuums« teilt die Welt in »Stadt und Noch-Nicht-Stadt« ein. Dabei dominiert die Stadt ihr »Hinterland« und, vielleicht noch wichtiger, Urbanität wird als erstrebenswerte Lebensweise bei gleichzeitiger Abwertung des Regionalen betrachtet. Aber Schilling betont: »Die realen Prozesse der Urbanisierung münden nicht in Urbanität, sondern in die *suburb*, die Vorstadt.« (Schilling 1998: 315 f.) Und deren Bewohner, die sich von der Stadt abkoppelnden Angehörigen der Mittelschicht, »kreieren nichts anderes als neue Dörfer, deren Geist eines ganz bestimmt nicht enthalten soll, das urbane Drama« – bis hin zur künstlichen Kleinstadt Celebration City des Walt-Disney-Konzerns und zu den gewaltgeschützten, Konflikte ausblendenden und harmonisierenden »gated communities« in den USA und anderswo.

Heinz Schilling resümiert die unter seiner Leitung im *Frankfurter Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie* vorgenommenen Studien über »Leben und Zusammenleben im Bindegewebe der Region, also in Dörfern und Kleinstädten« (Schilling 1998a: 318). Eine Studie gilt »dem Verhältnis von Alteingesessenen und Zugezogenen in einem zwanzig Kilometer von Frankfurt entfernten Dorf, wo erstere die letzteren gemeinhin als ›die Frankfurter‹ wahrnah-

men; seitdem ist mir diese Typisierung (›Sie bringen nichts, wollen alles und übernehmen auch noch die Macht‹) in der Region immer wieder begegnet. ...« (Schilling 1998: 318).

Die Frankfurter empirischen Studien zeichnen sich dadurch aus, dass sie sehr sensibel und aktuell den Befindlichkeiten in der Region nachgehen. Aber historische Tiefe fehlt ihnen in der Regel, und Politik wird nur aus der Perspektive »von unten« einbezogen. Sie lassen jedoch erkennen, wie auch sozialkulturelle Konstruktionen gelebt werden. Und daran haben auch die Akteure aus Wissenschaft und Praxis ihren Teil. Schon die Dekonstruktion setzt eine Vorstellung voraus, wie es denn anders sein könnte.

Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur in den (Wettbewerbs-)Regionen

Das Stadt-Land-Verhältnis begleitet auch dreißig Jahre Diskursgeschichte der *Kulturpolitischen Gesellschaft* (Kramer 2001). Der Vorstellung von der »kulturellen Mitversorgung« des ländlichen Raumes durch die städtische Kulturpolitik wird das Programm einer eigenständigen Kulturpolitik für die Region entgegengesetzt. Der *Deutsche Landkreistag* gibt seine Empfehlungen zur Kulturarbeit der Kreise heraus, die *Kulturpolitische Gesellschaft* thematisiert immer wieder Soziokultur auf dem Lande; auch aus Frauenperspektive (Hanika 1995) wird darüber nachgedacht.

Heute wird in zahlreichen internationalen Diskussionen und durch die Konventionen der *UNESCO* kulturelle Vielfalt (das immaterielle Kulturerbe eingeschlossen) aufgewertet. Sie wird im Zusammenhang mit Migration als zentrales Element der Urbanität genannt, aber auch im Verhältnis von Zentrum und Peripherie ist sie wichtig. Mit der Aufwertung der kulturellen Vielfalt werden die Regionen als Horte jener Vielfalt wichtig, die sie, wie Johann Gottfried Herder betont, durch »Zeit, Klima, Bedürfnis, Welt, Schicksal« zu entwickeln in der Lage und genötigt waren (1774/1957: 147), einschließlich des »lokalen Wissens«, das, erfahrungsgesättigt, anwendungsorientiert und kulturell sowie sozial verankert, Teil dieser Vielfalt ist und in der Entwicklungspolitik immer stärkere Beachtung findet. Dank neuartiger Verbindungen von Lokalität und Modernität, Computer und Kuhstall kann sie aus dem Gefängnis der Tradition befreit werden, denn nicht nur in der Kunst gibt es unzählige *cross over*-Kontakte verschiedener kultureller Prägungen.

Lokalität ist Bestandteil aller ökonomischen und sozialen Lebensprozesse. Die meisten Leute leben *lokal*. (Hirsch 2005: 39) Solange Grundstücke ebenso wie Häuser und Wohnungen, wie Äcker und Weiden, wie Hochwasserkatastrophen und Märkte, wie Klima und Ausprägungen der Jahreszeiten *lokal* bleiben, ist auch das eigene kulturelle Recht der Lokalität nicht vernachlässigbar. Auf die Berücksichtigung der materiellen Komponenten von Lokalität wird daher auch in der Globalisierung niemand verzichten können. Regionen (nie exakt definierbar, sondern immer *auch* Konstrukte) sind die historisch-konkrete Ausprägung von Lokalität.

Nicht nur das Interesse von Wissenschaft und Kulturpolitik an der Region, sondern auch das der Metropolen an ihrem Umland ist in jüngerer Zeit gewachsen. Wenn Armin Klein (1993) zum Beispiel sich an den Klischees und Wertungen zur Provinz in der Ideologie der Modernisierung abarbeitet und davon ausgeht, dass ohne Hauptstadt alles Provinz ist, kann er aber gleichwohl feststellen, dass Provinz und Metropole aufeinander bezogen und mindestens heute voneinander abhängig sind und dass das Selbstbewusstsein der Provinz gestiegen ist: Man braucht sie. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth klagt in diesem Zusammenhang: »Immer zusammen, selten gemeinsam.« (2005: 257)

In den Beziehungen zwischen *global cities* und ihrem Hinterland spitzen sich innerhalb einzelner Staaten Ungleichheiten zu (weswegen z. B. in Hessen mit Strukturpolitik dagegen gehalten werden muss, s. u.). Angesichts des »Aufschwungs von Regionalräumen«, die sich als »Knotenpunkte globaler Produktionsnetze und nicht als Vorreiter einer Volkswirtschaft« verstehen (Wuppertal Institut 2005: 79), lassen sich »drei Klassen von Gebieten unterscheiden, in denen sich jeweils unterschiedliche Funktionen innerhalb globaler Produktionsnetze räumlich ausprägen: die globalen Orte, das globalisierte Hinterland und die ausgegrenzte Restwelt. ... Und die ausgegrenzte Restwelt schließlich ist der Lebensraum der für den Weltmarkt weitgehend randständigen, wenn nicht überflüssigen Mehrheit der Weltbevölkerung.« Mit Recht protestieren gegen solche Strukturen die Globalisierungskritiker: Kein Mensch ist überflüssig.

Heinz Schilling betrachtet die aktuellen Diskussionen über die urbanen Regionen im Umland von Städten als »Teil der kapitalistischen Raumproduktion« (1998: 315). Selbst die im Virtuellen operierenden Unternehmen sind auf räumliche Stützpunkte angewiesen, und die Informationsindustrien ebenso wie das Finanzkapital benötigen eine physische Infrastruktur, die sich in strategischen Knotenpunkten mit einer Konzentration technischer Einrichtungen zusammenballt. Es beruht »die Ertragskraft der globalen Unternehmen zu einem guten Teil auf dem Sockel der gering entlohnten Arbeit«. (Wuppertal Institut 2005: 105) Insofern ist globale Migration erwünscht, unabhängig machende Subsistenzwirtschaft dagegen eher unerwünscht.

Dank der *global cities* wächst so die Bedeutung der Peripherie. Wenn Städte wie Frankfurt erkennen, dass sie ihre Probleme von Wohnen, Verkehr, Umwelt nicht mehr ohne das Umland lösen können, beginnen sie sich intensiver um dieses Umland zu kümmern. (Roth 2005) War einst mit den hessischen Planungsgemeinschaften Regionalplanung als Länderangelegenheit behandelt worden, so wird sie jetzt Teil der Politik der Städte, die in freien Vereinbarungen mit dem Umland die ihnen gemäßen Strukturen verwirklichen wollen (so wie Frankfurt am Main schon nach 1866 beginnt, sich sein eigenes Umfeld zu gestalten). In ganz Europa lässt sich dieses Interesse der *hot spots* der Globalisierung an ihrem Umland beobachten. Manche Planer denken nur noch in drei Ebenen: Europa (Brüssel), Regionen, Gemeinden. Die nationale Ebene und die Länder sind ebenso wie Landkreise und Regierungsbezirke dafür weniger interessant.

Wirtschaftliches Wachstum, wie es auch im Vordergrund der Interessen der Wettbewerbsregion steht, wird gemeinhin als Positivsummenspiel betrachtet. Es kann jedoch, berücksichtigt man die »ökologische Misswertschöpfung«, auch ein »Nullsummenspiel« sein, denn Wachstum bedeutet zunehmende »stoffliche Größe« der Wirtschaft. Ein Null- oder Negativsummenspiel kann Wachstum auch sein, wenn man es an Indikatoren der Lebensqualität misst. Das ist ein zugegeben schwieriges Unterfangen, aber für die Menschen in den Wohlstandsregionen ja auch keine unbekannte Frage. Und es gilt: »Mehr Gerechtigkeit in dieser Welt ist auf dem Verbrauchsniveau der Industrieländer nicht zu erreichen.« (Wuppertal Institut 2005: 44) Daran wird man auch denken müssen, wenn man über die Zukunftsfähigkeit der Region nachdenkt. Wenn man die in der Weltlage enthaltenen Krisenpotenziale berücksichtigt, dann kann Elastizität dank kultureller Vielfalt durchaus ein erstrebenswertes Ziel werden oder sein.

Unterschiedliche Akzente: Hessisches Ballungsraumgesetz und Sächsisches Kulturraumgesetz

Am Beispiel von Hessen und der Rhein-Main-Region lässt sich eine Variante der regionalen Strukturpolitik für einen Flächenstaat beobachten. Das in Hessen entwickelte Konzept folgt den vorherrschenden wettbewerbsorientierten Paradigmen, bei denen wegen der verschärften Konkurrenz der Regionen Europas Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit gleichgesetzt und entsprechende Sachzwänge konstruiert werden. Schon 1996 argumentiert Martin Wentz, zu dieser Zeit Planungsdezernent der Stadt Frankfurt am Main: »Es stellt sich also die Frage, wie wettbewerbsfähig die Region Rhein-Main im veränderten europäischen Kontext ist: welche Anforderungen kommen auf sie zu und sind ihre Strukturen geeignet oder entwicklungsfähig genug, um im interregionalen Wettbewerb bestehen zu können? Über die Analyse regionalwirtschaftlicher Indizes hinaus ist zu überprüfen, ob die Region in ihren räumlichen, politisch-organisatorischen und administrativen Strukturen für die Zukunft gerüstet ist, um ihre komparativen Standortvorteile systematisch nutzen und ausbauen zu können.« (In: Schmid/Wolf 1996: 94, s. auch Wentz 1994)

In seinem Gutachten für die Hessische Landesregierung von 2005 spitzt Christoph Stölzl zu und sagt: »Was gut ist für Frankfurt und Rhein-Main, ist auch gut für das Land Hessen.« (Stölzl 2005: 25) Dieses Paradigma bringt für jene Regionen nichts, die im globalen Wettbewerb nicht an vorderster Front stehen können. Aber es zwingt alle, um Vorteile zu konkurrieren; es bestätigt die dann als selbstverschuldet angesehene Schwäche der »Verlierer«-Regionen und schafft eine ausgeprägte Hierarchie der Regionen. Ist eine Region auf der Ebene der *global players* oder *global cities* nicht erfolgreich, dann versucht sie die Nächstbesten in der dann folgenden Liga der Regionen auszustechen. Sämtliche Ressourcen werden in einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf eingebracht. Entsprechend apokalyptisch wird mit Sachzwängen argumentiert: »Kommen heute noch utopisch erscheinende

Entscheidungen nicht, werden die langfristigen Folgen für alle staatlichen und kommunalen Institutionen einschneidend sein.« (Wentz, in: Schmid/Wolf 1996: 98)

Der Vergleich des hessischen Beispiels mit dem Sächsischen Kulturraumgesetz zeigt, dass auch ganz andere Prinzipien für eine kulturbezogene Strukturpolitik möglich sind. Das sächsische Gesetz ist gedacht für aus mehreren Landkreisen gebildete Kulturräume. (S. Knoblich 2005) Auf Hessen oder die Rhein-Main-Region ist es nicht einfach zu übertragen, denn es klammert die großen Städte Leipzig und Dresden aus, während das hessische Ballungsraumgesetz gerade wegen der Kulturfinanzierungsprobleme der Metropole Frankfurt am Main verabschiedet wurde.

Mehrere Landkreise werden in Sachsen zu (würde man in der Sprache der Hessen sagen) kulturellen Zwangsverbänden, den Kulturräumen, zusammengeschlossen. So wird zwischen Kommunen, Landkreisen (die kulturpolitisch ohnehin selten aktiv sind) und Land eine weitere Ebene eingezogen. Die in dem Gesetz vorgesehenen Prozeduralitäten öffnen Felder des Diskurses, in denen Gemeinschaften darüber entscheiden, was ihnen wichtig ist. Der erzeugte Mehrwert besteht in der Freisetzung von Kreativität als für die Region und ihre Menschen nutzbarer Ressource. Eine Chance für Solidarität ist ebenfalls damit verbunden, weil Partner stärkerer Finanzkraft sich einigen müssen mit schwächeren, auf deren Stimme sie in anderen Fällen angewiesen sind. Auch Krisenelastizität wird gefördert, weil Phantasie für die Nutzung regionaler Ressourcen für die eigenen Zwecke aktiviert wird. Und wenn in einer Region das Thema Nachhaltige Entwicklung im ökologischen Sinne im allgemeinen Diskurs zum Thema wird, finden sich auch rasch Anschlussmöglichkeiten.

Mit den durch solches Vorgehen in Gang gesetzten Prozessen entstehen *Identität* durch *Identifikation*. Das Gefühl der Zugehörigkeit zur Region und das Bekenntnis zu ihr wächst, weil man sich aktiv einbringen kann und weil man das Gefühl hat, dass die eigenen Interessen und Wünsche eine Heimat haben, und es entwickeln sich Perspektiven für das Leben in der Region (Ortsverbundenheit auch bei den Eliten, aber nicht nur bei ihnen, entsteht nicht zuletzt durch soziale Integration, und die setzt ein lebendiges sozialkulturelles Leben voraus). Das ist etwas anderes, als wenn man eine Wettbewerbsregion durch Identitätsmanagement mit einer elitebezogenen kulturellen Infrastruktur planen oder einem von Marketingexperten ausgearbeiteten Profil für eine *unique selling position* ausstatten will.

Strukturpolitik für lebendige Milieus

Auch »Leuchttürme«, wie sie in Hessen von Christoph Stölzl als Anziehungspunkte für internationale Eliten favorisiert werden, wachsen nur auf dem Humus eines lebendigen kulturellen Milieus, und man könnte entsprechend auch für Hessen den Bezugs- und Zeithorizont erweitern und sagen: Wenn es gelingt, in der Region ein kreatives und lebendiges Milieu mit vielen Akteuren zu entwickeln, dann erwirbt sie auch dadurch internationale Reputation. Aber eine solche Argumentation entfernt sich bereits von der einseitigen Orientierung auf Wirt-

schaft und Wettbewerb und bezieht sich auf integrale (nicht nur wirtschaftliche) Zukunftsfähigkeit. Die Wettbewerbsfähigkeit ist dann Produkt und Ergebnis, nicht Ausgangspunkt, und eine Region wird krisenfester, weil sie Elastizität und soziale Stabilität gewinnt (die bei den hessischen Konzepten höchstens als Nebenprodukt des Stolzes auf die Attraktivität der Region erscheint).

Die sozialkulturelle Strukturpolitik des Sächsischen Kulturraumgesetzes, aus der schwierigen Situation nach dem Anschluss der neuen Bundesländer geboren, setzt auf andere Prioritäten. Ziele wie ausgeglichene Raumstruktur auch in der Kulturlandschaft, Solidarprinzip in Gestalt von Finanzausgleich, initiierende Landespolitik werden darin erkennbar.

Alle Sparten des kulturellen Lebens zu berücksichtigen ist vorgeschrieben. Damit sind nicht nur Leuchttürme Gegenstand der Förderung, und von besonderer Bedeutung kann es für die lebendige Infrastruktur auch sein, die Verbindung zwischen den verschiedenen Sphären der Kultur herzustellen. Aus den Begegnungen zwischen Soziokultur, etablierten Institutionen und interkulturellen Aktivitäten können eine Fülle von Anregungen hervorgehen.

Wichtig ist das finanzielle Anreizsystem. Weil in Hessen kein Landeszuschuss vorgesehen ist, fehlt der finanzielle Anreiz zur Kooperation. In Sachsen wird über die Garantie jährlicher Landeszuweisungen an die Kulturräume deren regionaler Kulturlastenausgleich unterstützt. Doppelt so viel wie die Gemeinden als Umlage in die Kulturkasse des Verbandes zahlen, können sie als Landeszuschuss abfordern (Brechstangenzuwendungen hat man das früher genannt, weil damit die Mittel der Gemeinden losgebrochen werden – einst geschah dies häufig bei Investitionen, ohne die Folgekosten zu berücksichtigen; hier geht es um Projektmittel). Ein Kulturkonvent der Bürgermeister und fachliche Beiräte von Sachverständigen sowie ehrenamtliche Facharbeitsgruppen sind die Organe, in und mit denen Förderungsmaßnahmen ausgehandelt werden. Kultursekretariate bewirtschaften Kulturkassen. Ein Zauberwort ist »Regionale Bedeutung«: Das Gesetz und seine Strukturen zwingen dazu, Projekte und Vorschläge entsprechend zu bewerten.

»Kulturelle Infrastruktur« dieser Art hat nur wenig zu tun mit »kultureller Grundversorgung«. Sie geht aus von vorhandenen Aktivitäten und Traditionen sowie dem entwickelten Niveau der Nutzer und Bürger und schafft die Voraussetzungen und Grundlagen für ein entwicklungsfähiges und entwicklungsbereites Milieu, in dem die Nutzer als handelnde Subjekte (und nicht nur als Konsumenten) auftreten.

Ausblick: Kulturbasierte Infrastrukturpolitik

Die eingangs erwähnten, auf sensibler Feldforschung beruhenden Studien der Europäischen Ethnologen haben aufmerksam gemacht auf die unterschiedlichen Motive, mit denen die Menschen die Veränderungen in der Region begleiten. Sie sind selbst Akteure, sind aber nicht bereit, sich um jeden Preis unterwerfen zu lassen. Und indem sie ihre eigenen Interessen an Lebensqualität verteidigen, fordern

sie, dass Politik, auch regionale Strukturpolitik, die Interessen der Menschen ins Zentrum stellt und sich damit nicht nur an kurzfristigen ökonomischen Zielen orientiert.

Angeregt durch solche Studien und in Auswertung der Ergebnisse des Vergleiches zwischen hessischen und sächsischen Konzepten lässt sich eine kulturbezogene Infrastrukturpolitik konzipieren. Interessant wäre es, denkt man an internationale Diskussionen, sogar noch einen Schritt über die *kulturbezogene* Infrastrukturpolitik hinauszugehen und zu einer *kulturbasierten* Strukturpolitik zu kommen.

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik, dieses Motto wurde in der Gründungsphase der *Kulturpolitischen Gesellschaft* stärker beachtet als heute. Wenn der Kulturstaatssekretär von Nordrhein-Westfalen, Dr. Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, bekennt, »weg vom Diktat des Ökonomischen in der Kultur« gehen zu wollen (Grosse-Brockhoff 2005), dann sollte man das auch für die regionale Strukturpolitik ernst nehmen. Auch die häufigen Berufungen auf die »Wertegemeinschaft« mahnen, Lebensqualität und Menschenwürde als zentrale Kategorien für die Regionalpolitik zu beachten, und wenn das keine Lippenbekenntnisse bleiben sollen, muss es auch einen Niederschlag in der Strukturpolitik finden.

Bernhard Freiherr von Loeffelholz (2005) argumentiert: »Wirtschaftssysteme sind Subsysteme von Kulturen, von Menschen geschaffen zum Nutzen der Menschen. ... Kultur und Wirtschaft stehen in ständiger Wechselwirkung zueinander. Kultur ist die qualitative, Wirtschaft die quantitative Kategorie.« Und er meint: »Die neoliberale Scholastik der Chicagoer Schule bestimmt nicht nur die Doktrin von *IMF*, *Weltbank*, *WTO* und allen anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen bis hin zur EU, sondern sie maßt sich inzwischen auch Zuständigkeit an für den Zweck von Kultureinrichtungen. ... Die Neoliberalen haben eine perfekte, mathematisch schlüssig beweisbare Theorie auf dem verkümmerten Menschenbild des homo oeconomicus aufgebaut, welches die Kultur als eigenständige Antriebs- oder Widerstandskraft völlig vernachlässigt.«

Aus solchen Argumenten lässt sich die Begründung für den Übergang zu einer kulturbasierten, an kulturellen Werten orientierte Infrastrukturpolitik gewinnen: Sie würde Lebensqualität (Menschenrechte und Freiheit eingeschlossen) als qualitativen Aspekt ins Zentrum der Politik stellen. Das wäre eine *kulturbasierte* Politik.

Zukunft ist ein kulturelles Programm, hat Hilmar Hoffmann gesagt und damit hervorgehoben, dass nicht Wachstum und Technik, auch nicht Politik und Macht Lösungsmöglichkeiten für Zukunftsfragen versprechen, sondern die handlungsleitenden kulturellen Standards, mit denen die Menschen in ihren jeweiligen Gemeinschaften Chancen und Bedrohungen der Gegenwart begegnen und sich in gemeinsamer Verantwortung Zukunftsfähigkeit erarbeiten.

Literatur

Amery, Carl (Hrsg.) (1966): *Die Provinz. Kritik einer Lebensform*, München: dtv

Emmerich, Wolfgang (1968): *Germanistische Volkstumsideologie*, Tübingen (Volksleben 20)

Gerndt, Helge (1981): *Kultur als Forschungsfeld*, München: C. H. Beck

Grosse-Brockhoff, Hans-Heinrich (2005): »Stadt und Land – Hand in Hand«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 4–7

Hanika, Karin (Hrsg.) (1995): *Frauenkulturarbeit diesseits der Metropolen. Konzepte –Erfahrungen – Perspektiven. Dokumentation der Tagung des AK »Inseln im Strom – Frauenkultur in Mittelhessen«* (hrsg. v. FrauenKunstGeschichte), Marburg

Herder, Johann Gottfried (1774/1957): »Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit«, zit. nach Herder, J. G.: *Mensch und Geschichte* (hrsg. v. W. Koch), Stuttgart: Kröner

Illien, Albert (1977): *Prestige in dörflicher Lebenswelt*, Tübingen (Untersuchungen 43)

Jeggle, Utz (1977): *Kiebingen – eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf*, Tübingen (Untersuchungen 44)

Kastler, José (1988): *Heimatmalerei. Das Beispiel Oldenburg*, Oldenburg: Heinz Holzberg

Klein, Armin (1993): »Kultur in der Provinz«, in: *Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung* NF 30/1993, S. 129–144

Knoblich, Tobias J. (2005): »Ballungsraum versus Kulturraum«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 11–13

Kramer, Dieter (1996 a): »Die Provokation Heimat«, in: ders.: *Handlungsfeld Kultur*, Hagen/Essen: Klartext, S. 221–232

Kramer, Dieter (1996 b): »Regionale Kulturpolitik – Chancen des ländlichen Raumes«, in: ders.: Handlungsfeld Kultur, Hagen/Essen, Klartext, S. 233–243

Kramer, Dieter (2001): »Die Störche und die Globalisierung: Ländliche und regionale Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 93 (II/2001), S. 51–52

Kramer, Dieter (2006): »Kulturelle Vielfalt, Lokalität und Metropole. Einige Bemerkungen zu kultureller Infrastrukturpolitik in Hessen«, in: *Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung* (i. D.)

Krusche, Martin (1997): »Das sind wir! Regionale Identität ist die kleine Schwester des Ethnos«, in: *Pöllinger Briefe*, Heft 54/1997, S. 11–12

Lob der Provinz (1967). *Ein Darmstädter Lesebuch* ..., hrsg. v. Heinz-Winfried Sabais , Darmstadt: E. Roether Verlag

Loeffelholz, Bernhard Freiherr von (2005): »Kultur und Wirtschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 19–20

Mettenleiter, Peter (1974): *Destruktion der Heimatdichtung*, Tübingen (Untersuchungen 34)

Roth, Petra (2005): »Immer zusammen, selten gemeinsam«, in: Friedmann, Jens/Wiechers, Rüdiger (Hrsg.): *Städte für Menschen. Grundlagen und Visionen europäischer Stadtentwicklung*, Frankfurt am Main: Franz Knapp Verlag, S. 245–258

Schilling, Heinz (1983): *Kulturbedürfnisse und Kulturzufriedenheit in einem Dorf im Ballungsraum Rhein-Main*, Frankfurt am Main (Notizen 13)

Schilling, Heinz (1990): *Urbane Zeiten. Lebensstilentwürfe und Kulturwandel in einer Stadtregion*, Frankfurt am Main (Notizen 34)

Schilling, Heinz (Hrsg.) (1997): *Nebenan und Gegenüber. Nachbarn und Nachbarschaften heute*, Frankfurt am Main (Kulturanthropologische Notizen 59)

Schilling, Heinz (1998): »Eine Region blickt auf ihre Metropole. Frankfurt als Objekt von Leiden und Leidenschaften«, in: *Frankfurt am Main: Ein kulturanthropologischer Stadtführer* (hrsg. v. Ina-Maria Greverus u. a.), Frankfurt am Main (Notizen 62), S. 315–332

Schmid, Alfons/Wolf, Klaus (Hrsg.) (1996): *Rhein-Main 2000. Perspektiven einer regionalen Raumordnungs- und Strukturpolitik*, Frankfurt am Main/Zwingenberg/Bergstraße: Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur IWAK/Verlag Jochen Rahe

Schweizer, Gerhard (1976): *Bauernroman und Faschismus*, Tübingen (Untersuchungen 72)

Stölzl, Christoph (2005): »Landschaft mit Leuchttürmen. Gutachten zur inhaltlichen Neupositionierung des Kulturraums Rhein-Main« (Ms.)

Welz, Gisela (1991): *Street Life. Alltag in einem New Yorker Slum*, Frankfurt am Main (Notizen 36)

Wentz, Martin (Hrsg.) (1994): *Region*, Frankfurt am Main/New York: Campus (Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge, Bd. 5), S. 74–80

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (Hrsg.) (2005): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Ein Report, München: C. H. Beck*

Hortensia Völckers

»Anstalten machen!«

Kulturförderung zwischen Institution und Projekt

Vorbemerkung

Die *Kulturstiftung des Bundes* hat seit ihrer Gründung im Jahr 2002 mehr als siebenhundert Initiativen von Kunst und Kultur im internationalen Kontext gefördert. Gemäß ihrer Satzung leistet die *Kulturstiftung des Bundes* ihre Förderung zugunsten von Projekten – unabhängig davon, ob diese Projekte in freier Trägerschaft oder durch Institutionen realisiert werden. Zahlreiche Projekte finden im Rahmen übergeordneter Programme statt, mit denen die *Kulturstiftung des Bundes* gezielt auf Fragen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung reagiert – auf den Prozess der europäischen Einigung, die Herausforderungen der Migration oder die Zukunft der Arbeit. Andere Programme entwickeln modellartige Strukturmaßnahmen einzelner Kunstsparten – etwa beim zeitgenössischen Tanz in Deutschland.

»Projectenmacher« der Aufklärung

Johann Heinrich Zedlers »Universal-Lexicon Aller Wissenschaften und Künste« sollte aufsuchen, wer wissen will, wie das 18. Jahrhundert über Projekte gedacht hat. Alle 68000 Seiten finden sich heute als digitales Faksimile im Internet – das erfreuliche Resultat eines mit *DFG*-Mitteln geförderten Projektes der *Bayrischen Staatsbibliothek*. Wer – wie die *Kulturstiftung des Bundes* – das Glück hat, in den *Franckeschen Stiftungen* in Halle ansässig zu sein, geht den kurzen Weg hinüber in deren wundervolle Bibliothek – die als erste Kulissenbibliothek auf europäischem Festland schon für sich genommen ein wahrer Schatz dieses aufklärerischen Kulturkraftwerks namens *Franckesche Stiftungen* darstellt. Hier stehen im Freihandbereich auf vier Metern Regallänge die Folianten des Lexikons – braune Lederbände, die unter der Neugierde von 350 Jahren speckig und abgegriffen sind. In Band 29, erschienen 1741, heißt es: »*Project* ist insgeheim so viel, als ein blosses

Concept, Auffsatz, Entwurff, Vorschlag oder Vorbereitungs-Schrifft …« Und weiter: »*Projectenmacher* heissen insgemein diejenigen, welche den Leuten dieses oder jenes Project, davon sie sich vor die Erfinder ausgeben, entdecken, und sie zu deren Ausführung unter scheinbahren Vorstellungen eines daraus zu erwartenden grossen Gewinnstes anermuntern. Einem solchen muß man nicht sogleich Gehör geben, weil sie insgemein Betrüger sind …«

Ein krasser Vorbehalt, der sich aber deckt mit der Skepsis, die andere Zeitgenossen gegenüber »Projectenmachern« formulieren. Daniel Defoe, Autor des »Robinson Crusoe«, warnte in seinem »Essay upon Projects« ganz ähnlich vor der Schar unwahrhaftiger »projectors«. Das jedoch hindert den Pläneschmied und Tausendsassa Defoe nicht daran, seine Epoche emphatisch als »projecting age« zu bezeichnen und seinerseits eine Reihe eigener Vorschläge zu entfalten: Etwa zum Ausbau englischer Landstraßen, zur Effizienzsteigerung des nationalen Kreditwesens oder zur Verbesserung der Haftbedingungen in psychiatrischen Anstalten.

Im Erfinderzeitalter der Frühaufklärung kannte die Neugierde der Projektmacher keine Grenzen. Ob bei technischen Innovationen, wissenschaftlicher Forschung oder politischen Emanzipationsprozessen – der Optimismus war im 18. Jahrhundert gewissermaßen chronisch geworden, die Neugierde immens und die Produktion neuen Wissens uferlos. Zedlers Universal-Lexikon dient selbst als gutes Beispiel: Es war zunächst auf 12 Bände angelegt, später auf 24 gewachsen und umfasste 68 Bände, als es – übrigens in den *Franckeschen Stiftungen zu Halle* – in die Druckerpressen ging.

Unser Projektzeitalter

Allem Anschein nach ist unser frühes 21. dem 18. Jahrhundert in vielen Bereichen verbunden: Wir sprechen heute von der Wissensgesellschaft, diskutieren Kants Aufsatz über den Weltfrieden als Modell internationaler Strafgerichtsbarkeit und erkennen im »British Empire« den Prototyp einer imperialen Supermacht mit globaler Reichweite. Vielleicht täuscht die Zuversicht mancher Zeitgenossen, die Gegenwart als neues Gründer- oder Erfinderzeitalter zu deklarieren – ein Projektzeitalter ist es sicherlich. Projekte haben Konjunktur. Man denke etwa an das »europäische Projekt«, das »Genom-Projekt« oder auch das »Projekt Weltethos«.

Dabei handelt es sich allein nicht um rhetorische Formeln – das herrschende Projektwesen verändert unsere Art zu leben in fundamentaler Weise. In der postindustriellen Arbeitsgesellschaft zerbröseln konsistente Karrierepfade zum Nacheinander temporärer Beschäftigungen. Biographien werden zu Bastelexistenzen. Berufliche Netzwerke, aber auch Partnerschaften und Ehen verwandeln sich in soziale Konstellationen von nurmehr begrenzter Laufzeit. Wer auf den Arbeits- und Beziehungsmärkten der Gegenwart bestehen will, muss – so suggerieren Ratgeber und Berufsseminare – sein Dasein umstellen auf Projektbasis: Permanente Lernbereitschaft und Zeit-Effizienz sind ebenso zu trainieren wie die Toleranz gegenüber Turbulenzen und ein routinierter Umgang mit Krisen.

In diesem Zustand intensivierter Anpassungszwänge wächst bei vielen Menschen die Sehnsucht nach Orientierung, nach Sinnzusammenhängen, die dem Druck des alltäglich gewordenen Innovationszwanges Widerstand bieten. Als Kandidat für solche Sinn-Angebote scheint erneut das humanistische Projekt der Aufklärung auf – und mit ihm das Versprechen der Kultur, den Zumutungen der Moderne im Reich des Schönen, Wahren und Guten entkommen zu können. Nach vielfältiger intellektueller Vorarbeit im 18. trat dieses Leitbild mit dem Aufstieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert gleichsam in seine institutionelle Phase ein und bildete das gedankliche Fundament für unsere bis heute überaus reiche, vielfältige Landschaft von Bibliotheken, Museen, von Theatern und Opernhäusern.

Krise der Kulturförderung

Unseren Stolz auf dieses kulturelle Erbe haben wir nicht verloren. Und doch ist unser Verhältnis zu den Monumenten unserer Kulturlandschaft schwieriger geworden. Den Anspruch auf Überzeitlichkeit und Verbindlichkeit, der ihnen angeheftet wurde, haben sie schon in der Konfrontation mit den Avantgarde-Bewegungen des frühen 20. Jahrhunderts eingebüßt. Und mit der Neuen Kulturpolitik der siebziger Jahre trat ihnen ein Kulturbegriff an die Seite, der mit dem gesellschaftlichen Einverständnis in die Hierarchisierung von Hoch- und Alltagskultur aufzuräumen versuchte und eine Reihe von – oft aus Projekten entwickelten – Einrichtungen einer »Kultur für alle« beförderte. Gleichzeitig entfaltete sich in vielen Sparten eine vielfältige freie Kulturszene, die Kunst nicht um der Kunst willen betrieb, sondern mit dem Anspruch auf Artikulation einer Gegenkultur verknüpfte. Kaum eine der oft künstlerisch motivierten Formen der Institutionen-Kritik traf die Häuser jedoch so hart wie die Zwänge, die sich seit den neunziger Jahren aus den Mittelkürzungen der öffentlichen Haushalte ergeben. Mit der Zuspitzung der Finanznot sind die Kultur-Institutionen nicht länger die selbstverständlichen Bewahrer und Aussteller des kulturellen Erbes. Und Projekte sind nicht mehr diejenigen temporären Aktionsformen, die abseits der Institutionen einem erweiterten Kulturbegriff Raum geben.

Dieser Prozess ist insofern nicht neu, als die Institutionen von der Projektorientierung schon früher erfasst wurden – in den Darstellenden Künsten und selbstverständlich auch im Film zählen saisonale Arbeitsprozesse ohnehin zum institutionellen Tagesgeschäft. Unter den Gesetzen der Mediengesellschaft verstärkt sich indes nicht nur für die Darstellenden, sondern auch für die Bildenden Künste der Zwang zu profilierter Selbst-Inszenierung und aufmerksamkeitsstarker Publicity. Wo in einem Gemeinwesen die Kultureinrichtungen zuvor auf ihre Reputation zählen durften, sehen sie sich heute gezwungen, für ihr Image zu werben. Ein derartiges Marketing ist der – womöglich notwendige – Tribut der Institutionen gegenüber den Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie. Er bindet jedoch Ressourcen und zwingt zahlreiche Einrichtungen zum Eintritt in einen Verteilungswettbewerb um Projektmittel, dem die Akteure der freien Szene seit je

ausgesetzt waren. Für die wird nun angesichts der wachsenden Konkurrenz der Überlebenskampf existenziell.

Diese Krise der Kulturfinanzierung manifestiert sich nicht zuletzt in den Projektanträgen, die eine Institution wie die *Kulturstiftung des Bundes* erreichen. Hier sind es hunderte in jedem Jahr, gleichermaßen gestellt von festen Kultureinrichtungen sowie von Akteuren der freien Szene. Die Windmühlenrhetorik dieser Anträge, ihre mitunter fiktionale Hochstapelei großer Namen und ihr Kreisen um das Trendvokabular aktueller Kulturdiskurse vermitteln mitunter den Eindruck, als läge die Motivation für die Antragstellung weniger in der Sache selbst begründet als vielmehr in der atemlosen Produktivität eines kulturellen Projektwesens, den der Überlebenskampf zum permanenten Ausstoß neuer Vorhaben zwingt.

Robinsonaden ins Futur

Die *Kulturstiftung des Bundes* ist nicht in der Lage, die knappen Kassen der Kulturakteure substanziell zu verbessern – unabhängig davon, ob sie der freien Szene angehören oder in Institutionen arbeiten. Gegenüber den Milliarden Euro, die Kommunen und Länder jährlich für Kultur aufwenden, nimmt sich das Budget der Kulturstiftung in Höhe von 38 Millionen Euro bescheiden aus. Die Summe entspricht in etwa dem Jahresetat eines städtischen Opernhauses. Zu einer flächendeckenden Kulturförderung fehlen der Kulturstiftung neben der verfassungsmäßigen Legitimation vor allem auch die Mittel. Sofern der Bund überhaupt institutionell fördern darf, fällt dies in den Zuständigkeitsbereich des *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien*.

Das ist der kulturpolitische Rahmen, innerhalb dessen die *Kulturstiftung des Bundes* seit vier Jahren ein eigenständiges Leitbild öffentlicher Projektförderung im Kulturbereich zu profilieren versucht. Dazu zählen zum einen antragsoffene Förderbereiche, mit denen sie direkt auf akute Projektinteressen der Kultur reagieren kann. Den Kern dieser Förderpolitik bildet jedoch der Initiativbereich der *Kulturstiftung des Bundes*. Das Ziel der dort entwickelten Projekte besteht darin, Kunst und Kultur in einer Weise mit Themen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz zu verbinden, in der sie modellhaft werden und über den Kunstkontext hinaus als öffentliche Erkenntnisinstrumente auf die Gesellschaft zurückzuwirken vermögen. Die *Kulturstiftung des Bundes* versteht sich demnach als gleichermaßen inhaltlich orientierte wie international ausgerichtete Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Kultur, ein öffentliches Forum für die Setzung ganz Deutschland betreffender Themen. Sie arbeitet mit staatlichen Mitteln, aber sie produziert keine »Staats-Kultur« und dient nicht der Befriedigung nationaler Repräsentationsinteressen, sondern versucht in engem Austausch mit den kulturellen Akteuren Antworten zu finden auf die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen.

Projekte stellen ein hervorragendes Format dar, um diese kulturellen Zukunftswerkstätten zu organisieren. Im Idealfall ist ein Projekt mehr als nur ein Planungs- und Kontrollinstrument zur Bearbeitung der Realität, es ist die Navi-

gationshilfe auf unserem Weg nach Utopia, das Werkzeug für den Aufbruch in eine Welt, in der – wie es in dem Baudelaire-Zitat von Walter Benjamin heißt – »die Tat die Schwester des Traumes« sein darf. Seinen utopischen Charakter kann ein Projekt nur verwirklichen, wenn konventionelle Techniken der Projektsteuerung nicht in Anschlag gebracht werden. Das Diktat der Zwecke gilt für zeitweilig aufgehoben. Die Projekte der *Kulturstiftung des Bundes* haben daher auch die Lizenz, Umwege zu gehen, Denkpausen zu machen, sogar Fehler. Sie öffnen Räume, in denen der Möglichkeitssinn aufspielen kann – Räume, in denen wir etwas Neues über uns erfahren können.

Und mit der Freiheit, die die *Kulturstiftung des Bundes* ihren Initiativprojekten zubilligt, verbindet sie auch die Hoffnung auf neue Umgangsweisen mit Themen, die unsere Gesellschaft als Ganzes betreffen. Die zeitgenössische Kunst und Kultur lässt sich nicht länger ins Reich der schönen Künste verweisen. Sie spielt nicht länger das Kompensationsaggregat für gesellschaftliche Zivilisierungsschäden, sondern tritt in den Austausch mit anderen Disziplinen, Wissenschaften, Bildungseinrichtungen und entwickelt eigene Ansätze zum Verständnis und zur Veränderung von Wirklichkeit. Die Herausforderungen, denen wir dabei am Beginn des 21. Jahrhunderts begegnen, sind gewaltig. Sie werfen Fragen auf, die unsere Gesellschaft als Ganzes betreffen: nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft, nach unserem Miteinander in der Migrationsgesellschaft, nach den Perspektiven von schrumpfenden Städten und dem Erfolg der europäischen Einigung. Zu diesen Themen hat die *Kulturstiftung des Bundes* bereits mehrere Projekte auf den Weg gebracht. Und es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Themen auf unserer »Liste gänzlich ungelöster Fragen«: die Kultur einer alternden Gesellschaft, der nachhaltige Umbau unserer Energiesysteme oder die Verfügbarkeit des Wissens in einer Patent-Gesellschaft.

Um diese Themen richtig zu setzen, bedarf es des Zusammenspiels zahlreicher Akteure. Die Kunst besteht darin, für jedes Thema das richtige Team aufzustellen. Nicht nur deswegen, weil eine einzelne Institution oder Person mit der Bearbeitung dieser Fragen heillos überfordert wäre, sondern auch, weil erst die Vielfalt der Stimmen jenen inneren Reichtum befördern und jenen öffentlichen Resonanzraum eröffnen hilft, den ein Initiativprojekt der *Kulturstiftung des Bundes* auszeichnet.

Tanzplan Deutschland

Dass neben akuten Gesellschaftsfragen das Thema eines Initiativprojektes auch darin bestehen kann, einzelnen Sparten neue Wege der Kulturförderung zu weisen, zeigt der *Tanzplan Deutschland*. In mindestens fünf Städten entwickeln Tanzexperten und Kenner der örtlichen Szene Modellprojekte, die dem Tanz im Spektrum kultureller Produktion und Bildung einen Stellenwert einräumen, der seinen ästhetischen und sozial integrativen Möglichkeiten entspricht. Dabei geht es um die Durchführung von Festivals, die Gründung von Produktionsstätten, um

Choreographen-Schulen, Vermittlungsprojekte und so fort. Auf diese Weise entsteht ein Kompendium von Tanz-Projekten, das bundesweit Initialwirkung entfaltet. Die kulturpolitische Bedeutung des *Tanzplan* besteht darin, dass sämtliche Vor-Ort-Projekte auf der Basis von »matching funds« realisiert werden: Einen Teil der Mittel leistet die *Kulturstiftung des Bundes*, ein anderer kommt aus den jeweiligen Städten oder Ländern. Mit dieser Aufgabenverteilung präsentiert sich der *Tanzplan* als wegweisende Strukturmaßname und Musterbeispiel eines kooperativen Kulturföderalismus.

Ob mit dem *Tanzplan* oder anderen Initiativprojekten – die *Kulturstiftung des Bundes* versucht, dem Verhältnis von Projekt und Institution eine eigene Qualität zu geben. Wie das gemeint ist, mag zuletzt ein weiterer Blick in die Geschichte zeigen. Wir kehren zurück zu den *Franckeschen Stiftungen* in Halle: Deren Gründer August Hermann Francke sprach von den Stiftungen stets als einem »Anstaltsprojekt«. Das Vorwärts-Weisende, Utopische galt demnach als integraler Bestandteil seiner Institution. »Anstalt« – damit war gemeint: »Anstalten machen«, Fortschreiten, Lernen. Dieses Konzept hat bis heute Bestand. Institution und Projekt sind in dynamischer Weise aufeinander angewiesen: Nichts entsteht ohne Projekte. Nichts hat Bestand ohne Institutionen. Für ihr Zusammenwirken neue Formen zu finden, ist Ziel der Initiativprojekte der *Kulturstiftung des Bundes*. Es geht darum, den Reichtum der Kultur in Deutschland zu bewahren und uns ihre Möglichkeiten in der Bearbeitung von Wirklichkeit zunutze zu machen.

Susanne Binas-Preisendörfer

Verteilungsplan, ideologische Konstruktion und sozialer Filter

Zur Geschichte der Kategorien von E-Musik und U-Musik

Gemeinhin sind sprachliche Festlegungen und Begriffe dazu geeignet, konkrete Dinge oder Sachverhalte zu bezeichnen. Treten sie als Widerspruchspaar auf, dann sollen sie helfen, Unterschiedliches zu markieren, Gegensätzliches oder gar einander Ausschließendes anzuzeigen: weiß und schwarz, gut und böse, rechts und links, Geist und Körper, männlich und weiblich, Kopf und Bauch, »E« und »U«.

Selbstverständlich können wir solche Raster heute als diskursive Konstruktionen entlarven und mit dem Hinweis auf das Zerfließen dualer Ideologien und vertikaler Ordnungen im Zeitalter von Cross Over und Cyborgs abtun. Wie wirkmächtig derlei Konstruktionen jedoch ungeachtet dessen sind, wie unerschütterlich ihre Regeln, Normen und Zuschreibungen, lässt sich eindrucksvoll am heute nahezu anachronistisch wirkenden Begriffspaar von »E« und »U« aufzeigen.

Zunächst eine Klarstellung: originär stammt »E« und »U« aus dem Gattungszusammenhang der Musik und ist nur im deutschsprachigen Raum gebräuchlich, E-Musik (ernste) und U-Musik (unterhaltsame). Kaum jemand spricht von E- und U-Kultur, eher von Hochkultur auf der einen und Breiten-, Massenbeziehungsweise Popkultur auf der anderen Seite. Damit ist der seit reichlich zwei Jahrhunderten währende, theoretisch und kulturpolitisch immer wieder auch ausgetragene Unterschied zwischen »hoher« und »niederer« Kunst als soziales Distinktionsmittel gemeint.

Der in den Verteilungsplänen der musikalischen Verwertungsgesellschaft in Deutschland (*GEMA*) seit deren Gründung verankerte Unterschied von »E« und »U« setzte die Kommerzialisierung des Musiklebens voraus und markiert den im Zuge der Verbürgerlichung des europäischen Musiklebens geprägten Unterschied von ästhetischem Wert (E) und ökonomischer Wertung beziehungsweise Marktwert (U), also einen Widerspruch, der bei Lichte besehen etwas ins Verhält-

nis setzt, was zunächst einmal nichts miteinander zu tun hat. Doch dazu später mehr.

Als vor reichlich 100 Jahren in Berlin die *Genossenschaft Deutscher Tonsetzer* und kurz darauf die von ihr abhängige *Anstalt für musikalisches Aufführungsrecht* gegründet wurde, war diese Initiative insbesondere von Komponisten der so genannten »ernsten« Musik – allen voran Richard Strauss – ausgegangen. Ende 1899 hatte die *Genossenschaft Deutscher Tonsetzer* eine Denkschrift an den Hohen Bundesrat gerichtet, in der man die Parlamentarier dazu aufrief, die Not leidenden einheimischen Komponisten zu unterstützen. Dabei distanzierte man sich ausdrücklich von jenen »oberflächlichen Vertreter(n) der jeweils allerneuesten Tingeltangel-Mode, die es mit ihren Begriffen von Kunst und volkstümlicher Kunsterziehung so geschickt zu vereinen wissen, dem banalen Alltagsverlangen ihre tönende Huldigung darzubringen« und verurteilte das »frivole Geschäftstreiben dieser Elemente« mit dem Hinweis auf »schlimmste Geschmacksverderbnis, Verflachung und Verrohung der heranwachsenden Generation«. (»Denkschrift ...« 1899: 7) Gefürchtet wurden jene Komponisten, die um die Wende zum 20. Jahrhundert Musik für Caféhäuser und Restaurants schrieben, für die zahlreichen Varieté-Theater und Unterhaltungsetablissements. Der Großteil dieser Musikformen hatte die Funktion von Hintergrunds- und Unterhaltungsmusik, die den atmosphärischen Notwendigkeiten der betreffenden Lokalitäten dienlich sein musste. Zeitgleich suchte die sich entwickelnde Tonträgerwirtschaft (Schellackplatten und Grammophone) nach geeignetem Repertoire. Die technisch mögliche Abspieldauer (anfangs nur etwa fünf Minuten), Aufnahme- und Wiedergabequalitäten (nur laute und im Frequenzverlauf prägnante Instrumente konnten ohne großen technischen Aufwand fixiert werden) ließen Marschmusik, Schlager, Walzer und eigens arrangierte Arien- oder Ouvertürenauskopplungen zu den am häufigsten reproduzierten Musikformen werden. Die Kataloge der jungen Tonträgerunternehmen wie *Odeon* oder *Pathé* waren angefüllt mit solchen Aufnahmen. Mit dem Aufkommen des Rundfunks in den zwanziger Jahren sollte dieser Prozess verstärkt werden. Schnell hatte man erkannt, dass er sich als ein hervorragendes Medium für das zerstreute Nebenbeihören eignete, häusliche Verrichtungen oder die Routine am Fließband in der Fabrik ein wenig erträglicher machen konnte.[1] Unterhaltungsprogramme gehörten von Beginn an zum zentralen Sendebedarf des Rundfunks, für den Schlager, Ouvertüren, Rhapsodien, Suiten und kurze Virtuosenstückchen geschrieben werden mussten. Als schließlich der Tonfilm mit Beginn der 1930er Jahre in die Kinos einzog (»Die Drei von der Tankstelle« usw.), war der Bedarf an entsprechenden Musiken nochmals erheblich gestiegen. Ihr Verbreitungsgrad sollte sich nicht auf die Tonspur im Kino beschränken; Emil Jannings, Willy Fritsch, Lilian Harvey oder Marlene Dietrich wurden zu Tonfilmstars, die auch auf Schellackplatte und im Rundfunk zu hören waren. Ihre Komponisten erzielten damit ein erhebliches Aufkommen an tantiemepflichtiger Musik

1 Auf die Rolle des Rundfunks als Propagandainstrument kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

bei der *Gesellschaft für Musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)*[2]. Auf derartige populäre Musikformen sollte sich bis hinein in die fünfziger Jahre der Begriff der Unterhaltungsmusik beziehen. Insbesondere im Rundfunk – aber eben nicht nur dort – wurde er als Einteilungskriterium institutionalisiert und sorgt bis in die Gegenwart hinein als eine Art ideologischer Filter.

Verteilungsplan, ideologische Konstruktion und sozialer Filter

Auf der aktuellen Web-Site des einzigen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen der *IHK* für die Beurteilung der Urheberschaft an Werken von Musik, Dr. Wolfram Sauter, findet man folgende Erläuterungen: »E-Musik ist die seit den zehner Jahren des 20. Jahrhunderts gängige Bezeichnung für ›ernste Musik‹, vor allem als Gegenbegriff zur U-Musik. ... Die zeitgenössische E-Musik ist gekennzeichnet durch eine oft in großen kreativen Zusammenhängen angelegte, ›ernste‹ musikalische Charakteristik: Aufbau und Abfolge der meist *durchkomponierten Melodien* sind *für den Hörer* in der Regel *nicht mehr vorhersehbar*, es gelten keine formalen Beschränkungen, keine durchgehende oder eindeutige Dur- oder Moll-Tonalität, *keine taktgebundene Rhythmik* und *nur selten sind Muster* aus dem Modell *der Wiederholung* erkennbar. *Aufwendige und schwierige Darstellbarkeit in Noten* und *langwierige Schöpfungsprozesse* durch eine *Vielzahl musikalischer Einfälle* für die Gestaltung eines Werkes sind die Regel. ... Zeitgenössische E-Musik ist von aktuellen Trends meist unabhängig ... Von der zeitgenössischen U-Musik zu unterscheiden ist die E-Musik zudem durch die vergleichsweise *geringe Anzahl meist subventionierter Aufführungsmöglichkeiten* und die Tatsache, dass sie sich *der massenhaften Verbreitung* als Konsumgut durch Radio, Tonträger und andere Medien *entzieht*.« (S. 1 f. v. 6.2.2006, Herv. *S. B.-P.*) Hingegen steht laut Sauter die so genannte U-Musik für »eine vergleichsweise ›einfache‹ Charakteristik der musikalischen Gestaltungselemente: Aufbau und *wiederholte Abfolge* der meist *kurzen Melodiebogen* (4, 8, 16 oder in Ausnahmefällen 32 Takte), Lied- oder Song-Form, durchgehend eindeutige Dur- oder Moll-Tonalität, durchgehend *taktgebundene* und von Wiederholungen lebende *›beschwingte‹ Rhythmik*, Darstellbarkeit in so genannten *›vereinfachten‹ Notenausgaben*, ... Möglichkeit *rascher Schöpfungsprozesse* durch eine häufig vergleichsweise *geringe Zahl melodischer Einfälle* für die Gestaltung eines Werkes ...« (Ebd.: 4)

Einmal abgesehen von dem deutlichen Verweis auf ihre ökonomische Sonderstellung gilt E-Musik hier als Inbegriff einer spezifischen kompositorischen Qualität, die in so genannter U-Musik nicht auffindbar sei. Die oben zitierten Erläuterungen schreiben Regeln und Normen zu und fest, wie sie in den angesprochenen Musikformen vorkommen oder auch nicht. Wo ist der kurze Melodiebogen in einem Elektronik-Track, wo die beschwingte Rhythmik in einem Metal-Song oder dem Gros von Filmmusiken, wer misst die Stunden, die ein Produzent im Studio bei der Fertigstellung eines Masterbandes tüftelt? Auch für die so genannte E-Musik sind durchkomponierte Melodien heute nicht mehr das Maß aller Dinge, eher Klangchoreografien, minimalistische Strukturen und digitale Interfaces stehen

2 Zur Geschichte der *GEMA* vgl. insbesondere Dümling 2003.

im Focus kompositorischer Arbeit. Wolfram Sauters Unterscheidung von »E« und »U« gründet auf den offensichtlich immer noch fest im (deutschen) Musikverständnis verankerten Prämissen einer sich im 19. Jahrhundert entfalteten romantischen Musiktheorie.

Seit jener Zeit galt die motivisch-thematische Arbeit als ästhetischer Maßstab. Verarbeitung und Verdichtung werden Mitte des 19. Jahrhunderts zum höchsten Gut kompositorischer Arbeit. In Misskredit geraten die bloße Erfindung oder das Aneinanderreihen von Melodien. Im Gegensatz zum »Gemachten«, »Verarbeiteten« gilt die »nur erfundene« Melodie als das »Ursprüngliche«, das der Intuition folgende und damit minderwertige.

Historisch sehr viel früher hatten sich in Europa bereits zwei wesentliche Säulen autonomen Kunstverständnisses durchgesetzt: Originalität und die eng damit verbundene Autorschaft. Anerkannte Musikwerke mussten mehr sein als bloß handwerklich gediegene Stücke, Beiwerk höfischer Tafelfreuden oder Medium religiöser Sonntagshuldigungen. Eine wichtige Voraussetzung dessen bildete die Erfindung der Notenschrift bereits im ausgehenden Mittelalter. Sie ermöglichte das Entwerfen von neuen Melodien, das Suchen, Probieren, das kompositorische Experiment und deren Vergegenständlichung in einem schriftlichen Außenspeicher. Graphisch vermittelte Entscheidungsstrategien (Komponieren am Schreibtisch) wurden zur Grundlage ästhetischer Innovation. Wer sie beherrscht – der Tonsetzer (!) – kann zu höchsten Weihen kommen und verweist all diejenigen musikalischen Zusammenhänge auf die soziale und ästhetische Hinterbank (z.B. in Musiklexika oder der Musikwissenschaft), die ohne Noten, professionelle Ausbildung und hehre Absichten auskommen, insbesondere die eher sinnenfreudigen und körperbetonten Musikpraktiken der Spielleute, Bauern, Sufis oder Raï-Diven. Nicht nur die Musikformen der sozial Unterprivilegierten in Europa, sondern insbesondere auch die Vielfalt der Musiken der Welt waren von marginalem Interesse.

Als im Zuge der Verbürgerlichung die Funktionsbindung des Musizierens (Kirche, Hof, dörfliche Feiern etc.) aufgelöst wird, »... tritt ... jene unspezifische Funktion der ›Unterhaltung‹ in den Vordergrund ... Wo Menschen außerhalb ihrer Wohn- und Arbeitswelt zusammentrafen, in den Volks- und Stadtparks, in Restaurants und Vergnügungsetablissements, in den Kleingärten und Festhallen, ließen sie sich von Musik begleiten ...« (Wicke 1998: 23)

Summa summarum verwundert es also kaum, dass zum Ende des 19. Jahrhunderts ästhetisch ideologische Konstruktionen wie die von »E«- und »U«-Musik manifest werden. Musik in der klassisch-romantischen Tradition will etwas anderes sein als Unterhaltung, sie will keinen fremden Zwecken dienen als sich selbst. »Absolut«, »autonom« und »rein« könne Musik auch nur dann sein, wenn sie nicht des Ruhmes und nicht des Geldes wegen ausgeübt werde. Der Widerspruch zwischen Kunst und Geld spitzt sich zu. »Hol der Henker das Ökonomisch-Musikalische« (Ludwig van Beethoven) und »solche Kerle wie ich sollten eigentlich vom Staate erhalten werden« (Franz Schubert) (zit. n. Dümling 2003: 19) sind un-

mittelbarer Ausdruck der zutiefst paradoxen Situation, der sich freiberufliche Komponisten im Zuge der Verbürgerlichung des Musikbetriebes und gleichsam der permanenten Verschleierung der Ware-/Geld-Beziehung gegenüber sahen.

In Mitteleuropa hatte sich ein Kulturverständnis und ein Kulturbegriff etabliert, das beziehungsweise der Kultur und Kunst als einen Gegenpol zu einer von rationalen Normen geprägten Marktlogik erscheinen lies. Wiederum angereichert mit dem Geist der Romantik galt der Künstler als das gottgleiche Genie. Im Reich der Freiheit schöpfe er seine Werke, wohingegen im Reich der Ökonomie das Prinzip der Notwendigkeiten herrsche. »Wenn der wirtschaftlich erfolgreiche Bürger sich den Genüssen der Kunst hingab, die er mit Kultur gleichsetzte, dann vergaß er die Logik des Kapitals – und wenn Kulturschaffende ihre Kreativität auslebten, dann schwebten sie hoch über den Niederungen des Monetären.« (Tanner 2004: 6) Die wachsende Bedeutung der Verwertung von Kunst, Musik, Literatur oder Bühnenwerken aber schritt unvermindert voran. Komponisten – egal, welche Art von Musik sie komponierten – institutionalisierten ihren Anspruch auf (geistiges) Eigentum und seine Verwertung. Allerdings sollte – wie eingangs bereits erwähnt – der Unterschied zwischen Marktwert und ästhetischem Wert eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung des Verteilungsschlüssels beziehungsweise -planes der Verwertungsgesellschaften spielen. Bei Gründung der *Genossenschaft Deutscher Tonsetzer* orientierte man sich nicht an ökonomischen, sondern an handwerklich-ästhetischen Standards und verankerte das so genannte »Ernste Viertel«[3] im Verteilungsplan. Einer der Gründungsväter – Richard Strauss – traf eine Art selbstverständliche Zuordnung der U-Musik zum Souterrain musikkultureller Tektonik, wohingegen er die »E«-Musik in der Beletage verortete. Ein anderes Argument für die Unterscheidung lieferte 1931 Arnold Schönberg. Es sei ein Missverständnis, dass E-Musik im Charakter ernst sein soll, sie – und ihre Schöpfer – möchten vielmehr ernst genommen werden. (S. Schönberg 1958: 162, zit. n. Dümling 2003: 317)

Auf der Suche nach Begründungen und Bewertungen ließe sich Etliches anfügen; Unterhaltung – unterhalb von Haltung, unterhalten – miteinander ins Gespräch kommen, kommunizieren. Immer wieder gab und gibt es Versuche, die ideologischen Konstruktionen von »E« und »U« zu verhärten oder aber zu hinterfragen und aufzuheben. Letztendlich scheint in ihm jedoch jenes schon in der Geschichte verklärte Verständnis von ästhetischem Wert und Markt auf, das heute zur Zerreißprobe kulturpolitischer Argumentation um die knapper werdenden öffentlichen Ressourcen wird.

Was ist ästhetisch wertvoll? Wer bewertet ästhetisch Bedeutsames? Was passiert, wenn allein die Kasse darüber entscheidet, welche kulturellen Praktiken ihren Weg in die Öffentlichkeit finden dürfen? Welche Verantwortung soll der Staat in diesem Gefüge bzw. bei der Bewertung übernehmen? Wer formuliert Bildungs-

3 »Nach dem Geschäftsbericht für 1930/31 zweigte die *GEMA* ›eine reichliche Quote aus den Einnahmen der Lichtspieltheater, der Unterhaltungsmusik und des Rundfunks‹ für Komponisten und Verleger der ernsten Musik ab.« (Dümling 2003: 222)

ansprüche für wen? Werden angesichts der offensichtlichen Verschiebungen kultureller Interessen »Belcanto Gesang« und »Kontrapunkt« in den Archiven von Museen und Bibliotheken verschwinden und nur noch zum Gegenstand historischer Untersuchungen? Welche Funktionen haben Konzert- und Opernhäuser in der Zukunft? Wie können Aufführungen neuer Musik jenseits von Darmstadt und Donaueschingen überhaupt noch finanziert werden? Mit dem gleichen Recht auf finanzielle Unterstützung könnten junge Metal-Bands oder DJs an den Pforten der *Bundeskulturstiftung* oder der kommunalen Kulturämter klopfen. Doch sie tun es nicht. Sie haben sich daran gewöhnt, Unternehmer in eigener Sache zu sein! Werden wir in Zukunft weiterhin mit zweierlei Maß messen?

Der kurze Exkurs in die Geschichte von »E« und »U« hat hoffentlich verdeutlicht, wie abhängig die Beantwortung solcher Fragen von in der Geschichte verankerten ideologischen Konstruktionen und Grenzziehungen ist. Wenn wir heute allenthalben vom ökonomischen und sozialen Wandel, den Herausforderungen durch Mediatisierung, Globalisierung und demographischen Verwerfungen sprechen, dann schlägt sich dieser Wandel folgerichtig in der Veränderung kultureller Praktiken nieder. Damit soll hier keineswegs allein der Marktgängigkeit kultureller und künstlerischer Prozesse das Wort gegeben sein. Nur vermute ich, dass wenn angesichts dieser Verschiebungen ideologische Konstrukte weiterhin aufrechterhalten werden, die Spannungen im verklärten Feld von Kultur und Ökonomie eher zunehmen, denn überwunden werden können.

Angesichts der Neubesetzung des *GEMA*-Aufsichtsrates im Jahr 2003 ausschließlich mit Komponisten der so genannten »U«-Musik verbreitete sich flugs die Mär[4], dass die höheren Vergütungen von »E«-Musik im Verteilungsplan der *GEMA* aufgegeben werden. Gewiss gab es seitens einiger Vertreter der »Sparte U« die Anstrengung, die ihrer Meinung nach künstliche und unzeitgemäße Teilung von »U« und »E« zu überdenken. Zu einer Änderung im Verteilungsplan der *GEMA* hinsichtlich des Verhältnisses von »U« und »E« seit der Neubesetzung des Aufsichtsrates kam es jedoch nicht. (Mitteilung durch den Leiter Kommunikation Dr. Hans-Herwig Geyer in einer Mail vom 7.2.2006 an die Verfasserin) Das aufgeregte Rauschen im Blätterwald (u. a. in der *Zeit* vom 11.3.2004) und die latenten Beschwörungen vom kulturellen Untergang des Abendlandes angesichts der Umbesetzung im *GEMA*-Aufsichtsrat zeugten nicht nur von Ängsten und Verunsicherung, sondern auch von einer Geste kultureller Überheblichkeit, die eine besondere Stellung aus der scheinbar allgemeingültigen ästhetischen Werthaltigkeit begründet und dabei die Suche nach Sinn ausschließlich bei den »ernsten« Künsten verortet.

Sinn versus Sinnlichkeit, diese Diktion hat leider auch dazu geführt, dass die Verkümmerung der Sinne (z. B. im europäischen Konzertsaal) ein Vakuum hinterlassen hat, in das im Laufe des 20. Jahrhunderts jede nur erdenkliche Feier der Sinne eindringen musste, ob der Provokation wegen, aus voyeuristischer Lust oder

4 S. http://de.wikipeda.org/wiki/unterhaltungsmusik v. 6.2.2006.

weil man endlich einmal wieder auch seinen Körper spüren wollte. Die Kulturgeschichte der populären Künste ließe sich aus dieser Perspektive lesen. Auch das gegenwärtig unaufhaltsam steigende Interesse an modernem Tanztheater könnte ein Beleg dafür sein, inmitten von Geist und Körper nach Sinn und Sinnlichkeit zu suchen, weil beides zusammengehört.

Leider aber haben sich noch immer viele Kritiker und Verächter der so genannten »U«-Kultur in ihren Meinungen fest eingerichtet. Kaum noch aber gibt es diejenigen, die wie Umberto Eco einst schrieb, »ihren Traum vom vielseitig gebildeten und nachdenklichen Edelmann wiederholen, dem die ökonomischen Verhältnisse erlauben, seine inneren Erfahrungen mit liebevoller Aufmerksamkeit zu kultivieren, sie vor der Vermischung mit äußeren Zwecken zu bewahren und ihnen absolute Originalität zu gewährleisten« (Eco 1984: 41). Die Zahlen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage von Künstlerinnen und Künstlern in Deutschland zeigen derzeit deutlicher denn je, wie prekär deren ökonomische Situation ist. Nicht frei schwebende Muse, sondern hartes Tagewerk kennzeichnet ihren Alltag. Dennoch werden fortwährend Glaubensbekenntnisse aus der einen oder anderen Perspektive abgegeben. Diese Formen von Kulturkampf wirken anachronistisch. Vielmehr käme es darauf an, die aktuellen Kulturprozesse noch genauer daraufhin zu befragen beziehungsweise ernster zu nehmen, was sich in den Produktionsbedingungen für die Akteure der Kultur in den vergangenen Jahren verändert hat und wie diese und das Publikum mit der medialen Vielfalt, mit den Angeboten vor Ort und seinen Ansprüchen an Kultur umgehen. Ein Blick in unsere eigene Kulturgeschichte und die durch sie tradierten Zuschreibungen kann meines Erachtens helfen, in einem ersten Schritt Verklärungen und ideologische Filter offen zu legen. Vielleicht fällt es uns dann leichter, Lösungsvorschläge für die Gestaltung kultureller Fragen der Zukunft zu finden.

Literatur

»Denkschrift zu dem vom Reichsjustizamt ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst« (1899), Berlin

Dümling, Albrecht (2003): *Musik hat ihren Wert. 100 Jahre musikalische Verwertungsgesellschaft in Deutschland*, Regensburg: Con Brio Verlagsgesellschaft

Eco, Umberto (1984): »Massenkultur und ›Kulturniveaus‹«, in: Eco, Umberto: *Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur*, Frankfurt am Main: S. Fischer, S. 37–58

Schönberg, Arnold (1958): *Briefe*, Mainz

Tanner, Jakob (2004): »Kultur am Point of Sale – Wirtschaft im Cultural Turn«, in: *Kulturstiftung des Bundes*, Heft 4/2004, S. 6.

Wicke, Peter (1998): »›Vergiß das so genannte populare nicht‹. Von der Kunst zur Unterhaltung – die Geburt der populären Musik«, in: *Von Mozart zu Madonna. Eine Kulturgeschichte der Popmusik*, Leipzig: Gustav Kiepenheuer Verlag, S. 7–26

Armin Klein

Angebot und Nachfrage

Von der Kulturpflege zur Kultur für alle

Ende der siebziger Jahre formulierte Hilmar Hoffmann, viele Jahre lang Kulturdezernent in Frankfurt, das Paradigma der Neuen Kulturpolitik in seinem gleichnamigen kulturpolitischen Bestseller »Kultur für alle«: »Jeder Bürger muss grundsätzlich in die Lage versetzt werden, *Angebote* in allen Sparten und mit allen Spezialisierungsgraden wahrzunehmen, und zwar mit einem zeitlichen Aufwand und einer finanziellen Beteiligung, die so bemessen sein muss, dass keine einkommensspezifischen Schranken aufgerichtet werden. Weder Geld noch ungünstige Arbeitszeitverteilung, weder Familie noch Kinder noch Fehlen eines privaten Fortbewegungsmittels dürfen auf die Dauer Hindernisse bilden, die es unmöglich machen, *Angebote* wahrzunehmen oder entsprechend Aktivitäten auszuüben ... Die *Angebote* dürfen weder bestehende Privilegien bestätigen, noch unüberwindbare neue aufrichten. Eine demokratische Kulturpolitik sollte nicht nur von dem formalen *Angebot* für alle ausgehen, sondern kulturelle Entwicklung selbst als einen demokratischen Prozess begreifen.« (Hoffmann 1981: 29; Herv. *A. K.*)

Die Häufung des Begriffes lässt es vermuten: die seit Mitte der siebziger Jahre entwickelte so genannte Neue Kulturpolitik verstand sich in erster Linie als eine *angebots*orientierte Programmatik. Sie wurde unter anderem als eine Reaktion auf die bis dahin dominante Kulturpolitik der fünfziger und sechziger Jahre formuliert, deren Grundzüge der *Deutsche Städtetag* in seinen »Leitsätzen zur kommunalen Kulturarbeit«, den so genannten »Stuttgarter Richtlinien« vom 18./19.11. 1952, festgelegt hatte. Deren Kernsätze lauteten: »Die deutschen Städte, in ihrem Willen, für die Wohlfahrt ihrer Bürger zu wirken, in langer Geschichte Hüter und *Pfleger* deutscher Kultur, fühlen sich verpflichtet, trotz und gerade wegen der materiellen Nöte unserer Zeit ihrer Kulturaufgabe treu zu bleiben. ... Die *Pflege* der Kultur ist für die Städte eine wichtige und dringliche Aufgabe sowohl um der kulturellen Werte willen, die es *pflegen* gilt, und der in dieser *Pflege* sich zeigenden geistigen Haltung als auch wegen der Bedeutung, die dieser *Pflege* für das Gemein-

schaftsleben zukommt.« (»Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit« 1952/1971; Herv. *A.K.*)

Dominiert im Konzept einer Kultur für alle der Begriff des *Angebotes*, so hier der der *Pflege*. Man pflegt mit Liebe und Hingabe zum einen das, was einem wert und teuer ist, zum anderen das, was krank und pflegebedürftig darniederliegt. Diese doppelte Eigenschaft charakterisierte zweifelsohne die Kulturpolitik der fünfziger und frühen sechziger Jahre nach der umfassenden Werteerschütterung während des Nationalsozialismus. Man griff zurück auf jene Werte, die unstrittig galten: auf jenes Wahre, Schöne und Gute der Weimarer Klassik des 18. Jahrhunderts – und nicht auf das Strittig-Zerstrittene der Weimarer Republik. Hermann Glaser hat in seiner Kulturgeschichte der Bundesrepublik sehr detailliert und einfühlsam beschrieben, wie rasch und reibungslos sich »die Rückkehr des Volkes der Richter und Henker zu dem der Dichter und Denker« vollzog und wie es mit Hilfe einer am Konzept der »Pflege« orientierten Kulturpolitik gelang, »einer zerschlagenen Nation kulturelles Selbstvertrauen zu vermitteln« (Glaser 1985: 21).

Eine Pflege der Kultur um ihrer selbst Willen war nun allerdings keineswegs die Sache der Neuen Kulturpolitik. Sie begriff Kulturpolitik explizit als »Gesellschaftspolitik« (so Schwencke/Sievers 1988 in ihrer Gedenkschrift für Alfons Spielhoff, einer der frühesten Protagonisten der »Neuen Kulturpolitik«). Kultur sollte, auf dem »Wege zur menschlichen Stadt«, vorrangig der Entfaltung und Entwicklung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger dienen. (S. Deutscher Städtetag 1973: 99)

Nicht zuletzt beeinflusst von Ansätzen der *Kritischen Theorie* der *Frankfurter Schule* und hier insbesondere dem berühmt-berüchtigten Kapitel über die »Kulturindustrie« in der »Dialektik der Aufklärung« von Horkheimer/Adorno ging es dabei vor allem um die »wahren« Bedürfnisse der Bürger, die – so die kritische These – von der »Kulturindustrie« permanent ge- und enttäuscht würden. Dieser Ansatz verlieh der »Neuen Kulturpolitik« (teilweise bis heute) manchmal etwas durchaus penetrant Missionarisches, das vor allem – den wie auch immer begründeten – »kulturpolitischen Auftrag« in den Mittelpunkt des Denkens rückt. Wie und vor allem ob die daraus entwickelten Angebote vom Publikum auch tatsächlich angenommen wurden und werden, stand (und steht mancherorts bis heute) weniger zur Debatte. Und wie das Publikum mit den kulturellen Angeboten tatsächlich umgeht und zu welchen Zwecken es sie nutzt, interessiert noch viel weniger.

Ein erfrischend selbstkritisches »Bekenntnis«, wie er selbst schreibt, über das damalige Denken legte vor einigen Jahren Dieter Kramer ab, der in den siebziger und achtziger Jahren gemeinsam mit Hilmar Hoffmann in Frankfurt die kommunale Kulturpolitik mitgestaltet hatte, wenn er schreibt: »In den 14 Jahren, in denen ich aktiv an der Frankfurter Kulturpolitik beteiligt war, haben wir nie ernsthaft Wirkungsforschung betrieben – nicht nur, weil wir keine Zeit oder kein Geld gehabt hätten, sondern auch weil es ein so brennendes Interesse daran nicht gab. Kulturpolitik hatte ihr Programm und war von dessen Qualität und Bedeutung so überzeugt, dass eine empirische Nachfrage nicht notwendig schien. Pragmati-

sche Kulturpolitik mit programmatischen Elementen, wie sie ›Kultur für alle‹ war, interessierte sich wenig für Wirkungsforschung, weil sie sich auf die Botschaft der Künste verließ, und weil sie, positiv gewendet, an die Mündigkeit der Nutzer appellierte, die allmählich ihre ›wahren Bedürfnisse‹ entdecken würden. Beziehungen zwischen Künsten und Nutzern herzustellen, das war die Aufgabe, deren Gelingen nicht gemessen werden konnte.« (Kramer 1995: 162) Wenn man nur die »wahren« Bedürfnisse des Publikums kannte, kam es also auf die »wirklichen«, die die Menschen bewegten, weniger an!

Die materielle Grundlage für diese Neue Kulturpolitik war ein überproportionales Wachstum der kommunalen Kulturausgaben in den siebziger und achtziger Jahren (s. hierzu ausführlich Klein 1993 und 1998), das es erlaubte, nicht nur die bestehenden, traditionellen Kulturangebote (vor allem Staats- und Stadttheater, Museen, Bibliotheken usw.) aufrecht zu erhalten, sondern auch diese um eine Vielzahl neuer Formen (vor allem der Soziokultur, der Freien Theaterarbeit, der Kleinkunst, der kulturellen Bildung, der Kunstvermittlung usw.) zu ergänzen.

Das Ergebnis, schreibt Heinrichs in einem kritischen Rückblick, war ein in seiner Qualität und Vielfalt »geradezu traumhaftes Angebot für den Bürger«. Dabei wurde die Nachfrage der Bürger nach Kultur bald überlagert durch das Angebot der Kulturpolitiker und Kulturmacher. »Statt nachfrageorientiert angelegt zu sein, zeigte sich der öffentliche Kulturbetrieb nun angebotsorientiert. Nicht die Frage ›Welche Kultur wollen unsere Bürger?‹ stand im Mittelpunkt, sondern allein das Ziel ›Welches Angebot ist für den Bürger die richtige Kultur?‹ Die Folge waren hervorragend und überzeugend begründete Angebote, über deren Nutzung durch die Bürger man sich aber nur wenig Rechenschaft ablegte.« (Heinrichs 1997: 32)

Die Erlebnisgesellschaft – und ihre Folgen

Durch die durch die öffentliche Hand massiv vorangetriebene Angebotserweiterung der siebziger und achtziger Jahre bereitete die Neue Kulturpolitik den Boden für eine gewaltige Expansion des Kulturellen in den neunziger Jahren, die Gerhard Schulze 1992 in seiner »Kultursoziologie der Gegenwart« griffig auf den Begriff der »Erlebnisgesellschaft« brachte. »Ohne Kultur geht nichts mehr. Nicht die Organisation des eigenen Lebens und die Repräsentation der Gesellschaft, nicht die Vermittlung von Politik und der Verkauf von Waren. Alles scheint auf jenes diffuse Medium Kultur verwiesen«, schrieb Eberhard Knödler-Bunte (1987: 21) in *Ästhetik und Kommunikation* und weiter: »Heute sieht es so aus, als hätten wir es mit einer ungeheuren Expansion des Kulturellen zu tun, die bald alle Lebensbereiche und Lebenstätigkeiten zu umgreifen scheint.«

Willentlich oder unfreiwillig, wissend oder unwissend, legte die Neue Kulturpolitik durch die Angebotsausdehnung und vor allem durch die Erweiterung des Kulturbegriffes auch die Grundlage für eine massiv wachsende, privatwirtschaftlich-kommerzielle Konkurrenz zum öffentlichen Kulturangebot – und zwar in al-

len Bereichen kulturellen Schaffens. Diese tief gehenden Veränderungen lassen sich besonders gut auf dem Sektor der Theaterangebote anhand der Statistik des *Deutschen Bühnenvereins* zeigen.

Nimmt man die Veranstaltungs-Angebote der im *Deutschen Bühnenverein* organisierten *öffentlichen Theater* (also Staats- und Stadttheater sowie Landesbühnen) *und* der *Privattheater* (also die seit Mitte der achtziger Jahre expandierenden Musicaltheater, die so genannten Boulevardtheater und – soweit von dieser Statistik erfasst – der Freien Theater) *zusammen*, so steigt die Zahl der Aufführungen von der Spielzeit 1991/92 (der ersten gemeinsamen Theaterstatistik der alten und neuen Bundesländer) von 88 943 auf 110 943 in der Spielzeit 2003/04. Es findet also eine deutliche Angebotserweiterung um exakt 22 000 Veranstaltungen, fast 20 Prozent, statt. Dem entspricht – und dies ist besonders erfreulich – auch ein deutlicher Anstieg der Nachfrage, das heißt der Besucherzahlen von 29,3 Millionen (1991/92) auf 33,5 Millionen (2003/04), also um rund 4,2 Millionen Besucher, ein Wachstum auch hier von über 12,5 Prozent. In den Begriffen des Marketing ausgedrückt: der »Markt« für Theater ist in Deutschland in etwas über zehn Jahren deutlich gewachsen.

Schaut man jedoch genauer hin, so ergibt sich für die öffentlichen Theater ein weniger erfreuliches Bild. Zwar steigerten sie die Zahl ihrer Aufführungen von 56 984 (1991/92) auf 63 911 (2003/04) deutlich um rund 7 000, also etwa 11 Prozent. Gleichzeitig *sanken* aber die Besuchszahlen im gleichen Zeitraum von 22 Millionen auf 21,7 Millionen. Umgerechnet auf die einzelne Veranstaltung bedeutet das einen Zuschauerschwund von 387 auf 340 Zuschauer pro Vorstellung.

Betrachtet man dagegen die Privattheater, so verläuft hier die Entwicklung wesentlich anders. Auch sie steigerten ihre Aufführungen von 31 959 auf 47 032; dabei sanken allerdings die Besucherzahlen nicht, sondern sie stiegen im Gegenteil ebenfalls kräftig an: von rund 7,2 Millionen in 1991/92 auf 11,8 Millionen in 2003/04, ein Zuschauerzuwachs um rund 4,5 Millionen! Während die öffentlichen Theater also vornehmlich ihr *Angebot* ausweiteten, mussten sie einen Rückgang bei der Nachfrage hinnehmen; umgekehrt erreicht es die privaten Anbieter mit ihrem ausgeweiteten Angebot in vollem Umfang den Marktzuwachs, das heißt die gestiegene Nachfrage, zu vereinnahmen! Dies gelang und gelingt den privaten Anbietern nicht zuletzt auf Grund eines differenzierten Kulturmarketingkonzepts.

Im Zuge der ungeheuren Erweiterung der Angebote, die durch den *öffentlich-rechtlichen* (z. B. Staats- und Stadttheater, Museen, Bibliotheken usw.), den *privatwirtschaftlich-kommerziellen* (z. B. Musicaltheater, Film- und Tonträgerindustrie, Galeriewesen usw.) sowie den *privatrechtlich-gemeinnützigen* (z. B. Freie Theater, Soziokulturelle Zentren, Kunstvereine usw.) Kultursektor bereitgestellt wurden und werden, rückte in den achtziger und neunziger Jahren das Publikum, wie Gerhard Schulze schreibt, »in eine strategische Position auf dem Erlebnismarkt«. Es kann wählen – und es wählt! Durch die Erweiterung des Kulturbegriffs »geniert« sich das Publikum nicht länger, eher an Unterhaltung orientierte Angebote der privaten Anbieter nachzufragen. Kultur ist was gefällt!

Durch seine ständig angewachsenen (und weiter wachsenden) Wahlmöglichkeiten definiert das Publikum aber auch den »Gestaltungsspielraum der Kulturpolitik«, eine Konsequenz, die Schulze als höchst problematisch erkennt: »Einer anspruchsvollen, fordernden, unbequemen Kulturpolitik könnte das Publikum jederzeit auf den privaten Erlebnismarkt ausweichen. Das Publikum tut jedoch etwas anderes: Es läuft nicht davon, sondern vergnügt sich an Angeboten, die offiziell nicht für das Vergnügen gedacht sind. Es behandelt die anspruchsvollen Angebote anspruchslos.« (Schulze 1993: 516)

Dieser Entwicklung entziehen sich, so kritisiert Schulze, die öffentlichen Anbieter nicht nur nicht, sondern sie kommen ihr entgegen. »Orientiert an der großen Übereinkunft, Publikumswirksamkeit als Erfolg anzusehen, verhalten sie sich nach den Regeln des normalen Erlebnisanbieters auf dem Erlebnismarkt, auf dem sie doch eigentlich eine kulturelle Enklave bieten wollen.« Statt zu »fördern, was es schwer hat« (langjähriges Motto des *Kultursekretariates Nordrhein-Westfalen*), gibt es eine »Förderung dessen, was läuft«, kritisiert Schulze und kommt zu dem Schluss: »Kennzeichnend für das kulturpolitische Handlungsfeld ist eine wachsende Diskrepanz zwischen manifester Ambitioniertheit und latenter Bequemlichkeit der ästhetischen Praxis.« (Schulze 1993: 517)

Unter der Hand beziehungsweise dem Druck der Verhältnisse wird also der viel beschworene »kulturpolitische Auftrag« nicht selten preisgegeben, um (Publikums-)Erfolg zu haben, das heißt um den politischen Gremien stolze Besucherzahlen präsentieren zu können! Viel wichtiger wäre es dagegen, *sowohl* dem kulturpolitischen Auftrag zu genügen *als auch* entsprechend viele Besucher zu erreichen. Dass dies den privaten Anbietern wesentlich besser als den öffentlichen gelingt, liegt – so die These – nicht zuletzt daran, das sie ein viel unkomplizierteres und unverkrampfteres Verhältnis zum Kulturmarketing haben.

Neustart! Oder: Is there no way out?

So sehr das Postulat einer »Kultur für alle« als normative Richtschnur kulturpolitischen Handelns berechtigt sein mag, so wenig entspricht ihm jedoch die gesellschaftliche Wirklichkeit. Zahlreiche Publikumsforschungen (s. hierzu ausführlich Klein 2002, 2003) zeigen ein recht eindeutiges Bild. Die meisten Untersuchungen stimmen darin überein (und dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für die meisten westlichen Industrieländer), dass nur etwa drei bis fünf Prozent der Bevölkerung ausgesprochen intensive Kulturnutzer sind, die sich für nahezu alle Sparten interessieren und eifrigst am kulturellen Leben insgesamt partizipieren.

Dem stehen etwa 50 Prozent gegenüber, die keinerlei Interesse an Kunst und Kultur bekunden und dementsprechend überhaupt keine kulturellen Angebote nachfragen (ansonsten aber höchst aktiv sind, etwa beim Sport, im Vereinsleben, in der sonstigen Geselligkeit). Dass dies so ist, liegt wesentlich in der frühen Sozialisation begründet – und wäre auch nur durch entsprechende frühzeitige Maßnahmen zu verändern. Quasi zwischen den *Intensiv*-Nutzern und den erklärten

Nicht-Nutzern kultureller Angebote stehen etwa 45 Prozent der Bevölkerung, die sich gelegentlich für Kunst und Kultur interessieren oder interessiert haben beziehungsweise ihr (potenzielles) Interesse daran bekunden, die so genannten »*Noch-nicht*-« beziehungsweise »*Nicht-mehr*«-Nutzer. Deren kulturelle Interessen können – ein entsprechend ausgerichtetes Kulturmarketing vorausgesetzt – aussichtsreich angesprochen werden.

Diesem begründeten kulturpolitischen Optimismus liegt der Gedanke zugrunde, dass jedes Kulturangebot (wie im Übrigen nahezu jedes Gut beziehungsweise Dienstleistung) ein »Set von Nutzendimensionen« darstellt: neben den so genannten »Kernnutzen« (ein Kind soll beispielsweise in einer Musikschule die Beherrschung eines Instrument möglichst gut erlernen) tritt der wichtige *soziale* Nutzen (Wen trifft man sonst noch in der Musikschule?), der *symbolische* beziehungsweise *Image*-Nutzen (Was bedeutet es für andere, wenn man in einer Musikschule ist?) sowie nicht zu vergessen der immer wichtiger werdende *Service*-Nutzen (Was bietet die Musikschule über das Kernangebot hinaus sonst noch?; s. hierzu ausführlich Klein 2005 a: 18–26). Ein richtig verstandenes Non-Profit-Kulturmarketing wird alle vier Dimensionen in seine strategischen Überlegungen mit einbeziehen – und zwar ohne in irgendeiner Form den »Kernnutzen« (oder in anderer Begrifflichkeit: den »kulturpolitischen Auftrag«) zu modifizieren.

Nicht zuletzt der Langzeitwirkung des Verdikts der bereits angesprochenen *Dialektik der Aufklärung* von Horkheimer/Adorno ist es allerdings zu verdanken, dass Begriff und Konzept eines Non-Profit-Kulturmarketing in Deutschland lange Zeit abgelehnt wurden und erst allmählich beginnen, sich durchzusetzen. Die große Sorge vieler Kulturanbieter war (und ist), dass durch Kulturmarketing der »kulturpolitische Auftrag« verraten würde (was, wie von Schulze kritisiert und vielerorts zu beobachten ist, bereits auch ohne jedes Kulturmarketing leider viel zu häufig passiert!). Der Journalist Gerhard Jörder (2001) hat diese Bedenken vor einigen Jahren in einem Beitrag im Feuilleton der *Zeit* so formuliert: »Wie kann man das Publikum zurück gewinnen – und doch nicht zum Quotennarren werden? Wie kann man Zuschauerbindungenerneuern, ohne den Spielplan in den Windkanal der Marktforschung zu hängen und die Kunst an Bedarfsprofile zu verraten? Wie kann dieser Spagat gelingen?« Es kommt also auf ein Kulturmarketing an, das sowohl den kulturpolitischen Auftrag wie auch das Publikum und seine Wünsche wirklich ernst nimmt. Wie dies gehen kann, soll hier, da anderswo ausführlich dargelegt (s. Klein 2001/2005 a, Klein 2003), nur in knappen Grundzügen skizziert werden.

Der Kulturmarketing-Managementprozess

Die Grundfrage lautet: Wie unterscheidet sich ein Non-Profit-Kulturmarketing, das sich eng an dem kulturpolitischen Auftrag orientiert und diesen ernst nimmt, von einem kommerziellen Kulturmarketing, wie es etwa in Musicaltheatern, in der Film- und Tonträgerindustrie und so weiter seit Jahrzehnten erfolgreich ange-

wendet wird? Ziel und Aufgabe profitorientierter Kulturbetriebe ist schlicht und ergreifend der finanzielle Gewinn. Daher denkt das kommerziell ausgerichtete Marketingkonzept, das hinter dieser Grundorientierung steht, stets vom Markt aus, das heißt von dem, was die Zuschauer erwarten beziehungsweise was ihnen gefällt. Diese Wünschen werden mit Hilfe eines sehr differenzierten und stets aktualisierten Marktforschungsinstrumentariums erforscht und dementsprechend wird das Produkt gestaltet. Es wird also kaum etwas angeboten werden, was den Zuschauer in irgendeiner Weise heraus- oder gar überfordert. Darüber hinaus wird sehr differenziert Zielgruppenforschung betrieben, um das Publikum möglichst spezifisch, das heißt mit ganz unterschiedlichen Strategien ansprechen zu können. Hierbei kommen alle fünf Marketinginstrumente, das heißt eine entsprechende Produkt- und Preisgestaltung, Distribution, Kommunikation und entsprechende Serviceleistungen zum Einsatz.

Ganz anders ist dagegen die Zielorientierung von öffentlichen Kultureinrichtungen. Die Legitimation beziehungsweise die öffentliche Förderung leiten sich hier gerade davon ab, dass dem Zuschauer etwas zugemutet wird – eine Haltung, die ein kommerzieller Kulturbetrieb, es sei denn um den Preis des ökonomischen Untergangs, niemals einnehmen würde. Ausgangspunkt ist daher bei öffentlichen Kulturbetrieben nicht die Nachfrage, nicht die Besuchererwartung, sondern stets ein – wie auch immer formulierter beziehungsweise begründeter – kultureller Inhalt. Dieser kann beispielsweise rein *ästhetisch* (»interesseloses Wohlgefallen«), *bildungspolitisch* (»Dem Wahren, Schönen, Guten«) oder auch *sozialpolitisch* (»Kultur für alle«) fundiert sein. Er ist jedenfalls – und das ist entscheidend – niemals durch einen erhofften/erwarteten *finanziellen* Gewinn begründet und legitimiert.

Diese vorrangige Fundierung in einem kulturpolitischen Auftrag hat vor allem weit reichende Konsequenzen für die Gestaltung des künstlerischen Produkts. Es wird nämlich völlig unabhängig vom Zuschauer durch den Künstler gestaltet – und zwar in allen Konsequenzen (bis dahin, dass unter Umständen kein Mensch das Angebotene zunächst hören oder sehen mag). Erwartet wird also das bislang Ungehörte, das Unerhörte. Adolf Muschg hat dies unlängst pointiert auf den Punkt gebracht: »Nichts, was das Kunstwerk zu bieten hat, war vorher auf dem Markt; also konnte es auch keine Nachfrage danach geben.« (Muschg 2003) Letztendlich findet dies seine Absicherung in Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetztes, der die künstlerische Freiheit postuliert.

Das Produkt fällt also als mögliches Marketinginstrument somit weg, denn es wird unter keinen Umständen nach den Wünschen und dem Willen des Publikums gestaltet – was die Arbeit gegenüber dem kommerziellen Modell erheblich erschwert, aber nicht unmöglich macht! Allerdings bezieht ein solches Marketingverständnis das Publikum durchaus mit ein. Denn nachdem das künstlerische Produkt gestaltet ist, wird sehr sorgfältig gefragt: Wer sind unsere (möglichen) Besucher? Was erwarten sie? Was erwarten sie nicht? Warum kommen sie (oder nicht)? Mit wem kommen sie? Wann kommen sie? Wie können wir »das Publikum« in einzelne, gezielt ansprechbare Zielgruppen differenzieren? Welche

unterschiedlichen Strategien können wir zur Positionierung entwickeln? Und so weiter.

Ein so verstandenes Kulturmarketing lässt sich demnach als die Kunst definieren, diejenigen Zielgruppen zu erreichen, die aussichtsreich für die künstlerischen und kulturellen Produkte interessiert werden können, indem die Marketinginstrumente Preis, Distribution, Kommunikation und Service an das künstlerische Produkt angepasst werden und damit der Kontakt zwischen diesen künstlerischen Leistungen und einer möglichst großen Anzahl von Zuschauern hergestellt und die mit dem kulturpolitischen Auftrag verbundenen Ziele des jeweiligen Kulturbetriebs erfüllt werden können (in Anlehnung an Colbert 1999: 16 ff.).

Der unübersehbare Vorteil eines solchen Kulturmarketingkonzepts für Non-Profit-Kulturbetriebe (s. hierzu ausführlichst Klein 2005 a: 87–514) ist, dass sowohl an dem kulturpolitischen Auftrag (Angebot) festgehalten wie auch das Publikum (Nachfrage) ernst genommen wird. Nach vielen Jahrzehnten der Ablehnung beziehungsweise des Misstrauens gegenüber Kulturmarketing sind nun sowohl grundlegende Modelle (s. etwa Colbert 1999, Klein 2005 a) wie auch differenzierte, praxisorientierte Konzepte für spezifische Kulturbereiche (für das Museumsmarketing vgl. z. B. Koch 2002, für das Theater Hausmann 2005 usw.) entwickelt worden. Es kommt jetzt darauf an, sie in die kulturelle Praxis umzusetzen, damit Angebot und Nachfrage nicht länger als Gegensatzpaar begriffen werden.

Literatur

Colbert, Francois (1999): *Kultur- und Kunstmarketing. Ein Arbeitsbuch*, Wien/New York

Deutscher Städtetag (1973): *Wege zur menschlichen Stadt*. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 17. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 2. bis 4. Mai 1973 in Dortmund, Köln

Glaser, Hermann (1985): *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main (3 Bände)

Hausmann, Andrea (2005): *Theatermarketing. Grundlagen, Methoden und Praxisbeispiele*, Stuttgart

Heinrichs, Werner (1997): *Kulturpolitik und Kulturfinanzierung*, München

Hoffmann, Hilmar (1981): *Kultur für alle. Perspektiven und Modelle*, Frankfurt am Main

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1971): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt am Main (Neuausgabe)

Jörder, Gerhard (2001): »Publikumsverweigerung«, in: *Die Zeit* vom 15.3.2001

Klein, Armin (1993): »Neues Interesse an der Kultur. Die Ausgaben der Gemeinden von 1981 bis 1991«, in: *Der Städtetag*, Heft 1/1993 S. 4–10

Klein, Armin (1998): »Zur Struktur der kommunalen Kulturausgaben von 1975 bis 1995«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 1997*, Baden-Baden, S. 175–191

Klein, Armin (2002): »Der Nicht-Besucher. Wer ist er und wie kann er für Kunst und Kultur gewonnen werden?«, in: *Handbuch Kulturmanagement*, Stuttgart (E 1.6, S. 1–30)

Klein, Armin (2003): *Besucherbindung im Kulturbetrieb. Ein Handbuch*, Wiesbaden

Klein, Armin (2005 a/2001): *Kulturmarketing. Das Marketingkonzept für Kulturbetriebe*, München (1. bzw. 2. Auflage)

Klein, Armin (2005 b): »Nachhaltigkeit als Ziel von Kulturpolitik und Kulturmanagement – ein Diskussionsvorschlag«, in: Klein, Armin/Knubben, Thomas (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004*, Baden-Baden, S. 9–30

Knödler-Bunte, Eberhard (1987): »Editorial Kulturgesellschaft«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 67/68 (1987)

Koch, Anne (2002): *Museumsmarketing. Ziele – Strategien – Maßnahmen. Mit einer Analyse der Hamburger Kunsthalle*, Bielefeld

Kramer, Dieter (1995): »Wie wirkungsvoll ist die Wirkungsforschung in der Kulturpolitik?«, in: Fuchs, Max (Hrsg.): *Wozu Kulturarbeit? Wirkungen von Kunst und Kulturpolitik und ihre Evaluierung*, Remscheid

»Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit (Stuttgarter Richtlinien)« (1952/1971), in: *Städtische Kulturpolitik. Empfehlungen, Richtlinien und Hinweise des Deutschen Städtetages zur Praxis städtischer Kulturpolitik 1946-1970*, Köln (Neue Schriften des Deutschen Städtetages)

Muschg, Adolf (2003): »Die Akademie dankt. Wofür wir vom Staat bezahlt werden«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.9.2003

Schulze, Gerhard (1993): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt am Main

Schwencke, Olaf/Sievers, Norbert (Hrsg.) (1988): *Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik.* Gedenkschrift für Alfons Spielhoff, Hagen

Modernisierung der Neuen Kulturpolitik

Norbert Sievers

Was bleibt? Was fehlt?

Kulturpolitik als Modernisierungsprozess

Die Kulturpolitik als Modernisierungsprozess zu beschreiben, ist ein seit vielen Jahren auf vielfältige Weise praktizierter Versuch im Diskurs Kulturpolitik, nicht zuletzt im Kontext der *Kulturpolitischen Gesellschaft*. Seitdem die kulturpolitischen Akteure oder diejenigen, die über ihr Arbeitsgebiet nachdenken, dieses mit dem Adjektiv »neu« zu beschreiben pflegen, haben sie die Notwendigkeit der Selbstreflexion und -begründung in gewisser Weise als Daueraufgabe institutionalisiert. Auch dies erklärt den Umfang und die Kontinuität des damit gemeinten Diskussionsprozesses. Kulturpolitik, so scheint es, steht seit den ersten Reformimpulsen in den 1970er Jahren unter einem selbst erzeugten Begründungszwang, der ihr im Ergebnis nicht nur neue Themen und Agenturen des Diskurses, sondern auch mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit verschafft hat. Aber wächst mit der Vermehrung und Wiederholung der vorgebrachten Argumente auch schon die Qualität des Gegenstands? Ist die behauptete Reflexivität im hier gemeinten Sinne schon gleichbedeutend mit einem an welchen Kriterien auch immer festzumachenden Fortschritt in der Sache? Was hat sich eigentlich verändert in den vergangenen Jahrzehnten? Welche Modernisierungsimpulse hatten eine nachhaltige Wirkung und welche werden auch in Zukunft Bestand haben? Diese Fragen sind unter anderem Gegenstand der folgenden Aufsätze, die in diesem Kapitel zusammen gefasst sind. In diesem einleitenden Beitrag geht es darum, einige Aspekte des Modernisierungsprozesses[1] in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken.

1 Der Modernisierungsbegriff wird hier nicht als wissenschaftlicher Terminus gebraucht, sondern eher im alltagssprachlichen Sinne, und meint ganz allgemein den Veränderungs- und Entwicklungsprozess der Kulturpolitik, dem in der Regel allerdings eine gewisse Fortschrittserwartung immanent ist.

(Modernisierungs-)Dimensionen der Kulturpolitik

In der Politikwissenschaft ist es üblich, den Politikbegriff analytisch in drei Dimensionen oder Aspekte aufzugliedern: *Polity*, *Policy* und *Politics*. Die *Polity*-Dimension bezeichnet die institutionelle Verfassung des politischen Gemeinwesens sowie den Ordnungs- und Handlungsrahmen (z. B. Verfassung, Parlament, Regierung, Parteien, Verbände, Satzungen, Regeln, auch: politische Kultur), auf den die politischen Akteure verwiesen sind. Sie ist die Konstante des Politischen. (Winter 2003: 18). Mit dem *Policy*-Aspekt sind die Inhalte (auch: Themen, Ziele) der politischen Programme zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gemeint. Die *Politics*-Dimension umfasst schließlich das Prozedere, den Prozess der politischen Auseinandersetzung (auch: Willensbildung, Überzeugung, Entscheidung), um die Inhalte als allgemein verbindliche durchzusetzen und politische Programme implementieren zu können. Anhand dieser Trias könnte der Veränderungs- oder Modernisierungsprozess der Kulturpolitik systematisch beschrieben und analytisch aufgefächert werden.[2] Gerade dieses Politikfeld ist jedoch durch eine weitere Besonderheit gekennzeichnet, auf die Ulrich Beck Anfang der 1990er Jahre in seinem Buch »Die Erfindung des Politischen« (1993) hingewiesen hat.

Angesichts der Unbeweglichkeit der politischen Institutionen und des »Modernisierungsinfarktes« der öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen empfiehlt er darin, die »Gleichsetzung von Politik mit Staat, von Politik mit politischem System« aufzugeben und stattdessen die »Selbstorganisation des Politischen« in den Blick zu nehmen, »die – zumindest der Möglichkeit nach – viele, alle Felder der Gesellschaft ›subpolitisch‹ in Bewegung versetzen kann«. (Ebd.: 156) Es komme darauf an, Politik jenseits der überkommenen Strukturen und Akteure *neu zu erfinden*. Das Reformprojekt der Kulturpolitik könnte durchaus in diesem Sinne gelesen werden, zumal die institutionellen Grundlagen nachgerade dazu auffordern, Modernisierung so zu interpretieren. Sind nicht gerade in diesem Bereich auf Grund der Aktionsschwäche und der Selbstblockade des föderalistischen Systems viele Reformimpulse von zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgegangen – von der starken Rolle der Kommunen einmal ganz abgesehen? Spricht nicht schon der »kulturelle Trägerpluralismus« (Häberle 1985: 26) als Strukturelement des deutschen Kulturverfassungsrechtes dafür, Kulturpolitik nicht allein als etatistisches Vorhaben und Kulturförderung als staatsmäzenatisches Bemühen zu begreifen?[3] Und ist nicht die in der Kunstfreiheitsgarantie des Grundgeset-

2 Thorben Winter hat meines Wissens als einziger an Hand dieser Systematik das Feld der Kulturpolitik (hier: kommunale Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen) ausführlich beschrieben und analysiert. (Winter 2003)

3 Kultureller Trägerpluralismus bedeutet, dass private und öffentliche Träger grundsätzlich »gleichrangig« und »gleichwertig« nebeneinander stehen. (Pappermann 1984: 5) Diese plurale Struktur – so wird argumentiert – führe zu einer Vielfalt von Kulturleistungen sowie zu einem »freiheitlichen Klima« für Kunst und Kultur und sichere auf diese Weise die Ausgestaltung der Kunstfreiheitsgarantie des Grundgesetzes strukturell. Es sind danach also nicht nur die staatlichen und kommunalen Institutionen, die im Sinne eines »kooperativen Kulturföderalismus« zusammenwirken und sich gegenseitig ergänzen und kontrollieren sollen; auch die nicht-staatlichen und freien Träger gehören im Sinne einer (erweiterten) gesellschaftlichen Verantwortungsteilung zu diesem offenen Kultursystem. (Siehe Häberle 1985: S. 26 f).

zes (Art. 5 Abs 3) kodifizierte »Freiheit« auch als Gebot zur Staatsferne dieses Bereiches zu interpretieren, so dass der Staat zumindest nicht der alleinige Akteur sein kann?

Wer die kulturpolitische Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, wird mit Blick auf die institutionelle Verfassung des politischen Gemeinwesens, also dem »*Polity*«-Aspekt des Politikbegriffs, konstatieren können, dass Kulturpolitik nicht nur auf Grund der föderalen Kompetenzverteilung, sondern auch angesichts unterschiedlicher Ressortzuständigkeiten, des Bedeutungsgewinns der Verbände und der Delegation von Aufgaben an Mittlerorganisationen und intermediäre Instanzen inzwischen ein in hohem Maß fragmentiertes Gebilde ist. Die Inhalte der kulturpolitischen Programme (»*Policy*«*)* werden häufig von nicht-staatlichen Akteuren mitformuliert und kommuniziert. Und wer sich den Prozess der politischen Auseinandersetzung und Meinungsbildung (»*Politics*«) ansieht, wird feststellen, dass auch hier Personen und Organisationen der Zivilgesellschaft mittlerweile an Einfluss gewonnen haben[4] und neue Verfahren der Interessenabstimmung, Konsensbildung, Kooperation und Koordination mittlerweile üblich geworden sind. (Siehe dazu auch die Beiträge von Eichler, Heinrich und Pankoke in diesem Buch) Der Kulturbereich ist insofern schon seit langem im Beckschen Sinne als subpolitisch geprägter Bereich zu verstehen.

Kulturpolitik als Netzwerkarbeit

Im Rückblick auf die letzten drei Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts kann festgestellt werden, dass es in der Kulturpolitik einen Perspektivenwechsel von einer eher etatistischen zu einer stärker pluralistischen Konzeption gegeben hat. Vor allem in den neunziger Jahren schien es, als hätte die Kulturpolitik ein neues Subjekt entdeckt – den Bürger. Seitdem kommt kaum ein Beitrag, der sich mit den Aufgaben dieses Politikbereichs auseinandersetzt, ohne den Hinweis darauf aus, dass der Staat sich zurückzunehmen habe, wo die Bereitschaft zum Engagement beim Bürger wachse. Er soll nicht mehr so viel selbst machen, sondern im Sinne einer aktivierenden Entwicklungsagentur die Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit und Eigeninitiativen, Mäzenatentum und Spendentätigkeit, kurz: für eine aktivere Bürgerkultur verbessern. Angestrebt wird die Überwindung jenes »ordnungspolitischen Dualismus« (Warnfried Dettling), wonach entweder dem Markt oder dem Staat die Lösung gesellschaftlicher Probleme zugetraut wird. Vielmehr soll eine Kombination aus öffentlicher Regulierung, marktvermittelter Produktion und bürgerschaftlichem Engagement an die Stelle des omnipotenten Staates treten, ihn zumindest bei seinen Aufgaben unterstützen. Damit geraten unter anderem jene Institutionen und Agenturen der Zivilgesell-

4 Wer für den Bedeutungsgewinn zivilgesellschaftlicher Akteure im Kulturbereich nach Belegen sucht, der sei daran erinnert, wie viele Verbände in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren entstanden sind und mit unterschiedlichem Erfolg den kulturpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozess beeinflussen (z. B. *Deutscher Kulturrat* und *Kulturpolitische Gesellschaft* als bundesweite spartenübergreifende Verbände).

schaft in den Blick, die bürgerschaftliches Engagement motivieren, bündeln und organisieren.

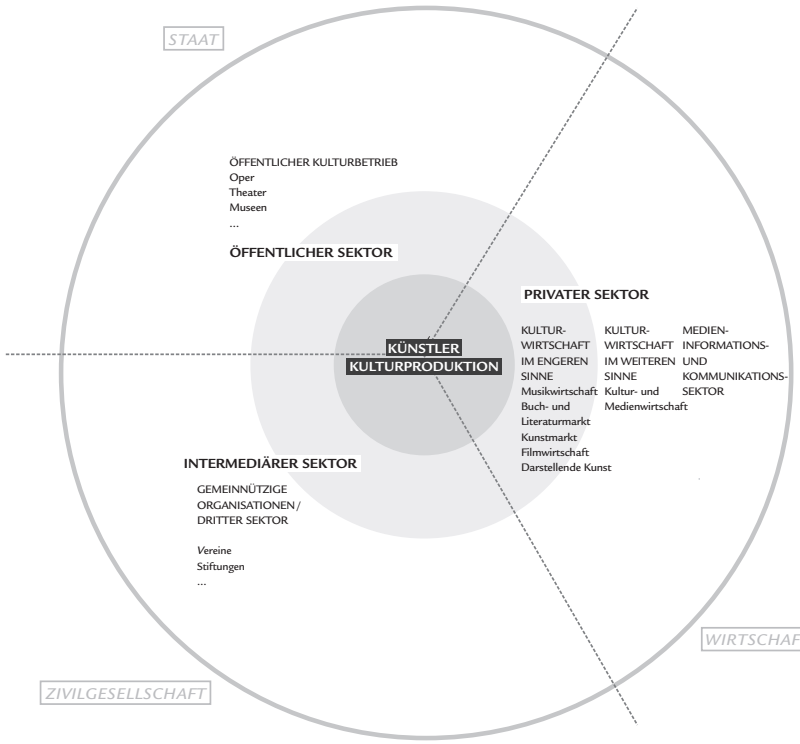
Die Rede ist vom »Dritten Sektor« und der für ihn charakteristischen »assoziativen Infrastruktur« (also z. B. Vereine, Initiativen, zum Teil auch Stiftungen), die bei der Bearbeitung konkreter Aufgaben unentbehrlich geworden sind. Die Rede ist aber auch vom Staat, der angesichts dieser offenbar brachliegenden Ressourcen und der eigenen Steuerungs- und Finanzierungsprobleme seine Rolle neu definiert, neben seinen Funktionen als Interventions- und Wohlfahrtsstaat aktivierende Kompetenzen für sich reklamiert und seine Behörden als »Ermöglichungsverwaltungen« profilieren möchte. (S. auch *Kurt Eichler* in diesem Buch) Beispielhaft dafür ist die Umsetzung der Kulturverwaltungsreformen auf kommunaler Ebene nach dem Modell der dezentralen Ressourcenverantwortung in den 1990er Jahren einerseits und der Bedeutungsgewinn von externen Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft als Partner der öffentlichen Kulturpolitik andererseits.

Die auf einen Sektor verengte Perspektive, wonach es vor allem öffentliche Institutionen sein müssen, die für die Produktion kultureller Leistungen zuständig sind, wurde nach und nach zugunsten einer differenzierten Sichtweise relativiert, in der auch der privat-kommerzielle und der frei-gemeinnützige Sektor eine größere Rolle spielen. Public-Private-Partnerships und andere kooperative Engagements zur Finanzierung beziehungsweise Trägerschaft kultureller Einrichtungen und Programme entstanden und auch zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und Initiativen genossen eine größere Wertschätzung und übernahmen im Rahmen einer Delegations- und Verselbständigungsstrategie immer mehr öffentliche Aufgaben, um den Staat zu entlasten. Von »Verantwortungspartnerschaft« war die Rede. Seither wird auch im Kulturbereich von drei Sektoren ausgegangen, wenn von der Kulturförderung die Rede ist: Staat, Markt und »Dritter Sektor« (*s. Abbildung 1*).[5]

Die ohnehin schon komplexe Akteurskonstellation im Kulturbereich wird durch diese Entwicklung noch weiter ausdifferenziert und langsam setzt sich ein Verständnis von Kulturpolitik durch, das nicht da aufhört, wo die öffentliche Kulturförderung endet, sondern auch die Akteure und Potenziale in der Kulturwirtschaft und -gesellschaft einbezieht. Diese Sichtweise begründet neue Anforderungen an die kulturpolitische Steuerung. Offenbar bekommt das interorganisatorische Beziehungsgeflecht der Kulturpolitik zunehmend mehr den Charakter eines »Netzwerkes« (Sievers 2000) oder »Mehr-Agenten-Systems« (s. *Eckart Pankoke* in diesem Buch), in dem die verschiedenen Akteure miteinander verbunden sind und interagieren. Um die gewünschten synergetische Effekte und ein Optimum des Ressourceneinsatzes zu erreichen, scheint die Kulturpolitik zunehmend darauf verwiesen zu sein, Einfluss auf dieses Beziehungsgeflecht zu nehmen. Mit anderen Worten: Sie hat es nicht mehr *nur* mit der Ausgestaltung von

5 Die Hochschulen, die über Studiengänge der Kulturarbeit beziehungsweise des Kulturmarketings oder -managements verfügen, haben sich auf diese Situation offenbar schon eingestellt. (Siehe Kleine in diesem Buch)

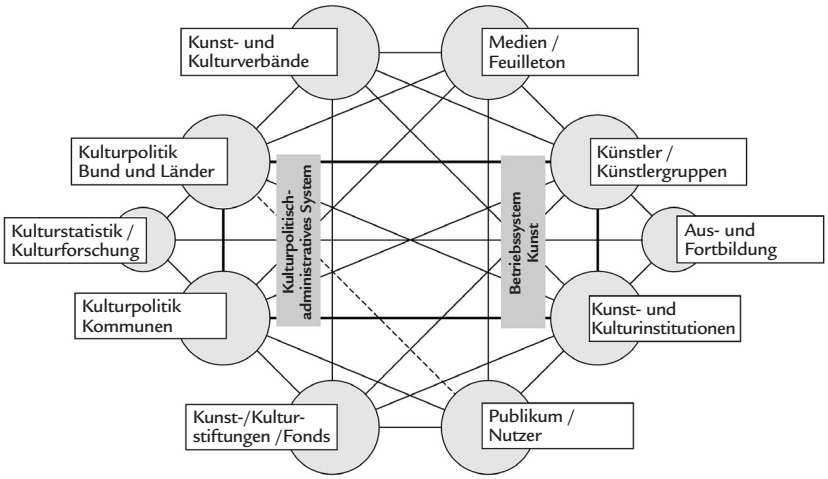
Abbildung 1: Das Drei-Sektoren-Modell im Kulturbereich



Rahmenbedingungen und der Bereitstellung von Ressourcen zu tun, sondern *auch* mit der Berücksichtigung von Relationen. Dies setzt jedoch andere Strategien und Kompetenzen voraus, um sektorübergreifend und in Kenntnis der je spezifischen Rationalitätskriterien und Handlungslogiken der beteiligten Akteure aktiv werden zu können.[6] Dabei sind nicht nur die drei genannten Sektoren zu berücksichtigen, sondern auch spezifische Funktionsgruppen, die im kulturpolitischen Produktionsprozess eine wichtige Rolle spielen (s. *Thomas Krüger* in die-

6 Auf den damit verbundenen kulturpolitischen Perspektiven- und Führungswechsel hat der Soziologe und Verwaltungswissenschaftler Eckart Pankoke schon in den 1970er Jahren und seitdem immer wieder hingewiesen. Er beschreibt ihn »als Umstellung von direktiver zu non-direktiver, von regulativer zu kontextueller, von transitiver zu reflexiver Steuerung«. (Pankoke in diesem Buch). Notwendig sei dafür weniger »strategisches Genie« der Akteure als das Vorhandensein einer »intelligenten Assoziation«. Angesichts der beschriebenen Anforderungen gehe es nicht mehr um die »personalisierende Heroisierung kultureller und politischer ›Helden‹, (sondern, *N. S.*) eher um die Konzertierung komplexer ›Felder‹ der unterschiedlich Beteiligten und Betroffenen«.

Abbildung 2: Kulturpolitisches Akteursnetzwerk



sem Buch), wie zum Beispiel das Feuilleton, die Kulturinstitutionen und vor allem das Publikum (s. *Abbildung 2*).

Die Tatsache, dass Kulturpolitik es mit einer komplexen Umwelt zu tun hat, ist im Prinzip nicht neu. Neu ist jedoch, dass Kulturpolitik – schon aus finanziellen Gründen – immer mehr gezwungen ist, sie zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu reagieren. Nicht alle kulturpolitischen Akteure sind dazu in der Lage. Ein Netzwerk ist als horizontale Struktur ein dem »polyarchischen System der Bürgergesellschaft« (*Graf Rupert Strachwitz* in diesem Buch) strukturell affines Muster; es kennt kein ›oben‹ und kein ›unten‹. Schon deshalb gibt es Unvereinbarkeiten mit einer Kulturpolitik, die sich hoheitlich-etatistisch versteht. (Siehe auch Eichler in diesem Buch) Vor allem die Kulturpolitik der Länder hat damit – möglicherweise in Erinnerung alter Fürstenherrlichkeit – mental und strukturell die größten Schwierigkeiten. Dies ändert aber nichts daran, dass eine Kulturpolitik, die fokussiert bleibt auf Institutionen und Verfahren des politisch-administrativen Systems, immer weniger funktionsfähig ist. Kulturpolitik beschränkt sich nicht mehr auf die Subventionierung öffentlicher Kulturinstitutionen und -programme durch staatliche Instanzen, sondern ist verwoben und verquickt mit den Strukturen und den Assoziationen der »Selbstgestaltungsgesellschaft« (Ulrich Beck) und bedarf der Ergänzung durch kreative Allianzen und konstruktive Kooperationen, ohne dass damit der Wettbewerbsgedanke nicht mehr existent wäre. (S. auch *Bettina Heinrich* und *Wolfgang Schneider* in diesem Buch)

Sie hat keine zentrale Struktur oder Instanz, die *allein* die kulturpolitische Verantwortung oder das kulturelle Gemeinwohl repräsentieren würde, sondern ist zunehmend auf die Mechanismen der Selbstkoordination und Vereinbarung angewiesen, um jene institutionellen Beziehungen zu schaffen, die eine reibungslosere Interaktion der gesellschaftlichen Sektoren und kulturpolitischen Funktionsgruppen ermöglichen. Dazu bedarf es »zwischensystemischer Vermittlungsinstitutionen« (Beck 1993: 189) selbstbewusster und verantwortungsvoller Akteure, »Mittler und Makler« (Eckart Pankoke) auf allen Seiten, die diese Rolle im Sinne eines »Netzwerkmanagements« auch ausfüllen wollen und auf Augenhöhe miteinander verhandeln können, weil »öffentliche Interaktionen nur glücken, wenn alle Akteure und Aktionssysteme auf beiden Seiten wechselseitig steuerungs-, vermittlungs-, sprach- und lernfähig werden, sich also auf die riskanten Interaktionen und Relationen kultureller Selbststeuerung einlassen können.« (*Eckart Pankoke* in diesem Buch) Vor allem aber bedarf es dafür vereinbarter Regeln, Verträge und Arrangements, die auch schwierigen kooperativen Beziehungen eine verlässliche Struktur geben. Konkret wird dies nicht zuletzt bei Public-Private-Partnership-Arrangements mit Blick auf die gemeinsame Trägerschaft kultureller Programme und Einrichtungen. Jede Partnerschaft, die Bestand haben soll, gründet auf der Qualität der Kontrakte.

Neue Themen und Inhalte der Kulturpolitik

Mit Blick auf die *Polity*- und *Politics*-Dimension der Kulturpolitik kann also gesagt werden, dass es durchaus eine Modernisierung dieses Politikbereiches gegeben hat, insofern es einen Prozess der Pluralisierung gab, der hinsichtlich des Bedeutungsgewinns zivilgesellschaftlicher Akteure und der auf Konsens und Kooperation ausgerichteten Verfahren sicherlich auch mit einer gewissen Demokratisierung einhergegangen ist, auch wenn diese mit dem Verlust an sozialstaatlicher Verantwortung im Sinne einer kulturellen (Grund-)Versorgung verbunden war. Es spricht viel für die Annahme, dass diese Entwicklung Bestand haben wird. Aber lag darin das zentrale Anliegen der Neuen Kulturpolitik? Ging es dabei nicht auch um eine Erweiterung des thematischen Spektrums, um neue Werte wie Identitätsfindung, Selbstverantwortung, Emanzipation, Kreativität, Humanisierung und Partizipation als Leitbegriffe der bildungs- und kulturpolitischen Diskussion?[7] Und bestand nicht das große Ziel darin, dass Bürgerrecht Kultur zu verwirklichen und allen Menschen die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen? Wie haben sich diese *Policy*-Issues im Reformprozess bewährt beziehungsweise durchsetzen können?

Die angesprochene Erweiterung des Gegenstands der Kulturpolitik ist im Kontext eines entgrenzten Kulturbegriffs sicherlich erfolgt. Vor allem die Film-

7 Die Leitbegriffe wurden im ersten Grundsatzpapier der *Kulturpolitischen Gesellschaft* e. V. von 1976 festgeschrieben und mussten in den ersten Jahren von neu eingetretenen Mitgliedern unterschrieben werden.

kultur, die neuen Medien, der zeitgenössische Tanz, Rock & Pop, die Kulturelle Bildung und Kulturpädagogik bis hin zur Alltags- und Soziokultur sind Beispiele dafür, aber auch die vielen Bindestrich-Kulturen und ... -Themen. Sie haben das Profil der alten Kulturpolitik mit ihrer starken Fokussierung auf Klassik und die Zeugnisse des kulturellen Erbes aufgebrochen, damit auch neue Genres, Stilrichtungen und popkulturelle Ausdrucksformen eine Förderchance bekommen konnten. Dadurch gibt es heute eine neue Optionsvielfalt im Angebotsspektrum der Kulturpolitik, mit denen vor allem die Kommunen auf neu entstandene Bedarfslagen reagieren konnten. Insofern war die Erweiterung des Kulturbegriffs sicherlich ein Schlüssel für einen Fortschritt in der Kulturförderung, wenngleich damit ihr operatives Geschäft ungleich schwieriger geworden ist und die Förderstrukturen in diesen neuen Sektoren immer noch äußerst fragil und instabil sind. Auch die periodisch wiederkehrende Kritik im Feuilleton an der »Entgrenzung der Ästhetik« war und ist für diese Entwicklung zwar nicht förderlich; sie wird sie jedoch nicht aufhalten, so dass davon auszugehen ist, dass dieser inhaltliche Pluralitätsbegriff auch nachhaltig wirksam bleiben wird, zumal er mit dem Kulturverständnis im europäischen und internationalen Rahmen korrespondiert.

Schwieriger ist da schon eine Einschätzung mit Blick auf die Realisierung des Bürgerrechts auf Kultur. Unstrittig ist, dass durch die Neue Kulturpolitik eine Vielzahl neuer Kultureinrichtungen geschaffen werden konnte und eine Vervielfachung des Angebotes erreicht wurde. Erst seit einiger Zeit wird jedoch realisiert, dass das kulturelle Interesse kein unbegrenzt verfügbares Gut ist, sondern eine knappe Ressource, um die sich viele Anbieter bemühen. Die Ausweitung des öffentlichen Kulturangebotes, die Konkurrenz der privaten Anbieter im Freizeit- und Kulturbereich und vor allem die Aufmerksamkeit, die die Medien an sich binden, haben eine neue Situation geschaffen: Die Wahlmöglichkeiten der potenziellen Kulturnutzer sind enorm gestiegen. Die Folge ist, dass das Interesse an Kultur nicht nur steigt, sondern auch geteilt wird. Das quantitative Wachstum und die Vielfalt der Angebote gehen damit nicht unbedingt im gleichem Ausmaß mit einer Vermehrung der Teilnehmer/Nutzer einher. Das Bild des ständig wachsenden Kulturinteresses kann empirisch nicht belegt werden.[8] Dieser Befund ist um so bemerkenswerter, als sich die Voraussetzungen für kulturelle Partizipation (mehr Kaufkraft, mehr Freizeit, höhere formale Schulabschlüsse – und eben ein überproportional gewachsenes Angebot) in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert haben. Was bleibt ist die ernüchternde Feststellung, dass die Verbesserung der Rahmenbedingungen offenbar nicht mit einer allgemein wachsenden kulturellen Beteiligung einhergeht. Der erwartete Fahrstuhleffekt, der das Niveau der Partizipation auf eine andere Ebene gehoben hätte, ist nicht eingetreten – jedenfalls nicht in der Größenordnung, die der erreichten Fülle und Vielfalt des mit öffentlichen Mittel vorgehaltenen Kulturangebotes entsprechen würde.

8 So haben etwa die Zeitbudgeterhebungen des *Statistischen Bundesamtes* in den Jahren 1991/92 und 2001/02 ergeben, dass es in diesem Zeitraum kein signifikantes Wachstum des kulturellen Interesses respektive des faktischen Zeitaufwandes für kulturelle Aktivitäten gegeben hat. (S. Ehling 2005)

Problemverschärfend kommt hinzu, dass die soziale Selektivität der öffentlich finanzierten kulturellen Einrichtungen, der – wie bekannt – bereits in den 1970er Jahren der Kampf angesagt worden war, sich nicht wesentlich gebessert hat. Sicherlich konnte im Rahmen der angebotsorientierten Neuen Kulturpolitik ein neues Interesse für Kultur entwickelt werden, das sich regional, sektoral und institutionenspezifisch auch in einer konkreten Zunahme der *Besuchs*zahlen nachweisen lässt, aber das große Ziel, alle Bevölkerungsgruppen an dem öffentlichen Kulturangebot teilhaben zu lassen, wurde nicht annähernd erreicht. Noch immer bleibt die Hälfte der Menschen außen vor und nur 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung bilden den verlässlichen Kern der Vielnutzer, um den sich immer mehr Anbieter bemühen und für die in den letzten drei Jahrzehnten immer mehr und immer exklusivere Angebote auf öffentliche Kosten zur Verfügung gestellt wurden. Der Freizeitwissenschaftler Horst W. Opaschowski (2005) spricht sogar davon, dass die von ihm so bezeichnete »kulturelle Spaltung« zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern kultureller Einrichtungen, die sich anhand sozialer Kriterien klar unterscheiden lassen, sogar zu- und nicht etwa abnimmt – allen Diskussionen über kulturelle Chancengleichheit und Vielfalt zum Trotz.

Die legitimatorische Belastung und das Risiko, die in diesen ernüchternden Beteiligungsfakten für die Kulturpolitik begründet liegen, sind größer als die Akteure in diesem Politikfeld sich dies gemeinhin eingestehen, denn sie beschreiben nicht das Ende einer Entwicklung, sondern voraussichtlich erst den Anfang. Allein die inzwischen auch von der Kulturpolitik zur Kenntnis genommene demographische Entwicklung (s. *Siegfried Hummel* in diesem Buch), die allmählich, aber unaufhaltsam und irreversibel, eine Situation herbeiführt, die mit nachhaltigen Veränderungen der kulturellen Präferenzen und der Nachfrage (Stichwort »Schrumpfung«) verbunden sein wird, befreit in dieser Frage von Illusionen. Wenn es nicht gelingt, zum Beispiel mit Hilfe kulturpolitischer Anreizstrategien (s. *Birgit Mandel* in diesem Buch), breitere Bevölkerungskreise für Kunst und Kultur zu interessieren, also »Kultur für alle« zugänglich zu machen, wird die Begründung immer schwieriger werden, dass »alle« die öffentlichen Kulturangebote finanzieren sollen. Diese Aufgabe wird deshalb auch in Zukunft aktuell bleiben.

Ein Desiderat ist darüber hinaus mit Blick auf die Wertebasis und die Leitbegriffe der Neuen Kulturpolitik zu konstatieren. Diese beziehen sich noch sehr stark auf die Anfangszeit dieser Politikkonzeption, ihrer »utopischen Phase«[9]. Ihr auf kulturelle Chancengleichheit zielender kompensatorischer Anspruch und ihre emanzipatorische Vision der kommunikativen Teilhabe aller Menschen an der demokratischen Selbstgestaltung der Gesellschaft hat der Kulturpolitik als öffentliche Aufgabe ein Legitimationspolster verschafft und eine normative Grundlage gegeben, die bis heute nachwirkt. Allerdings ist der gesellschaftliche Kontext heute ein anderer. Die Reformeuphorie der 1970er Jahre ist verblasst, die

9 Nach Schulze (1993/2000: 528) durchlief »der kulturpolitische Diskurs der Bundesrepublik Deutschland legitimerweise eine utopische Phase, ohne deren Impuls Kulturpolitik wohl gar nicht erst auf den Weg gekommen wäre«.

neuen »Werte« der Postmoderne haben einem eher affirmativen Individualisierungs- und Pluralisierungsbegriff den Weg geebnet, der normative Konsens ist durch eine event- und erlebnisorientierte Anspruchshaltung des Publikums brüchig geworden und die Argumente von damals haben an Überzeugungskraft verloren, weil ihre gesellschaftspolitischen Begründungen nicht mehr erinnert werden. In einem der wichtigsten Referenztexte der Neuen Kulturpolitik, der »Erklärung von Arc et Senans«[10], heißt es: »Die Aufgabe von Kulturarbeit ist es daher, alternative gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen vorstellbar zu machen und in jedem Individuum den Sinn für das Mögliche zu wecken, das heißt, zu befähigen, Krisen nicht auszuweichen und nicht Sklave, sondern Herr seiner Geschichte zu werden. *Kulturpolitik kommt ohne ethische Begründung nicht aus.*« (Herv. *N. S.*, zit. n. Schwencke 2001: 56) Nur wer formuliert heute die darin angemahnten ethischen Begründungen? Man erfährt im Diskurs über die Kulturpolitik viel über Methoden, Techniken und Verfahren, gerade im Zusammenhang mit den neuen Management- und Marketingansätzen und den Konzepten der kulturellen Bildung, aber wenig über (Bildungs-)Ziele sowie Inhalte und Werte, die vermittelt werden sollen. Gefordert werden Foren des interkulturellen beziehungsweise innergesellschaftlichen Dialogs, aber wer bezieht noch klare Positionen?

Da ist es nicht verwunderlich, wenn in aktuellen kulturpolitischen Beiträgen »Wie-Fragen« gegenüber den »Wozu-Fragen« die Überhand gewinnen und zum Beispiel »Transformation als kulturell-künstlerisches Bildungsziel« vorgestellt wird (s. *Wolfgang Zacharias* in diesem Buch), ohne dass deutlich wird, was denn eigentlich zu welchem Zweck transformiert werden soll. Auch die mit vielen sekundären Anreizen verknüpfte Animation zur kulturellen Teilhabe genügt nicht mehr, um wirkliches Interesse zu wecken. Und die ständige Wiederholung, Kultur sei ein Lebensmittel, bleibt wirkungslos, wenn nicht plausibel erklärt werden kann, worin die Qualität des jeweiligen Angebots für das Leben der Menschen besteht. Vor diesem Hintergrund ist mit Blick auf die *Policy*-Dimension der neuen Kulturpolitik in der »nachutopischen Phase« (Gerhard Schulze) festzustellen, dass ihr die überzeugenden, Orientierung leitenden Inhalte und Werte und damit auch ihre utopische Kraft womöglich abhanden gekommen sind. Die Leitkultur-Debatte (siehe *Norbert Lammert* in diesem Buch) ist auch eine Reaktion auf dieses Manko. Bei aller Konzeptstärke, die der Neuen Kulturpolitik attestiert werden kann, hat sie es doch versäumt, ihre durchaus vorhandene Wertebasis zeitgemäß zu aktualisieren. Genau dies muss jedoch auch ein Thema sein, wenn es um die Frage geht, warum und zu welchem Zweck Kulturpolitik betrieben wird. »Neu erfinden« (Beck) muss man sie allerdings nicht.

10 Bei der »Erklärung von Arc et Senans« handelt es sich um ein Dokument, das eine Arbeitsgruppe von Experten im Rahmen einer internationalen Konferenz in Arc et Senans im Jahr 1972 im Auftrag des Europarates erarbeitet hat. Sie hat einen nachhaltigen Einfluss auf die Programmierung der Neuen Kulturpolitik in der BR Deutschland gehabt. (Siehe dazu Schwencke 2001)

Literatur

Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen. Zur Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt am Main

Ehling, Manfred (2005): »Zeit für Freiheit und Kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus der Zeitbudgeterhebung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext Verlag, S. 89–97

Häberle, Peter (1985): »Das Kulturverfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B28, S. 11–31

Opaschowski, Horst W. (2005): »Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft. Die Schere zwischen Besuchern und Nichtbesuchern öffnet sich weiter«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext Verlag, S. 211–217

Pappermann, Ernst (1984): »Rahmenbedingungen kommunaler Kulturarbeit«, in: Pappermann, Ernst/Mombauer, Peter Michael/Blank, Joseph-Theodor (Hrsg.): *Kulturarbeit in der kommunalen Praxis*, Köln/Stuttgart, S. 3–12

Schulze, Gerhard (1993/2000): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt am Main/New York

Schwencke, Olaf (2001): *Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente. Analysen und Perspektiven – von den Anfängen bis zur Grundrechtecharta*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Sievers, Norbert (2000): »Netzwerk Kulturpolitik. Begründungen und Praxisbeispiele«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 90 (III/2000), S. 31–38

Sievers, Norbert (2005): »Aktivierende Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Aufstieg und Fall einer landeskulturpolitischen Konzeption«, in: Behrens, Fritz/Heinze, Rolf G./Hilbert, Josef/Stöbe-Blossey, Sybille (Hrsg.): *Ausblicke aud den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie*, Berlin, S. 337–363

Winter, Thorben (2003): *Kommunale Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Genese, Veränderung und modernes Selbstverständnis eines verfassungsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Auftrages*, Münster

Rupert Graf Strachwitz

Kultur von allen

Vor einer Generation prägte Hilmar Hoffmann den Begriff »Kultur für alle«. In vieler Hinsicht war dies ein Durchbruch. Es wurde deutlich, dass die Kulturpolitik von Gemeinden, Ländern und Bund nicht allein auf wie immer geartete kulturelle Eliten ausgerichtet sein durfte, sondern Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger beinhalten musste. Dieser Grundsatz bleibt wichtig, und doch hat sich die Gesellschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten so verändert, dass es erlaubt sein muss zu fragen, ob er als Pfeiler öffentlicher Kulturpolitik noch so relevant ist, wie er ganz gewiss war, als er formuliert wurde.

Um diese Frage zu beantworten, muss zunächst untersucht werden, wie sich denn die Gesellschaft tatsächlich verändert haben soll. Sodann ist zu fragen, ob solche, und dann auch, ob gerade *diese* Veränderungen Änderungen kulturpolitischer Grundsätze nach sich ziehen können oder müssen. Schließlich ist unter diesen Vorzeichen dem grundsätzlichen Spannungsfeld zwischen Kultur und Gesellschaft nachzugehen, um dann schließlich daraus Folgerungen für eine zukunftsorientierte Kulturpolitik im 21. Jahrhundert zu ziehen. Dies soll im Folgenden versucht werden.

Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts

Spätestens durch die Ereignisse der Jahre 1989/90 ist deutlich geworden, dass die Interaktion zwischen BürgerInnen und Staat nicht notwendigerweise in den Grenzen verläuft, die der Staat setzt. Legalität und Legitimität des Handelns sind nicht notwendig kongruent, zumindest nicht in der subjektiven Wahrnehmung der Handelnden, übrigens auch nicht unter den Bedingungen eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Eröffnete oder beanspruchte Freiräume werden keineswegs immer in einer Weise genutzt, die Inhabern von Macht gefallen wollen. Freilich bedarf es ebenso wenig des Rekurses auf Helsinki-Prozeß, Charta 77 oder Montagsdemonstrationen, um diese These zu untermauern. Das Aufkommen der Bürgerinitiativen und -bewegungen in Westdeutschland seit den 1960er

Jahren ist dafür ebenso symptomatisch. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass die bereits früher einsetzenden Entwicklungen nach 1990 eine neue Relevanz erhalten haben.

Um dies zu verstehen, müssen drei weitere Faktoren erwähnt werden:

1. die Krise der Staatsgewalt,
2. die Globalisierung der Wirtschaft und der Machtzuwachs des Marktes,
3. das weltweite Erstarken der Zivilgesellschaft.

Auch wenn schon Jahrzehnte früher das Schlagwort von der angespannten Haushaltslage jedes Gespräch mit Vertretern der Staatsgewalt dominierte, so wurde doch erst gegen Ende der 1980er Jahre deutlich, dass der Anspruch der öffentlichen Gebietskörperschaften, in allen Lebensbereichen die Gestaltungshoheit auszuüben, keinesfalls einlösbar war. Hierzu fehlten allerdings nicht nur die Finanzmittel, sondern auch die Kompetenz. Das als schwer reformierbar erscheinende Regelwerk, auch der zum Teil dramatische Kompetenzverfall der öffentlichen Verwaltung einerseits und die ausgeprägte Zunahme an Komplexität in den zu bewältigenden Aufgaben andererseits mussten dazu führen, dass zunächst über alternative Aufgabenzuweisungen nachgedacht wurde, meist ohne vorher über Grundsätze Klarheit zu gewinnen. Die Fluglotsenstreiks, die zur Privatisierung eines Kernbereichs hoheitlicher Gewalt – der Polizei des Flugverkehrs – führte, sind dafür nur ein Indiz unter vielen. Zwar klammerten sich Parteien und Verwaltung weiterhin an die Fiktion der Allzuständigkeit, doch lief das wirkliche Leben zunehmend an ihnen vorbei. Der Reaktorunfall in Tschernobyl im April 1986 offenbarte weit über die konkreten Probleme hinaus die tendenzielle Unmöglichkeit einer zentral gelenkten Verwaltungsstruktur, mit den Herausforderungen der modernen Welt umfassend umzugehen.

Gelegentlich will es scheinen, als ob die Staatsgewalt ihre Macht nur noch dadurch demonstrieren kann, dass sie in letztlich peripheren Angelegenheiten Bürgerinnen und Bürger je einzeln, das heißt dort, wo sie tatsächlich schwächer sind, durch überbordende, nicht mehr zu überblickende Regelwerke in die Nähe der Kriminalisierung drückt und sie dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen versucht. Der Staat hat sich auf allen Ebenen rapide vom Bürger entfremdet. Dass die MitarbeiterInnen der Staatsverwaltung dies tatsächlich so sehen, dokumentierte eine im Frühjahr 2006 in allen großen Tageszeitungen veröffentlichte Anzeige des *Deutschen Beamtenbundes*, die sich mit der Überschrift an die Bürgerinnen und Bürger richtet: »Macht doch Euren Staat alleene …«

Mitbedingt durch die Öffnung neuer Märkte, aber auch durch die technologische Entwicklung erlebt die Wirtschaft seit den 1980er Jahren weltweit einen rasanten Aufstieg, verbunden mit einer radikalen Umwälzung. Wachstum wurde zur beherrschenden Handlungsanleitung und führte zu zahllosen supranationalen Zusammenschlüssen – Machtzentren, die sich dem Zugriff nationaler Regierungen oder gar regionaler und kommunaler Behörden nahezu vollständig entziehen konnten. Unternehmensinterne, ausgefeilte Steuerungsinstrumente ver-

mochten zunehmend, jeder Regulierung, falls gewünscht, auszuweichen. Hinzu traten das zunehmende Gefallen öffentlicher Mandatsträger und Verwaltungen an marktähnlichen oder marktkonformen Strukturen und die sich allmählich in voller Breite auswirkenden Folgen des Jahrzehnte zuvor beschrittenen konkreten Weges zur europäischen Einigung – die vertragsgemäß von der *Europäischen Kommission* Zug um Zug durchgesetzten Regeln der Wettbewerbsfreiheit. Die Privatisierung der größten öffentlichen Betriebe, etwa Bahn, Post oder Telekom, ist in ihren Auswirkungen auf die tatsächliche oder auch nur vermeintliche Dominanz des Marktes und ihrer Regeln nicht zu unterschätzen. Das Wort vom Bürger als Kunden der Staatsverwaltung verdeutlicht, wie sehr die Handlungslogik des Marktes inzwischen Lebensbereiche erobert hat, die traditionell Antipoden zum Markt dargestellt haben. Nicht länger entscheidungsbefugtes Mitglied seines Gemeinwesens darf der Bürger sein, er wird zum fremden Gegenüber, zum Verhandlungspartner, dem nach der Logik des Tausches so viel wie erzielbar abverlangt, der übervorteilt und betrogen werden kann. Ähnliches spielt sich auch in originär dem Markt zugehörigen Unternehmungen ab. In dem Maße, in dem beständiges Wachstum und Maximierung des Gewinns zur ersten Priorität geworden sind, mussten notwendigerweise andere Grundsätze der Kundenbeziehung eine niedrigere Priorität erhalten.

Dass es zu diesem zugegebenermaßen düsteren Szenario Ausnahmen gibt, wird natürlich nicht bestritten. In der Staatsverwaltung wie in den Unternehmen der Wirtschaft agieren auch heute verantwortungsbewusste, von hohen Werten geprägte Menschen. Doch ist nicht zu übersehen, dass ihre Zahl und ihr Gewicht nicht groß genug sind, um die zahlreichen Defizite zu kompensieren. Da diese im Staat ebenso wie im Markt auftreten, bietet sich weder der eine noch der andere als universeller Problemlöser an. Schon innerhalb dieser beiden Handlungsfelder wird es zu einer Neuzuordnung von Initiativ-, Definitions- und Gestaltungsrechten ebenso wie von Aufgaben anhand eindeutiger Kriterien kommen müssen. Die demokratische Legitimation für all jene Aufgaben, die notfalls mit Gewalt gegenüber allen Mitgliedern einer Gemeinschaft durchgesetzt werden müssen, ist eines dieser Kriterien, die durch Wettbewerb entstehenden Vorteile hinsichtlich Qualität und Preis des Angebots sind andere. Letztlich jedoch werden wichtige Aufgaben verbleiben, die vom Staat nicht übernommen werden sollten und die der Markt nicht übernehmen will. Zudem verursacht die durch zahllose Interdependenzen und Kooperationen ebenso wie durch gemeinsame Interessen am Erhalt der einvernehmlich geteilten Macht entstandene, geradezu unheilige Allianz der Machtstrukturen Staat und Markt Erschrecken und fordert zu alternativen Konzepten heraus.

Dies ist im Grundsatz keine neue Erkenntnis. Jede Gesellschaft, die auch nur ansatzweise komplexe Strukturen entwickelt, kennt dieses Phänomen. Das Gemeinwesen bedarf zusätzlicher Leistungen und Anstrengungen, die in einer anderen Handlungslogik erbracht werden. Zu diesen zählen klassische Dienstleistungen ebenso wie weitergehende materielle und, noch wichtiger, immaterielle Bei-

träge. Beispielsweise sind Staat und Markt, so ist immer wieder festgestellt worden, auf Qualifikationen in der sozialen Kompetenz angewiesen, die sie selbst nicht erzeugen können.

Hier schließt sich der Kreis zum eingangs erwähnten Erstarken der Zivilgesellschaft. Hier ist in der Tat über die letzten 20 Jahre eine dritte Kraft herangewachsen, die sich, für manche nach wie vor in höchst irritierender Weise, auf Neigungen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar stützen kann. Gewiss ist Selbstermächtigung im Zeichen von Totalitarismus, auch von Wohlfahrtsstaat vom Verkümmern bedroht gewesen. Aber es hat sich, für viele erstaunlicherweise, erwiesen, dass freiwilliges Engagement für die Gemeinschaft eine so fundamentale Grundkonstante menschlichen Handelns darstellt, dass es nicht auslöschbar erscheint. Heute ist diese Zivilgesellschaft ebenso der Globalisierung sei es ausgesetzt, sei es geöffnet wie der Markt und die hoheitliche Gewalt. Auf Deutschland bezogen, kann eindeutig von einer Befruchtung und Bereicherung zivilgesellschaftlicher Impulse durch Vorbilder aus anderen Teilen Europas und der Welt gesprochen werden.

Kultur in der Bürgergesellschaft

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts können wir feststellen, dass die im 17. Jahrhundert entwickelte und bis ins 20. Jahrhundert prägende Sicht der Gesellschaft als – sei sie monarchistisch oder demokratisch – von nationalen, mit hoheitlicher Gewalt ausgestatteten Machtzentren bis in alle Lebensbereiche geführte Gemeinschaft ebenso überholt ist wie eine dualistische, zwischen Staat und Markt aufgeteilte Struktur der Gesellschaft. Staat, Markt und Zivilgesellschaft treten als gleichrangige, vielfach interagierende und doch voneinander unterscheidbare Aktions- und Kommunikationsfelder der Menschen auf. Wo Bürger sich als solche ernst genommen fühlen, wo sie ihr Leben tatsächlich frei gestalten können, ist diese Gleichrangigkeit weitgehend verwirklicht. Diese Gesellschaften sind als »Bürgergesellschaften« zu charakterisieren. Diese Beschreibung ist nicht allein eine organisationstheoretische, sie ist vielmehr zutiefst ein kulturelles Phänomen. Bürgergesellschaften aber zeichnen sich dadurch aus, dass die latente Verantwortung jedes ihrer Mitglieder für das Gemeinwesen geweckt, gefördert und geschätzt, dass Verantwortungslosigkeit mit Sanktionen belegt wird. Versorgung hingegen erhält nicht jedermann, sondern der Benachteiligte oder Bedürftige.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Kultur einer Gesellschaft sich auch im Verhältnis dieser Gesellschaft zu der Kunst niederschlägt, die dort geschaffen, bewahrt und reproduziert wird. Dies ist nicht nur der unvermeidlichen, permanenten und prinzipiell unauflösbaren Begriffsverwirrung geschuldet. Kunst bedarf der Rückbindung an die Normen der Gesellschaft, in der sie geschaffen wird, freilich nicht in der Weise, dass sie sie ungefragt annimmt, sondern geradezu zwingend durch eine Auseinandersetzung mit diesen Normen. Diese Konstellation hat im 18. Jahrhundert in Europa zum einen dazu geführt, dass in der Krise der

Religion sich die Kunst aufgefordert sah, den Menschen an die Antworten auf die letzten Fragen heranzuführen. Vielfach ist von der Ersatzfunktion der Kunst angesichts der schwindenden Prägungskraft der Religion gesprochen worden. Zum anderen ist die Kunst etwa zur gleichen Zeit und wohl auch in Folge der eben skizzierten Entwicklung in einer bis dahin nicht gekannten Weise zur Partnerin des erstarkenden Staates geworden, gewiss einer unbequemen, schwierigen, gelegentlich sogar bekämpften Partnerin. Der monarchische Anspruch lässt, ganz besonders ausgeprägt in Deutschland, große Zentren der Musik, darstellenden Kunst, bildenden Kunst und Architektur entstehen, die Bürgerstadt imitiert das Beispiel. Aus Impresarios werden Kulturverwaltungsbeamte. In der dualen Aufgabenverteilung zwischen Staat und Markt fühlt sich die Kunst aus durchaus guten Gründen beim Staat besser aufgehoben als beim Markt, obwohl marktähnliche Abläufe, etwa der Verkauf von Eintrittskarten, und lupenreines Marktgeschehen, etwa im Verlagswesen, quantitativ viel dominierender sind als der Vollzug eines Generalplanes, in dem von Besetzung bis Finanzierung alles letztlich in einem globalen, politisch gewollten Haushalt verankert ist.

Ohne Zweifel hat diese Allianz gute Früchte getragen. Die Erhaltung des kulturellen Erbes, die Pflege von Kunstwerken, die Reproduktion von Kunst und nicht zuletzt die Heranführung zahlreicher Menschen an die Kunst wären ohne den Stellenwert, den die Entscheidungsträger des Sektors Staat auf vielen Ebenen diesen Aufgaben zugemessen hätten, überhaupt nicht vorstellbar. Dass auch heute beispielsweise mehr als dreimal so viele Menschen jährlich Museen besuchen wie Fußballspiele, ist auch dieser konsequenten Kulturpflegepolitik der Gebietskörperschaften zu verdanken.

Versorgung oder Verantwortung

Im modernen polyarchischen System der Bürgergesellschaft scheint dennoch die Aufgabe der Kunst einer Neubestimmung zu bedürfen, zumal die Ersatzfunktion zur Religion heute schon deshalb in Zweifel zu ziehen ist, weil diese, wenngleich nicht in traditionellen Formen, die Fragen nach den letzten Gründen menschlicher Existenz wieder selbst stellt. Geblieben ist ohne Zweifel die Funktion des Seismographen von gesellschaftlichen Entwicklungen, des Spiegels, den nach Shakespeare die Kunst der Wirklichkeit vorhält, auch des Spähers in die Zukunft. Hinzugekommen ist die Auseinandersetzung mit den Phänomenen der Selbstermächtigung, Selbstverantwortung und Selbstorganisation, das heißt den Schlüsselbegriffen der Zivilgesellschaft, des unverzichtbaren dritten Aktionsfeldes in der Bürgergesellschaft. Die Frage ist erlaubt, ob die dem Staat zuzurechende Kulturpflege den hohen Stellenwert, die prägende Funktion weiter beanspruchen kann, den sie traditionell beansprucht.

Gemeint ist mit dieser Frage ausdrücklich nicht das Verhältnis dieser öffentlichen Aufgabe zu anderen; vielmehr geht es darum, wo die Kunst aufgerufen ist, um der Kultur willen traditionelle Zuordnungen in Frage zu stellen und sich em-

phatisch mit den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen auseinander zu setzen. Dies gilt nicht nur für produzierende Künstlerinnen und Künstler, die diese Prozesse schon immer vielfach mitleben und künstlerisch verarbeiten. Es gilt auch für die Hüter – man ist versucht zu sagen Gralshüter – kultureller Zeugnisse, die sich überkommenen Regularien oft schon aus persönlichen existentiellen Gründen verpflichtet und auch wesensverwandt fühlen. Um nicht missverstanden zu werden, sei hinzugefügt: Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft bedürfen keiner Hofkunst, sondern der kritischen Begleitung. Das allgemeine Wohl ist ein missbrauchsanfälliger Begriff. Seine subjektive Verwirklichung ist auf den kritischen Diskurs angewiesen. Gelingt es, Kunst in den Entwicklungsprozess der Bürgergesellschaft einzubinden, erhält nicht nur dieser Prozess Anstöße, wohl sogar ein neues Gesicht; auch das Gehütete erscheint in neuen, spannenden Parametern.

Der Wohlfahrtsstaat war, wie wir wissen, ein Versorgungsstaat. Es ging, durchaus in lobenswerter Absicht, darum, alle Menschen mit allem Notwendigen zu versorgen. Hierzu ist ein umfangreicher Umverteilungsmechanismus vonnöten, der naturgemäß dem Macht verleiht, der ihn in Gang setzen, steuern und anhalten kann. Nicht zuletzt die Definitionsmacht über »das Notwendige« war zwar nie allein in das Ermessen der Mechaniker gestellt. Für Korrektive sorgten Betroffene und deren organisierte Vertreter, aber auch politische Mandatsträger, zumindest sofern ihr politisches und persönliches Schicksal damit zu verknüpfen war. Dennoch blieb und bleibt ein gehöriger Ermessensspielraum, auf den der Bürger keinen Einfluss hat. Dies gilt für alle Leistungen, auch für kulturelle; ja, gerade an diesen wurde gelegentlich exemplifiziert, wie fragwürdig ein solches System werden kann. »Sind«, so wurde gefragt, »die hohen Ausgaben für den Erhalt von Opernhäusern gerechtfertigt? Kommen sie einer im Verhältnis zur Höhe hinreichenden Zahl von Bürgern zugute?« Diese Frage inhaltlich zu erörtern, ist hier nicht der Platz. Es sei nur darauf hingewiesen, dass es nicht um Kultur an sich gehen kann, wenn die Mittel der Bürgerinnen und Bürger dafür aufgewendet werden. Das Argument dient hier viel eher dazu aufzuzeigen, dass im Versorgungsstaat letztlich von den hierzu Berufenen entschieden werden muss. Der Empfänger der Leistungen kann daran nur graduell etwas ändern. Kultur für alle bedeutet in diesem Sinne auch ein Stück Unterwerfung unter eine patriarchalische Kulturhoheit.

Oper, eine besonders aufwendige kulturelle Leistung, mag nicht das beste Beispiel dafür hergeben, dass in der Bürgergesellschaft Initiativrecht, Definitions- und Gestaltungsmacht prinzipiell anders verortet sind. Und doch macht sich sogar hier zunehmend ein subjektives Verantwortungsgefühl bemerkbar. Bürgerinnen und Bürger kämpfen in erstaunlich großer Zahl für *ihre* Oper. Der Ausdruck dieser Verantwortung ist keineswegs immer konfliktfrei; er kann Widerspruch, ja völlige Ablehnung hervorrufen. Aber wenn Kultur relevant sein und nicht in einem Quasi-Reservat der freundlichen Marginalisierung anheimfallen soll, dann gehören diese Konflikte zwischen unterschiedlichen Verantwortungsträgern in sie hinein, dann gehört aber auch sie ihrerseits in die Konfliktzonen.

Seit Menschen miteinander auskommen müssen, um leben zu können, geschieht dies im Konflikt zwischen Freiheit und Ordnung. Ohne Zweifel ist die Kunst in beiden Sphären zu Hause. Wenn wir aber als Aufgabe unserer Zeit erkennen, die Freiheit nicht nur zu verteidigen, sondern neu zu definieren, dann ist dies im Kern eine kulturelle Aufgabenstellung, an der sich die »organisierte Kultur« mit Leidenschaft zu beteiligen hat. Streitereien um die Kulturhoheit einzelner Gruppen des Sektors Staat sind insofern ebenso Konflikte einer vergangenen Epoche wie der Leitsatz »Kultur für alle« ein überholtes Gesellschaftsmodell widerspiegelt. Wenn es stimmt, dass um der Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen willen unsere Gesellschaft neu als eine von den, von allen Bürgerinnen und Bürgern gestaltete definiert und eingerichtet werden muss, dann muss auch Kultur, mehr als jemals zuvor, Kultur von allen sein.

Thomas Krüger

Kulturwirtschaft: Wirtschaftspolitik oder Kulturpolitik?

Die deutsche Kulturwirtschaft führt nach wie vor ein Schattendasein zwischen der klassischen Kulturpolitik, die vornehmlich als Kulturförderung, bestenfalls noch verknüpft mit einer sie unterstützenden Ordnungspolitik agiert, und der Wirtschaftspolitik, die sich ebenfalls auf ihren klassischen Feldern bewegt und dem Kulturwirtschaftssektor keinen zentralen Fokus zuweist. Dabei sind in Deutschland 1,35 Millionen Sozialversicherungspflichtige in der Kulturwirtschaft beschäftigt, vornehmlich in den Teilmärkten Literatur, Buch und Presse, gefolgt vom Kunstmarkt und der Film-, TV- und Videowirtschaft. Sie erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von mehr als 200 Milliarden Euro. Immerhin agiert die Wirtschaftspolitik auf diesem Feld, da wo man ihr begegnet, weitgehend professionell, während man der Kulturpolitik leider eine anhaltende Vernachlässigung dieser Fragen vorwerfen muss. »Kultur und Ökonomie«, so der »1. Hessische Kulturwirtschaftsbericht« von 2003, »werden in der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion meist als Gegensätze begriffen.« Kultur ist aber auch, ob man will oder nicht, ein relevanter Wirtschaftszweig mit vor allem jungen und kleinen Unternehmen, noch dazu ein Wachstumsmarkt, wie die verschiedenen Erhebungen belegen. Dabei ist neben dem klassischen öffentlichen Sektor die Freie Szene als eine privatwirtschaftlich-gemeinnützige und das breite Feld der marktorientierten Kulturwirtschaft als privatwirtschaftlich-kommerzielle zu betrachten.

Es ist hilfreich, die Bedeutung der Kulturwirtschaft aus verschiedenen Perspektiven zu diskutieren.

Die Perspektive des Publikums

Aus der Sicht des Publikums wird, etwas zugespitzt, nicht zwischen den Anbietern kultureller Angebote unterschieden. Das Publikum entscheidet sich – beeinflusst durch Werbung, Image des Anbieters und öffentliche Diskussionen – ver-

gleichsweise autonom und in der Erwartung einer ästhetischen Qualität für ein spezifisches Angebot. Das kann heute ein Kinobesuch, morgen ein Rockkonzert und übermorgen eine Ausstellung sein.

Es bezahlt für die Angebote im Regelfall ein Entgelt, ohne darüber zu reflektieren, ob das Angebot von einer öffentlich subventionierten, einer mit gemeinnützigem privaten Kapital unterstützten oder einer voll privatwirtschaftlichen Institution vorgehalten wird. Die Tatsache, dass bestimmte Angebote, nehmen wir einmal die Opernhäuser als Beispiel, vergleichsweise hoch subventioniert werden, wird weder besonders befürwortend noch eingehend kritisch kommentiert.

Es gibt bislang auch keine ernsthafte Kontroverse darüber, dass bestimmte kulturelle Angebote, bleiben wir bei den Opernhäusern, überproportional subventioniert und vor allem von einer, durchschnittlich gesehen, eher einkommensstärkeren Klientel genutzt wird und andere Angebote, nehmen wir die Tonträger, die Popmusikkonzerte oder die Kinobesuche, die überproportional von eher jungen einkommensschwächeren Erwachsenen genutzt werden, nehmen wir den ermäßigten Mehrwertsteuersatz einmal aus, so gut wie gar keine Subventionen erhalten.

Das Publikum hat sich an diese Angebotsstruktur gewöhnt und die Politik hat diese Tatsache bisher nicht problematisiert. Das Publikum entscheidet sich für kulturelle Angebote nach persönlichen Präferenzen. Dabei mischen sich die Motivationen. Bildung und Unterhaltung stehen sich nicht mehr antagonistisch gegenüber. Sie gehen immer öfter kreative Fusionen ein.

Die Perspektive der Künstler

Künstlerinnen und Künstler leben – nicht gerade selten und sofern nicht altruistisch – von ihrer Kunst und ihren Kunstwerken. Sie sind darauf angewiesen, dass sie als kreative Urheber ihre Rechte kapitalisieren. Dabei werden sie zum Beispiel von Verwertungsgesellschaften unterstützt. Sie verdienen im Erfolgsfalle als Lohnempfänger oder auf Honorarbasis durch die öffentlich finanzierten Institutionen, den gemeinnützigen privatfinanzierten Sektor oder im Rahmen privater marktorientierter Angebote ihr Geld. Ihre künstlerische Kreativität generiert dabei einen programmlich inhaltlichen oder Marktwert, der den finanziellen Erfolg maßgeblich mitbestimmt. Es ist aber durchaus darauf hinzuweisen, dass im privatwirtschaftlich marktorientierten Sektor ein ganz anderes finanzielles Risiko eine Rolle spielt und deshalb die Produzenten und Anbieter darauf angewiesen sind, kulturelle Angebote mit einem Refinanzierungspotenzial zu programmieren. Insofern hat dieser kulturwirtschaftliche Bereich seine Stärken eher in populären Formaten und Angeboten mit einem evidenten Publikumspotenzial.

Die Perspektive der Kulturinstitutionen

Aus der Perspektive der Kulturinstitutionen stellt sich die kulturwirtschaftliche Dimension wiederum anders dar. Die klassischen Kulturinstitutionen sind im Regelfall mit öffentlichen Geldern subventioniert. Die Koalitionsvereinbarung

der neuen Bundesregierung betont in diesem Fall durchaus zurecht, dass diese Subventionen als Investitionen verstanden und vor allem öffentlich diskutiert werden sollten. Denn die kulturelle Vielfalt in Deutschland ist ohne die breite öffentliche Förderung von Bund, Ländern und Kommunen gar nicht denkbar. Aber auch die öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen haben in den letzten Jahren – in einigen Fällen mehr, in vielen Fällen weniger – begonnen, wirtschaftlicher zu denken. Schon lange wird um gemeinnützig privates Kapital des so genannten Dritten Sektors und andere sogenannte Drittmittel öffentlicher und privater Provenienz geworben, um Vorhaben zu finanzieren, die mit den zugemessenen Steuergeldern nicht mehr zu finanzieren sind. Doch die Kulturinstitutionen tun sich in vielen Fällen schwer, auch selbst betriebswirtschaftlich zu wirtschaften. Die schwindenden öffentlichen Gelder verlangen ein umsichtiges Haushalten und Wirtschaften und vor allem betriebswirtschaftliche Kompetenzen. An diesem Veränderungsprozess wirkt in den letzten Jahren verstärkt vor allem die Kulturpolitik mit, die nötige Rahmenbedingungen wie Trägerwechsel und strukturelle Optimierungsprozesse auf den Weg bringt. Die weitere Modernisierung der Kulturinstitutionen ist unbedingt geboten. Längst haben öffentlich subventionierte Kulturbetriebe begonnen, selbst oder assoziiert mit privaten Unternehmen die am Publikumsbedarf sich orientierenden neuen kulturellen Märkte zu erschließen.

Schließlich ist auf das Programm und Selbstmanagement der Kulturinstitutionen hinzuweisen. Hier ist zwar viel in Bewegung gekommen, aber längst noch nicht genug. Oft genug genügen sich die Einrichtungen selbst und reproduzieren ihre Profile und Selbstverständnisse angebotsorientiert am Publikum vorbei. Natürlich muss der Gefahr einer kommerzielleren Ausrichtung zugunsten des Erhalts der kulturellen Vielfalt widerstanden werden. Keine Frage. Die Didaktik mancher Programmangebote kann jedoch ausufern und Züge von Zumutungen annehmen. Dem Publikum darf schon ein gewichtiges Augenmerk gelten. Wenn ich mir zum Beispiel die Öffnungszeitenpolitik so mancher Einrichtung ansehe, kann ich nur mit dem Kopf schütteln.

Die Perspektive des Dritten Sektors

Der schon angesprochene Dritte Sektor ist heute aus der Kulturfinanzierung nicht mehr wegzudenken. Er mobilisiert zwar nur einen Bruchteil der Finanzmittel, die die öffentliche Hand bereitstellt. Aber er gestaltet heute die Programme von Einrichtungen und Anbietern mit, in vielen Fällen entwickelt er auch eigens konzipierte Programme. Damit ist der Dritte Sektor, der privates Kapital gemeinnützig bereitstellt, aus der Kulturwirtschaft nicht mehr wegzudenken. Der Dritte Sektor unterscheidet sich von der rein privatfinanzierten Kulturwirtschaft durch einen ausgeprägteren, nicht allein am Markt orientierten programmlichen Anspruch. Nicht selten greift er ästhetische Ansätze auf, die von den öffentlich subventionierten Anbietern nicht oder nicht mehr verfolgt werden.

Der Dritte Sektor kann und darf sich aber nicht als Lückenbüßer verstehen – auch wenn er oft so behandelt und angesprochen wird. Er verfolgt einen eigenen

Gestaltungsanspruch und beeinflusst auf diese Weise das kulturelle Gesamtangebot. Dass der Dritte Sektor sein Entwicklungspotenzial in Deutschland noch nicht ausgeschöpft hat, liegt an den wenig entwickelten, aber während der letzten beiden Legislaturperioden immerhin in Bewegung geratenen Rahmenbedingungen im Stiftungs- und Steuerrecht.

Die Perspektive der Kulturpolitik

Die Kulturpolitik fokussiert ihr Handeln immer noch weitgehend auf den Teil der öffentlich finanzierten Einrichtungen und Projekte. Das ist verständlich, aber nicht akzeptabel. Natürlich muss sich Kulturpolitik in Zeiten knapper Kassen darum bemühen, die öffentlichen Mittel sparsam, effizient und optimal einzusetzen. Aber die beiden von mir angesprochenen Bereiche des Dritten Sektors und der rein privat finanzierten Kulturwirtschaft werden in der Kulturpolitik zu wenig bedacht und kaum in kulturpolitische Gesamtstrategien integriert. Für die Kulturwirtschaft fühlt sich dann eher das jeweilige Wirtschaftsressort zuständig. Ansatzweise kann man in Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Sachsen beobachten, dass aus koordiniertem politischen Handeln mehr oder weniger wirkungsvoll und nachhaltig auch strategische Ansätze entwickelt werden. Aber der Regelfall ist das nicht. In den Wirtschaftsressorts spielt die Kulturwirtschaft nicht gerade die erste Geige und in den Kulturressorts wird dieser Bereich der Kulturwirtschaft eher vernachlässigt. Prioritär bleibt, wofür man sich zuständig fühlt. Und wenn die Kulturwirtschaft ohne Steuergeld auskommt, um so besser. Dann soll sie doch machen. Ich halte das für einen kapitalen Fehler. Integrierte kulturpolitische Strategien, die den Dritten Sektor und die privat finanzierte marktorientierte Anbieterschaft einbeziehen, werden nicht nur einem sich autonom orientierenden Publikum gerecht, sondern fühlen sich auch für die Existenz und das Gedeihen wichtiger Kulturträger verantwortlich. Deshalb ist der verbindliche Diskurs und auch die Präsenz und Repräsentanz der Kulturpolitik in diesen Bereichen angezeigt.

Ein Fallbeispiel: Die deutsche Filmwirtschaft

Es soll nun etwas präziser auf ein Marktsegment der privat finanzierten Kulturwirtschaft eingegangen werden: die Filmwirtschaft. Zunächst muss betont werden, dass hier neben privatem Kapital auch Steuergelder mobilisiert werden. Daher muss von einer Mischform der privat finanzierten Kulturwirtschaft ausgegangen werden. Aber der größte Teil der eingesetzten Mittel bleibt privates Geld, das sich am Markt, also in den verschiedenen Verwertungsstufen des jeweiligen Films, refinanzieren muss.

Die öffentliche Hand bemüht sich vorrangig um die Filmkultur. Sie subventioniert – wenn auch in immer weniger Fällen – Programmkinos, bezuschusst eine Reihe von Filmfestivals, Kinematheken und Archive, stiftet Programmpreise und engagiert sich im Rahmen einer kulturellen Filmförderung auch bei der Entwicklung von Stoffen, den Produktionskosten und der Finanzierung von Zusatzko-

pien, um die entsprechenden Filme einem breiteren Publikum zugänglich machen zu können. Aber diese kulturelle Filmförderung wird in einem relativ überschaubaren Umfang vor allem vom Bund, in mehreren Fällen auch von den Ländern und Kommunen gewährleistet.

Eine weitaus größere Bedeutung kommt der wirtschaftlichen Filmförderung zu. Sie begegnet in drei Formen. Der Bund setzt keine eigenen Mittel ein, sondern hat sich über ein Abgabengesetz – das Filmförderungsgesetz/FFG – den Rahmen geschaffen, Mittel der Filmwirtschaft für die Förderung des deutschen Films einzusetzen. Dabei, das sei am Rande bemerkt, bedient sich die dafür gegründete *Filmförderungsanstalt/FFA* mit Sitz in Berlin auch an Abgaben, die auf die Eintrittskarten und den Umsatz von nichtdeutschen Filmen erhoben werden. Zwischen 15 und 25 Cent an jeder Eintrittskarte geht an die *FFA*, um unter anderem aus diesen Mitteln deutsche Filme zu fördern und im Verleih zu unterstützen. Neben der Kinowirtschaft ist vor allem die in den letzten Jahren durch den DVD-Boom prosperierende Videowirtschaft zur stärksten Zahlergruppe geworden. Die Fernsehwirtschaft konnte bislang nicht gesetzlich auf eine Abgabe verpflichtet werden, sondern zahlt auf der Basis freiwillig ausgehandelter Verträge Mittel an die *FFA*. Die *FFA* verwaltet zusätzlich Vermögen und verfügt über ein jährliches Budget von etwa 100 Millionen Euro.

Die zweite Variante der öffentlichen Filmförderung begegnet in den Bundesländern. Hier werden Steuermittel mit dem Ziel eingesetzt, standort- und industriepolitische Effekte zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Mittel werden im Regelfall an GmbHs und Stiftungen übertragen, die über Gremien entweder berichtspflichtig sind und in einzelnen Fällen auch entscheidungsseitig gesteuert werden. Vor allem Fernsehsender beteiligen sich an diesen Strukturen als Mitgesellschafter. Die größten Länderförderer finden sich in Bayern und Nordrhein-Westfalen, die jeweils um die 40 bis 50 Millionen Euro jährlich mobilisieren. Daneben haben sich mit der *Mitteldeutschen Medienförderung*, dem *Medienboard Berlin Brandenburg*, der *Filmstiftung Hamburg*, *Nordmedia Hannover* und der *Filmförderung Baden Württemberg* mittlere und kleinere Länderförderer etabliert.

Die Mittel werden aber im Regelfall nicht als Zuwendung oder verlorene Zuschüsse, sondern als bedingt oder unbedingt rückzahlbare Darlehen ausgereicht. Die Länder lassen sich im Erfolgsfall des jeweiligen Filmes die Förderung auch teilweise oder ganz zurückerstatten. Diese Förderinstrumente erstrecken sich – wie bei der *FFA* – auf die Entwicklung von Stoffen, die Produktionsförderung und auf die Verleihförderung.

Die dritte Variante sei hier nur kurz erwähnt. Es handelt sich ebenfalls um öffentliche, in diesem Fall um europäische Mittel, die über das MEDIA-Programm ausgereicht werden. Diese Mittel spielen komplementär zu den anderen Förderungen für bestimmte Filmproduktionen eine durchaus wichtige Rolle.

Die deutsche Filmwirtschaft hat ein spezifisches Problem. Sie kann ihre Produkte – von kleinen Ausnahmen abgesehen – vor allem nur im deutschsprachigen Markt refinanzieren. Da den meisten Filmen der Weltmarkt verschlossen bleibt,

kann man sicherlich auch verstehen, warum der deutsche Film in seiner Breite gar nicht existieren würde, wenn die öffentliche Hand sich nicht beteiligen würde. Diese Sprach- und in Teilen auch Kulturbarriere führt aber auf der Auswertungsseite zu einer überproportionalen Stellung des Fernsehens in der Wertschöpfungskette. Da man bei der Refinanzierung auf die Fernsehausstrahlungen angewiesen ist, diktieren die Fernsehanbieter, die oft schon als Koproduzenten an der Finanzierung beteiligt sind, die Preise und beeinflussen nicht selten auch die Formate der Filme. Vielen deutschen Filmen sieht man deshalb bereits im Kino an, dass sie eigentlich als Fernsehfilme gefertigt werden. Für meine Begriffe nutzt das Fernsehen seine starke Stellung unverhältnismäßig aus, beteiligt sich aber unterproportional an der Finanzierung und damit am Risiko des Erfolgs. Problematisch ist auch ihre Beteiligung in den Länderförderungen, über die sie schon im Entwicklungsprozess einen Einstieg in die Rechteverwertung generieren. Die Macht der TV-Anbieter geht leider zu Lasten einer unabhängigen Produzentenschaft und beeinflusst auch andere Auswertungsphasen der Filme. In der Entstehung eines Films, von dem man ja vorher nur bedingt abschätzen kann, ob er erfolgreich sein wird, sind also neben den Produzenten, denen es aufgrund fehlenden Eigenkapitals und unausgebildeter industriepolitischer Strukturen oft an Einfluss mangelt, vor allem die Filmförderer beteiligt.

Hinzu treten private Mittel aus den sogenannten Medienfonds, deren Abschreibungsmöglichkeiten gerade beendet wurden, Bankkredite und Bürgschaften von den Investitionsbanken der Länder. Diesen freien Finanzierungsformen kommt angesichts der steigenden Produktions- und Verleihbudgets eine wachsende Bedeutung zu. Schließlich – zumeist schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt der Filmfinanzierung – beteiligen sich auch die an der Auswertung des Films verdienenden Branchen, vor allem der Filmverleih, als Koproduzenten oder mit Garantiezahlungen, die sie in der Auswertung vorrangig und vorab refinanzieren.

Ist der Film einmal hergestellt, beginnt seine Auswertung im Kino. Dafür muss ein Film jedoch beworben und herausgebracht werden, was die Filmverleiher mit Budgets bestreiten, die nicht selten dem gesamten Produktionsbudget nahe kommen. Die Verleiher refinanzieren als erste ihre Mittel. Die nächste Auswertungsstufe ist der sogenannte Zweitverwertungsmarkt. Der Verkauf und Verleih von Datenträgern wie der DVD oder früher der VHS erzielt nicht unbeträchtliche Gewinne. Für die Höhe der Gewinne ist der Erfolg im Kino oft von herausragender Bedeutung. Die dritte Auswertungsstufe sind Individualdienste, von denen in Deutschland das Pay-TV am weitesten entwickelt ist. Die monopolistische Struktur in Deutschland führt jedoch zu unterproportionalen Erträgen bei den Rechteinhabern. Schließlich kommt das Fernsehen an die Reihe, das entweder seine Rechte bereits als Koproduzenten gesichert hat oder Lizenzen für Ausstrahlungen erwirbt. In absehbarer Zeit können sich durchaus auch weitere Verwertungsstufen etablieren. Insbesondere Abrufdienste und die Internetdienste kommen, sollten sich Geschäftsmodelle durchsetzen, in Frage. Filmfinanzierung ist, wie man sieht, ein sehr kompliziertes Geschäft. Diese wenigen skizzenhaften Bemer-

kungen machen deutlich, wie komplex und auch risikovoll Kulturwirtschaft sich darstellt, selbst wenn öffentliches Geld mit im Spiel ist.

Die Filmwirtschaft ist, und jetzt erinnere ich an die verschiedenen Perspektiven, die ich eingangs erläutert habe, auf verschiedene Komponenten angewiesen.

Das Publikum

Das Publikum entscheidet im Kino über Erfolg und Misserfolg eines Films. Aber das Publikum ist wählerisch. Es kann zwischen einer Vielzahl von Filmen entscheiden. Hier spielen Filmstoffe, Stars und vor allem die Bewerbung eine große Rolle. Heute werden viele Filme innerhalb weniger Wochen ausgewertet, oft entscheidet sogar schon das Startwochenende über Top oder Flop. Das Publikum kann aber auch zwischen verschiedenen Kinos entscheiden. In den neunziger Jahren hat sich ein völlig neues Kinoformat durchgesetzt. Digitale Technik, bequeme Sitze, Aufenthaltsqualität und Soundinnovationen haben das Kinoerlebnis verändert und mit den so genannten Multiplexen, die heute bereits mehr als die Hälfte des Kinoangebots bestreiten, ein neues Kino geschaffen.

Die Künstler

An einem Film sind viele Künstler beteiligt. Nur ein Teil von den Beteiligten erscheint im Abspann und wird auf diese Weise angemessen gewürdigt. Jeder größere Film ist ein mittelständisches, manchmal sogar industrielles befristetes Projekt. Es gibt Urheber an den Filmen, deren Beitrag stattlich und andere Urheber, deren Beitrag mickrig honoriert wird. Die Schauspielergagen gelten zum Beispiel in Deutschland bezogen auf das Gesamtbudget der Filme als relativ hoch. Der Drehbuchautor erhält dagegen, wenn er nicht zu den Topautoren gehört, eine relativ überschaubare Honorierung. Im Regelfall verdienen die Kreativen in den Filmen nicht am Erfolg eines Filmes, weil sie ihre Ansprüche einmalig abgegolten bekommen. Ausgenommen davon sind Stars, die Ansprüche vertraglich geltend machen können.

Die Kulturinstitutionen

Hinter den relevanten Kulturinstitutionen stehen in unserem Fall mit den Kinos Wirtschaftsbetriebe. Sie sind auf Publikum angewiesen. Von den Erträgen führen die Filmtheater aber neben der Abgabe an die *FFA* mittlerweile annähernd die Hälfte an den jeweiligen Filmverleih ab. Wenn man bedenkt, dass Filmtheater auch noch unterhalten und personell betrieben sein wollen, kann man ermessen, wie labil diese Branche ist, wenn ihr das Publikum ausbleibt. Anspruchsvolle Filmtheater, denen es auf ein gutes Programm ankommt, kalkulieren nicht selten mit den Einnahmen aus den so genannten Kinoprogrammpreisen, um überhaupt rentabel zu wirtschaften. Das Kino der Zukunft bedarf deshalb, mehr denn je, einer umsichtigen Stadt- und Regionalentwicklung und einer Einbeziehung in die Kulturraumplanung. Der Kinobranche muss das besondere Augenmerk der Politik gelten. In absehbarer Zeit sind neue Kinoformate denkbar, die auch öffentli-

ches Fernsehen und die rasant sich entwickelnde Spieleindustrie einbeziehen könnten, wenn sich Geschäftsmodelle dafür entwickeln lassen. Mit dem Home-Entertainment-Markt haben die weniger zahlungskräftigen Menschen schon heute eine qualitativ gute Alternative. Die rasante Entwicklung der Technik macht heute quasi das Heimkino möglich. Dieser Markt hat sich enorm entwickelt und trägt zur Finanzierung des deutschen Films erhebliches bei. Leider wird dieses Marktsegment von vielen Branchenteilen – insbesondere einem überkommenen, altbackenen Selbstverständnis von Produzenten – als billige *cash cow* gesehen. Dabei handelt es sich hier um einen wichtigen Wachstums- und Entwicklungsbereich, den es auch zu gestalten und zu unterstützen gilt, um dem deutschen Film nachhaltig auf die Beine zu helfen. Ich halte schließlich Initiativen, wie die *Vision Kino GmbH*, die vom Bund und der Filmwirtschaft ins Leben gerufen wurde, für wichtig. Dabei soll es darum gehen, Kinder bereits im Schulalter und integriert in den Schulunterricht mit dem Kinofilm vertraut zu machen, um seine kulturellen Qualitäten schätzen zu lernen und zu einer medienkompetenten Rezeption beizutragen.

Die Kulturpolitik

Da ich den Dritten Sektor in der Filmwirtschaft vernachlässigen kann – er kommt so gut wie nicht vor –, und wenn dann eher in kleinen Sparten wie dem Dokumentarfilm – will ich abschließend einige Konsequenzen für die Kulturpolitik skizzieren.

Die Kulturpolitik hat nämlich – mit Ausnahme des *Bundesbeauftragten für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien* – mit der Filmwirtschaft kaum etwas zu tun. Im Regelfall sind für diesen Bereich die Staatskanzleien und Wirtschaftsministerien der Länder zuständig. Die Filmwirtschaft bedarf aber eines umfassenden integrierten politischen Geschäfts. Einige Beispiele: Die so genannte Filmpiraterie – jeder kennt sicher die warnenden Spots in den Kinos – stellt mittlerweile ein Kardinalproblem dar. Diese Form von geistigem Diebstahl, die durch illegal hergestellte Kopien downloads ermöglichen, die in schweren Fällen zu einem illegalen Vertrieb führen, schädigt allein die deutsche Filmindustrie jährlich mit einem zwei- bis dreistelligen Millionenbetrag. Auf Dauer geht das an die Substanz eines vielfältigen deutschen Films. Vor diesem Hintergrund darf man auf die Urheberrechtsgesetzgebung verweisen, die Fragestellungen der Filmwirtschaft präzise bedenken sollte. Die so genannte Bagatellklausel darf nicht zum staatlich sanktionierten Einfallstor für organisierte Kriminalität werden. Das *Bundeskriminalamt* könnte diese Thematik durch Bildung einer Sonderkommission aufgreifen und damit die Strafverfolgung optimieren. Andere Beispiele: Im Bereich der Jugendschutzgesetzgebung muss zum Beispiel an den Alterseinstufungen und Sendezeitenregelungen sowie an der Zugänglichkeit von Videotheken gearbeitet werden. Die Arbeitsschutzregelungen schützen zurecht Kinder – aber wenn diese in Filmen als Bezugspersonen nicht mehr ausreichend vorkommen können, verschenkt man ein elementares und wichtiges Ziel kultureller Bildung. Von der deutschen Politik muss schließlich – trotz der Kostenexpansion – ein konstrukti-

ves Engagement für das MEDIA-Programm erwartet werden, da die deutsche Filmwirtschaft insbesondere bei europäischen Koproduktionen auf derartige Programme angewiesen ist.

Das Filmförderungsgesetz/FFG selber wird regelmäßig einer Überprüfung unterzogen. Eine integrierte Kulturpolitik muss dieses Gesetz stärker in seinen Zusammenhängen berücksichtigen und wenn irgend möglich als Artikelgesetz ausgestalten, um verwandte Regelungsbereiche in den Blick zu nehmen. Allerdings lohnt auch der Blick in die eigenen Strukturen. Die *FFA*-Gremien sind für meine Begriffe überholungsbedürftig. Mittlerweile unbedeutende Branchen halten dort immer noch Sitze und die Branchenteile, die die Abgaben erwirtschaften, setzen sich oft mit randständigen Branchenvertretern auseinander, deren Ziel häufig darin besteht, aus einem Wirtschaftsförderungsgesetz ein Kulturförderungsgesetz zu machen. Vornehmliches Ziel des FFG muss es sein, aktuelle Entwicklungen in der Filmwirtschaft durch dieses Förderinstrument industriepolitisch und branchenbezogen zu unterstützen. Wenn zum Beispiel die Verleihbudgets und Auswertungen steigen und wichtiger werden, muss die Förderpolitik diesen Prozess nachvollziehen und die Instrumente dem Bedarf anpassen. Eine zentrale Aufgabe wird sein, die Gleichbehandlung der Branchen zu garantieren. Wenn man am Abgabengesetz festhalten will, dann muss das Fernsehen einer Abgabe oder zumindest vergleichbaren Zahlungen unterworfen werden. Völlig unverständlich wäre, wenn die mit den Kino- und Videoabgaben vergleichbaren Individualdienste, wie das Pay-TV, abgabenfrei blieben.

Die Kulturwirtschaft insgesamt bedarf einer fachlichen und öffentlichen Aufwertung. Vor kurzem konnte man in den nordrhein-westfälischen Zeitungen lesen, dass im Ruhrpott mittlerweile mehr Menschen in der Kulturwirtschaft tätig sind als im hochsubventionierten Kohleabbau. Die Realität hat sich verändert. Wir haben es nicht mehr mit einem Nischenprogramm zu tun, sondern mit zugegebenermaßen konjunkturabhängigen Wachstumsbranchen.

Es geht wirtschaftspolitisch gesehen dabei durchaus um Standorteffekte in globalisierten Märkten, um regionale Effekte im Beschäftigungssektor und um die Stärkung endogener regionaler Potenziale. Die Kulturwirtschaft bedarf deshalb – ich hoffe, das ist deutlich geworden – einer interdisziplinären und integrierten Politik. Wir haben es bei der Filmwirtschaft gesehen: Piraterie, europäische Filmförderung und der Jugendmedienschutz. Das sind alles Fragen, die je nach politischer Konstellation und gewachsener Tradition in den verschiedensten Ressorts bearbeitet und entschieden werden und in denen die Kulturwirtschaft jeweils unterschiedliche Prioritätensetzung genießt. Es ist deshalb unausweichlich, dass die Kulturpolitik selber sich dieser Fragen annimmt und zum zentralen Sachwalter der Kulturwirtschaft wird. Damit ist sowohl eine Entgrenzung der Kulturpolitik und ihrer klassischen Agenda, aber auch eine besonnene und ergebnisorientierte ressortübergreifende Politik gemeint, die sich nicht an rivalisierenden Zuständigkeiten abarbeitet. Ohne eine integrierte Kommunikation des gesamten Kulturbetriebes, ohne ein zielgerichtetes integriertes Benchmarking

und Marketing und ohne die Erschließung kulturrelevanter Märkte wird man eine prosperierende Kulturwirtschaft in globalisierenden Märkten auf Dauer nicht reproduzieren und florieren lassen können. Kulturwirtschaft braucht deshalb die Politik. Ich bin davon überzeugt, dass es an der Zeit ist, der Kulturwirtschaft in Deutschland eine angemessene fachpolitische Anerkennung und vor allem eine gedeihliche integrierte Kulturpolitik zukommen zu lassen.

Eckart Pankoke

Konzentrieren und Konzertieren

Neue Kulturpolitik zwischen Steuerung und Selbststeuerung

Beschreiben wir den epochalen Wandel der Neuen Kulturpolitik, so geht es nicht nur um neue Werte, sondern auch um neue Wege. Es wurden also nicht nur »alte« gegen »neue« Werte ausgewechselt, etwa »konservativ« gegen »progressiv«. Es wurden auch nicht nur die Zielgruppen ausgetauscht, also Bildungsbürgertum gegen Arbeiterbildung.

Mit der Umstellung von *Was*-Fragen auf *Wie*-Fragen, von Wertpositionen auf Sinnkonstruktionen wurde ein grundsätzlich neues Paradigma von *Kultur* entwickelt. Kultur galt einst als Medium der symbolischen Repräsentation herrschender Werte. Heute eröffnet kulturelle Kommunikation neue Netzwerke und Lernprozesse zur Konstruktion von gemeintem und geteiltem Sinn, was nicht nur im künstlerischen Text, sondern auch in der Gestaltqualität des Alltags seine Form findet.

Im »Blick zurück nach vorn« – so die selbstkritische Bestandsaufnahme der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im Jahr 1993 – erinnern wir uns daran, wie der reformpolitische Aufbruch der 1970er Jahre verbunden war mit neuer kultureller Bewegung. (Pankoke 1995) Doch dafür scheint heute nicht nur das Geld auszugehen, sondern auch der Schwung und der Mut zu schwinden: »Kultur für alle«, »Kultur des Alltags« und »Kultur von unten« – viele der damals großen Worte sind manchem heute längst lästig, ja peinlich geworden. Doch ist hier nicht der Ort, kulturkritisch zu lamentieren und zu resignieren.

Eher sollten wir die damals begonnenen Wege selbstbewusst fortschreiten. Mut macht die in einer neuen Dynamik der kulturpolitischen Arenen, Allianzen und Agenden sich neu formierende zivile Kultur einer aktiven Bürgergesellschaft. Diese könnte im Rückblick auf die politische wie kulturelle Aufbruchstimmung einer damals »neuen Kulturpolitik« ihre »eigene Melodie« erkennen und für neue Wege »nach vorn« aktualisieren. (Pankoke 2004)

Neue Begriffe – neue Herausforderungen

Die neue Programmatik der Förderung und Steuerung soziokultureller Felder wurde um 1970 kommuniziert über eine neue Semantik begrifflicher Kombinationen: zum Politikum wurden nun die mehrpoligen Spannungen und Vermittlungen zwischen politischer Macht, ökonomischem und sozialem Kapital und kulturellem Sinn. Verknüpft wurde das Soziale mit dem Kulturellen und dem Politischen in Doppelbegriffen wie »Kultur-Politik«, »politische Kultur« oder auch »sozio-kulturell«. Das erfordert entsprechend komplexe, mehr-polige Konstellationen der Verhandlung und Verständigung, der Koordination und Konzertierung. In moderner Steuerungssprache sprechen wir hier heute von »Mehr-Agenten-Systemen«.

Bei der Steuerung kultureller Entwicklung aber kommt es heute zu Engpässen – nicht nur durch immer knappere Spielräume von Geld und Macht, auch der legitimierende Sinn entzieht sich der Konsensunterstellung der einst repräsentativen Werte. Kultureller Sinn muss nun im persönlichen wie im öffentlichen Leben immer wieder neu konstruiert, diskutiert und legitimiert werden.

Die traditionelle Fixierung des deutschen Bildungsbürgertums auf die kulturelle Autonomie der »schönen Künste« wurde relativiert durch einen um die soziale Dimension erweiterten Kulturbegriff: Die kulturelle Kompetenz des kreativen Gestaltens wurde nun bezogen auf weitere Kontexte sozialer, politischer und kultureller Praxis. Damals neu in Mode kommende Begriffs-Gespanne – wie Kultur-Politik, Kultur-Arbeit, Kultur-Landschaft, Kultur-Pädagogik, Stadt-Kultur, Alltags-Kultur, Wohn-Kultur, Industrie-Kultur, Organisations-Kultur, Kommunikations-Kultur, soziale Kultur, politische Kultur – thematisieren neue Relationen der »praktischen Künste«. Entsprechend schärften sich in der kulturellen Praxis Rollenprofile und Professionskarrieren für »Kultur-Politiker«, »Kultur-Arbeiter« und »Kultur-Manager«. So wird »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« zur schwierigen »Kunst des Möglichen«.

Durch diese Relationen des Kulturbegriffs auf praktische Felder wurde der Kulturdiskurs vielschichtiger und spannungsreicher. Diese Komplexität konkretisierte sich zunächst im Kompetenzprofil des »Kultur-Managers«, von dem eben alles erwartet wurde: Kulturverständnis, soziale Solidarität, pädagogische Sensibilität, politische Agilität und manageriale Effizienz.

Erst im Zuge der Entwicklung relativierten sich solche personal immer weniger einlösbaren multidisziplinären Kompetenz-Pakete, so genannte Allround-Könner, durch die Einsicht, dass die unterschiedlichen Kompetenzen und Sensibilitäten kaum in einer Person zu konzentrieren sind, sondern es eher darauf ankomme, die oft inkongruenten und kontroversen Positionen und Perspektiven arbeitsteilig zu trennen und dann strategisch zu vernetzen. Es geht nicht mehr um die personalisierende Heroisierung kultureller oder politischer »Helden«, eher um die Konzertierung komplexer »Felder« der unterschiedlich Beteiligten und Betroffenen.

Es war immer das personale Engagement und Charisma der großen kulturpolitischen Visionäre und Pioniere, wodurch die Kultur zukunftsweisend in Bewegung kam. (Schwencke/Sievers 1988) Bald aber verlagerte sich der Reformprozess von der personalen Ebene der großen Pioniere, Vordenker und Vorkämpfer auf komplexere institutionelle Konstellationen. So wurde die *Kulturpolitische Gesellschaft* als freie Vereinigung und Bündelung der unterschiedlichen, ja »inkongruenten Perspektiven« von Kompetenz und Engagement für die bei Komplexität geforderte Reflexivität richtungsweisend. Es kam zur Umstellung vom »strategischen Genie« zur »intelligenten Assoziation«.

Neue Steuerung zwischen Markt und Staat

»Wir brauchen Kultur, nicht als Sahne auf dem Kuchen, sondern als Hefe im Teig dieser Gesellschaft« – so formulierte einst drastisch Johannes Rau als Nordrhein-Westfalen-Ministerpräsident, als er in das »Aktionsprogramm Ruhr« das »Kulturelle Leben« als tragenden und treibenden Programmbereich einbringen sollte. Kulturelle Interventionen und Investitionen wurden zum Standortfaktor für die Entwicklungsfähigkeit von Kommunen und Regionen.

Die im Politikfeld »Kultur« der »örtlichen Gemeinschaft« mit verfassungspolitischem Nachdruck zugewiesenen Gemeinschaftsaufgaben setzen darauf, dass für die Entwicklung von kulturellem Leben die Lebensnähe sozialräumlicher Bezüge an Bedeutung gewinnt. Dazu sollen kreative Kompetenzen und solidarisches Engagement in der relativen Autonomie »kommunaler Kulturpolitik« den institutionellen Rahmen finden.

Kulturverwaltung muss sich in diesem Spannungsfeld von Staatsintervention und Eigeninitiative neu orientieren. Im Bezug zur gesellschaftlichen »Umwelt« sieht sich Verwaltung dann konfrontiert mit einem politischen Druck kultureller Initiativen und Aktionen. Die Situation spitzt sich zu, wenn im Bereich der »freien« Kulturleistungen die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte deren Verwalter dahin treibt, sich aus öffentlicher Trägerschaft kultureller Dienstleistung zurückzuziehen. Dies könnte gerade dort Lücken aufreißen, wo mit den kulturellen Krisen gesellschaftlichen Wertewandels die Nachfrage nach kultureller Kommunikation umso dringlicher wird. In der »Zange« fiskalischer Sparzwänge und in einer sich weitenden »Schere« zwischen neuen Bedürfnissen und nicht mehr passenden älteren Leistungsprofilen verschärfen sich die Probleme. (Bandelow/Pankoke 1990)

Aktive Kulturpolitik, das heißt der Bezug auf kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen, fordert von kommunaler Politik und Verwaltung – gerade beim Ausfall einstiger Subventionen – neue Kompetenzen und neues Engagement der aktivierenden Förderung. Gefragt sind Handlungs-, Steuerungs- und Lernfähigkeit. »Neue Kulturpolitik« muss sich heute verbinden mit »neuer Steuerung«, welche die komplexen Zusammenhänge der Probleme und Potentiale kultureller Entwicklung über »inter-aktive« Vernetzung abbildet und umsetzt: Dies gilt im

Bezug auf Kompetenz und Engagement der politischen, administrativen und kulturellen Akteure wie für die besonderen Kapazitäten und Potentiale kulturpolitischer Instanzen und Institutionen.

»Neue Steuerung« bedeutet also nicht nur ein durch fiskalische Knappheit diktiertes Rationalisieren des Sparens, sondern auch ein Aktivieren neuer Ressourcen und Potentiale gesellschaftlicher Entwicklung. Im Kulturbereich konkretisiert sich dies einerseits mit einer Privatisierung kultureller Leistungen über kulturelle Märkte. Zum anderen entwickelt »zwischen Markt und Staat« der »Dritte Sektor« neue Formen der Eigendynamik und Selbststeuerung. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Wiederbelebung der Selbstverständlichkeiten und Selbstgenügsamkeiten herkömmlichen Vereins- und Gemeinschaftslebens. Problematischer für das selbstorganisierte Engagement des »Dritten Sektors« erscheint eher die Komplexität der »zwischen Markt und Staat« zu verhandelnden Relationsprobleme. Dies fordert die Bereitschaft zur öffentlichen Reflexion des bindenden und bewegenden Sinns. So bedeutet »Dritter Sektor – als Dritte Kraft« für das kommunale Kulturangebot neue Herausforderungen einer institutionellen Konkurrenz. Es eröffnet aber auch neue Wege der Kooperation und Konzertierung.

Selbststeuerung als Strategie einer sozialen Kulturentwicklung bedeutet im Idealfall gerade nicht die Abkopplung der »freien Felder«; gefordert ist eher die Auskuppelung von Eigendynamik und Autonomie. Institutionelle Autonomie eröffnet Chancen situativer Selbststeuerung. Nur so werden die freien Kräfte und Felder kultureller Kreativität und sozialen Engagements sich spontan entwickeln können und unbürokratisch fördern lassen. (Pankoke u.a. 1975)

In neuen Relationen von »Public-Private-Partnership« wird auf aktive Kulturpolitik das Mandat zukommen, als Mittler und Makler wirksam zu werden. Eine Umstellung kulturpolitischer Verwaltungspraxis von Institutionenförderung auf Projektförderung bedeutet somit nicht nur die Entlastung von fiskalischen und legitimatorischen Kosten. Vielmehr fordert Steuerung im komplexen Geflecht zwischen politisch-administrativem System und kultureller Initiative eine hohe Kunst des Verwaltens und des Vermittelns. Die Verwaltungswissenschaft beschreibt den kulturpolitischen Führungswechsel als Umstellung von direktiver zu non-direktiver, von regulativer zu kontextueller, von transitiver zu reflexiver Steuerung.

Dies aber darf nicht bedeuten, dass sich öffentliche Kulturpolitik aus der Förderung, Steuerung und Verantwortung zurückzieht. Eher wird Steuerung komplexer, anspruchsvoller und professionell aufwendiger. Gefordert ist eine dichtere und weitere kommunikative Vernetzung, wechselseitiges Wahrnehmen, Auseinandersetzen, Verhandeln, Verständigen.

Praktische Erfahrungen, aber auch sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse zu den Relationsproblemen und Reflexionsprozessen sozialer und kultureller Selbststeuerung verdeutlichen immer auch die Risiken des Scheiterns. Allzu oft zerbrechen intermediäre Relationen, wenn die freien Felder in ihrer Eigendynamik sich der öffentlichen Kontrolle entziehen und die Politik sich nur noch da-

durch zu helfen weiß, dass nach der freisetzenden »Aus-Kuppelung« allzu schnell wieder die »Bremse« des »Ab-Koppelns« getreten wird. Das freie Feld wird also entweder vom Zufluss öffentlicher Mittel abgeschnitten und damit fallengelassen, oder aber die freien Kräfte werden durch die Rückführung in administrative Kontrollmacht korporatistisch vereinnahmt.

Ermutigend ist demgegenüber die Erfahrung, dass soziale und kulturelle Selbststeuerung nur dann interaktiv wird, wenn auf beiden Seiten der intermediären Partnerschaft die Offenheit gegeben ist, voneinander lernen zu wollen. Die Aktivität sozialer Selbststeuerung ist also nicht ein Zeichen für schwache Steuerungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems. Eher gilt das Umgekehrte, dass öffentliche Interaktionen nur glücken, wenn alle Akteure und Aktionssysteme auf beiden Seiten wechselseitig steuerungs-, vermittlungs-, sprach- und lernfähig werden, sich also auf die riskanten Interaktionen und Relationen kultureller Selbststeuerung einlassen können. Dies fordert dann auch im politisch-administrativen System »Grenzgänger« und »Querdenker«.

Vielleicht liegt hier eine neue Chance der politischen Kultur einer aktiven und aktivierenden kommunalen Kulturpolitik, wenn Selbstverwaltung noch nicht heruntergekommen ist zur kopfnickenden Bestätigung von Funktionären, sondern sich bewusst versteht als ein intermediäres Feld politischer Öffentlichkeit, das bürgernah orientiert ist an den Bedürfnissen und Bereitschaften im kulturellen Feld und sich zugleich aktiv und aktivierend einlassen und einmischen will.

Das gerade für die kulturpolitische Entwicklung und ihre (Selbst-)Steuerung praktisch relevante Konstrukt des »Dritten Sektors« als der Selbstorganisation freien Engagements und freier Kompetenz »zwischen Markt und Staat« ist jedoch nicht nur in den Relationen zu Politik und Verwaltung im öffentlichen Sektor zu beachten, zunehmend wichtiger werden für die kulturelle Entwicklung neben den Macht-Fragen auch die Geld-Fragen der kulturwirtschaftlichen Regulierung. Die im Verteilungskampf um die privaten wie öffentlichen Mittel oft vernachlässigten Sinn-Fragen kultureller Praxis wurden demgegenüber gerade in den Diskursen der *Kulturpolitischen Gesellschaft* wach gehalten. (S. auch den Diskurs »KULTUR 90«, in: Sekretariat 1986)

Zivilgesellschaft: Arenen, Allianzen, Agenden

»Agenden« suchen im Unterschied zur transitiv durchsetzenden »top-down«-Strategien die reflexive und partizipative Auseinandersetzung mit offener Zukunft. Zukunft wird nachhaltig nur dann gewonnen, wenn die streitbaren Stimmen aus den »Arenen« und die solidarischen Kräfte der »Allianzen« im »bottom-up« zu aktivieren sind für eine »Zukunft von unten«. Gefordert sind dann gesellschaftspolitische Netzwerke und Lernprozesse, die kommunikativ und kooperativ, partipativ und reflexiv ihre eigenen Kräfte freien Engagements entfalten. Aber schon die *Enquetekommission »Zukunft bürgerschaftlichen Engagements«* machte dazu deutlich: »Wer Engagement fordert, muss auch Kompetenz fördern

und dazu Kontext bieten«. Wo also Bedürfnisse selbst beziehungsweise sozial aktiv werden sollen, sind motivierende, qualifizierende und aktivierende Kontexte gefordert.

Das Modell der »Agenda« wird gerne benutzt, um »von oben« diktierte Reformprozesse auf den Weg zu bringen, wie die »Agenda 2010« zur Reform des Arbeitsmarktes. Der Begriff »Agenda« hat aber noch den anderen Bedeutungshorizont, dass Wege der Reform gerade dann in Fahrt kommen, wenn sie zugleich getragen sind »von unten«, also von den unterschiedlichen freien Kräften – im »Labyrinth der Bewegung«. Dieser in früher »Geschichte sozialer Bewegung« durch Lorenz von Stein geprägte Begriff steht für das komplexe Feld einer »von unten« und zugleich »nach vorne« drängenden Dynamik von Eigen-Initiative und Selbst-Steuerung. (Pankoke 2005)

Wir bezeichnen heute diese offene Öffentlichkeit von zukunftsweisenden und zugleich zukunftswirksamen Verantwortungen mit der Programmformel »Zivilgesellschaft«. Dazu können wir uns berufen auf die einmal wegweisende Definition von Jürgen Habermas, der darauf hinwies, dass es in den Bewegungen der »Zivilgesellschaften« zunächst um Arenen der konstruktiven Kritik der herrschenden Systeme ging. Diese Kritik, wie auch die Konstruktion von Alternativen, war zugleich aber »lebensweltlich« verankert in den Erfahrungen, den Bedürfnissen und Hoffnungen der von systemischer Macht betroffenen Lebenszusammenhänge: »Den institutionellen Kern (von Zivilgesellschaft) bilden jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern.« (Habermas 1992: 431)

Für Habermas entwickeln »Zivilgesellschaften« offensive wie defensive Verantwortung, wenn es gilt,

- »Themen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz aufzubringen,
- Problemstellungen zu definieren,
- Beiträge zu Problemlösungen zu liefern,
- neue Informationen beizusteuern,
- Werte anderes zu interpretieren,
- gute Gründe zu mobilisieren, schlechte zu denunzieren,
- um so einen breitenwirksamen Stimmungsumschwung herbeizuführen,
- die Parameter der verfassten politischen Willensbildung zu verändern
- und zugunsten bestimmter Politiken Druck auf Parlamente, Gerichte und Regierungen auszuüben.«

Aber gegenüber der Macht politisch-administrativer »Systeme« scheinen zivilgesellschaftliche Akteure eher »schwach« aufgestellt, auch wenn ihre Schwäche oft zur Stärke werden kann.

So erzeugt die aktive Öffentlichkeit zivilen Engagements ein diskursives »Vibrieren« und – »dann verändern sich die Kräfteverhältnis zwischen Zivilgesellschaft und politischem System«.

Die in verbandspolitischen Konstruktionen wie der *Kulturpolitischen Gesellschaft* geleistete »Institutionalisierung von Dauerreflexion« (Helmut Schelsky 1957) aber kann dieses »Vibrieren« derart verstärken, dass kulturell etwas »in Bewegung« kommt. So ist die Akzentverschiebung von der traditionsreichen »Bürgergesellschaft« zur zukunftsoffenen »Zivilgesellschaft« nicht nur ein modischer Begriffswechsel, sondern zugleich ein Schritt zu »Wegen in eine andere Moderne«, die bewusst abweichen von den klassischen Mustern bürgerlicher Modernität.

»Bürgergesellschaft« definierte sich »zwischen Markt und Staat« als die eher private Sphäre der Handlungs- und Vereinigungsfreiheit freier Bürger. Deren »Freiheit« organisierte sich »jenseits« von Markt und Staat – etwa in der Assoziationsfreiheit des »privaten« Vereinswesens.

»Zivilgesellschaft« setzt den Akzent bewusster auf interaktive Relationen der Begegnung und Auseinandersetzung zwischen kontroversen Positionen und inkongruenten Perspektiven. Die Organisation und Selbstorganisation freien Engagements ist zu steuern in komplexeren Relationen zu den etablierten Institutionen wirtschaftlicher und politischer Macht. Es geht also weniger um den »privaten« Status bürgerlicher Assoziationsfreiheit als um den »zivilen« Mut gerade auch in offener und öffentlicher Streitkultur.

»Zivilgesellschaft« bedeutet dann auch die Durchsetzung komplexer kulturpolitischer und auch kulturwirtschaftlicher Konstruktionen über die demokratische und partizipative Vermittlung einer aktiven Öffentlichkeit. Von den Beteiligten fordert das dann auch den Mut zum Konflikt mit offenem Visier. Dazu gewinnt der Begriff der »Zivilcourage« programmatische Aktualität mit der Forderung, gegenüber jeder Missachtung von Menschenrecht und Menschenwürde öffentlich Widerspruch und Widerstand zu leisten. »Zivilisation« bedeutet dann auch das institutionelle Arrangement, die unterschiedlichen Kräfte in kritische wie konstruktive Beziehung zu setzen. Gefordert ist dann die Sensibilität von Lernprozessen und die Komplexität von Netzwerken. Die Lernprozesse der Selbstorganisation freien Engagements bewegen sich von traditioneller Selbstgenügsamkeit hin zu reflexiver Selbststeuerung: Selbststeuerung – im Kontrast zur Selbstgenügsamkeit der repräsentativen Ehren und Ämter – wird sich dann entwickeln, wenn das Engagement öffentlicher Verantwortung übergeht von der Bewahrung des Beständigen über das Beheben eher punktueller Missstände und Defizite (Selbstregulierung) in die innovative Gestaltung und Steuerung gesellschaftlicher Lebensräume und kultureller Entwicklungsperspektiven.

Literaturhinweise

Bandelow, Volker/Pankoke, Eckart (1990): »Zukunft der Arbeit in kulturellen Beschäftigungsinitiativen«, in: Neuser, Heinz u. a.: *Arbeit, Selbsthilfe und Sozialarbeit*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 44–55

Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt

Pankoke, Eckart/Nokielski, Hans/Beine, Theodor (1975): *Neue Formen gesellschaftlicher Selbststeuerung*, Göttingen: (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 86)

Pankoke, Eckart (1995): »Macht – Geld – Sinn. Kulturelle Dynamik zwischen Markt, Staat und selbstaktivem Engagement«, in: Richter, Reinhart/Sievers, Norbert/Siewert, Hans-Jörg: *Unternehmen Kultur. Neue Strukturen und Steuerungsformen der Kulturverwaltung*, Essen: Klartext, S. 9–27

Pankoke, Eckart (2004): »›Praktische Künste‹ und ›kulturelle Praxis‹. Kulturwissenschaftliche Reflexionen moderner Sinn-Bildung«, in: Jäger, F./Straub. J. (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften II: Paradigmen und Disziplinen*, Stuttgart, S. 16–33

Pankoke, Eckart (2005): »Solidarität, Subsidiarität, Pluralität, Arenen, Allianzen, Agenden »öffentlicher und privater Fürsorge«, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): *Forum für Sozialreformen. Festschrift zum 125 Jahre Deutscher Verein*, Berlin

Schwencke, Olaf/Sievers, Nobert (Hrsg.) (1988): *Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Alfons Spielhoff zum Gedenken*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft

Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1986): *KULTUR 90. Forderungen der Gesellschaft an die kommunale Kul-*

Kurt Eichler

Kultur nach Plan – Struktur- und Steuerungsmodelle der Neuen Kulturpolitik

Zieht man eine Bilanz der Modernisierungsimpulse der Neuen Kulturpolitik, könnte man ernüchtert konstatieren, dass der Prototyp für Führung und Steuerung im Kulturbereich nach wie vor das klassische Intendantenmodell ist. Mitbestimmungsversuche, wie sie noch in den siebziger Jahren die Theaterdebatte bestimmten, sind schon lange nicht mehr *en vogue*, und selbst die diversen Varianten kollektiver Direktorien und Geschäftsführungsgremien sind eher die Ausnahme als die Regel. Dabei ist der Intendant eine feudale Schöpfung: der »Aufseher beziehungsweise Verwalter von Fürstens Gnaden« und in dessen direkter Vertretung mit weitestreichenden Vollmachten ausgestattet – und das nicht nur im Theatersektor; sein Geist weht auch in anderen Kulturinstituten. (Die bürgerliche Gesellschaft hingegen – auf Distinktion bedacht – stattete analog zum aufbrechenden Industriezeitalter das kulturelle Leitungspersonal gerne mit dem Titel des Direktors aus.)

Strukturen waren und sind das Spiegelbild ihrer Zeit. So hat das Intendantenprinzip als kulturpolitisches Führungsmodell in den vergangenen 30 Jahren – sieht man einmal von der in dieser Funktion personalisierten Kunstfreiheitsgarantie ab – durchaus externe Konditionierungen erfahren. Ein Beispiel dafür ist das *KGSt*-Gutachten »Führung und Steuerung des Theaters«, das idealtypisch fünf Leitungsvarianten für dieses Kulturinstitut unterscheidet, wobei alle dem Grundsatz folgen: »Führungskräfte in kommunalen Theatern müssen auch Manager und dürfen nicht ›nur‹ Künstler oder Verwalter sein.« (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung 1989: 34) Es ist nur folgerichtig, dass die Neue Kulturpolitik von Anfang an neben der inhaltlichen Programmatik auch Positionen zur Reform tradierter Organisations- und Entscheidungsstrukturen im Kulturbereich einschließlich der Rolle der kommunalen Kulturpolitik

entwickelte, auch wenn sie in der Öffentlichkeit nicht in dem Maße wahrgenommen wurden wie ihre mit dem gesellschafts- und kulturkritischen Diskurs verbundenen Themen.

Bereits auf seiner Hauptversammlung im Jahr 1973 in Dortmund hatte der *Deutsche Städtetag* einen vielbeachteten Paradigmenwechsel vollzogen. Gegenüber den kommunalpolitischen Prioritäten im Bereich der technischen Infrastruktur und beim Wiederaufbau der Städte nach dem Krieg ging es nun um die Hervorhebung sozialer und kultureller Ziele der städtischen Entwicklung. Ein Ergebnis war die Städtetagserklärung »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung«. Darin wurde gefordert, »das einseitige Überwiegen der Belange des Wirtschaftssystems bei der bisherigen Stadtentwicklung dahingehend zu korrigieren, dass eine gestaltete Stadtumgebung geschaffen wird, in der Arbeit, Wohnen und Freizeit wieder miteinander verbunden werden. Die moderne Stadt ist nicht unvereinbar mit einer persönlichen Umwelt, die die soziale, geistige und kulturelle Entfaltung des Menschen ermöglicht. Diese Verbindung von ökonomischen und kulturellen Zielen lässt sich nur erreichen, wenn Bildung und Kultur zu einem unverzichtbaren Element der Stadtentwicklung werden.« (Stadt und Kultur 1986: 162) So verstand sich die Neue Kulturpolitik anfangs durchaus als Fortsetzung der Bildungsreform und betonte den Zusammenhang von Bildung und Kultur – eine Konnotation, die heute wieder höchstaktuell ist.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Formulierung einer neuen, »alternativen« Kulturpolitik entstanden Anfang der siebziger Jahre auch die ersten Ansätze der Kulturentwicklungsplanung. Vergleichbar der Bildungsplanung, die seit Ende der sechziger Jahre ein zentraler Motor der sozial-liberalen Bildungsreform war, setzten die Protagonisten der Neuen Kulturpolitik auf die vermeidliche Rationalität und Objektivität der Planung, um neue Prioritäten im öffentlichen Kulturangebot, vor allem in den Gemeinden, durchzusetzen. Planung sollte – mit ähnlicher Euphorie wie in anderen Politikfeldern – als Mittel der Veränderung eingesetzt werden. Überdurchschnittliche Kostensteigerungen im Theaterbetrieb waren der Anlass für Überlegungen zu einer Reform und Mittelumverteilung im Kulturbereich, und zwar weg von den »unbeweglichen Kulturapparaten« wie dem Theater, das allein etwa die Hälfte aller städtischen Kulturausgaben beansprucht, hin zu einer »alternativen Kulturarbeit«, deren Konturen seinerzeit allerdings eher vage blieben. Die Denkspiele um die anfangs favorisierte regionale Neuordnung des Theatersystems zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen berührten dabei in hohem Maße raumrelevante Fragen. Kulturpolitik, die etwas verändern wollte, musste sich mit Standortkriterien und Planungsfragen befassen. Über das Thema Kulturentwicklungsplanung erfolgten die ersten Definitionsversuche für eine reformorientierte Kulturpolitik.

Allerdings war der Kulturbereich bis in die siebziger Jahre in der Planungswissenschaft und -praxis eine eher unbekannte Größe, ganz zu schweigen von einer stringenten Planungskonzeption für die systematische und methodische Entwicklung der kulturellen Strukturen oder die schlüssige Einbindung in übergrei-

fende Stadtentwicklungskonzepte. In den damals prosperierenden Planungsbehörden spielte Kultur als Planungsgegenstand keine Rolle. Folgerichtig entstanden – übrigens bis heute – die Kulturentwicklungspläne überwiegend in den kommunalen Kulturverwaltungen selbst anstatt in den klassischen Planungsinstitutionen. Planungsinstrumente wurden so von den Akteuren im Kulturbereich durchaus erfolgreich für kulturpolitische Strategien genutzt.

Die kulturpolitischen Reformvorstellungen trafen auf ein in weiten Teilen verändertes gesellschaftliches Umfeld. Die Forderung nach der »kulturellen Demokratie« sollte durch neue Formen der Vermittlung, aber auch durch neue Inhalte der künstlerischen und kulturellen Arbeit verwirklicht werden. In diesem Kontext hatte die Kulturentwicklungsplanung einen erheblichen Anteil bei der Durchsetzung kulturpolitischer Innovationen sowie soziokultureller Programme und Strukturen in den Kommunen. Insofern verstand sich die Kulturentwicklungsplanung durchaus als ein Instrument kulturpolitischer Modernisierung. Die Kulturetats stiegen, Förderprogramme wurden ausgebaut und neue kulturelle Aufgabenfelder erschlossen. Eine kritische Revision und Veränderung der etablierten Kulturinstitutionen, wie es die Kulturentwicklungsplanung anfangs versprochen hatte, fand jedoch überwiegend nicht statt.

Angesichts eingeschränkter öffentlicher Ressourcen und geringer werdender finanzieller Spielräume der Kommunen und Länder drohte der Kulturentwicklungsplanung schon in den achtziger Jahren ein Funktionsverlust. Zwar war die Kulturförderung zu einem integralen Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung geworden, zunehmend musste die Kulturentwicklungsplanung aber im Rahmen der vorhandenen, zum Teil schrumpfenden Kulturhaushalte stattfinden, ohne diese ausweiten zu können. Die Hauptversammlung des *Deutschen Städtetages* im Jahr 1983 erklärte dazu: »Knappe Kassen verlangen Prioritätensetzung in der kommunalen Kulturarbeit. Städtische Kulturarbeit bedarf eines abgesteckten längerfristigen kulturpolitischen Konzeptes. Notwendig ist eine vorausschauende Planung, die auf mehrere Jahre hinaus einen Rahmen für kulturelle Aktivitäten schafft.« (Stadt und Kultur 1986: 143 ff.)

Anstelle der ursprünglich innovativen Funktion kam der kulturellen Entwicklungsplanung in den achtziger Jahren nun die Aufgabe zu, den kulturellen Bedarf auf die vorhandenen Mittel abzustimmen beziehungsweise bestimmte Leistungen und Förderungen festzuschreiben und zu begrenzen. Gegenüber diesem »Strukturierungsaspekt« (von vorhandenen Mitteln) trat der frühere »Entwicklungsaspekt« (für neue Angebote) der Kulturentwicklungsplanung in den Hintergrund. Damit stellte sich die Frage, ob die Kulturentwicklungsplanung überhaupt noch ein taugliches Instrument kulturpolitischer Modernisierung war und ob die Kulturpolitik nicht auf andere Strategien setzen musste .

Als die *Kulturpolitische Gesellschaft* 1993 in Dortmund mit ihrem Kongress »Blick zurück nach vorn« – Anlass war die Verabschiedung der *Städtetags*-Erklärung »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung« 20 Jahre zuvor – eine kritische Revision der neuen Kulturpolitik unternahm, war die Kulturent-

wicklungsplanung kaum noch ein Thema. Die gesellschafts- und kulturpolitische Situation hatte sich grundlegend geändert. Die Folgen der deutschen Einheit und ein nachhaltiger Druck auf die öffentlichen Finanzen führten erstmals zur Infragestellung von Kulturstrukturen. Auch wenn in den vergangenen zwanzig Jahren eine Ausweitung soziokultureller Praxisfelder erreicht werden konnte und das Bürgerrecht auf gleichwertige kulturelle Teilhabe anerkannt war, fragte ein Kommentar: »›Kultur für alle‹ am Ende?« Und der Appell des Kongresses zur »Zukunft der Kulturpolitik in Deutschland« forderte: »Unter dem gegenwärtigen Finanzdruck der öffentlichen Haushalte ist eine bloße Fortschreibung bestehender Strukturen nicht verantwortlich. Auch die etablierten städtischen und staatlichen Kulturinstitute müssen sich den neuen Herausforderungen stellen, sich an Strukturreformen konstruktiv beteiligen. Die Kulturpolitik muss sich an den gewandelten Interessen der Bürgerinnen und Bürgern ausrichten und wird daher neue Prioritäten in der Kulturförderung entwickeln müssen.« (Rettet die Kultur jetzt 1993: 11)

Mit dieser Forderung knüpfte die Kulturpolitik an die Initiativen zu einer grundlegenden Reform der öffentlichen Verwaltung an, die bereits in den siebziger Jahren in den Niederlanden erfolgreich eingeführt und in Deutschland insbesondere von der *Kommunalen Gemeinschaftsstelle* (*KGSt*) des *Deutschen Städtetages* und der *Bertelsmann-Stiftung* nachhaltig vertreten wurden. Dezentrale Ressourcenverantwortung, Produkt- und Leistungsplanung, Budgetierung und Bürgerorientierung waren die zentralen Begriffe, mit denen die öffentlichen Einrichtungen in den Gemeinden effizienter und kundenfreundlicher werden sollten. Im Kulturbereich wurde dieser Paradigmenwechsel dankbar aufgenommen, neue Organisationsstrukturen und Kulturmanagement kamen auf die Tagesordnung. Das »Unternehmen Kultur« hatte Konjunktur, da die überkommenen Verwaltungsstrukturen erneut als Hindernis für eine zeitgemäße Kulturpolitik erkannt worden waren. Der innere Umbau der Kulturverwaltungen avancierte zum neuen Kulturpolitikmodell, von dem mehr Flexibilität im Kulturhaushalt, neue Führungsqualitäten, eine größere Eigenverantwortung der Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter, die Stärkung des Kostenbewusstseins und eine bessere Bürgerzufriedenheit erwartet wurden.

Dabei konnte die Invasion der Unternehmensberatungen, die nun die Kulturverwaltungen und -einrichtungen mit scheinbar kunst- und kulturfremden Handlungsmustern konfrontierten, auf die Kulturschaffenden und insbesondere die institutionalisierten Einzelkämpfer wie ein Schock wirken. »Kulturpolitisch kontraproduktiv ist die Verwaltungsreform, wenn sie technokratisch und unter ausschließlich betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt wird, ohne die Spezifik des kulturellen Feldes, den Eigensinn der Kunst und den kulturpolitischen Auftrag von Kommunen und Ländern zu berücksichtigen. Deshalb gilt es, die Verwaltungsreform einzubinden in eine kulturpolitische Zieldiskussion, in der die Kulturausschüsse, die Parlamente und die Öffentlichkeit zu beteiligen sind«, forderte die *Kulturpolitische Gesellschaft* 1998 in ihrem neuen Grundsatzprogramm.

Entgegen der landläufigen Meinung, dass es sich bei der Verwaltungsreform im Kulturbereich lediglich um ein Rationalisierungsmodell handele, wurde damit ein kulturpolitisches Reformmodell eingefordert. Denn mit Kulturpolitik im eigentlichen Sinne hatte und hat die Diskussion neuer Organisations- und Steuerungsmodelle mehr zu tun, als oft in Politik und Verwaltung vermutet wird. Dabei haben diese neuen Herausforderungen durchaus auch ein »neues Interesse an der Kultur« befördern können. Denn nicht selten waren und sind es die Kultureinrichtungen, die als »Pilotprojekte« den Verwaltungsreformprozess in den Kommunen durch die Erprobung neuer Betriebsformen und Steuerungsverfahren vorangebracht haben.

Zweifellos ist das »Unternehmen Kultur« als neues Kulturpolitikmodell Ausdruck einer Gradwanderung zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Allein aus diesem Grunde wäre es fatal, die politische Diskussion über Kultur als öffentliche Aufgabe zu Gunsten einer überwiegend wirtschaftlichen oder organisatorischen Betrachtung zu vernachlässigen. Denn auch wenn die These vom »gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs der Kultur« angesichts der desaströsen Situation öffentlicher Kulturhaushalte und des Stellenwerts der Kulturpolitik im kommunalen Bereich als Schimäre erscheinen mag, hat diese Aussage eine materielle Basis. Seit den siebziger Jahren ist parallel zur erheblichen Ausweitung des Kulturangebotes in öffentlicher und privater Trägerschaft auch eine zunehmende Diversifizierung und Differenzierung des Kulturspektrums festzustellen. Neben den etablierten Kultureinrichtungen ist nicht nur eine neue Infrastruktur kultureller Orte entstanden, sondern ebenso ein Netz neuer Trägerorganisationen im freien Kulturbereich und in der Soziokultur. Und unübersehbar haben kommerzielle Anbieter den »Kulturmarkt« besetzt, insbesondere im Event- und Musicalbereich.

Gegenseitige Abhängigkeiten und Synergien zwischen öffentlichem Kultur- und kommerziellem Freizeitsektor können aber auch neue Potenziale für eine »Kultur als Element der Stadtentwicklung« eröffnen. Der oft zitierte »Sekundärnutzen« der Kultur, zum Beispiel für die Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik, ist unbestritten. Damit übernehmen aber auch andere Politikbereiche eine inhaltliche und finanzielle Verantwortung für Kunst und Kultur. Public-Privat-Partnership-Modelle für Kultureinrichtungen, Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements durch ehrenamtliche Mitwirkung und das neue Stiftungsrecht, die Wertschätzung der Kulturwirtschaft und der sogenannten »Kreativen Industrien« sind Ausdruck eines weitergehenden kulturellen Paradigmenwechsels. Kulturförderung und -entwicklung als öffentliche Querschnittsaufgabe liegt nicht mehr nur allein in der Verantwortung der Kulturpolitik.

Vor diesem Hintergrund verliert jedoch auch ein Kulturpolitikmodell seine Legitimation, das von einem weitgehenden Monopolcharakter der kommunalen Kulturverwaltungen ausgeht. Eine Neudefinition des öffentlichen Kulturauftrags muss zwingend den veränderten Angebots- und Nachfragesituationen im Kultur- und Freizeitsektor Rechnung tragen und daraus kulturpolitische Initiati-

ven entwickeln. Vor allem in den Großstädten steht die Notwendigkeit einer dynamischen und differenzierten Kulturarbeit mit einer Vielzahl an Einrichtungen und Dienstleistungen im Widerspruch zu zentral-hierarchischen Organisationsmodellen. Durch eine Stärkung der Selbständigkeit der Kulturinstitute und -träger soll deren Eigenverantwortung bei der Aufgabenwahrnehmung gefördert werden. Zielvereinbarungen und Wirksamkeitsdialoge in der Kulturpolitik müssen diesen Prozess begleiten. Eine solche Strategie beinhaltet das Credo, auf langfristige und einheitliche kulturpolitische Festlegungen und Planungen bewusst zu verzichten, jedoch Freiräume für neue Ideen, Initiativen und Aktivitäten auch jenseits der eigenen Claims und tradierten Zuständigkeiten offen zu halten. Dies setzt allerdings ein stärkeres Mitdenken und Einmischen der Kulturverantwortlichen in anderen Fachressorts voraus, als dies bisher geschieht. In diesem Sinne müssen sich vor allem die kommunalen Kulturverwaltungen zu »Transferstellen« für Konzeptionen, Modelle und Projekte, Förderungsprogramme, Zusammenarbeit und Vernetzung entwickeln. Nicht der Auftrag der »Kulturversorgung«, sondern eine vielschichtige »Kulturmoderation« liegt diesem Selbstverständnis zugrunde.

In einer wohlsortierten Kulturlandschaft galt das klassische Intendantenprinzip über viele Dekaden als adäquates Führungsmodell. Vergleichbare »Patentrezepte« für die Struktur- und Organisationsentwicklung konnte und wollte die Neue Kulturpolitik nicht vorlegen. In Zeiten kultureller Unübersichtlichkeit und kulturpolitischer Unsicherheit ist eine solche Strategie weder tragfähig noch übertragbar. Andererseits wären die strukturbildenden Modernisierungsimpulse der vergangenen Jahrzehnte ohne den kulturpolitischen Rückenwind nicht denkbar gewesen. Auch in diesem Feld ist der wesentliche Verdienst der Neuen Kulturpolitik, über ihre Zukunft selbst nachgedacht und eigene Perspektiven entwickelt zu haben, bevor es andere tun, und damit eine »Vorwärtsstrategie« zu formulieren, die Reformen einfordert, ohne sich von der öffentlich verantworteten Kulturpolitik zu verabschieden.

Literaturhinweise

Kommunale Gemeinschaftstelle für Verwaltungsvereinfachung (1989): *Führung und Steuerung des Theaters*, Köln: KGSt

»Rettet die Kultur jetzt! Dortmunder Appell zur Zukunft der Kulturpolitik in Deutschland« (1993), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 63 (IV/1993)

Stadt und Kultur. Arbeitshilfen des Deutschen Städtetages zur städtischen Kulturpolitik (1986), Köln: Kohlhammer (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Heft 55)

Wolfgang Schneider

Von Kulturräumen, Netzwerken und Zweckverbänden

Kommunalpolitische Strategien einer Entwicklungsplanung für Kultur

Die Keimzelle aller Kulturpolitik könnte die Kommune sein. Zumindest haben das viele bisher so gedacht und vieles spricht auch bei genauerer Betrachtung dafür. Und außerdem macht es Sinn; denn das Leben findet in der Gemeinschaft statt und Kultur ist untrennbar mit kommunaler Entwicklung verbunden. Das ist schon lange so. Die Kirche im Dorf, der Marktplatz für kulturellen Import und Export, die Stätten der Versammlung, der Selbstdarstellung, die Feste und Feiern im Freien wie in eigens hierfür geschaffenen Räumlichkeiten prägten und prägen das kulturelle Leben der Kommune. Der *Deutsche Städtetag* behauptete sogar einmal: »Stadt ist Kultur!« Und in der Tat begründen die Unverwechselbarkeit der Stadt topographische und bauliche Authentizität und Originalität, in der sich vor allem ihre kulturelle Geschichtlichkeit spiegelt. Die Identität der Stadt resultiert aus einer Vielzahl sozialer und kultureller Eigenschaften und Leistungen ihrer Bürger. Erst die Verbindung dieser Eigenschaften und Leistungen mit der individuellen Stadtgestaltung ermöglicht die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt.

Eine kommunale Entwicklungsplanung stellt deshalb auch die kulturellen Maßnahmen in den Mittelpunkt der Betrachtungen. In einer Verbindung von Stadt- und Landschaftsgestaltung kann sie den Lebensraum der Region – zu der die einzelnen Städte und Gemeinden längst zusammengewachsen sind – kulturell durchdringen, sie kann sogar selbst als eine »Kunst« im weiteren Sinne wirken. Von einer Kulturlandschaft könnte dann die Rede sein, in der Wohnen und Freizeit, Leben und Arbeit, Bildung und Kultur nicht voneinander getrennt sind, ein ganzheitlicher Ansatz, der einer Planungskultur im besten Sinne des Wortes voranstehen sollte.

Es geht also um das Zusammenwirken kulturellen Engagements, um das Zusammenbringen von Kulturschaffenden und um das Zusammenfassen von kulturellen Aktivitäten. Was das Netzwerk für den Stadtteil, kann das Kulturbüro für die Stadt sein. Und was das Kulturbüro für die Stadt, das ist das »Gemeinsame Kultursekretariat« oder die »Kulturregion e. V.« für die kulturelle Vernetzung benachbarter Städte.

Eine Region ist, wie in der »Erklärung von Bordeaux« des Europarates von 1978 festgestellt wird, »eine menschliche Gemeinschaft, die innerhalb der größten gebietsmäßigen Einheit eines Landes lebt. Eine solche Gemeinschaft ist gekennzeichnet durch eine geschichtliche oder kulturelle, geographische oder wirtschaftliche Homogenität oder eine Kombination dieser Kennzeichen, die der Bevölkerung eine Einheit verleiht in der Verfolgung gemeinsamer Ziele und Interessen.« (www.coe.int.de) Das territoriale Regionenverständnis aus europäischer Sicht ist in Deutschland an einigen Stellen schon verwirklicht. Großstädte gehören ebenso dazu wie die Umlandgemeinden, ländliche Gegenden ebenso wie Industriegebiete.

Netzwerke der Kultur

Neben dem kommunalen Finanzausgleich, der auch die kulturtragenden Städte besonders berücksichtigen kann, wäre die Einbindung des Umlandes durch vertragliche Vereinbarungen zu ermöglichen. So haben sich 17 Gemeinden und Kreise zusammengefunden, um das *Schleswig-Holsteinische Landestheater* mit den drei Standorten Flensburg, Schleswig und Rendsburg zu gründen. Zur Förderung des Kulturdialogs und der Durchführung von Kulturprojekten aus kommunalen und (!) Landesmitteln entstanden zwei Kultursekretariate in Nordrhein-Westfalen, die bundesweit mit Festivals und dezentralen Programmen Aufmerksamkeit erregen. Im Rahmen der Olympiabewerbung der baden-württembergischen Landeshauptstadt entstand die *Kulturregion Stuttgart e. V.*, die jährlich Kulturangebote in ihren mehr als zwei Dutzend Mitgliedskommunen koordiniert und vermarktet.

Andere Beispiele sind der *Arbeitskreis Kultur* eines Sächsisch-Bayerischen Städtenetzwerks, die *Kulturregion Harz*, die *Arbeitsgemeinschaft Kultur* im Großraum Nürnberg oder die *Arbeitsgruppe Kultur* in der Region Schwarzwald. Erstmals operieren solche Kulturregionen auf gesetzlicher Basis seit 1993 in Sachsen. Dort beschloss der Landtag das »Gesetz über die Kulturräume in Sachsen«. Dessen § 1 bestimmt, dass zur Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen ländliche Kulturräume als Zweckverbände gebildet werden sollen; vorrangiges Ziel ist die Unterstützung der Träger kommunaler Kultur bei ihren Aufgaben von regionaler Bedeutung, insbesondere bei deren Finanzierung und Koordinierung. Dabei hat der Freistaat die historisch einmalige Chance genutzt, Kulturpflege als eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise festzuschreiben. Das Gesetz versucht auch eine Lösung des in allen Ballungsräumen anzutreffenden Problems, nämlich, dass die von den Großstädten finanzierten, kostenträch-

tigen Kultureinrichtungen von Besuchern aus den Kommunen des Umlandes stark genutzt, aber von diesen Gemeinden des sogenannten Speckgürtels selten mitfinanziert werden.

Welche Form zur Durchsetzung von Kulturpolitik auf regionaler Ebene auch immer angewandt wird, als Netzwerk, Kulturbüro, Kultursekretariat, Kulturregion oder Kulturraum, die Praxis wird immer an folgenden fünf Kriterien zu messen sein: *Erstens* an den eigenen Ressourcen, *zweitens* an weitgehenden Kompetenzen, *drittens* an den demokratisch legitimierten Entscheidungsabläufen, *viertens* an der Sicherung der Qualität der kulturellen Praxis und *fünftens* an dem Surplus der Angebote, das sich nicht nur über die Addition bestehender Kultureinrichtungen, -programme und -projekte definieren lassen muss.

Alle Modelle der Kulturorganisation täuschen aber nicht über die Tatsache hinweg, dass die Kommunen finanziell nicht mehr in der Lange sind, ihren Aufgaben gerecht zu werden, ohne sich weiter zu verschulden. Die massive und langanhaltende Negativentwicklung im Steueraufkommen lässt Defizite in den Verwaltungshaushalten weniger denn je vermeiden. Verabschieden sich die öffentlichen Hände aber von der Aufgabe, Kultur zu fördern, dann sind die Konsequenzen absehbar: Wenn das kulturelle Leben allein dem Markt und dem Wohlwollen der Nutzer oder Förderer ausgeliefert ist, werden ganze Bereiche verschwinden. Kulturelles Leben wird obsolet. Vor allem wird die Erschließung von Neuland des künstlerischen Ausdrucks keine Chance mehr haben. Schließlich werden jene Bereiche kaum noch existieren können, hinter denen keine Kaufkraft und keine lobbyistische Potenz steht.

Zudem fallen der kommunalen Kulturpolitik neue Aufgaben zu. Neben der traditionellen Trägerschaft kultureller Einrichtungen, dem Angebot mit kulturellen Veranstaltungen sowie der Förderung kultureller Aktivitäten von Vereinen, Verbänden, Organisationen, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen ergibt sich *ein* Arbeitsfeld, das zukünftig größere Bedeutung erlangen könnte: Die kulturelle Innovation. Aufgrund der Dynamik des raschen gesellschaftlichen und kulturellen Wandels einerseits und der auf Kontinuität angelegten Arbeit (und damit leider häufig verbunden Unbeweglichkeit) größerer kommunaler Kulturinstitutionen kommt andererseits der kommunalen Kulturpolitik häufig die Rolle einer »kulturellen Innovationsagentur« zu, die neue Impulse gibt und Schwerpunkte setzt; sie muss deshalb nach neuen Wegen suchen und Strukturveränderungen oftmals auch gegen widerstrebende Interessen der Institutionen durchsetzen.

Das Gesetz des Kulturraums

Das »Sächsische Kulturraumgesetz« ist den bundesweit einmaligen Weg gegangen, kulturelle Substanz zu erhalten und neue, leistungsfähige Organisationsstrukturen zu etablieren. Das versuchte auch die vom 15. Deutschen Bundestag eingesetzte *Enquête-Kommission »Kultur in Deutschland«* zu würdigen. In ihrem Tätigkeitsbericht vom 15.11.2005 ist auf den Seiten 136 bis 146 über »Kultur in Bal-

lungsräumen und im Umland sowie in ländlichen Regionen« zu lesen. (2005) Das Modell der Umlandfinanzierung funktioniert auch nach der Überzeugung aller im sächsischen Landtag vertretenen Fraktionen und der meisten beteiligten Kommunen und Landkreise. Es findet im Tätigkeitsbericht eine ausführliche Darstellung und erfährt in einer Schlussbemerkung folgende Einschätzung: »Verlässlichkeit der Finanzierung, Veränderungsoffenheit der Strukturen und Transparenz der Entscheidungswege sind die wesentlichen Qualitätsmerkmale interkommunaler Zusammenarbeit, die ihrerseits für eine lebendige Kulturentwicklung in Stadt und Land unerlässlich ist.«

Herauszustellen ist auch, dass mit dem »Sächsischen Kulturraumgesetz« nicht nur die Aufrechterhaltung einer kulturellen Infrastruktur ermöglicht wird, sondern auch die Partizipation vieler Beteiligter. Die demokratischen Spielregeln werden gepflegt, neben dem Kulturkonvent mit den Bürgermeistern und Landräten gibt es den Kulturbeirat mit den Experten der förderfähigen Sparten. Darüber hinaus engagieren sich ehrenamtliche Facharbeitsgruppen, die zur Einbindung von vielen hundert interessierten Personen in Sachsen geführt haben. Auch das ist in dieser Konsequenz einmalig in Deutschland! Die Vorreiterrolle, die das Sächsische Kulturraumgesetz für die Kulturpolitik in der Bundesrepublik spielt, kann auch genutzt werden, um über Förderrichtlinien und Förderschwerpunkte in den einzelnen Kulturräumen wieder neu nachzudenken. Die Fortsetzung dieser Form von Ordnungspolitik erscheint sinnvoll, sinnvoller zumindest als die politischen Initiativen in einem anderen Land. (www.sachsen.de)

Ein Zweckverband für die Kultur?

Nachdem der Staatsgerichtshof das Ballungsraumgesetz für das Rhein-Main-Gebiet für rechtens befunden hat, soll ein Zusammenschluss »zur Wahrnehmung der Aufgabe der Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung« erfolgen. Mit einer so genannten Dringlichkeitserklärung hat die hessische Landesregierung der Bildung eines *Zweckverbandes Kultur* den Weg bereitet. In seiner Regierungserklärung vom 13.7.2005 begründete der hessische Ministerpräsident den Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung mit dem Argument, dass die Region um Frankfurt am Main mit Paris, New York und London wettbewerbsfähig gemacht werden müsse. »Wir wollen den Stellenwert als Kulturregion dem Stellenwert, den diese Region als internationaler Netzknotenpunkt, als internationaler Marktplatz, als internationaler Finanzplatz hat, anpassen«, sagte er. Roland Koch will die 75 Umlandgemeinden an der Finanzierung von bedeutenden Kultureinrichtungen beteiligen und hat deshalb eine Liste mit so genannten »Leuchttürmen« erstellen lassen, die unter anderem folgende Kriterien zu erfüllen haben: Internationales oder nationales Angebot und Ansehen, mindestens 50 000 Besucher per anno, davon wenigstens 20 Prozent »Fremdbesucheranteil«. 33 Kulturangebote wurden ausgewählt, 24 davon in der Main-Metropole; darunter die *Alte Oper*, das *Städtische Kunstinstitut* und das *Künstlerhaus Mouson-*

turm. Offenbach ist mit dem *Klingspor-* und dem *Deutschen Ledermuseum* vertreten, Hanau mit den »Brüder Grimm-Märchenfestspielen« und dem *Historischen Museum Schloss Philippsruhe*. Außerhalb Frankfurts wurde man noch in Neu-Isenburg (*Hugenottenhalle*) und Rüsselsheim (*Stadttheater*) fündig und entschied sich auch für den »Bad Homburger Sommer«, den »KreisStadtSommer« in Hofheim sowie für die »Burgfestspiele« in Bad Vilbel.

Basis des landespolitischen Vorhabens sind zwei Gutachten, die unter kulturpolitischen und finanzwissenschaftlichen Gesichtspunkten Vorschläge für eine »inhaltliche Neupositionierung« und »strukturelle Optimierung« unterbreiten. (www.hessen.de) Christoph Stölzl, kurzzeitiger Kultursenator von Berlin, plädiert in seiner Erörterung für eine gemeinschaftliche Verantwortung für einen europäisch bedeutsamen und weltweit konkurrenzfähigen Metropolenraum und regt an, in der Kultur nicht nur den Status Quo zu finanzieren, sondern auch die »Landschaft mit Leuchttürmen« auszubauen: »Stärken stärken!« Stefan Pfäffli von der *Hochschule für Wirtschaft* in Luzern hat dagegen empirisch untersucht, wer welche Kulturangebote in der Region nutzt, leitet davon Überlegungen zur »Verteilungsgerechtigkeit« ab und entwickelt daraus ein Modell der Finanzierung eines Pflichtverbands Kultur. Auf der Grundlage der quantifizierten Besucherströme hätte die Stadt Oberursel im Taunus rund zwei Millionen Euro jährlich in den Zweckverband zu zahlen, die Stadt Mühlheim am Main eine Million, die Stadt Mörfelden-Walldorf im Kreis Groß-Gerau noch eine halbe Million und selbst kleinste Kommunen wie Neu-Anspach im Hochtaunuskreis oder Florstadt im Wetteraukreis müssten noch Beträge zwischen 24000 bis 168000 Euro für die Nutzung der regionalen Kultur-Leuchttürme berappen.

Das ist nicht unumstritten. Die *SPD* hat flugs ein »Bündnis gegen kulturelle Zwangskooperation« geschmiedet und der damalige sozialdemokratische Oberbürgermeister von Offenbach, Gerhard Grandke, rechnete vor, dass er keinen Spielraum mehr für die kommunale Kulturförderung habe: »Für meine Stadt würde das bedeuten, dass wir mit 4,2 Millionen Euro den Frankfurter Kulturhaushalt subventionieren.« (*Frankfurter Rundschau*, 12.7.2005) Das sei praktisch der gesamte Offenbacher Kulturetat. Für eigene Kultureinrichtungen bleibe dann kein Cent mehr übrig. Das Offenbacher Stadtparlament hat bereits beschlossen, gegen eine Zwangs-Abgabe zu klagen. Aber auch *CDU*-regierte Kommunen schließen sich dem Protest an. Und selbst die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth reagierte kritisch auf die Ankündigungen ihres Parteifreundes Koch. Die Stadt sei nicht bereit, die Bühnen und Museen in das Eigentum des Zweckverbandes zu übergeben. Auch kleinere Städte und Gemeinden kämen an ihre Grenzen. Einerseits wenden sie selbst nur eher bescheidene Mittel für die Kultur auf, andererseits werden sie aber von der Kommunalaufsicht bei der Genehmigung des Haushaltes stetig darauf hingewiesen, die sogenannten freiwilligen Leistungen (für Kultur) zu kürzen.

Ein Sammelsurium von Kultureinrichtungen?

Wer das Gutachten des *CDU*-Mitglieds Stölzl genauer liest, wird vielerlei Ungereimtheiten feststellen, die bewusst oder unbewusst dazu beitragen, die Position des Auftraggebers zumindest zu konterkarieren. Das von ihm ins Spiel gebrachte kulturpolitische Engagement in München, um sich gegen Berlin (zum Beispiel mit der *Pinakothek der Moderne*) zu profilieren, basiert auf einer massiven Finanzierung durch den Freistaat. Die Idee eines Metropolenfonds ähnlich dem *Hauptstadtkulturfond* ist nachvollziehbar, aber nur durch Landesmittel zu erreichen. Auch die Alternative einer *Kulturstiftung Metropolenregion Rhein-Main* setzt andere Akzente – demokratischere allemal. Stölzl spricht in diesem Zusammenhang auch von der »Trägerschaftsbeteiligung« des Landes und weist auf ein Desiderat der hessischen Kulturpolitik hin, die zwar die ehemaligen Residenzstädte Wiesbaden, Darmstadt und Kassel mit staatlichen Mitteln stattlich berücksichtigt, die Kultur der Freien Reichsstadt bisher aber nur bescheiden fördert. Während Stölzls Gutachten genügend Potenzial für den Diskurs anbietet und übrigens an keiner Stelle dem geplanten Zweckverband eine alleinige Präferenz beimisst, wird das Gutachten Pfäfflis zu Recht kritisiert, da er mit seinem Zahlenmaterial eher nicht zu einer praktikablen Handlungsempfehlung beitrage. Der Untersuchungszeitraum sei zu kurz gewesen und was wäre – so fragte der Vorsitzende der *Fraktion Bündnis 90/Die Grünen* im hessischen Landtag, Tarek Al-Wazir – was wäre, wenn just an jenen Tagen der empirischen Erhebung die Landfrauen aus Wöllstadt mit zwei Bussen vor dem *Frankfurter Volkstheater* vorgefahren wären? Die ironisch-polemische Anmerkung macht auf das Zufälligkeitsprinzip der Daten aufmerksam. Ungeklärt bleibt auch die Tatsache, dass bis zu einem Viertel der Besucher der Kultureinrichtungen in Frankfurt aus dem Ausland kommen (40 Prozent im *Goethe-Haus*) oder bis zu 10 Prozent aus dem übrigen Deutschland (20 Prozent im *Naturmuseum Senckenberg*). Und wie steht es um die sicher auch in Luzern gelehrte Umwegrentabilität von öffentlicher Kulturförderung? Erwiesenermaßen hinterlässt das Kulturpublikum neben den Eintrittsgeldern auch reichlich Euro vor Ort für Essen und Trinken, meist auch für Souvenirs und Merchandisingprodukte, aber ebenso für Verkehrsmittel und Hotels. Der schon erwähnte Oberbürgermeister aus Offenbach verlangt in diesem Zusammenhang gar die Beteiligung des Umlandes an der Frankfurter Gewerbesteuer, da die Pendler aus dem Rhein-Main-Gebiet ja an der Wertschöpfung der Kernstadt beteiligt seien.

Leuchttürme versus kulturelle Daseinsvorsorge?

Ein Zweckverband für die Kultur muss sich andererseits fragen lassen, was das Surplus eines solchen Unternehmens sein kann, was neu wird und anders außer eines ökonomischen Transfers. Welche Rolle spielt der Erhalt kultureller Infrastruktur, die von Koch und Stölzl in Regierungserklärung und Gutachten sogar ausdrücklich erwähnt wurde? Der *Deutsche Kulturrat* fordert eine »kulturelle Da-

seinsvorsorge« und die *Kulturpolitische Gesellschaft* diskutiert eine »kulturelle Grundversorgung«. Wie finden solche Überlegungen jenseits von »Leuchttürmen« Eingang in die Konzeption des Zweckverbandes? Wo werden all die Besucher ausgebildet, um die Kultureinrichtungen mit Ertrag nutzen zu können? Kulturvermittlung findet doch auch in den mittleren und kleineren Kommunen statt, in der Schule und in der Erwachsenenbildung, in den Musik- und Jugendkunstschulen, in den Heimatmuseen und Gemeindebüchereien. Von einem diesbezüglichen Netzwerk ist nicht die Rede, eine solche Verschränkung von Soziokultur und Hochkultur ist nicht Gegenstand der Diskussion. Dient der Zweckverband also tatsächlich der Zukunftssicherung der Kulturlandschaft Rhein-Main? Kultureinrichtungen bedürfen nicht nur der Finanzierung, zunehmend bedarf es auch einer Kulturpolitik der strukturellen Reform, des Umbaus und der Neuorientierung. Wie weit muss der Zweck des Verbandes in diesem Sinne definiert werden? Welche Auswirkungen haben die finanziellen Belastungen in der kommunalen Kulturfinanzierung, die zu einem beachtlichen Teil Projekte fördern, die ganz bedeutsam auch von ehrenamtlicher Arbeit geprägt sind? Und schließlich: Gibt es nicht andere Modelle, die auf freiwilliger Basis eine Kulturregion zusammenhalten?

Es gibt viele Möglichkeiten, Kultur zu koordinieren, Kultur zu finanzieren, Kultur zu ermöglichen. Und es besteht in der Tat Bedarf – regional und überregional. Braucht eine Region wirklich fünf Opernhäuser, die zum Teil mit dem gleichen Repertoire um die Gunst des Publikums buhlen? Andererseits: Braucht es nicht mehr Kulturangebote für Kinder und Jugendliche, die heute ebenso ein Recht auf Kunst haben wie Erwachsene und nicht nur die Besucher von morgen sein wollen? Die hessische Kulturpolitik ist in Bewegung geraten. Doch allzu viel wird über den Zwang polemisiert, als über den Zweck nachgedacht. Allzu sehr steht die Finanzierung im Mittelpunkt der Debatte, als dass über Stärken und Schwächen der Kulturangebote reflektiert wird. Noch immer liegt ein anderes Gutachten in der Schublade der hessischen Staatskanzlei: der Bericht einer unabhängigen Kulturkommission aus der letzten Legislaturperiode. Darin ist inhaltlich und nicht formal-juristisch aufgelistet, was das Land zu tun habe in Sachen Kunst und Kultur. Die wesentliche Aussage ist: Der Staat muss sich stärker um die Förderung von Kulturvermittlung kümmern.

Kulturvermittlung als Querschnittsaufgabe

Am 26.11.2005 war in der Zeitung *Die Welt* ein Beitrag unter dem Titel »Flucht ins Amusement« zu lesen, der sich mit den Ergebnissen des »Achten Kulturbarometers« des *Zentrums für Kulturforschung* beschäftigte. (Keuchel 2005) »Das Land der Dichter und Denker ist ein Land geworden, in dem man für die Kultur nicht mehr in den Krieg zieht. Auch ist es nicht mehr die Zugehörigkeit zu einer Sprachgemeinschaft im Sinne Herders, die Deutschtum charakterisiert, sondern überwiegend die Aussicht, von der Kultur möglichst gut unterhalten zu werden. Zwar

würde jeder zweite Bundesbürger seinen Kindern nicht von einem künstlerischen Beruf abraten. Deren Anstrengungen und kulturellen Ergebnisse aber hat sich im vergangenen Jahr nicht einmal jeder Zehnte auch nur ein einziges Mal angesehen. So lauten zumindest die ernüchternden Antworten zur Häufigkeit des Besuchs von Musikveranstaltungen. Auch Pop und Volksmusik erzielen nur wenig bessere Ergebnisse. Vor allem die Musik, die doch von so vielen Deutschen als Inbegriff der Kultur verstanden wird, findet kaum noch Anteilnahme. Wie dramatisch die Lage ist, erfuhr die *Deutsche Orchestervereinigung* durch den Vergleich der aktuellen Zahlen mit älteren Erhebungen. Danach hat sich die Zahl der bis zu 40-Jährigen, die wenigstens einmal pro Jahr die Oper besuchen, seit 1965 mehr als halbiert.« Soweit *Die Welt*.

In vielen Bereichen werden die Ergebnisse der Studie ohnehin nur durch den massiven Kulturkonsum der über 65-Jährigen geschönt. Noch nie verfügte eine Rentnergeneration in Deutschland über so viel Zeit, Geld und gute Gesundheit, um sich ihren kulturellen Vorlieben zu widmen. In der Generation der heutigen Eltern dagegen findet die sogenannte »E«-Kultur immer weniger statt.

Die Vergreisung des Publikums muss Kulturpolitiker aufschrecken lassen. Die Erkenntnisse der Publikumsforschung, wenn es sie denn tatsächlich in unserem Lande gäbe, müsste zu Konsequenzen in der Kulturförderung führen. Dabei geht es nicht darum, den Alten etwas zu nehmen, sondern vielmehr den Jungen etwas zu geben. *Audience development* bei unseren Nachbarn in Großbritannien, ein *Kunstenplan* wie in den Niederlanden oder eine *Médiation Culturelle* der Franzosen sind Desiderate in Deutschland. Kulturvermittlung wäre als Querschnittsaufgabe in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Kulturpolitik zu stellen.

Ihr zentrales Anliegen müsste daher sein, Menschen durch den Umgang und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu befähigen, ein selbstbestimmtes und sinnerfülltes Leben zu führen. Kulturelle Bildung wird in diesem Zusammenhang immer wieder als eine wichtige Voraussetzung für Identifikation und Partizipation genannt. »In einer rasant entwickelten Gesellschaft hat kulturelle Bildung einen hohen Stellenwert«, behauptet die Kulturpolitikerin Carmen Emigholz aus der Bremer Bürgerschaft. »Sie entscheidet wesentlich über Zukunftsfähigkeit von Menschen und vermittelt neben den klassischen Fähigkeiten wie Lernen, Lesen oder Musizieren auch Kreativität, Kommunikationsbereitschaft und Toleranz.« (Sozialdemokratische Gemeinschaft … 2003) Festzustellen ist allerdings, dass trotz aller politischer Beteuerungen – es könnte an dieser Stelle noch reichlich aus weiteren Sonntagsreden zur Aufgabenbeschreibung von Kulturpolitik zitiert werden – ebenso ein gravierendes inhaltliches Defizit in der kulturellen Bildung zu konstatieren ist, wie das Desiderat ihrer Umsetzung in die kommunale Praxis. Auch Essens Kulturdezernent Oliver Scheytt muss bekennen, dass die Kulturpolitik der Städte nicht in der Lage ist, die Aufgabe »Kulturelle Bildung« zu bewältigen. »Für alle Bundesländer sind daher entsprechende Förderungs- und Qualifizierungsprogramme, Curriculae und vor allem klare gesetzliche (Rahmen-)Regelungen einzufordern. Kulturelle Bildung muss grundsätzlich

als Pflichtaufgabe gesetzlich normiert werden, um diesen Bereich aus der Kategorie der Freiwilligkeit herauszulösen.« (Ebd. 2003) Es scheint so, als habe bisher eher das Prinzip der Zufälligkeit die Politik für eine kulturelle Bildung bestimmt, es scheint, dass es immer noch an kulturpolitischen Konzepten mangelt und dass auch das Schnittfeld von Kultur-, Bildungs- und Jugendpolitik noch immer längst überfällige Kooperationen vermissen lässt. Durch die Verknüpfung der Schulen mit den kommunalen Kultureinrichtungen im Sinne von »Schulen ans kulturelle Netz« könnten aber bisher noch nicht genutzte Potenziale ausgeschöpft werden. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit etwa zwischen Trägern der kulturellen Kinder- und Jugendbildung und Ganztagsschulen wäre die Lernkultur der Schulen in Richtung mehrdimensionale Bildung zu verändern. Durch die Verabredung von Zielvereinbarungen mit den Kultureinrichtungen könnte ein Arbeitsschwerpunkt Kulturvermittlung etabliert werden, der jenseits von Marketingstrategien oder Öffentlichkeitsarbeit grundlegende Angebote als selbstverständlichen Bestandteil der Kulturförderung integriert. Dazu bedarf es kommunaler Netzwerke über vereinzelte Projekte hinaus. Denn in der Kinder- und Jugendkulturarbeit sind die Akteure mindestens schon Koordination gewöhnt, gelegentlich auch erfahren in Kooperationen, eher selten politisch gestützt durch Konzeptionen. »Zumeist entstehen kommunale Netzwerke – zunächst eher informell – durch die Umsetzung konkreter Projektideen, manchmal legitimieren sich diese mittlerweile durch kommunale kulturpolitische Leitlinien (wie in Essen) oder gehen zurück auf ausdrückliche politische Beschlusslagen zur fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit (wie in Düsseldorf), selten existiert in Kommunen ein ›Gesamtkonzept Kinder- und Jugendkulturarbeit‹ (wie in München).« (Kordfelder 2001) Und dabei wird das Thema Vernetzung im Zuge der Verwaltungsreform, der sich in ihren Auswirkungen auch die Kulturarbeit nicht entziehen kann, immer wichtiger, denn zunehmend werden Kulturschaffende mit der Notwendigkeit von Kooperationen konfrontiert. Kulturvermittlung wird deshalb die vordringlichste kulturpolitische Aufgabe bleiben. (Schneider 2005)

Um die Finanzierung einer Kulturlandschaft dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es einer Politik, die die Rahmenbedingungen schafft, aber auch Reformen einleitet. Es gilt, die Kunst und Kultur im Lande strukturell zu sichern und Entwicklungspotenziale in der kulturellen Praxis zu nutzen. Zum Beispiel, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen und mit Kulturvermittlung Akzente zu setzen; zum Beispiel in der Verknüpfung von Schule und Kultureinrichtungen, um ein breites Curriculum für ästhetische Bildung zu konstituieren, und zum Beispiel durch Strukturveränderungen in den Kulturbetrieben, um mit den gleichen Mitteln dauerhaft ein Mehr an Kunst zur Verfügung stellen zu können. In einigen Kommunen und Regionen sind in Sachen Kultur die Weichen gestellt und funktionierende Netzwerke geschaffen. Doch gibt es noch viel zu tun, um möglichst viele teilhaben zu lassen an kontinuierlicher und qualitätsvoller Produktion, Distribution und Rezeption von Kunst und Kultur.

Literatur

Enquête-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (2005): *Tätigkeitsbericht. 15. Wahlperiode*, Berlin (www.bundestag.de)

Keuchel, Susanne (2005): *8. Kulturbarometer des Zentrums für Kulturforschung*, Bonn (www.kulturforschung.de)

Kordfelder, Angelika (2001): »Kommunale Netzwerke. Kinder- und Jugendkulturarbeit im Schnittfeld von Schule – Kultur – Jugendhilfe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* Heft 94 (III/2001), S. 82–85

Schneider, Wolfgang (2005): »Die Kunst, Kindern die Künste zu vermitteln. Ästhetische Bildung als kulturpolitischer Auftrag«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Bonn/Essen

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hrsg.) (2003): *Menschen brauchen Visionen. Neue Anforderungen an die kommunale Kulturpolitik*, Berlin

Bettina Heinrich

Konkurrenz und Kooperation

Zur Veränderung von Realitäten und Relationen in der Stadt- und Kulturpolitik

Fragt man deutsche (und »neue«) KulturpolitikerInnen nach dem Verhältnis zwischen »Konkurrenz«/»Kooperation« und »Kultur«, so wird voraussichtlich festgestellt werden, dass es eher eine Verbindung zwischen »Kultur und Kooperation/Netzwerk« gibt als zwischen »Kultur und Konkurrenz/Wettbewerb«. Auch wenn dies nur eine Vermutung ist, scheint sie auf der Grundlage lange vorherrschender kulturpolitischer Prämissen durchaus nachvollziehbar beziehungsweise belegbar zu sein. Besonders in den siebziger und achtziger Jahren hatte »Kooperation« in der Theorie und Praxis der Kulturarbeit Hochkonjunktur, denn sie wurde »zunehmend als Erfolg versprechendes Mittel« angesehen, unter anderem weil sie vermochte, dem »bürokratischen Zentralismus entgegen (zu) wirken und stattdessen die Selbstregulationskräfte eines Systems (zu) stärken« (Crummenerl 1991: 44). »Konkurrenz« dahingegen galt eher als genuin ökonomisches, außerhalb der kulturpolitischen Realitäten liegendes Leitprinzip, das sich allenfalls bei der Verteilung von öffentlichen Geldern Bahn brach. Wenn das Prinzip »Konkurrenz« Anwendung finden sollte, dann eher vorsichtig und wohldosiert: »... dabei muss indessen bedacht werden, dass eine gewisse Konkurrenz der Kulturinstitute untereinander im Interesse des Gesamtprofils der Angebote durchaus wünschenswert ist.« (Ebd.: 48)

Blickt man aus heutiger Sicht auf den kulturpolitischen Zeitgeist der neuen Kulturpolitik, so war dieser geprägt von einer recht klaren Zweiteilung der Prinzipien. »Konkurrenz« war eher dem Profit-Bereich systemimmanent und »Kooperation« wiederum wurde als dem Non-Profit-Bereich immanent angesehen. Inzwischen sind beide als parallele – und geradezu verdichtete – Prinzipien in der Realität kulturpolitischen Handelns angekommen.

Vor über 30 Jahren ...,

also zu Beginn der siebziger Jahre, wurde die kommunale Kulturpraxis mit dem Prinzip »Kooperation« regelrecht durchdrungen. Hierbei wurden zwei Kooperationsarenen entwickelt – die innerkommunale und die interkommunale Kooperation. Zur Erinnerung: seinerzeit war die Kulturpraxis in Deutschland eine kommunale; das heißt, es waren vor allem die Städte, die die Kulturbühnen im Lande bespielten. Einerseits entstanden eine Vielzahl von »Kultur und ...« –Politiken; gemeint ist hier: Kultur und Schule, Kultur und Arbeit, Kultur und Wirtschaft et cetera. Andererseits wurden unterschiedliche kulturelle Kooperationsverbünde zwischen Städten gegründet.

Es war die neue Kulturpolitik, die die grundlegendste Voraussetzung für die kooperative Kulturpolitik schaffte – ganz einfach, indem sie Kultur als eigenständiges Politikfeld definierte. Erst als die Kultur als ein autonomes politisches Handlungsfeld anerkannt war, konnte sie sich – sei es kooperativ oder konkurrent – in Beziehung zu anderen Handlungsfeldern setzen. Der Titel der im Mai 1973 verabschiedeten Erklärung des *Deutschen Städtetages* – sie gilt als eine der Geburtsurkunden der neuen Kulturpolitik – spiegelt diese Emanzipation des Politikfeldes Kultur deutlich wider: »Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung« (s. Meyer 1994). Erstmals wurde »Kultur und ...« deutlich formuliert und auch der Grundstein dafür gelegt, was wir später »Kultur als Querschnittsaufgabe« nannten.

Ein weiterer Meilenstein in Sachen Kooperation – hier nun bei der interkommunalen – war die Gründung des *Wuppertaler Kultursekretariats* in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1974 – ein Zusammenschluss aus ursprünglich acht theatertragenden Städten (heute 21 Städte). Sechs Jahre später, 1980, wurde das Pendant der nichttheatertragenden Städte, das *Gütersloher Kultursekretariat* mit 24 Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen (heute 55 Städte). Aufgabe beider Kultursekretariate war und ist die »Förderung der kulturellen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder« – im Einzelnen zum Beispiel die Organisation gemeinsamer Projekte und der Austausch von Produktionen. Die Idee der interkommunalen Kooperation im Kulturbereich wurde übrigens in den folgenden Jahren in unterschiedlichen Variationen weiterverfolgt. Zu nennen sind beispielhaft für die Stadt-Umland-Kooperation die »Kulturregion Stuttgart« und die »Kulturregion Frankfurt Rhein-Main« und für die Kooperation innerhalb eines Flächenlandes das Projekt und Modell »Kulturland Brandenburg«.

Vor über 20 Jahren ...,

im Jahre 1984, anlässlich des zehnjährigen Bestehens des *Wuppertaler Kultursekretariats*, wurden mit dem Projekt »Kultur 90« beide Kooperationsansätze – die innerkommunale und die interkommunale Kooperation – verschmolzen. Insgesamt 32 Städte haben die vielfältigen Spielarten der »Kultur und ...«-Politiken praktisch er-

probt. Hintergrund und Anlass für »Kultur 90« war unter anderem der grundlegende Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen und vor allem im Ruhrgebiet, verbunden mit der Frage, welchen Beitrag die Kultur leisten kann und muss, um diesen zu gestalten; das Projekt lief bis 1988, also insgesamt drei Jahre. »Neu und interessant ist vor allem die Erweiterung des Handlungsfeldes und der Kooperationspartner kommunaler Kulturarbeit, sind die Formen und Wege der Zusammenarbeit, die in den Projekten vor dem Hintergrund der gegebenen und oft eingefahrenen lokalen Bedingungen und Strukturen erprobt wurden.« (Erny u.a. 1988: XII) »Kultur 90« hat in beeindruckender Weise Kultur mit unterschiedlichen Arbeitsfeldern verknüpft und somit auch – dialogisch ausgerichtete – Kooperationsbeziehungen zu Partnern auf- oder auch ausgebaut: sei es innerhalb der Kulturverwaltung, sei es innerhalb der Kommunalverwaltung, zum Beispiel zum Jugendbereich, Schulbereich, Sozialbereich, zur Stadtentwicklung, zur Wirtschaftsförderung oder sei es außerhalb der Kommunalverwaltung zu den Gewerkschaften, zu lokalen Medien, zur freien Szene, zu Vereinen, zu Hochschulen, zur Frauen- und Friedensbewegung, zur lokalen Wirtschaft et cetera. »Kultur 90« verstand sich selbst als »Kulturkooperative«, die einen »interkommunalen Impuls zur Erneuerung der Kulturarbeit« (Richter 1988: XVIII) geben wollte.

Sicherlich wäre es zu kurz gegriffen, die siebziger und achtziger Jahre als eine konkurrenzfreie kulturpolitische Ära zu deklarieren. Dennoch war die zentrale Botschaft von »Kultur 90« mit »Kultur in alle Lebensbereiche« (Schwier 1988: XI), dieses programmatische Ausschwärmen der kommunalen Kultur in ganz unterschiedliche Ecken der Gesellschaft (»Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik«) von der Grundüberzeugung eines partnerschaftlichen und kooperativen Miteinanders getragen. Allerdings wurde dieses Novum noch aus einer eher hoheitlichen Perspektive gesehen: »Weitere Ergebnisse sind: Kooperation mit anderen Ressorts und Interessenpartnern außerhalb der Administration ist geboten.« (Richter 1988: XXIII)

Vor über zehn Jahren ...,

in den späten Achtzigern und frühen Neunzigern kam, unter anderem vor dem Hintergrund des so genannten Kulturbooms die »Ökonomisierungsphase in der kommunalen Kulturpolitik« (Sauberzweig 2005: 157). Damit setzte in den kulturpolitischen Diskussionen ein neuer – eben ökonomischer – Zungenschlag ein. Die bekannten Begriffe wie zum Beispiel »Kultur als Standortfaktor« respektive »Wirtschaftsfaktor«, »Umwegrentabilität«, »neue Steuerungsmodelle«, »Kulturmarketing«, »Kultursponsoring« tauchten auf. Das Kulturmanagement wurde zwar nicht erfunden, aber über zahlreiche neu gegründete akademische Aus- und Fortbildungsgänge professionalisiert, der *Raabe-Verlag* brachte im Jahr 1992 das passende Nachschlagewerk hierzu heraus: das »Handbuch KulturManagement«. Das Land Nordrhein-Westfalen legte im gleichen Jahr als erstes Bundesland einen Kulturwirtschaftsbericht vor und auch die Idee des »Konzern Stadt« wurde erfunden.

Die Instrumente von Betriebswirtschaft und Markwirtschaft hielten Einzug in den – wie es nun hieß – öffentlichen Kulturbetrieb. Hinzukommt, dass in den neunziger Jahren die »Krise des Wohlfahrtsstaates« (Wagner/Zimmer 1997) spürbar einsetzte, die die grundlegende Frage nach der Perspektive öffentlicher Dienstleistungen und sozialstaatlicher Politik aufwarf – die der Kulturpolitik eingeschlossen. Kennzeichnend für diese pragmatische Wende in der Kulturpolitik war letztendlich die Anerkennung der Legitimität ökonomischer Prinzipien – hierzu gehörten auch die Annerkennung von »Konkurrenz« und »Wettbewerb« als kulturpolitische Steuerungsinstrumente.

Es wäre zu kurz gegriffen, die späten achtziger Jahre und frühen neunziger Jahre darauf zu reduzieren, das Prinzip »Konkurrenz« in der Kulturpolitik hoffähig gemacht zu haben. Es wehte auch ein neuer kooperativer Wind. Vor dem Hintergrund der zunehmenden finanziellen Schwäche der öffentlichen Hand einerseits und der aktivierten Zivilgesellschaft andererseits hatten sich neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt – zum Beispiel das Modell der Public-Private-Partnership, das für ein breites Spektrum von Kooperationsmodellen zwischen öffentlicher und privater Hand steht. (Deutscher Städtetag 2003: 10)

Eine besondere Bedeutung hatte sicherlich auch die deutsche Einigung. Mit dem Einigungsvertrag beziehungsweise Artikel 35 wurde das klare Bekenntnis zur staatlichen Verantwortung für den Erhalt der Kulturlandschaft in Ostdeutschland formuliert: ökonomische Überlegungen spielten direkt nach der deutschen Einigung eine untergeordnete Rolle. Dass sich die öffentliche Hand – Bund, Länder und Kommunen gemeinsam – dem Kulturerhalt in den Neuen Ländern verpflichtet fühlten, fand seinen Ausdruck in der Betonung des »kooperativen Kulturföderalismus«.

In den letzten 10 Jahren

Blickt man nun auf die kulturpolitischen Realitäten der letzten zehn Jahre, so wird deutlich, dass sich die beiden Prinzipien »Kooperation« und »Konkurrenz« zunehmend verzahnt haben. Dass dem so ist, ist wenig erstaunlich und geradezu logisch: die Ergebnisse des Kulturbooms, das Mehr an KulturakteurInnen in der Stadt macht es zwangläufig erforderlich, dass diese sich im Stadtraum positionieren – sei es über ein eher kooperatives Miteinander oder ein eher konkurrentes Gegeneinander.

Vor allem diese Tatsache, dass »das Umfeld von Gesellschaft und Kultur wesentlich komplexer und unübersichtlicher ist als in den siebziger Jahren« (Sauberzweig 2005: 161), haben den Kulturraum Stadt und damit das Beziehungsgefüge der KulturakteurInnen in der Stadt grundlegend verändert. Spielten die kommunalen Kultureinrichtungen noch vor drei Jahrzehnten eine – wenn nicht die – entscheidende Rolle auf der städtischen Kulturbühne, so sind es heute drei Partner: erstens die seit den siebziger Jahren wachsende freie Szene, zweitens die seit den neunziger Jahren rasant aufstrebende Kulturwirtschaft beziehungsweise die Kul-

turindustrien und ferner drittens die Kommune selbst. Natürlich trifft diese Entwicklung nicht für alle Sparten zu. Deutlich wird diese auf kommunaler Ebene zum Beispiel im Theaterbereich – neben die Stadt- beziehungsweise Staatstheater und die freien Theater sind in den letzten Jahren verstärkt private Theater/Musicalbühnen getreten. Auch in anderen Bereichen, zum Beispiel Musik und Medien/Neue Medien/Information haben sich die AkteurInnen auf den Kulturbühnen verändert, die kommunalen eingeschlossen. Zwar ist, wie das Positionspapier des *Deutschen Städtetages* betont, »Kultur in der Stadt (ist) schon immer mehr gewesen als Kultur von der Stadt« (Deutscher Städtetag 2003: 9), dennoch haben sich die städtischen Kulturstrukturen eindeutig verdichtet. Hierin liegt eine – im wahrsten Sinne des Wortes – spannende Herausforderung für die kommunale (Kultur-)Politik. Einerseits werben die drei »Player« in den unterschiedlichen Sparten um das städtische Publikum, das heißt, sie treten in Konkurrenz. Andererseits gilt das Leitbild der »kooperativen Kommune« (ebd.), die das einvernehmliche Miteinander der KulturakteurInnen in der Stadt aktiv moderiert. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der das politische Handeln in der Stadt erschwert: das politische Handeln in der Stadt erschwert: Die Grenzen des Verwaltungsraums Stadt stimmen mit jenen des Lebensraums Stadt immer weniger überein. Auf der einen Seite verschmelzen urbane Zentren zunehmend mit umliegenden ländlichen Regionen (z. B. in Berlin), auf der anderen Seite verschwinden die Grenzen zwischen den Städten in urbanen Ballungszentren (z. B. das Ruhrgebiet). Kommunale Politik und kommunale Kulturpolitik müssen also in steigendem Maße den Handlungsraum »Stadtregion« im Blick haben.

Eine komplett neue Dimension erfährt diese Spannung zwischen »Konkurrenz« und »Kooperation« in der Kommunalpolitik, wenn man das lokale und regionale Parkett verlässt und das nationale, europäische sowie internationale betritt. »Die Ökonomie in Deutschland und insbesondere diejenigen der Städte ist eingebunden in internationale Wirtschaftbeziehungen. In diesem Rahmen werden Standortvorteile in globaler Konkurrenz neu gegeneinander abgewogen.« (Häusermann 2005) Das heißt nichts anderes: Der Wettbewerb zwischen Städten und Stadtregionen ist in vollem Gange – und das mit steigender Tendenz. Ein Blick in aktuelle Zeitungen macht dies deutlich. »Wie aus Städten Marken werden« (*Handelsblatt*, 3.2.2006) umschreibt die kollektive Suche der Städte nach Einzigartigkeit, verbunden mit dem Ziel, sich sichtbar in dem Dickicht globaler urbaner Realitäten zu positionieren.

Dass die kommunale Kulturpolitik hier als aktiver Zulieferer für die städtische Standort- und/oder Imagepolitik eine aktive Rolle zu spielen hat, ist bekannt: »Kulturtourismus ist einer der Megatrends« (*Rheinische Post*, 11.10.2005), denn jede dritte Übernachtung in Deutschland entfällt auf eine Großstadt. Die Landeshauptstadt Stuttgart »nutzt ihre Finanzkraft, um in Kultur, Bildung und Kinderfreundlichkeit zu investieren«, denn »Lebensqualität gilt als bester Standortfaktor« (*Financial Times Deutschland*, 26.1.2006). Philip Klaus wiederum betont in der *Wochenzeitung* (17.5.2004) die Rolle der kreativen Kleinstunternehmen und damit

der »coole(n) neighbourhoods« bei der Produktion von Standortvorteilen. Der Hessische Ministerpräsident Koch will mit einer »aparten Mischung aus Großmannsucht und Kleinkrämerei« das »Ballungsraumgesetz« für die Region Rhein-Main vom Dezember 2000 – beteiligt sind 74 Kommunen – auf die Umlandfinanzierung kultureller Einrichtungen anwenden und quasi einen »Pflichtverband Kultur« ins Leben rufen. Ziel der kultur- und stadtpolitisch fragwürdigen Initiative ist die »Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes«, um mit »Paris, London und New York vergleichbar (zu) sein« (Nordhoff 2005).

Der Wettbewerb um Standorte und die Rolle der »Kultur« als Werkzeug sind weder neue Entwicklungen noch neue Themen und stehen schon seit vielen Jahren auf den Agenden der KulturpolitikerInnen und StadtentwicklerInnen – diese warnen einmütig vor der Festivalisierung der Stadtkultur. Neu ist allerdings der Zwang zur Imageproduktion als Kernelement der Globalisierungspolitik (Löw 2006), das heißt, neu ist der Wettbewerbsdruck für Städte auf der inzwischen globalen Bühne. Die letztendliche Frage ist, ob Stadtpolitik es vermag, den »Konflikt zwischen den Bedürfnissen der Bewohner einer Stadt und den Bedürfnissen ihrer vom Event angezogenen Nutzer« (Menden 2005) zu lösen. Hierin liegt sicherlich eine der größten Herausforderungen für Stadtpolitik – nach außen in den nationalen und supranationalen Konkurrenzraum eine offensive Wettbewerbspolitik zu betreiben und nach innen in den Stadtraum eine bürgerInnenorientierte, auf die Interessen der Stadtgesellschaft abgestimmte und auf die Lebensqualität in der Stadt hin orientierte Politik zu entfalten.

Im Kontext der Bewerbungen zur Kulturhauptstadt Europa 2010[1] wurde deutlich, dass viele Städte zumindest versucht haben – via Kultur – genau zwischen diesen beiden Polen eine Brücke zu schlagen – einer nach außen orientierten Imagepolitik und der nach innen wirkenden Identitätspolitik. Ausgangspunkt hierfür waren die jeweiligen, individuellen kulturellen Profile[2] – die Städte haben nach ihrer einzigartigen »kulturellen Identität« gesucht, um hieraus ein europaweit präsentables Image zu kreieren. Ursprünglich waren 16 Städte am Wettbewerb beteiligt – interessant ist somit nicht nur der Aspekt der kulturellen Profilbildung, sondern das große Interesse am Wettbewerb und damit der Bedeutung von »Kultur« als Identitätsfaktor in der Stadt und Imagefaktor für die Stadt. Allerdings sollte nicht verschwiegen werden, dass einige dieser Initiativen wenig nachhaltig waren, das heißt nach dem Ausscheiden aus dem Wettbewerb war die städtische Profilentwicklung via Kultur beendet. Diese Tatsache stützt letztend-

1 Deutschland wird im Jahre 2010 die »Kulturhauptstadt Europa« stellen; die ersten Ausscheidungen fanden in den Jahren 2004 und 2005 statt; zu Beginn des Jahres 2006 waren noch zwei Städte – Essen und Görlitz – im Rennen. Im April 2006 fiel auf europäischer Ebene die endgültige Entscheidung für Essen/das Ruhrgebiet.

2 Beispiele hierfür sind: Karlsruhe als Sitz des Bundesverfassungsgerichts mit dem Thema »Kultur und Recht«, Essen/das Ruhrgebiet als große europäische Transformationsregion mit dem Thema »Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel«, Görlitz als geteilte Stadt (Görlitz-Zgorzelec) mit dem »Brückenthema«, das für die Einschmelzung innereuropäischer Grenzen steht, und die Grimm-Stadt Kassel mit dem Thema »Mythen Märchen und Moderne«.

lich die kritische Bewertung kultur- und kommunalpolitischer Strategien, die auf »Stadtentwicklung durch Events« (Selle 2005) setzen.

Konkurrenz und Kooperation als Strategien der Kulturpolitik

Der chronologische und eher schematische Blick auf die letzten reichlich dreißig Jahre kommunaler Kulturpolitik macht deutlich, dass hier die Prinzipen »Kooperation« und »Konkurrenz« eine dynamische, aber auch mit kulturpolitischen Prämissen geradezu konsistente Entwicklung genommen haben. Der Ausgangspunkt war: um sich überhaupt – sei es kooperativ oder konkurrent – ins Verhältnis zu anderen Bereichen setzen zu können, musste das Politikfeld Kultur als autonomes kommunales Handlungsfeld anerkannt sein. Erste PartnerInnen für die Zusammenarbeit fand die kommunale Kulturpolitik folglich auch in den eigenen Reihen, das heißt auf kommunaler/lokaler Ebene. In einem zweiten Schritt schwärmte das Handlungsfeld »Kultur« in die Region aus – unterschiedliche Spielarten interkommunaler Kooperation entstanden. Mit dem Kulturboom einerseits und der Ökonomisierung der Kulturpolitik andererseits zog das Prinzip »Konkurrenz« in das kulturpolitische Denken und Handeln ein. Es geht nicht darum, ein Schwarz-Weiß-Bild zu zeichnen – hier die von den guten Geistern der Kooperation getragene neue Kulturpolitik der siebziger und frühen achtziger Jahre, da die von den bösen Geistern der Konkurrenz getragene ökonomisierte Kulturpolitik der späten achtziger und frühen neunziger Jahre. Es geht vor allem darum, Entwicklungslinien aufzuzeigen und diese weiterzuverfolgen.

Spätestens ab Mitte der neunziger Jahre werden »Konkurrenz« und »Kooperation« zwei dicht beieinander liegende Handlungsprinzipen in der kommunalen Politik und Kulturpolitik, denn es wurde deutlich: Wir haben erstens die Realität *konkurrenter (Kultur-)Verhältnisse in der Stadt*; wir haben zweitens den immer noch geltenden *Grundsatz der kooperativen (Kultur-)Politik von der Stadt*; und wir haben drittens die *Konkurrenz zwischen den Städten*, die nicht nur, aber auch, mittels Kultur ausgetragen wird. Letztendlich steht kommunale Politik vor einer Art Double-Bind-Situation: städtische Politik will und muss nach innen inklusiv und damit kooperativ sein – das Umland eingeschlossen – und die Stadt will und muss nach außen exklusiv und konkurrent sein.

In einem Punkt spiegelt sich im »konkurrenten« Geschehen auf der städtischen Kulturbühne eine grundlegende kulturpolitische Debatte wider. Gemeint ist das ungeklärte Verhältnis zwischen den beiden Kulturanbietern – der öffentlichen Hand einerseits und der (Kultur-)Industrie andererseits. Nicht zuletzt die im Oktober 2005 auf der 33. Generalkonferenz der *UNESCO* verabschiedete »Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« hat die Dimension der Spannungen zwischen »Kultur als Element der Daseinsvorsorge« und »Kultur als Handelsware«, das heißt zwischen Kulturpolitik und Kulturwirtschaft – letztendlich zwischen Staat und Markt – deutlich gemacht. In der Konvention wird die Legitimität und Notwendigkeit beider Lebens-

welten von »Kultur« völkerrechtlich festgeschrieben – »Being convinced that cultural activities, goods and services have both an economic and a cultural nature ...« Trotz der Betonung des Doppelcharakters wird die Kulturpolitik vor dem Hintergrund der weiterhin aufstrebenden Kulturindustrie nicht umhin kommen, sich sowohl dieser Realität der konkurrenten Verhältnisse zu stellen, als auch die Spielräume des kooperativen Miteinanders auszuloten.

Die Conclusio mag nüchtern klingen, aber die historisch-systematische Annährung hat deutlich gemacht: Je mehr sich der Kulturraum Stadt verdichtete und je mehr es notwendig wurde, städtische Politik zu »entlokalisieren«, desto mehr setzten sich »Konkurrenz« und »Kooperation« als kommunal- und kulturpolitisches Handeln gleichermaßen bestimmende Prinzipien durch. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den veränderten Begrifflichkeiten wider. Aus der sich auf das bilaterale Miteinander beziehende »Kooperation« ist das dichte und multilaterale »Netzwerk« geworden; aus der »Konkurrenz«, bestehend aus einer überschaubaren Anzahl von Gegnern, ist der weitläufige »Wettbewerb« geworden. Dies mag man als (»neue«) KulturpolitikerIn beklagen – man kommt jedoch nicht umhin, sich diesen neuen Realitäten auch kulturpolitisch neu zu stellen.

Literatur

»Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expressions«. Verabschiedet auf der 33. Generalkonferenz der UNESCO«, Paris, 20. Oktober 2005

Deutscher Städtetag (2003): *Kulturpolitik in der Stadt der Zukunft. Positionspapier des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages v. 22. Mai 2003*, Köln

Crummenerl, Klaus (1991): »Kooperation in der Kulturarbeit«, in: Pappermann, Ernst/Mombauer, Michael (Hrsg.): *Kulturarbeit in der kommunalen Praxis*, Köln, S. 43–49

Erny, Richard/Godde, Wilhelm/Richter, Karl (Hrsg.) (1988): *Handbuch Kultur 90. Modelle und Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit*, Köln

Häusermann, Hartmut (2005): »Die Soziale Stadt«, in: *Politik und Kultur*, Januar/Februar 2005

Löw, Martina (2006): »Der Ort der Verführung«, in: *Frankfurter Rundschau*, 24.1.2006

Menden, Alexander (2005): »Die Stadt als Jahrmarkt. Die ›Urban-Age‹-Konferenz tagt in der Londoner City Hall«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.11. 2005

Meyer, Bernd (1994): »Abschied von Illusionen? Zur kulturpolitischen Programmatik des Deutschen Städtetages«, in, Sievers, Norbert/Wagner, Bernd: *Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre neue Kulturpolitik*, Hagen/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag, S. 75–91

Nordhoff, Hans-Bernhard (2005): »Eine aparte Mischung aus Großmannssucht und Kleinkrämerei«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 11–13

Richter, Karl (1988): »Einführung«, in: Erny, Richard/Godde, Wilhelm/Richter, Karl (Hrsg.): *Handbuch Kultur 90. Modelle und Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit*, Köln, S. XVII–XXIII

Sauberzweig, Dieter (2005): *Urbanität und Kultur. Erfahrungen beim Deutschen Städtetag und in Berlin*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Schwier, Hans (1988): »Grußwort«, in: Erny, Richard/Godde, Wilhelm/Richter, Karl (Hrsg.): *Handbuch Kultur 90. Modelle und Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit*, Köln, S. IX, X

Selle, Klaus (2005): »Stadtentwicklung durch Events«, in: *Politik und Kultur*, Heft Juli/August 2005

Wagner, Bernd/Zimmer, Annette (Hrsg.) (1997): *Krise des Wohlfahrtsstaates – Zukunft der Kulturpolitik*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Birgit Mandel

Motivieren und Aktivieren

Kulturpolitische Anreizstrategien für kulturelle Partizipation

Wenn man sich heute mit den programmatischen Schriften der Neuen Kulturpolitik der siebziger Jahre beschäftigt, stellt man, fast mit Erstaunen, fest, dass die dort formulierten Leitziele bis heute nicht an Relevanz verloren haben. Für deren Umsetzung sind jedoch unter den heutigen finanziellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neue Strategien erforderlich.

Ging man in den siebziger Jahren noch davon aus, dass die öffentliche Hand vor allem ein hoch subventioniertes, möglichst flächendeckendes Angebot bereit halten müsse, um Kultur für alle zugänglich zu machen, so ist heute deutlich, dass dieses Ziel über das traditionelle Instrument der finanziellen Förderung von Kultureinrichtungen allein nicht erreicht werden kann. Es müssen differenziertere Steuerungsmechanismen entwickelt werden, um in einer heterogenen Gesellschaft mit einem vielfältigen Kultur- und Freizeitmarkt Menschen gezielt zur Teilnahme an Kultur zu motivieren.

Motivieren und aktivieren meint vor allem eine Politik der Anreizstrategien zur Förderung von Eigeninitiative in einer Bürgergesellschaft. Nur wenn Menschen ein eigenes Interesse an Kunst und Kultur entwickeln, kann ein reiches Kulturleben in Deutschland langfristig gesichert werden.

Wie können Kulturinstitutionen bei ihren Bemühungen unterstützt werden, Kulturinteressierte an sich zu binden und sich neuen Nutzergruppen gegenüber zu öffnen? Wie lässt sich Kultur stärker in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche integrieren? Wie motiviert und aktiviert man auch kulturferne Bevölkerungsgruppen, sich am kulturellen Leben zu beteiligen? Diese Fragen stellen sich heute dringender denn je, wenn Kultur nicht nur Selbstzweck des Kulturbetriebs und Distinktionsmittel für Eliten sein möchte, sondern ihre Bindungskraft für die gesamte Gesellschaft nutzbar gemacht werden soll.

Erfolge der Neuen Kulturpolitik und offene Baustellen

Verkürzt lassen sich die Leitideen der so genannten Neuen Kulturpolitik der siebziger Jahre vor allem unter dem Stichwort Demokratisierung von Kultur fassen. Es ging darum, die kulturelle Partizipation zu stärken, den Begriff von Kultur zu erweitern, Kunst und Alltag stärker zusammen zu bringen, »Kultur für alle und von allen« als wesentliches Element einer Gesellschaftspolitik zu begreifen.

Sicherlich ist es auch der Kraft dieser Ideen und der Leidenschaft der damaligen Akteure zu verdanken, dass wir in Deutschland einen der höchsten öffentlichen Kulturetats weltweit und eine sehr vielfältige kulturelle Landschaft haben. Es gibt unzählige Förderprogramme für den künstlerischen Nachwuchs, es gibt zielgruppenspezifische Angebote in den großen Institutionen, es gibt MuseumspädagogInnen, TheaterpädagogInnen, KonzertpädagogInnen und diverse Einrichtungen kultureller Jugendbildung, befördert durch eine Vielzahl von Lobbyverbänden.

Und dennoch: Zum Stamm-Kulturpublikum gehören mit zunehmender Tendenz fast ausschließlich Höhergebildete (Zentrum für Kulturforschung 1991–2005); die Schwellenängste bei den Niedrig-Gebildeten sind unvermindert hoch, Kultur ist bei den meisten BürgerInnen weit davon entfernt, ein selbstverständlicher Bestandteil des Lebens zu sein.

Der Kulturbegriff in Deutschland ist nach wie vor an der traditionellen Hochkultur orientiert; die Fördersummen für die kulturelle Bildung und die Soziokultur sind im Verhältnis zur Förderung der klassischen Hochkultureinrichtungen wie die Theater, Opern und Museen verschwindend gering, bei abnehmender Tendenz.

Wieso ist Deutschland, trotz der hohen Kultur-Fördersummen und der guten Absichtsbekundungen, vom Ideal einer Chancengleichheit in der kulturellen Partizipation so weit entfernt? Welchen Anteil hat hieran die deutsche Kulturpolitik?

Die Kulturhoheit der Bundesländer hat bislang nicht zu einem produktiven Wettbewerb um besonders innovative Kulturförderkonzepte geführt. Um diesen Wettbewerb in Gang zu setzen bedarf es offensichtlich doch einer nationalen Mission und Anstrengung. Die einzelnen Kommunen, auf denen die größte Last der Kulturförderung liegt, sind allemal überfordert damit, programmatische Leitziele zu entwickeln und diese strategisch durchzusetzen.

Bislang hat die Kulturpolitik vor allem angebots- statt nachfrageorientiert agiert und nicht mit genügendem Nachdruck überprüft, ob und vor allem von wem das von ihr hoch subventionierte Kulturangebot wahrgenommen wird. Ebenso mangelt es an Überlegungen, wie man Menschen motivieren könnte, Kulturangebote zu nutzen. In den öffentlichen Kultureinrichtungen gab es lange Zeit Bedenken gegenüber einer Markt- und Publikumsorientierung, weil diese die Freiheit der künstlerischen Produktion beeinträchtigen könne. So absurd es auf den ersten Blick erscheint, gerade die Ausfinanzierung der Einrichtungen führte dazu, dass diese zum Teil an den Steuern zahlenden BürgerInnen vorbei produzierten. Dadurch wurde öffentliche Kulturproduktion oftmals zum Selbstzweck, ohne

die Interessen und Lebenslagen der BürgerInnen einzubeziehen, ohne um deren Motive und Hemmschellen zu wissen; es reichte, wenn ein Expertenpublikum die Arbeit goutierte oder diese sich als Image- und Prestigefaktor nutzen ließ.

Kulturpolitik tendiert heute mehr zur Rekonstruktion der repräsentativen Kulturpolitik des 19. Jahrhunderts als zu den Idealen der Reformpolitik der sechziger und siebziger Jahre. Mit dem Argument des Prestigezuwachses durch prominente Künstlerstars werden hohe Fördersummen legitimiert, statt sich damit zu beschäftigen, was Kunst und Kultur zum Allgemeinwohl und zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen kann. Kulturpolitische Entscheidungen werden nicht rational getroffen, sondern oftmals nach dem Grad ihrer Medialisierbarkeit; es dominieren Starkult und Symbolpolitik statt Orientierung an Leitzielen.

Steuerungsmöglichkeiten von Kulturpolitik – Anregungen aus anderen europäischen Ländern

Vor allem am Beispiel Großbritannien wird deutlich, wie kulturpolitische Leitlinien strategisch und effizient umgesetzt werden können. Dabei ist vorauszuschicken, dass in Großbritannien sehr viel weniger öffentliche Mittel für Kultur ausgegeben werden, nämlich nur crica 1,6 Milliarden Euro im Vergleich zu circa 10 Milliarden Euro in Deutschland. Das nationale Kulturministerium gibt zentrale Leitlinien der Kulturpolitik vor, die dann vom *Arts Council England*, eine mit Experten aus dem Kultur- und Marketingbereich besetzten Agentur, umgesetzt werden. *Arts Council England* versteht sich nicht als Verwalter öffentlicher Gelder, sondern als »Development Agency«. (www.artscouncil.uk)

Ein zentrales Ziel öffentlicher Kulturförderung in Großbritannien besteht darin, Kultur allen sozialen Gruppen zugänglich zu machen. Dazu stellte die Regierung einen Sechs-Punkte-Plan auf, der unter anderem verlangt, »den Zugang für alle zu einem reichen und variationsreichen kulturellen Leben zu erweitern, das Bildungspotential der nationalen kulturellen Ressourcen zu entwickeln, die Standards kultureller Bildung und kultureller Vermittlung zu erhöhen, sicherzustellen, dass jeder die Möglichkeit hat, im Kulturbereich Talente zu entwickeln, die Rolle von Kunst und Kultur im Kampf gegen soziale Ungleichheit und Ausschluss zu stärken«.

Der *Arts Council* mit seinen neun regionalen Filialen vergibt sämtliche Fördermittel für Institutionen und Projekte und verknüpft diese oftmals mit Wettbewerben für innovative Konzepte, über die die kulturpolitischen Leitideen realisiert werden sollen. Die öffentliche Förderung von Kulturinstitutionen ist grundsätzlich an nachweisbare Bemühungen der Einrichtungen gebunden, vor allem auch sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Dazu hat der *Arts Council* eigene Förder-Programme aufgestellt wie »neighbourhood renewals«, das heißt Kulturarbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen, oder »cultural diversity«, mit dem die kulturelle Beteiligung der verschiedenen, in Großbritannien lebenden MigrantInnen gefördert wird.

In der Jugendkulturarbeit liegt ein deutlicher kulturpolitischer Schwerpunkt. »Wir möchten, dass jedes Kind in England schon in frühem Alter mit hochrangiger Kunst in Berührung kommt und eigene ästhetische Erfahrungen macht«, so dazu das Grundsatz-Statement des *Arts Council*. Dies wird vor allem über eine starke Vernetzung von Kulturarbeit und Schule beziehungsweise Vorschule geleistet. Dazu wurde unter anderem das Programm »Artsmark« eingerichtet als Förderwettbewerb, um *Best-Practise-Beispiele* vorbildlicher Kunsterziehung an Schulen auszuzeichnen. Auch das Programm »Creative Partnerships« versucht in Partnerschaften zwischen Schulen und öffentlichen Kulturinstitutionen sowie privater Kulturwirtschaft kreatives Lernen zu fördern und dadurch SchülerInnen mit professionellen KünstlerInnen und DesignerInnen zusammenbringen.

Schon vor 30 Jahren wurde die Agentur *Arts and Business* eingerichtet als *Public-Private-Partnership* zwischen *Arts Council* und privaten Unternehmen mit Interesse am Kultursponsoring. Die Agentur bietet Beratung im Kultursponsoring für Firmen wie Kultureinrichtungen, bringt diese zusammen und wirkt mit an der Entwicklung gemeinsamer Projekte. Dazu erhält sie unter anderem Fördermittel des Kulturministeriums, mittels derer sie im Rahmen ihres Programms »Pairing Scheme« vorbildliche Partnerschaften zwischen Kultur und Wirtschaft belohnt. Im Sinne eines *matching funds* wird die Sponsoringsumme des Wirtschaftsunternehmens verdoppelt.

Unter dem Titel »New Audiences for the arts« führte der *Arts Council* einen mit 20 Millionen Euro finanzierten *Best-Practise-Wettbewerb* durch, der sich ausschließlich mit der Erschließung neuer Publikumsgruppen für Kunst und Kultur beschäftigte. Die Evaluation des Programms bestätigte: Sämtliche Bevölkerungsgruppen können potentiell für Kunst und Kultur gewonnen werden, wenn Kulturinstitutionen neue, auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtete Wege erfinden, wie sie Kunst entwickeln, präsentieren und kommunizieren. Durch die intensive Publikumsorientierung verflachen künstlerische Programme und Einrichtungen nicht, sondern sie gewinnen im Gegenteil auch in ihrer künstlerischen Arbeit an Qualität. (Siehe Harrach, in: Mandel 2005: 71)

Auch in den Niederlanden gibt es eine gesamtstaatliche Ziel- und Strategieplanung für die Kulturpolitik, die in einem breiten politischen Diskussionsprozess entwickelt wird und dann jeweils für vier Jahre das kulturpolitische Handeln und die Förderstrategien bestimmt.

Der Schwerpunkt der aktuellen kulturpolitischen Strategie unter dem Titel »Cultural Outreach Plan« liegt auf der »Förderung zielgruppenspezifischer Angebote unter besonderer Berücksichtigung von kulturellen Aktivitäten für junge Menschen« und der »sozialen Durchdringung des Kulturbereichs« sowie der »Förderung kultureller Vielfalt« und einer »stärkeren Kundenorientierung von Kultureinrichtungen«.

Die Wirkungen der Maßnahmen werden nach Ablauf dieser Periode entsprechend den Zielvorgaben evaluiert und die Ergebnisse zum Ausgangspunkt des nächsten Schwerpunktprogramms.

Bereits 1997 wurde an den niederländischen Schulen für alle verpflichtend der Unterrichtsgegenstand »kulturelle und kunstsinnige Bildung« eingeführt, der eine neue Qualität und Intensität der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Kultureinrichtungen aktiviert hat. Ein *Voucher-* beziehungsweise *Cultural-Youth-Passport-System* ermöglicht es jedem Jugendlichen in den Niederlanden, kulturelle Veranstaltungen kostenlos oder sehr günstig zu besuchen. Dieses System motiviert die Kultureinrichtungen, attraktive Angebote für junge Leute zu konzipieren und für diese Zielgruppe attraktiv zu bewerben, damit möglichst viele Gutscheine in ihrer Institution eingelöst werden. (Siehe Council of Europe 2005)

Diese kulturpolitischen Steuerungskonzepte basieren auf den Prinzipen der positiven Anreize und des Wettbewerbs um die besten Modelle. Öffentliche Gelder gibt es dann, wenn eine Einrichtung überzeugende Konzepte vorlegt, wie sie spezifische Zielgruppen erreichen will und damit zu den kulturpolitischen Zielvorgaben beiträgt.

Motivieren und Aktivieren als Leitlinien für die Entwicklung neuer kulturpolitischer Strategien in Deutschland

Welche Handlungsmöglichkeiten hätte eine an diesen Leitlinien orientierte Kulturpolitik?

Entwicklung klarer kulturpolitischer Leitziele und Bindung von Fördergeldern an die Realisierung vereinbarter Ziele

Kulturpolitisches Handeln braucht transparente Entscheidungsgrundlagen, damit die bislang übliche Praxis der kurzfristigen, von Stimmungen, Meinungsmache, Starkult und Klientelpolitik geleiteten Entscheidungen in eine langfristige gezielte Förderpolitik überführt werden kann. Nur wenn alle Beteiligten wissen, was mit öffentlicher Kulturförderung erreicht werden soll, können Konzepte entwickelt werden, wie diese Ziele in welchen Zeiträumen realisiert werden. Die Vergabe öffentlicher Gelder an die einzelnen Institutionen sollte grundsätzlich an die Realisierung konkreter, überprüfbarer Ziele geknüpft werden, die in regelmäßigen Abständen auf ihre Aktualität und Relevanz hin verändert werden müssen.

Bei der Entwicklung solcher Leitlinien könnte das Ressort des Kulturstaatsministers eine wesentliche Rolle spielen. Auch wenn es nur mit geringen Mitteln und Befugnissen ausgestattet ist, hat es hohe symbolische Zugkraft und kann für die notwendige mediale, deutschlandweite Aufmerksamkeit sorgen, etwa bei der Initiierung von Modellprojekten und der Ausschreibung nationaler Wettbewerbe für innovative Kulturprojekte.

Auch deutschlandweite Kampagnen für Kultur, wie etwa der bereits erfolgreich stattfindende »Tag des offenen Denkmals«, könnten neue Aufmerksamkeit für Kultur schaffen.

Stärker als bisher könnte der Innovationstransfer aus anderen europäischen Ländern für die Entwicklung neuer kulturpolitischer Konzepte genutzt werden.

Stärkere Gewichtung der kulturellen Vermittlung
Öffentliche Kulturförderung ist langfristig nur dann legitimierbar, wenn nicht nur die Künste gefördert und das kulturelle Erbe gepflegt werden, sondern damit auch offensive Bemühungen verknüpft sind, die Bevölkerung am Kunst- und Kulturleben zu beteiligen. So könnte jede öffentliche Kultureinrichtung verpflichtet werden, einen maßgeblichen Anteil ihres Etats für Vermittlungsmaßnahmen einzusetzen. Zwar könnte dies dazu führen, dass ein Theater eine neue Produktion weniger pro Spielzeit realisieren könnte oder ein Museum für eine Sonderausstellung auf die Ausleihe eines besonders wertvollen Exponates verzichten müsste. Das wäre für das Fachpublikum vielleicht schmerzlich, der Effekt von Vermittlungsoffensiven für die Bevölkerung ist aber mit Sicherheit höher zu bewerten.

Weniger dauerhafte institutionelle Förderung und mehr frei verfügbare Mittel
Wenn die Kulturetats der Länder und Kommunen weitgehend durch den Unterhalt oder die dauerhafte Förderung von Institutionen gebunden sind, gibt es keinen finanziellen Spielraum mehr für Erfolg versprechende neue Projektideen. Dafür müssten auch Etats für die großen »Kulturtanker« reduziert werden.

Neben dem Staat sollten auch andere gesellschaftliche Akteure angestiftet werden, sich an der Kulturförderung zu beteiligen, seien es Stiftungen, Wirtschaftsunternehmen oder Privatpersonen. Dies könnte durch offensive PR-Kampagnen und auch durch finanzielle Anreize seitens der Kulturpolitik im Sinne von *matching funds* befördert werden.

Förderung der Vernetzung zwischen Kultur und anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern
Kunst und Kultur sollten aus der Nische Kulturbetrieb hinaus sehr viel stärker in alltagsrelevante Institutionen und Projekte, zum Beispiel im Sozial- und im Bildungsbereich, integriert werden, damit Kultur wirklich zur Lebensqualität im Alltag beiträgt.

Bevorzugt sollten die Kooperationen zwischen Kulturinstitutionen, außerschulischer kultureller Jugendbildung und Schulen gefördert werden, um Kinder und Jugendliche aller Gesellschaftsschichten möglichst früh an Kultur heranzuführen.

Hilfestellung bei der Professionalisierung der Vermittlungsaufgaben von Kultureinrichtungen
Im Kampf um Aufmerksamkeit in der alltäglichen Informations- und Medienflut müssen Kunst- und Kultureinrichtungen kreative, professionell umgesetzte Marketing- und PR-Strategien anwenden. Auch hier könnte Kulturpolitik die Einrichtungen unterstützen, indem sie nicht nur als Förderquelle auftritt, sondern auch Beratungs- und Fortbildungsfunktionen wahrnimmt. Um den Einfluss von Kunst und Kultur zu erweitern, braucht es Programme, Präsentations- und Vermittlungsformen, die deutlich an den Interessen und Lebenswelten der jeweils avisierten Zielgruppen orientiert sind.

Potentielle Kulturnutzer lassen sich, so zeigen bisherige Erfahrungen, vor allem über folgende Anreizstrategien motivieren:

- Servicestrategie
  Die Gestaltung angenehmer Rahmenbedingungen für die Kulturnutzung, die unterschiedlichen Bedürfnissen von Menschen gerecht werden, vom Café über freundliches Auskunftspersonal bis zum unkomplizierten Kartenbuchen, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass potentielle BesucherInnen sich wohl und als Gast wertgeschätzt fühlen.
- Verbundenheitsstrategie
  Einerseits sind Menschen immer weniger bereit, sich an eine Einrichtung »fesseln« zu lassen, wie etwa der Rückgang der Abonnentenzahlen an Theatern zeigt, andererseits boomen differenzierte, zielgruppenspezifische Formen der Mitgliedschaft in einer Kulturinstitution und Fördervereine. Solche Mitgliedschaften können den Kulturnutzern sowohl exklusive Vorteile liefern, so etwa den von vielen sehr geschätzten direkten Kontakt zu KünstlerInnen, wie vor allem auch Zugehörigkeit zu einer besonderen Gruppe und ein Mit-Verantwortungsgefühl für den Erfolg einer kulturellen Einrichtung aufbauen.
- Ereignisstrategie
  Außergewöhnliche Kulturereignisse finden in den Massenmedien und der breiten Öffentlichkeit sehr viel mehr Beachtung als das »Alltagsgeschäft« der Kulturanbieter. Events, im besten Sinne des Eventmarketings professionell gestaltet und bewusst eingesetzt, um neue Aufmerksamkeit zu schaffen, können nachhaltige Wirkung erzielen in dem Bemühen, bildungsfernere Gruppen für Kultur zu motivieren. Den Künsten ist durchaus genug Kraft zuzutrauen, im Kontext populärer Maßnahmen zu bestehen. Mehr noch: kunstorientierte Events lenken nicht ab, sondern führen hin. Die große Popularität von Kulturevents bei allen Bevölkerungsgruppen (siehe Zentrum für Kulturforschung 1991–2005) ist Ausdruck des Bedürfnisses nach gemeinschaftlichen, kommunikativen kulturellen Erlebnissen, bei denen jeder einzelne aktiv, hautnah und mit allen Sinnen beteiligt ist. Kultur hat sowohl das Potential, die subjektiven Anteile in Menschen zu stärken, wie auch Gemeinschaft erlebbar zu machen und Solidarität zu befördern.
- Vermittlungsstrategie
  Kunst und Kultur verstehen sich nicht von selbst. Mangelnde (Vor-)Bildung ist eines der größten Hindernisse für die Beteiligung am Kulturleben. Hier sind vielfältige Formen der Vermittlung zu entwickeln, die sehr gezielt bei den jeweiligen Voraussetzungen, Interessen und Wahrnehmungsweisen der anvisierten Zielgruppen anknüpfen, statt nur die intrinsischen Motive der Kulturschaffenden im Blick zu haben. Als erfolgreich bei schwer zu erreichenden, bildungsfernen Gruppierungen hat sich die Zusammenarbeit mit Mittlern und Multiplikatoren erwiesen, wie etwa das »Arts Ambassador Modell« aus Großbritannien, ebenso wie *Outreach-Programme*, in denen Kulturanbieter mobil

werden und an den Orten der ansonsten nicht mobilisierbaren Bevölkerungsgruppen Programme anbieten.

Spätestens jetzt, in einer Zeit, wo die Fördermittel nicht mehr für die Ausfinanzierung flächendeckender Kulturangebote reichen, sollte öffentliche Kulturpolitik ihre Rolle neu definieren. Statt vor allem Träger von Kultureinrichtungen zu sein, sollten öffentliche Fördermittel zunehmend als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden und strategisch so eingesetzt werden, dass sie sich potenzieren, indem unterschiedliche gesellschaftliche Akteure motiviert und aktiviert werden, sich für das Kulturleben in Deutschland zu engagieren.

Literatur

Council of Europe/ERICarts (Hrsg.) (2005): *Cultural Policies in Europe. A compendium of basic facts and trends*, www.culturalpolicies.com

Harrach, Viola von (2005): »Audience Development in England«, in: Mandel, Birgit (Hrsg.): *Kulturvermittlung. Zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld, S. 65–72

Mandel, Birgit (Hrsg.) (2005): *Kulturvermittlung. Zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld

Zentrum für Kulturforschung (1991–2005): *1.–8. Kulturbarometer. Bundesweite Bevölkerungsumfragen*, Bonn

Wolfgang Zacharias

Bilden und anstoßen

Plädoyer für eine transformatorische kulturelle Bildung

»Zunehmend dominiert nicht-antizipatorische,
sondern okkasionelle Vernunft.
Man denkt nur an die augenblicklichen
›Gegebenheiten‹ und vergisst
darüber die Langzeitentwicklung.
Die Zukunft hat aber längst begonnen.«
Hermann Glaser

Konjunktur für Kulturelle Bildung

Die Aktualität der Schnittmengen Kunst-Kultur-Schule-Bildung lässt sich post PISA durchaus plausibel behaupten und empirisch nachweisen – zumindest auf der kultur- und bildungspolitischen Diskursebene. Symbolisch und beispielhaft heißt es: »Kinder zum Olymp!« – eine deutliche kunst- und kulturpolitische Initiative zugunsten künstlerisch-ästhetischen Lernens. (von Welck u.a. 2004) Ihr Ziel ist kulturelle Bildung mit der Vielfalt kulturpädagogischer Methoden und eher jenseits von Schule in ihrer bisherigen deutschen Eigenart.

Kinder- und Jugendkulturarbeit – von der Entfaltung und Sensibilisierung der Sinne, der menschlichen Wahrnehmung bis zu künstlerischen Ausdrucksformen und Inszenierungen (»rhythm is it!«) – ist das Handlungsfeld, vor allem im kommunalen Rahmen: Da, wo die Kinder und Jugendlichen leben und lernen, auch mit Kunst und Kultur (oder eben nicht …). Gemeint ist: »Ästhetische Erziehung und kulturelle Bildung – für alle!« in der guten, alten Tradition der »neuen, soziokulturellen Kulturpolitik« seit den siebziger Jahren.

In der »Hamburger Erklärung« vom künstlerisch-ästhetischen Bildungsolymp in Hamburg 2005 heißt es entsprechend und fordernd: »In einer sich immer schneller verändernden Welt, sich rasant wandelnden Rezeptionsgewohnheiten und stetig zunehmenden Möglichkeiten bei der Gestaltung der eigenen Zukunft muss es Aufgabe aller sein, der nachwachsenden Generation eine Orientierung zu

bieten und sie bei Entscheidungen zu unterstützen. Kulturelle Bildung fördert dabei Schlüsselkompetenzen, die jungen Menschen helfen, sich in unserer Welt zu orientieren und ihr Leben verantwortlich zu gestalten. ...

Wir erwarten, dass die besonderen Chancen der Ganztagsschule dazu genutzt werden, kulturelle Bildung als elementaren Bestandteil allgemeiner Bildung zu begreifen und diese Erkenntnis durch eine verstärkte Integration außerschulischer künstlerischer und kulturpädagogischer Angebote in den Unterricht umzusetzen. ...

Der Kontakt zwischen Kultur und Bildung muss intensiviert und institutionalisiert werden. Auch Netzwerke zwischen institutionellen Partnern und freien Akteuren aus den genannten Feldern müssen initiiert und explizit gefördert werden. Denn nur durch ein breites und wirksames Bündnis zwischen allen Beteiligten können die aktuellen Defizite kultureller Bildung verringert und kann den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen nachhaltig Rechnung getragen werden.« (Kulturstiftung der Länder u.a. 2006: 23)

So sieht in etwa die kunst- und kulturpolitische »state-of-art«-Diskurs- und Modellprojekteebene aus.

Es geht darum, mehr (vor allem kleine, junge) Menschen für kulturelle Teilhabe, für Partizipation in produktiven und rezeptiven Formen zu gewinnen. Es sollen die Möglichkeiten eigener ästhetischer Gestaltungsaktivitäten wie auch der Nutzung und des Wissens um den Reichtum der Künste und Kulturen, in aller (interkulturellen) Vielfalt, mit historischen Dimensionen und vor allem in der je aktuellen »Phänomenalität ihres Erscheinens« ausgelotet werden. (Seel 2000) Es ist die alte Vision einer »Ästhetischen Erziehung des Menschen« (Schiller 1793, Glaser/Stahl 1974), aber auch der »Soziokultur« in ihrer initiativen Phase als Flaggschiff der »Neuen Kulturpolitik«.

Selbstverständlich gehören dazu inzwischen auch alle neuen, analogen und digitalen (Massen-)Medien und ihre medienkünstlerischen wie spielkulturellen Produktionen und Kommunikationsweisen, die Popkulturen und ihre »electronic vibrations«.

Wer wissen will, was jugendkulturell-medienästhetisch abgeht und ankommt bei der nachwachsenden »Mediengener@tion«, der riskiere einen Besuch der »Games Convention«, jeweils im August in Leipzig, wo man sich bereits ab 30+ richtig alt fühlen kann (www.gc-germany.de). Dort ist Jugend in der »pole-position« zu besichtigen: Deren *wahr-nehmende* anschauliche Zur-Kenntnisnahme (zur aktiven Teilhabe hat man kaum eine Chance – mangels Kompetenz) ist eigentlich ein *Muss* für alle kulturpolitisch/kulturpädagogisch Tätigen.

Das etwa ist das Panorama, in dem der Kulturpolitik-Diskurs mit dem Fokus auf Bildung und zugunsten einer Modernisierung, aber auch im Blick zurück auf die Impulse, die Erfolge und Niederlagen des Aufbruchs der siebziger Jahre stattfindet. Das Folgende geht diesen kulturpolitischen Wurzeln und Motiven der »Konjunktur für kulturelle Bildung« nach, weniger den jugendpolitischen und traditionell bildungstheoretischen Entwicklungslinien und Argumentationsfiguren.

Kulturelle Bildung, unterschiedlich akzentuiert (als »ästhetische«, »künstlerische«, »medienkulturelle«, »spielerische«) hat sich etabliert und in den vergangenen 30 Jahren systematische Feldstrukturen entwickelt, allerdings nicht unbedingt flächendeckend.

Dennoch stellen sich Fragen: Bezogen auf ihre Nachhaltigkeit, ihre systematische, kontinuierliche Vermittlung, ihre Erreichbarkeit und/oder ihren Event- und Ereignischarakter, ihre bildende Eigensinnigkeit und Eigenartigkeit mit Blick auf die Besonderheit ihres Gegenstands, der Künste und Kulturen, des Symbolischen und Medialen etwa im Verhältnis zu kognitiven Wissensbeständen und Inhaltsvermittlungen im Kontext Bildung und Erziehung.

Bilden heißt auch: Mit Kunst und Kultur Anstöße geben und Interessen wecken

Bildung ist als Prozess und Produkt im Kern immer eine Leistung des Individuums, »von Anfang an und lebenslang«. Das hat das deutsche Schulsystem als Ganzes bis heute nicht begriffen. Johan Amos Comenius war der Erfinder des modernen Schulsystems nach dem Muster der damals noch sehr modernen Buchdruckerkunst: »Das Papier: Die Schüler. Die Typen: Lehrbücher. Die Druckerschwärze: Der Lehrer. Die Presse: Die Zucht.« (Comenius 1670/1985: 208) Zeitlich perfekt getaktet, altersgemäß sortiert, räumlich kaserniert und alles standardisiert. Das war die Vorgabe, gewissermaßen die Negativfolie moderner Kulturpädagogik.

Für sie ist Bildung zunächst Selbstbildung. Das gilt insbesondere für ein über Techniken und Wissensvermittlung hinausgehendes künstlerisch-kulturelles Lernen. Es gilt zentral für das »Ästhetische«, das ja im lernenden Erfahrungsprozess Emotionales, Sinnliches und Rationales, Intellektuell-Kognitives zusammenzieht und zusammensieht: Prinzip Ganzheitlichkeit. Standardisierung und Überprüfung werden dabei üblicherweise – vor allem im Verbund mit Kunst und Kultur – zum nicht zu lösenden Problem, zumal dann, wenn sie durch Notengebung erreicht werden sollen. (»Zertifizierung kulturell-künstlerischer Prozesse und Kompetenzen«)

Bildung ist die »subjektive Seite«, Kultur die »objektive Seite« der gleichen Medaille, sagt eine viel zitierte, typisch deutsche Formulierung zur Verhältnisbestimmung von Bildung und Kultur. Die »Kultur«, das »Ästhetische« und die »Kunst« sind aber mit jeweils eigenen Reichweiten, Wirkungsweisen und Profilen dabei noch einmal je etwas anderes. Sie gehen nicht einfach im definitorischen Doppelpack »Kultur« und »Bildung« auf. Kultur im weiten Verständnis ist gestaltete Lebensweise. Das »Ästhetische« umfasst auch das Körperlich-Sinnliche des aktiv wahrnehmenden Individuums wie auch das »Schöne«. »Kunst« bearbeitet, exploriert jenseits ihrer öffentlich kuratierten und kommerziell organisierten Betriebssysteme in idealer und exemplarischer Weise das Fremde, Neue, Ungewöhnliche, Unge(er)hörte, Unge(be)sehene, auch das »Anstößige«. Eben dies schafft die erhofften, beschworenen, ermöglichten und bildenden »Anstöße«. Das ist eigentlich die zentrale gesellschaftliche Funktion der Künste, auch in der Differenz zum

»erweiterten Kulturbegriff« und auch zur »Soziokultur«. Kunst ist – als zu Kunstprodukten, Kunstwerken geformte, verfertigte, explorative Gestaltung – der Sonderfall des Kulturellen.

In unser aller kulturpolitischem Kultbuch der siebziger Jahre »Kultur für alle« schreibt Hilmar Hoffmann über die »Unersetzlichkeit der Künste«: »Immer wieder steht man in Diskussionen vor der Schwierigkeit, Kultur und Künste säuberlich voneinander zu trennen. Dabei ist die Definition eigentlich relativ einfach: Kultur ist ein System, das einer Gesellschaft ihre unverwechselbare Gestalt gibt, das ihre relative Einheit konstituiert und ihre wesentlichen Wertorientierungen begründet; es besteht aus mehreren unterschiedlich wirksamen Faktoren. Die Künste, also alle ästhetischen Ausdrucksformen von der Musik über die Literatur bis zu den bildenden und darstellenden Künsten einschließlich ihrer synästhetischen Verbindungen wie der Film, sind ein wichtiger Bereich neben anderen.« (Hoffmann 1979: 126)

Hilmar Hoffmann wehrt sich aber auch zurecht und gerade heute wieder gegen die pragmatische Gleichsetzung von Kunst und Kultur mit der Prädominanz einer behaupteten »Kunstautonomie« in der kulturpolitischen (und analog: kulturpädagogischen) Alltagsgesellschaft.

»Im deutschsprachigen Raum werden Kultur allgemein und Kunst speziell oft nicht deutlich unterschieden. Kulturpolitik wird im Alltag des deutschen Sprachgebrauchs meist als Kunst(förderungs)politik verstanden. Die ›Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt‹ der 31. Generalkonferenz der *UNESCO* von 2001 versteht darunter ganz anderes, indem sie bekräftigt, dass Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften angesehen werden sollte, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und dass sie über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst.

Seit der *UNESCO*-Kulturkonferenz von Mexiko 1982 wird diese mit den anthropologischen und ethnologischen Begrifflichkeiten verwandte Definition von Kultur auch offiziell verwendet.« (Hoffmann 2005: 22)

Kulturelle Bildung im Aufwind: Vom Rumpelstilzchen zum Hoffnungsträger

Auf dem Hintergrund der Positionspapiere des *Deutschen Städtetags*, dem »Ergänzungsplan zur musisch-kulturellen Bildung« im Rahmen des »Bildungsgesamtplans« der *Bund-Länder-Kommission* (BLK 1977), den Modellprojekten des *Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft* wie zum Beispiel »Künstler und Schule« 1977–1980 (BMBW 1980), der kulturpolitischen Suchbewegungen zur Ästhetischen Erziehung (Schwencke 1972, Glaser/Stahl 1974) entstand auch die »Neue Kulturpädagogik«. Sie setzte sich bewusst ab von der »alten«, der eher deutschnationalen traditionsorientierten und bildungsbürgerlichen Kulturpädagogik der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts. Sie verstand sich als Teil

und Pendant der neuen sozialen Bewegungen, der kulturpolitischen und der soziokulturellen Bürgerinitiativen der siebziger und achtziger Jahre – wie sich dies beispielsweise im Grundsatzpapier der *Kulturpolitischen Gesellschaft* als Aufgabe und Ziel bei ihrer Gründung 1976 ausdrückte:

»Es gibt eine breite Jugend-Szene, die vor allem von musik-kulturellen Aktivitäten bestimmt wird. Noch heute werden Pop-, Rock- oder Beat-Initiativen von Jugendlichen, die in dieser Musik ein legitimes und genuines Ausdrucksmittel sehen, als ‚nicht kulturell' eingestuft und entsprechend wenig gefördert. Es gibt eine Vielzahl von kulturellen Alternativen, deren Authentizität für bestimmte Altersgruppen und Adressaten zu untersuchen und – bei positivem Ergebnis – auch gesamtgesellschaftlich als bedeutsam betrachtet werden kann.« (Kulturpolitische Gesellschaft 1976: 8)

Die Akzeptanz von und der Respekt für eigene Kinder- und Jugendkulturen, ästhetisch signierte Jugendszenen war kulturpolitisch neu. Gerade dieser Bereich hat eine damals nicht geahnte Dynamik und unvorhersehbare Expansion erlebt. Möglich geworden sind dadurch: Medienszenen, digitale Kommunikationskulturen, die »cybergames«, zeitlich und räumlich unbegrenzte Interaktivität und Information, und die Chance zu unendlichen »virealen« und intermedialen Transformationen, auch in den Künsten. (Siehe Fleischmann/Reinhard 2004). Parallel dazu haben sich spezifische jugendliche Körperkulturen herausgebildet: »Doing body«, Hiphop, Tattoo, Piercing ...

2006 über die Bedeutung kultureller, künstlerischer, ästhetischer Bildung zu reflektieren, über die damit gemeinten und erhofften Schlüsselerlebnisse und Schlüsselkompetenzen, über entsprechende Bildungsanstöße in all ihrer interkulturellen, interdisziplinären und multimedialen Vielfalt, ist keineswegs überholt. Die Formen und Felder, die Themen und Instrumente haben sich verändert (»transformiert«), aber auch professionalisiert und etabliert, beispielsweise als »Kulturpädagogik«.

In den *Kulturpolitischen Mitteilungen* heißt es im Heft III/2001 zum Thema »Kulturelle Bildung« rückblickend: »Kulturelle Bildung hat vor allem durch den kulturpolitischen Aufbruch in den siebziger und achtziger Jahren eine neue Bedeutung gewonnen, die sich in zahlreichen neuen Einrichtungen, Projekten und Formen niedergeschlagen hat, und diese positive Entwicklung setzt sich bis heute fort.« (Wagner 2001: 26)

Auf die Zukunft bezogen werden dann »zwei große Aufgaben« benannt:

- Effektive Verbindungen von Kultur und Bildung entsprechend ihres institutionellen Rahmens (Schul-, Jugend-, Kulturpolitik). Es mangelt an struktureller und kontinuierlicher Kooperation.
- Veränderte Aufgaben entsprechend des veränderten kulturellen Umfelds durch Modernisierung und Globalisierung als inhaltliche Herausforderung: Innovation und soziale Kreativität ist gefragt, auch als Auftrag an Kunst und Kultur.

Genau um diese Entwicklung geht es seitdem, etwa im zugespitzten Motto »Schulen ans kulturelle Netz«. (S. Burmeister 2004)

Im Rückblick war es vor allem die vielfältige experimentelle und initiative kulturpädagogische Praxis vor Ort, die die Anstöße und Impulse für konzeptionelle und systematische Entwicklungen als politische Implementierung im Rahmen des gesellschaftlichen Strukturwandels lieferte. Die zentralen Erfahrungen und Aussagen sind tragfähig bis heute und darüber hinaus. Dies hat allerdings auch eine durchaus problematische Konnotation: Kulturelle Bildung, Kulturpädagogik, Kinder- und Jugendkulturarbeit haben eine nur schwache theoretische Fundierung und nur marginale systematische Ausbildungs- und Professionalisierungsangebote und -abschlüsse – trotz all unserer Anstrengungen, allen voran die von Max Fuchs. (Siehe 2000, 2001).

Empirische Daten, Forschungsprojekte, ein profiliertes Berufsbild, ein gesicherter Kanon professionellen kulturpädagogischen Handlungswissens liegen bisher nicht vor. Die Berufsperspektiven sind als durchaus reichhaltig einzuschätzen, aber ebenso unübersichtlich und eher eigeninitiativ zu explorieren und zu gestalten. (Siehe Mandel 2005). Das unterscheidet Kulturpädagogik von Schulpädagogik, mit der doch weitgehend (noch!?) standardisiert-fremdbestimmten Lehrerexistenz und der in eindeutigen Berufslinien mündenden und etablierten Sozialen Arbeit, die im Kern (Defizitorientierung) einen prinzipiell anderen gesellschaftlichen Auftrag erfüllt als Kulturpädagogik.

Der Bedarf an kulturpädagogischen Legitimationsdiskursen und Verortungsklärungen (»Erziehung/Bildung/Betreuung«; kultur-, jugend-, schulpolitisch; kommunal, föderal, national), gerade auf dem Hintergrund des Modernisierungsdiskurses der Neuen Kulturpolitik, die von Anfang an Kultur und Bildung zusammen sah, ist aktuell groß. Die Erinnerungs-, Erfahrungs-, Konzept- und Begründungsmagazine sind reich gefüllt, aber eher ungeordnet, unbekannt, unübersichtlich. (S. BKJ 2001, 2002)

Transformation als kulturell-künstlerisches Bildungsziel

Es geht darum, eine nachhaltige Entwicklung kultureller Bildung zu gestalten und zu sichern.

(Medien-)Kultur zwischen »Sinnenreich und Cyberspace« (s. dazu Zacharias 1994 und 1996) und als »Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts« (Schulze 2003) zu verstehen, sich darin orientieren und navigieren zu können und sie interessenbedingt anwenden und mitgestalten zu können, ist das langfristige Lernziel. Es beginnt immer wieder mit »Bildung« durch ästhetisches Lernen und experimentelle Spielkulturen im weiten Verständnis.

Eine angemessene Modernisierung der Kulturpolitik im 21. Jahrhundert im Sinne einer Aktualisierung des Anstoßes – »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« (nur mit anderen Mitteln und mit dem Anspruch der Nachhaltigkeit) – kann eigentlich nur in der Um- und Neugestaltung des kulturellen Generationsverhält-

nisses, einer intergenerationellen Gleichgewichtigkeit mit Blick auf eine Ausbalancierung und Nutzung begrenzter Ressourcen bestehen.

Dazu bedarf es dann der Entwicklung und des Ausbaus systematischer, stabilisierter, dauerhafter Infrastrukturen, zunächst jenseits von Schule, dann aber auch in enger Kooperation mit ihr und auf gleicher Augenhöhe. Eigenständigkeit braucht es deshalb dabei, um die Potentiale kultureller Bildung in ihrem Eigensinn qualitativ zu professionalisieren und quantitativ entsprechend der neuen (alten) kulturpolitischen Formel »Kulturelle Bildung für alle« zu entfalten. Dies darf man nicht der Schule allein überlassen. Sie hat einen anderen Auftrag und eine spezifische Systemstruktur. Daneben steht eine außerschulische kulturelle Bildung mit eigenen methodischen und inhaltlichen Profilen: der kulturellen, künstlerischen, ästhetischen Erfahrungsstrategien, der symbolisch-medialen Weltaneignungsformen, des aktiven Umgangs mit den Medien der neuen Spiel- und Lernkulturen sowie spezifischen kommunikativen und kreativen Anwendungen.

Denn: Kulturpolitisch und kulturpädagogisch – die Potentiale von Kunst und Kultur ernst genommen – wird es in Zukunft weniger um das Fitmachen für den globalisierten Markt und die diesbezüglich funktionalisierte Informationsgesellschaft gehen, sondern um Eigenidentität und Selbstbewusstsein, um angesichts der konstanten Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungen bestehen zu können. Man könnte auch sagen: Die »*In*formationsgesellschaft« wird zukünftig von einer »*Trans*formationsgesellschaft« abgelöst. Der kulturell-künstlerisch-ästhetische Komplex ist dabei das aktivierende, formgestaltende Feld, die »Bühne« gesellschaftlicher Performanz für diese permanenten Transformationsprozesse, aber nicht vorrangig in den tradierten Erscheinungsformen beziehungsweise deren Orten.

»Transformation« meint »Umwandlung, Umformung, Umgestaltung, Veränderung, Übertragung« (Fremdwörterduden). Dazu zu befähigen ist vielleicht die neue Zukunftsaufgabe kultureller Bildung. Es ist eigentlich schon immer die gesellschaftliche Funktion der Künste und der Kultur im Medium des Symbolischen und Ästhetischen gewesen, Werte- und Formenverhandlungsplattformen bürgerlicher Öffentlichkeit und bürgerlichen Engagements zu sein.

Eben das sichert und »transformiert« bildende und nachhaltige Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Herkunft und Zukunft, zwischen Sinn und Sinnlichkeit, zwischen Sache und Symbol, zwischen lokal und global, zwischen real und virtuell – eine permanente Transformationsleistung. Das will mehr als je zuvor gelernt sein, muss gelernt werden im Rahmen der »Kultur des Aufwachsens«, entsprechend vielerlei Entgrenzungen und Beschleunigungen.

Eindrucksvolle Ereignisse und Projekte mit dem Kennzeichen »Einmaligkeit und Event« sind durchaus in der Lage, bedeutungsvolle Anstöße, Impulse und Schlüsselerlebnisse mit nachhaltiger Wirkung zugunsten »transformatorischer« Um- und Neuorientierung zu bieten. Dafür gibt es durchaus auch traditionelle pädagogisch-erziehungswissenschaftliche Begründungen, wie zum Beispiel die Bedeutung des »fruchtbaren Moments im Bildungsprozess« (Copei 1930) sowie das belebende Wechselspiel »stetiger und unstetiger Bildungsformen« (Bollnow 1968).

Zugunsten der Vermittlung und Aneignung langfristiger personaler und identitätsstiftender wie auch gestaltender Schlüsselkompetenzen »für alle« im Rahmen »kultureller Bildung als Teil allgemeiner Bildung in öffentlicher Verantwortung« reicht dies aber nicht aus. Es braucht auch verlässliche, kontinuierliche, qualitativ professionelle Orte und Angebote für Ästhetisches Lernen als Bildungsangebot wie auch als eigenaktive Auseinandersetzung mit den Welten der Kunst und Kultur beziehungsweise mit deren Repräsentanten, den Künstlern und Kulturvermittlern aus diesen Welten. Das ist die Entwicklungsoption für einen neuen kulturpolitischen Modernisierungsschub zugunsten Kultureller Bildung als eigenständiger Säule parallel zu den jugend- und schulpolitischen Impulsen – den dann unverzichtbaren Kooperationspartnern im Netzwerk kultureller Bildung im kommunalen, föderalen, nationalen und internationalen Kontext.

Literatur

BKJ (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung) (Hrsg.) (2001): *Kultur – Jugend – Bildung: Kulturpädagogische Schlüsseltexte 1970–2000*, Remscheid

BKJ (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung) (Hrsg.) (2002): *Kultur leben lernen*, Remscheid

BLK (Bund-Länder-Kommission) (1977): *Musisch-kulturelle Bildung – Ergänzungsplan zum Bildungsgesamtplan*, Stuttgart (Band 1/2)

BMBW (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft) (1980): *Modellversuch »Künstler und Schüler«*, Bonn (BMBW-Werkstattbericht Nr. 23)

Bollnow, Otto-Friedrich (1968): »Der Erfahrungsbegriff in der Pädagogik«, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, Heft 14/1968, S. 221–252

Burmeister, Hans Peter (Hrsg.) (2004): *Schulen ans kulturelle Netz*, Loccum

Comenius, Johan Amos (1670/1985): *Große Didaktik*, Stuttgart (Hrsg.: A. Flitner)

Copei, Friedrich (1930): *Der fruchtbare Moment*, Leipzig

Deutscher Kulturrat (Hrsg.) (1994): *Konzeption Kulturelle Bildung*, Essen (Band 1/2)

Fleischmann, Monika/Reinhard, Ulrike (Hrsg.) (2004): *Digitale Transformationen. Medienkunst als Schnittstelle von Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft*, Heidelberg

Fuchs, Max (2000): *Bildung, Kunst, Gesellschaft*, Remscheid

Fuchs, Max (2001): *Persönlichkeit und Subjektivität*, Opladen

Glaser, Hermann/Stahl, Karl Heinz (1974): *Die Wiedergewinnung des Ästhetischen*, München

Hoffmann, Hilmar (1979): *Kultur für alle*, Frankfurt am Main

Hoffmann, Hilmar (2005): »Kultur unterscheidet. Kultur ist nicht nur Kunst«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 22

Kulturpolitische Gesellschaft (1976): *Grundsatzprogramm*, Hagen

Kulturstiftung der Länder (Hrsg.) (2006): *Kinder zum Olymp. Lernen aus der Praxis*, Berlin

Mandel, Birgit (Hrsg.) (2005): *Kulturvermittlung zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing*, Bielefeld

Schiller, Friedrich (1793/2000): *Über die Ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen* (22. Brief), Stuttgart

Schulze, Gerhard (2003): *Die beste aller Welten*, München

Schwencke, Olaf (1972): *Ästhetische Erziehung und Kommunikation*, Frankfurt am Main

Seel, Martin (2000): *Ästhetik des Erscheinens*, München

Wagner, Bernd (2001): »Einführung zum Schwerpunkt ›Kulturelle Bildung‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 94 (III/2001), S. 26

Welck, Karin v./Schweitzer, Margarete (Hrsg.) (2004): *Kinder zum Olymp! Wege zur Kultur für Kinder und Jugendliche*, Köln

Zacharias, Wolfgang (1994): *Sinnenreich. Vom Sinn einer Bildung der Sinne als kulturell-ästhetisches Projekt*, Essen

Zacharias, Wolfgang (Hrsg.) (1996): *Interaktiv – Im Labyrinth der Wirklichkeiten*, Essen

Tobias J. Knoblich

Neue Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern?

Macht ist Kultur, und Kultur ist Wissen.
Erik Neutsch: *Auf der Suche nach Gatt*

I. Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern ist ein Feld, das zum einen noch wenig erforscht ist, sich zum anderen aufgrund des Kulturföderalismus auch einer allzu leichten Generalisierung entzieht. Ich möchte dennoch der Frage nachgehen, welche zentralen Entwicklungen es seit 1990 gegeben hat und wie die Neue Kulturpolitik Spuren hinterlassen hat. Weiterhin soll nach Modernisierungsimpulsen gesucht werden, die von ostdeutschen Ansätzen in der Kulturpolitik ausgehen.

Dabei greife ich zunächst die Untersuchungsergebnisse von Göschel, Mittag und Strittmatter auf (1995), möchte diese aber kontrastieren mit den Befunden der Studie »Labor Ostdeutschland«, die die *Kulturstiftung des Bundes* in Auftrag gegeben hatte. (Bauer-Volke/Dietzsch 2003) Während Göschel, Mittag und Strittmatter in der »befragten Reform« das Nutzerverhalten analysieren und die Frage in den Vordergrund stellen, ob die mit der Neuen Kulturpolitik durchgesetzten Kultureinrichtungen zu einer Ergänzung traditioneller Angebote oder zu einer eher subkulturellen Ausdifferenzierung beigetragen haben – was auch Auswirkungen auf den Transformationserfolg haben sollte –, vermittelt »Labor Ostdeutschland« die Probleme mit einem umfassenden gesellschaftlichen und kulturellen Wandel nach der politischen Wende, der vom Diktum, die kulturelle Substanz dürfe keinen Schaden nehmen, ausgeht. Immer wieder scheint hier die Kritik auf, der »weite Kulturbegriff« habe nicht hinreichend in struktur- und förderpolitische Konzepte gefunden, der Wandel gehe zu stark von traditionellen Einrichtungen der Hochkultur aus und berücksichtige zu wenig das breite Verständnis von Kultur in der DDR (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 1991: 14 ff.), aber auch die Reformbemühungen der Alt-Bundesrepublik.

»Die befragte Reform« in der Studie von Göschel/Mittag/Strittmatter (1995) zeigt im Wesentlichen, dass das Konzept »Neue Kulturpolitik« (in West wie Ost) stärker als intendiert eine selektive Wahrnehmung kultureller Angebote unterstützt und auf der verteilungsorientierten Ebene weitgehend scheitert. Es sind weit stärker die »kulturnahen« Bevölkerungsgruppen mit hohen Bildungsabschlüssen, die die neuen Angebote zusätzlich nutzen; eine Ausweitung der Rezeption derer, die primär von der »Neuen Kulturpolitik« in den Blick genommen wurden, gelingt eher nicht. Zu einem Zeitpunkt, da auch in Ostdeutschland die »freie Szene« und ein Begriff wie »Soziokultur« eingeführt ist und parallel an der Einheit der Kulturnation gearbeitet wird, zeigen die Autoren der Studie, dass kulturpolitische Entscheidungen in ihren Voraussetzungen und Wirkungen differenzierter überdacht werden müssen. »Flächendeckende Kulturversorgung« anzustreben, erscheine nicht plausibel, vielmehr müsse es um eine »Pluralität der Einrichtungen« gehen, um Programmautonomie, Profil und Qualität. (S. Göschel/Mittag/Strittmatter 1995: 270 ff.) Dies hat Auswirkungen auf das Konzept der Neuen Kulturpolitik, aber auch auf das Verständnis einer unstrittigen Kulturinfrastruktur, wie sie der Kulturartikel des Einigungsvertrages intendiert. Für eine sozial weniger heterogene Gesellschaft wie die der untergegangenen DDR (Engler 2000) scheint dies keine schlechte Feststellung zu sein, wäre sie nicht mit der erdrückenden (und in mancherlei Dimension auch nützlichen) Nationalrhetorik konfrontiert gewesen, und hätten ihre letzten Entscheidungsträger (im Ministerium für Kultur) nicht die legitime Erwartung gehabt, soviel wie möglich an kulturellen Schätzen und überdauerten Institutionen in ein geeintes Deutschland einzubringen. Dennoch wäre eine kulturpolitische Zäsur, die die positiven Errungenschaften der Neuen Kulturpolitik und ihrer Programmatik sowie die notwendige Reformulierung einer nationalstaatlichen Kulturauffassung versucht hätte, theoretisch hilfreich gewesen. Es konnte – nüchtern und pragmatisch betrachtet – jedoch nicht um eine realistische »Bedarfsabfrage« gehen, die den Status quo der Kulturpolitik in der Alt-Bundesrepublik berücksichtigt und den Kulturbegriff der DDR auf Anschlussfähigkeiten prüft, sondern nur um die vorpolitische Klammerfunktion der Kultur: gereinigt von den Reformentwürfen der Bundesrepublik, und ebenso gereinigt vom ideologischen Ballast, der zur breitenkulturellen Dichte in der DDR geführt hatte – und damit gereinigt von durchaus vergleichbaren Angebotsstrukturen. Die Kultur war in Deutschland schon immer vor der Politik, und so folgt die Nachwende-Kulturpolitik ihrem Gegenstand in gemäßigter Distanz. Sie affirmiert, was es zu affirmieren gilt, und sie knüpft selektiv an, woran anzuknüpfen opportun erscheint.

So bestimmt auch »Labor Ostdeutschland« die Macht der Nationsbildung als Ausgangssituation zur Erkundung erfolgreichen Wandels, problematisiert aber ebenso die anfänglich segensreiche Wirkung von Artikel 35 des Einigungsvertrages und die im Verlauf sichtbar werdende Einengung des Blicks. Folgt man Benedict Anderson (2005), so kann man das Ganze auch als kreativen Ansatz verstehen, wenn man die Nation als »imagined community« nicht auf die Klitterung von

Versatzstücken reduziert, sondern als hartnäckigen Versuch begreift, Gemeinschaft zu stiften und zu erneuern. Sicher war der »Kulturartikel« nicht als Kampfparole gegen die nachlassende Integrationskraft des Nationalstaates gemeint. (S. etwa Münch 1998) Die dem Bund notwendigerweise eigene Konzentration auf Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung hat – spätestens mit dem Blaubuchprozess – zu dem Eindruck geführt, es gehe nur um Leuchttürme, die den kulturellen Zugewinn Ostdeutschlands symbolisieren und es von zeitgeschichtlichen Verwerfungen reinigen, denn es dominierte eine Museums- und Gedenkkultur, die bis auf das Panoramamuseum in Bad Frankenhausen die DDR-Vergangenheit ausklammerte. Doch in den einzelnen Ländern hat es durchaus differenzierte Ansätze gegeben, die die Kultur nicht auf diese Funktion reduzierten.

Sozialismus muß mehr sein als
ein Leben ohne Ausbeutung, es muß
ein poetisches Leben sein.
Ulrich Dietzel: *Männer und Masken.*
Kunst und Politik in Ostdeutschland

II. Auf der Suche nach dem »poetischen Leben«, das immer auch Arbeit und Kultur in eine enge Beziehung setzt, gab es nach der politischen Wende große Hoffnungen, die positiven Ansätze hinter der ideologischen Patina neu zu akzentuieren. Die anfängliche Suche nach der Zukunft der Kulturhäuser mag dafür stehen. Die investive Last jedoch wog bereits so schwer – von Standortfragen wie etwa in Unterwellenborn, ein Palast mitten im Grün, ganz zu schweigen –, dass erste Bestandsaufnahmen (s. etwa Ruben/Wagner 1994) schnell einem fotographischen Blick des Bewahrens und Erinnerns im Geiste wichen. Simone Hain ist der wohl schönste und auch fachlich wertvollste Rückblick auf den seinerzeit schon morbiden Charme dieser breitenkulturellen Durchdringung des Gemeinwesens gelungen. Ihr Band »Die Salons der Sozialisten« enthält nicht nur eine Geschichte dieser Praxisform, die sich auch als soziokulturelle Frühgeschichte lesen lässt, sondern vor allem eindrucksvolle Fotographien, die die Radikalität des Wandels verdeutlichen. (Hain/Stroux 1996)

Die Rede von der kulturellen Substanz schloss diese Dimension der Kulturarbeit oder zumindest Wege zu einer umfassenden infrastrukturellen Umdeutung etwa in Richtung Soziokultur aus. Wie die Ergebnisse der »befragten Reform« nahe legen, wäre eine systematische, an einer reinen Verteilungslogik orientierte Einführung von Soziokultur gewiss auch nicht sinnvoll gewesen, ein Infrastrukturprogramm Kulturhäuser wohl ebenso wenig, vielleicht aber ein Versuch, die Wechselbeziehungen zwischen »kultureller Substanz« und freier, basisnaher Kulturarbeit in den »neuen« Regionen Ostdeutschlands näher zu untersuchen und Anreize zu schaffen, ohne in die hoheitlichen Aufgaben der Länder einzugreifen.

Ebenso ausgeschlossen aus dem Substanzbegriff war die Rolle des Künstlers in der DDR, der gern auf die Auftragskunst reduziert und als Verräter an der Freiheit

der Kunst stigmatisiert worden ist. Der Umgang mit den Künstlern, den sozialen Rahmenbedingungen ihres Schaffens und die mögliche Rolle des Staates ist in Ostdeutschland ein Thema geblieben, mit dem recht hilflos umgegangen wird. Untersuchungen dazu etwa in Sachsen-Anhalt (Stange 1996) oder Sachsen (Mühler/Wilsdorf 2001) nähren unterschiedliche Erwartungshaltungen, oft geprägt von einem Versorgungsdenken, das aus der DDR herrührt und für viele unerlässlich zur Förderung des Kunstschaffens ist. Ist die soziale Lage der Künstler schon immer ein schwieriges Thema gewesen, wird es in Ostdeutschland – wohl aus Angst vor unbilligen Erwartungen an den Staat – nur von oppositionellen Kräften immer wieder eingebracht. Die Kulturpolitik selbst zieht sich zurück und kann Untersuchungsergebnisse nicht vertieft reflektieren.

Insgesamt erfolgte die konzeptionelle Befreiung aus dem Diktum des Einigungsvertrages, kulturelle Substanz sei zu erhalten, in allen neuen Ländern nur mühsam. Wichtigster Grund dafür war in der Tat die enorme Dichte kultureller Infrastruktur und die Entwicklung historischer Kernlandschaften, denkt man an die klassischen Stätten in Thüringen, das reformatorisch geprägte Mitteldeutschland, die Kunstschätze Sachsens oder die vielen Burgen aus den siebziger Jahren, Schlösser und Gärten von Wörlitz bis Potsdam. Aber war nicht diese Hinwendung zu oftmals jahrzehntelang vernachlässigten, systematisch zu erschließenden Ressourcen, mit denen viele Menschen zu erreichen waren, Wagnis und Aufbruch genug? Der reformorientierte Impuls aus den siebziger Jahren »Mehr Demokratie wagen«, der in die Forderung nach kultureller Demokratisierung mündete (s. grundlegend Schwencke/ Revermann/Spielhoff 1974), bedurfte nunmehr der Übersetzung, denn Demokratie wagen hieß im Osten auch, Werte zu erhalten, die dem Verfall preisgegeben waren, hieß eben gerade restaurieren und bewahren. Im Westen hatte es gegolten, das Dilemma der Restauration nach 1945 zu überwinden. Bei vielen Parallelen in der Nachkriegsgeschichte zwischen Ost und West im Umgang mit der Kultur war die historische Situation nach 1989 doch eine wesentlich andere, sie brach die Argumentationsmuster der Neuen Kulturpolitik, die nun über viele Akteure, laufende Diskurse und Transformationsumwege in die kulturpolitische Selbstfindung der Länder und Kommunen sickerte. Sie kam nicht mit Protest, sondern mit Expertise und geschickten Protagonisten. Und sie nutzte sowohl den weiten Kulturbegriff der DDR als auch die Stellvertreterfunktion der Kultur in Religionsfragen, wo sie mit einer ungeheuer säkularisierten Gesellschaft umgehen musste. Sinn war und ist ein wichtiges Gut in einer sich beschleunigt wandelnden Gesellschaft, die ihre Anker bis ins 19. Jahrhundert auswirft und als Kulturnation im Hier und Jetzt anzukommen versucht.

Das Schlagwort vom Aufbau Ost
hat sich seit langem als
Programm für die Hilfen des Westens
für Ostdeutschland eingebürgert.
Es bezeichnet in den zwei Wörtern
kurz und bündig die harte Arbeit derer,
die diesen Aufbau zu leisten haben.

Paul Raabe: *In Franckes Fußstapfen. Aufbaujahre in Halle an der Saale*

III. Am stärksten emanzipierten sich vom »Kulturartikel« gewiss der Freistaat Sachsen und Brandenburg. Das Land Brandenburg entschied sich für einen gleichermaßen intensiven wie extensiven Prozess der Kulturentwicklungsplanung mit hoher diskursiver Qualität. Das infrastrukturell überreiche Sachsen – über die Hälfte aller Kultureinrichtungen der DDR befanden sich plötzlich auf dem Territorium des wiedererstandenen Bundeslandes – suchte schon während der Übergangsfinanzierung Kultur des Bundes nach Lösungen, wie in Permanenz zu bewahren und zu erneuern sei (eine häufig verwendete Formulierung des ersten Kunstministers Hans Joachim Meyer). Nicht zufällig fielen mit der Entwicklung des Gesetzes über die Kulturräume (Kulturraumgesetz) (s. Knoblich 2002: 245 ff. sowie Vogt 1996) 1994 wichtige Aspekte der »Neuen Kulturpolitik« ins Blickfeld. Das Gesetz reduzierte sich nicht auf die kulturelle Substanz, indem es etwa Theater und Orchester oder Museen und Gedenkstätten ins Zentrum rückte (gleichwohl das Gesetz natürlich zunächst von den Theatern her gedacht worden ist), sondern brachte alle förderfähigen Sparten und damit neue Begriffe systematisch in die kulturpolitische Diskussion. So legte der Freistaat ein »Strukturförderprogramm Soziokultur« auf, um die in Transformation begriffene Breitenkultur und die sich bildende freie Szene grundlegend zu kanalisieren und sodann in die Strukturpolitik der Kulturräume zu integrieren. Durch diese Landesoffensive und die solidarische Bewirtschaftung der Kulturräume (durch Land und Kommunen) kam es zu einer erweiterten Sicht des Förderspektrums im Kulturbereich, das selbstverständlich eine Vielzahl freier Träger einschloss. Im Grunde genommen ist das Kulturraumgesetz der Garant dafür gewesen, dass sowohl die kulturelle Substanz keinen Schaden genommen hat, als auch Einrichtungen und Initiativen der Basiskultur sich nach der Programmatik der Neuen Kulturpolitik flächendeckend und dauerhaft etablieren konnten. In keinem ostdeutschen Bundesland ist die Synthese aus Traditionsbewusstsein und bürgernaher Kulturarbeit so umfassend gelungen. Ausweis dessen ist noch immer die (bisher einzige) Regierungserklärung zur Kulturpolitik des Freistaates Sachsen aus dem Jahr 1997. (Meyer 1998) Ein Leitbegriff der »Neuen Kulturpolitik«, Soziokultur, wird in keinem anderen ostdeutschen Bundesland so konsequent und auf allen Förderebenen verwendet. Ein vergleichender Blick in die Landeskulturkonzepte Sachsen-Anhalts (2004), das mit dem Begriff der Breitenkultur operiert, oder des Freistaats Thüringen (2005), das mit einem sehr diffusen Soziokulturbegriff arbeitet, kann dies stützen, gleichwohl in allen ostdeutschen Ländern soziokulturelle Arbeit gefördert wird.

Sehr frühzeitig hat Sachsen auch ein eigenständiges Beratungsgremium in Fragen der Kulturpolitik etabliert, das sich in letzter Zeit mit bemerkenswerten Stellungnahmen zu einer wichtigen Größe entwickelt hat und die Fortentwicklung einer eigenständigen Kulturauffassung in Sachsen voranbringt: den *Sächsischen Kultursenat*. Er ist 1993 auf der Grundlage eines Gesetzes gegründet worden. Elf Jahre später hat Sachsen-Anhalt diese Idee aufgegriffen und ebenfalls über ein Gesetz den Kultursenat des Landes Sachsen-Anhalt gegründet. Diese Senate haben einen anderen Status als etwa Landeskulturräte.

Fragt man nach den Bedingungen, unter denen im Osten Modernisierungsimpulse in der Kulturpolitik oder zumindest Adaptionen aus dem Repertoire der Neuen Kulturpolitik erfolgten, muss man sich immer auch vor Augen halten, dass die Neugründung der Bundesländer und damit die Findung eines kulturellen Ausdrucks eine wichtige Rolle spielten. So rückt beispielsweise Sachsen-Anhalt in seinen »Thesen zur Kulturpolitik« ganz deutlich drei Punkte ins Zentrum der Überlegungen: kulturtouristische Effekte, kulturelle Inhalte, die das Ansehen des Landes verbessern können, sowie Angebote, die kulturelle Identität stiften.[1] Auch die Regierungserklärung in Sachsen hatte sich dem Thema kulturelle Identität zugewandt, allerdings in der Überzeugung, nur über eine Stärkung der Regionen im Lande Einheit in Vielfalt herzustellen und in der Folge zu erhalten. Auch hier spielen natürlich kulturtouristische Erwägungen eine Rolle. Ebenso in der »Kulturland«-Kampagne Brandenburgs, die über die Vernetzung unterschiedlicher Kulturinstitutionen eine Erhöhung der touristischen Attraktivität, aber auch eine Auseinandersetzung mit dem Land Brandenburg intendiert. (Siehe Bachmann/Voesgen 2003: 63 ff.) Die Selbstfindung der Länder ist ein nicht zu unterschätzender Prozess, der in Sachsen-Anhalt mit schwachen Identitätswurzeln freilich anders verlaufen ist als in Sachsen oder Thüringen, das den Status Kulturland selbstbewusst beansprucht. (Siehe »Kulturkonzept des Freistaates Thüringen«, Erfurt 19.7.2005: 5)

Modernisierungsimpulse ergeben sich da, wo sich aus der Etablierung einer Landesidentität, einer konzeptionellen Untersetzung der Bewahrung kultureller Substanz und zeitgemäßen Förderprogrammen auch für »lebendige« Kultur Grundzüge von Landeskulturpolitik herauskristallisieren. Die Kommunen Ostdeutschlands sind in der Regel zu finanzschwach, um wirklich Akzente zu setzen. Seien es große Einrichtungen, umfassende Förderprogramme oder neue Festivals (wie etwa in Mecklenburg-Vorpommern): in der Regel sind es die Länder, die Kulturpolitik konturieren. In Sachsen und Thüringen (bei Letzterem erst in der Etablierung) sorgen Landeskulturstiftungen für eine durchdachte Förderkulisse, die insbesondere die zeitgenössische Kunst in den Blick nimmt. Es ist vielleicht noch zu früh, die Leistungen der Länder und Kommunen Ostdeutschlands umfassend zu bewerten, vor allem, nach den Spuren der Neuen Kulturpolitik zu suchen,

1 »Leitlinien zur Kulturpolitik des Landes Sachsen-Anhalt (Landeskulturkonzept)«, erörtert vom Landeskabinett und an den Landtag weitergegeben am 2.11.2004, s. www.sachsen-anhalt.de.

denn die Transformation ist noch längst nicht abgeschlossen und gewinnt durch den dramatischen Bevölkerungsschwund und die Krise der öffentlichen Haushalte immer mehr an Fahrt. Es wird sich zeigen müssen, ob sich nach dem »Kulturartikel« eine Dialektik von Bewahren und Erneuern einpegeln kann, die sowohl für eine ausgewogene Angebotsstruktur als auch für experimentelle Freiräume sorgt. Dabei wird es – wie Göschel, Mittag und Strittmatter schlussfolgern – darauf ankommen, nicht das eine gegen das andere aufzuwiegen, sondern ein differenziertes Profil zu unterstützen, das Bestand hat, die vorhandenen Zielgruppen erreicht und den Wandel zu begleiten versteht. Wünschenswert wäre freilich, dass dies mit einer programmatischen Offensive einhergeht. Dafür allerdings müsste das Politikfeld Kultur in allen ostdeutschen Ländern gestärkt und davor geschützt werden, dass es gegen die vergleichsweise geringen Kulturausgaben der alten Bundesländer immer mehr ankämpfen und sich legitimieren muss. Hier zeigt der Einigungsvertrag wieder seine Bedeutung: Ostdeutschland hat kulturpolitisch nur eine Chance, wenn der Reichtum seiner Kultur ernst genommen wird und Kulturausgaben auch jenseits des Diktums Substanzerhalt als wichtig anerkannt werden. Die Investition in die Zukunft ist noch längst nicht abgeschlossen.

Literatur

Anderson, Benedict (2005): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main/New York (2. Auflage)

Bachmann, Götz/Voesgen, Hermann (2003): »Kulturland Brandenburg. Eine Kampagne für regionale Kulturarbeit«, in: Bauer-Volke, Kristina/Dietzsch, Ina (Hrsg.): *Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel*, Halle an der Saale, S. 63 ff.

Bauer-Volke, Kristina/Dietzsch, Ina (Hrsg.) (2003): *Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel*, Halle an der Saale

Dietzel, Ulrich (2003): *Männer und Masken. Kunst und Politik in Ostdeutschland*, Leipzig

Engler, Wolfgang (2000): *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin

Göschel, Albrecht/Mittag, Klaus/Strittmatter, Thomas (1995): *Die befragte Reform. Neue Kulturpolitik in Ost und West*, Berlin

Hain, Simone/Stroux, Stephan (Hrsg.) (1996): *Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR*, Berlin

Institut für Demoskopie Allensbach (1991): *Kulturelles Interesse und Kulturpolitik. Eine Repräsentativumfrage über die kulturelle Partizipation, den Kulturbegriff der deutschen Bevölkerung und die Bewertung der Kulturpolitik*, Allensbach

Knoblich, Tobias J. (2002): *Das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen. Ein Beitrag zum Kulturföderalismus*, in: Röbke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001*, Thema: *Kulturföderalismus*, Bonn/Essen, S. 245–251

Meyer, Hans Joachim (1998): »Kultur und Gesellschaft. Kulturpolitik aus demokratischer Verantwortung«, in: Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): *Fachregierungserklärungen des Sächsischen Staatsministers für Wissenschaft und Kunst*, Dresden

Mühler, Kurt/Wilsdorf, Steffen H. (2001): *Die sozizale Lage freischaffender Künstler in Sachsen*, Leipzig

Münch, Richard (1998): *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main

Neutsch, Erik (1973): *Auf der Suche nach Gatt*, Halle an der Saale, S. 45 (4. Auflage)

Raabe, Paul (2002): *In Franckes Fußstapfen. Aufbaujahre in Halle an der Saale*, Zürich/Hamburg, S. 114

Ruben, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.) (1994): *Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme*, Potsdam

Schwencke, Olaf/Revermann, Klaus H./Spielhoff, Alfons (Hrsg.) (1974): *Plädoyers für eine neue Kulturpolitik*, München

Stange, Constanze (1996): *Zur sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern im Land Sachsen-Anhalt*, Magdeburg

Vogt, Matthias Theodor (Hrsg.) (1996): *Kulturräume in Sachsen. Eine Dokumentation zur Genese des Sächsischen Kulturraumgesetzes und zum »Probejahr« 1995*, Leipzig (2. Auflage)

Siegfried Hummel

Kulturpolitik für die alternde Gesellschaft

Der Soziologe Peter Schimany zieht in seiner Habilitationsschrift »Die Alterung der Gesellschaft« (2003) das Fazit, dass die Dynamik der demographischen Entwicklung die traditionellen sozialen und politischen Modelle beseitigen und die gesellschaftlichen Veränderungen einer Neugründung unseres Gemeinwesens nahe kommen werden. Kulturpolitik kann in Zeiten dramatischer Umbrüche, Ungewissheit und Ratlosigkeit eine wichtige Rolle spielen, denn sie vermag, die visionären und orientierenden Kräfte für Voraussicht und Zusammenschau aus der Eigenwelt der Kunst in die Sphäre der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu transferieren. Angesichts der Tatsache, dass das »Altern der Gesellschaft« spätestens 2010 manifeste Auswirkungen haben wird und inzwischen das Wissen darüber das allgemeine Bewusstsein prägt, ist es höchste Zeit, intensiver als bislang die demographische Entwicklung und ihre Folgen auch aus kulturpolitischer Sicht zu untersuchen.

Folgen der demographischen Entwicklung aus kulturpolitischer Sicht

Alternde Gesellschaft und Migration

Zwischen 2015 und 2029 werden die letzten großen Geburtenjahrgänge (1950–1964) ins Rentenalter kommen. Diese »Babyboomer« haben pro Frau weniger als 2,1 Kinder hervorgebracht und damit bewirkt, dass die über 65-Jährigen ab 2035 die größte Altersgruppe in Deutschland sein werden. Da die Mehrheit der arbeitsfähigen Bevölkerung bereits mit 60 Jahren aus dem ersten Arbeitsmarkt ausscheidet, werden die Auswirkungen der »demographischen Katastrophe« schon ab 2010 spürbar und ihr Höhepunkt wird im Jahr 2030 manifest. Die Menetekel dieser Entwicklung sind heute schon ablesbar: Seit 1999 sinkt in Deutschland die Schülerzahl pro Jahr um 0,5 Prozent. Kulturpolitisch ebenso bedeutsam ist, dass

innerhalb des gleichen Zeitraums die Anteile der über 80-Jährigen, der über 90-Jährigen und der über 100-Jährigen jeweils um das Dreifache zunehmen und die Anteile der Alleinstehenden größer sein werden als jemals zuvor.

Die Hoffnung, Deutschland könne durch eine »qualitativ gesteuerte« und »aggressive Zuwanderungspolitik« (*Der Spiegel*, 7.6.2004: 92) die demographische Katastrophe doch noch abwenden, muss begraben werden: Alle *OECD*-Staaten werden das gleiche demographische Problem haben, so dass die qualifizierten Jungen und Jüngeren aus den Ländern mit Geburtenüberschuss ihr Auswanderungsland auswählen können. Deutschland wird nicht ihre erste Wahl sein. Die mäßigen Erfolge der *Greencard* zeigen das. Mit dem Eintritt der ost-mitteleuropäischen Länder in die EU und mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Russlands und der GUS-Staaten wird der ohnedies schmal gewordene Zustrom junger Menschen aus diesen Gegenden nach Deutschland (von denen sich zudem viele junge als schwer integrierbar erwiesen) bald vollends versiegen. Das betrifft auch Länder wie den Iran, mit vielen Großstädten und einer großen Zahl von Gebildeten, die traditionell okzidental orientiert sind.

Deutschland bleiben also womöglich nur noch die Menschen aus den arabischen Ländern und aus Afrika, die aber vielfach – auch aus Angst vor fundamentalistischen Auffassungen – nicht mehr gewollt sind, obwohl die Länder von der Türkei bis Marokko große Geburtenraten haben und Jahr für Jahr Tausende Akademiker in die Arbeitslosigkeit entlassen. Verstärkt wird diese Angst durch Erfahrungen, dass in Deutschland und Europa aufgewachsene, gebildete Muslime, die als integriert galten, fundamentalistischen Auffassungen anhängen und die Ausbildung euroislamischer Gemeinden nur langsam vor sich geht, sodass vielfach abgelehnt wird, Migranten aus der Türkei und arabischen Anrainer-Staaten des südlichen Mittelmeers großzügig einwandern zu lassen. Vergleichbares gilt für Migranten aus Afrika, was an der scheinbaren Akzeptanz der rigiden Abschiebepraxis gegenüber Afrikanern und der demonstrativ harten Abwehrhaltung ihnen gegenüber seitens der EU sichtbar wird.

Zur zurückgehenden Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland und der Ablehnung weiterer Migration aus bestimmten Gegenden kommt hinzu, dass seit geraumer Zeit ebenso viele gebildete, qualifizierte und hochqualifizierte Jüngere und Junge mit und ohne Migrationshintergrund Deutschland verlassen, wie in den gleichen Zeitabschnitten alte und ältere Menschen aus Osteuropa sowie wenig gebildete, gering qualifizierte und überwiegend schwer integrierbare Jüngere zuwandern.

Die Älteren und die Alten

Der Doyen der deutschen Alterswissenschaft Paul B. Baltes (2002) verweist auf Untersuchungen des *Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung* zum Thema »Weisheit« – definiert als Expertenwissen im Umgang mit schwierigen Fragen der Lebensführung und Lebensdeutung –, nach denen die 60- bis 70-Jährigen hierbei signifikant besser als die Jungen abschnitten. Der kalifornische Forscher Anders

Ericson führe diese Überlegenheit darauf zurück, dass Expertenwissen zu seiner Entwicklung zehn Jahre benötige. Zwar sei die Altersstärke endlich, aber auch Menschen über 80 würden nicht selten Höchstleistungen vollbringen. Baltes nennt die Beispiele Casals, Rubinstein, Horowitz, Gadamer und Günther Wand, zu denen Michelangelo, Celibidache und weitere zahlreiche berühmte Künstlerinnen und Künstler, die zwischen 75 und 95 Jahre alt geworden sind, hinzugezählt werden können (Schirrmacher 2004: 202). Auch der Konstanzer Literaturwissenschaftler Helmut Bachmaier (2004) erinnert daran, dass Michelangelo mit 71 Jahren die Bauführung des Petersdoms übernommen und Immanuel Kant mit 73 Jahren seine »Metaphysik der Sitten« geschrieben habe. Diese hohe Präsenz von Künstlern unter den Alten sei, so Baltes (2004), darauf zurückzuführen, dass die Stärken des Alters in der emotionalen Intelligenz, also der Fähigkeit, Ursachen von unterschiedlichen Gefühlen zu verstehen und sie in Wissen um die *conditio humana* umzusetzen, lägen, wobei allerdings die Lebensführung sich mit bestimmten Persönlichkeitseigenschaften und Denkstilen verbinden müsse, um bis ins biblische Alter Höchstleistungen vollbringen zu können.

Fazit: Die Zahl der Alten, die lebenslang gesellschaftlich aktiv sein möchten, wird zunehmen, viele werden über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten wollen. Aber immer mehr werden auch gezwungen sein, weiterzuarbeiten, weil sie weitere Abstriche ihrer Altersversorgung hinnehmen müssen, da die wenigen Jüngeren und Jungen nicht überlastet werden dürfen.

Der »Krieg der Generationen« (Schirrmacher) wird also schon deshalb nicht stattfinden, weil die Alten ihre Mehrheit nicht nutzen können. Zu der Enttäuschung, einen langen sorglosen Lebensabend verloren zu haben, kommen also noch demographisch bedingte Ohnmachtsgefühle und das Trauma, den Niedergang des »Superstars Bundesrepublik Deutschland« miterleben zu müssen. Schließlich ist bei alledem zu bedenken, dass viele ohne Familie sein werden.

Somit wissen wir nicht, ob ausreichend viele Menschen die erwähnten Stärken des Alters überhaupt entfalten werden. Die Forschungsergebnisse der Gerontologen berechtigen aber immerhin zu der Hoffnung, dass diejenigen, die lebenslang kulturell aktiv waren, im Alter Fähigkeiten und Bereitschaften entwickeln, Fremdes als Bereicherung zu erleben, mit Jungen geduldig zu sein und Unterschiedliches zusammenführen zu wollen. Auch Migranten werden diese Alten überwiegend als angenehme Protagonisten der Aufnahmegesellschaft erleben. Die alten Migranten selbst werden in bestimmten Wohnvierteln der Vorstädte mit den jüngeren Zuwanderern ihrer Ethnie zunächst zusammenleben und diese sozial, ökonomisch und psychisch stützen, bevor sie diese Durchgangsstationen verlassen. Diese temporäre Segregation wird von allen als »Vorstufe gelingender Integration« erlebt. (Häußermann/Siebel 2003)

Die Jüngeren und die Jungen

Während die Alten und Älteren überwiegend in Deutschland Geborene sind und wegen gemeinsam erlebter historisch-politischer Ereignisse, ökonomischer Chancen und Risiken ein Wir-Gefühl entwickeln konnten, sind die Jüngeren und Jungen in der alternden Gesellschaft in »eine Vielzahl von Milieus und Lebenswelten« aufgeteilt – dies um so mehr, als unter ihnen viele Menschen mit Migrationshintergrund sind.

Diese horizontal segregierte Population fühlt sich nicht, wie zum Beispiel die 68er des 20. Jahrhunderts, aufgerufen, einem Gegner, wie zum Beispiel der älteren Generation, gemeinsam entgegenzutreten.

Angesichts dieser Entwicklung und der Einschätzung, dass die »Babyboomer« noch länger die kulturelle Deutungsmacht behalten – Schirrmachers »Methusalemkomplott« bringt es massenwirksam auf den Begriff –, wird vielfach daraus geschlossen, dass die Generationen der Jüngeren und Jungen in der alternden Gesellschaft erst gar nicht zustandekommen, weil sie in altersheterogenen Gemeinschaften ethnischer, religiöser und weltanschaulicher Ausrichtung bleiben oder eintreten, in der die Alten (in muslimischen Familien die alten Männer) das Sagen haben. Demzufolge wäre es denkbar, dass die jungen Migranten die erwähnten »Durchgangsstationen« nicht mehr verlassen und auch viele der anderen Jüngeren und Jungen zu Nesthockern werden.

Es gibt aber Anzeichen dafür, dass sich dies anders entwickeln wird: Die horizontal segregierten Altersgruppen der Jüngeren und Jungen mit und ohne Migrationshintergrund werden just dann, wenn sie in die Minderheit geraten, die kulturelle Deutungsmacht erlangen: Die Tatsache, dass ihre Zahl gering ist und sie jederzeit auswandern können, macht sie kostbar, unabhängig und stark.

Wie wir aus den (postmodernen) achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts noch wissen, wird dies ein buntes Nebeneinander eigenständiger, sehr unterschiedlicher Jugendkulturen zur Folge haben. Ihrer räumlichen Nähe und Gleichzeitigkeit wegen werden sie sich aber gegenseitig durchdringen. Solche hybriden Kulturentwicklungen sind umso wahrscheinlicher, als unterschiedliche, ja gegensätzliche Kulturen – allen voran die Musikkulturen der rasch adaptierenden Jugendlichen – eine gemeinsame Schnittmenge haben: die internationale Popkultur, die von *global players* wie *MTV* verbreitet wird.

Die horizontale Segregation der Jüngeren und Jungen wird also auf Dauer nicht das Hauptproblem der alternden Gesellschaft sein. Viel gravierender wird sich deren Aufteilung in Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer, also ihre vertikale Segregation, auswirken: In Deutschland wird diese ja nicht nur, wie überall auf der Welt, durch die globalisierte Wirtschaft verursacht, sondern durch das ständestaatliche Bildungssystem geradezu kultiviert. Der Amerikaner Christopher Lasch (»Die blinde Elite«) und der Deutsche Paul Nolte (»Riskante Moderne«) haben darauf hingewiesen, dass sich die Gewinner immer weniger für das demokratische Gemeinwesen interessieren und die Verlierer keine Identität mit ihrem Land entwickeln können.

Kulturpolitischer Handlungsbedarf

Bei der »Kulturpolitik nach innen« im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung lassen sich nach Sievers/Hippe (2006) vier Bereiche kulturpolitischen Handlungsbedarfs unterscheiden:

Erstens müsse die schwindende Bevölkerung zu mehr Kulturaktivitäten und zu mehr Veranstaltungen bewogen werden, damit der natürliche Besucherverlust wenigstens zum Teil durch mehr Besuche ausgeglichen werden könne. Dafür sei es wichtig, das »Bürgerrecht Kultur« (»Kultur für Alle«) der siebziger Jahre zu reaktivieren, alle Kulturangebote für Migranten zu öffnen und die kulturelle Bildung zu fördern, damit mehr Menschen eine eigenständige kulturelle Praxis entwickeln und ausweiten könnten.

Zweitens müsse das Kulturangebot »flexibilisiert« werden, damit sich Jede und Jeder grundsätzlich für alles interessiere. Dies sei notwendig, um die lebenslangen generations- und altersspezifischen Vorlieben und Festlegungen auf bestimmte Kulturangebote und Kultureinrichtungen zu überwinden, weil diese sonst Gefahr liefen, mit ihren Interessenten nach und nach zu verschwinden.

Drittens: Es werde immer weniger Regionen geben, denen es mit Zuwächsen aus Binnenwanderung und Migration gelinge, das heutige Kulturangebot und die erreichte kulturelle Infrastruktur zu retten. Dies mache es notwendig, den »Rückbau« als vorausschauende gestalterische Aufgabe zu begreifen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Viertens: Es sei dringend erforderlich, ein Konzept für die Kulturpolitik des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, damit alle Zukunftsaufgaben rechtzeitig vereinbart werden können.

Diese Vorschläge sind allesamt sinnvoll, wenn auch nicht ausreichend. Die folgenden Kommentare und Ergänzungen sollen dazu beitragen, sie umzusetzen:

Die angesprochene *Flexibilisierung* dürfte zunehmend leichter fallen, wenn den ab den sechziger Jahren Geborenen erleichtert wird, »eine selbstbewusste Konsumentenhaltung und Konsumentensouveränität gegenüber der Kultur« – gleichgültig ob sie von öffentlichen und gemeinnützigen Trägern oder von der Kulturwirtschaft veranstaltet wird – zu entwickeln. Das heißt auch ihre Neigung zu unterstützen, sich für vieles und damit für viele Kultureinrichtungen zu interessieren und mit allen kulturellen Inhalten und Vermittlungsformen spielerisch umzugehen.

Schwieriger wird es sein, *Besucherverluste durch mehr Besuche* auszugleichen: Eine eigentlich unspektakuläre Steigerung der kulturellen Aktivitäten (zum Beispiel der Besuch einmal pro Quartal einer Oper, eines Konzerts und des Theaters, pro Halbjahr eines Volkshochschulkurses, zweimal pro Monat einer Bibliothek u. Ä.) wird in einem Land mit einer Abiturientenquote von 35 Prozent kaum erreichbar sein; in Skandinavien mit seinen 80 Prozent wäre dies denkbar, denn das Niveau der Allgemeinbildung und die Intensität kultureller Praxis bedingen sich gegenseitig. (Siehe Sievers/Hippe 2006)

Der Hinweis, die *kulturelle Bildung* soll verbessert werden, reicht nicht aus: Die außerschulische kulturelle Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Programmen öffentlicher, gemeinnütziger und kommerzieller Anbieter ist, bei aller Vielfalt und Qualität, institutionell zu schwach, um die erreichen zu können, für die sie besonders wichtig wären, und damit die erwähnte doppelte Segregation ausgleichen zu können. Hierfür müssen die Kindergärten und Schulen in ihren Pflicht- und Wahlpflichtbereichen Kernangebote machen und diese dann mit denen der außerschulischen Anbieter im Kultur- und Sportbereich institutionell verzahnen.

Ein entscheidendes Hindernis für die Bemühungen, mehr Menschen mit differenzierten Angeboten zu mehr kulturellen Aktivitäten zu bewegen, wird sein, dass viele Ältere und Jüngere keine eigenständige kulturelle Praxis entwickeln konnten, weil sie noch nie eine lebenslang gesicherte Arbeit hatten. Die Armutsberichte der Bundesregierung zeigen, dass unter den Jüngeren und Jungen in der alternden Gesellschaft Hunderttausende sind beziehungsweise sein werden, die in Einelternfamilien mit Sozialhilfe- oder »Hartz-IV«-Status aufwuchsen und durch das familienabhängige Bildungswesen zusätzlich benachteiligt worden sind.

Die Eliten in Politik und Wirtschaft scheinen immer weniger bereit, die Kultureinrichtungen der öffentlichen Hände und die der gemeinnützigen Träger finanziell so zu fördern, wie es notwendig ist, obwohl für diese vielfältigste und qualitätsvollste, das kulturelle Erbe und die Avantgarde gleichermaßen fördernde Kulturlandschaft mit der Hälfte aller europäischen Theater sowie einem vorbildlichen System kultureller Bildung und der Soziokultur zu allen Zeiten durchschnittlich nur 5 Prozent der öffentlichen Haushalte erforderlich waren. Die Folgen dieser schäbigen Grundhaltung sind bekannt: die Gebühren und Eintrittspreise steigen.

Die Öffnung der Kulturangebote für Migranten ist eine alte Forderung, welche einige europäische Städte mit einer geradezu bewundernswerten Konsequenz umzusetzen versuchen. (Siehe eurocult21) Sie gerät aber vor allem deswegen immer wieder in die Krise, weil oft nur als Kulturförderung gilt, was Städte für »Ausländerkulturarbeit« bereitstellen. Das gesamte Kulturprogramm der Stadt ist aber gleichermaßen für »Inländer« wie »Ausländer«. Darüber hinaus muss bewusst gemacht werden, was zur Weltliteratur, zur Weltmusik und zur Weltkunst gehört, die allen Menschen von vornherein gemeinsam gegeben ist.

Der »Rückbau« als Gestaltungsaufgabe ist ein Teil dessen, was die Kulturentwicklungsplanung eigentlich zu leisten hätte: Allerdings kann dabei die Entwicklung in Ostdeutschland nur bedingt ein Vorbild sein, da es in Westdeutschland ein Nebeneinander von hochprivilegierten und niedergehenden Regionen geben wird:

Man stelle sich vor, die drei Kulturdezernenten von Dortmund, Bochum und Essen hätten Mitte der neunziger Jahre ihren Stadträten mitgeteilt, es sei unverantwortlich, in jeder dieser Städte gleichzeitig je ein Konzerthaus zu bauen, denn schon jetzt sei klar, dass das Ruhrgebiet – die deutsche Region mit den meisten Rentnern – ab 2010 überproportional viele der Menschen verlieren werde, die in den dreißiger Jahren geboren worden sind. Gerade diese seien aber das Hauptpub-

likum der Konzerte. Zudem sei deutlich, dass die Bevölkerungsverluste in den Kernstädten des Ruhrgebiets nicht ausgeglichen werden könnten. Ein Teil der ohnedies überproportional geschrumpften Bevölkerung werde durch Abwanderung an die Ränder von Nordrhein-Westfalen sogar noch zusätzlich vermindert.

Man stelle sich desweiteren vor: Nachdem Hamburg mit hanseatischem Großton die Elbphilharmonie ankündigte und die Kaufmannschaft dafür 60 Millionen Euro in Aussicht stellte, würde die Kultursenatorin dem Senat mitteilen, die demographische Entwicklung im Allgemeinen und die des baldigen Verlustes eines großen Teils des Konzertpublikums im Besonderen erfordere es, dass die Sponsorenbeiträge der Kaufmannschaft mit Dank zurückgegeben oder die bisherigen Konzertsäle aufgegeben würden. – Wie nicht anders zu erwarten war, tut Hamburg das Gegenteil: Die neue Investition sei notwendig, um als Kulturstadt noch attraktiver zu werden, schließlich kämen heute schon jährlich 10 Millionen Besucher. Hamburg rechnet also damit, in den Zeiten des Bevölkerungsrückgangs aufsaugen zu können, was heute noch in der Fläche der nahen und weiteren Umgebung blüht.

Damit ist Kulturentwicklungsplanung untauglich geworden: Sowohl das Ruhrgebiet als auch Hamburg hoffen Bevölkerungsverluste durch Kulturtourismus ausgleichen zu können, obwohl sie planerisch sehr verschiedene Ausgangslagen berücksichtigen müssten.

Dem Anmahnen einer *kulturpolitischen Konzeption für den Beginn des 21. Jahrhunderts* ist wenig hinzuzufügen, sondern seine Entwicklung zügig anzugehen, zumal vom *Deutschen Städtetag* diesmal keine Resolution zu erwarten ist. Die Vorarbeiten Becks, Dahrendorfs, Castells und Giddens liegen seit geraumer Zeit vor, 2001 wurde ein ausformulierter Vorschlag zur Kulturpolitik der Zweiten Moderne mit Analyse des gesellschaftlichen Bedingungsgefüges, mit Ziel- und Handlungskonzept veröffentlicht (s. Hummel 2001) und seit 2006 ist »eurocult21« abgeschlossen.

Angesichts der Feststellung, in der alternden Gesellschaft müsse »Kultur für alle« reaktiviert werden, könnte die Diskussion davon ausgehen, dass während der siebziger Jahre die Kulturpolitik in Deutschland mit dem »Bürgerrecht Kultur« der großen Erzählung der Moderne (»Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«) entsprach, diese während der achtziger Jahre mit dem »Alles ist möglich« (Feyerabend) der Postmoderne fiktionalisierte, um schließlich Ende der neunziger Jahre die große Erzählung des 21. Jahrhunderts hervorzubringen: *Auf der gemeinsamen Grundlage der Menschenrechte und unter den weiten Mänteln unverwechselbarer europäischer Stadtkulturen leben Menschen aus der ganzen Welt zusammen. Sie werden von ihren Städten ermutigt, die Kulturen, die sie mitgebracht haben, zu entfalten, die Kulturen aller anderen Bürger kennenzulernen und für Veränderungen ihres Lebens zu nutzen. Dies schafft die gemeinsame Identität des Stadtbürgers, der zugleich Weltbürger ist.*

Die große Erzählung des 21. Jahrhunderts verheißt also neuen Gemeinsinn *und* immer mehr Vielfalt. Diese Dialektik bedarf der Kunst im Geist des Artikel 5,3 GG, zumal sie in der »Welt ohne Halt« (Ralf Dahrendorf) und in der »Risikogesellschaft« (Ulrich Beck) Orientierung schaffen soll. Diesbezüglich wäre die Frage zu

erörtern, was im Interesse der Vielfalt von der (postmodernen) Ubiquität der Kunst erhalten werden muss, wenn nun deren (ontologisch begründete) Eigenweltlichkeit wieder wirkungsmächtiger werden soll.

Bezogen auf die »Kulturpolitik nach außen« wird mit Recht einerseits auf die Wirkungszusammenhänge zwischen Bildung, Geld und Zeit und andererseits auf die Fähigkeit, Möglichkeit und Bereitschaft, eine differenzierte kulturelle Praxis zu entwickeln, hingewiesen. Es müsste noch die »Arbeit« hinzugefügt werden, weil Arbeitslose kulturell sehr viel weniger aktiv sind als Menschen mit einem 8-Stunden-Tag, obwohl sie dafür wesentlich mehr Zeit zur Verfügung hätten. Dies bedeutet, dass sich die Kulturpolitik in der Arbeitsmarkt-, in der Sozial- und in der Bildungspolitik zu Wort melden müsste. Das betrifft auch bedrückende Skandale, die von den Armutsberichten zutage gefördert worden sind.

Eine Intervention in die *Bildungspolitik* ist ebenso zwingend. Die kulturelle Kompetenz, die viel mehr Menschen der schrumpfenden Bevölkerung erwerben müssen, um flexibel zu werden, ihre kulturellen Aktivitäten zu steigern, um interkulturelle Kommunikationsfähigkeit und Integrationsfähigkeit zu verbessern, den wenigen jungen Eltern Arbeit *und* Kinder zu ermöglichen und Migrantenfamilien anlocken zu können, erfordert einen grundsätzlichen Wandel des Bildungssystems, im Sinne einer Orientierung an dem der skandinavischen Länder.

Literatur

Bachmaier, Helmut (2004): »Die Alten kommen«. Ankündigung eines Buches von Maria Schorpp, in: http://www.uni-konstanz.de/struktur/campus/unikon/unikon3/cntents/forschungO.htm

Baltes, Paul B. (2002): »Altern hat Zukunft«, in: http://www.zeit.de/2002/14/Politik/200214_altern_hat_zukunft.html

Baltes, Paul B. (2004): »Das hohe Alter – Mehr Bürde oder Würde«, in: http://www.elfenbeinturm.net/archiv/2004/01.html

Beck, Ulrich (1996): »Werteverfall: Ein deutscher Irrtum?«, in: *Informationsbrief Bayerischer Städtetag* (http://www.bay.-staedtetag.de/ib_1996/ib7_96d.htm)

Castells, Manuel (2003): *Das Informationszeitalter*. Band II*: Die Macht der Identität*, Opladen

Dahrendorf, Ralf (2003): *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung*, München

eurocult21 : s. Internet

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2003): »Segregation und Integration«, in *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 100 (I/2003), S. 68–71

Hummel, Siegfried (2001): »Kulturpolitik 2000 – Die kulturelle Entwicklung der europäischen Städte am Beginn des 21. Jahrhunderts in Handlungsfelder«, in: *Handbuch KulturManagement* (Loseblattsammlung, A 1.4) Stuttgart: Raabe-Verlag

Schimany, Peter (2003): *Die Alterung der Gesellschaft*, Opladen

Schirrmacher, Frank (2004): *Das Methusalemkomplott*, München

Sievers, Norbert/Hippe, Wolfgang (2006): *Kulturpolitik und Altersdemografie*, Wuppertal: Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit

Helene Kleine

Über das Studium der Kultur

Die Kulturstudiengänge sind – auch – Ergebnis der Modernisierungsimpulse der siebziger und achtziger Jahre: Hier greifen die »Neuen sozialen Bewegungen«, die Ausweitung der tertiären Bildung und des »kulturellen Sektors« ineinander, verstärken und fördern sich gegenseitig. Aus den Selbstlernprozessen der kulturellen Szene erwachsen neue Bildungsansprüche, die auf die sich verändernden Bildungsstrukturen treffen.

Wo stehen die Studiengänge heute, nach den Phasen der Gründung, des Aufbaus und der Konsolidierung? Sie verbinden Kulturwissenschaften mit Betriebswirtschaft, Verwaltung und Management, kulturelle Praxis mit Kulturpolitik und zielen jeweils auf vergleichbare Berufs- und Tätigkeitsfelder. Sind sie auch Träger und Impulsgeber zukunftsträchtiger Entwicklungen, geben sie den Ton an, oder spielen sie nur nach? Dieser Frage kann nur in Ansätzen nachgegangen werden, wichtig wären Studien zu Motivation und Interessen der Studenten, ihre Berufserwartungen und -verläufe.

Zunächst ein Blick zurück in die siebziger Jahre, die von Bürgerbewegungen und -initiativen geprägt waren.

Den »Neuen Sozialen Bewegungen« ging es um Bewahrung der Schöpfung, den sorgsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, aber auch um die Sichtung, den Schutz und die Entwicklung der kulturellen Ressourcen und Traditionen, zum Beispiel in der Denkmalpflege, die seit den späten Siebzigern auch die Orte und Anlagen der (Industrie-)Arbeit einbezog. Es ging um Teilhabe und Emanzipation, um die materialisierte und nichtmaterialisierte Geschichte der kleinen Leute. Dazu gehörte, bei allem regionalen Bezug, die Weltorientierung – global denken, lokal handeln – auch bezogen auf die Migranten und kulturellen Minderheiten (so lange sie keine Vertriebenen waren). Diese Ideen und Ideale prägten auch die Projekte und Initiativen, zunächst in Abgrenzung zur traditionellen Kulturszene: So die häufig aus Hausbesetzungen hervorgegangenen Jugendkulturzentren, die soziokulturelle Arbeit »in Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen«, die Stadtteilkultur, die Bühne und Plattform für »andere« Kulturen, Au-

ßenseiter und Migranten bot. Bühne und Werkstatt auch für zeitgenössischen Tanz und neue Formen des Performativen. Sie boten Ausdrucks- und Aktionsmöglichkeiten für die »Laien«, die zu »Experten des Alltags« wurden.

Die Aktivitäten waren verbunden mit politischen Auseinandersetzungen und Kampagnen. Insofern war »Kulturpolitik« Gesellschaftspolitik. Sie grenzte sich nicht ab, sondern stand in Verbindung mit Jugend-, Sozial- und Ausländerarbeit. (Und ein großer Sieg war errungen, wenn dies sich auch in den entsprechenden Haushaltstiteln niederschlug.)

Die Akteure waren häufig Studenten beziehungsweise Absolventen von Lehramtstudiengängen, die in den Schulen – vermeintlich – nicht gebraucht wurden, junge Leute, die sich ihre eigenen Tätigkeits- und Berufsfelder, auch über langjährige unbezahlte Arbeit in den Initiativen selbst schufen, Sozialarbeiter, die entweder selbstbestimmter arbeiten wollten oder die neuen Themen und Aktionen mit der traditionellen Sozialarbeit verbanden. Sie waren »Resultat« der Ausweitung der tertiären Bildung. Bildung als Basis der Chancengleichheit war ja in den siebziger Jahren ein wesentlicher Aspekt der gesellschaftlichen Modernisierung. Die Gründung der Fachhochschulen und neuer Universitäten sowie die Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten stehen in diesem Zusammenhang. Allerdings bot der traditionelle Erwerbsarbeitsmarkt für die Absolventen der expandierenden »weichen« Fächer, der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Pädgogik und Sozialpsychologie, keine ausreichenden Einstiegs- und Entwicklungschancen.

Die klassischen Kultureinrichtungen gerieten in den Sog der Verwaltungsmodernisierung (beziehungsweise waren oft die ersten, an denen diese durchexerziert wurde) und der Professionalisierung, die sich in der Regel an der Forderung nach betriebswirtschaftlicher Organisation und Führung festmachte. Sie mussten sich neu legitimieren, sei es als »Standortfaktor«, sei es als Garant künstlerischer Vielfalt und neuer Ausdrucksformen.

In diese Jahre fällt an den Hochschulen die Neudefinition der Sozial- und Geisteswissenschaften als »Kulturwissenschaften« und die Gründung der auf Kulturentwicklung, Kulturverwaltung, Kulturmanagement und Kulturarbeit konzentrierten Studiengänge.

Sie sind somit aus unterschiedlichen Quellen gespeist: aus dem Willen nach Professionalisierung der freien Szene und der traditionellen Kultureinrichtungen, nach einem interdisziplinären Verständnis der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie dem Siegeszug der Betriebswirtschaft im Verwaltungshandeln allgemein. Nicht zuletzt aber auch aus dem Interesse der nachfolgenden Generation, die in der Kulturarbeit für sich ein Handlungsfeld sahen und sehen.

In den *Kulturpolitischen Mitteilungen* der *Kulturpolitischen Gesellschaft* werden die Studiengänge seit einigen Jahren von den jeweiligen Akteuren vorgestellt. Die in der Regel auch im Internet verfügbaren Daten zu Aufbau, Zielsetzung und Inhalt ermöglichen es, sich jeweils aktuell zu informieren.

Hier sollen daher lediglich die inhaltlichen Schwerpunkte, ihre Traditionen und Quellen, die Lehrenden, die Lehr- und Lernformen sowie die Strukturen und Abschlüsse skizziert und die Zielgruppen, deren Motivation und Berufsziele beleuchtet werden.

Die Studiengänge finden sich sowohl an Universitäten wie an Fach- und Kunsthochschulen. Ihnen ist die Verbindung der Kulturwissenschaften – in je unterschiedlicher Ausformung – mit dem Kulturmanagement, der Theorie geleiteten und anwendungsbezogenen Inhalte gemeinsam.

In wie weit es dabei gelingt, Kulturwissenschaft und Kulturmanagement tatsächlich zu verbinden oder ob sie parallele Angebote bleiben, könnte nur durch eine intensive Auseinandersetzung mit inhaltlicher Ausrichtung, Motivation und Selbstverständnis der Professoren wie der Studenten geklärt werden.

Die Kulturwissenschaften verstehen sich als Wissenschaft vom Menschen und thematisieren die »... symbolischen Ordnungen der Welt und menschliche Selbstverortung in ihnen« (U. Daniel: Vorlesungsverzeichnis Viadrina 2005/2006). Als interdisziplinäre Angebote bergen sie die Gefahr, »undiszipliniert«, ohne methodische und inhaltliche Vertiefung in einer Wissenschafts- und Denktradition »von allem etwas« anzubieten: von der Philosophie und Ästhetik, den Literatur- und Sprachwissenschaften, den Geschichts- und Sozialwissenschaften, der Ethnologie, und, aktuell, den Medien- und Kommunikationswissenschaften.

An der *Europauniversität Viadrina* in Frankfurt/Oder wirkt man dem entgegen, indem die Studenten sich im Bachelorstudium auf zwei Disziplinen konzentrieren und erst im Master interdisziplinäre Schwerpunkte gesetzt werden. Am *Ludwig-Uhland-Institut der Universität Tübingen*, um ein weiteres Beispiel zu nennen, orientiert die »Empirische Kulturwissenschaft« mit Ethnologie und Volkskunde im Hintergrund auf die »Kultur der Vielen«, die symbolischen Ordnungen des Alltagslebens.

Die Fachhochschulen nutzen die kulturtheoretischen Wissensbestände als Reflektionsinstrument und Argumentationshintergrund für die kulturelle Praxis. Die jeweilige Ausrichtung orientiert sich an den jeweiligen Traditionen der Hochschule und der Fachbereichszuordnung aber auch am Standort und den regionalen Gegebenheiten, die in Beziehung gesetzt werden zu internationalen Entwicklungen.

Die Kunsthochschulen sind logischerweise an den jeweiligen Künsten und den sie prägenden Traditionen und Praxen orientiert.

Zwar wird immer wieder die Besonderheit des Kulturellen betont, dessen Bedeutung und Qualität sich der Messung von Erfolg und Misserfolg nach Euro und Cent entziehe. Gleichwohl gehen die Akteure, implizit oder explizit davon aus, dass »BWLer ... überall, in Wirtschaft, Politik und Kultur einsetzbar (sind), weil sich die Frage nach der Ressourceneffizienz in jedem sozialen System stellt« (Vorlesungsverzeichnis *Hochschule für Musik Weimar*, Wintersemester 2005/06, S. 64).

Drei Erfolgskriterien gelten nach dieser Lesart auch für das Kulturmanagement: »Menschenverträgliche nachfrageorientierte Marktpositionierung, effektive und

qualitativ hochwertige Produkte und Leistungen, effiziente Ressourcenallokation« (ebd.).

Die Lehrenden der (noch) jungen Studiengänge rekrutieren sich aus dem klassischen geistes- und sozialwissenschaftlichen Personal, je nach Hochschultyp mit wissenschaftsinternen Berufswegen oder mit kulturpraktischer beziehungsweise künstlerischer Vita. Stärker als in anderen Studienangeboten werden jedoch Praktiker, sei es über Honorarprofessuren oder Lehraufträge, sei es als Projekt- und Forschungspartner, einbezogen. Über »Externe« werden häufig die Verbindungen zu gleich gelagerten Studiengängen im In- und Ausland hergestellt beziehungsweise vertieft. Die Entwicklung gemeinsamer nationaler und internationaler Curricula, zum Beispiel für Masterangebote, steckt jedoch noch in den Anfängen.

Auch über die Lehr- und Lernformen, die über die Vorlesungen, Seminare und Übungen hinausgehen, werden die externen Verbindungen gepflegt. Sei es über Praktika, sei es über Studienprojekte, Exkursionen und Werkstätten.

Bezüglich der Studienstrukturen beziehungsweise Abschlüsse ist man auf dem Weg nach Bologna, dass heißt der Umstellung von Magister und Diplom auf BA und MA, relativ weit voran geschritten. Gerade die Kulturstudiengänge haben sich von Beginn an stark auf postgraduale beziehungsweise Aufbaustudiengänge und weiterbildende Angebote konzentriert. Damit bieten sie, ob als Präsenz-, Fern- oder Onlinestudiengang, auch einschlägig beruflich Tätigen Qualifizierungsmöglichkeiten.

Die Studiengänge zielen damit auf das ganze Spektrum der Studieninteressierten und -fähigen: Schulabgänger mit Fachabitur beziehungsweise allgemeiner Hochschulreife, Absolventen des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses in geeigneten Studiengängen sowie Quereinsteiger nach Studium und Berufspraxis. Damit qualifizieren sie auch für die entsprechenden gehobenen und höheren Laufbahnen des öffentlichen Dienstes (auch der Master FH qualifiziert für den höheren Dienst) und natürlich die freien Laufbahnen mit ihren Chancen und Risiken.

Es wäre erhellend – und ließe Rückschlüsse auf die Studiengänge zu –, rückblickend die Laufbahnen und Karrierewege der heute aktiven Kulturfachleute, die anfingen, als es die Studiengänge noch nicht gab, mit den Laufbahnen der Absolventen, die ja zum Teil auch schon 10 bis 15 Jahre tätig sind, zu vergleichen. Die Studiengänge reagieren damit insgesamt auf Professionalisierungsansprüche der Kultureinrichtungen im öffentlichen, im gemeinnützigen- und privatwirtschaftlichen Bereich.

Sie reagieren auch auf die »Kulturalisierung« der Lebenswelt, sei es in der möglicherweise vergangenen Spaß- und Erlebnisgesellschaft, sei es in der (wieder) sinnsuchenden Gesellschaft der Gegenwart und Zukunft.

Sie sind Ausdruck der Kulturorientierung der Geistes- und Sozialwissenschaften, die der Soziologisierung und Pädagogisierung der siebziger und achtziger Jahre folgt und reagieren nicht zuletzt auf die schwierigen Berufsbedingungen für Künstler. Ihre Programme entsprechen den Ansprüchen an »lebenslanges Ler-

nen«. Die Verbindung zur Praxis entspricht den aktuellen Anforderungen an die Hochschulen.

Die Kulturstudiengänge bereiten auf die »Neue Arbeit« jenseits der linearen Erwerbsbiographie vor. Junge Kulturarbeiter orientieren sich an »freien Laufbahnen«, temporärer, projektbezogener Arbeit für wechselnde Auftraggeber und in wechselnden Teams, auch an Phasen der Erwerbslosigkeit und der Jobs, für die das Studium nicht notwendig gewesen wäre.

Hier stellt sich, ähnlich wie bei den jungen Akademikern, die in den siebziger und achtziger Jahren keinen Einstieg in den »normalen« Arbeitsmarkt fanden, die Frage, ob die Kulturabsolventen auch heute noch ihre Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten selber schaffen, oder ob sie langfristig zu der ausgebeuteten »Generation Praktikum« gehören werden, die sich im Glanz des Kulturellen sonnen dürfen, ohne davon materiell profitieren zu können. Hier müssten sich die Kultureinrichtungen, ob privat oder öffentlich finanziert, auf eine Selbstverpflichtung beziehungsweise einen Ehrenkodex verständigen, aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem »Nachwuchs«, aber auch um sich nicht selbst das Wasser abzugraben.

Sind die Kulturstudiengänge darüber hinaus durch ihre Inhalte und Diskurse Katalysatoren zukunftsträchtiger Entwicklungen und Modernisierungsimpulse jenseits des wachstumsorientierten Mainstreams? Sind sie in diesem Sinne gar Träger »Neuer Sozialer Bewegungen«? Gibt es diese heute noch?

Die größte »Bewegung« der letzten Jahrzehnte wurde nicht von den »Neuen sozialen Bewegungen« der siebziger Jahre im Westen Deutschlands angestoßen, sondern von den Bürgern in den sozialistischen Industrieprovinzen Ostdeutschlands. Die Sinn- und Deutungs-»Angebote« des Sozialismus hatten ihre Legitimation und Durchsetzungskraft verloren. Dass Kultur und Kunst, aber auch die Kirchen zu orientierenden und handlungsleitenden Alternativen wurden, ist oft beschrieben worden.

Der Fall des Eisernen Vorhangs war Ergebnis und Katalysator von Modernisierungsprozessen, die in den Siebzigern nur in Ansätzen antizipiert wurden: Die Entwicklung weg von der produktionsorientierten Industriegesellschaft zur dienstleistungsorientierten Wissensgesellschaft wurde rapide beschleunigt und globalisiert. So ist es nur folgerichtig, dass die »Kathedralen der Industriearbeit« heute kommerziell, privat oder öffentlich genutzte Kulturorte, Ambiente und Kulisse für Design, Film und Werbung, »authentische« Orte für Museen und Ausstellungen, Kulisse und Bühne für Theater und Musik sind. Und es erstaunt nicht, dass der Beitrag der Kulturwirtschaft zur Bruttowertschöpfung im Branchenvergleich mit einer Wertschöpfung von 35 Milliarden Euro im Jahr 2005 zwischen der chemischen Industrie und der Software liegt. Die Kulturwirtschaft verzeichnet damit Wachstumsraten, die mittlerweile auch in den Wirtschaftspolitiken auf den verschiedenen föderalen Ebenen anerkannt wird.

Die IT-Technologien bieten grenzenlose Chancen der Wissens- und Informationsallokation, aber auch der völligen Neustrukturierung, zum Beispiel der Mu-

sik- und Medienmärkte. Dies macht die Branche zur Trägerin von Innovation weit über den Kulturbereich hinaus.

Die globale Vernetzung ist eine Chance für die »Generation Erasmus«, für die die Welt längst ein globales Dorf geworden ist. So sind die Modernisierungsschübe durch Öffnung der Märkte, Expansion der marktfähigen kulturellen Produkte und Dienstleistungen für Kunst und Kultur als Wirtschaftsfaktor positiv. Gleichzeitig droht die Gefahr, dass die Herausforderungen und Problemlagen »im Hier und Jetzt« aus dem Blick – auch der Kulturstudiengänge zu geraten drohen.

Zwar sind die Investitionen der öffentlichen Hände in kulturelle Einrichtungen nach wie vor enorm, allerdings droht die Kluft zwischen Kultur als Wirtschaftsfaktor und Kultur als einem öffentlichem, uns allen gehörendem Gut – wie die Staatsministerin für Kultur a. D. Christina Weiss auf dem kulturpolitischen Kongress der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im Sommer 2005 ausführte – immer größer zu werden. Die Fusion von Orchestern oder die Auflösung der Rundfunkorchester (bei fast unter den Nullpunkt sinkender Qualität auch des öffentlich rechtlichen Rundfunks) sind nur Beispiele. Auch die Reduzierung des Fachpersonals in den kommunalen Verwaltungen, dem *Deutschen Städtetag* und nicht zuletzt zahlreichen Landesregierungen macht dies deutlich.

Die Kulturpolitiker schwimmen hier im Mainstream der Politik beziehungsweise werden von ihm überschwemmt. Mindestens seit 1989 ist von den »Grenzen des Wachstums«, den Chancen, die damit auch verbunden sein können, nicht mehr die Rede. Es geht, quer durch alle Parteien und föderalen Ebenen um Wachstum und Wettbewerb als Garant für Jobs, Jobs, Jobs.

Quantitatives Wachstum zumindest nicht mehr absolut zu setzen und auch über Möglichkeiten der qualitativen Entwicklung nachzudenken, scheint nur ein Thema für Grenzgänger und Außenseiter zu sein.

Die knappe Phase der Vollerwerbstätigkeit (die nur so bezeichnet werden kann, wenn man die Rahmenbedingungen übersieht, nämlich das kriegszerstörte Land und die Nichterwerbstätigkeit der Frauen) vom Ende der fünfziger bis zum Anfang der siebziger Jahre wird als Ideal der sozialen Marktwirtschaft propagiert, ebenso die ideologiegestützte Fixierung der DDR auf Arbeit ohne zum Beispiel die ökologischen Folgeschäden zu bedenken.

Eine Debatte über Vollerwerbstätigkeit als einer historisch bedingten Phase, die nicht immer war und nicht immer sein wird, könnte einen wirklichen *cultural turn* bewirken. Andere Möglichkeiten der Verteilung der exorbitanten Wertschöpfung, die dank Rationalisierung, Technisierung und Globalisierung mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft auskommt, zu diskutieren und zu erproben, wäre wirklich innovative Kulturarbeit.

Kulturwissenschaftler und Kulturarbeiter müssten die Auseinandersetzung darüber anstoßen, welche – auch kulturelle – Schäden die ungehemmte Wachstumsgier nach sich zieht.

Zum Mainstream passt, dass auch von den Kulturpolitikern Kultur häufig genug funktional definiert und quasi als Sekundärtugend angesehen ist.

Musische Erziehung und Bildung ist nicht deshalb wertvoll, weil sie den Kindern und Jugendlichen Freude macht und ihnen gut tut, sondern weil sie dann sozialer sind (und keine Folgekosten wegen unsozialen und renitenten Verhaltens verursachen), besser lernen und kreativer werden und damit fitter für alle möglichen Arbeitsplätze sind.

Kulturorte werden eher deshalb erhalten, wenn sie hinreichend spektakulär sind, Standortvorteile bieten und Touristen anziehen, weniger, weil sie Dokumente der Geschichte, unseres Herkommens, der Leistungen, die die Generationen vor uns erbracht haben, sind.

Wo, wenn nicht an den Hochschulen, die doch nach wie vor Orte des freien Denkens über das Gegebene hinaus, jenseits der Sachzwänge und Handlungsnotwendigkeiten sind, soll dieser Diskurs stattfinden? Wer, wenn nicht die Professoren aus ihren sicheren Positionen heraus und die Studenten, die sich ihre Welt einrichten müssen, sollen das tun?

Kulturstatistik, Chronik, Literatur, Adressen

MICHAEL SÖNDERMANN

Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2005

Ergebnisse aus der Kulturstatistik

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur in Deutschland gehen seit einigen Jahren kontinuierlich zurück. So fließen aus den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2005 mit rund 7,8 Milliarden Euro schätzungsweise erneut 2 Prozent weniger Kulturfinanzmittel in den Kultursektor als im Vorjahr 2004 mit 7,96 Milliarden Euro. Das Gesamtvolumen der öffentlichen Kulturetats liegt damit bereits zum zweiten Mal unterhalb der magischen Grenze von 8 Milliarden Euro. Das ist das Ergebnis der aktuellen Finanzanalyse des *Arbeitskreises Kulturstatistik (ARKStat)*, der seine Berechnungen und Schätzungen auf die Angaben des *Statistischen Bundesamtes* und der Finanzministerien des Bundes und der Länder stützt.

Der beobachtete Trend der rückläufigen Kulturausgaben (*Tabelle 1*) ist seit vier Jahren signifikant. Seit dem Höhepunkt im Jahr 2001 mit 8,54 Milliarden Euro sinken die Kulturausgaben mit fallenden jährlichen Raten von minus 1,2 bis minus 3,1 Prozent. Am stärksten betroffen sind die relativ zentralen Kulturetats der Gemeinden, die bereits durchschnittlich knapp 3 Prozent pro Jahr verlieren. Die Länderhaushalte schrumpfen im Zeitverlauf zunächst nur moderat um 1 bis 2 Prozent. Seit 2004 jedoch steigen auch hier Minusraten deutlich an und liegen nun bei minus 4,1 Prozent beziehungsweise aktuell geschätzten minus 3,1 Prozent. Lediglich der Verlauf des Bundeshaushaltes bietet eine uneinheitliche Entwicklung. So steigen die Bundeskulturausgaben nach einem Anstieg von plus 3 Prozent im Jahr 2002 und einem starken Rückgang von minus 4,6 Prozent im Folgejahr 2003 erneut im Jahr 2005 um 4 Prozent auf Bundesebene an.

In *internationaler Betrachtung* spielt der Anteil der Kulturausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eine besonders große Rolle bei der statistischen Bewertung der Kulturanstrengungen zum Beispiel in den verschiedenen europäischen Ländern. In Deutschland nehmen die Prozentanteile der Kulturausgaben

Tabelle 1: Kulturausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden/GV 2001–2005
(Grundmittel, Ist-Rechnung 2001–2004, Schätzung 2005 (kursiv), Kennzahlen)

Kulturdefinition: Theater u. Musik, Museen, Bibliotheken, Denkmalpflege, Kunsthochschulen, Auslandskultur, Kulturverwaltung, sonstige Kulturpflege, kulturelle VHS/Weiterbildung (10%), Künstlersozialkasse, aber ohne Rundfunk/TV u. kirchl. Angelegenheiten

Ebene	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 vorl. Ist	*2005 Schätzung*
Kulturausgaben in Mio. EUR					
Insgesamt	8.539	8.434	8.211	7.956	*7.799*
I. Bund	1.118	1.152	1.098	1.096	*1.139*
II. Länder	3.668	3.608	3.568	3.415	*3.310*
darunter Stadtstaaten	904	890	892	912	*856*
III. Gemeinde-Ebene	3.752	3.675	3.545	*3.446*	*3.350*
Veränderung der Kulturausgaben zum Vorjahr in %					
Insgesamt	+2,4%	-1,2%	-2,6%	-3,1%	-2,0%
I. Bund	+3,0%	+3,0%	-4,6%	-0,3%	+4,0%
II. Länder	+1,5%	-1,7%	-1,1%	-4,3%	-3,1%
darunter Stadtstaaten	-4,5%	-1,6%	+0,1%	+2,3%	-6,2%
III. Gemeinde-Ebene	+3,1%	-2,1%	-3,5%	-2,8%	-2,8%
Kulturausgaben je Einwohner in EUR					
Insgesamt	104	102	99	96	*95*
I. Bund	14	14	13	13	*14*
II. Länder	45	44	43	41	*40*
darunter Stadtstaaten	157	154	154	158	*148*
III. Gemeinde-Ebene	49	48	46	*45*	*44*
Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %					
BIP-Anteil der Kulturausgaben	0,40%	0,39%	0,38%	0,36%	*0,35%*
Veränderung gegenüber 2000 in vH					
Kulturausgabenindex (2000=100)	102,4	101,2	98,5	95,4	*93,6*
Verbraucherpreisindex (2000=100)	102,0	103,4	104,5	106,2	*108,3*

Hinweise: Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich Zweckverbände. Stadtstaaten = staatliche und gemeindliche Kulturausgaben zusammen. Ist-Rechnung zu den Jahren 2001-2003, vorläufige Ist-Rechnung zu 2004 für staatliche Ebene, Schätzung (kursiv) für Gemeinden/GV zu 2004 und zu 2005 für alle Ebenen. Grundmittel = Zuschussbedarf oder einnahmebereinigte Ausgaben. Differenzen rundungsbedingt.Quelle: Destatis, eigene Berechnungen Arbeitskreis Kulturstatistik.
Quellen: Destatis, Haushaltspläne Bund u. Länder, eigene Berechnungen u. Schätzungen Arbeitskreis Kulturstatistik.

am BIP im Zeitraum von 2001 bis 2005 kontinuierlich von 0,40 Prozent auf 0,35 Prozent ab. Das bedeutet ein stetiges Absinken der Kulturausgaben gegenüber der wirtschaftlichen Leistungskraft in Deutschland. Dieser nationale Befund wird durch die jüngst von der *OECD* veröffentlichten Zahlen bestätigt, wonach die öffentlichen Ausgaben für Kultur und Erholung in Deutschland nach internationalen Maßstäben bei einem prozentualen Wert von 0,68 im Jahre 2003 liegen.

Deutsche Kulturausgaben im internationalen Ländervergleich 2000–2003

	Anteil der öffentlichen Ausgaben für Kultur und Erholung in Prozent am Bruttoinlandsprodukt			
	2000	2001	2002	2003
Vereinigtes Königreich	0,59	0,57	0,62	0,63
Deutschland	0,72	0,71	0,70	0,68
Frankreich	0,82	0,84	0,79	0,80

Hinweis: Abgrenzung nach OECD: Government expenditure on recreation and culture; *Quelle:* OECD Factbook 2006, Economic, Environmental and Social Statistics

Im *Vergleich zu den Ländern Frankreich und Vereinigtes Königreich* weist Deutschland einen kontinuierlichen Rückgang der Anteilswerte aus. Das Vereinigte Königreich verzeichnet sogar einen minimalen Anstieg in den Jahren 2002 und 2003. So steigt der Anteil von 0,62 Prozent auf 0,63 und könnte voraussichtlich im Jahre 2005 das deutsche Niveau erreicht haben, sofern die jeweilige Aufwärtsentwicklung im Vereinigten Königreich und die Abwärtsentwicklung in Deutschland anhält. In Frankreich verläuft die Entwicklung uneinheitlich. Der Anteilswert von 0,80 Prozent liegt jedoch noch deutlich über dem deutschen Wert von 0,68 Prozent.

Gemessen an französischen Verhältnissen hätte Deutschland mehr als eine Milliarden Euro zusätzlich im Jahre 2003 ausgeben müssen, um in die Nähe des französischen Anteilswerts von 0,80 Prozent zu gelangen.

Die *wichtigsten Finanzträger der Kulturfinanzierung in Deutschland* sind die Gemeinden. Sie tragen 43 Prozent der Ausgaben, dicht gefolgt von den Ländern (Staatliche Haushalte) mit 42 Prozent, während der Bund mit 15 Prozent traditionell die Rolle des »Juniorpartners« in Deutschland in Sachen Kulturfinanzierung einnimmt. Die Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) werden üblicherweise den Länderhaushalten zugeordnet, obwohl sie große Anteile an gemeindlichen Kulturausgaben enthalten. Ohne den Anteil der Stadtstaaten (Anteil am Gesamt, 11 Prozent) hätten die Länder nur einen Anteil von 31 Prozent, während die Gemeindekulturfinanzierung mit dem Zuwachs der Stadtstaaten auf einen Anteil von 54 Prozent steigen würde.

Rund 15 Prozent aller Kulturausgaben fließen aus den *Bundeskulturetats* der verschiedenen Ministerien in den Kultursektor. Neu in die Gesamtauswertung wurden die Ausgaben für kulturelle Auslandsarbeit in Höhe von rund 290 Millionen Euro einbezogen. Ohne die Auslandskulturarbeit läge der Bundeskulturanteil lediglich bei rund 10 bis 11 Prozent der gesamtdeutschen Kulturfinanzierung.

In der *Betrachtung auf Bundesländerebene* (*Tabelle 2*) ist zu sehen, dass die westdeutschen Flächenländer rund 55 Prozent (4,3 Milliarden Euro) der Kulturfinanzierung tragen, verteilt auf die staatliche Ebene mit 22 Prozent (1,7 Milliarden Euro) und die Gemeindeebene mit 33 Prozent (2,6 Milliarden Euro). Die ostdeutschen Flächenländer zusammen finanzieren knapp 20 Prozent (1,5 Milliarden

Tabelle 2: Kulturausgaben in Flächenländern, Stadtstaaten und Gemeinden/GV 2001–2005 *(Grundmittel, Ist-Rechnung 2001-2004, Schätzung, Veränderung zum Vorjahr in %)*

Kulturdefinition: siehe Tab. 1

Ebene	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 vorl. Ist	2005 *Schätzung*
13 Flächenländer insgesamt	**Kulturausgaben in Mio. EUR**				
8 Flächenländer (West)	4.801	4.808	4.652	4.397	*4.331*
davon Staatliche Ebene	1.820	1.896	1.864	1.701	*1.724*
davon Gemeinden/GV	2.981	2.913	2.788	*2.696*	*2.607*
5 Flächenländer (Ost)	1.714	1.583	1.569	1.552	*1.511*
davon Staatliche Ebene	944	822	812	802	*767*
davon Gemeinden/GV	771	762	757	*750*	*744*
Zusammen	6.516	6.392	6.221	5.948	*5.842*
	Veränderung der Kulturausgaben zum Vorjahr in %				
8 Flächenländer (West)	+4,3%	+0,2%	-3,3%	-5,5%	-1,5%
davon Staatliche Ebene	+4,0%	+4,1%	-1,7%	-8,8%	+1,4%
davon Gemeinden/GV	+4,4%	-2,3%	-4,3%	-3,3%	-3,3%
5 Flächenländer (Ost)	+0,9%	-7,6%	-0,9%	-1,1%	-2,6%
davon Staatliche Ebene	+3,0%	-12,9%	-1,2%	-1,3%	-4,3%
davon Gemeinden/GV	-1,6%	-1,1%	-0,6%	-0,9%	-0,9%
Zusammen	+3,4%	-1,9%	-2,7%	-4,4%	-1,8%
3 Stadtstaaten insgesamt	**Kulturausgaben in Mio. EUR**				
Berlin	629	575	540	545	*523*
Bremen	85	90	105	109	*88*
Hamburg	191	226	247	259	*244*
Zusammen	904	890	892	912	*856*
3 Stadtstaaten insgesamt	**Veränderung der Kulturausgaben zum Vorjahr in %**				
Berlin	-4,4%	-8,5%	-6,1%	+1,0%	-4,1%
Bremen	+1,5%	+5,5%	+16,8%	+3,7%	-18,6%
Hamburg	-7,3%	+18,2%	+9,5%	+4,7%	-5,6%
Zusammen	-4,5%	-1,6%	+0,1%	+2,3%	-6,2%
Flächenländer u. Stadtstaaten insg.	**Kulturausgaben in Mio. EUR**				
davon Staatliche Ebene	2.764	2.717	2.676	2.502	*2.455*
davon Gemeinden/GV	3.752	3.675	3.545	*3.446*	*3.350*
davon Stadtstaaten	904	890	892	912	856
Zusammen	7.420	7.282	7.112	*6.861*	*6.661*
	Veränderung der Kulturausgaben zum Vorjahr in %				
davon Staatliche Ebene	+3,7%	-1,7%	-1,5%	-6,5%	-1,9%
davon Gemeinden/GV	+3,1%	-2,1%	-3,5%	-2,8%	-2,8%
davon Stadtstaaten	-4,5%	-1,6%	+0,1%	+2,3%	-6,2%

Hinweise: siehe Tabelle 1. **Quellen:** Destatis, Haushaltspläne Bund u. Länder, eigene Berechnungen u. Schätzungen Arbeitskreis Kulturstatistik.

Euro) der Kulturfinanzierung, getragen je zur Hälfte von der staatlichen und der gemeindlichen Ebene.

In der Verteilung nach Bundesländer (*Tabelle 3*) ragen die westdeutschen Länder Nordrhein-Westfalen (Anteil an allen Flächenländern 20%, absolut 1,2 Milliarden Euro), Bayern (Anteil 17%, abs. 1,0 Milliarden Euro), Baden-Württemberg (Anteil 16%, abs. 0,9 Milliarden Euro) und als einziges ostdeutsches Land Sachsen (Anteil 11%, abs. 0,6 Milliarden Euro) hervor. Meist hat die Gemeindeebene etwas mehr Gewicht als die Staatsebene (Ausnahme Sachsen). Nur in Nordrhein-Westfalen ist bereits der Anteil der Nordrhein-Westfalen-Gemeinden mit vier Fünftel der gesamten Nordrhein-Westfalen-Kulturfinanzierung so hoch, dass sie alleine in einer bundesweiten Betrachtung circa 16 Prozent der Kulturausgaben aller Flächenländer ausmachen. Die übrigen neun Flächenländer kommen zusammen (staatliche und gemeindliche Ebene) auf einen Anteilswert von 36 Prozent.

Bezogen auf die *Verteilung nach den Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur* verschiebt sich das regionale Bild zugunsten der ostdeutschen Länder. In Sachsen (151 Euro je Einwohner), in Thüringen (112 Euro/EW) und in Sachsen-Anhalt (104 Euro/EW) gibt es bezogen auf den Einwohnerstand die höchsten Kulturausgaben. Im Durchschnitt gibt der überwiegende Teil der Länder (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen) zwischen 70 und 90 Euro je Einwohner aus. Die restlichen Länder-Pro-Kopfwerte liegen bei 50 bis 60 Euro. Die jeweilige Pro-Kopf-Verteilung spiegelt zum einen die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung wider, die abweichend von der kulturellen Infrastrukturentwicklung verlaufen kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass qualitative kulturelle Angebote oftmals nicht von der Anzahl der Nutzer abhängig sein können. Zum anderen schlägt sich der jeweilige Institutionalisierungsgrad regionaler, nationaler oder sogar internationaler Kultur nieder, der abweichend von der jeweiligen Finanzstärke der Bundesländer historisch entstanden ist.

Wie der *Spartenüberblick* in *Abbildung 1* zeigt, fließen die Finanzmittel der Kulturetats in unterschiedlicher Höhe in die jeweiligen Spartenfelder. Bezogen auf das Jahr 2004 liegt der Schwerpunkt mit 36 Prozent oder 2,9 Milliarden Euro im Feld der Theater- und Musikförderung. Darunter betragen die Mittel allein für die öffentlichen Theater rund 2,0 Milliarden Euro jährlich. Der Museumssektor ist der zweitgrößte Posten, der einen Anteil von 16 Prozent oder in absoluter Höhe von 1,27 Milliarden Euro erreicht, dicht gefolgt vom Bibliothekssektor mit einem Anteil von 15 Prozent oder 1,23 Milliarden Euro.

Die Summenkategorie »Sonstige Kulturförderung« umfasst Ausgaben für die Felder: Film (nur kulturelle Filmförderung), Literatur, Bildende Kunst, Soziokultur sowie sonstige individuelle Künstlerförderung. Sie erreicht im Jahr 2004 einen Etatanteil von 10 Prozent oder 790 Millionen Euro. Bei der Sparte Kulturverwaltung handelt es sich ebenfalls um eine Summenkategorie, die neben der Finanzierung der Kulturämter auch Anteile an sonstiger Kulturförderung enthält. Ihr Anteil liegt bei 6 Prozent und erreicht ein Volumen von 460 Millionen Euro. In gleicher Finanzausstattung werden die staatlich getragenen künstlerischen Hochschulen

Tabelle 3: Kulturausgaben der 13 Flächenländer einschließlich Gemeinden/GV 2001–2004

(Grundmittel, Ist-Rechung 2001-2004, Gemeinden 2004 Schätzung, Veränderung in %, Pro-Kopf-Ausgaben)

Kulturdefinition: siehe Tab. 1

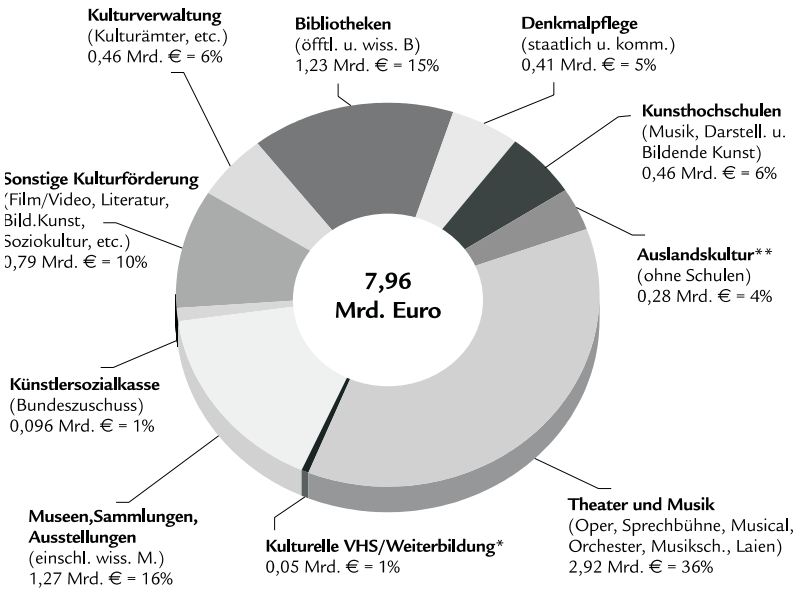
Länder	**2001** Ist	**2002** Ist	**2003** Ist	**2004** vorl. Ist	**2001** Ist	**2002** Ist	**2003** Ist	**2004** vorl. Ist	**2003** Ist
	Kulturausgaben in Mio. EUR				**Veränderung zum Vorjahr in %**				**€/EW**
Baden-Württemberg	926	941	956	939	+5,8%	+1,6%	+1,6%	-1,8%	90
Staat	392	401	416	396	+2,4%	+2,3%	+3,7%	-4,9%	39
Gemeinden/GV*	534	540	540	543	+8,7%	+1,1%	+0,1%	*+0,6%*	51
Bayern	1.107	1.134	1.109	993	+4,0%	+2,4%	-2,2%	-10,5%	89
Staat	507	534	546	447	+0,9%	+5,2%	+2,3%	-18,1%	44
Gemeinden/GV*	600	601	563	546	+6,6%	+0,1%	-6,2%	*-3,1%*	45
Brandenburg	211	197	211	209	-2,9%	-6,5%	+7,1%	-1,4%	82
Staat	102	102	99	95	+3,6%	-0,4%	-2,1%	-4,3%	39
Gemeinden/GV*	109	96	112	113	-8,4%	-12,1%	+16,8%	*+1,3%*	43
Hessen	430	471	439	441	+1,9%	+9,5%	-6,7%	+0,3%	72
Staat	144	180	162	168	+4,2%	+24,6%	-9,8%	+3,5%	27
Gemeinden/GV*	286	291	277	273	+0,8%	+1,9%	-4,8%	*-1,5%*	46
Mecklenburg-Vorpommern	214	148	146	145	-8,4%	-31,1%	-1,2%	-0,4%	84
Staat	131	70	71	74	-5,8%	-46,8%	+1,7%	+4,4%	41
Gemeinden/GV*	83	78	75	71	-12,3%	-6,3%	-3,8%	*-5,0%*	43
Niedersachsen	501	483	466	438	+2,7%	-3,6%	-3,6%	-5,9%	58
Staat	255	247	243	227	+8,1%	-3,1%	-1,4%	-6,7%	30
Gemeinden/GV*	247	236	222	211	-2,5%	-4,2%	-6,0%	*-5,1%*	28
Nordrhein-Westfalen	1.377	1.346	1.258	1.181	+5,8%	-2,2%	-6,5%	-6,1%	70
Staat	303	314	283	252	+10,7%	+3,7%	-9,7%	-10,9%	16
Gemeinden/GV*	1.074	1.032	975	929	+4,4%	-3,9%	-5,5%	*-4,7%*	54
Rheinland-Pfalz	227	208	218	208	+3,4%	-8,3%	+4,7%	-4,3%	54
Staat	100	98	102	98	+1,5%	-2,1%	+4,4%	-3,9%	25
Gemeinden/GV*	127	110	116	110	+4,9%	-13,2%	+4,9%	*-4,6%*	28
Saarland	70	67	58	59	+0,8%	-4,6%	-14,2%	+1,9%	54
Staat	43	42	34	37	+2,0%	-0,8%	-19,0%	+8,7%	32
Gemeinden/GV*	28	25	23	21	-1,7%	-10,5%	-5,9%	*-8,2%*	22
Sachsen	708	670	656	656	+0,4%	-5,4%	-2,1%	+0,1%	151
Staat	427	382	370	368	+5,4%	-10,4%	-3,3%	-0,5%	85
Gemeinden/GV*	281	287	286	288	+2,3%	+2,1%	-0,5%	*+0,8%*	66
Sachsen-Anhalt	270	277	263	262	-0,5%	+2,6%	-5,2%	-0,3%	104
Staat	117	114	113	114	-0,3%	-2,0%	-0,9%	+1,1%	45
Gemeinden/GV*	153	163	149	147	-1,0%	+6,0%	-8,2%	*-1,3%*	59
Schleswig-Holstein	161	159	148	141	-1,5%	-1,4%	-6,6%	-4,8%	53
Staat	76	80	76	75	+0,3%	+4,7%	-4,3%	-1,8%	27
Gemeinden/GV*	85	79	72	66	-2,9%	-6,9%	-8,9%	-7,9%	25
Thüringen	283	264	267	255	+4,3%	-6,7%	+1,1%	-4,4%	112
Staat	167	153	158	150	+7,1%	-8,1%	+3,0%	-5,3%	66
Gemeinden/GV*	115	110	108	105	+0,5%	-4,7%	-1,5%	*-3,1%*	46
13 Flächenländer	6.486	6.365	6.195	5.927	+2,9%	-1,9%	-2,7%	-4,3%	81
Staat	2.764	2.717	2.676	2.502	+3,7%	-1,7%	-1,5%	-6,5%	35
Gemeinden/GV*	3.722	3.648	3.519	3.425	+3,0%	-2,0%	-3,5%	*-2,7%*	46

Hinweise: *Gemeinden/GV hier ohne Zweckverbände. Weitere Hinweise in Tab. 1. EUR/EW=in EURO je Einwohner.
Quellen: Destatis, Haushaltspläne Bund u. Länder, eigene Berechnungen u. Schätzungen Arbeitskreis Kulturstatistik.

Abbildung 1: Kulturetats der öffentlichen Haushalte in Deutschland nach Sparten 2004

Durchschnittliche Aufteilung der Spartenausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden insges. in Mrd. Euro und %

Kulturdefinition: siehe Tab. 1



Hinweis: vorläufige Angaben nach Solldaten 2004 und Schätzwerte. * Kulturelle Erwachsenenbildung/VHS in Abweichung früherer Angaben nur 10% der gesamten Erwachsenenbildung. **Auslandskultur ohne Auslandsschulen und Auslandsrundfunk. Berechnung = Grundmittel bzw. Zuschussbedarf, einnahmenbereinigte Kulturausgaben.
Quellen: Haushaltspläne 2004 Bund u. Länder; Ansatzstatistik 2004, Destatis; Schätzwerte Gemeinden 2004, eigene Berechnungen Arbeitskreis Kulturstatistik

finanziert, die ebenfalls 460 Millionen Euro aufweisen. Etwas weniger an Finanzmitteln fließt in den Sektor Denkmalpflege, der aus staatlichen und kommunalen Haushalten zusammen 410 Millionen Euro erhält oder einen Anteil von 5 Prozent erreicht.

Drei Besonderheiten sind an dieser Stelle zu erwähnen: Erstmals werden, wie oben bereits erwähnt, die *Ausgaben für die auswärtige Kulturarbeit* einbezogen. Im Jahr 2004 liegen sie bei rund 280 Millionen Euro und werden weitgehend aus dem Bundeshaushalt finanziert. Hingegen sind die Ausgaben für Erwachsenenbildung/VHS/Weiterbildung nur noch mit einem zehnprozentigen Anteil der früheren Nachweisungen einbezogen, da nur die relevanten kulturbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen im Kulturetat erfasst werden sollen. Dadurch verringert sich das in der Sparte kulturelle VHS/Weiterbildung ausgewiesene Volumen auf knapp 50 Millionen Euro (im Unterschied zu früheren Angaben von knapp 500

Millionen Euro) und damit einem Anteil von unter 1 Prozent am Gesamtkulturetat. Eine weitere Besonderheit bildet der Etat der Künstlersozialkasse, der zur sozialen Absicherung der freiberuflichen Kulturberufe von der Bundesregierung mit einem Zuschuss von 96 Millionen Euro im Jahr 2004 finanziert wird.

Aus *Tabelle 4* wird die *Verteilung der Spartenetats nach den Trägerschaften* für das Jahr 2003 sichtbar. Die Gemeinden sind die wichtigsten Finanzträger für die Sparten Theater und Musik (1631 Millionen Euro), Museen (617 Millionen Euro), Bibliotheken (566 Millionen Euro) und die Kulturverwaltung (359 Millionen Euro). Die staatliche Ebene der Flächenländer sind in den Sparten Sonstige Kulturförderung (331 Millionen Euro), Kunsthochschulen (322 Millionen Euro), Denkmalpflege (257 Millionen Euro) die relevanten Finanziers. Der Bund besitzt eine finanzielle Sonderstellung in der Finanzierung der Auslandskulturarbeit (295 Millionen Euro) und der Bezuschussung der Künstlersozialkasse.

Von den insgesamt zehn Sparten beziehungsweise Aufgabenbereichen mussten fünf Sparten im Jahr 2003 zum Teil deutliche Einbußen in der Spartenfinanzierung gegenüber dem Vorjahr 2002 hinnehmen, wie die Theater und Musikförderung (-7,4%), die Bibliotheken (-3,2%), die Denkmalpflege (-16,3%), die Auslandskultur (-6,5%) und die kulturelle VHS/Weiterbildung (-3,0%). Die Sparten mit Zuwächsen im Jahr 2003 waren die Museen (+4,4%), die sonstige Kulturförderung (+10,1%), die Kulturverwaltung (+5,1%), die Kunsthochschulen (+1,6%) sowie die Bezuschussung der Künstlersozialkasse (+8,8%).

In der *langfristigen Entwicklung* (*Tabelle 5*), dargestellt nach den Ergebnissen des »Kulturfinanzberichts 2003« des *Statistischen Bundesamtes*, stiegen die Kulturausgaben im Zeitraum zwischen 1975 bis 1985 von rund 1,8 Milliarden Euro auf 3,6 Milliarden Euro. Diese Verdoppelung der öffentlichen Kulturetats wiederholt sich in der nachfolgenden Dekade bis zum Jahr 1995 erneut und erreicht eine Höhe von 7,4 Milliarden Euro. Allerdings enthält der Vergleich der zweiten Dekade zwei unterschiedliche Gebietsräume. So beinhaltet die Gesamtzahl des Jahres 1995 bereits die fünf neuen Bundesländer einschließlich Ostberlin. Mit etwa 1,8 Milliarden Euro machen sie rund ein Viertel der Gesamtsumme von 7,4 Milliarden Euro aus.

Das bedeutet, die Wachstumsdynamik der Kulturausgaben in der früheren Bundesrepublik verlief deutlich langsamer als die ausgewiesenen Daten anzuzeigen scheinen. Im Zeitraum von 1995 bis 2001 stiegen die Kulturausgaben der öffentlichen Hand nur noch moderat auf insgesamt 8,4 Milliarden Euro an. Das Jahr 2001 scheint bislang der Höhepunkt der öffentlichen Kulturfinanzierung gewesen zu sein. In den Folgejahren geht das Gesamtvolumen nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes bis 2004 auf knapp unter 8 Milliarden Euro zurück. Allerdings schätzen die Statistiker des Bundesamtes für das Jahr 2005 einen Zuwachs bei den Gemeinden von mehr als 100 Millionen Euro. Sie erwarten also einen wieder ansteigenden vorläufigen Gesamtwert von etwas mehr als 8 Milliarden Euro.

Tabelle 4: Kulturausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nach Sparten bzw. Aufgabenbereichen 2003 *(Grundmittel, Ist-Rechnung, Anteile 2003 u. Veränderung gegenüber 2002 in %)*

Kulturdefinition: siehe Tab. 1

Sparte/Aufgabenbereich	Insges.	Sparten-anteil in %	Bund	Flächen-länder	Stadt-staaten	Gemein-den/GV
	in Mio. EUR					
Theater u. Musik	2.985	36%	24	923	407	1.631
Veränderung ggü. 2002 in %	*-7,4%*	–	*+18,2%*	*-4,9%*	*-8,7%*	*-8,7%*
Museen einschl. wiss. E.	1.296	16%	101	409	168	617
Veränderung ggü. 2002 in %	+4,4%	–	-7,9%	+14,2%	+19,9%	-2,5%
Bibliotheken einschl. wiss E.	1.272	15%	346	255	106	566
Veränderung ggü. 2002 in %	*-3,2%*	–	*-0,3%*	*-6,3%*	*-4,6%*	*-3,3%*
Sonstiges***	811	10%	165	331	71	244
Veränderung ggü. 2002 in %	*+10,1%*	–	*-0,9%*	*-5,4%*	*+12,2%*	*+55,3%*
Kulturverwaltung	525	6%	0	151	15	359
Veränderung ggü. 2002 in %	*+5,1%*	–	–	*+4,4%*	*-8,5%*	*+6,1%*
Denkmalpflege u. -schutz	450	5%	68	257	20	104
Veränderung ggü. 2002 in %	*-16,3%*	–	*-22,2%*	*-7,5%*	*+9,0%*	*-31,8%*
Kunsthochschulen	429	5%	7	322	100	0
Veränderung ggü. 2002 in %	*+1,6%*	–	*-60,4%*	*+2,7%*	*+10,7%*	–
Auslandskultur****	304	4%	295	7	2	0
Veränderung ggü. 2002 in %	*-6,5%*	–	*-7,0%*	*+15,5%*	*+0,0%*	–
Kulturelle VHS/Weiterbildg.*	47	1%	0	21	3	23
Veränderung ggü. 2002 in %	*-3,0%*	–	–	*-13,2%*	*-13,1%*	*+10,4%*
Künstlersozialkasse (Bundeszuschuss)	92	1%	92	0	0	0
Veränderung ggü. 2002 in %	*+8,8%*	–	*+8,8%*	–	–	–
Kulturausgaben Insgesamt	8.211	100%	1.098	2.676	892	3.545
Veränderung ggü. 2002 in %	*-2,6%*	–	*-4,6%*	*-1,5%*	*+0,1%*	*-3,5%*
Anteil Körperschaft in %	*100%*	–	*13%*	*33%*	*11%*	*43%*
Zur Info: Rundfunk/ TV**	288	–	287	1	0	0
Veränderung ggü. 2002 in %	*-9,0%*	–	*-8,7%*	*-44,8%*	–	–

Hinweise: Gemeinden/GV einschl. Zweckverbände. (*) kultureller Anteil von 10% an VHS u. Förderung d. Weiterbildung. ** nur öffentl. finanzierter Rundfunk (DW, etc.) kein gebührenfinanzierter Rundfunk (ARD/ZDF, etc.). *** Sonstige Kunst- und Kulturpflege. ****ohne Auslandschulwesen.
Quellen: Destatis, eigene Berechnungen Arbeitskreis Kulturstatistik.

Die *Kulturfinanzierung wird durch die Gemeinden und Gemeindeverbände* in besonderer Weise geprägt. Wie *Tabelle 6 (*s. Seite 408 f) ausweist, stehen im Jahr 2003 rund 6,1 Milliarden Euro auf gemeindlicher Ebene zur Förderung der Kultur zur Verfügung. Die Datenauswertung der *Tabelle 6* weicht in zwei Aspekten von der in diesem Beitrag verwendeten Abgrenzung und Berechnung der Kulturausgaben ab. Die Kulturdefinition entspricht der kommunalen Gliederung nach dem Einzelplan 3 »Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege«. Dieser enthält neben den üblichen ausgewiesenen Kultursparten Theater, Museen et cetera zusätzlich die Ausgaben für die VHS/Weiterbildung (hier wieder in der Gesamtfinanzierung von 100%) sowie für kirchliche Angelegenheiten. Die Ausgaben für Kunsthoch-

schulen und Künstlersozialkasse, die auf Gemeindeebene keine Rolle spielen, werden in diesem Einzelplan nicht erfasst.

Die Berechnung der gemeindlichen Kulturausgaben (*Tabelle 6*) erfolgt in der Darstellung der so genannten bereinigten Bruttoausgaben und nicht, wie hier sonst üblich, in der Grundmitteldarstellung. Die bereinigten Bruttoausgaben setzen sich zusammen aus den Grundmitteln plus den unmittelbaren Einnahmen sowie Einnahmen von anderen öffentlichen Ebenen. Für das Verständnis dieser unterschiedlichen Berechnungsarten ist es wichtig zu beachten, dass die Differenz zwischen Grundmittelausgaben und bereinigten Bruttoausgaben durchschnittlich bis zu 28 Prozent betragen kann.

In Deutschland existieren im Jahr 2003 rund 14400 Gemeinden und Gemeindeverbände. Sie betreiben Kulturförderung als einen Teil ihres kommunalen Selbstverständnisses. Insgesamt erreicht die gemeindliche Kulturförderung im Jahr 2003 ein Bruttovolumen von 6,1 Milliarden Euro. Über die Hälfte dieses Ausgabenvolumens wird von den kreisfreien Städten getragen, die mit 53 Prozent (3,26 Milliarden Euro) der Hauptträger der gemeindlichen Kulturfinanzierung sind. 33 Prozent (2,04 Milliarden Euro) tragen die kreisangehörigen Städte, 14 Prozent (811 Millionen Euro) die Landkreis und Gemeindeverbände.

In der Gruppe der kreisfreien Städte sind es erwartungsgemäß die Großstädte, die den größten Anteil der Kulturfinanzierung leisten. Hier liegt der Anteil der mittleren Großstädte mit 200000 bis 500000 Einwohnern am höchsten. Allein 20 Prozent (1,2 Milliarden Euro) der gesamten gemeindlichen Kulturfinanzierung kommen aus diesen Städten. Die Ursache hierfür ergibt sich aus dem überdurchschnittlichen Engagement dieser Städte bei der Theater- und Musikförderung. Knapp 30 Prozent (707 Millionen Euro) der bundesweiten gemeindlichen Theater- und Musikförderung in Höhe von 2,4 Milliarden Euro wird allein von den 26 Städten dieser mittleren Großstadtklasse getragen.

Im Gegensatz zur Dominanz der großen Städte in der Gruppe der kreisfreien Städte sind es in der Gruppe der kreisangehörigen Gemeinden gerade die kleineren Städte und Gemeinden, die zusammen den Hauptanteil der Kulturfinanzierung in dieser Kategorie tragen. Von den 33 Prozent (2,04 Milliarden Euro) der kreisangehörigen Kulturfinanzierung wird drei Viertel (1,52 Milliarden Euro) von der Gruppe der kleineren Mittelstädte und Gemeinden mit unter 50000 Einwohnern getragen. Hier sind besonders die Einrichtungen der kulturellen Bildung, wie Bibliotheken, Volkshochschulen und sonstige Einrichtungen der Weiterbildung, von finanzieller Bedeutung. Ein knappes Drittel (406 Millionen Euro) der gesamten bundesweiten Ausgaben für Bibliotheken, VHS und Weiterbildung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro wird von diesen Mittel- und Kleinstädten beziehungsweise Gemeinden getragen.

Mit einem Anteil von 14 Prozent spielen die Landkreise und Gemeindeverbände in der bundesweiten Betrachtung zwar eine untergeordnete Rolle, bezogen auf die ostdeutschen Regionen steigt ihr relatives Gewicht jedoch deutlich an. Während die Großstädte im Osten eine ähnlich dominante Rolle spielen wie die Städte

Tabelle 5: Langfristige Entwicklung der Kulturausgaben in Bund, Flächenländern, Stadtstaaten und Gemeinden 1975–2005

(Grundmittel Ist-Rechnung bis 1975-2003, Soll 2004/05 und Schätzung Gemeinden 2003–2005)

Abweichende Abgrenzung! Kulturdefinition des Statistischen Bundesamtes: Kulturdefinition von Tab. 1 abzüglich VHS/Weiterbildung, Künstlersozialkasse

Jahr		Insgesamt		Bund	Flächen-länder	Stadt-staaten	Gemeinden
		in Mio. EUR	Index (2000=100)	in Mio.EUR			
Frühere Bundesrepublik							
1975	Ist	1.792	22,0	338	483	209	763
1980	Ist	2.895	35,5	399	806	349	1.341
1985	Ist	3.598	44,1	420	993	462	1.722
1986	Ist	3.930	48,1	450	1.076	517	1.887
1987	Ist	4.157	50,9	450	1.147	552	2.008
1988	Ist	4.253	52,1	468	1.184	543	2.058
1989	Ist	4.541	55,6	479	1.281	558	2.222
1990	Ist	4.852	59,5	541	1.370	574	2.368
1991	Ist	6.042	74,0	1.280	1.467	660	2.635
Gesamtdeutschland							
1992	Ist	7.585	92,9	1.243	2.091	825	3.427
1993	Ist	7.729	94,7	1.280	2.098	879	3.472
1994	Ist	7.147	87,6	909	2.247	1.005	2.986
1995	Ist	7.441	91,2	966	2.332	973	3.171
1996	Ist	7.679	94,1	942	2.603	978	3.155
1997	Ist	7.428	91,0	863	2.381	901	3.283
1998	Ist	7.584	92,9	879	2.452	904	3.349
1999	Ist	7.895	96,7	1.042	2.565	894	3.394
2000	Ist	8.162	100,0	1.011	2.597	944	3.610
2001	Ist	8.400	102,9	1.039	2.738	901	3.723
2002	Ist	8.301	101,7	1.068	2.693	887	3.653
2003	Ist	8.072	98,9	1.007	2.655	888	3.521
2004	vorl. Ist	7.880	96,6	999	2.482	908	*3.491*
2004	Soll	7.967	97,6	1.012	2.569	895	*3.491*
2005	Soll	8.031	98,4	1.038	2.559	839	*3.594*

Hinweise: Ist-Rechnung bis 2003; vorläufiges Ist 2004 sowie Soll 2004 u. 2005 für staatliche Ausgaben (Bund, Länder), Gemeindedaten ab 2004 Schätzung (kursiv).
Quellen: Daten bis 2000 aus Kulturfinanzbericht 2003, Destatis; vorläufige Daten 2001-2005 aus Antwort der Bundesregierung zur Bundesdrucksache 16/815; eigene Berechnungen Arbeitskreis Kulturstatistik.

im Westen, ist der Anteil der ostdeutschen Landkreise an der Kulturfinanzierung doppelt so hoch wie derjenigen Landkreise, die im Westen liegen. 16 Prozent der ostdeutschen Kulturfinanzierung kommen von den dortigen Landkreisen, während nur 8 Prozent der westdeutschen Kulturfinanzierung von den westlichen Landkreisen getragen wird. Bezieht man selbst die Finanzanteile der zum Teil fi-

Tabelle 6.1: Kulturausgaben (brutto) der Gemeinden/GV ohne Zweckverbände 2003nach Körperschaftsgruppen und Einwohnergrößenklassen *(Bereinigte Bruttoausgaben, Anteile in%, Pro-Kopf-Ausgaben, Veränderung gegenüber 2002)*

Abweichende Abgrenzung! Kulturdefinition der Kommunen: Kulturdefinition von Tab. 1 plus VHS/Weiterbildung (100%) u. Kirchliche Angelegenheiten, abzüglich Kunsthochschulen, Künstlersozialkasse.

Städte u. Gemeinden nach Einwohnergrößenklassen	Anzahl der Gemeinden/GV	Kulturausgaben in Mio. EUR				Anteil Kulturausgaben je Gemeindegrößenklasse in %			
			davon				davon		
		Insgesamt	Theater u. Musik	Bib./ VHS	Sonstiges**	Insgesamt	Theat. etc.	Bib./ VHS	Son.-ges**
GESAMTDEUTSCHLAND									
Insgesamt	**14.444**	**6.109**	**2.426**	**1.256**	**2.428**	**100%**	**100%**	**100%**	**100%**
Kreisfreie Städte	**112**	**3.255**	**1.700**	**521**	**1.034**	**53%**	**70%**	**41%**	**43%**
500 000 und mehr Einwohner	8	1.061	518	181	363	17%	21%	14%	15%
bis unter 500 000 Einwohner	26	1.242	707	174	361	20%	29%	14%	15%
bis unter 200 000 Einwohner	33	585	280	106	200	10%	12%	8%	8%
bis unter 100 000 Einwohner	28	284	157	46	81	5%	6%	4%	3%
bis unter 50 000 Einwohner	17	82	38	15	30	1%	2%	1%	1%
Kreisangehörige Gemeinden	**12.983**	**2.043**	**543**	**579**	**921**	**33%**	**22%**	**46%**	**38%**
bis unter 200 000 Einwohner	12	110	40	30	40	2%	2%	2%	2%
bis unter 100 000 Einwohner	79	356	129	113	115	6%	5%	9%	5%
bis unter 50 000 Einwohner	487	744	217	217	311	12%	9%	17%	13%
bis unter 20 000 Einwohner	2.162	584	134	165	285	10%	6%	13%	12%
bis unter 5 000 Einwohner	4.754	195	16	24	155	3%	1%	2%	6%
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	**1.026**	**20**	**4**	**7**	**8**	**0%**	**0%**	**1%**	**0%**
Landkreise	**323**	**601**	**157**	**146**	**298**	**10%**	**6%**	**12%**	**12%**
Bezirksverbände	**15**	**191**	**22**	**3**	**166**	**3%**	**1%**	**0%**	**7%**
8 FLÄCHENLÄNDER WEST									
Insgesamt	**9.166**	**4.824**	**1.885**	**1.065**	**1.874**	**100%**	**100%**	**100%**	**100%**
Kreisfreie Städte	**86**	**2.543**	**1.287**	**447**	**809**	53%	68%	42%	43%
500 000 und mehr Einwohner	8	1.061	518	181	363	22%	27%	17%	19%
bis unter 500 000 Einwohner	20	819	458	137	224	17%	24%	13%	12%
bis unter 200 000 Einwohner	27	467	224	88	154	10%	12%	8%	8%
bis unter 100 000 Einwohner	18	144	65	30	49	3%	3%	3%	3%
bis unter 50 000 Einwohner	13	52	23	11	19	1%	1%	1%	1%
Kreisangehörige Gemeinden	**8.408**	**1.681**	**487**	**512**	**682**	**35%**	**26%**	**48%**	**36%**
bis unter 200 000 Einwohner	12	110	40	30	40	2%	2%	3%	2%
bis unter 100 000 Einwohner	79	356	129	113	115	7%	7%	11%	6%
bis unter 50 000 Einwohner	409	572	170	192	210	12%	9%	18%	11%
bis unter 20 000 Einwohner	1.807	473	127	134	213	10%	7%	13%	11%
bis unter 5 000 Einwohner	3.341	117	15	13	89	2%	1%	1%	5%
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	**422**	**17**	**4**	**7**	**6**	**0%**	**0%**	**1%**	**0%**
Landkreise	**237**	**393**	**84**	**97**	**211**	**8%**	**4%**	**9%**	**11%**
Bezirksverbände	**14**	**191**	**22**	**3**	**166**	**4%**	**1%**	**0%**	**9%**
5 FLÄCHENLÄNDER OST									
Insgesamt	**5.278**	**1.285**	**541**	**191**	**554**	**100%**	**100%**	**100%**	**100%**
Kreisfreie Städt*	**26**	**712**	**413**	**75**	**225**	**55%**	**76%**	**39%**	**41%**
bis unter 500 000 Einwohner	6	423	249	37	137	33%	46%	19%	25%
bis unter 200 000 Einwohner	6	119	56	18	46	9%	10%	9%	8%
bis unter 100 000 Einwohner	10	140	93	16	32	11%	17%	8%	6%
bis unter 50 000 Einwohner	4	30	15	4	11	2%	3%	2%	2%
Kreisangehörige Gemeinden*	**4.575**	**361**	**55**	**66**	**240**	**28%**	**10%**	**35%**	**43%**
bis unter 50 000 Einwohner	78	172	46	25	101	13%	9%	13%	18%
bis unter 20 000 Einwohner	355	111	8	31	73	9%	1%	16%	13%
bis unter 5 000 Einwohner	1.413	78	2	10	66	6%	0%	5%	12%
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	**604**	**3**	–	–	**3**	**0%**	–	–	**1%**
Landkreise	**86**	**208**	**73**	**49**	**86**	**16%**	**13%**	**26%**	**16%**
Bezirksverbände	**1**	–	–	–	–	–	–	–	–

Hinweise: *Städte größer 500.000 Einwohner u. kreisangehörige Gemeinden größer 50.000 EW in Ostdeutschland nicht vorhanden. **Heimat-, Kunst-,Denkmalförderung, Museen, etc. Bereinigte Bruttoausgabenaus der kommunalen Ist-Rechnung = bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene, einschl. besonderer Finanzierungsvorgänge, ohne haushaltstechnische Verrechnungen. Die bereinigten Ausgaben zeigen an, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Gemeinden/GV einschließlich Bezirksverbände, Landschaftsverbände in BY, NRW, NI., etc. aber ohne Zweckverbände. Differenzen rundungsbedingt.

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen Arbeitskreis Kulturstatistik.

Tabelle 6.2: Kulturausgaben (brutto) der Gemeinden/GV ohne Zweckverbände 2003nach Körperschaftsgruppen und Einwohnergrößenklassen *(Bereinigte Bruttoausgaben, Anteile in%, Pro-Kopf-Ausgaben, Veränderung gegenüber 2002)*

Abweichende Abgrenzung! Kulturdefinition der Kommunen: Kulturdefinition von Tab. 1 plus VHS/Weiterbildung (100%) u. Kirchliche Angelegenheiten, abzüglich Kunsthochschulen, Künstlersozialkasse.

Städte u. Gemeinden nach Einwohnergrößenklassen	Kulturausgaben in EUR je Einwohner				Veränderung gegenüber 2002 in %			
		davon				davon		
	Insgesamt	Theater etc.	Bib./ VHS	Son.-ges**	Insgesamt	Theat. etc.	Bib./ VHS	Son.-ges**
GESAMTDEUTSCHLAND								
Insgesamt	**80**	**32**	**16**	**32**	**-2%**	**-4%**	**-3%**	**0%**
Kreisfreie Städte	**160**	**84**	**26**	**51**	**-1%**	**-3%**	**-3%**	**4%**
500 000 und mehr Einwohner	187	91	32	64	0%	-4%	0%	7%
bis unter 500 000 Einwohner	165	94	23	48	3%	2%	-1%	5%
bis unter 200 000 Einwohner	130	62	24	44	-7%	-11%	-5%	-3%
bis unter 100 000 Einwohner	149	82	24	43	-6%	-8%	-14%	1%
bis unter 50 000 Einwohner	112	51	20	40	11%	20%	2%	6%
Kreisangehörige Gemeinden	36	10	10	16	-4%	-5%	-3%	-3%
bis unter 200 000 Einwohner	59	22	16	21	-5%	-3%	-10%	-4%
bis unter 100 000 Einwohner	68	24	21	22	-1%	-3%	-3%	3%
bis unter 50 000 Einwohner	52	15	15	22	-3%	-4%	-3%	-2%
bis unter 20 000 Einwohner	54	12	15	27	-4%	-7%	-2%	-3%
bis unter 5 000 Einwohner	35	3	4	27	-12%	-28%	-11%	-10%
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	**2,1**	**0,4**	**0,8**	**0,9**	**-15%**	**-14%**	**-3%**	**-23%**
Landkreise	**10,7**	**2,8**	**2,6**	**5,3**	**-5%**	**-5%**	**-3%**	**-6%**
Bezirksverbände	**3,6**	**0,4**	**0,0**	**3,1**	**1%**	**-3%**	**18%**	**1%**
8 FLÄCHENLÄNDER WEST								
Insgesamt	**76**	**30**	**17**	**30**	**-2%**	**-4%**	**-3%**	**16%**
Kreisfreie Städte	**151**	**76**	**27**	**48**	**0%**	**-3%**	**-3%**	**29%**
500 000 und mehr Einwohner	187	91	32	64	0%	-4%	0%	41%
bis unter 500 000 Einwohner	146	81	24	40	-2%	-3%	-6%	27%
bis unter 200 000 Einwohner	124	60	24	41	2%	2%	0%	9%
bis unter 100 000 Einwohner	118	53	25	40	-8%	-14%	-18%	22%
bis unter 50 000 Einwohner	93	40	19	34	25%	37%	5%	49%
Kreisangehörige Gemeinden	36	11	11	15	-4%	-7%	-4%	0%
bis unter 200 000 Einwohner	59	22	16	21	-5%	-3%	-10%	17%
bis unter 100 000 Einwohner	68	24	21	22	-1%	-3%	-3%	6%
bis unter 50 000 Einwohner	47	14	16	17	-5%	-7%	-3%	-3%
bis unter 20 000 Einwohner	52	14	14	24	-5%	-8%	-3%	-3%
bis unter 5 000 Einwohner	29	4	3	22	-9%	-27%	-10%	-5%
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	3	1	1	1	-5%	-11%	1%	-4%
Landkreise	8	2	2	5	-5%	-2%	-4%	-6%
Bezirksverbände	4	0	0	3	1%	-3%	18%	109%
5 FLÄCHENLÄNDER OST								
Insgesamt	**95**	**40**	**14**	**41**	**-3%**	**-3%**	**-1%**	**2%**
Kreisfreie Städte	**203**	**117**	**21**	**64**	**-2%**	**-3%**	**-1%**	**8%**
bis unter 500 000 Einwohner	223	131	20	72	12%	13%	19%	15%
bis unter 200 000 Einwohner	160	75	24	62	-31%	-42%	-24%	1%
bis unter 100 000 Einwohner	202	133	22	46	-4%	-2%	-7%	-1%
bis unter 50 000 Einwohner	168	85	24	59	-7%	1%	-4%	-17%
Kreisangehörige Gemeinden	36	6	7	24	-1%	8%	-1%	-2%
bis unter 50 000 Einwohner	76	20	11	45	6%	12%	0%	6%
bis unter 20 000 Einwohner	67	5	19	44	1%	2%	2%	3%
bis unter 5 000 Einwohner	48	1	7	40	-16%	-36%	-12%	-15%
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	**1**	–	–	**1**	**-44%**	–	–	**-44%**
Landkreise	**21**	**7**	**5**	**9**	**-6%**	**-9%**	**-2%**	**1%**
Bezirksverbände	–	–	–	–	–	–	–	–

Hinweise: *Städte größer 500.000 Einwohner u. kreisangehörige Gemeinden größer 50.000 EW in Ostdeutschland nicht vorhanden. **Heimat-, Kunst-,Denkmalförderung, Museen, etc. Bereinigte Bruttoausgabenaus der kommunalen Ist-Rechnung = bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene, einschl. besonderer Finanzierungsvorgänge, ohne haushaltstechnische Verrechnungen. Die bereinigten Ausgaben zeigen an, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Gemeinden/GV einschließlich Bezirksverbände, Landschaftsverbände in BY, NRW, NI., etc. aber ohne Zweckverbände. Differenzen rundungsbedingt.
Quelle: Destatis, eigene Berechnungen Arbeitskreis Kulturstatistik.

nanzstarken westlichen Bezirksverbände mit ein, steigt der vergleichbare westdeutsche Anteil auf 12 Prozent und liegt damit immer noch 4 Prozent unter dem Anteil der ostdeutschen Landkreise.

Die *Entwicklung der Kulturfinanzierung wird in fast allen gemeindlichen Ebenen* durch negative Veränderungsraten des Jahres 2003 gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet. Lediglich auf der Ebene der Großstädte sind einzelne Zuwachsraten erkennbar, so bei den Großstädten bis zu 200 000 Einwohner, die ein Plus von 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreichen. Als »Ausreißer« sind die kleinen kreisfreien Städte unter 50 000 Einwohner zu bezeichnen, die sogar 11 Prozent im Vergleichsjahr erzielen, verursacht durch einzelne westdeutsche Städte/Gemeinden, die ein Plus von bis zu 25 Prozent aufweisen. Auffallend ist ebenfalls, dass bei den ostdeutschen kreisangehörigen Mittel- und Kleinstädten positive Veränderungswerte von 1 bis 6 Prozent zu beobachten sind.

Insgesamt jedoch wird die gesamte öffentliche Kulturfinanzierung in den kommenden Jahren in einer äußerst angespannten Situation bleiben. Allein angesichts der Schuldenberge der öffentlichen Haushalte ist auch bei einer verbesserten konjunkturellen Lage der Gesamtwirtschaft nicht mit einer positiven Veränderung der Kulturfinanzierung zu rechnen.

Abgrenzung des Berechnungskonzepts

Die *Grundmitteldarstellung* basiert auf folgenden Annahmen: Sie enthält diejenigen Finanzmittel, die die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung der Kultur bereitstellen. Sie ermöglicht durch Abzug aller Einnahmen (sowohl der öffentlichen Zahlungen wie der unmittelbar erwirtschafteten Einnahmen) eine Vergleichsbasis für die unterschiedlichen Trägerschaftsformen der Kultureinrichtungen (Regiebetrieb, GmbH, e. V., Eigenbetrieb). Zugleich werden damit Doppelzählungen vermieden. Die finanzwirtschaftliche Darstellung der Kulturhaushalte kann ebenso durch Bruttokulturausgaben erfolgen. Die *Bruttodarstellung* der Kulturausgaben wird in der Regel innerhalb eines Haushaltsplanes angewendet und dient dem Vergleich verschiedener Ressorts innerhalb einer Gebietskörperschaft oder auf einer Gebietskörperschaftsebene.

Literatur

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2004): *Kulturfinanzbericht 2003*, Wiesbaden

OECD (2006): *Factbook 2006, Economic, Environmental and Social Statistics*, Paris

Söndermann, Michael (2004): »Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2003/2004. Ergebnisse aus der Kulturstatistik «, in: *Jahrbuch für Kulturpolitik 2004*, Essen, S. 353–375

Söndermann, Michael (2003): »Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt? Ergebnisse aus der Kulturstatistik 2002«, in: *Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/03*, Essen, S. 383–417

Methodik

Abgrenzung der Kulturfinanzierung in Deutschland

Auswahl nach staatlichen und kommunalen Aufgaben-/Sachbereiche oder Sparten

Funktionskennziffer Aufgaben-/Sachbereiche
Theater- und Musikförderung
181 Theater
182 Einrichtungen der Musikpflege
185 Musikschulen
191 Einzelmaßnahmen Theater und Musikpflege
Museen, Sammlungen, Ausstellungen
183 Museen, Sammlungen, Ausstellungen
163 Wissenschaftliche Museen
192 Einzelmaßnahmen Museen u. Ausstellungen
Bibliotheken
186 Bibliotheken
162 Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive
195 Denkmalsschutz u. -pflege
Sonstige Kulturförderung
187 Sonst. Kultureinrichtungen
193 Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege
Kulturverwaltung
188 Kulturverwaltung
Kunsthochschulen
135 Kunsthochschulen
Kulturelle VHS/Weiterbildung
152 Volkshochschulen (nur Anteil 10%)
153 Sonst. Weiterbildung (nur Anteil 10%)
Künstlersozialkasse
Auslandskultur
aus 024 Kulturelle Angelegenheiten im Ausland (ohne Auslandsschulen)
Rundfunk
772 Rundfunkanstalten (nachrichtlich,)

Quelle: Zusammengestellt von *Arbeitskreis Kulturstatistik* (*ARKStat*)

Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahre 2005

zusammengestellt von BERND WAGNER

Januar

1.1. Berlin Das im Juli nach mehrjährigen Auseinandersetzungen von Bundestag und Bundesrat beschlossene Einwanderungsgesetz tritt in Kraft. Es regelt Einreise, Aufenthalt und Integration von Ausländern in Deutschland. Weitere Gesetzesmaßnahmen der Agenda 2010 treten in Kraft, u. a. die Arbeitsmarktreformbeschlüsse »Hartz IV« mit der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zu AlG II. In Kraft tritt auch das novellierte »Deutsche-Welle-Gesetz«, mit dem dem deutschen Auslandsrundfunksender ein neues modernes Aufgabenprofil gegeben und ein Verfahren zur Selbstregulierung eingeführt wird. Zu Jahresbeginn geht die Zuständigkeit für die *Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR* (*BstU*) und die *Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur* vom Innenministerium auf die *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien* (*BKM*) über.

1.1. Bonn Der neue Generalsekretär der *Deutschen UNESCO-Kommission* Dr. Roland Bernecker tritt sein Amt an, er folgt auf Dr. Traugott Schöfthaler, der 12 Jahre die Kommission leitete.

8.1. Cork Die irische Stadt Cork feirt mit einer Eröffnungszeremonie den Start als »Kulturhauptstadt Europas 2005«.

15.1. Kopenhagen Mit einem Galakonzert wird in Anwesenheit von Königin Margarethe II. das neue Kopenhagener Opernhaus direkt gegenüber der königlichen Residenz Amalienburg eingeweiht. Finanziert und geplant wurde das 1 500 Plätze umfassende, 225 Millionen Euro teure Haus vom dänischen Reder A. M. McKinney Møller, der seine teilweise umstrittenen Planungsvorstellungen gegen zahlreiche Einwände durchgesetzt hatte.

18.1. Frankfurt am Main Der Begriff »Humankapital« wird von Sprachforschern zum »Unwort des Jahres 2004« gewählt, da der Begriff »die primär ökonomische Bewertung aller denkbaren Lebensbezüge« fördere. Auf die folgenden Plätze kommen »Begrüßungszentren« für Flüchtlingsauffanglager und »Luftverschmutzungsrechte«. (→ 17.12.)

29.1. Berlin Unter dem Titel »Zur Vorstellung des Terrors« wird eine Ausstellung mit Kunst und Fotodokumentationen zur RAF eröffnet. Die Planungen für die Ausstellung hatten vor anderthalb Jahren einen Skandal ausgelöst und zur Rücknahme der Bundesmittel hierfür geführt.

Februar

10.2. Berlin Die *Filmförderungsanstalt* (*FFA*) teilt mit, dass 2004 mit 156,7 Millionen die Zahl der Kinobesuche gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent gestiegen ist. Von den 430 Neustarts stammten 121 Filme aus Deutschland. Die meisten Besuche hatte mit 9,17 Millionen »(T)raumschiff Surprise« gefolgt von »Sieben Zwerge – Männer allein im Wald« (6,69 Mio.) und »Harry Potter und der Gefangene von Azkaban« (6,54 Mio.) sowie »Shrek 2« (5,3 Mio.) und »Der Untergang« (4,56 Mio.). (→ 1.4., 31.12.)

10.–20.2. Berlin Bei der *55. Berlinale* werden über 350 Filme aus 53 Ländern gezeigt. Den »Goldenen

Bären« für den besten Film erhält »U-Carmen eKhayelitsha« von Mark Dornford-May (Südafrika). Als beste Schauspielerin wird Julia Jentsch für ihre Rolle in »Sophie Scholl – die letzten Tage« mit dem »Silbernen Bären« ausgezeichnet, als bester Schauspieler Lou Taylor Pucci für seine Leistung im Film »Thumbsucker« (USA). Den Publikumspreis der *Berlinale* erhält »Paradise Now« von Hany Abu-Assa, der ebenfalls auch den »Amnesty International Filmpreis« erhält. (→ 28.2., 12.–23.5., 11.7., 3.–13.8., 30.8.–11.9., 5.12.)

11.2. Frankfurt am Main Die zentrale Internetplattform zum deutschen Film »www.filmportal.de« mit Informationen zu 30 000 deutschen Filmen und 75 000 Filmschaffenden des *Deutschen Filminstituts* in Zusammenarbeit mit *CineGraph* und mit Förderung des *BKM* geht ans Netz.

12.–28.2. New York Mit 7 000 orangefarbenen Stofftoren im Central Park findet das Kunstprojekt »The Gates – Central Park, New York City, 1979–2005« von Christo und Jeanne-Claude seinen Höhepunkt und Abschluss.

13.2. New York Der Verstorbene Soulsänger Ray Charles erhält bei der 47. Verleihung der Grammy-Musikpreise acht Grammys. Pop-Song des Jahres wird »Here We Go Again« von Norah Jones zusammen mit Ray Charles. Weiter ausgezeichnet werden u. a. U 2, Bruce Springsteen, Annie Lennox, Motörhead. Bei der klassischen Musik bekommt die deutsche Geigen-Vituosin Anne Sophie-Mutter eine Auszeichnung als beste Instrumentalsolistin und Martin Sauer einen Grammy als Produzent in der Kategorie »Beste Opernaufnahme« für die Einspielung von Mozarts »Le Nozze Di Figaro« mit dem *Concerto Köln*. (→ 2.4., 23.5.)

18.2. Berlin Vom Bundestag wird das Gesetz über die *Akademie der Künste* beschlossen. Der Einspruch des Bundesrates gegen das Gesetz zur Umwandlung der *Akademie der Künste Berlin-Brandenburg* in eine Bundeseinrichtung wird vom Bundestag überstimmt. (→ 21.5./6.6.)

28.2. Los Angeles Bei der Oscar-Verleihung erhält Martin Scorseces »Aviator« 5 Oscars. Die Auszeichnungen als bester Film und die für die beste Regie gehen an »Million Dollar Baby« von Clint Eastwood. Als beste Hauptdarstellerin wird Hilary Swank für ihre Rolle in »Million Dollar Baby« ausgezeichnet, als bester Hauptdarsteller Jamie Foxx in »Ray«. »Das Meer in mir« von Alejandro Amenábar bekommt die Auszeichnung als bester ausländischer Film und Sidney Lumet einen Ehren-Oscar für sein Lebenswerk. (→ 10.–20.2., 12.–23.5., 11.7., 3.–13.8., 30.8.–11.9., 5.12.)

März

1.3. New York Am Sitz der *Vereinten Nationen* findet am 1. März die internationale Auftaktveranstaltung der Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005–2014« statt. (→ 14.11.)

3.3. Berlin Nach einer neuen Armutsstudie hat der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen in Deutschland von 1998 bis 2003 von 12,1 auf 13,5 Prozent zugenommen. 1973 lag dieser Anteil in den alten Bundesländern noch bei 8,7 Prozent. Danach gelten in Deutschland derzeit mehr als elf Mio. Menschen als arm. (→ 22.11.)

4.3. Stuttgart Das neue städtische Kunstmuseum wird als fester Ort für die städtische Sammlung eröffnet. 69 Millionen Euro kostete die Stadt der Neubau. Das *Kunstmuseum Stuttgart* soll als gemeinnützige GmbH mit einem jährlichen Etat von 4,6 Millionen Euro geführt werden.

7.3. Zittau Mit einem Besuch des *Gerhard-Hauptmann-Theaters* in Zittau startet die Kulturstaatsministerin Christina Weiss die von ihr ins Leben gerufene »Theaterinitiative«. Die Initiative soll auf die Probleme und Existenzsorgen der kleineren Stadttheater aufmerksam machen und Chancen für die Theaterarbeit aufzeigen.

11.3. Berlin Die Jury für die deutsche Bewerberstadt als »Kulturhauptstadt Europas 2010« schlägt Essen/Ruhrgebiet und Görlitz vor. Am 29.4. übernimmt der Bundesrat den Vorschlag.

12.3. Berlin Bei der Auswahl des deutschen Beitrags zum »Eurovision Song Contest« (dem früheren »Grand Prix Eurovision de la Chanson« in Kiew gewinnt Garcia mit »Run and Hide«. (→ 21.5.)

15.3. Brüssel Prominente europäische Künstler, Kulturschaffende, Politiker und Vertreter der Wirtschaft starten die Kampagne »70 Cent für die Kultur« der *European Cultural Foundation* (*ECF*) und des *European Forum for the Arts and Heritage* (*EFAH*), mit der eine Anhebung der Mittel des EU-Kulturprogramms von derzeit jährlich 43 auf 315 Millionen Euro erreicht werden soll. (→ 15./16.12.)

17.–23.3. Leipzig Auf der Leipziger Buchmesse wird mit 2 142 Ausstellern aus 31 Ländern und mehr als 1500 Veranstaltungen ein neuer Höchststand verbucht, an der wie im vergangenen Jahr etwa 100 000 Besucher teilnehmen. Der »Buchpreis für Europäische Verständigung« wird der Kroatin Slavenka Drakulic verliehen, der »Preis der Leipziger Buchmesse« geht an Terézia Mora für »Alle Tage« und für den Bereich Sachbuch an Rüdiger Safranski für seine Schiller-Biografie. (→ 19.–23.10.)

23.3. Nagoya In der Präfektur Aichi, 300 Kilometer südwestlich von Tokio, wird die erste Weltausstellung des 21. Jahrhunderts unter dem Motto »Die Weisheit der Natur« eröffnet. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Zerstörung der Umwelt will die Hightechnation Japan Konzepte aufzeigen, wie der Mensch künftig in Koexistenz mit der Natur leben kann.

April

1.4. München Bei der Erhebung der »500 besten Songs aller Zeiten« der Musikzeitschrift *Rolling Stone* bei Musikkritikern und Musikern landet Bob Dylans »Like a Rolling Stone« auf Platz 1 gefolgt vom Stones-Titel »Satisfaction« und »Good Vibrations« von den Beach Boys sowie »Imagine« (John Lennon), »Smells Like Teen Spirit« (Nirvana) und »Respect« (Aretha Franklin). Erst auf Platz 7 kommt der erste Beatles-Titel »Strawberry Fields Forever«, danach »What's going on« (Marvin Gaye) und noch einmal die Beach Boys »God Only Knows« und die Beatles mit »Hey Jude«. Unter den besten 100 Songs führen die Beatles mit 10 Titeln vor Bob Dylan mit 8 und den Rolling Stones mit 7 sowie den Beach Boys, Elvis Presley und Randy Newman mit je 3.

1.4. Berlin Michael Schindhelm tritt sein Amt als erster Generaldirektor der neuen *Berliner Opernstiftung* an und ist damit für die drei Opernhäuser und das Staatsballett verantwortlich.

1.4. Berlin Der »Achte Rundfunkänderungsstaatsvertrag« tritt in Kraft, mit dem eine Erhöhung der monatlichen Rundfunkgebühren auf 17,03 Euro verbunden ist, eine Erhöhung um 88 Cent. Vom 1. Januar 2007 an werden außerdem Internet-PCs in Privathaushalten und Firmen gebührenpflichtig.

1.4. Berlin Die neuen Filmförderrichtlinien der *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* (*BKM*) treten in Kraft. Gegenüber den bisherigen Richtlinien werden die Preisträger des »Deutschen Filmpreises« nicht mehr von einer von der *BKM* bestellten Jury, sondern durch die *Deutsche Filmakademie* vorgeschlagen und ausgewählt. Hinzu kommen Veränderungen bei der Höhe und den Auswahlverfahren der verschiedenen Förderprogramme. (→ 10.2., 11.7., 31.12.)

2./8.4. Rom Papst Johannes Paul II. stirbt nach langer Krankheit im Alter von 84 Jahren und wird am 8.4. im Beisein von vier Millionen Pilgern und 200 Staatsoberhäuptern beigesetzt. (→ 19./24.4., 16.8.)

2.4. Berlin Bei der Verleihung der »Echo-Preise« für die erfolgreichsten Platten gehen im Bereich Rock und Pop die Preise an Robbie Williams, Gentleman, Anastacia und Annett Louisan sowie Green Day und die Söhne Mannheims. Weitere Preise gehen u.a. an De Randfichten, Die Fantastischen Vier und Rammstein. (→ 13.2., 23.5.)

3.4. Marl Bei der Verleihung der 41. Adolf-Grimme-Preise für vorbildliche Fernsehsendungen geht der Preis in Gold in der Kategorie »Fiktion und Unterhaltung« an Nina Hoss, Benno Fürmann und Christain Petzold für »Wolfsburg« (*ZDF/ARTE*). Weitere Grimme-Ehrungen erhalten »Dittsche« (*WDR*), »Tatort: Herzversagen« (*ARD/HR*) und »kiss and run« (*ZDF*). Den Preis in Gold für »Information und Kultur« bekommen Frank Plasberg, Stefan Wirtz und Jürgen Schulte für »Hart, aber fair« (*WDR*). Weitere Preise in dieser Kategorie gehen an »Die Rapoports – unsere drei Leben« (*ZDF/ARTE*) und »Hitlers Hitparade«. Mit einer Ausnahme (Stefan Raab für »SSDSGPS – Ein Lied für Istanbul«, *Pro Sieben*) werden diesmal nur Produkte öffentlich-rechtlicher Anstalten prämiert. (→ 17.10.)

6.4. Bern Jean-Frédéric Jauslin übernimmt die Leitung des *Bundesamtes für Kultur* der Schweiz, das dem Innenministerium unterstellt ist.

6.4. Berlin Bei der Wahl des neuen ehrenamtlichen Vorstandes für den *Deutschen Kulturrat* wird Prof. Dr. Max Fuchs als Vorsitzender für die nächsten zwei Jahre bestätigt, ebenso Christian Höppner als stellvertretender Vorsitzender. Als weitere stellvertretende Vorsitzende wird Dr. Claudia Schwalfenberg gewählt. Hauptamtlicher Geschäftsführer bleibt Olaf Zimmermann.

12.4. Wiesbaden Das *Statistische Bundesamt* legt den »Museumsbericht 2004« vor, nach dem im Jahr 2002 mehr als 101 Millionen Menschen die Museen in Deutschland besucht haben, das waren 4,3 Prozent mehr als 1990.

16./27.4. Kiel Zwei Monate nach den Landtagswahlen, aus denen die *CDU* als stärkste Fraktion hervorgeht, einigen sich *CDU* und *SPD* auf eine Große Koalition unter Peter Harry Carstensen (*CDU*). Die neue Regierung wird am 27.4. im Landtag gewählt und vereidigt. Ein eigenständiges Kulturministerium gibt es in dieser Regierung nicht mehr, Kulturfragen sind bei der Staatskanzlei angesiedelt. (*Ehrenamtliche Beauftragte für Minderheiten und Kultur* wird Caroline Schwarz.)

18.4. Berlin Die *Internationale Gesellschaft für Denkmal- und Naturschutz* (*Icomos*) präsentiert den »Weltreport über Denkmäler in Gefahr« mit 50 Beiträgen über Problemfälle des gefährdeten Weltkultur-

erbes. Neben Kriegen und Naturkatastrophen bedrohen zunehmend kommerzielle Interessen das kulturelle Erbe der Welt. (→ 5.6., 17.6., 10.–17.7., 15.12.)

19./24.4. Rom Bereits im vierten Wahlgang wird Kardinal Joseph Ratzinger zum Papst der Katholischen Kirche gewählt, er gibt sich den Namen Benedikt XVI. Am 24.4. wird er offiziell in sein Amt eingeführt. (→ 2./8.4.)

25./26.4. Hamm Westfalen Zentrales Thema bei der Frühjahrstagung der *Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen* (*INTHEGA*) ist »Was ist Aufgabe von Kultur, was ist Aufgabe von Politik und wie verhalten sich Kultur und Politik zueinander?« mit der Vorsitzenden der *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«* Gitta Connemann. (→ 17./18.10.)

27.4. Rom Rocco Buttiglione tritt sein Amt als neuer italienischer Kulturminister an. Der 57-jährige katholische Philosophieprofessor war im Herbst vergangenen Jahres von der Mehrheit des Europäischen Parlamentes für das Amt eines EU-Justizkommissars wegen seiner umstrittenen Äußerungen über Homosexualität und die Rolle der Frau abgelehnt worden. (→ 14.10.)

Mai

1.–4.5. Karlsruhe Die Jahrestagung des *Deutschen Museumsbund* findet unter dem Thema »Der Nachwuchs im Museum – Ausbildung und Praxis« im *Zentrum für Kunst und Medientechnologie* statt. (→ 8.5.)

2./3.5. Paris Mehr als 800 europäische Kulturschaffende, Künstler und Intellektuelle diskutieren auf der »Europäischen Kulturkonferenz«, die an die im vergangenen November in Berlin anschließt, und verabschieden eine Erklärung für eine europäische »Kultur-Charta«. (→ 18./19.11.)

7.5. Herford Mit der Ausstellung »(my private) HEROES« wird das vom Architekten Frank O. Gehry entworfene Museum *MARTa Herford* eröffnet. »MARTa« steht für Möbel, Art, Architektur und Ambiente. Das 2500 Quadratmeter Ausstellungsfläche umfassende Haus kostete 29 Millionen Euro und ist in einer privat-öffentlichen Trägerschaft errichtet worden.

6.–22.5 Berlin Beim 41. Theatertreffen der zehn »bemerkenswertsten« Inszenierungen der vergangenen Spielzeit sind mit Ausnahme einer Inszenierung von Christoph Schlingensief (*Volksbühne Berlin*) von Simons »Elementarteilchen« und Hübners »Hotel Paraiso« Klassikerstücke oder solche der klassischen Moderne von den etablierten Stadt- und Staatstheatern ausgewählt worden. (→ 11.8., 10.9., 15.9.)

8.5. Kassel Unter dem Thema »Museen bauen Brücken« findet in Deutschland der »28. Internationale Museumstag« statt, der die wichtige Rolle der Museen als Foren der Begegnung und des Dialoges gerade am 60. Jahrestag des Ende des II. Weltkrieges und der Naziherrschaft hervorheben soll. (→ 1.–4.5.)

9.5. Weimar Zum 200. Todestag von Friedrich Schiller wird die Ausstellung »Die Wahrheit hält Gericht – Schillers Helden heute« eröffnet und im gesamten Bundesgebiet finden zahlreiche Schillerfeiern statt.

10.5. Berlin Das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« des US-Architekten Peter Eisenman mit 2 711 Stelen neben dem Brandenburger Tor/Pariser Platz wird nach fünfjähriger Bauzeit und zwölfjähriger Debatte eingeweiht.

11.–13.5. Freiburg Unter dem Motto »Zum Wandel ermutigen – Stiftungen als Innovationskraft« findet die 61. Jahrestagung *Deutscher Stiftungen* statt.

12./27.5. Berlin Im Bundestag stimmt eine große Mehrheit für die Annahme der EU-Verfassung. Am 27.5. spricht sich der Bundesrat einstimmig bei einer Enthaltung (Mecklenburg-Vorpommern) ebenalls für die Annahme aus. (→ 29.5., 1.6., 16.6., 3.10.)

12.–23.5. Cannes Beim 57. Filmfestival von Cannes hat der letzte Teil von »Star Wars: Episode III – Die Rache der Sith« von George Lucas Premiere. Am 19.5. kommt er in den USA und Deutschland in die Kinos. Die »Goldene Palme« geht an »L'enfant« von Jean-Pierre und Luc Dardenne (Belgien), der »Große Preis der Jury« an »Broken Flowers« von Jim Jarmusch. Mit dem Preis für die beste Regie wird Michael Haneke (Österreich) für »Caché« ausgezeichnet, der auch den »Preis der Ökumenischen Jury« bekommt. (→ 10.–20.2., 28.2., 11.7., 3.–13.8., 30.8.–11.9., 5.12.)

13./23.5. Bremen Der Senator für Wirtschaft, Häfen und Kultur Peter Gloystein tritt wegen der öffentlichen Kritik an seinem Auftreten bei einem Empfang, bei dem er einen Obdachlosen mit Sekt übergossen hat, zurück. Nachfolger wird Jörg Kastendiek.

19./20.5. Kassel Bei seiner 126. Sitzung behandelt der *Kulturaussschuss des Deutschen Städtetages* u. a. den Kulturhauptstadtwettbewerb, das neue Bibliothekskonzept »Bibliothek 2007«, die Vereinheitlichung der Kulturstatistiken und Probleme der Archive.

21.5. Berlin Die seit 2004 vom Bund getragene *Akademie der Künste* bezieht ihr neues Domizil am Pariser Platz, das der Architekt Günter Benisch unter Einbeziehung von Bestandteilen des früheren Akademiegebäudes entworfen hat. (→ 18.2., 6.6.)

21.5. Kiew Beim »Eurovision Song Contest« gewinnt die griechische Sängerin Helena Paparizou und ihre Gruppe mit »My Number One«. Der deutsche Beitrag »Run and Hide« von Garcia landet mit 4 Punkten auf dem letzten Platz von 24 Bewerbern. (→ 12.3.)

22.5. Düsseldorf Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen löst die *CDU* die *SPD* nach 39 Jahren als stärkste politische Partei ab. Die *CDU* erreicht 44,8 Prozent, die *SPD* 37,1, *FDP* und *Grüne* je 6,2 Prozent. Bundeskanzler Gerhard Schröder und *SPD*-Vorsitzender Franz Müntefering kündigen den Rücktritt der Bundesregierung und Neuwahlen an. (→ 23.6., 21.7., 18.9., 22.11.)

23.5. Stockholm Der »Polar-Musikpreis« der *Königlich-Schwedischen Musikakademie* wird an den brasilianischen Sänger und Kulturminister Gilberto Gil und an Dietrich Fischer-Dieskau verliehen. (→ 13.2., 2.4.)

24./25.5. Nürnberg Beim Genossenschaftstag der *Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GBDA)* wird der seit 1972 amtierte Präsident und frühere Solotänzer Hans Herdlein für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt.

25.5.–4.6. Paris Bei der dritten *UNESCO*-Vorbereitungskonferenz haben sich 500 Vertreterinnen und Vertreter aus über 130 Ländern auf einen Entwurfstext zu einer »Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt« geeinigt, die auf der 33. *UNESCO*-Generalkonferenz vom 3.–21. Oktober 2005 in Paris verabschiedet werden soll. Lediglich die Vertreter der USA und Israels haben gegen den Entwurf gestimmt. (→ 11./12.6., 6./7.7., 3.–21.10.)

29.5. Paris 55 Prozent der französischen Bevölkerung, die sich am Referendum über die Europäische Verfassung beteiligt haben, stimmen gegen die Annahme. Die Beteiligung lag bei über 70 Prozent. (→ 12./27.5., 1.6., 3.6., 16.6., 3.10.)

Juni

1.6. Den Haag 62 Prozent der Niederländer stimmen bei einer Beteiligung von 63 Prozent in einem Referendum gegen die EU-Verfassung. (→ 12./ 27.5., 29.5., 16.6., 3.10.)

1.6. Oviedo Die spanische *Fundación Príncipe de Asturias* vergibt den mit 50 000 Euro dotierten »Prinz-von-Asturien-Preis« für Kommunikation und Humanwissenschaften an das *Goethe-Institut* zusammen mit dem *British Council*, dem spanischen *Instituto Cervantes*, der italienischen *Società Dante Alighieri*, der *Alliance Française* und dem portugiesischen *Instituto Camões* für die Vermittlung der humanitären und demokratischen Werte Europas und die Unterstützung der Verbreitung der künstlerischen Leistungen ihrer Länder.

1.6. Berlin Die *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages* übergibt dem Bundestagspräsidenten den Zwischenbericht ihrer Arbeit, in dem sie sich für die Aufnahme von Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz ausspricht. (→ 15.12.)

2./3.6. Quedlinburg Die *Kulturministerkonferenz* beschließt, dass die Rechtschreibreform ab dem 1.8. verbindlich für Schulen, Hochschulen und öffentliche Einrichtungen in Kraft tritt. Am 23.6. fasst die Ministerpräsidentenkonferenz einen entsprechenden Beschluss. In Bayern und Nordrhein-Westfalen tritt diese Vereinbarung nicht in Kraft, hier gilt bis zu den Vorschlägen des *Rates für deutsche Rechtschreibung* weiter der Zustand, wie er vor dem 1.8. gültig war. (→ 13./14.10., 15.12.)

2.-4.6. Dresden Bei der Hauptversammlung des *Deutschen Bühnenvereins* haben etwa 220 Vertreter von Theatern und Rechtsträgern über die aktuelle und zukünftige Situation von Schauspiel, Oper und Konzert beraten. In einer Resolution wird betont, dass der »NV Bühne« der Maßstab für alle tariflichen Regelungen der Theater und Orchester werden soll.

3.6. Paris Nach dem gescheiterten EU-Referendum wird die französische Regierung umgebildet. Alter und neuer Minister für Kultur und Kommunikation im Kabinett von Dominique de Villepin ist Renaud Donnedieu de Vabres. (→ 12./27.5. 29.5., 1.6., 16.6., 3.10.)

5.6. Kloster Lorch Am ersten bundesweiten Tag der deutschen *UNESCO*-Welterbe-Stätten besuchen rund 3 000 Menschen die zentrale Veranstaltung im hessischen Kloster Lorsch. Ziel des Tages ist es, die 30 deutschen Welterbestätten nicht nur als Orte besonders sorgfältiger Denkmalpflege ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, sondern auch ihre Rolle als Vermittler der *UNESCO*-Idee zu stärken. (→ 18.4., 17.6., 10.-17.7., 15.12.)

6.6. Berlin Bundespräsident Köhler unterzeichnet das Gesetz zur Übernahme der *Akademie der Künste* durch den Bund. Die Akademie war bereits Anfang 2004 in die Trägerschaft des Bundes übernommen

worden. Gegen das entsprechende Bundesgesetz hatten die unionsgeführten Länder im Bundesrat gestimmt. Das Land Baden-Württemberg kündigte zudem an zu prüfen, ob es beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das Akademiegesetz erheben will. (→ 18.2., 21.5., 17.6.)

11./12.6. Madrid Kulturminister und Regierungsvertreter aus 72 Staaten sprechen sich für ein internationales Abkommen zum Erhalt der kulturellen Vielfalt aus. Sie verabschieden auf dem Ministertreffen einen Vertragsentwurf, der im Herbst der Generalkonferenz der *Kulturorganisation der Vereinten Nationen* (*UNESCO*) in Paris vorgelegt werden soll. Damit soll »die derzeitige Vereinheitlichung und Standardisierung« in der Kultur gestoppt und die kulturelle Vielfalt als wichtiger Faktor für Pluralismus und Demokratie sowie für die Identität von Gesellschaften und Individuen gestärkt werden. (→ 25.5.–4.6., 6./7.7., 3.–21.10.)

16.6. Brüssel Die Europäische Union verschiebt den Termin für das Inkrafttreten der Verfassung. Bis Juni 2006 soll nach den ablehnenden Voten in Frankreich und den Niederlanden ein Ausweg gefunden werden. (→ 12./27.5., 29.5., 1.6., 3.10.)

17.6. Berlin Der Bundestag verabschiedet das »Graffiti-Bekämpfungsgesetz«, nach dem es Gerichten erleichtert wird, Graffiti zu ahnden, ohne aufwändige Gutachten über den Grad der Schädigung einzuholen.

17.6. Berlin Der Bundesrat stoppt mit der Mehrheit der unionsregierten Länder das Gesetz zur Errichtung der *Stiftung Baukultur*, das vom Bundestag am 12.5. einstimmig verabschiedet worden war. (→ 6.6.)

17.6. Lijang (China) Das *Internationale Advisory-Komitee* für das *UNESCO*-Programm »Memory of the World« (MOW) nimmt 29 neue Objekte aus 23 Ländern in das Weltdokumentenerbe der *UNESCO* auf, aus Deutschland die Märchen der Brüder Grimm und die Waldseemüllerkarte von 1507 der *Library of Congress*, Washington. Das Weltregister des »Memory of the World« wurde 1997 eingerichtet und umfasst derzeit 120 Einträge. Neu aufgenommen wurden auch Werke von Johannes Brahms, die Archive von Astrid Lindgren, die Radioansprache von Charles de Gaulle vom 18. Juni 1940 sowie 1 405 Filme aus dem Archiv der Filmpioniere Lumière. (→ 18.4., 5.6., 10.-17.7., 15.12.)

21.6. Karlsruhe Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs bleibt der Liebesroman »Esra« von Maxim Biller verboten, da er die Rechte von Billers Ex-Freundin und deren Mutter verletze.

22.6. Berlin Der *Deutsche Kulturrat* verleiht dem früheren Bundespräsidenten Johannes Rau den »Kulturgroschen 2004«, der einmal im Jahr für besondere kulturpolitische Leistungen vergeben wird. Kulturstaatsministerin Weiss würdigt in ihrer Laudatio Rau als engagierten Kultur- und Bildungspolitiker.

23.6. Düsseldorf Nach der Wahl von Jürgen Rüttgers zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Kulturressort nicht mehr Teil des Städtebau- und Wohnungsministeriums sondern bei der Staatskanzlei angesiedelt und wird vom bisherigen Düsseldorfer Kulturdezernenten Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff geleitet, der Chef der Staatskanzlei und gleichzeitig Staatssekretär für Kultur ist. An der Spitze des Schulministeriums steht die bisherige Schulrätin Barbara Sommer.

24.6. Stuttgart Nachdem der Verwaltungsrat des *SWR* am 10.6. dem Gesamtkonzept für den Bereich der *SWR*-Klangkörper zugestimmt hat, verabschiedet der *SWR-Rundfunkrat* das Rationalisierungspapier. Danach wird u. a. das *SWR-Rundfunkorchester Kaiserslautern* mit dem *Saarbrücker Rundfunkorchester* zusammengelegt. Die vier übrigen Klangkörper sollen 4,3 Millionen Euro einsparen und das *SWR-Vokalensemble* von 36 auf 24 Planstellen reduziert werden.

24.6. Weimar Die *Strukturkommission Zukunft Weimarer Klassik* unter Leitung von Klaus-Dieter Lehmann legt ihren Abschlussbericht zur *Stiftung Weimarer Klassik* vor und weist darin auf erhebliche Mängel und Versäumnisse in der bisherigen Struktur, Arbeit und Konzeption der zweitgrößten deutschen Kulturstiftung hin. Den Vorschlägen zur grundlegenden Reform schließt sich der Stiftungsrat weitgehend an.

26.6. Klagenfurt Der Münchner Autor Thomas Lang wird für seine Erzählung »Am Seil« mit dem »Ingeborg-Bachmann-Preis 2005« ausgezeichnet.

27.6. Washington Einstimmig hat das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten entschieden, dass elektronische Tauschbörsen für die Verletzung des Urheberrechts durch ihre Nutzer belangt werden können. Im Fall *Metro-Goldwyn-Meyer Studios Inc.* gegen *Crokster Ltd.* und *Streamcast Networks*, in dem untere Gerichte es abgelehnt hatten, einen Prozess zu eröffnen, müssen diese jetzt stattfinden. (→ 8.11.)

Juli

2./8.7. Gleneagle Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen der sieben führenden Industriestaaten und Russlands (G-8-Gipfel) setzen weltweit fast zwei Millionen Menschen bei den Live-8-Konzerten ein Zeichen gegen Armut in Afrika. Die Konzerte in Tokio,

Moskau, Paris, London, Cornwall, Berlin, Rom, Philadelphia, Toronto und Johannesburg sind das bislang größte Musik-Event und werden von zwei Milliarden Menschen über Fernsehen, Radio und Internet verfolgt. Die G-8-Staats- und Regierungschefs beschließen am 8.7. eine Aufstockung ihrer Entwicklungshilfe um 50 Milliarden Euro bis 2010. Die Hälfte davon soll Afrika zugute kommen.

6.7. Straßburg Mit großer Mehrheit weist das EU-Parlament den Entwurf der EU-Kommission zu einer Richtlinie über den Schutz von Software-Patenten zurück.

6./7.7. Bonn Die 65. Hauptversammlung der *Deutschen UNESCO-Komission* zum Thema »Kulturelle Vielfalt – Universelle Werte« endet mit der Verabschiedung von vier Resolutionen, in denen sich u.a. für die möglichst schnelle Ratifizierung des Übereinkommens zur kulturellen Vielfalt nach seiner Verabschiedung durch die *UNESCO*-Generalkonferenz eingesetzt wird. Darüber hinaus wird ein aktives Engagement in der *UN*-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« sowie eine stärkere Förderung der Welterbestätten in Deutschland gefordert. (→ 25.5.–4.6., 11./12.6., 3.–21.10.)

10.–17.7. Durban (Südafrika) Das Welterbekomitee der *UNESCO* hat auf seiner 29. Tagung weitere 24 Kultur- und Naturstätten aus 29 Ländern in die Welterbeliste, u. a. aus Deutschland den obergermanisch-rätischen Limes als Erweiterung des Hadrianwalls, aufgenommen. Insgesamt verzeichnet die »Liste des Kultur- und Naturerbes der Menschheit« jetzt 812 Stätten in 137 Ländern, darunter 160 Naturerbestätten und 24 gemischte Stätten. Deutschland ist jetzt mit 31 Stätten auf der Liste des *UNESCO*-Welterbes vertreten. Die Anträge zur Aufnahme von Schloss und Altstadt von Heidelberg sowie über den Status des Kölner Doms werden auf das nächste Treffen des Komitees im Sommer 2006 vertagt. (→ 18.4., 5.6., 17.6., 15.12.)

11.7. Berlin Bei der Verleihung des Deutschen Filmpreises gehen sechs der insgesamt 17 Auszeichnungen an »Alles auf Zucker« von Dani Ley, u. a. der »Filmpreis in Gold« (Lola). Mit dem »Filmpreis in Silber« werden »Die fetten Jahre sind vorbei« von Hans Weingartner und »Sophie Scholl« von Marc Rothemund ausgezeichnet. Den Preis für die beste Hauptdarstellerin bekommt Julia Jentsch in »Sophie Scholl« und für den besten Hauptdarsteller Henry Hübchen in »Alles auf Zucker«. Als bester Dokumentarfilm wird »Rhythm is it« prämiert. (10.–20.2., 28.2., 12.–23.5., 3.–13.8, 30.8.–11.9., 5.12.)

13.7. Berlin In der *Alten Nationalgalerie Berlin* eröffnet die bislang umfassendste Ausstellung über den spanischen Maler Francisco Goya y Lucientes im deutschsprachigen Raum, die bis 2.10. dauern soll und danach in Wien gezeigt wird.

13.7. Berlin Die Bundesregierung verabschiedet die Antwort (Drs. 15/5910) auf die »Große Anfrage der *CDU/CSU*-Fraktion zur Breitenkultur« (Drs. 15/4140), nach der die Rahmenbedingungen für Breitenkultur in den vergangenen Jahren erheblich verbessert worden sind.

15.7. New York Der sechste Teil der Harry-Potter-Bücher hat am Tag der Veröffentlichung einen Verkaufsrekord in den USA aufgestellt. Demnach werden 6,9 Millionen Bücher von »Harry Potter and the Half-Blood Prince« innerhalb von 24 Stunden verkauft. Die Auflage beträgt 13,5 Millionen Exemplare gegenüber 10,9 bei Band V. (→ 1.9., 31.12.)

19.7. Erfurt Kultusminister Jens Goebel stellt das »Kulturkonzept des Freistaates Thüringen« vor. Danach sind die Kulturausgaben des Landes seit 1995 von 161 Millionen Euro auf 124 Millionen Euro gesunken. Vorrang bei der Förderung haben die *Klassik-Stiftung Weimar*, die *Gedenkstättenstiftung Buchenwald*, das *Lindenau-Museum Altenburg* sowie das *Bachhaus* und die *Wartburg-Stiftung Eisenach*.

21.7. Berlin Bundespräsident Horst Köhler löst nach der am 1.7. von Bundeskanzler Schröder planmäßig verlorenen Vertrauensabstimmung im Bundestag diesen auf und setzt Neuwahlen für den 18. September an. (→ 18.9., 22.11.)

August

1.8. Berlin Die deutsche Rechtschreibreform wird in Deutschland (mit Ausnahme von Bayern und NRW), Österreich und der Schweiz verbindlich. (→ 2./3.6.)

3.–13.8. Locarno Bei dem 58. Filmfestival von Locarno geht der »Goldene Leopard« an Rodrigo Garcías Episodenfilm »Nine Lives«. Garcías neun Hauptdarstellerinnen – unter ihnen Glenn Close, Holly Hunter, Kathy Baker u. a. – erhalten außerdem gemeinsam den »Leoparden« für die beste Schauspielerin. Zwei von drei »Silbernen Leoparden« gehen an deutsche Filme: die Auszeichnung für den zweitbesten Film im Wettbewerb an Yilmaz Arslans Film »Fratricide« (»Brudermord«) und der silberne Leopard für das beste Erst- oder Zweilingswerk, neben »We Are All Fine« des iranischen Regisseurs Bizhan Mirbaqeri, an Florian Hoffmeisters »Drei Grad kälter«. Als bester Darsteller wird Patrick Drolet im französisch-kanadischen Film »La Neuvaine« ausgezeichnet. (→ 10.–20.2., 28.2., 12.– 23.5., 11.7., 30.8.–11.9., 5.12.)

3.8. Berlin Nach Fertigstellung eines Teils der umfassenden Renovierungsarbeiten der Berliner Museumsinsel werden die Büste der ägyptischen Königin Nofretete und die Sammlung des *Ägyptischen Museums* wieder gemeinsam im *Alten Museum* präsentiert.

5.8. München Der neue Generalsekretär des *Goethe-Instituts*, Hans-Georg Knopp, tritt sein Amt an. Er war zuletzt Intendant am *Haus der Kulturen der Welt* in Berlin und hatte zuvor bereits mehr als zwei Jahrzehnte in verschiedenen Positionen beim *Goethe-Institut* gearbeitet. Knopp folgt Andreas Schlüter, der Ende des vergangenen Jahres zum *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* nach Essen gewechselt war.

9.8. Bremerhaven Mit dem *Deutschen Auswandererhaus* auf einer Fläche von 3 500 m² in einem Neubau von rund 20 Millionen Euro wird das größte Museum Europas zur Geschichte der Emigration eröffnet.

11.8. Köln Nach der Werkstatistik des *Deutschen Bühnenvereins* »Wer spielte Was?« steht das Jugendstück »Klamms Krieg« von Kai Hensel mit 31 Inszenierungen an der Spitze der am meisten inszenierten Stücke. Die meisten Zuschauer erreichte mit 145 063 Besuchen Shakespeares »Sommernachtstraum« (22 Inszenierungen in 281 Aufführungen), gefolgt von Goethes »Faust« mit 141 444 Besuchen (23 Inszenierungen, 427 Aufführungen). Im Musiktheater setzen sich wie gewohnt mit Mozarts »Zauberflöte« (34 Inszenierungen, 485 Aufführungen, 278 964 Besuchen), Bizets »Carmen« (24/209/177 240) und Verdis »La Traviata« (21/146/129 940) Opern-Werke des klassischen Repertoires durch. Der Anteil an neuen Werken ist in der Spielzeit 2003/04 weiter gestiegen. Im Bereich der Oper waren in Deutschland 12,3 Prozent der aufgeführten Werke Uraufführungen. (→ 6.–22.5., 10.9., 15.9., 23.9.)

16.8. Düsseldorf Das Oberlandesgericht weist einen Einspruch der *Berliner Sing-Akademie* gegen die Aufführung der wiedergefundenen Vivaldi-Oper »Motezuma« zurück, da § 71 des Urheberrechtsgesetzes, nach dem derjenige 25 Jahre das Recht an einem Werk hat, der es erstmalig veröffentlicht, nicht zutrifft, da es sich um die Abschrift eines Kopisten und nicht um das Original handele.

16.–21.8. Köln Etwa 800 000 junge Menschen und rund 600 Bischöfe aus aller Welt begehen mit Papst Benedigt XVI. den XX. Weltjugendtag der katholischen Kirche.

24.8. Berlin W. Thierse, Ch. Weiss und M. Stolpe stellen eine Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses vor mit einer Mischnutzung durch das öffentlich finanzierte *Humboldt-Forum* und einen privatwirtschaftlichen Teil mit Hotel und Kongresszentrum. Die Kosten werden auf 500 bis 800 Millionen Euro geschätzt, die zwischen öffentlicher Hand und privaten Investoren aufgeteilt werden sollen.

30.8. Potsdam Vertreter von Bund, Berlin und Brandenburg unterzeichnen ein neues Abkommen über die Finanzierung der *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg*. Danach wird die Stiftung von 2005 bis 2008 jährlich insgesamt rund 30,8 Millionen Euro erhalten. Davon entfallen rund 12,9 Millionen Euro auf den Bund, das Land Brandenburg übernimmt 11,3 Millionen, Berlin 6,6 Millionen

30.8. Istanbul Gegen den Schriftsteller und Preisträger des »Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2005« Orhan Pamuk wird Anklage wegen Verunklimpfung der türkischen Nation erhoben, nachdem er die Tabuisierung des Massenmordes an den Armeniern in der Türkei kritisiert hat.

30.8.–11.9. Venedig Das 62. Filmfestival wird mit Tsui Harks »Seven Swords« eröffnet. Den Goldenen Löwen für den besten Film erhält Ang Lee für »Brokeback Mountain«, der große Preis der Jury geht an »Mary« von Abel Ferrara und für das beste Drehbuch werden George Clooney und Grant Heslov für »Good Night and Good Luck« ausgezeichnet. (→ 10.–20.2., 28.2., 12.–23.5., 11.7., 3.–13.8, 5.12.)

September

1.9. Bundesgebiet Die deutsche Ausgabe des sechsten Bandes der Harry-Potter-Reihe »Harry Potter und der Halbblutprinz« geht mit einer Startauflage von 2 Millionen Exemplaren auf den deutschsprachigen Markt. (→ 15.7., 31.12.)

4.9. Brühl Bundespräsident Horst Köhler eröffnet das neue *Max-Ernst-Museum* in dessen Geburtsstadt.

5.9. Allensbach Bei einer repräsentativen Erhebung des *Allensbach Instituts für Demoskopie* halten 22 Prozent der Befragten Thomas Mann für den bedeutendsten deutschsprachigen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts gefolgt von Bertolt Brecht (15 %), Günther Grass (10 %) sowie Hermann Hesse und Heinrich Böll mit je 7 Prozent. Als bekannteste rangiert Brecht (91 %) knapp vor Thomas Mann (89 %) und Grass (83 %). Hier wie beim Lesen (»Von wem haben Sie etwas gelesen«) ist die Reihenfolge etwa ähnlich wie beim »bekanntesten Schriftsteller«. Anna Seghers gilt als bedeutendste Schriftstellerin. Mit 1 Prozent der Nennungen liegt sie gleichauf mit M. Frisch, S. Lenz u. a. auf dem

achten Platz. Bei den Bekanntesten rangiert sie mit 33 Prozent einen Platz hinter Christa Wolf (39%) auf dem 15. Platz.

5.9. Berlin In Anwesenheit von Edelgard Bulmahn wird die Studie des *Deutschen Kulturrats* »Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung III« vorgestellt.

6.9. Berlin Mit einer Rede des Direktors des *Umweltprogramms der UN* (*UNEP*) Klaus Töpfer und von Bundeskanzler Gerhard Schröder wird der 5. Jahreskongress des *Rates für Nachhaltige Entwicklung* »Nachhaltigkeit – die Wachstumsformel vom Mehr zum Besseren« eröffnet. In sechs Foren diskutieren rund 1000 Teilnehmer Fragen von Wohlstand, Wachstum und Nachhaltigkeitsstrategien.

9.9. Berlin/Warschau Das *Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität* beginnt mit der Arbeit. Gründungsstaaten sind neben der Bundesrepublik Polen, Slowakei und Ungarn. Andere Länder wie Tschechien und Österreich wollen mitarbeiten. Das Sekretariat des Netzwerks sitzt in Warschau. Es soll wissenschaftliche Projekte zur Zwangsmigration fördern.

9.9. Weimar, Bonn, Frankfurt am Main Paul Maenz zieht seine Sammlung aus dem *Neuen Museum Weimar* ab, nachdem im Mai der Immobilienunternehmer Dieter Bock angekündigt hatte rund 500 Dauerleihgaben aus dem *Museum für Moderne Kunst* in Frankfurt am Main zurückzunehmen und im Juli der Bauunternehmer Hans Grohe seine im *Bonner Kunstmuseum* gezeigte Sammlung an die Darmstädter Sammler Ströher verkauft hatte.

10.9. Berlin Bei der jährlichen Umfrage unter TheaterkritikerInnen der Zeitschrift *Theater heute* werden mit gleich vielen Nennungen das *Deutsche Theater Berlin*, die *Münchner Kammerspiele* und das *Hamburger Schauspielhaus* sowie die *Neue Bühne Senftenberg* zum »Theater des Jahres 2005« gewählt. Als »größtes Ärgernis« werden gleichauf der »Aufruf zur Werktreue« des Bundespräsidenten und die Gerhardt-Hauptmann-Rechteinhaber, die die Dresdner »Weber«-Aufführung untersagt hatten, genannt. (→ 6.–22.5., 11.8., 15.9., 23.9.)

11.9. Bundesgebiet Etwa 4,5 Millionen Menschen besuchen am »Tag des offenen Denkmals« unter dem Thema »Krieg und Frieden« die über 7000 Baudenkmale in mehr als 2500 Städten und Kommunen, die sonst nicht oder nur teilweise geöffnet sind.

13.9. Berlin Nach der Ausgabe des *OECD*-Berichts »Bildung auf einen Blick« nehmen in Deutschland mit insgesamt 36 Prozent eines Altersjahrgangs mehr Abiturienten als in vergangenen Jahren ein Studium auf (1998: 28%). Insgesamt hat sich aber das Ausbildungsniveau in Deutschland nicht erhöht. (→ 3.11., 9.11.)

14.9. Moskau Die *Stiftung deutsche geisteswissenschaftliche Institute im Ausland* eröffnet das *Deutsche Historische Institut* in Moskau als jüngste und vorläufig letzte Niederlassung. In den kommenden 5 Jahren übernehmen die *Zeit-* und die *Krupp-Stiftung* die Kosten von 1 Million Euro pro Jahr.

15.9. Köln Nach der Theaterstatistik 2003/2004 des *Deutschen Bühnenvereins* sind die Mittel von Kommunen und Ländern in dieser Spielzeit erstmals in den letzten 15 Jahren um 2,4 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro reduziert worden. Die 150 öffentlich getragenen Theater haben einen Besucherrückgang von 1,4 Prozent auf 19,6 Millionen und im Vergleich zur vorherigen Saison 1,2 Prozent weniger Aufführungen angeboten. Das Einspielergebnis liegt bei 16,3 Prozent (- 0,1%). (→ 6.–12.5., 11.8., 10.9., 23.9.)

18.9. Bundesgebiet Bei den Bundestagswahlen wird die *CDU/CSU* mit 35,2 Prozent knapp stärkste Partei vor der *SPD* (34,3%), an dritter Stelle folgte die *FDP* (9,8%) und *Die Linke* (8,7%) vor den *Grünen* (8,1%). (→ 22.11.)

23.9. Berlin Bei der diesjährigen Kritikerumfrage der Zeitschrift *Opernwelt* zum »Opernhaus des Jahres« wird die *Oper Hamburg* gewählt. Auf dem zweiten Platz folgt die *Oper Frankfurt*. Hans Neuenfels wird für seine Inszenierung der »Lady Macbeth von Mzensk« (Schostkowitsch) an der *Komischen Oper Berlin* zum Opernregisseur des Jahres gekürt. (→ 6.–22.5., 10.9., 15.9.)

27.–30.9. Stuttgart Unter dem Thema »Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus« findet der 75. Deutsche Archivtag statt.

29.9. München Bei der Vorlage des »Gemeindefinanzberichtes« steht der erwartete Anstieg des Defizits der Kommunalhaushalte 2005 von 3,8 auf 5,8 Milliarden Euro im Mittelpunkt. Eine der zentralen Ursachen für diese verschlechterte Situation wird in den gestiegenen Kosten durch die Arbeitsmarktreform (»Hartz IV«) gesehen.

Oktober

3.–21.10. Paris Mit der Mehrheit von 148 Stimmen gegenüber 2 (USA und Israel) wird nach zweijährigen intensiven Verhandlungen auf der 33. Generalkonferenz der *UNESCO* die Konvention zur kulturellen Vielfalt »Übereinkommen zum Schutz und zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« ver-

abschiedet. Neuer und alter *UNESCO*-Generaldirektor ist der Japaner Koichiro Matsuura, der für weitere vier Jahre gewählt wird. (→ 25.5.-4.6., 11./12.6., 6./7.7.)

3.10. Luxemburg Die Außenminister der EU einigen sich nach langwierigen Verhandlungen offizielle Gespräche mit der Türkei über deren Beitritt aufzunehmen. (→ 12./27.5., 29.5., 1.6., 16.6.)

5.10. Berlin Nach dem »Weltkatastrophenbericht« der *Internationalen Föderation der Roten Kreuz- und der Roten Halbmond-Gesellschaften* haben 2004 719 Naturkatastrophen 250 000 Menschenleben gefordert, die höchste Zahl von Todesopfern in den letzten zehn Jahren. (→ 31.12.)

6.10. New York/Genf/Berlin Die 2003 von der *UNO* gegründete *Weltkommission für internationale Migration* legt ihren ersten Bericht vor. Danach ist weltweit die Zahl der Migranten seit 1970 von 82 auf 200 Millionen Menschen gestiegen. Die größte Zahl von Migranten bezogen auf den Anteil der Bevölkerung lebt in Australien und Nordamerika mit je 12,9 Prozent, in Europa machen die 56 Millionen Migranten durchschnittlich 7,7 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

12.10. Berlin Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* legt den 12. Kinder- und Jugendbericht vor mit dem Schwerpunkt »Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule«.

13/14.10. Potsdam Auf der 311. Plenarsitzung der *Kultusministerkonferenz* stehen Fragen der Qualitätssicherung in Schule und Hochschule sowie die Fortsetzung der Reform der *KMK* im Mittelpunkt. (→ 2./3.6., 15.12.)

14.10. Italien Aus Protest gegen eine geplante teilweise radikale Reduzierung der Fördermittel für alle Sparten der Kultur bleiben im ersten landesweiten Kulturstreik Italiens Kino- und Konzertsäle, Theater und Opernhäuser geschlossen. (→ 27.4.)

15.10. Schloss Marienburg bei Hannover Mit einem Erlös von 44 Millionen Euro geht die Versteigerung von Bildern, Schmuck, Kleinodien und Gerätschaften der Welfen zu Ende, der zur Erhaltung von Schlössern und anderen Kulturgütern genutzt werden soll.

17.10. Köln Bei der Vergabe des »Fernsehpreises« geht die Auszeichnung für den besten Fernsehfilm an »Marias letzte Reise« (ARD), für die beste Serie wie in den beiden Vorjahren an »Abschnitt 40« (*RTL*) und für die beste Sitcom an »Nikola« (*RTL*). Als beste Comedy-Sendung wird »Schillerstraße« (*SAT1*) und als beste Dokumentation »Kanalschwimmer« (*ZDF*) ausgezeichnet sowie als beste Informationssendung »Fall Deutschland« (*ZDF*). (→ 3.4.)

17./18.10. Sindelfingen Bei der jährlichen Herbsttagung begeht die *INTHEGA* in Anwesenheit von etwa 800 TeilnehmerInnen ihren 25. Geburtstag mit einer Rückschau auf die bisherige Arbeit und Debatten über die weiteren kulturpolitischen Entwicklungen und ihre Aufgaben dabei. (→ 25./26.4.)

17.10. Frankfurt am Main Der erste »Deutsche Buchpreis« geht an den österreichischen Schriftsteller Arno Geiger für seinen Roman »Es geht uns gut«.

19.–23.10. Frankfurt am Main Mit 7 200 Ausstellern liegt die Zahl bei der diesjährigen Buchmesse über der des vergangenen Jahres, während die Anzahl der teilnehmenden Länder von 110 auf 101 zurückgegangen ist. Schwerpunkt ist Korea. 280 000 Besucher, etwa 10 000 mehr als im Vorjahr, haben sich die 270 000 Bücher der größten Buchausstellung der Welt angesehen. Der »Friedenspreis des Deutschen Buchhandels« geht an den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk, der in der Türkei unter Anklage stand, weil er den Völkermord an den Armeniern Anfang des letzten Jahrhunderts thematisiert hatte. (→ 17.–23.3.)

20./21.10. Krefeld Bei der 27. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages* geht es u. a. um eine mögliche Initiative zu einer bundesdeutschen jährlichen Kulturhauptstadt, die EU-Initiative zur Digitalisierung der Bibliotheken und die EU-Strukturfonds.

26.10. Hamburg Die Bürgerschaft in Hamburg beschließt mit der Mehrheit von *CDU*, *FDP* und *Grünen* bei Enthaltung der *SPD* den Bau der Elbphilharmonie auf dem Kaispeicher A. Von den gesamten Baukosten für die Konzerthalle und die »Mantelbebauung« aus Hotel, Luxuswohnungen und Parkhaus von etwa 186 Millionen Euro werden 117 Millionen Euro für die Philharmonie und den Sockel veranschlagt, wovon die Stadt 77 Millionen und Privatleute etwa 40 Millionen aufbringen wollen.

27.10. Köln Zum »Museum des Jahres 2005« wählen die Mitglieder der deutschen *AICA*-Sektion (Internationaler Kunstkritikerverband) auf ihrer Mitgliederversammlung das *Staatliche Museum Schwerin*. Das Prädikat »Ausstellung des Jahres« wird zum ersten Mal in diesem Jahr nicht zuerkannt, da für keine der infrage kommenden Ausstellungen ein nennenswerter Vorsprung an Stimmen vorhanden ist.

30.10. Dresden Sechs Jahrzehnte nach ihrer Zerstörung wird die wieder aufgebaute Frauenkirche in Anwesenheit von mehr als 60 000 Menschen, zahlreichen Vertretern der politischen Führung sowie vielen Stiftern und Spendern wieder eingeweiht.

31.10. Köln Nach der Rangliste des »Kunstkompaß« des Wirtschaftsmagazins *Capital* steht wie im vergangenen Jahr Gerhard Richter auf Platz 1 der berühmtesten (und teuersten) zeitgenössischen Künstler, gefolgt von Sigmar Polke und Bruce Naumann vor Rosemarie Trockel, Louise Bourgeois, Cindy Sherman und Georg Baselitz. (→ 31.12.)

November

3.11. Berlin Die neue PISA-Studie zeigt zum einen leichte Verbesserungen deutscher Schüler in einigen Bereichen, vor allem aber wird der große Unterschied zwischen den einzelnen Bundesländern und den verschiedenen Schularten deutlich sowie der Zusammenhang von sozialer Lage und Schulerfolg. (→ 13.9., 9.11.)

6.11. Darmstadt Bei der Herbsttagung der *Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung* wird der »Georg-Büchner-Preis« an Brigitte Kronauer verliehen. Der »Johann-Heinrich-Merck-Preis für literarische Kritik und Essay« 2005 geht an den 96-jährigen Psychoanalytiker, Arzt und Schriftsteller Hans Keilson, der »Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa« 2005 an Peter Sloterdijk.

8.11. New York Nach einem außergerichtlichen Vergleich zwischen den großen Firmen der amerikanischen Musikindustrie und der Online-Tauschbörse *Grokster* schließt die Letztere das kostenlose Tauschprogramm und plant einen Neustart als kostenpflichtiger Dienst. (→ 27.6.)

9.11. London Die *UNESCO* stellt den Weltbericht »Bildung für alle 2006« (»EFA Global Monitoring Report 2006: Education for all«) vor mit dem Schwerpunkt Alphabetisierung. Der Bericht gibt einen Zwischenstand nach dem *Weltbildungsforum* in Dakar 2000, bei dem sich 164 Länder verpflichtet haben, sechs Bildungsziele bis 2005, u. a. eine starke Reduzierung der Analphabetenrate, zu erreichen. (→ 13.9., 3.11.)

14.11. Erfurt Am 2. Runden Tisch der *UN*-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« in Deutschland nehmen etwa 250 Akteure aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen teil, diskutieren den Stand und die weiteren Perspektiven sowie einzelne Themen der Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in verschiedenen Bildungseinrichtungen. (→ 1.3.)

16.–18.11. Tunis Nach der ersten Phase in Genf 2003 wird der 1. Gipfel zur Informationsgesellschaft »World Summit on the Information Society« (WSIS) in Tunesien fortgesetzt, bei dem es vor allem um die Finanzierung, politische Unterstützung und Umsetzung der vor zwei Jahren beschlossenen Programme über die Ausgestaltung einer weltweiten Informationsgesellschaft und der Teilnahme möglichst vieler Menschen an den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien geht. Delegationen von 174 Regierungen billigen das Abschlussdokument »Tunis Commitment« und eine »Agenda« für die Informationsgesesellschaft.

18./19.11. Budapest In Anwesenheit zahlreicher Kulturpolitiker, Kulturschaffender und Künstler findet in Budapest in Fortsetzung der Tagungen in Berlin im November 2004 und Paris im Frühjahr 2005 die 3. europäische Kulturkonferenz unter dem Titel »Inclusive Europe? Horizon 2020« statt. (→ 2./3.5.)

22.11. Berlin Nachdem sich am 11.11. die Verhandlungspartner von *CDU/CSU* und *SPD* auf einen Koalitionsvertrag geeinigt und die Parteigremien zugestimmt haben und am 18.11. der Koalitionsvertrag unterschrieben wurde, wählt der Bundestag mit großer Mehrheit Angela Merkel zur ersten Kanzlerin der Bundesrepublik. Neuer Staatsminister für Kultur und Medien wird der Bremer Abgeordnete Bernd Neumann. Das Bildungsministerium wird von Annette Schavan geleitet. (→ 21.7., 18.9.)

22.11. Rom Auf der 33. Konferenz der *UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO)* wird der »Welternährungsbericht 2005« vorgestellt. Danach sterben jedes Jahr 6 Millionen Kinder an Hunger und Mangelernährung. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Unterernährten relativ leicht zurückgegangen, absolut aber gestiegen und liegt gegenwärtig bei etwa 852 Millionen Menschen. (→ 3.3.)

25.11. Paris Die *UNESCO* hat weitere 43 »Meisterwerke des mündlichen und immateriellenErbes der Menschheit« proklamiert, u. a. die »Prozession der Riesen und Drachen« in Belgien und Frankreich, das japanische »Kabuki-Theater«, den brasilianischen »Samba de Roda« und die traditionellen Aufführungen der Ramayana in Indien. Die Liste verzeichnet jetzt 90 Meisterwerke aus allen Weltregionen. Dazu gehören Sprachen, mündliche Literaturformen wie Mythen, Epen und Erzählungen, Musik, Tanz, Spiele, Rituale, Bräuche, handwerkliche Fertigkeiten, Architektur und andere Künste.

27.11. Wolfsburg Das von Zaha Hadid gebaut 12 000 m² große Science Center *Phæno* öffnet seine Pforten mit Mitmachausstellungen und Experimentierexponaten zu technischen und naturwissenschaftlichen Zusammenhängen.

Dezember

5.12. Berlin Bei der 17. Verleihung des Europäischen Filmpreises wird »Caché« (»Versteckt«) von Michael Haneke als »Film des Jahres« ausgezeichnet, der auch den Preis für die beste Regie und den Preis der Filmkritik bekommt und dessen Hauptdarsteller Daniel Auteuil als bester Schauspieler prämiert wird. Julia Jentsch wird für ihre Rolle als Sophie Scholl als beste Schauspielerin geehrt. Zum besten nichteuropäischen Film wird »Good Night und Good Luck« von George Clooney gewählt und für sein Lebenswerk wird Sean Connery ausgezeichnet. (→ 10.–20.2., 28.2., 12.–23.5., 11.7., 3.–13.8., 30.8.–11.9.)

10.12. Stockholm/Oslo In der schwedischen Hauptstadt wird der Literaturnobelpreis an den britischen Dramatiker und Schriftsteller Harold Pinter verliehen, der krankheitsbedingt nicht anwesend ist und in seiner Dankrede per Video den Krieg der USA im Irak kritisiert. Den Friedensnobelpreis erhält die *Internationale Atomenergiebehörde IAEWO* und ihr Leiter Mohammed el Baradei.

15.12. Hollywood »King Kong«, Peter Jacksons Remake des Klassikers aus dem Jahre 1933, startet weltweit in rund 20 000 Kinos. Er ist mit seinem 207-Millionen-Dollar-Budget der teuerste Film aller Zeiten.

15.12. Berlin Der Deutsche Bundestag beschließt einstimmig die Wiedereinsetzung der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*. Sie soll die Arbeit der gleichnamigen Kommission der letzten Wahlperiode fortsetzen und abschließen. (→ 1.6.)

15.12. Bonn Die 312. Plenarsitzung der *Konferenz der Kultusminister* (*KMK*) begrüßt die größere gesamtstaatliche Verantwortung, die den Ländern aus der angestrebten Föderalismusreform bei Bildung, Wissenschaft und Forschung zuwächst. Turnusgemäß wird die Ministerin für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein Ute Erdsiek-Rave am 20.1.2006 den Vorsitz der Präsidentschaft der *KMK* von Frau Johanna Wanka übernehmen, die als Vizepräsidentin Sprecherin für Kultur der *KMK* wird. (→ 2./3.6., 13./14.10.)

15.12. Köln Der Kölner Stadtrat verwirft die Pläne zum Bau von fünf Hochhäusern, von denen allerdings eines schon gebaut ist. Wegen der starken Beeinträchtigung des Gesamtbildes durch die geplante Bebauung hatte die *UNESCO* gedroht, den Kölner Dom von der Liste des Weltkulturerbes zu streichen. (→ 18.4., 5.6., 17.6. 10.–17.7.)

15./16.12. Brüssel Die Staats- und Regierungschefs haben sich nach langen Auseinandersetzungen auf den EU-Haushalt für die Periode 2007 bis 2013 in Höhe von 862 Milliarden Euro verständigt. Der Kulturetat soll für sieben Jahre zwischen 250 und 300 Millionen Euro betragen. (→ 15.3.)

17.12. Wiesbaden Die *Gesellschaft für deutsche Sprache* wählt »Bundeskanzlerin« zum »Wort des Jahres«, vor allem weil es auch sprachlich interessant sei. Auf Platz zwei landet »Wir sind Papst«, gefolgt von »Tsunami«, »Heuschrecken« und »Gammelfleisch«. (→ 18.1.)

31.12. Das teuerste Kunstwerk bei internationalen Auktionen 2005 war Il Canalettos »Venedig – Canal Grande vom Palazzo Balbi aus« (1736) mit 29,1 Mio. Dollar, gefolgt vom »Blau-weißen Guan-Topf« aus der Yuan-Dynastie (1279–1368) mit 24,6 Mio. Dollar und Constantin Brancusis »Oiseau dans l'espance« (1922) mit 24,5 Mio. Dollar. Auf die weiteren Plätze kamen Kunstwerke von David Smith, Henri de Toulouse-Lautrec, Rothko, Il Canaletto, Picasso, Max Beckmann, Roy Lichtenstein und eine »Guyuexuan-Vase«. Bei deutschen Auktionen erzielte Max Beckmanns »Anni« (1942) mit 3,4 Mio. Euro den höchsten Preis, gefolgt von Ludwig Kirchners »Halbakt mit erhobenen Armen« (1910) mit 1,8 Mio. Euro und Lyonel Feiningers »Gelmeroda XI« (1928) mit 1,4 Mio. Euro. Die nächst höheren Preise erzielten Bilder von Nolde, Kirchner, Spitzweg, Schlemmer, Sareif Bustaman Saleh Ben Jaggia, Liebermann, Feininger und Claude Gellée. (→ 31.10.)

31.12. München Bei Naturkatastrophen fällt die Bilanz des Jahres 2005 verheerend aus. Vor allem Erdbeben und Wirbelstürme forderten mehr als 100 000 Todesopfer und verursachten insgesamt volkswirtschaftliche Schäden von gut 200 Milliarden Dollar, was in finanzieller Hinsicht einen Negativrekord bedeutet. (→ 5.10.)

31.12. Hannover Nach Angaben der *Stiftung Weltbevölkerung* wächst die Weltbevölkerung in der Silvesternacht auf mehr als 6,517 Milliarden Menschen an.

31.12. Frankfurt am Main Nach Angaben des *Börsenvereins des Deutschen Buchhandels* sind im Jahre 2005 mit 86 500 Erst- und Neuauflagen so viele Titel wie noch nie erschienen. Die Buchbranche hatte ein Umsatzplus von 1,1 Prozent. Der Anteil der Belletristik betrug knapp 31 Prozent.

31.12. Hamburg Auf der Belletristik-Jahresbestsellerliste von *Buchreport* und *Spiegel* steht 2005 Joanne K. Rowling mit »Harry Potter und der Halbblutprinz« in der deutschen Übersetzung auf Platz 1

und im englischen Original auf Platz 3 sowie mit »Harry Potter und der Orden des Phönix« auf Platz 18. Dan Browns »Sakrileg« und »Diabolus« belegen die Plätze 2 und 4, gefolgt von François Lelords »Hectors Reise« und Frank Schätzings »Schwarm«. Mit Daniel Kehlmanns »Vermessung der Welt« kommt der erste literarische Titel auf Platz 7. Bei den Sachbüchern belegt »Schluss mit Lustig« von Peter Hahne den Spitzenplatz gefolgt von Sabine Kueglers »Dschungelkind«, Ben Schotts »Schotts Sammelsurium« und Corinne Hofmanns »Wiedersehen in Barsaloi« sowie »Simplify your life« und »Die Kunst stilvollen Verarmens«. (→ 15.7., 1.9.)

31.12. Berlin Nach Bilanz der *Filmförderungsanstalt* (*FFA*) hatte das deutsche Kino 2005 den heftigsten Einbruch seit zehn Jahren. Gegenüber dem Vorjahr sank die Besucherzahl um knapp 19 Prozent auf 127,3 Millionen und erreichte damit das schlechteste Ergebnis seit 1995. Der Umsatz brach um knapp 17 Prozent auf 745 Millionen Euro ein. 2005 erreichte die Zahl deutscher Kinosäle das Rekordniveau von 4889, die durchschnittliche Kinoauslastung lag jedoch unter der von 1996. Der deutsche Film hatte mit 21,5 Millionen Besuchern einem Marktanteil von 17,1 Prozent gegenüber 36,7 Millionen Besuchern und einem Anteil von 23,8 Prozent im Vorjahr. An der Spitze der meist besuchten Filme standen »Harry Potter und der Feuerkelch« (7,56 Mio.), »Madagaskar« (6,69 Mio.) und »Star Wars: Episode III – Die Rache der Sith« (5,61 Mio.) sowie »Hitch – Der Date-Doktor« (4,33 Mio.) und »Mr. & Mrs. Smith« (3,57 Mio.) (→ 10.2.)

Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2005

Bei dieser Bibliographie deutschsprachiger Neuerscheinungen aus dem Jahr 2005 handelt es sich um einen Auszug aus der für das *Kulturpolitische Informationssystem* (*»kis«*) vom *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* erstellten Datenbank. In diese werden Bücher und Broschüren, Aufsätze aus Sammelbänden und Loseblattwerken sowie Zeitschriftenaufsätze aufgenommen. Darüber hinaus werden ausgewählte Bundestags- und Landtagsdrucksachen zum Themenfeld erfasst sowie »graue« Literatur, soweit sie uns zugänglich ist. Buchbesprechungen und Artikel aus Zeitungen finden nur in Ausnahmefällen Aufnahme.

Gegenstand der Bibliographie sind Kulturpolitik und kulturpolitische Praxisfelder. Insgesamt ist für die Aufnahme eines Eintrags der kulturpolitische Aspekt ausschlaggebend. Wie in den Vorjahren mussten aus Platzgründen einige weitere Einschränkungen vorgenommen werden: In der Druckfassung weggelassen werden mussten die meisten Artikel mit geringem Seitenumfang. Zudem musste auf die gesamte Rubrik »Medien« verzichtet werden.

Jede bibliographische Angabe ist in der Regel nur einmal aufgeführt, einzelne Beiträge aus ebenfalls aufgenommenen Sammelbänden nur dann, wenn sie einer anderen Rubrik als der des Sammelbandes zuzuweisen waren.

Den Rubriken voran stehen jeweils die einschlägigen Fachzeitschriften, wobei diese nicht identisch sind mit den für die Bibliographie laufend ausgewerteten. Die Liste dieser laufend ausgewerteten Fachzeitschriften umfasst über hundert Titel, darunter auch soziologische, allgemeinpolitische, Rechts- und Verwaltungszeitschriften.

Die ausführliche kumulierte Bibliographie-Datenbank des *»kis«* ist online zugänglich unter http://www.kupoge.de.

In den *Kulturpolitischen Mitteilungen*, der Zeitschrift für Kulturpolitik der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, erscheint viermal im Jahr ebenfalls ein aktueller Auszug mit Neuerscheinungen aus dem Berichtszeitraum. Hier werden in jedem Heft darüber hinaus auf etwa zehn Seiten Buchneuerscheinungen mehr oder weniger ausführlich vorgestellt und rezensiert.

1 Kultur und Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft

2 Kulturpolitik

2.1 Grundlagen

2.2 Kommunale Kulturpolitik
2.2.1 Allgemein
2.2.2 Einzelne Städte

2.3 Regionale Kulturpolitik

2.4 Kulturpolitik der Länder

2.5 Kulturpolitik auf Bundesebene
2.5.1 Allgemein
2.5.2 Einzelne Felder
2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung
2.5.2.2 Künstlersozialversicherung
2.5.2.3 Steuerrecht und andere rechtliche Regelungen
2.5.2.4 Auswärtige Kulturpolitik allgemein
2.5.2.5 Kulturgüterschutz, Beutekunst, Restitution etc.

2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung
2.6.1 Allgemein
2.6.2 Öffentliche Kulturförderung und Kulturausgaben
2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen

2.7 Kulturmanagement

2.8 Qualitätsmessung, Evaluation, Nutzerforschung

2.9. Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit

3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden

4 Europäische und internationale Kulturpolitik

4.1 Allgemein

4.2 Kulturpolitik der EU

4.3 Überstaatliche Organisationen

4.4 Kulturpolitik in anderen Ländern

5 Kulturpolitische Praxisfelder

5.1 Theater
5.1.1 Allgemein
5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung
5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik
5.1.4 Freies Theater

5.2 Musik
5.2.1 Allgemein
5.2.2 Musikpädagogik
5.2.3 Musikschulen und Musikhochschulen

5.3 Bildende Kunst
5.3.1 Allgemein
5.3.2 Kunstpädagogik, Kunstschulen, Kunsthochschulen

5.4 Museen und Ausstellungen
5.4.1 Allgemein
5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen

5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Straßenkunst

5.6 Kulturelles Erbe
5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz
5.6.2 Erinnungskultur, Mahn- und Gedenkmale

5.7 Literatur und Bibliothek
5.7.1 Allgemein
5.7.2 Bibliotheken
5.7.3 Leseförderung, Leseforschung, Literaturförderung

5.8 Volkshochschulen, kulturelle Erwachsenenbildung

5.9 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder

5.10 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung

5.11. Archive

5.12 Baukultur

6 Weitere kulturpolitische Themen und Felder

6.1 Interkulturelle Kulturarbeit

6.2 Kultur und Nachhaltigkeit

6.3 Frauen in Kunst und Kultur

6.4 Ländliche Kulturarbeit, Kulturarbeit in der Provinz

6.5 Events, Festivals, Freizeitkultur, Tourismus

6.6. Kultur und Kunst als Beruf

6.7 Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt

1 Kultur und Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft

Berliner Republik, Berlin: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH (zweimonatlich)

KultuRation. Online-Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik, einsehbar unter: http://www.kulturation.de/frame.php, Online-Nachfolger der *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung* (1977–2003)

Lettre International. Europas Kulturzeitung, Berlin: Redaktion – Lettre International (viermal im Jahr)

Asch, Ronald G./Freist, Dagmar: *Staatsbildung als kulturheller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit*, Köln u. a.: Böhlau, 440 S.

Burke, Peter: *Was ist Kulturgeschichte?*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 250 S.

Davis, Mike: »Planet der Slums. Globale Urbanisierung, Bevölkerungswachstum, Armutskonzentration«, in: *Lettre International*, Heft 71 (2005), S. 44–52

Depenheuer, Otto (Hrsg.): *Staat und Schönheit. Möglichkeiten und Perspektiven einer Staatskalokagathie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 180 S.

Fuchs, Max: »Kulturelle Vielfalt, der Welthandel und der Staat. Warum wir eine Konvention für kulturelle Vielfalt brauchen«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 1/2005, S. 19–20

Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): *Kulturtheorie*, Würzburg: Königshausen und Neumann (Freiburger literaturpsychologische Gespräche, 24), 436 S.

Hagenbüchle, Roland: *Kultur im Wandel oder die Provokation des Vulgären*, Würzburg: Königshausen und Neumann, 175 S.

Han, Byung-Chul: *Hyperkulturalität. Kultur und Globalisierung*, Berlin: Merve (Internationaler Merve-Diskurs, 278), 82 S.

Hardtwig, Wolfgang: *Hochkultur des bürgerlichen Zeitalters*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 169), 387 S.

Heister, Hanns-Werner: »Gegen die Ökonomisierung der Lebenswelt. Kreativität als künstlerische Produktivität, individuelle und soziale Selbstverwirklichung«, in: *Musikforum*, Heft 4/2005, S. 15–17

Held, Jutta: »Verschwunden oder umgeformt? Paradigma Arbeit in Kunst und Kunsttheorie«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2005, S. 15–16

Kramer, Dieter: »Mehr als bloß Worte. Zwei Drittel der heute gesprochenen 6500 Sprachen sterben. Wirklich ein Verlust?«, in: *Böll*. Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, Heft 2/2005, S. 24–25

Kuchenbuch, Katharina: »Kulturverständnis in der Bevölkerung. Ergebnisse einer qualitativen Studie in Ost- und Westdeutschland«, in: *Media Perspektiven*, Heft 2/2005, S. 61–69

Kulturwissenschaftliches Institut (Hrsg.): *Jahrbuch 2004*, Bielefeld: transcript Verlag, 285 S.

Lohmann, Hans-Martin: »Zwei Seiten derselben Medaille? Schiller, Goethe und die Deutschen«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 1–2/2005, S. 76–88

Merz-Benz, Peter-Ulrich/Wagner, Gerhard (Hrsg.): *Kultur in Zeiten der Globalisierung. Neue Aspekte einer soziologischen Kategorie*, Frankfurt am Main: Humanities Online, 272 S.

Nünning, Ansgar (Hrsg.): *Grundbegriffe der Kulturtheorie und Kulturwissenschaften*, Stuttgart u. a.: Metzler, 246 S.

Oesterle, Günter: *Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Formen der Erinnerung, 26), 685 S.

Opaschowski, Horst W.: »Deutschland 2020: Thesen, Perspektiven und Prognosen«, in: *Stadt und Raum*, Heft 6/2005, S. 292–295

Prokop, Dieter: *Das Nichtidentische der Kulturindustrie. Neue kritische Kommunikationsforschung über das Kreative der Medien-Ware*, Köln: Herbert von Halem Verlag (Kritische Kommunikationsforschung), 112 S.

Prokop, Dieter: *Der kulturindustrielle Machtkomplex. Neue kritische Kommunikationsforschung über Medien, Werbung und Politik*, Köln: Herbert von Halem Verlag

Rohmann, Gabriele: »Are the kids allright? Jugendkulturen zwischen Politik, Kommerz und neuem Nationalbewusstsein«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 1/2005, S. 18–25

Scherger, Simone/Kohli, Martin: »Eine Gesellschaft – zwei Vergangenheiten? Historische Ereignisse und kollektives Gedächtnis in Ost- und Westdeutschland«, in: *BIOS*, Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, Heft 1/2005, S. 3–27

Schindhelm, Michael: »Woodstock der Konservativen. Die Entwicklung einer Identität aus dem Geist von Bayreuth – könnte das der Beginn einer von Angela Merkel geforderten ›zweiten Gründerzeit der Kultur‹ sein?«, in: *Cicero*, Heft 7/2005, S. 120–124

Schödel, Stephan: *Wechselwirkungen zwischen Kultur, Vertrauen und Management: am Beispiel Japans und Deutschlands*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 241 S.

Siegfried, Detlef: »›Tune On, Tune In, Drop Out‹. Gegenkultur und Massenkultur in der westdeutschen Konsumgesellschaft der 60er Jahre«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 1/2005, S. 64–70

Steinert, Heinz: »Schöne neue Kulturindustrie«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2005, S. 8–13

Stölzl, Christoph: »Kulturwahlkampf. Auch wenn die Kulturpolitik kein Wahlkampfthema ist: Mit den Richtungsentscheidungen der nächsten Jahre entscheidet sich auch das Schicksal Deutschlands als Wertegemeinschaft«, in: *Cicero*, Heft 7/2005, S. 126–129

2. Kulturpolitik

2.1 Grundlagen

Kunst & Kultur. Kulturpolitische Zeitschrift der IG Medien, Stuttgart: IG Medien (achtmal im Jahr)

Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (viermal im Jahr)

Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik der IG Kultur Österreich, Wien: IG Kultur Österreich (mind. viermal im Jahr)

Europa Kultur Stadt. Eine Beilage des Deutschen Kulturrates und der Kulturstiftung des Bundes in politik und kultur, Regensburg: ConBrio (zweimonatlich seit Herbst 2004)

Baltzer, Burkhard: »Drei Akkorde zu: Wer hat uns verraten? Absurder Föderalismus: Bund, Länder und Gemeinden verabschieden sich unter Rot-Grün von der Kulturpolitik. Derzeit geht es kulturell ans Eingemachte«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 4/2005, S. 8–9

Bohunovsky-Bärnthaler, Irmgard (Hrsg.): *Kulturpolitik – demokratische Legitimation zur Aufklärung?* Vortragsreihe der Galerie Carinthia im Stift Oissach vom 15. bis 17. Juli 2004, Klagenfurt, Wien: Ritter, 191 S.

Danielzyk, Rainer: »Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kulturelle Infrastruktur«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 191–201

Fuchs, Max: »Kulturvermittlung und kulturelle Teilhabe – ein Menschenrecht«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 31–39

Fuchs, Max: »Die Kultur und das gute Leben. Warum man mit Kultur Staat macht und warum der Staat daher Kultur machen muss«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 4/2005, S. 8–10

Fuchs, Max: »Menschrecht auf Kultur«. Ein Interview, in: *Spiel & Bühne*, Heft 4/2005, S. 10–13

Fuchs, Max: »Politische Kultur, Kulturpolitik und die Zivilgesellschaft. Grenzen der Wirksamkeit des Staates neu bestimmen«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 5/2005, S. 2–3

Fuchs, Max u. a.: »Thema: Kulturenquete des Bundestages«, in: *Das Parlament*, Heft 34–35/2005, S. 1–15

Glaser, Hermann: »›Wo kam die schönste Bildung her/ und wenn sie nicht vom Bürger wär?‹ Vom Niedergang einer Hoffnung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 203–210

Hippe, Wolfgang: »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik? Opernhäuser und Krabbelstuben als Krisensymptome«, in: Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat* (*Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V. 2004*, Band 6), Frankfurt am Main/Essen: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V./Klartext (Schriftenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 17), S. 37–42

Hoffmann, Hilmar: »Kulturpolitik heute ist eine Brache. Hilmar Hoffmann, langjähriger Kulturdezernent in Frankfurt am Main, über die Entwicklung unserer Städte. Ein Gespräch«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 3/ 2005, S. 8–9

Hoffmann, Hilmar: »Als quantitatives Prinzip. ›Kultur für alle‹ bleibt auf der Agenda der Zukunftssicherung«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 7/2005, S. 3–6

Kramer, Dieter: »Kultur, Kunst, Markt. Zu aktuellen Diskursen über Kulturpolitik«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2005, S. 10–14

Kühne, Hartmut: »Föderalismusreform für Deutschland. Zu den Gründen des Scheiterns und den Voraussetzungen des Gelingens«, in: *Die Politische Meinung*, Heft 2/2005, S. 61–65

Kühne, Hartmut u. a.: »Föderalismus. Schwerpunktthema«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 13–14/ 2005, S. 3–38

Merkel, Angela: »Kulturland Deutschland«, in: *Im Gespräch*, Heft 17/2005, S. 27–29

Merkel, Angela: »Kulturland Deutschland«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 3/2005, S. 1–2

Müller, Peter: »Die Bundesrepublik als Kulturstaat. Aktuelle Diskussion vor dem Hintergrund der deutschen Verfassungsgeschichte«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 4/2005, S. 3–4

Nooke, Günter: »Vertrauen zurückgewinnen, Kontinuität des Guten. Der Wahlkampf in der Kulturpolitik hat der Kultur nicht gutgetan«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 48–49

Pohlmann, Markus: »Die neue Kulturtheorie und der Streit um Werte«, in: *Soziologische Revue*, Heft 1/2005, S. 3–14

Reinhart, Barbara: »Heutiges Geld für Kultur von morgen – und nicht von gestern! Plädoyer für eine innovationsfreudige Politik und Gesellschaft«, in: *Junge Kunst*, Heft 62/2005, S. 10–11

Rüsen, Jörn: »Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit. Folgen für die Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 35–38

Scheytt, Oliver: »Kultur für alle und von allen – ein Erfolgs- oder Auslaufmodell?«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 25–30

Scheytt, Oliver/Zimmermann, Michael: »Kultur für alle bleibt die Leitidee. Kulturelle Grundversorgung und gesellschaftliche Nachhaltigkeit«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 3/2005, S. 3–4

Schlör, Joachim: »Kulturwissenschaftliche Stadtforschung. Zugänge (nicht nur) im Spazieren«, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte*, Heft 2/2005, S. 73–91

Schneider, Wolfgang: »Kulturvermittlung braucht Kulturpolitik ... um neue Strategien ästhetischer Kommunikation zu entwickeln«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 40–50

Sievers, Norbert: »Thema: ›publikum.macht.kultur‹. Einführung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 30–31

Volkmann, Uwe: »Kultur im Verfassungsstaat«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, Heft 17/2005, S. 1061–1072

Wagner, Bernd: »Nach der Wahl ist vor der Wahl. Kulturpolitischer Streifzug«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 16–18

Wagner, Bernd: »Kulturpolitik (1). Der Begriff«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 74–76

Wagner, Bernd: »Von Kulturhoheiten, Rundfunkkultur & Verschwörungstheorien. Kulturpolitischer Streifzug«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 21–23

Wanka, Johanna: »Sinnvoll aufteilen und verknüpfen. Zur Reform des Föderalismus«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 2/2005, S. 1–2

Weiss, Christina: »Das Publikum ist die Macht der Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 32–34

Wyrwoll, Regina (Hrsg.): *Kulturforschung als Kulturschaffen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Andreas Wiesand*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch. Texte zur Kulturpolitik, 19), 100 S.

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele (Hrsg.): *Im Labyrinth der Kulturzuständigkeit. Die Kulturverwaltung der Länder, des Bundes und der Europäischen Union. Ein Handbuch*, Berlin: Deutscher Kulturrat, 148 S.

2.2. Kommunale Kulturpolitik

2.2.1 Allgemein

AKP. Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, Bielefeld: Redaktion AKP (sechsmal jährlich)

das rathaus, Berlin: Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (zehnmal jährlich)

Der Gemeinderat. Unabhängiges Magazin für Mandatsträger und kommunale Entscheider, Schwäbisch Hall: Eppinger Verlag (monatlich)

der städtetag. Zeitschrift für Kommunale Politik und Praxis, Stuttgart: W. Kohlhammer (monatlich)

Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik e. V. (halbjährlich)

difu-berichte. Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik (vierteljährlich)

IRS aktuell, online erhältlich (http://www.irs-net.de/index.php), Erkner (Berlin): Leibniz – Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e. V. (vierteljährlich)

Kommunalpolitische Blätter, Recklinghausen: Kommunal Verlag GmbH (monatlich)

planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Berlin: Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e. V. (vierteljährlich)

Raum Planung, Dortmund: Informationskreis für Raumplanung e. V. (sechsmal jährlich)

Stadt und Gemeinde. Zeitschrift des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Bonn: Deutscher Städte- und Gemeindebund (monatlich, zwei Doppelhefte)

Becker, Hubert: »Mit neuem Elan voran. Fördermöglichkeiten kommunaler Partnerschaften durch die EU«, in: *Europa kommunal*, Heft 5/205, S. 178–180

Berking, Helmuth/Löw, Martina (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Städte*, Baden-Baden: Nomos (Soziale Welt, 16), 416 S. (dt./engl.)

Bertsch, Frank/Piorkowsky, Michael-Burghard: »Impulse für die neue Politik der Sozialen Stadt«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 3/2005, S. 32–38

Deutsches Institut für Urbanistik/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): *Bildung im Stadtteil*. Fachtagung zur Sozialen Stadt, Dokumentation der Veranstaltung am 30. Mai 2005 in Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, 11), 119 S.

Franz, Peter: »Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte«, in: Aus *Politik und Zeitgeschichte*, Heft 3/2005, S. 10–16

Friedemann, Jens/Wiechers, Rüdiger (Hrsg.): *Städte für Menschen. Grundlagen und Visionen europäischer Stadtentwicklung*, Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag, 389 S.

Glogner, Patrick: *Kulturelle Einstellungen leitender Mitarbeiter kommunaler Kulturverwaltungen. Empirisch-kultursoziologische Untersuchungen*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 250 S.

Göschel, Albrecht: »Kommunale Kulturpolitik zwischen Bildungs- und Identitätspolitik«, in: Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat*. (*Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V. 2004*, Band 6), Frankfurt am Main/Essen: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V./Klartext (Schriftenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 17), S. 21–31

Goldmann, Margarethe: »Wem gehört die Stadt? Für eine Kultur des öffentlichen Konfliktdialogs«, in: Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat* (*Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V. 2004*, Band 6), Frankfurt am Main/Essen: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V./Klartext (Schriftenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 17), S. 43–48

Grothe, Nicole: *InnenStadtAktion – Kunst oder Politik? Künstlerische Praxis in der neoliberalen Stadt*, Bielefeld: transcript Verlag, 280 S.

Haack, Silke u. a.: »Soziale Stadt. Schwerpunktthema«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 2–3/2005, S. 55–195

Häußermann, Hartmut: »Umbauen und Integrieren. Stadtpolitik heute«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 3/2005, S. 3–8

Häußermann, Hartmut/Ipsen, Detlev: »Die Produktion kultureller Komplexität. Migration und die Perspektive der Städte«, in: Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat* (*Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V. 2004*, Band 6), Frankfurt am Main/Essen: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V./Klartext (Schriftenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 17), S. 57–63

Haus, Michael: »Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 3/2005, S. 25–31

Hippe, Wolfgang: »Opernhäuser oder Krabbelstuben? Kommunalpolitik jenseits von Neid-Debatten und Ressortdenken«, in: *AKP*, Heft 1/2005, S. 33–34

Jakubowski, Peter: »Den Stadtumbau flankieren. Was leisten neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 3/ 2005, S. 17–24

Janzer, Helene/Schwedler, Andrea: *Renaissance der Stadtentwicklungsplanung. Ergebnisse einer Städteumfrage in Baden-Württemberg*, Rottenburg am Neckar: Kersting (Stadtentwicklung im Diskurs, 2), 114 S.

Jungfer, Klaus: *Die Stadt in der Krise. Ein Manifest für starke Kommunen*, München: Hanser Verlag, 237 S.

Kaltenbrunner, Robert: »Dialektische Einheit. Bewahren, Interpretieren und Erneuern im heutigen Städtebau«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6/2005, S. 357–364

Lampis, Antonio: »Publikumsentwicklung als Ziel: neue Aktivierungsformen im Kunst- und Kulturbereich«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 423–429

Lange, Bastian: »Wachstumsmotor Kreative – Eine Kritik an Richard Florida«, in: Oswalt, Philipp (Hrsg.): *Schrumpfende Städte, Handlungskonzepte*, Band 2, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 401–406

Lindner, Rolf: »Kulturelle Ökonomien, urbane ›Geschmackslandschaften‹ und Metropolenkonkurrenz«, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte*, Heft 1/2005, S. 26–37

Märker, Oliver: *Online-Mediation als Instrument für eine nachhaltige Stadt- und Regionalplanung. Eine qualitative Untersuchung zur internen und externen Relevanz onlinemediierter Verfahren*, Aachen: Shaker (Fraunhofer series in information and communication technology, 2), 432 S.

Maier, Willfried: »Öffentliche Förderung der Künste: Es geht nicht um Konsum, sondern um Produktivität«, in: Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat* (*Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V. 2004*, Band 6), Frankfurt am Main/Essen: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V./Klartext (Schriftenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 17), S. 33–35

Matthiesen, Ulf: »Städtische Identitäten«, in: Oswalt, Philipp (Hrsg.): *Schrumpfende Städte, Handlungskonzepte*, Band 2, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 786–791

Müller, Michael/Dröge, Franz: *Die ausgestellte Stadt. Zur Differenz von Ort und Raum*, Basel: Birkhäuser (Bauwelt Fundamente, 133), 271 S.

Sauberzweig, Dieter: *Urbanität und Kultur. Erfahrungen beim Deutschen Städtetag und in Berlin*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Edition Umbruch. Texte zur Kulturpolitik, 20), 175 S.

Scheytt, Oliver: *Kommunales Kulturrecht. Kultureinrichtungen, Kulturförderung und Kulturveranstaltungen*, München: C. H. Beck, 300 S.

Schneider, Bernhard: »Stadt – Raum – Bau – Kunst – Recht«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/2005, S. 47–54

Schürmann, Sandra: »Stadtbilder: städtische Repräsentationen«, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte*, Heft 1/2005, S. 5–10

Stefer, Antonia: *Probleme der Zielbestimmung und Konzeption kommunaler Kulturpolitik in Gemeinden Nordrhein-Westfalens*, Marburg/Cölbe: Selbstverlag, 115 S. (zugleich Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg)

Steiner, Barbara: »Komplizenschaft? Zur Rolle der Kunst und Kultur in der zeitgenössischen Stadtplanung«, in: *Arch+*, Heft 173 (2005), S. 78–79

Sulzer, Jürg: »Revitalisierender Städtebau – Kreative Handlungsfelder«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6/2005, S. 379–386

Wagner, Bernd: »Opernhäuser oder Krabbelstuben? Was können und was müssen Kommunen heute leisten?«, in: Krannich, Margret/Zwengel, Ralf (Hrsg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat* (*Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V.*, 2004 (Band 6), Frankfurt am Main/Essen: Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V./Klartext (Schriftenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 17), S. 15–19

Willinger, Stephan: »Leerstand als Möglichkeitsraum. Urbanistische Stratgien zur Revitalisierung in den Innenstädten«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6/2005, S. 397–408

Zimmermann, Olaf u. a.: »Die Chancen, die Risiken – Kultur in deutschen Großstädten 2006. Eine Befragung der Oberbürgermeister durch ›Politik und Kultur‹«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 6/2005, S. 2–25

2.2.2 Einzelne Städte

Finkelmeier, Rolf: »›Kulturhauptstadt 2010‹. Interview mit Oliver Scheytt«, in: *theater pur*, Heft 1/2005, S. 8–9

Fishman, Robert B.: »Nackte Männer, ein kulturbesessener Belgier und der Bilbao-Effekt. Versuch, eine Mittelstadt über den Standortfaktor Kultur aufzuwerten«, in: *Demokratische Gemeinde*, Heft 9/2005, S. 26–27

Fließ, Susanne: »Mannheim setzt auf Popmusik. Eine Stadt positioniert sich als Wiege von Trends und Talenten«, in: *Musikforum*, Heft 1/2005, S. 54–56

Gothe, Ephraim: »Das Kulturforum. Der neue Masterplan des Berliner Senats«, in: *planerin*, Heft 4/2005, S. 42–43

Grossmann, Midou: »Altes und Neues verbinden. Die Oper Frankfurt auf Erfolgskurs«, in: *Oper und Tanz*, Heft 1/2005, S. 13–14

Grünzig, Matthias: »Wünsdorf – Hilft die Kultur gegen den Leerstand?«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/2005, S. 43–46

Hamburgische Bürgerschaft: »Schatten oder Rampenlicht: Wo steht die bildende Kunst im Leitbild der Kulturmetropole? Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der GAL-Fraktion«, *Drucksache* 18/2976 (23.11.2005)«, Hamburg 2005

Hamburgische Bürgerschaft: »Standortoptimierung – 6 Mio. Euro Einsparungen bei Bücherhallen, Beratungsstellen, kulturellen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen ab dem Jahr 2006. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 18/2766 (26.8.2005), Hamburg

Hapke, Yvonne: »Bündnis für Integration. Stadtentwicklung und Integrationspolitik in Stuttgart«, in: *planerin*, Heft 4/2005, S. 28–30

Herzog, Clementine: »Freiburg auf dem Weg zu einem Kulturkonzept«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 68–69

Institut für Kultur- und Medienmanagement (IKM) der Freien Universität Berlin/Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin (Hrsg.): *Vierter Kulturindex Berlin – Stimmungsbarometer der Berliner Kultur. Frühjahrsumfrage*, Berlin: Selbstverlag

Kulturamt der Stadt Münster (Hrsg.): *Unter uns ... führen viele Regie. Geschäftsbericht 2004*, Münster: Selbstverlag, 26 S.

Sächsischer Landtag: »Görlitz – Kulturhauptstadt 2010. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der FDP-Fraktion«, *Drucksache* 4/1152 (10.5.2005), Dresden

Siebenhaar, Klaus: »Im Dreiklang: der Markt, die Kultur und der Geschäftsklima-Index. Zur notwendigen Ein-

heit von Wirtschafts- und Kulturpolitik am Beispiel Berlin«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 46–56

Stadt Dortmund, Eigenbetrieb Kulturbetriebe Dortmund (Hrsg.): *Kultur Dortmund. Geschäftsbericht der Kulturbetriebe 2004*, Dortmund: Selbstverlag, 42 S.

Winterfeld, Klaus/Borges, Petra: »Perspektivenwechsel für die Chemnitzer Kultur. Sächsische Stadt beschloss Kulturentwicklungsplan«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 60–61

2.3 Regionale Kulturpolitik

Gaensheimer, Susanne (Hrsg.): *Perspektiven: Kuratoren. Symposium im Rahmen des Bauvorhabens zum Kulturforum Westfalen*, Ibbenbüren: IVD, 207 S.

Geißler, Theo: »Kulturmetropole Ruhrgebiet. Ein Gespräch mit Oliver Scheytt und Jörg Stüdemann«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 11/2005, S. 7–8

Hadamczik, Dieter: »Leuchtturm Kultur gefährdet kommunale Kulturarbeit im Umland von Frankfurt am Main«, in: *Kultur-Journal*, Heft 3–4/2005, S. 2–5

Knoblich, Tobias J.: »Ballungsraum versus Kulturraum. Hessen und Sachsen im Vergleich«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 13–14

Kriele, Almut: *»Das ist ungeheuer bunt hier«. Die Euregio Maas-Rhein nutzt die Chancen ihrer Vielfalt. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Euregio Maas-Rhein*, Aachen: Shaker, 88 S.

Landtag Rheinland-Pfalz: »Landeszuschüsse für die Kulturarbeit im Rhein-Lahn-Kreis. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der BÜNDNIS 90/GRÜNE-Fraktion«, *Drucksache* 14/3918 (8.3.2005), Mainz

Micheel, Monika: »Regionenbezogene Identifikationsprozesse im Handlungsfeld der Kulturpolitik zur Etablierung staatlicher Regionalisierungen auf der regionalen Handlungsebene«, in: Melzer, Marieluise u. a. (Hrsg.): *Identifikationen: Bedingungen, Prozesse, Effekte und forschungsmethodische Realisierungen in verschiedenen Kontexten. Ein interdisziplinäres Kolloquium*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 20–33

Norbisrath, Gudrun (Hrsg.): *Kultur an der Ruhr. Von A wie Aalto bis Z wie Zollverein*, Essen: Klartext, 188 S.

Nordhoff, Hans-Bernhard: »Eine aparte Mischung aus Großmannssucht und Kleinkrämerei. Hessische Landesregierung will 74 Kommunen zwingen, die Frankfurter Kultur zu finanzieren, um New York Konkurrenz zu machen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 11–13

Popp, Dieter/Trenkle, Perdita/Zundel, Dagmar: »Regionalpark im Rheingau – eine Chance für Landschaft, Weinbau, Kultur und Lebensqualität«, in: *Natur und Landschaft*, Heft 6/2005, S. 266–271

Schneider, Wolfgang: »Ein Zweckverband für die Kultur? Wie in Hessen interkommunale Zusammenarbeit verordnet und das Umland an der Kulturfinanzierung beteiligt werden soll «, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 7/2005, S. 7–12

Wagner, Bernd: »Freiwillig oder Pflicht? Region Frankfurt/RheinMain: Metropolen-Umland-Diskussion«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 6–7

Yeginer, Isabelle: »Regionale Kulturförderung: guter Wille vor Ort, schwierige Übergänge, weniger Geld«, in: *die Gazette Freie Theater*, Heft II/2005, S. 2–5

Zöpel, Christoph: *Weltstadt Ruhr*, Essen: Klartext, 144 S.

2.4 Kulturpolitik der Länder

Carstensen, Peter Harry/Grosse-Brockhoff, Hans-Heinrich/Behrens, Fritz u. a.: »Schwerpunkt: Kulturpolitik in den Ländern«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 5/2005, S. 26–30

Ruge, Kay: »Verwaltungsreformen in den Bundesländern«, in: *Der Landkreis*, Heft 8–9/2005, S. 514–519

»Starkes Band für die Kultur der Kleinen«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 10/2005, S. 27–28

Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): *Kulturforum (2), Der Diskussionsprozess*, Berlin: Selbstverlag (Berlin Planen), 85 S.

Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): *Kulturforum (3), Der Masterplan*, Berlin: Selbstverlag (Berlin Planen), 55 S.

Bruchertseifer, Heike: »Die innere und äußere Leere füllen. Eschweger Kunstwege II – Innenstadtoffensive Hessen 2005«, in: *Junge Kunst*, Heft 65 (2005), S. 44–45

Capune-Kitka, Brigitte: »Offensive für eine neue Kulturpolitik in NRW. Förderung von Kultur in ihrer Vielfalt und Breite. Programmatischer Beitrag der FDP zur Zukunft der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen anlässlich der Landtagswahl in NRW«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 30–31

Carstensen, Peter Harry: »Für eine Kulturpolitik in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Zur Kulturpolitik in Schleswig-Holstein«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 8–9

Deuter, Ulrich/Pfeiffer-Poensgen, Isabel: »›Man sollte sich einmischen in die Wertedebatte‹. Ein Gespräch über Gegenwart und Zukunft der Kulturpolitik in NRW«, in: *K. West*, Heft Juli-August/2005, S. 7–10

Deuter, Ulrich/Wilink, Andreas: »›Wer ein Fundament hat, kann sich in Frage stellen lassen‹. Der Staatssekretär für Kultur in NRW, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, über konservative Kulturpolitik. Ein Interview«, in: *K.West*, Heft 9/2005, S. 4–8

Grosse-Brockhoff, Hans-Heinrich: »Stadt und Land – Hand in Hand. Zur neuen Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Rede anlässlich des 25. Jubiläums des Kultursekretariats Gütersloh am 6. September«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 4–7

Haß, Kirsten: »Regierungskoalition konterkariert Kulturreform und löst erneut Protestwelle aus«, in: *die Gazette Freie Theater*, Heft II/2005, S. 6–9

Kaiser, Klaus: »Für einen kulturellen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen. Programmatischer Beitrag der CDU zur Zukunft der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen anlässlich der Landtagswahl in NRW«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 28–30

Landtag Rheinland-Pfalz: »Bilanz des 10-Punkte-Programms: Multimedia in Rheinland-Pfalz. Antwort der

Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion«, *Drucksache* 14/4356 (26.7. 2005), Mainz

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *So gut. So weit. Kultur in NRW*, Düsseldorf: Selbstverlag, 88 S.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): *Haupt Sache Kunst Kongress der Landesregierung, Dokumentation Kunstkongress der Landesregierung Baden-Württemberg, 2. November*, Stuttgart: Selbstverlag, 86 S.

Rüttgers, Jürgen: »NRW kommt wieder. Eine neue Chance für das Land«, in: *Die Politische Meinung*, Heft 4/ 2005, S. 55–58

Sächsischer Landtag: »Sächsisches Kulturraumgesetz. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der FDP-Fraktion«, *Drucksache* 4/ 3001 (1.11.2005), Dresden

Schmidt, Dietmar N.: »Nach der Wahl und dem Wechsel. Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen zwischen Kirchtumspolitik und Eifersucht«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 11/2005, S. 6–7

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin/Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Hrsg.): *Kulturwirtschaft in Berlin 2005. Entwicklung und Potenziale*, Berlin: Selbstverlag, 119 S.

Sievers, Norbert: »Säulen statt Sumpf. Zurück zum Staat in der Niedersächsischen Kulturförderung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 4–5

Sievers, Norbert: »›Grau ist alle Theorie ..‹. Aussichten auf die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen nach den Wahlen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 10–13

Sievers, Norbert: »Den Worten müssen Taten folgen! Erwartungen an die Landeskulturpolitik NRW. Interview mit dem Vorsitzenden des Kulturrats NRW – Bundesinnenminister a. D. Gerhart Baum«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 8–9

Teucher, Rolf: »Ein gewisses Unbehagen bleibt. Kritische Anmerkungen zur Landeskulturpolitik in Schleswig-Holstein«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/ 2005), S. 9–10

Thüringer Landtag: »Landeskulturkonzept. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der PDS-Fraktion«, *Drucksache* 4/1119 (15.8. 2005), Erfurt

Wanka, Johanna: »Ein Trümmerhaufen sieht anders aus! Eine Entgegnung aus gegebenem Anlass«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 8–9

2.5 Kulturpolitik auf Bundesebene

2.5.1 Allgemein

Deutscher Bundestag: »Zwischenbericht der Enquete-Kommission ›Kultur in Deutschland‹. Kultur als Staatsziel«, *Drucksache* 15/5560 (1.6.2005), Berlin

Deutscher Bundestag: »Gesetz zur Errichtung der Akademie der Künste (AdKG). (*Drucksachen* 15/3350, 15/ 4124, 15/4633)«, *Drucksache* 15/4891 (18.2.2005), Berlin

Deutscher Bundestag: »Situation der Breitenkultur. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der *CDU/CSU*-Fraktion« (*Drucksache* 15/4140), *Drucksache* 15/5910 (14.7.2005), Berlin

Deutscher Bundestag: »Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz in den Jahren 2003 und 2004. Unterrichtung durch die Bundesregierung«, *Drucksache* 15/5952 (10.8.2005), Berlin

Deutscher Bundestag: »Kultur als Staatsziel. Zwischenbericht der Enquete-Kommission ›Kultur in Deutschland‹«, *Drucksache* 15/5560 (1.6.2005), Berlin

Endreß, Alexander: *Die Kulturpolitik des Bundes. Strukturelle Neuorientierung zur Jahrtausendwende?*, Berlin: Duncker & Humblot (Soziologische Schriften, 78), 268 S.

Griefahn, Monika: »Nationale Kulturpolitik auf dem Prüfstand der Globalisierung«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/ 2005, S. 20–23

Griefahn, Monika: »Kunst und Kultur sind nicht nur Länderangelegenheit. Kultur braucht eine stärkere Stimme im Kabinett«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 46–47

Großmann, Ulf: »Kommunale Kulturpolitik braucht den Bund als Partner. Bundeskulturpolitik aus Sicht des Deutschen Städtetags«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 50–51

Heinrich, Bettina: »2010. Deutschland stellt die Kulturhauptstadt Europas«, in: *der städtetag*, Heft 1/2005, S. 5–8

Höppner, Christian/Bockhorst, Hildegard/Kämpf, Andreas u. a.: »Bilanz Kulturpolitik in der 15. Wahlperiode«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 4/2005, S. 12–19

Hoffmann, Hilmar: »Ein Minister für Kultur und Medien. Über notwendige Umstrukturierungen der Bundeskulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 57–58

Nevermann, Knut: »Bilanz und Perspektiven der Bundeskulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 40–45

Sächsischer Landtag: »Fusion der Bundeskulturstiftung mit der Kulturstiftung der Länder. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Linksfraktion/PDS-Fraktion«, *Drucksache* 4/3399 (1.12.2005), Dresden

Schily, Otto/Roelcke, Eckhard: »Kultur ist der Mittelpunkt des Lebens. Bekenntnisse und Mahnungen des Bundesministers des Inneren Otto Schily. Ein Gespräch«, in: *Kultur-Journal*, Heft 2/2005, S. 2–6

Seitz, Norbert: »Beiwerk statt Blickfang. Kulturpolitik zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 9/2005, S. 58–61

Sievers, Norbert: »Kontinuität wahren! Interview mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 4–5

SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): *Kultur- und Medienpolitik des Bundes. Bilanz eines Aufbruchs*, Berlin: SPD-Bundestagsfraktion

Wagner, Bernd: »Kunstgeschmäcker, kulturpolitische Pragmatiker und ›Kulturfunktionäre‹«, Kulturpolitischer Streifzug, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/ 2005), S. 27–29

Wagner, Bernd: »›Gelernter Politiker‹, ›gut geführtes Amt‹ und neue Leitkultur-Debatte. Kulturpolitischer Streifzug«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 19–21

2.5.2 Einzelne Felder

2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung

Gema Nachrichten. Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, München (zweimal im Jahr)

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (*ZUM*), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (monatlich)

UFITA. Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht, Bern: Stämpfli Verlag AG (viermal im Jahr)

Bollacher, Philipp D.: *Internationales Privatrecht. Urheberrecht und Internet. Das auf länderübergreifende Sachverhalte anwendbare Recht*, Frankfurt am Main: Lang (Europäische Hochschulschriften, 4010), 228 S. (zugl.: Tübingen, Univ., jur. Diss. 2004)

Ensthaler, Jürgen/Bosch, Wolfgang/Völker, Stefan (Hrsg.): *Handbuch Urheberrecht und Internet*, Frankfurt am Main: Recht und Wirtschaft (Schriftenreihe Kommunikation & Recht), 500 S.

Fallenböck, Markus/Galla, Franz/Stockinger, Stefan (Hrsg.): *Urheberrecht in der digitalen Wirtschaft*, Wien: MANZ'sche Wien, 300 S.

Geisler, Simon: »Sirup, der einem durch die Finger fließt. Zur Tagung ›Copyright & Art: Aesthetical, Legal, Ontological and Political Issues‹«, in: *Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft*, Heft 2/2005, S. 281–285

Haller, Jochen: *Urheberrechtsschutz in der Musikindustrie. Eine ökonomische Analyse*, Lohmar: Josef Eul Verlag, 375 S., Diss.

Hoeren, Thomas: »Urheberrecht in der Wissensgesellschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 30–31/2005, S. 14–24

Kurpiers, Olaf Rafael: *Die lex origins-Regel im internationalen Sachenrecht – Grenzüberschreitende privatrechtliche Ansprüche auf Herausgabe von abhanden gekommenen und unrechtmäßig ausgeführten Kulturgütern*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, 4236), 243 S.

Marx, Iris: *Möglichkeiten zum Schutz von musikalischen und filmischen Werken vor privaten digitalen Raubkopien nach dem deutschen und US-amerikanischen Urheberrecht*, Berlin: wvb, Wiss. Verlag (Schriften zur Rechtswissenschaft, 59), 170 S.

Melichar, Ferdinand: »Kehrtwende im Urheberrecht. Ein Referentenentwurf für die nächste Gesetzesnovelle stellt die Rechte und Interessen von Urhebern nicht mehr in den Vordergrund«, in: *Musikforum*, Heft 1/2005, S. 58–60

Müller, Harald: »Das ›neue‹ Urheberrecht – eine unendliche Geschichte. Kommerzielle Interessen bedrohen die Informationsfreiheit«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/2005, S. 126–133

Neubert, Christian-Uwe: *Urheberrechtliche Aspekte der Musiknutzung im Online-Zeitalter*, Herzogenrath: Shaker (Bielefelder Schriften zur wirtschaftsrechtlichen Praxis), 162 S.

Obergfell, Inés: »Tanz als Gegenwartskunstform im 21. Jahrhundert. Urheberrechtliche Betrachtungen einer vernachlässigten Werkart«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 8–9/2005, S. 621–626

Oberndörfer, Pascal: *Die philosophischen Grundlagen des Urheberrechts*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Schriftenreihe des Archivs für Urheber- und Medienrecht, 228), 146 S.

Pfennig, Gerhard: *Museum und Urheberrecht im Zeitalter der Digitalisierung. Leitfaden für die Museumspraxis*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 208 S.

Pfennig, Gerhard: »Auf dem Rücken der Künstler. Urheberrechtsreform soll Vergütungen der Künstler beschneiden«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2005, S. 9–12

Schäfer, Oliver: *Das Recht auf private Vervielfältigung von Tonträgern. Modell einer rechtlichen Lösung und ihrer technischen Umsetzung*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, 4165), 196 S.

Schmidt, Manuela Maria: »Die kollektive Verwertung der Online-Musikrechte im Europäischen Binnenmarkt. Anmerkungen zur Studie der Europäischen Kommission über eine Initiative zur grenzüberschreitenden kollektiven Verwertung der Urheberrechte im Musiksektor«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 11/2005, S. 783–788

Viegener, Uta: »Die Eignung des neuen Urheberrechts, Einfluss auf das Wettbewerbsgeschehen im Bereich der Neuen Medien zu entfalten«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 10/2005, S. 702–710

Wandtke, Artur: »Grenzenlose Freiheit der Kunst und Grenzen des Urheberrechts. Oder über Kunst lässt sich trefflich streiten?«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 11/2005, S. 769–775

Zimmermann, Olaf: »Was ist eigentlich das Urheberrecht? Zur Bewertung kreativer Leistungen«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 1/2005, S. 2–3

Zypries, Brigitte: »Kopien brauchen Originale. Urheberrecht in der Wissensgesellschaft «, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 1/2005, S. 1–2

2.5.2.2 Künstlersozialversicherung

Dangel, Caroline/Piorkowsky, Michael-Burkhard/Zimmermann, Olaf: »Soziale Sicherung«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 4/2005, S. 20–21

Deutscher Bundestag: »Stärkung der Künstlersozialversicherung. Antrag der SPD-Fraktion sowie Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN«, *Drucksache* 15/5119 (16.3.2005), Berlin

Deutscher Bundestag: »Finanzierung der Künstlersozialversicherung. Antrag der Fraktion der FDP«, *Drucksache* 15/5476 (11.2.2005), Berlin

Lattmann, Dieter: »Das Füreinander in der sozialen Kunstdemokratie. Dokumentation: Die ungehaltene Rede von Dieter Lattmann zur Künstlersozialversicherung vor der Enquete-Kommission ›Kultur in Deutschland‹ am 22. November 2004«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 1–2/2005, S. 15–16

Michow, Jens: »Die vertragsrechtlichen Besonderheiten der Veranstaltungsbranche«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 32 S., K 4.1 (ersetzt 1999)

Petlusch, Katrin: »Die Künstlersozialkasse (KSK). Nicht länger die ›stille Unbekannte‹«, in: *Chor und Konzert*, Heft 2/2005, S. 29–31

Starzinger, Hans-Dieter/Connemann, Gitta: »Künstlersozialkasse in der Diskussion. ›Sie sehen uns an Ihrer Seite.‹«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/2005, S. 37–41

Victor, Marion/Schmidt, Bernd: »Gesetzliche Erinnerungslücke. Künstlersozialversicherung«, Ein Gespräch, in: *Theater heute*, Heft 1/2005, S. 28–29

2.5.2.3 Steuerrecht und andere rechtliche Regelungen

Beinhorn, Karsten: »Arbeitsrecht kurz und knapp. Was die Urteile für Sie bedeuten und was zu tun ist«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 14 S., H 5.5

Herdlein, Hans: »Überbrückungsgeld? Ich-AG?« (Titelthema), in: *bühnengenossenschaft*, Heft 4/2005, S. 4–5

Kemcke, Tom/Schütz, Robert: »Möglichkeiten der Einwerbung von Drittmitteln. Die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für staatliche Orchester der Einwerbung von privaten Geldern«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2005, S. 14–17

König, Werner: »Segen für die Altersversorgung. Das Alterseinkünftegesetz«, in: *Oper und Tanz*, Heft 2/2005, S. 24–25

Stühm, Thomas: »Ein-Euro-Jobs im Kulturbereich. Die Bedeutung von Hartz IV für Kultureinrichtungen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 20 S., G 4.4

2.5.2.4 Auswärtige Kulturpolitik allgemein

Zeitschrift für Kulturaustausch, Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (vierteljährlich)

Breitsameter, Sabine: »Radio Kopernikus«, Interview von Stefanie Peter, in: *Kulturstiftung des Bundes*, Heft 5/ 2005, S. 16–17

Deutscher Bundestag: »Einrichtungen für deutsche Künstler im Ausland. Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU«, *Drucksache* 15/5626 (31.5.2005), Berlin

Kathe, Steffen R.: *Kulturpolitik um jeden Preis. Die Geschichte des Goethe-Instituts von 1951 bis 1990*, Münster: Meidenbauer, 525 S.

Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 375 S.

Magdowski, Iris Jana: »Auswärtige Kulturpolitik als Ziel oder Mittel? Über die Notwendigkeiten einer Neuorientierung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 59–60

Michels, Eckard: *Von der Deutschen Akademie zum Goethe-Institut. Sprach- und auswärtige Kulturpolitik 1923–1960*, München: Oldenbourg (Studien zur Zeitgeschichte, 70), 266 S.

Paulmann, Johannes (Hrsg.): *Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945*, Köln u. a.: Böhlau Verlag, 314 S.

2.5.2.5 Kulturgüterschutz, Beutekunst, Restitution etc.

Baufeld, Stefan: *Kulturgutbeschlagnahmen in bewaffneten Konflikten, ihre Rückabwicklung und der deutsch-russische Streit um die so genannte Beutekunst*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Schriftenreihe zum Urheber- und Kunstrecht, 1), 352 S.

Baufeld, Stefan: »Beutekunst. Versuch einer neuen juristischen Deutung«, in: *Osteuropa-Recht*, Heft 3/2005, S. 207–220

Dehnel, Regine: »Den geraubten Büchern auf der Spur«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 2/2005, S. 240–241

Deutscher Bundestag: »Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste von Bund und Ländern. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion« (*Drucksache* 15/4905), *Drucksache* 15/5088 (14.3.2005), Berlin

Föhl, Thomas: »Das Thema Raub- und Beutekunst. Eine unendliche Geschichte«, in: *Heimat Thüringen*, Heft 12/2005, S. 26–28

Hamann, Olaf: »Aus dem Schatten der Geschichte herausgeholt? Über die Beschäftigung mit der NS-Zeit und Initiativen der Provenienzforschung zum Schicksal geraubter Bücher in deutschen Bibliotheken. Zwei Tagungsberichte«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 2/2005, S. 79–86

Hartung, Hannes: *Kunstraub in Krieg und Verfolgung. Die Restitution der Beute- und Raubkunst im Kollisions- und Völkerrecht*, Berlin: de Gruyter, 558 S., Diss.

Henry, Marilyn: »Geraubte Schönheit«, in: *Cicero*, Heft 10/2005, S. 100–104

Jenschke, Christof: *Der völkerrechtliche Rückgabeanspruch auf in Kriegszeiten widerrechtlich verbrachte Kulturgüter*, Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum Völkerrecht, 153), 374 S.

Löhr, Hanns Christian: *Das Braune Haus der Kunst. Hitler und der »Sonderauftrag Linz«, Visionen, Verbrechen, Verluste*, Berlin: Akademie Verlag, 424 S.

Odendahl, Kerstin: *Kulturgüterschutz. Entwicklung, Struktur und Dogmatik eines ebenenübergreifenden Normensystems,* Tübingen: Mohr Siebeck, 724 S.

Werner, Margot: »Geraubte Bücher. Die Österreichische Nationalbibliothek stellt sich ihrer NS-Vergangenheit.«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 2/2005, S. 206–219

Winands, Günter: »Dauerhafte Verpflichtung der Kulturverantwortlichen. Die Aufarbeitung des Kunstraubs während des Nationalsozialismus«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 1/2005, S. 10–11

2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung

2.6.1 Allgemein

Claßen, Ludger/Deuter, Ulrich: »›Wir können nicht Unternehmenssteuern senken, aber billigend in Kauf nehmen, dass das Kulturleben abgeschafft wird‹. Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der RAG, Werner Müller«, in: *K.West*, Heft 9/2005, S. 44–47

Heinrichs, Werner: »Public-Private-Partnership oder die Kunst zwei Sieger zu küren!«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kultur-*

management 2003/2004 (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 31–45

Hüsken, Christian Bernd/Mann, Suzanne: »Der Staat als ›Homo Oeconomicus‹? Drei Säulen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs bei Privat Public Partnerships«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft 4/2005, S. 143–152

Loock, Friedrich/Neumann, Dieter u. a.: »Schwerpunkt: Kulturfinanzierung«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 2/2005, S. 6–10

Spehr, Christoph: »Der Förderanzug. Ein Märchen«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2005, S. 21–22

Verein zur Förderung Kultureller und Beruflicher Bildung von Jugendlichen e. V. (Hrsg.): *Die Verwaltungskosten von Nonprofit-Organisationen. Vorschlag für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts*, Berlin: BBJ-Verlag, 46 S.

Wendorf, Alexandra/Maas, Ingo/Kehsler, Astrid (Hrsg.): *Kunstförderung in Deutschland. Das Praxis-Handbuch für bildende Künstler, Kunstförderer und Kunstvermittler*, Bad Honnef: Gesellschaft für Kunstförderung und Sponsoring mbH, 441 S. (inklusive CD-ROM mit Checklisten & Adressen und Online-Zugriff)

Williamson, Graeme: »Die Royal Shakespeare Company. Fundraising im englischen Kulturbetrieb«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 18 S., E 4.6

2.6.2 Öffentliche Kulturförderung und Kulturausgaben

Deutscher Bundestag: »Kulturfinanzierung des Bundes in Berlin. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP (*Drucksache* 15/4208)«, *Drucksache* 15/5278 (14.4.2005), Berlin

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): *Public Private Partnership Projekte. Eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen*, Berlin, 65 S.

Hessischer Landtag: »Kulturförderung. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion«, *Drucksache* 16/3862 (6.7. 2005), Wiesbaden

Hessischer Landtag: »Public Private Partnership in Hessen. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 16/4279 (18.10.2005), Wiesbaden

Kirfel-Rühle, Lisa: »Öffentlich Private Partnerschaften im Kulturbereich: Die Vielfältigkeit der Aufgaben zwingt zu einer differenzierten Betrachtung«, in: *Das Rathaus*, Heft 5/2005, S. 117–118

Knoblich, Tobias J.: »Kulturförderung im Freistaat Sachsen. Förderpolitik auf regionaler Ebene«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 18 S., B 2.2–8

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Kulturförderung im Land Mecklenburg-Vorpommern. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion«, *Drucksache* 4/2027 (29.12. 2005), Schwerin

Landtag Niedersachsen: »Neuordnung der Kulturförderung in der Region Hannover. Antwort der Landesregierung auf die mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Heinen-Kljajic, Hagenah (GRÜNE) (*Drucksache* 15/1953)«, *Plenumsprotokoll* 15/2148 (25.2. 2005), Hannover

Landtag von Baden-Württemberg: »Public Private Partnership (PPP). Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der FDP/DVP-Fraktion«, *Drucksache* 13/3990 (31.1.2005), Stuttgart

Scheytt, Oliver/Trockel, Annika: »Kulturförderung auf der Basis von Richtlinien«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 24 S., E 1.8

Schütz, Dirk: »Kulturförderung im Freistaat Thüringen. Förderinstrumente weiterer Thüringer Ministerien sowie Fördermöglichkeiten durch Kommunen und Gemeinden«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 32 S., B 2.2–7

Tiemann, Katharina: »Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF). Bericht über einen Workshop zum Thema ›NKF und Archive‹ am 6. September im Westfälischen Archivamt«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 63 (2005), S. 57–58

2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen

Maecenata actuell. Das Informationsmedium des Maecenata Instituts für Dritter-Sektor-Forschung, Berlin: Maecenata Institut (vierteljährlich)

Deutsche Stiftungen. Mitteilungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (DS), Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen (dreimal jährlich)

Stiftung & Sponsoring. Das Magazin für Non-Profit-Management und -Marketing, Verl: W&N Stiftung & Sponsoring Verlags GmbH (sechsmal jährlich)

Zeitschrift zum Stiftungswesen, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag (monatlich)

Ahrendt, Carolin: »In der Krise steckt die Chance – Krisenmanagement für Stiftungen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 18 S., E 5.8

AKS – Arbeitskreis Kultursponsoring (Hrsg.): *Kultursponsoring. Zwischen gesellschaftlichem Engagement & Marketingstrategie, Dokumentation des Kongresses am 9. November 2004 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin*, Düsseldorf: Verlagsgruppe Handelsblatt (Handelsblatt Sonderdruck), 46 S.

Brömmling, Ulrich: *Die Kunst des Stiftens. 20 Perspektiven auf Stiftungen in Deutschland*, Berlin: Edition pro arte, 120 S.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Stiftungen im zusammenwachsenden Europa. Bericht über die 60. Jahrestagung vom 12. bis 14. Mai 2004 in Trier*, Berlin: Selbstverlag, 223 S.

Debbas, Susanne: »Kunstforscher. Das Siemens Arts Programm«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2005, S. 38–39

Dorn, Babette: »›Sich spiegeln im Widerschein‹. Innovatives Kultursponsoring und seine Bedeutung für die Corporate Identity der beteiligten Partner«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch*

für Kulturmanagement 2003/2004 (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 79–107

Elfert, Doris: »Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Stiftungen. Stiftungen und wie sie fördern«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 14 S., E 5.7

Jammes, Birgit: »Ziele und Strategien erfolgreicher Sponsoring-Engagements. Das GASAG-Kultursponsoring«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., E 2.14

Kulturkreis der Deutschen Wirtschaft: *Kultursponsoring. Zwischen gesellschaftlichem Engagement & Marketingstrategie. Dokumentation des Kongresses am 9. November 2004 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin*, Düsseldorf: Verlags-Gruppe Handelsblatt, 46 S.

Leschig, Gregor: *Mythos Sponsoring. Kultursponsoring: Finanzierungsinstrument der Zukunft?*, Düsseldorf: ver.di Landesbezirk NRW, 86 S.

Mecking, Christoph: »Steuerrecht für Stiftungen und Stifter. Wie es der Fiskus belohnt, nachhaltig Gutes zu tun«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 34 S., H 7.10 (ersetzt 2000)

Meyer-Bosse, Dirk: *Geld-Geber. Die Bedeutung von Sparkassen für die Kulturförderung in Deutschland*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Studien zur Kulturpolitik, 4), 315 S.

Meyer-Bosse, Dirk: »Geld-Geber. Die Bedeutung von Sparkassen für die Kulturförderung in Deutschland«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 7/2005, S. 25–28

Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.): *Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 23), 332 S.

Pluschke, Ulrike: *Kunstsponsoring. Vertragliche Aspekte*, Berlin: Erich Schmidt Verlag (Recht der Wirtschaft, 4), 327 S.

Raue, Peter: »Bettelhand Kultur. Verlagerung öffentlicher Verantwortung auf Stiftungen und andere Rechtsinstitute«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 4/2005, S. 14–15

Redaktion ›Das Orchester‹: »Stiften gehen! Zur Gründung der Deutschen Orchester-Stiftung«, in: *Das Orchester*, Heft 11/2005, S. 6–7

Sächsischer Landtag: »Private Spenden und Investitionen für Kultur in Sachsen. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der FDP-Fraktion«, *Drucksache* 4/2250 (11.7.2005), Dresden

Sächsischer Landtag: »Kulturstiftung des Freistaates Sachsen (I). Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der FDP-Fraktion«, *Drucksache* 4/2533 (12.9.2005) und *Drucksache* 4/2534 (II), Dresden

Salomon, Dieter u. a.: »Stiftungen in Freiburg. Schwerpunktthema«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 2/2005, S. 4–21

Schulte, Martin: »Die Reform der Landesstiftungsgesetze. Eine Zwischenbilanz«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, Heft 1/2005, S. 9–17

Strachwitz, Rupert Graf/Mercker, Florian (Hrsg.): *Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen*, Berlin: Duncker & Humblot, 1156 S.

Strachwitz, Rupert Graf von: »Hin zur Gemeinschaftsmentalität. Über das Verhältnis von Kultureinrichtungen zu privaten Spendern und Sponsoren. Ulrich Ruhnke im Gespräch mit Rupert Graf Strachwitz«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2005, S. 18–21

Thüringer Landtag: »Stiftung Weimarer Klassik. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der PDS-Fraktion«, *Drucksache* 4/1122 (17.8. 2005), Erfurt

Tommer, Karsten: *Stiften in Deutschland. Die Ergebnisse der Stifter-Studie*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 184 S.

2.7 Kulturmanagement

»Literaturführer: Kulturmanagement«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 34 S., K 3.1

Beck, Reinhilde: »Change Management. Veränderungen professionell und erfolgreich steuern«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., B 3.9

Brezinka, Thomas: *Orchestermanagement. Ein Leitfaden für die Praxis*, Kassel: Bosse, 166 S.

Fischer, Hermann J./Reich, Steven A.: »Steuerrecht und Kultur. Grundzüge der Besteuerung von Trägern und Künstlern sowie der Abzugsfähigkeit von Spenden«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., H 7.1 (ersetzt 2001)

Föhl, Patrick S.: »Erfolgreiches Management von Kooperationen. Motive, Formen, Phasen und Durchführung«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 34 S., D 3.2–2

Gerhold-Knittel, Elke: »Innovatives Ausstellungsmarketing. Erfolgreiche Marketing-Strategien des Württembergischen Landesmuseums Stuttgart«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., D 4.16

Grasedieck, André/Engelke, Rainer: »Die UK-Limited für Kulturschaffende. Alternative zur deutschen GmbH?«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 26 S., C 2.8

Haupt, Stefan/Ullmann, Loy: »Die Veranstaltung von Ausstellungen mit bildender Kunst«, in: *Kultur & Recht, Stuttgart*: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 16 S., K 4.2 (ersetzt 1999)

Hazebrouck, Vera van: »Innovatives Marketing für Orchester – ein Fremdwort?. Gerald Mertens im Gespräch mit Vera van Hazebrouck, Intendantin der Düsseldorfer Symphoniker und der Tonhalle Düsseldorf«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2005, S. 21–24

Horst, Rutger von der: »Vom Datenschutz und der Datensicherheit zur ›Datenschutzkultur‹. Die datenschutzrechtlichen Anforderungen im Kunst- und Kulturbetrieb«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.), 40 S., M 13 (aktualisiert 07/2005)

Kähler, Susanne: »Kultur ohne Altersgrenzen. Was Sie bei kulturellen Veranstaltungen für Senioren beachten sollten«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 14 S., C 2.21

Kaindl, Marianne: »Internet-Trend: Weblogs. Marketing und Öffentlichkeitsarbeit mit Weblogs für Künstler und Kultureinrichtungen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 30 S., K 8.21

Kirn, Annette: »Führungskräfte gesucht. Führungspositionen richtig besetzen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 20 S., G 3.3

Klein, Armin: »Kulturmarketing muss sein – aber welches? Das Kunstwerk – und seine Nachfrager«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 387–392

Kraske, Bernd M.: »Marketing – Problemlösung oder Sackgasse?«, in: *Kultur-Journal*, Heft 2/2005, S. 8–9

Krupp, Caroline: »Integriertes Kulturmerchandising. Detailplanung und Erfolgskontrolle für Shops in Kulturbetrieben«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 22 S., C 3.2–1

Lausberg, Maurice: »Fit im Förderverein. Tipps zur ›Revitalisierung‹ eines stagnierenden Fördervereins«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 24 S., E 4.7

Leimgruber, Peter: »Museumsgastronomie. Erfolgsfaktoren und Konzepte von der Versorgung bis zum Erlebnis«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 22 S., C 2.3–2

Mandel, Birgit: »Audience Development Programme in Großbritannien. Ein Modell zur Förderung kultureller Teilhabe in Deutschland?«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 77–85

Mandel, Birgit: »PR & Werbung: Wirkungskontrolle. Durch Wirkungskontrolle vorhandene Ressourcen effektiver einsetzen«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 18 S., C 1.2–4

Michow, Jens: »Die Künstlersozialabgabe bei der Verwertung künstlerischer Darbietungen. Im Konzert- und Theaterbereich«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 10 S., H 4.1

Müller-Straten, Christian: »Kann man mit PR Geld sparen?«, in: *Museum aktuell*, Heft 112 (2005), S. 33–34

Reimann, Michaela/Rockweiler, Susanne: *Handbuch Kulturmarketing. Strukturierte Planung – Erfolgreiche Umsetzung – Innovationen und Trends aus der Kulturszene*, Frankfurt am Main: TheaterBuchVersand, 293 S.

Schwerdtfeger, Dettloff: »Profilierung und Positionierung von Produkten und Marken im Theater. Methoden und Instrumente zur Entwicklung von Theatermarken«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 24 S., D 1.20

Shaw, Stefan: »Mythen der Unternehmensgründung«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 213–219

Tröndle, Martin: »Kultur – Organisation – Entscheidung. Zur Differenz von Organisation und Kulturorganisation aus systemtheoretischer Perspektive«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 182–209

Vonblon, Artur: »Kultur und Management – ein Spannungsverhältnis?«, in: *Museum aktuell*, Heft 113 (2005), S. 38–39

Winands, Günter: »Keine Angst vor neuen Wegen! Marketing und Fundraising für Kunst und Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 20–21

Wittal-Düerkop, Tanya: »EU-Lobbying für Kultur. Wie Sie sich bei den europäischen Entscheidungsträgern Gehör verschaffen«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 40 S., B 1.1–3

Zembylas, Tasos: »Kulturbetriebslehre – Versuch einer kritischen Selbstbestimmung«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 173–181

2.8 Qualitätsmessung, Evaluation, Nutzerforschung

Duda, Alexandra: »Benchmarking zur Effizienzsteigerung von Theatern und Opernhäusern«, in: *Verwaltung & Management*, Heft 1/2005, S. 40–43

Glogner, Patrick/Rhein, Stefanie: »Neue Wege in der Publikums- und Rezeptionsforschung? Zum Verhältnis der empirischen Medienpublikums- und Kulturpublikumsforschung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 431–439

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, 538 S.

Keuchel, Susanne: »Das Kulturpublikum in seiner gesellschaftlichen Dimension. Ergebnisse empirischer Studien«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 51–65

Keuchel, Susanne: »Den Klassikdialog mit der Jugend intensivieren. Ergebnisse aus dem ›Jugend-KulturBarometer 2004‹«, in: *Das Orchester*, Heft 6/2005, S. 17–21

Reuband, Karl-Heinz: »Moderne Opernregie als Ärgernis? Eine Fallstudie über ästhetische Bedürfnisse von Zuschauern und Paradoxien in der Bewertung ›moderner‹ Inszenierungen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 251–267

Reuband, Karl-Heinz/Mishkis, Angelique: »Unterhaltung versus intellektuelles Erleben. Soziale und kulturelle Differenzierungen innerhalb des Theaterpublikums«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.). *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 235–249

Sieben, Gerda: »Mehr ältere Menschen im Publikum!«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 269–279

Sievers, Norbert: »›publikum.macht.kultur‹ – Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung. Konzeptionelle Anmerkungen zum dritten Kulturpolitischen Bundeskongress«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 24–27

2.9 Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit

Backes, Christoph: »Das Gründerzentrum Kulturwirtschaft Aachen. Gelungener Anlauf des Programms KULTURunternehmen!«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 54–55

Bernhard, Eric M.: *Kunst als Kapitalanlage. Kunstmarktfonds als Verbindung zwischen Kunst- und Kapitalmärkten*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 298 S.

Clement, Michel/Schusser, Oliver (Hrsg.): *Ökonomie der Musikindustrie*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 251 S.

Fesel, Bernd: »Der postmoderne Kunstmarkt. Der europäische Kunstmarkt in Wirtschaftstheorie und Praxis«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 34 S., A 3.8

Gründerzentrum Kulturwirtschaft Aachen (Hrsg.): *Kulturwirtschaft in Aachen. Erstes kulturwirtschaftliches Portrait einer Stadt in Deutschland*, Aachen: Selbstverlag, 97 S.

Kampeter, Steffen: »Kreativität und Wirtschaft zu einem Konzept verbinden. ›Creative Industries‹ als Standortfaktor im digitalen Zeitalter«, in: *Musikforum*, Heft 2/2005, S. 58–59

Klapper, Johannes u. a.: »Schwerpunkt: Arbeitsmarkt«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 3/2005, S. 9–10

Loeffelholz von Colberg, Bernhard Freiherr: »Kultur und Wirtschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 19–20

Sächsischer Landtag: »Kulturwirtschaft in Sachsen. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Linksfraktion.PDS-Fraktion«, *Drucksache* 4/1807 (22.6.2005) und *Drucksache* 4/2181(I), *Drucksache* 4/2182 (II), Dresden

Strack, Jan: *Musikwirtschaft und Internet*, Band 7, Osnabrück: epOs-music (Beiträge zur Medienästhetik der Musik), 126 S.

Unverzagt, Alexander/Koch, Herbert: *Wörterbuch der Musikwirtschaft. 1000 Fachbegriffe aus Musik, Wirtschaft und Recht*, München: Musikmarkt Verlag, 150 S.

Zimmermann, Olaf u. a.: »Schwerpunkt: Arbeitsmarkt Kultur«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 2/2005, S. 3–5

3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden

Kulturnotizen. Kulturforum der Sozialdemokratie, Berlin (unregelmäßig)

Einblicke. Aktuelles aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (vierteljährlich)

Im Gespräch. Kulturpolitische Umschau, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (online als PDF – unregelmäßig)

Politik und Kultur. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH (viermal im Jahr)

»Koalitionsvertrag CDU/CSU, SPD – 11.11.2005«, im Wortlaut, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 63–64

Bsirske, Frank: »Das Utopische zurückerobern. Unsere moralische und kulturelle Legitimation – Notwendige Entwicklung von Perspektiven der Gewerkschaften«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 5/2005, S. 23–24

CDU-NRW: »Grundsatzpapier der CDU-NRW zur Kulturpolitik. Für einen kulturellen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen«, in: *Im Gespräch*, Heft 17 (2005), S. 39–47

Cramer, Ursula: »Bundesdelegiertenversammlung 2002–2005 [BBK]. Strukturdiskussion prägte die Vorstandsarbeit. Berufsfragen standen im Vordergrund«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2005, S. 8–19

Deuter, Ulrich/Wilink, Andreas: »Losungen und Lösungen. Die CDU bestimmt die Kulturpolitik neu«, in: *K. West*, Heft Juli-August/2005, S. 4–6

Deutscher Kulturrat (Hrsg.): »Wahlprüfsteine. Zur Bundestagswahl im September 2005«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 5/2005, S. 5–24

Deutscher Städtetag (Hrsg.): *100 Jahre Deutscher Städtetag. Die Zukunft liegt in den Städten*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, 87), 350 S.

Fuchs, Max/Bleicher-Nagelsmann, Heinrich/Höppner, Christian u. a.: »Jahresbericht des Deutschen Kulturrates e. V. für das Jahr 2004«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 3/2005, S. 11–14

Fuchs, Max/Zimmermann, Olaf: »Kulturpolitik im Kontext denken und gestalten. Bundeskulturpolitik aus Sicht des Deutschen Kulturrates«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 52–54

Goethe-Institut e. V. (Hrsg.): *Jahrbuch 2004/05*, München: Selbstverlag, 174 S.

Grünewald, Robert: *Medienordnung und Bundesstaat. Zur Medienpolitik der CDU in der Konstituierungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969*, Berlin: Vistas, 34 S. (Kurzfass. der Diss. von 2002)

Lammert, Norbert: »Was will die Union in der Kultur?. Ein Gespräch«, in: *Im Gespräch*, Heft 17/2005, S. 29–31

Negt, Oskar: »Alle Lebenszusammenhänge sehen. Es herrscht großer Orientierungsbedarf: Keine Zukunft der Gewerkschaften ohne kulturelles Mandat«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 5/2005, S. 21–23

Redaktion ›Im Gespräch‹: »Berichte aus der Kulturpolitik. Berichtszeitraum Juni bis Mitte Dezember 2004. Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion«, in: *Im Gespräch*, Heft 16/2005, S. 5–28

Redaktion ›Im Gespräch‹: »Berichte aus der Kulturpolitik. Berichtszeitraum 1. Januar bis 15. Juli 2005. Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion«, in: *Im Gespräch*, Heft 17/2005, S. 5–27

Scheytt, Oliver/Sievers, Norbert: »Kompetenzen ordnen – Schwerpunkte definieren. Kulturpolitische Gesellschaft für eine Kulturpolitik des Bundes mit Kontinuität und Augenmaß«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 55–56

Sotrop, Hans Wilhelm: »Cool und effektiv. Bundesdelegiertenversammlung [BBK] in Bonn beschloss neue Satzung und kulturpolitisches Handlungsprogramm«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2005, S. 6–7

SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): *Kultur- und Medienpolitik des Bundes. Bilanz eines Aufbruchs*, Berlin: Selbstverlag, 44 S.

Werneke, Frank: »Schluss mit zaghaften Debatten. Soziales ist Bestandteil der ver.di Kulturpolitik und kein Nebenfeld«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 5/2005, S. 14–15

Zimmermann, Olaf: »Der Bundeskulturwahlkampf hat begonnen. Ein kulturpolitisch spannender Sommer steht bevor«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 6/2005, S. 1–2

4 Europäische und internationale Kulturpolitik

4.1 Allgemein

IKA. Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch und Kulturkalender, Hamburg: Kulturaustausch International e. V. (unregelmäßig)

Kafka. Zeitschrift für Mitteleuropa, Berlin: Goethe-Institut Inter Nationes e. V. (halbjährlich)

»Projekt Europäische Kulturstädte in Deutschland und Ungarn. Budapester Erklärung«, gekürzte Fassung, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 37–38

Beckmann, Christine: »Aktuelle kulturpolitische Diskurse in Europa. Bürgerrecht Kultur – Kulturelle Bildung – Regionalentwicklung – Creative Industries«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 48–49

Bernecker, Roland: »Zur Genese eines Völkerrechtsvertrags«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 5–11

Bodenschatz, Harald: »Genua: Kulturhauptstadt Europas 2004«, in: *Die Alte Stadt*, Heft 1/2005, S. 48–64

Bruchertseifer, Heike: »Europäische Kulturhauptstadt 2005. Cork als Manager eines interkulturellen Diskurses«, in: *Junge Kunst*, Heft 63 (2005), S. 12–13

Brüne, Stefan: »Kohärenz schaffen. Für eine strategische Kultur europäischer Außenbeziehungen«, in: *Kultur-Austausch*, Heft 1/2005, S. 70–71

Bundeszentrale für politische Bildung/Conférence de Berlin pour la Politique Culturelle Européenne ›Une âme pour l' Europe‹ (Hrsg.): *Europa eine Seele geben – A Soul for Europe – Une âme pour l' Europe. Conférence de Berlin pour la Politique Culturelle Européenne 26–27 novembre 2004, Documentation. Extraits de films et de textes de la conférence*, Bonn/Berlin (CD-ROM)

Centner, Heidrun: »Kulturelle Vielfalt oder Freihandel? Weltweite Regulierungs- und Deregulierungsversuche«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 4/2005, S. 44–48

Demandt, Alexander: »Europas Identität. Betrachtungen eines Historikers«, in: *Die Politische Meinung*, Heft 7/2005, S. 35–40

Fikentscher, Rüdiger (Hrsg.): *Kultur in Europa. Einheit und Vielfalt*, Halle: Mitteldeutscher Verlag, 134 S.

Fuchs, Max: »UNESCO, WTO, GATS, EU, puk und mehr«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 2/2005, S. 20–21

Gleibs, Heike Ekea/Schmalfeldt, Tim: »EGKS: Europäische Gemeinschaft für Kreativität und Selbstinitiative«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2005, S. 26–29

Göbel, Oliver/Wiesand, Andreas J.: »Wie entwickeln sich Kulturpolitiken in Europa? Monitoring im Rahmen des Compendiums ›Cultural Policies and Trends in Europe‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 46–47

Grolig, Wilfried: »Die kulturelle Vielfalt in der Europäischen Union«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 16–19

Hassemer, Volker/Schneider, Bernhard: »›Europa eine Seele geben‹. Folgewirkungen der Berliner Konferenz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 16–17

Hoffmann, Hilmar: »Neues Europa – neues Interesse an Kultur?«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 321–327

Junker, Karin/Bodewig, Kurt/Metze-Mangold, Verena: »Schwerpunkt: Europa«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 5/2005, S. 31–34

Junker, Karin/Gessler, Barbara u. a.: »Schwerpunkt: Europa«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 3/2005, S. 17–21

Junker, Karin/Neufeldt, Wilhelm u. a.: »Schwerpunkt: Europa«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 2/2005, S. 16–19

Klaic, Dragan (Hrsg.): *Europe as a Cultural Project. Final Report of the Reflection Group of the European Cultural Foundation (2002–2004)*, Amsterdam: European Cultural Foundation, 74 S.

Kolland, Dorothea: »Kultur gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Über eine Europäische Initiative zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 72–73

Krajeweski, Markus/Bormann, Sarah/Deckwirth, Christina: »Auswirkungen des GATS auf Instrumente der Kulturpolitik und Kulturförderung in Deutschland. Rechtsgutachten«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 56–59

Krippendorf, Ekkehardt: »Thukydides überwinden. Über die Wiedergeburt Europas aus dem Geiste der Kultur«, in: *Lettre International*, Heft 68 (2005), S. 96–101

Lüdtke, Hartwig: »Kulturelle Vielfalt und globale Öffentlichkeit«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 39–43

Mittelstrass, Jürgen: »Europa erfinden. Über die europäische Idee, die europäische Kultur und die Geisteswissenschaften«, in: *Merkur*, Heft 669 (2005), S. 28–37

Muschg, Adolf: »Projekt Europa. Kulturpolitik – normal, und noch nie dagewesen«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 5/2005, S. 1–2

Pechmann, Alexander von: »Giovanni Reale. Kulturelle und geistige Wurzeln Europas«, in: *Widerspruch*, Heft 43 (2005), S. 104–105

Rydzy, Edda: »Nicht in die Tiefe, sondern in die Breite bohren. Welche Anforderungen sollen europäische Kulturhauptstädte künftig erfüllen?«, in: *KulturAustausch*, Heft 3–4/2005, S. 130–131

Schwencke, Olaf: »50 Jahre Kulturkonvention des Europarats – folgenlos?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 14–15

Schwencke, Olaf: »Krise Europas: Krise seiner Intellektuellen. Ein Essay über neue Wege europäischer Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 20–21

Schwencke, Olaf: »Kulturhauptstädte Europas. Die Zukunft der Stadt als europäische Lebensform«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 36–38

Strömer, Reinhard: »Europa = Stadt = Kultur (ungleich) Politik? EUROCULT21 – Bericht zur Kulturpolitik europäischer Städte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 22–23

Trüpel, Helga: »Europäische Kulturpolitik im Spannungsfeld zwischen Washington, Hongkong und Brüssel«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 30–33

Unmüssig, Barbara: »Ein Gegenfeuer. Dürfen die Staaten in Zukunft noch über die eigene Kulturpolitik entscheiden oder werden Subventionen der öffentlichen Hand als Wettbewerbsverzerrung von der WTO behandelt?«, in: *Böll. Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung*, Heft 2/2005, S. 10–11

Vogt, Matthais Theodor/Sokol, Jan/Tomiczek, Eugeniusz (Hrsg.): *Kulturen in Bewegung. Collegium Pontes-Görlitz-Zgorzelec-Zhorelec 2003*, Wroclaw/Görlitz: Oficyna Wydawnicza ATUT, 352 S.

Vogt, Theodor: »Soll die Kunst Europa feiern?«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8–9/2005, S. 11–15

Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Baden-Baden: Nomos, 540 S.

Wulf, Christoph: »Kulturelle Vielfalt und Alterität«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 35–38

4.2 Kulturpolitik der EU

»Weichen gestellt für europäische Kultur-Charta. EU will ›Europa eine Seele geben‹ und bekräftigte dies auf der Berliner-Konferenz: Kultur soll im Einigungsprozess Europas erkannt und genutzt werden«, in: *Musikforum*, Heft 1/2005, S. 60–61

Beckmann, Christine: »Wichtiges Standbein für die kulturelle Vielfalt Europas. Die Strukturfonds der Europäischen Union«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 39–41

Dammeyer, Manfred: »Die Vielfalt der Kulturen in der künftigen Verfassung für Europa«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 25–29

Dietz, Kristina: »Kommerzialisiert, privatisiert, demokratiefrei? EU: (Bildende) Kunst auf dem Markt«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2005, S. 17–20

Ellger, Reinhard: »Kultur im Europäischen Gemeinschaftsrecht«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 68 S., A 1.6

Henner-Fehr, Christian: »ARTWORKS oder die Herausforderung EQUAL«, in: *Erfolgreich Kultur finanzieren*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 2003 ff.), 18 S., B 1.3–2

Jakobi, Ruth: »Kultur 2007: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zum neuen Kulturförderprogramm der EU«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 6/2005, S. 13–14

Klaic, Dragan: »Trocknet den Sumpf der Ignoranz aus. Wie die Europäische Union ihre kulturellen Aufgaben wahrnehmen sollte«, in: *KulturAustausch*, Heft 1/2005, S. 100–102

Quenzel, Gudrun: *Konstruktionen von Europa. Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union*, Bielefeld: transcript Verlag, 326 S.

Wagner, Bernd: »Europa in schlechter Verfassung? Auch die Kulturpolitik muss sich der Herausforderung stellen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 4–5

4.3 Überstaatliche Organisationen

UNESCO heute. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission (vierteljährlich)

Bernecker, Roland: »Kultur im Völkerrecht: Die neue UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 34–35

Breuer, Ascan: »Globalisierungskritik à la UNESCO. Eine Konvention für kulturelle Vielfalt und Vervielfältigung«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2005, S. 74–77

Deutsche UNESCO-Kommission: *Jahresbericht 2004. Kulturelle Vielfalt – universale Werte*, Bonn: Selbstverlag, 80 S.

Dietz, Adolf/Fohrbeck, Sebastian/Raschèr, Andrea F. G. u. a.: »Gats/Unesco«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 4/2005, S. 22–25

Fuchs, Max: »Die Rolle der Deutschen UNESCO-Kommission im Spannungsfeld zwischenstaatlicher Verhandlungen und zivilgesellschaftlicher Interessen«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 29–34

Herdlein, Hans: »UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt. 3. Konsultation der bundesweiten Koalition kulturelle Vielfalt«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 2/2005, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Rechteabfluss durch WTO und GATS«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8–9/2005, S. 4–5

Hüfner, Klaus/Reuther, Wolfgang (Hrsg.): *UNESCO-Handbuch*, Bonn: UNO-Verlag, 480 S.

Loeffelholz, Bernhard Freiherrr von: »Zur Bedeutung der Kultur für die globale Ordnung. Gedanken zu der UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 4/2005, S. 7–8

Merkel, Christine M.: »UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt. Zäher Fortschritt der Verhandlungen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 10–11

Metze-Mangold, Verena: »Kulturelle Vielfalt: zur Karriere einer kulturpolitischen Leitformel. Ein theoretischer Versuch zu einem praktischen Problem«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 24–28

Schorlemer, Sabine von: »Die Harmonisierung von GATS und dem UNESCO-Übereinkommen zur kulturellen Vielfalt als völkerrechtliche Herausforderung«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 49–55

Schorlemer, Sabine von: »Kunst und Freihandel. Der UNESCO-Streit um kulturelle Vielfalt«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 5/2005, S. 619–626

Singer, Otto: »UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt«, in: *Der aktuelle Begriff. Wissenschaftliche Dienste des Bundes* Nr. 91 (2005), S. 2

Weiss, Christina: »Das deutsche Interesse am UNESCO-Übereinkommen zum Schutz kultureller Vielfalt«, in: *UNESCO heute*, Heft 1/2005, S. 12–15

4.4. Kulturpolitik in anderen Ländern

»IG Kultur Österreich. Netzwerk und Interessenvertretung der freien und autonomen Kulturarbeit in Österreich«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 1/2005, S. 8–9

Abel, Kurt: »Die Cera – Motor der belgischen Kunst«, in: *Junge Kunst*, Heft 61 (2005), S. 40–43

Bérardi, Jean-Charles/Effinger, Julia: »Kulturvermittlung in Frankreich«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing, Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 73–83

Berzins, Ivars: *Privatisierung im Kulturbereich. Lettland auf dem Wege vom Staatsapparat zur freien Kulturlandschaft*, Münster: Universitätsverlag, 257 S., Diss.

Biron, Friederike: »›Pippi hat die Nase vorn‹. Interview mit Aris Fioretos über das Zusammenspiel von Kultur und Image – und die Unterschiede zwischen Schweden und Deutschland«, in: *KulturAustausch*, Heft 3–4/2005, S. 68–70

Dorscheid, Sabine: *Staatliche Kunstförderung in den Niederlanden nach 1945. Kulturpolitik versus Kunstautonomie*, Frankfurt am Main: Peter Lang (Studien zur Kulturpolitik, 3), 284 S.

Dorscheid, Sabine: »Kulturpolitik versus Kunstautonomie. Staatliche Kunstförderung in den Niederlanden«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 7/2005, S. 15–18

Gießner, Ulrike: »Ansätze der Kunst- und Kulturvermittlung in Österreich«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing, Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 84–96

Hardinghaus, Matthias: »Moderne Stadtenwicklung. Zur Bedeutung kultureller Leitbilder in der USA«, in: *Die Alte Stadt*, Heft 1/2005, S. 28–47

Harrach, Viola: »Audience Development in England«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 65–72

Held, Thom/Kruse, Christian/Söndermann, Michael/Weckerle, Christoph: *Kreativwirtschaft Zürich. Syntheseberich*t, Zürich: Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich, 26 S.

Hellmund, Saskia: »Kulturmanagement in Frankreich«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 18 S., A 4.6

Houben, Guido: *Kulturpolitik und Ethnizität. Staatliche Kunstförderung im Russland der neunziger Jahre*, Stuttgart: ibidem (Soviet and Post-Soviet Politics and Society, 15), 269 S.

Jeschke, Hans-Peter: »Forschungsgebiet ›Neue Strategien für die Erhaltung, Pflege und Entwicklung des baukulturellen Erbes in der Kulturlandschaft Österreichs‹«, in: *Denkmalschutz*, Heft 1/2005, S. 8–11

Johnson, Chalmers: »Marodeure in Babylon. Über die Zerstörung der historischen Stätten und Altertümer im Irak«, in: *Lettre International*, Heft 70 (2005), S. 30–33

Knapp, Marion: *Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Politik und Demokratie, 4), 398 S.

Koch, Angela: *Kommunale Kulturorganisation in den USA*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Studien zur Kulturpolitik, 2), 329 S.

Koller, Manfred: »Museen und Restauratoren in Österreich«, in: *Museum aktuell*, Heft 113 (2005), S. 58–59

Koslowski, Stefan: »Kulturpolitisches Reizklima in der Schweiz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 24–25

Marsovszky, Magdalena: »Ungarn: Nationalkultur und Ausgrenzung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 14–16

Mühling, Jens: »Helden, Tränen und Tschetschenen. Wie sich der Terrorismus der russischen Kunst bemächtigt«, in: *KulturAustausch*, Heft 1/2005, S. 83–84

Peisch, Sandor: »Mit ungarischer Kreativität zur Kulturhauptstadt 2010«, in: *der städtetag*, Heft 1/2005, S. 11–12

Schwell, Alexandra: *Anarchie ist die Mutter der Ordnung. Alternativkultur und Tradition in Polen*, Münster: Lit (Berliner ethnographische Studien, 7), 141 S.

Sorokina, Elena: »Protestkunst in amerikanischen Galerien«, in: *Junge Kunst*, Heft 61 (2005), S. 35–37

Travner, Dagmar: »Rechte Nicht-Kultur gegen subversive ›Unkultur‹. Vom Nichtvorhandensein einer schwarzblauen Kulturpolitik«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 7 + 8/2005, S. 75–78

Weckerle, Christoph/Söndermann, Michael: *Kreativwirtschaft Zürich. Studie I: Der privatwirtschaftliche Teil des kulturellen Sektors im Kanton Zürich*, Zürich: Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich, 60 S.

5 Kulturpolitische Praxisfelder

5.1 Theater

5.1.1 Allgemein

bühnengenossenschaft. Fachblatt der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, hrsg. v. GBDA, Hamburg (monatlich)

Die Deutsche Bühne. Theatermagazin, Köln: Deutscher Bühnenverein (monatlich)

INTHEGA Kultur-Journal. Informationsdienst für die Theaterarbeit in Städten und Gemeinden, Bensheim: Mykenae Verlag (sechsmal jährlich)

Theater der Zeit. Zeitschrift für Politik und Theater, Berlin: interessengemeinschaft theater der zeit (monatlich)

Theater heute. Die Theaterzeitschrift, Berlin: Friedrich Berlin (monatlich)

Theater heute. Jahrbuch, Berlin: Friedrich Berlin (jährlich)

Theater Rundschau, hrsg. v. Bund der Theatergemeinden e. V., Bundesausgabe, Bonn: Theater Rundschau Verlag (monatlich)

Theatermanagement aktuell. Unabhängiger Informationsdienst für das Management im Kulturbetrieb, Köln (vierteljährlich)

Theaterstatistik, Köln: Deutscher Bühnenverein (jährlich)

»Theaterlandschaft Mosel-Saar-Ruwer« (Schwerpunktthema), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 1/2005, S. 24–40

»Neue Dramatik« (Schwerpunktthema), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 3/2005, S. 16–41

»Was hat sich in 25 Jahren INTHEGA verändert? Diskussion aus Anlass der Jubiläumsveranstaltung ›25 Jahre INTHEGA‹«, in: *INTHEGA Kultur-Journal*, Heft 6/2005, S. 10–15

Baumgarten, Sebastian/Stölzl, Christoph: »Wozu Werte. Über den Wert der Werte, die Krise der westlichen Gesellschaft und die Rolle der Tradition im Theater. Ein Gespräch«, in: *Theater der Zeit*, Heft September/2005, S. 22–26

Brandenburg, Detlef: »Postmoderne bye bye. Autorenumfrage der Deutschen Bühne zur Spielzeit 2004/2005«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 8/2005, S. 22–31

Brandenburg, Detlef u. a.: »Oper als Stadttheater« (Schwerpunktthema), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 4/2005, S. 18–37

Braun, Tom: »Theater muss sein. Theorie und Praxis des Amateurtheaters«, in: *Spiel&Bühne*, Heft 3/2005, S. 31–33

Buddenberg, Jörg: »Bedrückender Kleinbürgermief. Die Ruhrfestspiele erweisen sich als ein Ärgernis der Saison«, in: *Theater der Zeit*, Heft September/2005, S. 50–51

Burmeister, Hans-Peter (Hrsg.): *»Und jedermann erwartet sich ein Fest«. Die Zukunft des deutschen Theaters. 48. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie (Loccumer Protokolle, 08/04), 234 S.

Connemann, Gitta: »Es gibt nur ein Leben gegen den Theatertod. Rede auf dem Genossenschaftstag 2005«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 6–7/2005, S. 20–23

Dermutz, Klaus: *Das Burgtheater 1955–2005. Die Weltbühne im Wandel der Zeiten*, Wien: Paul Zsolnay-Verlag (Edition Burgtheater), 288 S.

Dermutz, Klaus: »Das unheimliche Gefühl für Kontinuität. Das Wiener Burgtheater zwischen 1938 und 1955«, in: *Theater heute*, Heft 8–9/2005, S. 38–55

Deutscher Bühnenverein (Hrsg.): *Theater und Orchester in Deutschland*, Köln: Selbstverlag, 179 S.

Deutsches Theater Berlin (Hrsg.): *Ost-West – ein deutscher Stoff. Plötzliche Erinnerungen an einen Unterschied. Das Deutsche Theater und die Debatte eines wiedervereinigten Landes*, Leipzig: Henschel (Blätter des Deutschen Theaters, 1), 120 S. (CD u. dt. T.: Germania – Stücke)

Fahrmeir, Mattias: *Kunstfreiheit im Theater. Theater zwischen Beschränkung und Förderung durch den Staat*, Hamburg: Kovac, 354 S., Diss.

Fischer-Lichte, Erika/Kolesch, Doris/Warstat, Matthias (Hrsg.): *Metzler Lexikon Theatertheorie*, Stuttgart/Weimar: Verlag J.B. Metzler, 400 S.

Freytag, Holk: »Politik und Theater. Ein Interview«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 8/2005, S. 32–33

Freytag, Holk/Latchinian, Sewan/Paryla, Katja/Schroth, Christoph: »Hier wird weniger gehustet. Ein Gespräch«, in: *Theater der Zeit*, Heft 2/2005, S. 19–23

Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (Hrsg.): *Deutsches Bühnen-Jahrbuch. Das große Adressbuch für Bühne, Film, Funk und Fernsehen, Spielzeit 2005/2006*, Hamburg: Verlag der Bühnenschriften-Vertriebs-Gesellschaft, 1200 S.

Giershausen, Theo u. a.: »Schwerpunkt: Regie im Amateurtheater«, in: *Spiel&*Bühne, Heft 3/2005, S. 5–24

Glesner, Julia: *Theater und Internet. Zum Verhältnis von Kultur und Technologie im Übergang zum 21. Jahrhundert*, Bielefeld: transcript Verlag, 383 S., Diss.

Gromes, Hartwin (Hrsg.): *Theater studieren. Konzepte der Praxisvermittlung in universitären Studiengängen*, Hildesheim: Olms (Medien und Theater, 5), 251 S.

Hadamczik, Dieter: *25 Jahre INTHEGA (1980–2005)*, Bensheim: Mykenae Verlag (Schriftenreihe der INTHEGA, 4), 160 S.

Hadamczik, Dieter: »Publikum in Städten mit Theatergastspielen. Wandertheater für ein anderes Publikum«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 135–141

Hampe, Claudia/Bolwin, Rolf: »Das Theater und sein Publikum«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 127–134

Heine, Matthias: »Napoleon vor Berlin. Der Schauspieler und Regisseur Eric Laufenberg tritt in der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam ein gefleddertes Theatererbe an«, in: *Theater heute*, Heft 1/2005, S. 30–33

Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e. V. (INTHEGA) (Hrsg.): *Jahrbuch der Städte mit Theatergastspielen 2005/06. Deutschland – Österreich – Schweiz, Veranstalter – Theater-Spielpläne – Spielstätten*, Bensheim: Mykenae Verlag, 564 S.

Kemper, Hella: »I did it my way. Tom Stromberg verabschiedet sich nach fünf bewegten Jahren vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg«, in: *Theater der Zeit*, Heft Juni/2005, S. 14–17

Kersting, Jürgen: »Das Drama um das deutsche Theater«, in: *Universitas*, Heft 3/2005, S. 300–302

Khuon, Ulrich: »Sind Sie ein nützliches Mitglied der Gesellschaft? Theaterkunst und Behauptungslust. Festrede«, in: *Theater heute*, Heft 8–9/2005, S. 31–33

Konold, Wulf: »Staatsintendant des Staatstheaters Nürnberg. Rede auf dem Genossenschaftstag 2005«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 6–7/2005, S. 16–19

Kotte, Andreas: *Theaterwissenschaft. Eine Einführung*, Köln/Weimar/Berlin: Böhlau (UTB), 324 S.

Kotte, Andreas (Hrsg.): *Theaterlexikon der Schweiz – Dictionnaire du théâtre en Suisse* (3 Bände), Zürich: Chronos-Verlag, 2168 S.

Kurzenberger, Hajo: »Kollektive Kreativität: Herausforderung des Theaters und der praktischen Theaterwissenschaft«, in: Porombka, Stephan/Schneider, Wolfgang/Wortmann, Volker (Hrsg.): *Jahrbuch Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis*. Band 1: *Kollektive Kreativität*, Tübingen: Francke Verlag, S. 53–69

Lammert, Norbert: »Das unscheinbare Aschenputtel. Laudatio zur Verleihung des Deutschen Tanzpreises 2005«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 4/2005, S. 6–8

Lehmann, Hans-Thies: »Theater denken, Risiken wagen, Formeln nicht glauben. Ein Blick auf die Gegenwart der Dramaturgie und Möglichkeiten der Ausbildung«, in: *Theater der Zeit*, Heft 3/2005, S. 11–13

Lennartz, Knut: »Nicht nur ›Faust‹ und ›Zauberflöte‹. Entdeckungen auf den zweiten Blick. Die Werkstatistik des Deutschen Bühnenvereins für die Spielzeit 2003/2004«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 9/2005, S. 64–65

Mundel, Barbara u. a.: »Theater und Religion« (Schwerpunkt), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2005, S. 18–39

Noack, Bernd: »Zankapfel Gütezeichen. In Meiningen macht die ehrwürdige Tradition Res Bosshart den Aufbruch zu neuen Ufern schwer«, in: *Theater heute*, Heft 5/2005, S. 32–35

Petras, Armin: »Über politisches Theater nach der Wende«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 8/2005, S. 34–36

Rottstegge, Jennifer: »Über die Grenzen geschaut – Die Theaterlandschaft in Frankreich und den Niederlanden«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft September-November/2005, S. 14–15

Ruf, Wolfgang J.: »Die Gesichter des Theaterpublikums. Erinnerungen, Beobachtungen und Überlegungen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 401–409

Siegmund, Gerald: »Jenseits der Posen. Tanz 2005«, in: *Theater heute*, Heft 10/2005, S. 4–13

Sting, Wolfgang: »Differenz zeigen. Chancen interkultureller Theaterarbeit«, in: *Korrespondenzen*. Zeitschrift für Theaterpädagogik, Heft 46 (2005), S. 41–47

Theater der Zeit (Hrsg.): *tanz.de. Zeitgenössischer Tanz in Deutschland – Strukturen im Wandel – eine neue Wissenschaft. Arbeitsbuch*, Berlin: Selbstverlag (Arbeitsbuch, 14), 177 S.

Theatermuseum Düsseldorf (Hrsg.): *Liebe + Tod. Kursbuch Theater NRW*, Essen: Klartext Verlag, 119 S.

5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung

»Brennpunkte: Zur Situation deutscher Theater und Orchester«, in: *Oper & Tanz*, Heft Mai-Juni/2005, S. 6–7

Bolwin, Rolf: »Das Theater zwischen EU Dienstleistungsrichtlinien, Bildungsauftrag und Kulturauftrag«, in: *INTHEGA Kultur-Journal*, Heft 6/2005, S. 6–9

Burckhardt, Barbara: »Lob der Provinz. Die Staatsministerin für Kultur und Medien. Christina Weiss startet ihre Theaterinitiative mit einer Reise durch die neuen Bundesländer«, in: *Theater heute*, Heft 4/2005, S. 1–2

Dammbacher, Wolfgang: »Die großen subventionierten Häuser fahren seit Jahren ein, zumindest teilweise antiquiertes Arbeitsmodell. Gespräch«, in: *TheaterManagement*, Heft Mai-August/2005, S. 1–5

Deutscher Bühnenverein (Hrsg.): *Theaterstatistik 2003/2004*, Köln: Selbstverlag (Theaterstatistik, 39), 207 S.

Glaap, Rainer: »›Know the customer!‹. Der Besucher, das unbekannte Wesen – Kundenbindungssysteme im Theater«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft September-November/2005, S. 6–7

Griesebener, Roland: *Erweiterung des Kunstsponsoring im Theaterwesen um Product Placement*, Wien: FHW GmbH (Schriftenreihe Marketing & Controlling, 26), 131 S.

Hausmann, Andrea: *Theater-Marketing. Grundlagen, Methoden und Praxisbeispiele*, Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft (Forum Marketing & Management, 7), 173 S.

Herdlein, Hans: »Am Abgrund. Bremer Theaterkrise«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 11/2005, S. 4–5

Herdlein, Hans: »An den Grenzen der Ökonomisierung«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 12/2005, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Crashkurs. Titelthema«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 3/2005, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Ende der Fahnenstange. (Theatertarifverträge)«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 10/2005, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Trojanischer Kulturkampf«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 1/2005, S. 6–7

Hippe, Wolfgang: »Hauptsache Beton. Dass die Städtischen Bühnen zum Sanierungsfall geworden sind, liegt auch an ihrer Geschichte. Ein Kommentar«, in: *Stadtrevue*, Heft 6/2005, S. 24–25

Merck, Nikolaus: »Wo Bären brummen und Wölfe heulen. Perspektiven für die Kulturlandschaft Ostdeutschlands«, in: *Theater der Zeit*, Heft 2/2005, S. 12–17

Nordmann, Sebastian: »Sponsoren wollen keine Löcher stopfen. Gerald Mertens im Gespräch mit dem Intendanten der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2005, S. 8–13

Pierwoß, Klaus: »Wie im Westen. Gespräch über das Bremer Theater«, in: *Theater heute*, Heft 12/2005, S. 1–2

Rammert, Peter: »Die aktuelle Situation der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8–9/2005, S. 7–10

Reuter, Stephan: »Mutwillige Sachunkenntnis. In Freiburg wird das Theater zu Tode gespart«, in: *Theater heute*, Heft 7/2005, S. 66–67

Tepe, Christian: »Inferno Kulturpolitik. Ein Porträt des Bremer Theaters«, in: *Oper und Tanz*, Heft 6/2005, S. 8–10

5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik

Fundevogel. Kinder-Medien-Magazin, Baltmannsweiler: Schneider (vierteljährlich)

Grimm & Grips. Jahrbuch für Kinder- und Jugendtheater, Frankfurt am Main: ASSITEJ

Korrespondenzen. Zeitschrift für Theaterpädagogik, Uckerland: Schibri (halbjährlich)

IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater, eine Veröffentlichung der ASSITEJ Deutschland, Berlin: Theater der Zeit (dreimal jährlich, auch als Beilage zu Theater der Zeit)

Böhnisch, Siemke: »Theater im kulturellen Schulrucksack. Grundversorgung mit Gegenwartskunst in Norwegen«, in: *IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater*, Heft 1/2005, S. 4–6

Broich, Josef: *ABC der Theaterpädagogik 3. Systematischer Dokumentationsnachweis der Theatergruppen, Amateurtheatervereine, Freilichtbühnen, Fachverbände, Spielberatungsstellen, Fortbildungsträger*, Köln: Maternus Verlag, 384 S.

Dörger, Dagmar (Hrsg.): *Spiel- und Theaterpädagogik studieren*, Berlin u. a.: Schibri-Verlag, 140 S.

Fangauf, Henning (Hrsg.): *Jugendtheater im Deutschunterricht. Materialien und Stücke*, Wilhelmshaven: Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, ca. 100 S.

Fritsch, Anne u. a.: »Schwerpunkt: Jenseits der heilen Welt. Was darf das Theater Kindern und Jugendlichen zumuten?«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 10/2005, S. 32–47

Fritzsche, Kerstin: »Die eine und die andere Nationalkultur. Kinder- und Jugendtheater in der Türkei«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 62–63

Fritzsche, Kerstin: »Kulturelle Öffnung für die Kleinen. Kinder- und Jugendtheater in der Türkei«, in: *IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater*, Heft 3/2005, S. 9–10

Hübner, Kerstin u. a.: »Schwerpunkt Schule und Theater«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 2/2005, S. 6–27

Jahnke, Manfred: »Starke Geschichten und starke Inszenierungen. Nachträgliche Betrachtungen zu Theater der Welt in Stuttgart«, in: *IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater*, Heft 3/2005, S. 11–13

Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Aktivitäten 2004*, Frankfurt am Main: Selbstverlag, 128 S. (inkl. Pressespiegel 2004 auf CD-ROM)

Kirschner, Jürgen: *Entdeckungen. Schauplätze des Kinder- und Jugendtheaters in Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt am Main: Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Startinformation, 6), ca. 100 S.

Kirschner, Jürgen: »Kinder und Jugendliche als Partner. Wege der deutschen Kinder- und Jugendtheater zu ihrem Publikum«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 349–357

Lengers, Birgit/Fangauf, Henning/Wartemann, Geesche/Gronemeyer, Andrea/Schumacher, Klaus: »›Das Theater war toll, denn ich war da‹. Probleme und Perspektiven des Kindertheaters. Ein Podiumsgespräch«, in: *Theater heute*, Heft 4/2005, S. 26–31

Loewe, Felicitas: »Kinder- und Jugendtheatertage in Russland. Ein Reisebericht«, in: *IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater*, Heft 1/2005, S. 7–8

Peter, Anne: »Tiere sind die besseren Menschen. Das Theater an der Parkaue in Berlin stellt die Vielfalt der Theaterformen für Kinder und Jugendliche unter Naturschutz«, in: *Theater der Zeit*, Heft Dezember/2005, S. 20–22

Schneider, Wolfgang: *Theater für Kinder- und Jugendliche. Beiträge zu Theorie und Praxis*, Hildesheim: Georg Olms Verlag (Medien und Theater. Neue Folge, 6), 361 S.

Schneider, Wolfgang u. a.: »Kampf um die Emanzipation. Die Dokumentation der Debatte um's Grips«, in: *IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater*, Heft 1/2005, S. 15–24

Slevogt, Esther: »Ernst nehmen! Kinder- und Jugendtheatertreff Augenblick mal«, in: *Theater heute*, Heft 6/2005, S. 35–37

Slevogt, Esther: »Es ist noch da. Nach 14 Jahren verliert das Berliner Carrousel-Theater an der Parkaue seinen Intendanten Manuel Schöbel und einen Teil seines Namens«, in: *Theater heute*, Heft 7/2005, S. 70–71

Spieß, Katja: »Fremde Welten. Über das 14. Internationale Figurentheaterfestival in Erlangen«, in: *double. Magazin für Puppen-, Figuren- und Objekttheater*, Heft 3/2005, S. 23–26

Taube, Gerd: »Aufenthalte. Anmerkungen zum Deutschen Kindertheaterpreis 2004 und zum Deutschen Jugendtheaterpreis 2004«, in: *IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater*, Heft 1/2005, S. 12–14

Wiese, Hans-Joachim: *Bausteine zu einer Theorie der theatralen Erfahrung. Gegenwärtigkeit, Oberfläche und Exterritorialität*, Berlin: Schibri (Lingener Beiträge zur Theaterpädagogik, 2), 320 S., Diss.

Wuschek, Kay: »Neue Name – neues Glück. Über das Kinder- und Jugendtheater ›Theater an der Parkaue‹«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 12/2005, S. 16–18

5.1.4 Freies Theater

die Gazette. Freie Theater, Hannover: Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e. V. (zweimonatlich)

Bloch, Natalie: »Probebohrungen auf Neuland. Forum Freies Theater Düsseldorf «, in: *Theater heute*, Heft 10/2005, S. 28–31

Jenisch, Jakob: *Handbuch Amateurtheater*, Berlin: Henschel Verlag, 160 S.

Mechtel, Hartmut: »Das Theater leben. Von der Berliner Gruppe Zinnober zum Theater o.N.«, in: *double. Magazin für Puppen-, Figuren- und Objekttheater*, Heft 3/2005, S. 11–13

Müller, Tobi: »Futterneid an der teuren Tafel. Freie Szene: Theaterhaus Gessnerallee hat einen neuen Direktor«, in: *Theater heute*, Heft 7/2005, S. 14–19

Tiedemann, Katrin/Dörre, Klaus/Schulz, Wilfried: »›Man ist im freien Theater anders verantwortlich!‹ Zum Monat des freien Festivals«, in: *Theater heute*, Heft 11/2005, S. 1–2

Voß, Karl: *Freilichttheater – Theater unter freiem Himmel. Freilichtbühnen und sommerliche Festspiele in Deutschland und im benachbarten Europa*, Münster: Dialogverlag, 267 S.

Yeginer, Isabelle: »Das Fach Fantasie – Freies Theater lehren«, in: *die Gazette*, Heft V/2005, S. 2–5

5.2 Musik

5.2.1 Allgemein

Chor und Konzert. Informationen des Verbandes Deutscher KonzertChöre, Viersen: Verband Deutscher KonzertChöre (viermal im Jahr)

Das Opernglas, Hamburg: Opernglas Verlagsgesellschaft mbH (elfmal im Jahr)

Das Orchester. Zeitschrift für Orchesterkultur und Rundfunk-Chorwesen, Mainz: Schott Musik International (elfmal jährlich)

Der Musikmarkt, Starnberg: Josef Keller GmbH & Co Verlags-KG (wöchentlich)

Lied und Chor. Zeitschrift für das Chorwesen, Köln: Deutscher Sängerbund (monatlich)

Musik & Ästhetik, Stuttgart: Klett-Cotta (viermal jährlich)

Musikforum. Mainz u. a.: Deutscher Musikrat/Schott Verlag (vierteljährlich)

Neue Zeitschrift für Musik, Mainz: Schott (sechsmal im Jahr)

nmz. Neue Musikzeitung, Regensburg: ConBrio Verlagsges. mbH (zehnmal im Jahr)

Oper und Tanz. Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz, Regensburg: ConBrio-Verlagsgesellschaft (zweimonatlich)

»Braucht die neue Musik den Kammermusiksaal? Neue Räume für zeitgenössische Musik – fünf Fragen an zehn Komponisten«, in: *Bauwelt*, Heft 8/2005, S. 20–27

Bayerischer Landtag: »Rock- und Popmusik in Bayern. Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten der CSU-Fraktion«, *Drucksache* 15/3426 (24.5.2005), München

Blankenburg, Elke Mascha: »Dirigentinnen gestern und heute. Der vernachlässigte Anteil im Musikbetrieb«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2005, S. 15–19

Bolwin, Rolf/Mertens, Gerald/Brandenburg, Detlef: »Unter Einigungsdruck. Interview zum Tarifvertrag für Kulturorchester«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 10/2005, S. 48–51

Büsser, Martin: »Die Zukunft der Popmusik. Der Markt der populären Musik gehört längst den Nischen«, in: *Musikforum*, Heft 2/2005, S. 44–45

Craubner, Helga Maria: »Kommunale Musikförderung in der Schweiz und in Deutschland. Organisation, Kriterien und Transparenz bei Subventionsvergaben«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 139–157

Feist, Thomas: *Musik als Kulturfaktor. Beobachtungen zur Theorie und Empirie christlicher Popularmusik*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Friedensauer Schriftenreihe. Reihe C: Musik – Kirche – Kultur, 8), 292 S.

Hamann, Thomas Klaus: *Cultural Dynamics – zur langfristigen Existenzsicherung von Kulturorchestern in Deutschland und der Schweiz*, St. Gallen: Universität, 504 S. (Diss.)

Hamann, Thomas Klaus: »Die Zukunft der Klassik. Ohne proaktive Maßnahmen im Verbund von Bildungspolitik, Kulturpolitik und Kulturträgern wird die Nachfrage nach Live-Aufführungen klassischer Musik in den nächsten dreißig Jahren um circa 36 Prozent zurückgehen«, in: *Das Orchester*, Heft 9/2005, S. 10–19

Hefekäuser, Hans-Willi: »Chorgesang in Deutschland heute. Ein streiflichtartiger Überblick«, in: *Chor und Konzert*, Heft 3/2005, S. 6–10

Hufner, Martin: »Vernichtung eines Genres. Operette unterm Hakenkreuz – eine Tagung in Dresden«, in: *Oper und Tanz*, Heft 3/2005, S. 8–10

Jugendkulturnetz MV: *Fachtagung ›music is my first love‹, Bad Sülze, 18./19. November 2004. Dokumentation*, Rostock: Selbstverlag, 38 S.

Kager, Reinhard: »Die Chancen des Umbruchs. Über Donaueschingen, das Jazzkonzept des SWR und die Situation des avancierten Jazz im allgemeinen. Ein Gespräch«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 5/2005, S. 50–51

Kassing, Christoph: »Das Musicaltheater als kultureller und ökonomischer Standortfaktor. Das Beispiel der Musicaltheater Stuttgart«, in: Heinrichs, Werner/ Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 57–78

Kaufmann, Michael: »Reihenweise Glücksgefühle in Essen? Der Versuch, Menschen in Essen und der Region für ein neues Konzerthaus zu begeistern«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 411–417

Krippendorff, Ekkehart u. a.: »Musik und Gesellschaft. Schwerpunktthema«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 11/2005, S. 3–46

Laages, Michael u. a.: »Schwerpunkt: Operette? Aber natürlich Operette heute. Modell ironischer Kunst«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 9/2005, S. 34–63

Laugwitz, Burkhard: »Das musikalische Gedächtnis der Nation. Das Deutsche Musikarchiv in Berlin«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2005, S. 26–29

Lesle, Lutz: »Musikleben auf der Wohlstandswelle. Dänische Orchester profitieren von neuen Musikhäusern und Konzertsälen«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2005, S. 25–31

Lütge, Christoph/Meyer, Thorsten L. (Hrsg.): *Musik – Technik – Philosophie. Fragen und Antworten*, Freiburg: Karl Alber, 200 S.

Maurer Zenck, Claudia (Hrsg.): *Musiktheater in Hamburg um 1800*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Hamburger Jahrbuch für Musikwissenschaft, 22), 244 S.

Pollmann, Ulrich: »Handelsware Musik. Die privatwirtschaftliche Organisation von Konzerten hat eine lange Tradition«, in: *Das Orchester*, Heft 11/2005, S. 8–14

Reinighaus, Frieder: »Die Oper ist uns lieb und teuer. Ein Kongress über die Kosten der Oper«, in: *Oper und Tanz*, Heft 6/2005, S. 11–12

Reuband, Karl-Heinz: »Sterben die Opernbesucher aus? Eine Untersuchung zur sozialen Zusammensetzung des Opernpublikums im Zeitvergleich«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 123–138

Russ, Michael/Weber, Gisela: »Veränderungen beim Kulturpublikum und der Einfluss auf die Konzertbranche«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 217–223

Scharenberg, Albert: »Musik und Metropole. Die kreative Klasse und die Politik der Ermöglichung«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10/2005, S. 1257–1265

Scharenberg, Albert/Bader, Ingo (Hrsg.): *Der Sound der Stadt. Musikindustrie und Subkultur in Berlin*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 203 S.

Schmidt, Michael: »Noch eine Zukunft für die klassische Musik? Von der Verführung zur Freiheit zum Hörerschwund«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 4/2005, S. 47–50

Schneider, Frank: »Neue Musik, Staat und Management«, in: *Musikforum*, Heft 1/2005, S. 8–12

Schütz, Robert/Rossa, Jan-Marcus: »Heilsbringer GmbH? Die privatisierende Umstrukturierung von Orchestern und Musiktheatern in GmbHs«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2005, S. 13–20

Schulmeistrat, Stephan: »Die Bedeutung des Laienmusizierens«, in: *Musikforum*, Heft 2/2005, S. 11–12

Schultze-Florey, Andreas: »Das Ziel vor Augen. Orchesterpraktikum zwischen Anspruch und Realität. Ergebnisse einer systematischen Umfrage zur Handhabung in deutschen Orchestern«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2005, S. 8–20

Schulz, Reinhard: »Neue Musik in ... München«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2005, S. 12–13

Starzinger, Hans-Dieter: »Chorlandschaft Deutschlands im Wandel«, in: *Chor und Konzert*, Heft 2/2005, S. 6–8

Steinfeld, Thomas: »Die Kunst der verlorenen Zeit. Zur Lage der klassischen Musik«, in: *Merkur*, Heft 6/2005, S. 457–476

Szwarcman, Dorota: »Im Tutti anspielen gegen die Auszehrung. Polens Orchester in der neuen Epoche – Viele Musiker, geringes Gehalt, wenig Zuhörer«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 1–2/2005, S. 54–56

Vogt, Sabine: *Clubräume – Freiräume. Musikalische Lebensentwürfe in den Jugendkulturen Berlins*, Kassel: Bärenreiter Verlag (Musiksoziologie, 14), 343 S.

Welke, Jan Ulrich (Hrsg.): *Play it again. 50 Jahre Popmusik in der Region Stuttgart*, Ubstadt-Weiher: verlag regionalkultur, 144 S.

Zimmermann, Udo: »Die Zukunft der Oper – die Zukunft für Tradition«, in: *Sinn und Form*, Heft 4/2005, S. 571–575

5.2.2 Musikpädagogik

Diskussion Musikpädagogik. Wissenschaftliche Vierteljahresschrift für Musikpädagogik, Oldershausen: W. D. Lugert-Verlag (viermal im Jahr)

Musik und Bildung. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Musikerziehung, Mainz u. a.: Schott (viermal jährlich)

Musik und Unterricht. Zeitschrift für Musikpädagogik, Seelze: Friedrich (fünfmal jährlich)

Abel-Struth, Sigrid: *Grundriss der Musikpädagogik*, Mainz: Schott, 702 S. (2., erg. Aufl.)

Clausen, Bernd: »Hier und anderswo. Musikunterricht mit und über andere Kulturen«, in: *Musik und Bildung*, Heft 3/2005, S. 6–9

Dantrimont, Nicole: »... Ich höre dich ... lausche deiner Stimme ... Frühmusikalische Bildungskonzepte«, in: *Das Orchester*, Heft 9/2005, S. 20–25

Deutscher Musikrat: »Was ist guter Musikunterricht? Sieben Thesen des Deutschen Musikrates zur ›Musik in der Schule‹«, in: *Musikforum*, Heft 3/2005, S. 53–55

Hauff, Andreas: »Konzertpädagogik auf neuen Wegen. Bernhard Königs ›Wassertropfensinfonie‹ und ein Kulturpolitisches Forum beim Rheinischen Musikfest in Bonn«, in: *Musik und Bildung*, Heft 3/2005, S. 79–80

Helms, Siegmund/Schneider, Reinhard/Weber, Rudolf: *Lexikon der Musikpädagogik*, Kassel: Bosse, 295 S.

Jenne, Michael: »Aller guten Dinge sind leider nur drei. Musikgymnasien in Weimar, Dresden und Berlin«, in: *Das Orchester*, Heft 7–8/2005, S. 8–17

Rabbow, Thomas: »Deutscher Musikwettbewerb: 30 Jahre Nachwuchsförderung«, in: *Musikforum*, Heft 4/2005, S. 39–41

Röbcke, Peter: »Musikschule als Teil des Bildungswesens. Interview von Hans Bäßler«, in: *Musikforum*, Heft 2/2005, S. 30–33

Schubert, Isabel/Bendzuck, Gerlinde: »Ungenutzte Synergieeffekte. Musikvermittler und Konzertpädagogen: Gut vernetzte Szene oder Einzelkämpfertum?«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2005, S. 8–14

Sulz, Josef (Hrsg.): *Musikpädagogik nachgefragt. Ideologie und Identität in Europa, Festschrift*, Anif/Salzburg: Mueller-Speiser (Innsbrucker Hochschulschriften: Serie A, Musikpädagogik, 4), 256 S.

5.2.3 Musikschulen und Musikhochschulen

Braun, Andrea: »Bogenvibrato unbekannt? Werden den Musikstudenten an deutschen Hochschulen ausreichende Kenntnisse in historischer Aufführungspraxis vermittelt?«, in: *Das Orchester*, Heft 7–8/2005, S. 18–24

Hessischer Landtag: »Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und dem Verband deutscher Musikschulen, Landesverband Hessen e. V. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 16/4280 (15.7.2005), Wiesbaden

Kullmann, Friedrich: »Sprachlos auf entgrenzten Märkten. Musikschule: Kapitalistischer Dienstleistungsbetrieb oder Kulturauftrag einer öffentlich-rechtlichen Institution«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 3/2005, S. 13–14

Landtag Niedersachsen: »Musikschulen in Not. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion«, *Plenumsprotokoll* 15/1975 (1.6.2005), Hannover

Landtag von Baden-Württemberg: »Fördermittel für musische Ausbildung im außerschulischen Bereich. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 13/4576 (28.7.2005), Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg: »Städtische Musikschule als GmbH einer Musikhochschule. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 13/4589 (4.8.2005), Stuttgart

Mascher, Ekkehard/Vogels, Raimund: »Hinterm Horizont geht's weiter. Beispiele für die Vermittlungsarbeit des Weltmusikzentrums der Hochschule für Musik und Theater Hannover«, in: *Musik und Bildung*, Heft 2/2005, S. 32–48

Mehlig, Rainer/Wanner, Claudia: »Die Entwicklung der Musikschulen in Deutschland«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 151–158

Porsch, Ronny: »Die Melodie der Märkte. Neue berufsbezogene Ausbildungsangebote an der Musikhochschule Frankfurt/Main«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2005, S. 6–12

Tröndle, Martin: »Create yourself – create your market!«, in: *Musikforum*, Heft 3/2005, S. 46–49

Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen (Hrsg.): *Dokumentation Kooperationspartner Musikschule und allgemein bildende Schule. Praxisbeispiele*, Weilheim: erb. Bayer. Sing- und Musikschule, 59 S.

Verband Deutscher Musikschulen (Hrsg.): *Arbeitshilfe und Materialsammlung zur Kooperation von Musikschule und Ganztagsschule*, Bonn: VdM, 128 S. (3., bearb. und erw. Aufl.)

5.3 Bildende Kunst

5.3.1 Allgemein

art. Das Kunstmagazin, Hamburg: Gruner + Jahr (monatlich)

Informationsdienst KUNST. Der Branchenbrief für die Kunstszene, Regensburg: Lindinger + Schmid (vierzehntäglich)

Kritische Berichte. Zeitschrift für Kunst und Kulturwissenschaften, hrsg. vom Ulmer Verein – Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften, Marburg: Jonas Verlag (vierteljährlich)

kultur politik. Vierteljahreszeitschrift für Kunst und Kultur – Bundesmitteilungsblatt des BBK, Bonn: Kulturwerk des BBK e. V. (viermal im Jahr)

Kunstchronik. Monatsschrift für Kunstwissenschaft, Museumswesen und Denkmalpflege, hrsg. v. Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München. Mitteilungsblatt des Verbandes deutscher Kunsthistoriker e. V., Nürnberg: Hans Carl (elfmal im Jahr)

Kunstforum international. Die aktuelle Zeitschrift für alle Bereiche der Bildenden Kunst, Ruppichteroth: Kunstforum (vierteljährlich)

Kunstzeitung, Regensburg: Lindinger + Schmid (monatlich)

Texte zur Kunst, Berlin: Texte zur Kunst GmbH (vierteljährlich)

»Institutionskritik« (Schwerpunktthema), in: *Texte zur Kunst*, Heft 59/2005, S. 40–137

Bauer, Stéphane/Kunstraum Kreuzberg-Bethanien (Hrsg.): *Bild – Macht – Rezeption. Kunst im Regelwerk der Medien*, Berlin: ID Verlag, 128 S. (inklusive Mini-CD)

Below, Irene/Bismarck, Beatrice von (Hrsg.): *Globalisierung/Hierarchisierung. Kulturelle Dominanzen in Kunst und Kunstgeschichte*, Marburg: Jonas Verlag (Schriftenreihe des Ulmer Vereins e. V. – Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften, 1), 155 S.

Bertram, Georg W.: *Kunst. Eine philosophische Einführung*, Stuttgart: Reclam, 312 S.

Burmeister, Hans-Peter (Hrsg.): *Autonomie und Intervention. Kunst im sozialen Kontext. 49. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Loccumer Protokolle, 06/05), 252 S.

Deutsches Studentenwerk/Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus 2005. 17. Bundeswettbewerb*, Bonn, 209 S.

Gesprächskreis Kultur und Politik des Forums Ostdeutschland der Sozialdemokratie e. V. (Hrsg.): *Zwischen Überlebenskunst und künstlerischem Erfolg. Zur Lage der Bildenden Kunst (nicht nur) in Ostdeutschland, Dokumentation der 4. Kulturwerkstatt Ost, 11. März 2005 Willy-Brandt-Haus, Berlin*, Berlin: Selbstverlag, 64 S.

Haerdter, Michael: *amphibische zonen. Künstler, Künste und Kulturen, Schriften und Vorträge*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentationen, 64), 302 S.

Heßler, Martina: »Bilder zwischen Kunst und Wissenschaft. Neue Herausforderungen für die Forschung«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 2/2005, S. 266–292

Hoffmann-Curtius, Kathrin: »Zeitgenossenschaft als Herausforderung. Festvortrag zum 28. Deutschen Kunsthistorikertag, Bonn, 16.3.2005«, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2005, S. 70–82

Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste (IGBK)/Christin, Renate (Hrsg.): *Orte künstlerischer Arbeit. Kunst in neuen Kontexten*, Berlin: Selbstverlag, 84 S.

Kaiser, Paul: »Raus aus den Depot!«, in: *Cicero*, Heft März/2005, S. 68–75

Klot, Kristina von: »Im Dienst der Zeitgenossen. Europaweit einzigartig: In Deutschland gibt es 300 Kunstvereine, für die sich 120 000 Mitglieder finanziell und tatkräftig engagieren«, in: *mobil. Das Magazin der Bahn*, Heft 1/2005, S. 81–82

Knieß, Anne Katharina: »dieakademiederakademie. Mit ›Kunst lehren und lernen‹ startet das Siemens Arts Program seine europäische ›Akademie-Reihe‹«, in: *Junge Kunst*, Heft 63 (2005), S. 23–27

Kolland, Dorothea: »›Autonomie und Intervention‹. Loccumer Kolloquium zu Kunst im sozialen Kontext«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 61–62

Mecklenburg, Christina zu: »@proximus. Bonner Initiative verbindet Kunstwelten«, in: *Junge Kunst*, Heft 61 (2005), S. 18–21

Meister, Helga: »Ideale Klimaverhältnisse. Vom Gedeihen der Kunst: Galerien in Düsseldorf«, in: *K.West*, Heft 10/2005, S. 20–25

Nigg, Jennifer: *Kunstorte. Kultursoziologische Überlegungen zu einer Kartographie des Kunstgeschehens*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Europäische Hochschulschriften: Reihe 22, Soziologie, 404), 361 S.

Raff, Thomas: »Die Sprache der Materialien. Überlegungen zur Materialsemantik in der älteren und neuen Kunst«, in: *Kultus und Unterricht*, Heft 292 (2005), S. 42–45

Schütz, Sabine: »Je jünger je lieber. Alternativen zum Kölner Messebetrieb«, in: *Junge Kunst*, Heft 61 (2005), S. 22–27

Schütz, Sabine: »So Contemporary! Die 51. Biennale von Venedig 2005«, in: *Junge Kunst*, Heft 64 (2005), S. 22–25

Seibt, Gustav: *Canaletto im Bahnhofsviertel. Kulturkritik und Gegenwartsbewusstsein*, Springe: Zu-Klampen-Verlag, 208 S.

Sieber, Michael/Oesterreich, Volker: »Hauptsache Kunst. Als Kunstsekretär in Baden-Württemberg«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 12/2005, S. 36–37

Stiftung Kunstfonds (Hrsg.): *Stabile Seitenlage. Von der Komplexität bildender Kunst. Eine Ausstellung der Stiftung Kunstfonds*, Frankfurt am Main: Revolver. Archiv für aktuelle Kunst, 135 S.

Völckers, Hortensia: »Was macht Kunst?«, in: *Kulturstiftung des Bundes*, Heft 6/2005, S. 6–7

Zuckermann, Moshe: »Emanzipation und Autonomie der Künste. Gewerkschaften im Konflikt zwischen Kunst, dem Kunstbegriff, dem historischen Auftrag und der Kulturindustrie«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 5/2005, S. 13–14

5.3.2 Kunstpädagogik, Kunstschulen, Kunsthochschulen

Kunst + Unterricht. Zeitschrift für Kunstpädagogik, Seelze: Friedrich (zehn Einzelhefte, Jahresheft, Sonderheft)

Dreyer, Andrea: *Kunstpädagogische Professionalität und Kunstdidaktik. Eine qualitativ-empirische Studie im kunstpädagogischen Kontext*, München: Kopaed (Kontext Kunstpädagogik, 2), 300 S.

Kamp, Peter: »Haus mit vielen Fenstern. Zum Nutzungsprofil in 35 Jahren Jugendkunstschule«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 159–170

Kirschenmann, Johannes/Stark, Johanna: *Handeln und Gestalten im öffentlichen Raum. Projekte aus dem Kunstunterricht*, Donauwörth: Auer, 220 S.

KLEX Kunstschule Oldenburg (Hrsg.): *Kunst und Wirtschaft. Schlüsselkompetenz ›Kreatives Querdenken‹ – die Herausforderung für Kunstschulen!, Eine deutsch-niederländische Sichtung*, Oldenburg: Selbstverlag, 44 S.

Nobis, Beatrix: »Im Kollektiv der Einzelgänger. Über das Selbstverständnis von Lehrenden und Studierenden an deutschen Kunstakademien«, in: Porombka, Stephan/Schneider, Wolfgang/Wortmann, Volker (Hrsg.): *Jahrbuch Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis*, Band 1: *Kollektive Kreativität*, Tübingen: Francke Verlag, S. 87–100

Peez, Georg: *Einführung in die Kunstpädagogik*, Stuttgart: Kohlhammer (Grundriss der Pädagogik, 16), 178 S.

Vorkoeper, Ute: *Hybride Dialoge – Kunstausbildung in der Medienkultur: Rückschau auf die Modellversuche zur künstlerischen Ausbildung an Hochschulen im BLK-Programm »Kulturelle Bildung im Medienzeitalter«*, Bonn: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, 125), 98 S.

5.4 Museen und Ausstellungen

5.4.1 Allgemein

Mitteilungen. Journal des Hessischen Museumsverbandes, Kassel: Hessischer Museumsverband e. V. (halbjährlich)

Mitteilungsblatt Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e. V., Hannover: Museumsverband für Niedersachsen und Bremen (halbjährlich)

Museen im Rheinland. Informationen für die rheinischen Museen, Brauweiler: Landschaftsverband Rheinland (vierteljährlich)

Museum Aktuell. Die monatliche Zeitschrift für Museumspraxis und Museologie im deutschsprachigen Raum, München: Dr. Christian Müller-Straten (monatlich)

Museumskunde. Herausgegeben vom Deutschen Museumsbund, Berlin: G + H Verlag (zweimal jährlich)

»Standards für Museen/Staatshaftung« (Schwerpunktthema), in: *Museumskunde*, Heft 1/2005, S. 26–114

Buchmann, Sabeth/Krümmel, Clemens/Leeb, Susanne: »Flick Watch. Drei Statements zur Schließung der ›Flick Collection‹«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 57 (2005), S. 132–140

Bügel, Christian/Mehrens, Jennifer: »Museumsshops als Mittel des modernen Museumsmarketing«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 3/2005, S. 21–23

Dehlinger, Jörg: »Internetauftritte von Freilichtmuseen für ländliche Kultur. Ausgewählte Ergebnisse einer vergleichenden Studie im deutschsprachigen Raum«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 233–253

Deutscher Bundestag: »Zukunft des Hauses der Kulturen. Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU«, *Drucksache* 15/5627 (31.5.2005), Berlin

Deutscher Museumsbund e. V./Deutscher Sparkassen- und Giroverband: *Das MuseumsMagazin. Menschen – Schatzkammer – Geschichten*, Stuttgart: Deutscher Sparkassen Verlag 2005, 48 S.

Eissenhauer, Michael: »Strukturkrise als Chance zur kritischen Revision. Ein Grundsatzreferat zur Zukunft der Museen«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2005, S. 21–25

emb: »Museen neu denken! Tragfähige Ansätze & perspektivische Konzepte. Tagungsbericht zur gleichnamigen Tagung vom 15.–17.11.2004 in Brauweiler«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2005, S. 25–28

Heidenreich, Achim: »Feuer – Rad – ZKM. Das Karlsruher Zentrum für Kunst- und Medientechnologie erfindet sich stets von neuem selbst«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2005, S. 14–16

Hieber, Lutz/Moebius, Stephan/Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): *Kunst im Kulturkampf. Zur Kritik der deutschen Museumskultur*, Bielefeld: transcript Verlag, ca. 250 S.

Hohengartner, Reinhold: »Museumsförderung: ein Weg zur Qualitätssteigerung an Museen«, in: *Museum aktuell*, Heft 113 (2005), S. 12–13

Joerißen, Peter: »RuhrMuseumsmacher contra Denkmalschützer oder: ›Der Vogelfänger bin ich ja‹. Tagungsbericht zur ›Wahrnehmung und Erkenntnis im Museum‹«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2005, S. 20–25

Joerißen, Peter: »II. Rheinischer Museumstag ›Qualitätsstandards in Museen‹«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 2/2005, S. 12–13

John, Hartmut: »Mindeststandards für qualifiziertes Museumspersonal«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2005, S. 8–13

John, Hartmut: »Registrierung, Akkreditierung, Zertifizierung, Designierung ... Wie vermitteln Museen anderen, wie gut sie sind?«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 4/2005, S. 12–16

John, Hartmut/Mazzoni, Ira Diana (Hrsg.): *Industrie- und Technikmuseen im Wandel. Perspektiven und Standortbestimmungen*, Bielefeld: transcript Verlag, 320 S.

Kirchberg, Volker: *Gesellschaftliche Funktionen von Museen. Makro-, meso- und mikrosoziologische Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Berliner Schriften zur Museumskunde, 20), 394 S.

Koelnmesse (Hrsg.): *Neue Lösungen für Museumsmarketing und Museumsfinanzen. Vorträge und Diskussionen der Ex-*

ponatec Cologne 2004, München: Dr. Christian Müller-Straten (Wunderkammer, 7), 167 S.

König, Kasper: »Das Museum gehört allen und keinem«, Ein Gespräch von Catrin Lorch, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2005, S. 5–10

Landtag von Baden-Württemberg: »Verkauf von Kunstobjekten aus Museen. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 13/4637 (12.9.2005), Stuttgart

Liebelt, Udo/Metzger, Folker (Hrsg.): *Vom Geist der Dinge. Das Museum als Forum für Ethik und Religion*, Bielefeld: trancript (Schriften zum Kultur- und Museumsmanagement), 196 S.

Müllejans-Dickmann, Rita: »Museumskonzeption für den Kreis Heinsberg«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 4/2005, S. 3–7

Peschke, Marc: »Ein Versuch, das Unmögliche zu wagen. Die documenta wurde 50 und feierte sich mit einer Ausstellung selbst«, in: *Junge Kunst*, Heft 65 (2005), S. 18–20

Puhan-Schulz, Franziska: *Museen und Stadtimagebildung. Amsterdam – Frankfurt/Main – Prag. Ein Vergleich*, Bielefeld: transcript (Kultur- und Museumsmanagement), 340 S.

Rossner, Christiane: »Nofretete wohnt schon nebenan. Berlins Museumsinsel stellt sich vor – Folge I: Das Neue Museum«, in: *Monumente*, Heft 11–12/2005, S. 68–74

Schäfer, Hermann: »Der Besucher, die ›große Unbekannte‹? Besuchergewinnung und -bindung in der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 393–400

Scheffel, Regine/Rohde-Enslin, Stefan: »Voraussetzungen für eine Langzeiterhaltung digitalen Kulturerbes in Museen«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 3–4/2005, S. 143–150

Schlögel, Karl: »Sichtbarkeit der Zeit. Skizze für ein Museum der Transformation«, in: *Merkur*, Heft 677/678 (2005), S. 910–917

Schulenburg, Sophie: »Museumsshops als Marketinginstrument für Museen – eine Bestandsaufnahme«, in: *Museum aktuell*, Heft 112 (2005), S. 26–27

Schweibenz, Werner: »Das virtuelle Museum in Internet«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2005, S. 3–7

Sollfrank, Cornelia: »SOS – Schicksale deutscher Museen. Hamburg leistet sich ein umstrittenes Privatmuseum für Schifffahrt«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2005, S. 70–73

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Museumsbericht 2004*, Wiesbaden, 159 S.

Stránský, Zbynek Z.: »Die Museen im Osten im Umbruch – Märkte und Kontext«, in: *Museum aktuell*, Heft 115 (2005), S. 6–8

Tietenberg, Annette: »Wir müssen versuchen, unserer Zeit voraus zu sein. Max Hollein entwickelt ein neues Modell von Museums- und Machtkonzentration«, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2005, S. 11–20

Vanderach, Gerd: *Museumsengagement auf dem Lande. Eine empirische Studie zum ehrenamtlichen und privaten Engagement in ländlichen Museen*, Aachen: Shaker (Neue Land-Berichte, 1), 133 S.

Winkler, Frank/Holthöfer, Dietrich: »Wie langweilig dürfen Museen sein? Kulturlandschaft im Käufermarkt«, in: *AKP*, Heft 4/2005, S. 63–65

5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen

Durchsicht. Forum für Museumspädagogik in Berlin und Brandenburg, Berlin: Landesinstitut für Schule und Medien (jährlich zweimal)

Standbein Spielbein. Museumspädagogik aktuell, Bonn: Arbeitskreis Museumspädagogik e. V. (vierteljährig)

Bundesverband Deutscher Kinder- und Jugendmuseen e. V. (Hrsg.): *Die bunten Seiten der Kinder- und Jugendmuseen ... mit 1000 nützlichen Informationen*, Nürnberg: Selbstverlag, 120 S.

Hanfgarn, Claudia/Hergesell, Burkhard/Wilcken, Sabine: »Wie tanzt man eine Galionsfigur. Tanz-Theater in der Museumspädagogik«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 66 (2005), S. 45–66

Hempel, Eva/Röder, Janet: »kunst:dialoge – Kunsterleben im Austausch«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2005, S. 17–18

Janzen, Thomas: »Wohin mit meiner ganzen Kraft? Ein Kooperationsprojekt der Krefelder Kunstmuseen und des KRESCH-Kinder- und Jugendtheaterzentrums der Stadt Krefeld«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 2/2005, S. 8–10

Kühnelt, Wolf: »Der Museumspädagogische Dienst Berlin«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 183–189

Schochow, Werner: *Die Berliner Staatsbibliothek und ihr Umfeld. 20 Kapitel preußisch-deutsche Bibliotheksgeschichte*, Frankfurt am Main: Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 87), 384 S., Sonderband

Tuubel, Virve: »Museumspädagogik in Estland«, in: *Museum aktuell*, Heft 115 (2005), S. 41–45

Vieregg, Hildegard K.: »Museumspädagogik an der Hochschule für Philosophie in München. Informationen zu einem neuen Studiengang«, in: *Museum aktuell*, Heft 112 (2005), S. 34–36

5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Straßenkunst

Cunitz, Olaf: »The Art of Rebellion? Graffiti, Vandalismus, Kunst ... und Politik«, in: *AKP*, Heft 5/2005, S. 61–63

Funken, Peter: »Möglichkeiten und Probleme in einem besonderen Feld. Ein Plädoyer für Kunst im öffentlichen Raum«, in: *Stadt und Grün*, Heft 7/2005, S. 7–10

Gerken, Ingo/public works/Schamp, Matthias/Schumacher & Jonas/Vaara, Roi/Winkler, Hans: *Okkupation (Realisierungen 2005)*, Berlin: Schumacher & Jonas, 56 S.

Kaltenbrunner, Robert: »Orte prägen, Identität schaffen – und hinterfragen. Anmerkungen zur Wechselwirkung von Kunst und Raum«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/2005, S. 33–38

Kimpel, Harald (Konzeption und Redaktion): *Kunst im öffentlichen Raum: Kassel 1992–2004*, Marburg: Jonas Verlag, 96 S.

Kimpel, Harald (Konzeption und Redaktion): *Kunst im öffentlichen Raum: Kassel vor 1943*, Marburg: Jonas Verlag, 112 S.

Kohlhaas, Manfred: »Über die Kunst, die Kunst zu erhalten«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2005, S. 15–16

Kröger, Franz: »Zuviel des Guten? Über den Verbleib von Kunst aus dem öffentlichen Raum«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 64–65

Lewitzky, Uwe: *Kunst für alle? Kunst im öffentlichen Raum zwischen Partizipation, Intervention und Neuer Urbanität*, Bielefeld: transcript Verlag, 138 S.

Poser, Michael von: *Kunst in der Stadt oder die Herrschaft des Gags*, Wiesbaden: Reiß, 83 S.

Schütz, Heinz: »Raum in der Kunst/Kunst im Raum. White-Cube-Transformationen«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/2005, S. 27–32

5.6 Kulturelles Erbe

5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz

Denkmalpflege im Rheinland, Pulheim: Rheinland Verlag (vierteljährlich)

Denkmalpflege & Kulturgeschichte, Wiesbaden: Landesamt für Denkmalpflege Hessen (vierteljährlich)

Denkmalschutz-Informationen, Bonn: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (vierteljährlich)

Die Denkmalpflege, München: Deutscher Kunstverlag (zweimal jährlich)

monumente. Magazin für Denkmalkultur in Deutschland, Bonn: Deutsche Stiftung Denkmalschutz (sechsmal jährlich)

»Denkmalschutz. Vorsicht: Einsturzgefahr!«, in: *DBB-Magazin*, Heft 11/2005, S. 40–41

»Landschaftskult. Natur als kulturelle Herausforderung« (Schwerpunktthema), in: *Politische Ökologie*, Heft 96 (2005), 81 S.

Bayerl, Günter: »Vom Regenwald in die Wüste. Die Niederlausitz und die ›Musealisierung der Industriekultur‹«, in: John, Hartmut/Mazzoni, Ira Diana (Hrsg.): *Industrie- und Technikmuseen im Wandel, Perspektiven und Standortbestimmungen*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 211–234

Behr, Adalbert: »Das Städtebauförderungsprogramm ›Städtebaulicher Denkmalschutz‹. Ein Instrument zur Erhaltung historischer Stadtzentren«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6/2005, S. 365–378

Billert, Andreas: »Denkmalpflege in Polen. Nationale Identität, Schönheitstraum und Verlust der Mitte«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6/2005, S. 409–415

Buschmann, Walter: »Die Neuerfindung der Industrie als Touristenattraktion. Mitteldeutsches Braunkohlerevier – Ruhrgebiet – Rheinisches Braunkohlerevier«, in: John, Hartmut/Mazzoni, Ira Diana (Hrsg.): *Industrie- und Technikmuseen im Wandel, Perspektiven und Standortbestimmungen*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 235–254

Csáky, Moritz/Sommer, Monika (Hrsg.): *Kulturerbe als soziokulturelle Praxis*, Innsbruck: Studienverlag (Gedächnis – Erinnerung – Identität, 6), 188 S.

Dohmen, Heinz: »›Wir sind Bettler, das ist wahr.‹ (Martin Luther). Bericht zur Tagung der Dombaumeister, Münsterbaumeister und Hüttenmeister 2004 in Halberstadt und Magdeburg«, in: *das münster*, Heft 2/2005, S. 229–231

Eichstädt, Wulf: »Das Städtebauförderungsprogramm ›Städtebaulicher Denkmalschutz‹. Das Beispiel Wittenberge«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6/2005, S. 387–396

Fischer, Manfred F.: »Was kostet uns die Denkmalpflege?«, in: *Denkmalschutz-Informationen*, Heft 1/2005, S. 98–101

Föhl, Axel: »Denkmal – Museum – ›Event‹. Industriedenkmalpflege und ›Industriekultur‹«, in: John, Hartmut/Mazzoni, Ira Diana (Hrsg.): *Industrie- und Technikmuseen im Wandel, Perspektiven und Standortbestimmungen*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 35–52

Frein, Kurt: »Änderung des Denkmalschutz- und Pflegegesetzes in Rheinland-Pfalz«, in: *Denkmalschutz-Informationen*, Heft 2/2005, S. 71–72

Fürst, Dietrich/Löb, Stephan: »Kulturlandschaft als Instrument der Regionalentwicklung«, in: *Neues Archiv für Niedersachsen*, Heft 1/2005, S. 61–69

Hartmann, Sabine: »Kultur-Wanderwege. Kulturlandschaften wiederaufleben lassen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1992 ff.), 16 S., B 4.13

Hönes, Ernst-Rainer: »Über die Berücksichtigung des Landesdenkmalschutzes im Bau- und Planungsrecht des Bundes«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 3/2005, S. 161–188

Hoffmann, Volker/Schweizer, Jürg/Wolters, Wolfgang (Hrsg.): *Die »Denkmalpflege« vor der Denkmalpflege. Akten des Berner Kongresses 30. Juni bis 3. Juli 1999*, Bern u. a.: Peter Lang (Neue Berner Schriften zur Kunst, 8), 400 S.

Janßen-Schnabel, Elke: »Denkmalbereich – ein Zwischenbericht und ein Workshop«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 4/2005, S. 163–167

Kiesow, Gottfried: »Eine Geschichte des Erfolges. 15 Jahre Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern«, in: *Stadt und Gemeinde interaktiv*, Heft 7–8/2005, S. 259–260

Kleineberg, Karl/Slotta, Delf: »Industriekultur im Saarland – Anmerkungen zum Auftrag und den Projekten der ›Industriekultur Saar GmbH‹«, in: John, Hartmut/Mazzoni, Ira Diana (Hrsg.): *Industrie- und Technikmuseen im Wandel, Perspektiven und Standortbestimmungen*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 267

Lakämper-Lührs, Heinrich: »Nachfolgeprojekte der ›Route der Industriekultur‹ im Ruhrgebiet: Stationen der Industrie- und Technikgeschichte in Ostwestfalen-Lippe«, in: John, Hartmut/Mazzoni, Ira Diana (Hrsg.): *Industrie- und Technikmuseen im Wandel, Perspektiven und Standortbestimmungen*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 255–266

Landschaftsverband Rheinland/Umweltamt, Köln (Hrsg.): *Kulturlandschaft digital – Forschung und Anwendung. 15. Fachtagung des Umweltamtes (Landschaftsverband Rheinland). 11. Jahrestagung der Arbeitsgruppe Angewandte Historische Geographie*, Köln (Beiträge zur Landesentwicklung, 58), 225 S.

Landtag Rheinland-Pfalz: »Haushaltsmittel für die Denkmalpflege. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion«, *Drucksache* 14/4811 (27.12.2005), Mainz

Landtag von Baden-Württemberg: »Schutz von baden-württembergischen Kulturgütern. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 13/3989 (31.1.2005), Stuttgart

Leibniz-Institut für Länderkunde (Hrsg.): *Mit den Augen des Gastes. Studien zur Natur- und Kulturlandschaftswahrnehmung am Beispiel regionskundlicher Themenwege*, Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (Forum IfL, 4), 277 S. (dt./engl.; Diss.)

Mainzer, Udo: »Denkmalrecht: Es ist gut so. 25 Jahre Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 2/2005, S. 49–55

Mainzer, Udo: »Denkmalpflege und Baukultur als Beitrag zur Stadtentwicklung«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 2/ 2005, S. 81–101

Manzoni, Ira Diana: »Wirtschaftsförderung mittels Denkmalpflege? Die 31. Pressefahrt des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 7. und 8. Juni 2005«, in: *Denkmalschutz-Informationen*, Heft 2/ 2005, S. 100–105

Müller-Krug, Christian: »Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Schutz einer ungewöhnlichen Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt«, in: *Geographische Rundschau*, Heft 7–8/2005, S. 42–47

Rescher, Holger: »Motor für die Wirtschaft. Zahlen und Fakten zum Denkmalschutz«, in: *Stadt und Gemeinde interaktiv*, Heft 7–8/2005, S. 261–264

Röding, Anja/Michaelis-Winter, Anke: »Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz«, neues Internetportal der Bundestransferstelle: www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de«, in: *BundesBauBlatt*, Heft 7–8/ 2005, S. 28–29

Roloff, Jürgen: »Energiesparender Denkmalschutz – ein Zukunftsmarkt? Ein aktuelles Kolloquium«, in: *Das Rathaus*, Heft 10/2005, S. 260–261

Rossner, Christiane: »Mathe, Stuck und Schiller. Wie die Schulaktion ›denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule‹ jungen Menschen unser bauliches Erbe nahebringt«, in: *Monumente*, Heft 3–4/2005, S. 24–26

Schade-Lindig, Sabine: »Bürgerinteresse schützt Kulturgut«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 1/ 2005, S. 40–41

Scheurmann, Ingrid (Hrsg.): *ZeitSchichten. Erkennen und Erhalten – Denkmalpflege in Deutschland, Katalogbuch zur Ausstellung im Residenzschloss Dresden*, München: Deutscher Kunstverlag, 340 S.

Tehnzen, Jobst: »Fünf Jahre Baudenkmalstiftung Raum Hannover. Kleine Stiftung – geringe Fördermittel – große Wirkung«, in: *Bericht zur Denkmalpflege in Niedersachsen*, Heft 3/2005, S. 93–94

Vogt, Monika: »Ehrenamt in der Denkmalpflege: die Preisverleihung 2004«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 1/2005, S. 43–44

Vogt, Monika: »Tag des offenen Denkmals 2005: Schwerpunkt ›Krieg und Frieden‹«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 1/2005, S. 47–48

Volk, Otto: »Das Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen (LAGIS)«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 1/2005, S. 46–47

Werres, Stefan: »Kommunale Selbstverwaltung und denkmalrechtliche Anordnungen«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft 1/2005, S. 18–24

Ziemer, Elisabeth: »10 Jahre Denkmalschutzgesetz Berlin – Rückblick und Bilanz«, in: *Denkmalschutz-Informationen*, Heft 2/2005, S. 72–76

5.6.2 Erinnerungskultur, Mahn- und Gedenkmale

Bar-On, Dan: »Die Erinnerung an den Holocaust in Israel und Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 15/2005, S. 37–45

Ciupke, Paul: »Transformation oder alte Mythen? Beobachtungen und Anmerkungen zur Tagung ›Transformation der Erinnerungskulturen‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 54–56

Erll, Astrid: *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*, Stuttgart u. a.: Metzler, 207 S.

François, Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.): *Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe, 475), 549 S.

Frei, Norbert: »Die Gegenwart der Vergangenheit. Plädoyer für ein aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 36–39

Godman-Thau, Eveline (Hrsg.): *Das Eigene Erinnern. Gedenkkultur zwischen Realität und Normalität*, Wien: Passagen-Verlag (Die Selbstverständlichkeit der Welt, 1), 176 S.

Hausmann, Jörg/Kröger, Franz: »Erinnerungs- und Gedenkkultur«, Einführung in den Themenschwerpunkt, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 34–35

Heimerl, Theresia (Hrsg.): *Kultur und Erinnerung. Beiträge zur Religions-, Kultur- und Theologiegeschichte. Festschrift für Karl Matthäus Woschitz*, Regensburg: Pustet, 319 S. (dt., engl., span.)

Hoffmann, Detlef: »›Die beste Theorie der Kunst ist ihre Geschichte‹ (Fr. Schlegel). Zur Rolle der Kunst im Wettbewerb der Erinnerungen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 40–43

Knigge, Volkhard: »Zur Gegenwart und Zukunft der Gedenkstättenarbeit in Deutschland«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 49–51

Kroh, Jens: »Holocaust transnational. Zur Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 6/2005, S. 741–750

Krüger-Leißner, Angelika: »Gedenken ist Teil unserer Identität. Die Politik darf die Gedenkstätten nicht instrumentalisieren!«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 44–45

Lammert, Norbert: »Nationales Gedächtnis und Kultur der Erinnerung: Geschichtliche Orientierung und staatliche Verantwortung«, in: *Im Gespräch*, Heft 17/ 2005, S. 32–35

Lammert, Norbert: »Nationales Gedächtnis und Kultur der Erinnerung. Geschichtliche Orientierung und staatliche Verantwortung«, in: *Die Politische Meinung*, Heft 5/2005, S. 26–30

Leggewie, Claus/Meyer, Erik: *Ein Ort, an den man gerne geht. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichte nach 1989*, München: Carl Hanser Verlag, 352 S.

Linne, Christine/Michaelis, Margot: »Das Gedächtnis der Orte. Erinnerungsarbeit 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 2/2005, S. 30–33

Lissjutkina, Larissa: »Minenfeld Reichsparteitagsgelände. Beispiel Nürnberg: Über den Umgang mit dem ›Kulturerbe‹ des Dritten Reiches«, in: *Kommune*, Heft 3/2005, S. 83–85

Ludwig, Kathrin: »Gedenkstättenarbeit und Oral History. Zeitzeugen an Gedenkstätten. Workshop in Berlin 9./10. September 2004«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 1/2005, S. 146–148

Marschik, Matthias: »Das goldene Buch Österreich(s). Nationale Erinnerungskulturen nach 1945«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 57–58

Nooke, Günter: »Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Gedenkstättenpolitik?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 45–46

Otto, Hans-Joachim: »Antitotalitärer Konsens darf nicht zu einer Relativierung der NS-Verbrechen führen!«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 47–48

Ohse, Marc-Dietrich: »Erinnerungskultur, Geschichtspolitik und Musealisierung. Veranstaltungen in Weimar und Genshagen 21.–23. Oktober und 19./20. November 2004«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 1/2005, S. 141–145

Pfütze, Hermann: »Die Kunst ›entkunsten‹. Über Jochen Gerz (Denkmal)«, in: *Sinn und Form*, Heft 1/2005, S. 110–124

Rabe, Ana Maria: »Begegnungen im Stelenfeld. oder: Wie ein Kunstwerk zum Denkmal wird«, in: *Junge Kunst*, Heft 63 (2005), S. 37–42

Schmitz, Michael: »Die Gegenwart der Vergangenheit. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas im Kontext deutscher Erinnerungspolitik«, in: *Kritische Berichte*, Heft 1/2005, S. 51–73

Schmitz, Michael: »Ein deutsches Denkmal. Das Holocaust-Denkmal im Brennpunkt deutscher Erinnerungspolitik«, in: *Archiv für Kulturgeschichte*, Heft 1/2005, S. 165–193

Schmitz, Michael: »Erinnerung und Recht und Freiheit. Das Berliner Holocaust-Denkmal und die nationale Identität der Deutschen«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 2/2005, S. 210–215

Sowa, Ursula: »Orte gegen Rechts – Ein Netz der Lernorte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 46–47

Steinbach, Peter: »Geschichte ist mehr als ein vergangenes Ereignis«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2005, S. 29–33

Ullrich, Volker: »So viel Hitler war nie«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2005, S. 44–47

Wende, Wara: *Krieg und Gedächtnis. Ein Ausnahmezustand im Spannungsfeld kultureller Sinnkonstruktionen*, Würzburg: Königshausen & Neumann, 427 S.

Wilke, Manfred: »Umgestaltung in der Erinnerungspolitik. Zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde«, in: *Die Politische Meinung*, Heft 7/2005, S. 39–42

Zimmermann, Michael: »Erinnerungspolitik und Opferkonkurrenz. Zur Diskussion um das Berliner Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 52–53

5.7 Literatur und Bibliotheken

5.7.1 Allgemein

Börsenblatt. Wochenmagazin für den deutschen Buchhandel, Frankfurt am Main: MVB Marketing- und Verlagsservice des Buchhandels GmbH (wöchentlich)

Casanova, Pascale: »Literatur als eine Welt«, in: *Lettre International*, Heft 69 (2005), S. 86–91

Kim, Yong-Hyun: *Literarisches Lesen in der Mediengesellschaft*, Siegen: Universität, 181 S. (Diss.)

Krüger, Michael: »Schiller. Schwerpunktthema«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 9–10/2005, S. 3–38

Lennartz, Knut u. a.: »Mensch Schiller. Schwerpunktthema«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 5/2005, S. 24–44

Metze-Mangold, Verena: »Literatur und GATS. Die Bedeutung der GATS-Verhandlungen für den Erhalt der Vielfalt und Qualität der deutschen Gegenwartsliteratur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 32–35

Porombka, Stephan: »Über alte und neue Formen der Literaturvermittlung«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 205–216

Schütz, Erhard u. a. (Hrsg.): *Das BuchMarktBuch. Der Literaturbetrieb in Grundbegriffen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 429 S.

5.7.2 Bibliotheken

Bibliothek Forschung und Praxis, München: Verlag K.G. Saur (dreimal jährlich)

bibliotheken heute. Herausgegeben vom Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz, Koblenz: Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz (vierteljährlich)

Bibliotheksdienst. Organ der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB), Berlin: Bibliotheksdienst der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (monatlich)

Buch und Bibliothek. Fachzeitschrift des Vereins für Bibliothekare an öffentlichen Bibliotheken, Bad Honnef: Bock + Herchen (zehnmal im Jahr)

die bücherei. Zeitschrift für öffentliche Büchereien in Rheinland-Pfalz, Koblenz: Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz (halbjährlich)

Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie. Organ des Vereins Deutscher Bibliothekare und des Vereins der Diplombibliothekare, Frankfurt am Main: Klostermann Verlag (zweimonatlich)

»Risiko oder Chance: Neue Betriebsformen für Bibliotheken. 10. Thüringer Bibliothekstag 2004 in Arnstadt«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 1/2005, S. 6–12

»Bibliothek und Schule« (Themenschwerpunkt), in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 1/2005, S. 66–119

»Der Einfluss internationaler Handelsabkommen auf Bibliotheken: EBLIDA Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 1/2005, S. 90–93

»Bibliothek & Information International. Inspiration durch fremde Einflüsse – Bericht über die Arbeit im Jahre 2005«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 2/2005, S. 145–149

»Herausforderungen für die europäische Informationsgesellschaft«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 2/2005, S. 181–184

»Antworten zum Fragenkatalog für die Anhörung: ›Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen des Betriebs von Bibliotheken‹«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 4/2005, S. 437–462

»Auf dem Weg zur globalen Wissensgesellschaft: Die internationale Arbeit der BID«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 6/2005, S. 727–732

»Mehr Kooperation zwischen Archiven und Bibliotheken«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 6/2005, S. 826–830

»Die Politik und die Bibliotheken. BID versendet Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 8–9/2005, S. 1017–1026

»4 x Bibliothek. Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2005«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 10/2005, S. 1201–1214

Barbian, Jan-Pieter/Demir, Tayfun: »Geschichte mit Zukunft. 30 Jahre Türkische Bibliothek in der Stadtbibliothek Duisburg«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/2005, S. 134–137

Bassen, Günter/Seefeldt, Jürgen: »Im Fadenkreuz der Finanzminister. Staatliche Fachstellenarbeit in Deutschland. Zustandsbericht und Ausblick«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 6/2005, S. 426–430

Baumann, Sabine: »Inverview mit Christina Weiss«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 5/2005, S. 282–286

Busch, Rolf (Hrsg.): *Berlins Öffentliche Bibliotheken: Chance im Wandel. Dokumentation des Kulturpolitischen Kolloquiums Berlins Öffentliche Bibliotheken: Chance im Wandel?*, Berlin: Freie Universität Berlin (Beiträge zur bibliothekarischen Weiterbildung, 18), 119 S.

DBV: »Ausschreibung – Expertengruppe ›Interkulturelle Bibliotheksarbeit‹. Inspiration durch fremde Einflüsse – Bericht über die Arbeit im Jahre 2005«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 3/2005, S. 299–300

Decker, Reinhold/Hermelbracht, Antonia/Klocke, Sandra: »Eine empirische Studie zur zukünftigen Ausgestaltung des Dienstleistungsangebots öffentlicher Stadtbibliotheken«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 3/2005, S. 295–302

Dehm, Ursula/Kochhan, Christoph/Beeske, Sigrid/Storll, Dieter: »Bücher – ›Medienklassiker‹ mit hoher Erlebnisqualität. Lese-Erlebnistypen und ihre Charakteristika«, in: *Media Perspektiven*, Heft 10/2005, S. 521–534

Dirx, Carsten: »Die Rheinland-Pfälzische Bibliographie ab 2004«, in: *bibliotheken heute*, Heft 1/2005, S. 7–11

Dittmann, Andreas: »Lesen fördern – Bibliotheken schließen. Stehen Bibliotheken in den Kommunen vor ihrer Abwicklung?«, in: *kultur – kompetenz– bildung*, Heft 1/2005, S. 3–4

Eckelmann, Sigrun: »Deutsche Forschungsmeinschaft: Aktuelle Anforderungen der wissenschaftlichen Informationsversorgung«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 1/2005, S. 19–30

Flemming, Arend: »Im Slalom um die Haushaltslöcher. Zukunftsorientierte Finanzierung Öffentlicher Bibliotheken«, Dossier (Folge 6), in: *Buch und Bibliothek*, Heft 9/2005, S. 629–635

Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e. V. (Hrsg.): *Mehr als Bücher. Die Zukunft der Bibliotheken (nicht nur) in Ostdeutschland. Dokumentation der 3. Kulturwerkstatt Ost, 21. Oktober 2004 Willy-Brandt-Haus, Berlin*, Berlin, 53 S.

Frühauf, Helmut: »Zur Gründung des Landesbibliothekszentrums Rheinland-Pfalz (LBZ)«, in: *bibliotheken heute*, Heft 1/2005, S. 5–7

Funke, Juliane: »Die Berliner bezirklichen Bibliotheken: Chance durch Wandel?«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 8–9/2005, S. 1041–1044

Gabel, Gernot U.: »Zwischen zwei Nationen – die Stadtbibliothek Metz 1804–2004«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 1/2005, S. 13–19

Gabel, Gernot U.: »In Zeiten angespannter Finanzhaushalte: Frankreichs öffentliche Bibliotheken 1998– 2002«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 3/2005, S. 325–330

Gabel, Gernot U.: »80 Jahre National Library of Scotland«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 4/2005, S. 463–467

Gabel, Gernot U.: »Frankreich: 60 Jahre bibliothekarische Dienstleistungen für die ländliche Bevölkerung«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 5/2005, S. 595–598

Gabel, Gernot U.: »Großbritannien: Bericht des Unterhauses zur Lage der Öffentlichen Bibliotheken«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 8–9/2005, S. 1029–1032

Gaus, Detlef: »Bibliotheken als Bestandteil eines zukünftigen Bildungssystems. Pisa und die Folgen oder: Über Belastbarkeit und Hintergründe eines neuen Deutungsmusters«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 4/2005, S. 274–283

Gödan, Jürgen Christoph: »Aus der Praxis für die Praxis – ein Handbuch zum Bibliotheksrecht in vier Bänden«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 7/2005, S. 946–952

Gömpel, Renate: »Die Aktivitäten des Normenausschusses Bibliotheks- und Dokumentationswesen (NABD) im DIN 2005/2006«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 1/2005, S. 41–51

Grzempa, Ewa/Lokaj, Janusz Maciej: »Zehn Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit der öffentlichen Bibliotheken der Euroregion Neiße«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 3/2005, S. 331–334

Hamburgische Bürgerschaft: »Hamburger Öffentliche Bücherhallen: Bleibt das Tor zu Kultur und Bildung offen? Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der GAL-Fraktion«, *Drucksache* 18/1990 (8.6.2005), Hamburg

Hansen, Michael/Schüller-Zwierlein, André: »›Bildung von Teilbibliotheken als praktische Managementaufgabe – der lange Weg zur Einsichtigkeit‹«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 8–9/2005, S. 1045–1054

Hasiewicz, Christian: »Wegmarken für eine zukunftsfähige Bibliothek«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/ 2005, S. 105–107

Hollender, Ulrike: »›Bibliothek 2007‹. Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen des Betriebs von Bibliotheken«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 3–4/2005, S. 198–204

Indergaard, Leikny Haga: »Auf dem Weg zum ›nahtlosen Bibliotheksangebot‹. In Norwegen arbeiten wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken eng zusammen«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 7–8/2005, S. 508–517

Jendral, Lars: »Das Landesmediengesetz: neue Pflichtexemplarregelung in Kraft«, in: *bibliotheken heute*, Heft 2/2005, S. 75–77

Kupfer, Wolfgang: »Bibliothek: Die unbekannte Einrichtung im Bildungssystem. Versuch einer Ortsbestimmung/Teil I: Rückblick und Bestandsaufnahme«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 4/2005, S. 284–288

Kupfer, Wolfgang: »Bibliothek: Die unbekannte Einrichtung im Bildungssystem. Versuch einer Ortsbestimmung/Teil II: Resümee und Ausblick«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2005, S. 343–349

Landtag Rheinland-Pfalz: »Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der FDP-Fraktion«, *Drucksache* 14/3733 (27.12.2004), *Plenarprotokoll* 14/95 (2.6.2005), S. 6376–6382, Mainz

Lazarus, Jens/Schleihagen, Barbara: »›Geld für Bibliotheken statt für Irak-Krieg‹. Scharfe Töne auf der ALA-Jahreskonferenz 2005 in Chicago«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/2005, S. 776–779

Lossau, Norbert: »Der Nutzer soll König werden. Digitale Dienstleistungen in wissenschaftlichen Bibliotheken: Das Internet setzt Maßstäbe«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2005, S. 365–376

Mittler, Elmar: »›Geld haben wir keins mehr – jetzt können Sie nur noch Ideen haben‹. Strategien zur Finanzierung wissenschaftlicher Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 10/2005, S. 730–734

Müller-Jerina, Alwin: »Auf Augenhöhe mit den Nachwuchslesern. Kindermedienwelten: Ideen und Konzepte zur Einrichtung von Kinderbibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 9/2005, S. 616–620

Ochudlo-Höbing, Kerstin: »Bibliotheken als Bindeglied zwischen lebenslangem Lernen und neuen Trends im Wissenserwerb. Das Beispiel e-lernBar der Zentral- und Landesbibliothek Berlin.«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 3/2005, S. 303–325

Richter-Ngogang, Barbara: »Modernste Technik trifft auf jahrhundertealte Tradition. Übersicht über das südkoreanische Bibliothekswesen – mit einem Blick nach Nordkorea«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 10/2005, S. 701–707

Riehm, Hanna: *Rechts- und Betriebsformen öffentlicher Bibliotheken und deren Bedeutung für Kooperationen mit anderen Kultureinrichtungen und von Bibliotheken untereinander*, Berlin: Institut für Bibliothekswissenschaft (Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft, 154), 55 S.

Ruppelt, Georg: »Wenn die faulen Säcke mit den grauen Mäusen … Plädoyer für vielfältige Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/2005, S. 311–319

Ruppelt, Georg: »Hilfsmotor und Rettungsanker. In Deutschland gibt es 200 Freundeskreise und Fördervereine für Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 6/2005, S. 431–435

Sanders, Sebastian: »Zwischen Finanznot und neuen Herausforderungen: Bibliotheken«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 1–2/2005, S. 41–43

Sauermann, Katrin: »Brücken bauen in eine fremde Welt. Auf dem Weg zur Kooperation in Sachen multikultureller Bibliotheksarbeit«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 11–12/2005, S. 789–792

Scheuerl, Robert: »Das neue Verbundmodell des Bibliotheksverbundes Bayern – Ein Erfolgsmodell?«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 7/2005, S. 885–897

Schleihagen, Barbara: »Freie Märkte, kulturelle Vielfalt und ein Weltgipfel. Die internationale politische Agenda und ihr Einfluss auf Bibliotheken in Deutschland«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 9/2005, S. 602–608

Schneider-Kempf, Barbara/Saur, Klaus G. (Hrsg.): *Wissenschaft und Kultur in Bibliotheken, Museen und Archiven. Klaus-Dieter Lehmann zum 65. Geburtstag*, München: Saur, 574 S.

Schröder-Poulsen, Lene: »Der digitale Führer für den Unterricht von Anwendern – elektronische Toolbox für den Unterricht (BibTeach Kompetenzentwicklungsprojekt in Dänemark)«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 4/2005, S. 468–473

Schultka, Holger: »Bibliothekspädagogik«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 11/2005, S. 1462–1488

Seefeldt, Jürgen: »Überlegungen zur Außendarstellung und Programmarbeit von Bibliotheken«, in: *bibliotheken heute*, Heft 4/2005, S. 183–188

Sens, Irina/Czepurnyi, Tatiana: »Besuch einer DFG-Delegation in Novosibirsk und Tomsk – Ein bibliothekarischer Erfahrungsaustausch«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 8–9/2005, S. 1033–1040

Steinhauer, Eric W.: »Die Ausbildung der Wissenschaftlichen Bibliothekare und das Laufbahnrecht«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 5/2005, S. 654–673

Umstätter, Walther: »Bibliographie, Kataloge, Suchmaschinen. Das Ende der Dokumentation als modernes Bibliothekswesen«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 11/2005, S. 1442–1456

Wimmer, Ulla: »Kompetenznetzwerk für Bibliotheken – das erste Jahr«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 2/2005, S. 191–202

Zimmermann, Olaf: »Ein wichtiges kulturpolitisches Signal. Wertschätzung ganz praktisch – Enquete-Kommission des Bundestages informiert sich über Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2005, S. 340–342

Zöllner, Jürgen E.: »Das Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz. Betrifft: Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion im Mainzer Landtag«, in: *bibliotheken heute*, Heft 2/2005, S. 59–69

5.7.3 Leseförderung, Leseforschung, Literaturförderung

JuLit, München: Arbeitskreis für Jugendliteratur e. V. (viermal im Jahr)

»Die Literaturbüros NRW ziehen Bilanz 2004. In eigener Sache: Zwei Millionen für die Literatur. Literaturbüros in NRW größte Literaturveranstalter im Land«, in: *Lit'Form*, Heft 77 (2005), S. 6–11

Bornett, Christiane/Seewald, Katrin: »Bibliothek macht Schule. Innovative Programme zur Sprach- und Leseförderung der Stadtbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 1/2005, S. 55–57

Dreisbach, Elke: »Lust auf Lesen? Ein Tag der IFLA 2005 in Oslo«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 10/2005, S. 1307–1308

Földényi, László F.: »Warum ich Lesungen in Deutschland hasse. Wie die Literatur durch die Lesungskultur zur Mittelmäßigkeit verkommt«, in: *KulturAustausch*, Heft 3–4/2005, S. 105–106

Gauch, Sigfrid: »Literaturförderung in Rheinland-Pfalz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 38–39

Herholz, Gerd: »Fördern, was uns fordert. Über Restmüll zwischen Buchdeckeln und Kreatives Schreiben«, Interview, in: *Lit'Form*, Heft 77 (2005), S. 12–13

Kochhan, Christoph/Haddad, Denise/Dehm, Ursula: »Bücher und Lesen als Freizeitaktivität. Unterschiedliches Leseverhalten im Kontext von Fernsehgewohnheiten«, in: *Media Perspektiven*, Heft 1/2005, S. 23–32

Protze, Ingrid: »Eine andere Welt ist möglich. Globalisierung und Literatur in der Schule: Wie passt das zusammen?«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 1–2/2005, S. 11–12

Schneider, Wolfgang: »Die Kunst des Lesens ist eine Lebenskunst Kulturpolitische Anmerkungen zur Literaturförderung in Deutschland«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 24–27

Stüdemann, Jörg: »Wie fad ist die kommunale Literaturförderung in der Erlebnisgesellschaft?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 40–41

Vandenrath, Sonja: »Literatur und ihre Förderung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 22–23

Wegmann, Thomas: »Es werde ... Literatur! Tendenzen in der Präsentation und Vermarktung zeitgenössischer Literatur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005), S. 28–31

Weiss, Christina: »Literaturförderung des Bundes«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 109 (II/2005, S. 36–37

5.8 Volkshochschulen, kulturelle Erwachsenenbildung

DIE. Zeitschrift des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, Bonn: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (vierteljährlich)

dis.kurs. Das Magazin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (DVV), Berlin: Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. (vierteljährlich)

DVVmagazin Volkshochschule, Bonn: Deutscher Volkshochschulverband (vierteljährlich)

Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis, Würzburg: Echter-Verlag (vierteljährlich)

Depta, Henryk/Kargul, Józef/Pólturzycki, Józef (Hrsg.): *Kulturelle Erwachsenenbildung in Polen am Beispiel Lubuskie, Warschau und Plock*, Münster: Waxmann Verlag (Europäisierung durch kulturelle Bildung. Bildung – Praxis – Event, 2), 181 S.

Deutscher Bundestag: »Entwicklung des lebenslangen Lernens in Deutschland. Antrag der FDP-Fraktion«, *Drucksache* 15/4914 (16.2.2005), Berlin

Deutscher Bundestag: »Zur Akzeptanz des lebenslangen Lernens in Deutschland. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 15/5933 (22.7.2005), Berlin

Deutscher Bundestag: »Zur Finanzierung der Weiterbildung in Deutschland. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 15/5932 (22.7.2005), Berlin

Gieseke, Wiltrud/Opelt, Karin/Stock, Helga/Börjesson, Inga (Hrsg.): *Kulturelle Erwachsenenbildung in Deutschland. Exemplarische Analyse Berlin/Brandenburg*, Münster: Waxmann Verlag (Europäisierung durch kulturelle Bildung. Bildung – Praxis – Event, 1), 409 S.

Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.): *Die Volkshochschule Düsseldorf aus der Sicht ihrer Kundinnen und Kunden. Ergebnisse und Analyse 2004*, Düsseldorf: Amt für Informationstechnik und Organisationsentwicklung, 66 S.

Landtag von Baden-Württemberg: »Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 13/4285 (28.4.2005), Stuttgart

Nuissl, Ekkehard: »Kommunalität von Erwachsenenbildung«, in: *Hessische Blätter für Volksbildung*, Heft 2/2005, S. 142–148

Otto, Volker: »Kommunalität als Leitgedanke von Erwachsenenbildung«, in: *Hessische Blätter für Volksbildung*, Heft 2/2005, S. 100–114

Rein, Antje von/Sievers, Carla: *Öffentlichkeitsarbeit und Corporate Identity an Volkshochschulen*, Bielefeld: Bertelsmann (Studientexte für Erwachsenenbildung), 125 S.

Sauberzweig, Dieter: »Kommunale Kulturpolitik und Volkshochschule. Ein Rückblick auf fünf Jahrzehnte«, in: *Hessische Blätter für Volksbildung*, Heft 2/2005, S. 149–163

Schönfeld, Wolfgang: »Kommunalität der Volkshochschularbeit unter dem Anspruch kommunaler Verantwortung und betriebswirtschaftlicher Rationalität«, in: *Hessische Blätter für Volksbildung*, Heft 2/2005, S. 134–141

Stang, Richard: »Kulturelle Erwachsenenbildung. Entwicklungen und Herausforderungen am Beispiel der Volkshochschulen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 143–149

Ukena, Dirk: »Neue Strukturen im Kulturbereich und ihre Folgen. Oder: Kommunale Erwachsenenbildung in Bielefeld zwischen politischer Steuerung, Verwaltungsvorgaben und Eigenverantwortung«, in: *Hessische Blätter für Volksbildung*, Heft 2/2005, S. 181–186

5.9 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder

Infodienst. Freie Szene Rheinland-Pfalz, Koblenz: Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Rheinland-Pfalz e. V. (elfmal jährlich)

Informationsdienst Soziokultur, Potsdam: Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e. V. (viermal jährlich)

Journal der Jugendkulturen, Berlin: Archiv der Jugendkulturen (zweimal im Jahr)

!kultur Zeitschrift für Soziokultur und kulturelle Initiativen in Niedersachsen, Hannover: LAGS in Niedersachsen e. V. (vierteljährlich)

Kulturszene, Bonn: Fonds Soziokultur e. V. (unregelmäßig)

LAKS-Info. Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren Baden-Württemberg, Pforzheim (zweimal im Jahr)

querlight. Mitteilungsblatt für kulturelle Initiativen in Hamburg/Mitteilungsblatt des Landesverbandes Soziokultur Hamburg e. V., Hamburg (fünfmal jährlich)

rundbrief. Zeitschrift für Soziokultur in Niedersachsen, Hannover: LAG Soziokultur in Niedersachsen (vierteljährlich)

Rundbrief (LAG NW), Münster: Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren NW e. V. (vierteljährlich)

20 Jahre LAGS. Sonderheft der Zeitschrift ›!kultur‹ – Zeitschrift für Soziokultur und kulturelle Initiativen in Niedersachsen, Hannover: LAGS in Niedersachsen e. V., 15 S.

Autsch, Sabiene/Grisko, Michael/Seibert, Peter (Hrsg.): *Atelier und Dichterzimmer in neuen Medienwelten. Zur aktuellen Situation von Künstler- und Literaturhäusern*, Bielefeld: transcript Verlag, 263 S.

Baumbach, Rolf: »Die Kultur in der Sozialarbeit«, in: *Deutsche Bauzeitung*, Heft 3/2005, S. 25–27

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.: *Geschäftsbericht 2002–2004*, Berlin: Selbstverlag (Einlage im *informationsdienst soziokultur* 4/2005), 10 S.

Connemann, Gitta: »Soziokultur wirkt!«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 1/2005, S. 10–11

Kämpf, Andreas: »Großer Erfolg auf tönernen Füßen. Karriere im Soziokulturellen Zentrum setzt Risikofreude voraus«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 1/2005, S. 17–18

Korab, Nikolaus/Lebschik, Andreas (Hrsg.): *Kulturwerkstätten. Regionale Kulturarbeit in Niederösterreich*, o. O.: Weitra (Bibliothek der Provinz), 127 S.

Kuntze, Sandy: *Stadtteilkulturarbeit als Strategie des Quartiermanagements. Am Beispiel des Mannheimer Stadtteils Jungbusch*, Frankfurt am Main: Universität, 114 S. (Magisterarbeit)

Kurt, Hildegard: »Für eine Zukunft mit Zukunft. (Sozio-)Kultur und Nachhaltigkeit«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 2/2005, S. 2–4

Kussauer, Klaus: »›Neue Medien und Soziokultur‹. Fonds Soziokultur vergibt ›Innovationspreis Soziokultur‹« (einschließlich Auszügen aus dem Festvortrag des Abteilungsleiters Kultur bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Dr. Knut Nevermann und aus der Preisrede der Ministerin a.D. Ilse Brusis), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 66–67

LAG Soziokultur und Kulturpädagogik Rheinland-Pfalz (Hrsg.): *LAG Soziokultur und Kulturpädagogik Rheinland-Pfalz 2004. 16 exemplarische Projekte*, Koblenz: Selbstverlag, 19 S.

Landesverband Soziokultur Hamburg e. V. (Hrsg.): *Jahresbericht Soziokultur 2004/2005. Erfolgsbilanz* (Landesverband-Info, Mitgliederliste), Hamburg: Selbstverlag, 35 S.

Radermacher, Norbert: »Breitenkultur findet wenig Beachtung. Plädoyer für eine Fortsetzung der Debatte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 16–17

Spieckermann, Gerd: »Soziokulturelle Zentren und ihr Publikum. Aktuelle Entwicklungen und Trends«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 171–182

Stadt Dortmund, Kulturbetriebe Dortmund (Hrsg.): *Stadtteilarbeit der Kulturbetriebe Dortmund 2004*, Dortmund: Selbstverlag (Dortmunder Berichte), 82 S.

Wehrspaun, Michael/Eick, Martina: »Nachhaltigkeit als soziokulturelles Reformprojekt«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 2/2005, S. 6–7

5.10 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung

BDK-Mitteilungen. Fachzeitschrift des Bundes Deutscher Kunsterzieherinnen und Kunsterzieher e. V., Hannover: BDK e. V. Fachverband für Kunstpädagogik (vierteljährlich)

Infodienst Kulturpädagogische Nachrichten, Unna: Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen (zweimonatlich)

kultur – kompetenz – bildung. Konzeption kulturelle Bildung. Regelmäßige Beilage zu Politik & Kultur, (zweimonatlich)

Kultur. Politik. Diskurs: Aus Lehre und Forschung des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim, Hildesheim: Gerstenberg (jährlich)

Antczack, Stephan B.: »Was macht mein Leben gelungen? Notwendigkeit und Probleme ästhetischer Bildung«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2005, S. 6–9

Bischoff, Johann/Brandi, Bettina (Hrsg.): *Kulturpädagogik. Berufsbild, Qualifikationsansprüche und Positionen*, Aachen: Shaker (Merseburger medienpädagogische Schriften, 2), 407 S.

Braun, Eckhard: »Jugend als Kulturpublikum«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 359–372

Buschkühle, Carl-Peter: »Kunst in der Bildungsreform«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 2/2005, S. 38–42

Deutscher Bühnenverein/Kulturwissenschaftliches Institut Essen (Hrsg.): *Zukunft durch ästhetische Bildung. Dokumentation des Symposium in Dortmund, 8. Mai 2004*, Köln: Deutscher Bühnenverein, 90 S.

Deutscher Kulturrat/Fuchs, Max/Schulz, Gabriele/Zimmermann, Olaf (Hrsg.): *Kulturelle Bildung in der Bildungsdiskussion. Konzeption Kulturelle Bildung III*, Berlin: Selbstverlag, 470 S.

Engel, Birgit (Hrsg.): *Schule als Kunstort. Über den Beginn eines künstlerischen Schulentwicklungsprojekts an der Bertolt-Brecht-Gesamtschule Löhne*, Bielefeld/Löhne: frauenkunstforum-owl e. V./Bertolt-Brecht-Gesamtschule, 49 S.

Fuchs, Max: »Jugend, Kunst, Kultur. Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 341–347

Gaupmann, Rosmarie: »München: ›Kultum‹ – eine Kulturinitiative von Stadtbibliotheken und Elternbeiräten«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 10/2005, S. 664– 666

Glaser, Hermann: »Gesucht: Schiller von innen. Anmerkungen zum ›Stillstand im Fortschritt‹«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 77 (2005), S. 17– 18

Göhmann, Lars: »Amateurtheater und Kulturelle Bildung«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 4/2005, S. 6–9

Gries, Katja/Wolter, Heidrun: »Zur Vermittlung zeitgenössischer Kunst – Von der Interaktion zur Reflexion«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 4/2005, S. 25–29

Hamburgische Bürgerschaft: »Kinder-Kultur-Zeitung: Förderung von Kinder-Kultur oder Zeitung? Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der GAL-Fraktion«, *Drucksache* 18/1996 (24.3. 2005), Hamburg

Hamburgische Bürgerschaft: »Weniger Geld für die Fabrik: weniger Kinder- und Jugendkultur? Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der GAL-Fraktion«, *Drucksache* 18/2174 (28.4. 2005), Hamburg

Heinen, Ulrich: »Bildungsauftrag Kunstpädagogik. Eine polemische Antwort auf eine Polemik«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2005, S. 11–13

Honig, Christoph: »Alles wird Spiel?«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 74 (2005), S. 38–39

Honig, Christoph: »Kulturpädagogische Projektarbeit und Schule am Beispiel von AKKI Düsseldorf«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 232–238

Hümpel-Lutz, Christine/Schrader, Gertrud: »Fotografische Prozesse im Unterricht. Aktuelle Relevanz fotografischer Prozesse im Unterricht«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 2/2005, S. 15–17

Jellonek, Burkhard: »Besessene Entdecker, hochtourige Lerner. Rettungsanker kulturelle Bildung. Zum Wohle der Kinder: Kultureinrichtungen müssen sich stärker in der Pädagogik engagieren«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 7–8/2005, S. 13–15

Kaehlbrandt, Roland u. a.: »Schwerpunkt: Bildungspotenziale«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 3/2005, S. 4–26

Kleensang, Stella: »Kulturelle und freizeitpädagogische Angebote in Hamburger Ganztagsschulen«, in: *querlight*, Heft 34 (2005), S. 12–13

Kraus, Josef: *Der Pisa-Schwindel. Unsere Kinder sind besser als ihr Ruf*, Wien: Signum Verlag, 247 S.

Landtag Rheinland-Pfalz: »Kulturelle Bildung in Rheinland-Pfalz. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 14/4898 (25.1.2006), Mainz

Liebich, Heimo/Marx, Julia/Zacharias, Wolfgang (Hrsg.): *Bildung in der Stadt. Kooperativ, Kreativ, Kommunal*, München: Selbstverlag, 184 S.

Mahlert, Ulrich: *Über ästhetische Bildung und ihre Funktionen*, Regensburg: ConBrio Verlag (Schriftenreihe des Deutschen Tonkünstlerverbandes Berlin, 2), 48 S.

Maldoom, Royston: »›Kinder wollen Grenzen‹. Gespräch«, »Rhythm is it«, in: *Thema Böll*, Heft 1/2005, S. 24–27

Maouche, Jean Jacques: »Zur Kunst verführen. Neue Rolle für eine Kulturschule«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 74 (2005), S. 18–19

Meisterjahn-Knebel, Gudula: »Persönlichkeit bilden! Montessori-Pädagogik und Kulturarbeit«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 74 (2005), S. 22–23

Mertens, Gerald: »Zwischen Bildungsauftrag und Feigenblatt. Eine systematische Analyse der Kinder- und Jugendarbeit von deutschen Orchestern«, in: *Das Orchester*, Heft 1/2005, S. 10–17

Meseth, Wolfgang: *Aus der Geschichte lernen. Über die Rolle der Erziehung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur*, Frankfurt am Main: Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität (Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft: Reihe Monographien, 4), 256 S. (Diss.)

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS)/Ministerium für Schule, Jugend und Kinder (MSJK)/Städtetag NRW/Städte- und Gemeindebund NRW: »Bibliotheken und Schule werden Bildungspartner in NRW. Gemeinsame Erklärung«, in: *ProLibris*, Heft 2/2005, S. 83–84

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS)/Ministerium für Schule, Jugend und Kinder (MSJK)/Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen: »Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit in offenen Ganztagsgrundschulen«, in: *ProLibris*, Heft 2/2005, S. 85–86

Ommen, Eilert: »Museum und Ganztagsschule. Eine große sozial- und bildungspolitische Chance«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 66 (2005), S. 13–18

Peters, Martina: »Wenn die MUS-E küsst ... Ein künstlerisches Programm fördert die soziale Kompetenz«, in: *forum kriminalprävention*, Heft 4/2005, S. 18–20

Pinkert, Ute: *Transformation des Alltags: Theaterprojekte der Berliner Lehrstückpraxis und Life Art bei Forced Entertainment. Modelle, Konzepte und Verfahren kultureller Bildung*, Berlin u. a.: Schibri, 347 S., Diss.

Porombka, Stephan/Schneider, Wolfgang/Wortmann, Volker (Hrsg.): *Jahrbuch Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis*. Band 1: *Kollektive Kreativität*, Tübingen: Francke Verlag, 200 S.

Schneider, Wolfgang: »Die Kunst, Kindern die Künste zu vermitteln. Ästhetische Bildung als kulturpolitischer Auftrag«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 329–340

Schorn, Brigitte u. a.: »Schwerpunktthema: Schlüsselkompetenzen«, in: *Korrespondenzen. Zeitschrift für Theaterpädagogik*, Heft 46 (2005), S. 31–38

Schulze, Joerg: »FriendlyMonsters. Ein PlayArt-Projekt«, in: *forum kriminalprävention*, Heft 4/2005, S. 16–17

Selle, Gert: »Kunstpädagogik und ihre Globalisierung«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2005, S. 2–3

Selle, Gert: »Kunst in der Grundschule. Ein Rahmen-(lehr)plan für drei Länder: Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2005, S. 4–8

Stránský, Zbynék Z.: »Museum studies. Auf der Suche nach sich selbst«, in: *Museum aktuell*, Heft 114 (2005), S. 33–40

Treudt, Peter: »›Über den Tanz zur Zahl‹. Kooperationen für kreativen Tanz in der offenen Ganztagsschule«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 70–71

Vaßen, Florian u. a. : »Ganztagsschule und Theaterpädagogik. Schwerpunktthema«, in: *Korrespondenzen. Zeitschrift für Theaterpädagogik*, Heft 46 (2005), S. 6–30

Voesgen, Hermann: »Der Studiengang ›Kulturarbeit‹ an der Fachhochschule Potsdam«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 172–182

Wanka, Johanna: »Stärkung der kulturellen Bildung in Deutschland«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 4/2005, S. 14–17

Welck, Karin von: »Kinder- und Jugendkulturarbeit in Hamburg. Interview«, in: *Spiel & Bühne*, Heft 4/2005, S. 18–19

Welck, Karin von: »›Wir brauchen ein Kontinuum‹. Über Vernetzung von Kultureinrichtungen und Schulen zum Zweck einer gemeinsamen kultur- und musikpädagogischen Arbeit. Ein Gespräch«, in: *Das Orchester*, Heft 1/2005, S. 27–29

Zacharias, Wolfgang: »›Kinder zum Olymp!‹ die Zweite. Europäischer Kongress zur kulturellen Bildung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 56–57

Zacharias, Wolfgang: »Kreative Netzwerke«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 74 (2005), S. 16–17

Zacharias, Wolfgang: »Kulturpublikum von und für morgen?«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 373–385

5.11 Archive

Der Archivar. Mitteilungsblatt für das deutsche Archivwesen, Düsseldorf: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (viermal jährlich)

»Archive« (Schwerpunktthema), in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 1–2/2005, S. 6–22

»13. Deutsch-Niederländisches Archivsymposion am 11. und 12. November 2004 in Bocholt: Thema: Dokumentationsprofile – Informationssicherung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Archive und der Archivare« (Schwerpunkt), in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 62 (2005), S. 2–41

»57. Westfälische Archivtag, 15. und 16. März in Bad Lippspringe« (Schwerpunkt), in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 63 (2005), S. 2–46

Aleksander, Karin: »Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Fraueninformationseinrichtungen. Kurzbericht über die 40. Tagung des Netzwerkes der deutschsprachigen Frauen- und Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationseinrichtungen in Frankfurt/Main vom 28.-30. Oktober 2005«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 12/2005, S. 1637–1640

Altenhöner, Reinhard: »Daten für die Zukunft – Das BMBF-Projekt Kooperativer Aufbau eines Langzeitarchivs digitaler Informationen (kopal) und seine Hintergründe«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 2/2005, S. 192–198

Arndt, Susan: »Die Archive der Vergangenheit ordnen. Wert und Sinn von Sonderarchiven in der Offenen Gesellschaft«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 3/2005, S. 515–522

Becker, Christa: »›Das historische Erbe sichern! Was ist aus kommunaler Sicht Überlieferungsbildung?‹. Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag«, in: *Der Archivar*, Heft 2/2005, S. 87–88

Bender, Wolfgang/Lusiardi, Ralf/Reichert, Bettina: »Archivare auf internationaler Lösungssuche – der Stage technique international d'archives 2004«, in: *Der Archivar*, Heft 2/2005, S. 124–126

Deutscher Städtetag: »Das historische Erbe sichern! Was ist aus kommunaler Sicht Überlieferungsbildung? Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 62 (2005), S. 45–46

Gerlach, Annette/Schaper, Uwe: »Bestandserhaltung in Berlin und Brandenburg. Auswertung einer Umfrage in Archiven und Bibliotheken«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 12/2005, S. 1552–1582

Graßmann, Walter: »Archive und Bibliotheken – Kooperationen bei der Bestandserhaltung«, in: *Der Archivar*, Heft 3/2005, S. 199–200

Illner, Eberhard: »Sammlungen und private Archive – eine Aufgabe für kommunale Archive?«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 62 (2005), S. 41–44

Kretzschmar, Robert: »Stuttgart als Ort nutzbarer Archive. Zur Entstehung einer städtischen Archivlandschaft«, in: *Der Archivar*, Heft 3/2005, S. 171–183

Mantelli, Brunello: »Im Reich der Unsicherheit? Italienische Archive und die Erforschung des Faschismus«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Heft 4/2005, S. 601–614

Oßwald, Achim: »Langzeitarchivierung im internationalen Vergleich. Bericht von der International Conference on Preservation of Digital Objects (iPRES), 15.–17. September 2005 in Göttingen«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/2005, S. 320–325

Schmitt, Heiner: »Internationaler Archivkongress 2004 in Wien«, in: *Der Archivar*, Heft 1/2005, S. 3–6

Tiemann, Katharina: »Kommunalarchive und Verwaltungsreform«, in: *Der Archivar*, Heft 3/2005, S. 193– 198

Worm, Peter: »Archivische Aufgaben der Kommunen im digitalen Zeitalter«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 63 (2005), S. 55–57

5.12 Baukultur

Arch+. Zeitschrift für Architektur und Städtebau, Aachen: Arch+ (vierteljährlich)

Der Architekt. Organ des Bundes Deutscher Architekten BDA, Darmstadt: Das Beispiel (monatlich)

Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): *Sprung über die Elbe. Hamburg auf dem Weg zur internationalen Bauausstellung. IBA Hamburg 2013*, Hamburg: Behörde für Stadtenwicklung und Umwelt, 94 S.

Großmann, Achim: »Auf dem Weg zur Stiftung? Die Bundesstiftung Baukultur«, in: *Stadt und Gemeinde interaktiv*, Heft 7–8/2005, S. 265–267

Kähler, Gert/Weeber, Hannes/Weeber, Rotraut/Bundesministerium f. Verkehr, Bau- u. Wohnungswesen: *Baukultur! Informationen, Argumente, Konzepte*, Hamburg: Junius, 176 S.

Schwalfenberg, Claudia: »Baukultur in der Bildungsreformdiskussion«, in: Deutscher Kulturrat (Hrsg.): *Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion, Konzeption Kulturelle Bildung III*, Berlin: Deutscher Kulturrat, S. 322–325

6 Weitere kulturpolitische Themen und Felder

6.1 Interkulturelle Kulturarbeit

Abgeordnetenhaus Berlin: »Förderung von Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten in Berlin. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion«, *Drucksache* 15/13086 (30.1.2006), Berlin

Androutsopoulos, Jannis: »Virtuelle Öffentlichkeit von Migranten«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 299– 308

Auernheimer, Georg/Gaitanides, Stefan u. a.: »Interkulturelle Kommunikation und Kompetenz«, in: *Migration und Soziale Arbeit*, Heft 1/2005, S. 15–48

Bayerischer Landtag: »Das BLK-Programm ›Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund FörMig‹. Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der BÜNDNIS 90/GRÜNEN«, *Drucksache* 15/3163 (14.4.2005), München

Boos-Nünning, Ursula/Karakasoglu, Yasemin: *Viele Welten. Eine Untersuchung zu Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund*, Münster: Waxmann, 580 S.

Carbe, Monika: »Die Türkische Bibliothek als Portal zu einer Literatur im Wandel. Durch Nacht und Nebel von Istanbul nach Hakkâri«, in: *Melez*, Heft 1/2005, S. 20–23

Datta, Asit: »Interkulturelles Lernen – Warum heute, warum so?«, in: *Die Brücke*, Heft 1/2005, S. 34–36

Deutsch-polnische Forschergruppe (Hrsg.): *Interkulturelle Betrachtungen kultureller Bildung in Grenzregionen – mit Buckower Empfehlungen*, Berlin: Abteilung Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Philosophische Fakultät IV der Humboldt-Universität zu Berlin (Erwachsenenpädagogischer Report, 6), 156 S.

Findeisen, Ina: *Integrationsförderung von Russlanddeutschen. Eine soziologische Fallstudie zum Figaro-Projekt der Volkshochschule Konstanz-Singen*, Konstanz: Hartung-Gorre (Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft, 68), 210 S.

Gogolin, Ingrid/Krüger-Potraz, Marianne (Hrsg.): *Einführung in die interkulturelle Praxis*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Einführungstexte Erziehungswissenschaft, 9), 200 S.

Graser, Rolf: »MigrantInnen als Publikum«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 289–298

Greve, Martin: »Erfolg und Ausgrenzung türkischer Musiker in Deutschland«, in: *Melez*, Heft 1/2005, S. 8–12

Hamburgische Bürgerschaft: »Integrationsprogramm HIPPY. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der GAL-Fraktion«, *Drucksache* 18/3140 (07.11.2005), Hamburg

Hamburgische Bürgerschaft: »Migration, Integration und Bildung. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der GAL-Fraktion«, *Drucksache* 18/1567 (13.4.2005), Hamburg

Klahn, Andrej: »Zur Not auch vor dem Reichstag. Vor ungewisser Zukunft: Das ›Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland‹ in Köln«, in: *K.West*, Heft 11/2005, S. 6–9

Kolland, Dorothea: »›Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 6–7

Kolland, Dorothea: »›Neues aus Babylon‹. Ein interkulturelles Bibliotheksprojekt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 111 (IV/2005), S. 50–52

Kröger, Franz: »Die Welt vor der eigenen Haustür. Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 108 (I/2005), S. 63–64

Kulturpolitische Gesellschaft, Regionalgruppe Rhein-Neckar (Hrsg.): *Dokumentation zur Fachtagung VisaVis – Kultur in der Einwanderungsgesellschaft am 16. Februar 2005 im Kulturzentrum Alte Feuerwache Mannheim*, Ludwigshafen: Selbstverlag, 38 S.

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Inter: Kultur:NRW 2004. Dokumentation einer Tagung des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen am 8. Oktober 2004 im NRW-Forum Kultur und Wirtschaft Düsseldorf*, Düsseldorf: Selbstverlag, 40 S.

Mora, Terézia/Ayata, Imran/Kaminer, Wladimir/Kermani, Navid: »›Ich bin ein Teil der deutschen Literatur, so deutsch wie Kafka‹. Ein Gespräch«, in: *Literaturen*, Heft 4/2005, S. 26–31

Noack, Ruth u. a.: »›Die Frage nach der Herkunft ist rassistisch‹ (Boris Groys). Kommentare dazu«, in: *Böll*, Heft 2/2005, S. 20–23

Sönmez, Necmi: »Die türkische zeitgenössische Kunst ist auf einem neuen Kurs«, in: *Melez*, Heft 1/2005, S. 38– 39

Süssmuth, Rita (Hrsg.): *Streetsoccer & Co. Wie Integration gelingen kann*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung, 208 S.

Thränhardt, Dietrich: »Entwicklung durch Migration: ein neuer Forschungsansatz«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 27/2005, S. 3–11

6.2 Kultur und Nachhaltigkeit

Zeitschrift Entwicklungspolitik, Bonn: Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Publizistik (zweimal im Monat)

Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (Hrsg.): *Nachhaltige Entwicklung von Stadtteilen. Ergebnisse und Produkte des Europäischen Forschungs- und Demonstrationsprojektes HQE2R*, Dresden (IÖR-Texte, 149), 122 S.

Klein, Armin: »Nachhaltigkeit als Ziel von Kulturpolitik und Kulturmanagement – ein Diskussionsvorschlag«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 9–28

Lemcke, Beate: »Ein Schloss für die Kunst. Wie ein Förderverein Kultur und Natur zusammenbringt«, in: *Junge Kunst*, Heft 63 (2005), S. 44–47

Richter, Emanuel: »Nachhaltigkeit – zeitgemäße Dimensionen eines politischen Begriffs«, in: *Leviathan*, Heft 2/2005, S. 257–272

Sächsischer Landtag: »Die Beteiligung des Freistaates an der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Linksfraktion/PDS-Fraktion«, *Drucksache* 4/519 (28.2.2005), Dresden

Stoltenberg, Ute/Muraca, Barbara/Nora, Eriuccio (Hrsg.): *Nachhaltigkeit ist machbar. Das ›Schaufenster für eine nachhaltige Entwicklung‹ als innovatives Projekt zur Kommunikation und Entwicklung von Nachhaltigkeit, La sostenibilità si può fare. La Vetrina per uno sviluppo ostenibile*, Frankfurt am Main: VAS, 332 S., dt, ital.

Völker, Wolfgang: »Aufrufe gegen die agenda2010 – Versuch zur Durchsicht und zum Durchblick«, in: *Widersprüche*, Heft 97 (2005), S. 11–31

6.3 Frauen in Kunst und Kultur

Frauen, Kunst, Wissenschaft. Rundbrief, Marburg: Jonas (vierteljährlich)

Donat, Jutta: »Leipzigs stille Stars. Kunst-Kommerz-Knete? Oder: Was für ältere Künstlerinnen übrig bleibt. Zeit des Alterns, Zeit der Sorgen? (Ost)«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 4/2005, S. 10–11

Mörsch, Carmen: »Künstlerinnen in der Kulturvermittlung«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 217–225

Paternoga, Sabrina: »Orchestermusikerinnen. Frauenanteile an den Musikhochschulen und in den Kulturorchestern. Geschlechts- und instrumentenspezifische Vollerhebung an deutschen Musikhochschulen und in den Orchestern«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2005, S. 8–14

Tardini, Elli: »Karrierestrategien für KünstlerInnen. In die Ecke gedrängt?«, in: *Junge Kunst*, Heft 65 (2005), S. 14–17

6.4 Ländliche Kulturarbeit, Kulturarbeit in der Provinz

der landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart: W. Kohlhammer (monatlich)

Kramer, Dieter: »Der Sau Ende ist der Wurscht Anfang. Provinzpublikum ist auch nicht mehr das, was es einmal war«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 309–320

Landtag von Baden-Württemberg: »Auswertung des Landesprogramms zur ›Förderung der Kulturpflege im ländlichen Raum‹. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion«, *Drucksache* 13/4180 (23.3.2005), Stuttgart

Peuling, Gerda: »Landerleben im Schwarzwald. Kreativität und Kooperationen – Chancen im ländlichen Tourismus«, in: *Die Gemeinde*, Heft 2/2005, S. 51–52

Ziller, Christiane: »Kreative Regionen. Tagung ›Wege zu einer neuen Dorfkultur in Wittenberge‹«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 1/2005, S. 15–17

6.5 Events, Festivals, Freizeitkultur, Tourismus

Spektrum Freizeit. Forum für Wissenschaft, Politik und Praxis, Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren GmbH (jährlich drei Nummern in zwei Lieferungen, ab 1998 als Jahrbuch; bis 1995: *Freizeitpädagogik*. Zeitschrift für kritische Kulturarbeit, Freizeitpolitik und Tourismus)

Spielraum und Freizeitwert. Organ des Deutschen Kinderhilfswerks e. V./Organ des Arbeitskreis Freizeitberatung e. V., Winsen (zweimonatlich)

»Kommunale Tourismuspolitik. Reisen bereichert – auch die Kommunen«, in: *Demokratische Gemeinde*, Heft 1–2/2005, S. 8–22

Abgeordnetenhaus Berlin: »Tourismus-Potentiale und Chancen für Berlin. Große Anfrage der Abgeordneten der Fraktionen der SPD und Die Linkspartei/PDS, *Drucksache* 15/4374 (28.10.2005), Berlin

Agsten, Werner: »Kultur – Wirtschaft – Tourismus. Interdependenzen und Entwicklungsperspektiven«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 66 (2005), S. 19–22

Bayerischer Landtag: »Kulturelle Projekte zur WM 2006. Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten der Fraktion von BÜNDNIS 90/GRÜNEN«, *Drucksache* 15/3641 (27.06.2005), München

Bayerischer Landtag: »Kulturtourismus in Bayern stärken. Staatliche Kultureinrichtungen und staatliche Seenschifffahrt in die Oberbayern Card integrieren. Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 15/3342 (9.5.2005), München

Beckmann, Karin/Brandt, Arno (Hrsg.): *Kulturelle Leuchttürme in Sachsen-Anhalt. Potenziale einer kulturtouristischen Vermarktung, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit Sachsen-Anhalt*, Magdeburg: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Tourismus-Studien Sachsen-Anhalt, 17), 69 S.

Brüggemeier, Franz-Josef: »Eine virtuelle Gemeinschaft. Deutschland und die Fußballweltmeisterschaft 1954«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 4/2005, S. 610–635

Dambacher, Melanie: »City-Events. Ein Leitfaden zur professionellen Planung, Durchführung und Kontrolle von Veranstaltungen in der Innenstadt«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 40 S., C 2.20

Deutscher Bundestag: »Die vielfältigen Potentiale des Wirtschaftsfaktors Kulturtourismus erschließen. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (*Drucksache* 15/5120)«, *Drucksache* 15/5667 (14.6.2005), Berlin

Ehling, Manfred: »Zeit für Freizeit und kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus Zeitbudgeterhebungen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 87–96

Eisenberg, Christiane: »Medienfußball. Entstehung und Entwicklung einer transnationalen Kultur«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 4/2005, S. 586–609

Glaser, Uli: »Was ist hier zu retten? Das aktuelle Verhältnis von Kultur und Fußball«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 110 (III/2005), S. 66–67

Isengard, Bettina: »Freizeitverhalten als Ausdruck sozialer Ungleichheiten oder Ergebnis individualisierter Lebensführung? Zur Bedeutung von Einkommen und Bildung im Zeitverlauf«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 2/2005, S. 254–277

Landtag Rheinland-Pfalz: »Nordic Walking. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion«, *Drucksache* 14/4680 (23.11. 2005), Mainz

Landtag von Sachsen-Anhalt: »Masterplan Tourismus. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 4/2209 (14.6.2005), Magdeburg

Magdowski, Iris: »Festivals sind Symbole der Freiheit: Musik, Theater, Tanz«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 6/2005, S. 24–25,27

Mandel, Birgit: »Der Event, die Kunst und die Kultur-Konsumenten. Thesen zum Eventmarketing im Kulturbereich«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2003/2004* (Band 7), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 158–170

Müller, Hansruedi: »Kulturtourismus gestern – heute – morgen«, in: *Neue Wege im Kultur-Städte-Tourismus*, S. 9–19

Pohle, Hans: »(Wie-)viel Raum für Tourismus? Raumordnungskonferenz Sachsen-Anhalt/Thüringen«, in: *ARL-Nachrichten*, Heft 4/2005, S. 46–49

Scherreiks, Sandra: *Grüne Hölle oder schillerndes Paradies? Zur Geschichte und kulturellen Bedeutung von Erlebnisparks in Deutschland*, Münster: Waxmann Verlag (Kieler Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte, 4), 250 S.

Wöhler, Karlheinz (Hrsg.): *Erlebniswelten. Herstellung und Nutzung touristischer Welten*, Münster: Lit (Tourismus. Beiträge zu Wissenschaft und Praxis, 5), 216 S.

6.6 Kultur und Kunst als Beruf

»Arbeitslosigkeit und Folgen der Hartz-Reformen für Theaterleute«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 8/2005, S. 44–45

Brune, Ulrike: »Der freie Mitarbeiter. Gesetzliche Vorgaben und Handlungsspielräume«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 44 S., D 2.2 (ersetzt 2002)

Brune, Ulrike: »Vertrag über freie Mitarbeit – Praktikantenvertrag – Volontariatsvertrag«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 16 S., L 7.7 (ersetzt 2002)

Brune, Ulrike/Schmitz-Scholemann, Christoph: »Arbeitsverhältnisse der Künstler – Teil 1«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 40 S., D 3.1 (ersetzt 2003)

Brune, Ulrike/Schmitz-Scholemann, Christoph: »Arbeitsverhältnisse der Künstler – Teil 2«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1998 ff.), 42 S., D 3.2 (ersetzt 2003)

Cramer, Ursula: »Die Parteien und die Künstlerinnen und Künstler«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2005, S. 8–13

Feinberg, Anat: *Nachklänge. Jüdische Musiker in Deutschland nach 1945*, Berlin: Philo, 272 S.

Greitemeier, Ferdinand: »Schaffung von Arbeitsgelegenheiten auf der Basis von Ein-Euro-Jobs«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 63 (2005), S. 21–24

Haak, Carroll: »Beruf: Künstler. Beschäftigung im Kultursektor«, in: *WZB-Mitteilungen*, Heft 109 (2005), S. 36–39

Herdlein, Hans: »Kulturelle Substanz erhalten – Arbeitslosigkeit im Entstehen bekämpfen«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 5/2005, S. 4–5

Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, 270 S.

Mannes, Peter: »Die wirtschaftliche und soziale Situation bildender Künstlerinnen und Künstler. Schwerpunkt: Die Lage der Künstlerinnen«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2005, S. 20–23

Martin, Ariane/Roßbach, Nikola (Hrsg.): *Begegnungen: Bühne und Berufe in der Kulturgeschichte des Theaters*, Tübingen: Francke (Studien und Texte zur Kulturgeschichte der deutschsprachichen Literatur (KULI), 3), 258 S.

Mertens, Gerald: »Philharmonisches Paradies? Arbeitsmarkt- und Berufssituation von Orchestermusikern«, in: *Politik und Kultur* (*puk*), Heft 1/2005, S. 18–19

Mirschel, Veronika: »In der Sahelzone der Einkommen. Zur sozialen Lage von KünstlerInnen und freien Medienschaffenden«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2005, S. 23–25

Müller-Jentsch, Walther: »Künstler und Künstlergruppen. Soziologische Ansichten einer prekären Profession«, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 2/2005, S. 159–177

Schöne, Ralf: »Tätig für den Chor. Abhängige Beschäftigung: Der Minijob«, in: *Chor und Konzert*, Heft 3/2005, S. 34–40

Söndermann, Michael: »Beschäftigung im Kultursektor in Deutschland 2003/2004. Ergebnisse aus der Kulturstatistik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*. Thema: *Kulturpublikum*, Essen: Klartext, S. 459–475

Sojitrawalla, Shirin: »Für mehr Fluktuation am Theater. Bild & Bühne in Mainz ist die erste Agentur für Regisseure und Bühnenbildner«, in: *Theater der Zeit*, Heft 4/2005, S. 34–36

Sotrop, Hans Wilhelm/Kohlhaas, Manfred: »Reichlich Arbeit aber kein Einkommen. 15 Fragen zu Hartz IV in der freien Kunst«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2005, S. 18–19

Stoll, Ulrike: *Kulturpolitik als Beruf. Dieter Sattler (1906–1968) in München, Bonn und Rom*, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen, 98), 594 S.

Taube, Gerd u. a.: »Das Ensemble potenziert die Kreativität. Ausbildung zum Puppenspieler in Berlin«, in: *double. Magazin für Puppen-, Figuren- und Objekttheater*, Heft 3/2005, S. 17–20

Technau, Silke/Schlaffke, Stephan: »›Und was machen Sie beruflich?‹ Figurentheater zwischen Tradition und zeitgenössischem Theater«, in: *die Gazette Freie Theater*, Heft IV/2005, S. 2–5

Trojahn, Manfred: »Viel Raum für Kunst ist nicht geblieben. Komponisten und Verleger vor ihrer Abschaffung«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 5/2005, S. 1–3

Weinhold, Kathrein: *Selbstmanagement im Kunstbetrieb. Handbuch für Kunstschaffende*, Bielefeld: transcript Verlag, 315 S.

Trojahn, Manfred: »Eine Gesellschaft ohne Utopie ist keine mehr. Der Berufsmusiker in Ausbildung und Arbeitswelt«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 12/2005–1/2006, S. 13–14

Wagner, Bernd: »Die Vermittlung der Vermittlung«, in: Mandel, Birgit: *Kulturvermittlung – zwischen kultureller Bildung und Kulturmarketing. Eine Profession mit Zukunft*, Bielefeld: transcript, S. 133–142

Zimmermann, Harm-Peer (Hrsg.): *Empirische Kulturwissenschaft. Europäische Ethnologie. Kulturanthropologie. Volkskunde. Leitfaden für das Studium einer Kulturwissenschaft an deutschsprachigen Universitäten Deutschland – Österreich – Schweiz*, Marburg: Jonas Verlag, 304 S.

6.7 Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt

Analyse-Reihe ›betrifft: Bürgergesellschaft‹, Bonn: Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat (unregelmäßig, mindestens einmal im Monat)

Behrens, Fritz/Heinze, Rolf G./Hilbert, Josef/Stöbe-Blossey, Sybille (Hrsg.): *Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie*, Berlin: edition sigma (Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband, 23), 488 S.

Connemann, Gitta: »Bürgerschaftliches Engagement – Voraussetzung für ein lebendiges Musikleben«, in: *Musikforum*, Heft 3/2005, S. 34–36

Debrow, Anja/Pilzer, Harald: »... weil ich etwas Sinnvolles tun möchte! Freiwilligen-Arbeit in der Stadtbibliothek Bielefeld: Ein Erfahrungs- und Zwischenbericht aus einem sozialen und berufspolitischen Experiment«, in: *ProLibris*, Heft 2/2005, S. 80–82

Gensicke, Thomas: »Freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999 bis 2004 im Trend: Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement«, in: *NST-Nachrichten*, Heft 5/2005, S. 108–112

Hessischer Landtag: »Einführung der Ehrenamtscard (E-Card) und Verhältnis zur JugendleiterInnen-Card (Juleica). Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 16/3656 (17.3.2005), Wiesbaden

Kahle, Irene: »Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/ 2002«, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4/2005, S. 311–317

Knoblich, Tobias J.: »Das Freiwillige Soziale Jahr im Kulturbereich. Erfahrungen und Perspektiven aus Sicht des Einsatzfeldes Soziokultur«, in: *Handbuch Kultur-Management*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung 1992 ff.), 22 S., G 4.3

Landtag Rheinland-Pfalz: »Fördern, stärken, anerkennen: Bürgerschaftliches Engagement und aktive Bürgergesellschaft in Rheinland-Pfalz. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten der SPD-Fraktion«, *Drucksache* 14/4840 (9.1.2006), Mainz

Landtag Rheinland-Pfalz: »Versicherungsschutz im Ehrenamt. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion«, *Drucksache* 14/3828 (16.2.2005), Mainz

Landtag Rheinland-Pfalz: »Ehrenamtspreis 2005 für herausragende kommunale Projekte. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der CDU-Fraktion«, *Drucksache* 14/4727 (30.11.2005), Mainz

Looz-Corswarem, Clemens von: »Gewinnung personeller Ressourcen für ein Stadtarchiv – Zusatzkräfte und ehrenamtliche Mitarbeiter«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 63 (2005), S. 15–21

Nitschke, Peter (Hrsg.): *Die freiwillige Gesellschaft. Über das Ehrenamt in Deutschland*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang, 196 S.

Polley, Rainer: »Rechtsfragen bei der Präsentation und Benutzung digitaler Publikationen im archivischen Kontext«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 63 (2005), S. 33–39

Reuter, Judith: *Verfassungsrechtliche Grundlagen des bürgerschaftlichen Engagements*, Frankfurt am Main u. a.: Lang (Verfassungs- und Verwaltungsrecht unter dem Grundgesetz, 32), 340 S.

Schwertmann, Philipp: »Ein Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft? Stiftungen und ihre Förderung bürgerschaftlichen Engagements«, in: *Maecenata actuell*, Heft 54 (2005), S. 9–11

Verhoeven, Jennifer: »Ehrenamt in der Denkmalpflege 2005«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 4/2005, S. 42–44

Wiechers, Rüdiger: »Menschliche Städte: Wege zu mehr bürgerschaftlichem Engagement«, in: Friedemann, Jens/Wiechers, Rüdiger (Hrsg.): *Städte für Menschen, Grundlagen und Visionen europäischer Stadtentwicklung*, Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag, S. 337–353

Zimmer, Annette/Vilain, Michael: *Bürgerschaftliches Engagement heute*, Ibbenbüren: IVD (Schriftenreihe der Stiftung Westfalen-Initiative, 10), 146 S.

Kulturpolitische Institutionen, Gremien, Verbände

Europa

Europarat/Council of Europe
Culture and Cultural Heritage Department
Leitung: Daniel Thérond
Palais de Europa, avenue de l'Europe
F 67075 Strasbourg Cédex
Tel.: ++33-3-88 41-2252/3748,
Fax: ++33-3-88 41-2755
daniel.therond@coe.int, www.coe.int

Culture and Cultural Heritage Department
Information Manager: Gesa Büttner
Directorate General IV
F 67075 Strasbourg Cédex
Tel.: ++33-3-88 41-2642, Fax: ++33-3-88 41-3782
gesa.buttner@coe.int, www.coe.int/Culture/

Europäisches Parlament
Ausschuss für Kultur und Bildung
Vorsitzender: Nikolaos Sifunakis
Stellv. Vorsitzende: Dr. Helga Trüpel
Bât. Altiero Spinelli 11G102
60, Rue Wiertz, B 1047 Brüssel
Tel.: ++32-2-284-2111, Fax: ++32-2-284-9290
nsifunakis@europarl.eu.int
htruepel@europarl.eu.int, www.europarl.eu.int

Informationsbüro für Deutschland
Leiter: Dr. Klaus Löffler
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel.: 030-2280-1000, Fax: 030-2280-1111
epberlin@europarl.eu.int, www.europarl.de

Informationsbüro München
Leiter: Frank Piplat
Erhardtstraße 27, 80331 München
Tel.: 089-2020-879-0, Fax: 089-2020-879-73
epmuenchen@europarl.eu.int

Kommission der Europäischen Gemeinschaft
Kommisar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit: Ján Figel
Tel.: ++32-2-29-88716
CAB-Figel@cec.eu.int
Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien: Dr. Viviane Reding
Tel.: ++32-2-29-60746,
viviane.reding@cec.eu.int

Generaldirektion (GD) Bildung und Kultur
GenDir Odile Quintin
Tel.: ++32-2-29-92277/91960
eac-info@cec.eu.int
Rue de la Loi/Wetstraat 200, B 1049 Brüssel
www.europa.eu.int

Europäisches Kulturportal
htttp://europa.eu.int/comm/culture/portal/index_de.htm

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Leiter: Dr. Gerhard Sabathil
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel.: 030-2280-0, Fax: 030-2280-2222
eu-de-kommission@cec.eu.int, www.eukommission.de

Vertretung in Bonn
Leiterin: Barbara Gessler
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4, 53111 Bonn
Tel.: 0228-53009-0, Fax: 0228-53009-50
eu-d-bonn@cec.eu.int

Vertretung in München
Leitung: Jochen Kubosch
Erhardtstraße 27, 80331 München
Tel.: 089-242448-0, Fax: 089-242448-15
eu-d-bonn@cec.eu.int

Cultural Contact Point Germany (CCP)
Leitende Referentin: Sabine Bornemann
Kulturpolitische Gesellschaft e. V.
Weberstraße 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-20135-0, Fax: 0228-20135-29
info@ccp-deutschland.de, www.ccp-deutschland.de

Institutionen auf Bundesebene

Bundespräsidialamt (BPrA)
Schloß Bellevue
Spreeweg 1, 10557 Berlin
Tel.: 030-2000-0, Fax: 030-2000-1999
poststelle@bpra-bund.de, www.bundespraesident.de

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Ref. Kultur und Medien
Leiter: Dietrich Graf von der Schulenburg
Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin

Tel.: 01888-272-3281, Fax: 01888-272-3259
pressestelle-bkm@bpa-bund.de,
www.bundesregierung.de

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Staatsminister Bernd Neumann

Dienstsitz des Kulturstaatsministers
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
Tel.: 01888-400-2060, Fax: 01888-400-1808

Dienstsitz der Behörde in Berlin
Stresemannstraße 94, 10963 Berlin
Leiter der Abteilung Kultur und Medien:
MinDir Prof. Dr. Hermann Schäfer
Tel.: 01888-400-2700

Dienstsitz der Behörde in Bonn
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Tel.: 01888-681-3837, Fax: 01888-681-3821
poststelle@bkm.bmi.bund.de,
www.kulturstaatsminister.de

Gruppe K 1 Grundsatzfragen der Kulturpolitik, Rechtliche Rahmenbedingungen der Kultur, Zentrale Angelegenheiten: N. N.

Gruppe K 2 Kunst- und Kulturförderung, Schwerpunktförderung Neue Länder: Dr. Sigrid Bias-Engels
Tel.: 01888-681-3636, Fax: 01888-681-3897

Gruppe K 3 Medien, Internationale Angelegenheiten im Kultur- und Medienbereich: MinDir Hans-Ernst Hanten
Tel.: 01888-681-3666, Fax: 01888-681-3866

Gruppe K 4 Pflege des Geschichtsbewusstseins, Archiv- und Bibliothekswesen, Förderung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa:
MinDir Hans-Wilhelm Hünefeld
Tel.: 01888-681-3633, Fax: 01888-681-3866

Auswärtiges Amt (AA)
Abteilung für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
MinDir Wilfried Grolig
Werderscher Markt 1, 11017 Berlin
Tel.: 01888-17-2639, Fax: 01888-17-1628
poststelle@auswaertiges-amt.de,
www.auswaertiges-amt.de

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Ref. 326 »Kulturelle Bildung«
Dr. Gisela Steffens
Heinemannstr. 2, 53175 Bonn
Tel.: 01888-57-2800, Fax: 01888-57-8-2805
gisela.steffens@bmbf.bund.de, www.bmbf.de

Bundesministerium der Justiz (BMJ)
Ref. III B 3 – Urheber- und Verlagsrecht
MinR Dr. Irene Pakuscher
Mohrenstraße 37, 10117 Berlin (PA.: 11015 Berlin)
Tel.: 01888-580-0, Fax: 01888-580-9525
poststelle@bmj.bund.de, www.bmj.bund.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Ref. 521 – KJP-Förderung, Außerschulische Jugendbildung
RefL Hans-Peter Bergner
Rochusstr. 8-10, 53123 Bonn
Tel.: 01888-555-2209, Fax: 0228-930-2221
poststelle@bmfsfj.bund.de, www.bmfsfj.de

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ref. 111 – InWEnt, Institutionen der Wissenschaft und Kultur
MinR Holger Tantz
Adenauerallee 139-141, 53113 Bonn
Tel.: 01888-535-3210, Fax: 01888-535-3210
poststelle@bmz.bund.de, www.bmz.de

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien
Vorsitzender: Hans-Joachim Otto, MdB
Stellvertreter: Siegmund Ehrmann, MdB

Unterausschuss Neue Medien
Vorsitzender: Christoph Pries, MdB
Stellvertreter: Dr. Günter Krings, MdB

Leiterin des Sekretariats: Cornelia Beek
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-34006, Fax: 030-227-36502
kulturausschuss@bundestag.de,
www.bundestag.de

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/ Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
Vorsitzender: Dr. Michael Bürsch, MdB
Stellvertreter: Klaus Riegert, MdB
Leiter des Sekretariats: Hardo Müggenburg
Tel.: 030-227-33582, Fax: 030-227-36581
buergerschaftliches.engagement@bundestag.de

Auswärtiger Ausschuss
Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
Vorsitzender: Dr. Peter Gauweiler, MdB
Stellvertreterin: Angelika Krüger-Leissner , MdB
Leiterin des Sekretariats: Frau Ludwig (kommissarisch)
Tel.: 030-227-33046, Fax: 030-227-36131
bundestag.de

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Kulturpolitischer Sprecher (Arbeitgruppe Kultur und Medien): Wolfgang Börnsen, MdB
Tel.: 030-227-77377, Fax: 030-227-76377
wolfgang.boernsen@bundestag.de, www.cducsu.de

CSU-Landesgruppe
Arbeitskreis I: Innen und Recht, Kommunalpolitik, Sport und Ehrenamt, Kultur und Medien
Vorsitzender: Stephan Mayer, MdB
Tel.: 030-227-74932, Fax: 030-227-76781
stephan.mayer@bundestag.de,
www.CSU-landesgruppe.de

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Kulturpolitische Sprecherin (Arbeitsgruppe Kultur und Medien): Monika Griefahn, MdB
Tel.: 030-227-72425, Fax: 030-227-36502
monika.griefahn@bundestag.de, www.spdfraktion.de

FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag
Medien- und kulturpolitischer Sprecher:
Christoph Waitz, MdB
Tel.: 030-227-72163, Fax: 030-227-76763
christoph.waitz@bundestag.de, www.fdp-fraktion.de
Arbeitskreis VI: Innovation, Gesellschaftspolitik und Kultur
Vors.: Uwe Barth, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-73445, Fax: 030-227-76755
uwe.barth@bundestag.de, www.fdp-fraktion.de

Fraktion die Linke im Deutschen Bundestag
Kulturpolitische Sprecherin:
Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-71208, Fax: 030-227-76534
lukrezia.jochimsen@bundestag.de,
www.linksfraktion.de

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Kulturpolitische Sprecherin:
Katrin Göring-Eckardt, MdB
Tel.: 030-227-71928, Fax: 030-227-76275
katrin-dagmar.goering-eckardt@bundestag.de,
www.gruene-fraktion.de

Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«
Vorsitzende: Gitta Connemann, MdB
Büroleiter: MR Reinhard Tegethoff
Dorotheenstraße 88, Zi 402, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-377-11, -14, Fax: 030-227-36709
vorzimmer.wf10a2@bundestag.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Präsident: Thomas Krüger
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel.: 01888-515-0, Fax: 01888-515-113
info@bpb.de, www.bpb.de

Goethe-Institut e. V.
Präsidentin: Prof. Dr. Jutta Limbach
Generalsekretär: Dr. Hans-Georg Knopp
Dachauer Str. 122, 80637 München
Tel.: 089-15921-0, Fax: 089-15921-450
info@goethe.de, www.goethe.de

Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa)
Präsident: Alois Graf von Waldburg-Zeil
Generalsekretär: Dr. Kurt-Jürgen Maaß
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-2225-0, Fax: 0711-2264346
info@ifa.de, www.ifa.de

Haus der Kulturen der Welt
Intendant: Dr. Bernd M. Scherer
John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin
Tel.: 030-39787-160, Fax: 030-394 8679
info@hkw.de, www.hkw.de

Deutsch-Französischer Kulturrat
Präsident: Nele Hertling
Generalsekretärin: Eva Hoffmann-Müller
Deutsches Sekretariat,
Am Ludwigsplatz 7, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681-501-1226, Fax: 0681-501-1269
sb@dfkr.org, www.dfkr.org

Deutsche UNESCO-Kommission (DUK)
Präsident: Walter Hirche
Generalsekretär: Dr. Traugott Schöfthaler
Kulturreferentin: Christine M. Merkel
Colmantstr. 15, 53115 Bonn
Tel.: 0228-60497-0, Fax: 0228-60497-30
info@unesco.de, www.unesco.de

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE)
Direktor: Prof. Dr. Matthias Weber
Johann-Justus-Weg 147 a, 26127 Oldenburg
Tel.: 0441-96195-0, Fax: 0441-96195-53
bkge@uni-oldenburg.de, www.bkge.de

Institutionen auf Länderebene

Bundesrat
Ausschuss für Kulturfragen
Vorsitzende: Min. Prof. Dr. Jens Goebel
Sekretariat: MinR Ulrich Raderschall
Bundesrat, 11055 Berlin
Tel.: 01888-9100-150, Fax: 01888-9100-400
pressestelle@bundesrat.de, www.bundesrat.de

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Lennéstr. 6, 53113 Bonn
Generalsekretär.: MinDir Prof. Dr. Erich Thies
Leiter Abteilung Kunst und Kultur: SenR Jürgen Kasten
Tel.: 0228-501-0, Fax: 0228-501-777
poststelle@kmk.org,
www.kultusministerkonferenz.de

Baden-Württemberg

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg
Königstraße 46, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-279-0, Fax: 0711-279-3081
presse@mwk-bw.de, www.mwk-bw.de

Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags,
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport
Tel.: 0711-2063-0, Fax: 0711-2063-299
post@landtag.bw.de, www.landtag-bw.de

Bayern

Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Staatsminister Dr. Thomas Goppel, MdL
Salvatorstraße 2, 80333 München
Tel.: 089-2186-0, Fax: 089-2186-2800
poststelle@stmwfk.bayern.de, www.stmwfk.bayern.de

Bayerischer Landtag
Maximilianeum, 81675 München
Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Tel.: 089-4126-0, Fax: 089-4126-1392
landtag@bayern.landtag.de, www.bayern.landtag.de

Berlin

Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin
Senator Dr. Thomas Flierl, MdA
Brunnenstr. 188-190, 10119 Berlin
Tel.: 030-90228-208, Fax: 030-90228-450
pressestelle@senwfk.verwalt-berlin.de,
www.senwisskult.berlin.de

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten
Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Sport
Tel.: 030-2325-2325, Fax: 030-2325-1008
verwaltung@parlament-berlin.de,
www.parlament-berlin.de

Brandenburg

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, MdL
Dortustr. 36, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-866-4999, Fax: 0331-866-4998
mwfk@mwfk.brandenburg.de, www.mwfk.brandenburg.de

Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport A 5
Tel.: 0331-966-1157, Fax: 0331-966-1210
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur A 6
Tel.: 0331-966-1148, Fax: 0331-966-1210
poststelle@landtag.brandenburg.de,
www.landtag.brandenburg.de

Bremen

Senator für Wirtschaft und Häfen, Senator für Kultur
Senator Jörg Kastendiek
Zweite Schlachtpforte 3, 28195 Bremen
Tel.: 0421-361-8400, Fax: 0421-361-8586
office@wuh.bremen.de, www.bremen.de

Bremische Bürgerschaft
Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten
Staatliche Deputation für Kultur
Tel.: 0421-361-4555, Fax: 0421-361-12432
geschaeftsstelle@buergerschaft.bremen.de,
www.bremische-buergerschaft.de

Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde
Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck
Hohe-Bleichen 22, 20354 Hamburg
Tel.: 040-42824-201, Fax: 040-42824-205
karin.v.welck@kb.hamburg.de,
www.kulturbehoerde.hamburg.de

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Kulturausschuss
Tel.: 040-42831-2408, Fax: 040-42831-2558
oeffentlichkeitsservice@bk.hamburg.de,
www.buergerschaft-hh.de

Hessen

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Staatsminister Udo Corts
Rheinstraße 23-25, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-32-0, Fax: 0611-32-3550
pressestelle@hmwk.hessen.de, www.hmwk.hessen.de

Hessischer Landtag
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA)
Tel.: 0611-350-0, Fax: 0611-350-434
pressestelle@ltg.hessen.de, www.hessischer-landtag.de

Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
Minister Prof. Dr. Dr. med. Hans-Robert Metelmann
Werderstraße 124, 19055 Schwerin
Tel.: 0385-588-0, Fax: 0385-588-7082
presse@kultus-mv.de, www.kultus-mv.de

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Tel.: 0385-525-0, Fax: 0385-525-2141
poststelle@landtag-mv.de, www.landtag-mv.de

Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister Lutz Stratmann, MdL
Leibnizufer 9, 30169 Hannover
Tel.: 0511-120-2599, Fax: 0511-120-2601
poststelle@mwk.niedersachsen.de,
www.mwk.niedersachsen.de

Niedersächsischer Landtag
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Tel.: 0511-3030-0, Fax: 0511-3030-2806
pressestelle@lt.niedersachsen.de,
www.landtag-niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Kultur
Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff
Stadttor 1, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211-837-01, Fax: 0211-837-1150
poststelle@stk.nrw.de, www.nrw.de

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Kulturausschuss A 11
Tel.: 0211-884-2145, Fax: 0211-884-3002
judith.droegeler@landtag.nrw.de, www.landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz
Staatsminister Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Wallstraße 3, 55122 Mainz
Tel.: 06131-16-0, Fax: 06131-16-2997
poststelle@mwwfk.rlp.de, www.mwwfk.rlp.de

Landtag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Ausschuss für Bildung und Jugend
Ausschuss für Wissenschaft und Weiterbildung, Forschung und Kultur
Tel.: 06131-208-0, Fax: 06131-208-2447
poststelle@landtag-rlp.de, www.landtag.rlp.de

Saarland

Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes
Minister Jürgen Schreier, MdL
Hohenzollernstr. 60, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681-501-7404, Fax: 0681-501-7500
poststelle@bildung.saarland.de,
www.bildung.saarland.de

Landtag des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken
Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Tel.: 0681-5002-0, Fax: 0681-5002-388
postmaster@landtag-saar.de, www.landtag-saar.de

Sachsen

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Staatsministerin Barbara Ludwig, MdL
Wigardstraße 17, 01097 Dresden
Tel.: 0351-564-0, Fax: 0351-564-6000
presse@smwk.sachsen.de, www.smwk.de

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Ausschuß für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
Tel.: 0351-4935-0, Fax: 0351-4935-900
info@slt.sachsen.de, www.landtag.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt
Minister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz
Turmschanzenstraße 32, 39114 Magdeburg
Tel.: 0391-567-01, Fax: 0391-567-3695
presse@mk.sachsen-anhalt.de,
www.mk.sachsen-anhalt.de

Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Ausschluss für Bildung und Wissenschaft
Tel.: 0391-560-1216, Fax: 0391-560-1123
Ausschluss für Kultur und Medien
Tel.: 0391-560-1216, Fax: 0391-560-1123
landtag@lt.lsa-net.de,
www.landtag.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Landesregierung Schleswig-Holstein
Staatskanzlei
Beauftragte für Minderheiten und Kultur:
Caroline Schwarz
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Tel.: 0431-988-1858
Caroline.schwarz@stk.landsh.de

Abeilung 3: Kultur
Abteilungsleiter: Dr. Rolf-Peter Carl
Tel.: 0431-988-5704, Fax: 0431-988-5857
maike.alleborn@stk.landsh.de,
www.landesregierung.schleswig-holstein.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus, Dürsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Bildungsausschuss
Tel.: 0431-988-1145, Fax: 0431-988-1156
bildungsausschuss@landtag.ltsh.de, www.sh-landtag.de

Thüringen

Thüringer Kultusministerium

Ministerin Prof. Dr. Jens Goebel
Werner-Seelenbinder-Str. 7, 99096 Erfurt
Tel.: 0361-379-00, Fax: 0361-379-4690
tkm@.thueringen.de, www.thueringen.de/tkm/

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt
Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien
Bildungsausschuss
Tel.: 0361-37-700, Fax: 0361-37-72016
poststelle@landtag.thueringen.de,
www.thueringen.de/tlt/

Kommunale Spitzenverbände

Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände
c/o Deutscher Städtetag
Mitglieder sind: *DSt*, *DStGB* und *DLT*

Deutscher Städtetag (DST)
Präsident: OBgm Christian Ude (München)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Dr. Stephan Articus
Dezernat Stadtentwicklung und Kultur, Bauen, Wohnen und Verkehr: Beigeordneter Folkert Kiepe
Kulturausschuss
Vorsitzender: Bgm Ulf Großmann (Görlitz)
Hauptgeschäftsstelle Köln:
Lindenallee 13-17, 50968 Köln
Tel.: 0221-3771-0, Fax: 0221-3771-128
Hauptgeschäftsstelle Berlin:
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Tel.: 030-37711-0, Fax: 030-37711-999
post@staedtetag.de, www.staedtetag.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)
Präsident: Bgm Roland Schäfer (Bergkamen)
Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied:
Dr. Gerd Landsberg
Beigeordneter für Kultur u. a.: Uwe Lübking
Tel.: 030-77307-245
uwe.luebking@dstgb.de
Ausschuss für Schule, Sport und Kultur
Vorsitzender: Bgm Walter Weinbach (Weißenthurm)

Marienstr. 6, 12207 Berlin
Tel.: 030-77307-20, Fax: 030-77307-200
dstgb@dstgb.de, www.dstgb.de
Bonner Büro: August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn
Tel.: 0228-95962-0, Fax: 0228-95962-22

Deutscher Landkreistag (*DLT*)
Präsident: LandR Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Dez. V, Referent f. Kultur u. a.: Manfred Willhöft
Tel: 030-590097-313, Fax: 030-590097-400
Manfred.Willhoeft@Landkreistag.de
Kulturausschuss
Vorsitzender: LandR Dr. Volkram Gebel (Plön)
Ulrich-von-Hassell-Haus, Lennéstr. 17, 10785 Berlin
Tel.: 030-590097-309, Fax: 030-590097-400
info@landkreistag.de, www.landkreistag.de

Stiftungen, Fonds, Verbände

Kulturstiftung des Bundes (KSB)
Vorsitzender des StiftgR: StaMin. Bernd Neumann
Künstlerische Direktorin: Hortensia Völckers
Verwaltungsdirektor: Alexander Farenholtz
Franckesche Stiftungen Halle
Franckeplatz 1, 06110 Halle an der Saale
Tel. 0345-2997-0, Fax: 0345-2997-333
info@kulturstiftung-bund.de,
www.kulturstiftung-bund.de

Kulturstiftung der Länder (KSL)
Generalsekretärin: Isabell Pfeiffer-Poensgen
Lützowplatz 9, 10785 Berlin
Tel.: 030-893635-0, Fax: 030-8914251
ksl@kulturstiftung.de, www.kulturstiftung.de

Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK)
Vorsitzender des StiftgR: StaMin. Bernd Neumann
Präsident: Prof. Dr. Phil h. c. Klaus-Dieter Lehmann
Von-der-Heydt-Str. 16-18, 10785 Berlin
Tel.: 030-25463-0, Fax: 030-25463-268
info@hv.spk-berlin.de, www.hv-spk-berlin.de

Deutsche Nationalstiftung
Ehrenvorsitzender: BK a. D. Dres. h. c. Helmut Schmidt
Geschäftsführender Vorstand: StaatsR a. D. Dirk Reimers
Geschäftsführer: Dr. Philipp-Christian Wachs
Feldbrunnenstrasse 56, 20148 Hamburg
Tel.: 040-413367-53, Fax: 040-413367-55
info@nationalstiftung.de, www.nationalstiftung.de

Deutsche Stiftung Denkmalschutz
Vorsitzender: Professor Dr. Dr.-Ing. E. h. Gottfried Kiesow
Generalsekretär: Dr. Robert Knüppel
Geschäftsführer: Gerhard Eichhorn
Koblenzer Str. 75, 53177 Bonn
Tel.: 0228-95738-0, Fax: 0228-95738-23
Außenstelle: Breite Straße 9, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-2318-30, Fax: 0331-23018-40
info@denkmalschutz.de, www.denkmalschutz.de

Stiftung Lesen
Vorsitzender: Rolf Pitsch, M. A.
Geschäftsführer: Heinrich Kreibich
Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Stefan Aufenanger
Römerwall 40, 55131 Mainz
Tel.: 06131-28890-0, Fax: 06131-230333
mail@stiftunglesen.de, www.stiftunglesen.de

Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.
Vorstandsvorsitzender: Dipl-Ing. Engelbert Kortmann
Geschäftsführerin: Dipl-Ing. Silja Schade-Bünsow, MSc
Köpenicker Straße 48/49, 10179 Berlin
Tel.: 030-27875-797, Fax: 030-27875-917
www.bundesstiftung-baukultur.de

Deutscher Literaturfonds e. V.
Vorsitzende: Dr. Dagmar Leupold
Geschäftsführer: Dr. Bernd Busch
Alexandraweg 23, 64287 Darmstadt
Tel.: 06151-4093-0, Fax: 06151-4093-33
info@deutscher.literaturfonds.de,
www.deutscher-literaturfonds.de

Fonds Darstellende Künste e. V.
Vorsitzender: Jürgen Flügge
Geschäftsführer: Günther Jeschonnek
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-28048-57, Fax: 0228-28048-59
info@fonds-daku.de, www.fonds-daku.de

Fonds Soziokultur e. V.
Vorsitzender: Kurt Eichler
Geschäftsführer: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-20167-35, Fax: 0228-20167-36
info@fonds-soziokultur.de, www.fonds-soziokultur.de

Deutscher Musikrat
Gemeinnützige Projektgesellschaft mbH
Kaufm. Geschäftsführer: Norbert Pietrangeli
Künstl. Geschäftsführer: Torsten Mosgraber
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2091-0, Fax: 228-2091-200
info@musikrat.de, www.deutscher-musikrat.de

Stiftung Kunstfonds
Vorstandssprecherin: Prof. Monika Brandmeier
Geschäftsführer: Prof. Dr. Gerhard Pfennig
Weberstr. 61, 53113 Bonn
Tel.: 0228-91534-11, Fax: 0228-91534-41
Büro Berlin: Köthener Straße 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-2613879, Fax: 030-23003629
info@kunstfonds.de, www.kunstfonds.de

Der Deutsche Kulturrat und seine Sektionen

Deutscher Kulturrat e. V.
Vorsitzender: Prof. Dr. Max Fuchs
Geschäftsführer: Olaf Zimmermann
Chausseestr. 103, 10115 Berlin
Tel.: 030-24728014, Fax: 030-24721245
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de

Deutscher Musikrat e. V.
Präsident: Martin Maria Krüger
Generalsekretär: Christian Höppner
Sprecher: Christian Höppner und Hartmut Karmeier
Oranienburger Straße 67/68, 10117 Berlin
Tel.: 030-308810-10, Fax: 030-308810-11
generalsekretariat@musikrat.de,
www.deutscher-musikrat.de

Rat für darstellende Kunst und Tanz
c/o Deutscher Bühnenverein –
Bundesverband deutscher Theater
Sprecher: Rolf Bolwin und Hans Herdlein
St.-Apern-Straße 17–21, 50667 Köln
Tel.: 0221-2081-20 , Fax: 0221-2081-228
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

Deutsche Literaturkonferenz e. V.
Sprecher: Dr. Georg Ruppelt und Dr. Burkhard Kroeber
Geschäftsführerin: Iris Mai
Köthener Str. 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-2612751, Fax: 030-23003629
info@Literaturkonferenz.de, www.literaturkonferenz.de

Kunstrat
c/o Bundesverband Deutscher Kunstverleger e. V.
Sprecherin: Birgit Maria Sturm und Ingo Terrumanum
Postfach 70 02 10, 60552 Frankfurt am Main
Tel.: 069-629120, Fax: 069-629120
sturm@bdkv.de, www.bdkv.de

Rat für Baukultur
c/o Bundesarchitektenkammer
Sprecher: Dipl-Ing. Wolfgang Esser und
Dr. Claudia Schwalfenberg
Askanischer Platz 4, 10963 Berlin
Tel.: 030-263944-40, Fax: 030-263944-90
info@bak.de, www.bak.de

Sektion Design
c/o Deutscher Designertag e. V.
Geschäftsführender Präsident: Kai Ehlert
Sprecher: Kai Ehlert und Henning Krause
Grindelberg 15 a, 20144 Hamburg
Tel.: 040-4548-34, Fax: 040-4548-32
info@designertag.de, www.designertag.de

Sektion Film und Medien
c/o Bundesvorstand ver.di
Ressort 14 – Bereich Medien, Kunst und Industrie,

Abtl. Kultur
Sprecher: Heinrich Bleicher-Nagelsmann
und Detlef Rönfeldt
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel.: 030-6956-0, -2330, Fax: 030-6956-3656
heinrich.bleicher-nagelsmann@verdi.de

Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung
c/o Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung
Sprecher: Prof. Dr. Max Fuchs, Andreas Kämpf
Geschäftsführerin: Hildegard Bockhorst
Küppelstein 34, 42857 Remscheid
Tel.: 02191-794-390, Fax: 02191-794-389
info@bkj.de, www.bkj.de

Weitere Verbände und Vereinigungen

Arbeitskreis Deutscher Kunsthandelsverbände (ADK)
(Mitglieder: BDKA – Bundesverband des deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels, BDKV – Bundesverband Deutscher Kunstverleger, BVDG – Bundesverband Deutscher Galerien, VDA – Verband deutscher Antiquariate)
Kulturpolitische Koordination: Birgit Maria Sturm
Postfach 700 210, 60552 Frankfurt am Main
Tel./Fax: 069-629120
info@arbeitskreis-kunsthandel.de,
www.arbeitskreis-kunsthandel.de

Arbeitskreis deutscher Kunstvereine (AdKV)
Projektleiterin: Carina Herring
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
Tel.: 030-61107-550, Fax: 030-617107-470
adkv@kunstvereine.de, www.kunstvereine.de

Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V. (ASKI)
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Volkmar Hansen
Geschäftsführung (komm.): Dr. Ulrike Hostenkamp, Gabriele Weidle
Prinz-Albert-Str. 34, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2248-59, -60, Fax: 0228-219232
info@aski.org, www.aski.org

ASSITEJ-Sektion Bundesrepublik Deutschland e. V.
Internationale Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Geschäftsführer: Eckhard Mittelstädt
Schützenstr. 12, 60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069-29 15 38, Fax: 069-292354
assitej@kjtz.de, www.kjtz.de

Bibliothek & Information Deutschland e. V. (BID)
Vorstandssprecher: Dr. Georg Ruppelt
Geschäftsführer: Helmut Rösner
Geschäftsstelle: Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin
Tel.: 030-390014-80, -81, Fax: 030-390014-84
bid@bideutschland.de, www.bideutschland.de

Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. (BBK)
Sprecher und Vorsitzender: Werner Schaub
Bundesverbandsgeschäftsführerin: Dr. Ursula Cramer
Weberstraße 61, 53113 Bonn
Tel.: 02-28-2161-07, -08, Fax: 0228-2161-05
bbkbundesverband@aol.com,
www.bbk-bundesverband.de
Büro Berlin: Rosenthaler Straße 11, 10119 Berlin
Tel.: 030-2640970, Fax: 030-28099305
bbkigbk2@aol.com

Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.
Vorsitzender: Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde
Geschäftsführer: Dr. Hans Fleisch
Haus Deutscher Stiftungen, Mauerstr. 93, 10117 Berlin
Tel.: 030-897947-55, Fax: 030-897947-11
bundesverband@stiftungen.org,
www.stiftungen.org, www.stiftungsindex.de

Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e. V. (BJKE)
Vorsitzender: Peter Kamp
Geschäftsführerin: Mechthild Eickhoff
Kurpark 5, 59425 Unna
Tel.: 02303-69324 oder 65618, Fax: 02303-65057
info-bjke@bjke.de, www.bjke.de

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.
Vorsitzende: Stefanie Dunker, Andreas Kämpf, Rainer Bode
Geschäftsführerin: Christiane Ziller
Geschäftsstelle: Lehrter Straße 27-30, 10557 Berlin
Tel.: 030-3974459-0, Fax: 030-3974459-9
bundesvereinigung@soziokultur.de, www.soziokultur.de

Deutscher Bühnenverein e. V. – Bundesverband der Theater und Orchester
Präsident: Prof. Klaus Zehelein
Geschäftsführender Direktor: Rolf Bolwin
St.-Apern-Straße 17-2, 50667 Köln
Tel.: 0221-20812-0 , Fax: 0221-20812-28
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

Deutscher Museumsbund e. V.
Präsident: Dr. Michael Eissenhauer
Geschäftsführerin: Mechthild Kronenberg
Geschäftsstelle
c/o Staatl. Museen Kassel,
Schloss Wilhelmshöhe, 34131 Kassel
Tel.: 0561-31680-125, Fax: 0561-31680-111
Büro Berlin: In der Halde 1, 14195 Berlin
Tel.: 030-841095-17, Fax: 030-841095-19
office@museumsbund.de, www.museumsbund.de

Deutsches Institut für Urbanistik (difu)
Straße des 17. Juni Nr. 112, 10623 Berlin
Tel.: 030-39001-0, Fax: 030-39001-100
pressestelle@difu.de, www.difu.de

Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Vorsitzender: Dr. Jürgen Zech
Geschäftsführerin: Karin Heyl
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Tel.: 030-2028-1406, Fax: 030-2028-2406
kulturkreis@bdi-online, www.kulturkreis.org

Kulturpolitische Gesellschaft e. V.
Präsident: Dr. Oliver Scheytt
Geschäftsführer: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-20167-0, Fax: 0228-20167-33
post@kupoge.de, www.kupoge.de

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Kulturbeauftragte Dr. Petra Bahr
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel.: 030-28395480
petra.bahr@ekd.de, www.ekd.de

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Kommission für Wissenschaft und Kultur (VIII)
Vorsitzender: Heinrich Mussinghoff, Bischof von Aachen
Gemeinsame Dienste
Postfach 29 62, 53019 Bonn
Fax: 0228-103-330
www.dbk.de

Kunst und Kultur im Internet[1]

Spartenübergreifende Kulturserver/Kulturinformationssysteme/Kulturforschungsinstitute

http://www.adk.de (Akademie der Künste [AdK]) Onlinekatalog der Bibliothek mit Publikationen zu den Schwerpunkten Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Musik, Film- und Medienkunst und Baukunst, derzeit recherchierbar sind die Neuerwerbungen ab 1989

http://www.aski.org (Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V. [ASKI]) Linksammlung der Mitgliedsinstitute, Ausstellungs- und Veranstaltungskalender, alle Hefte der »Kulturberichte« ab 1998 online lesbar, Informationen über ASKI-Fachtagungen, Linksammlung über Akteure

http://www.bundeskulturfonds.de (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kulturfonds) Informationen zu den selbstverwalteten Kulturfonds für Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst und Soziokultur sowie dem Kunstfonds

http://www.ccp-deutschland.de (Cultural Contact Point Germany) umfangreiche Hinweise auf Förderprogramme der EU, Darstellungen geförderter Projekte, Linksammlungen zu Akteuren, Infostellen der EU sowie europäischen Kulturinstitutionen, Informationen zu Kulturhauptstädten

http://www.culturalpolicies.net (Europarat/ERICarts) Kompendium zur Kulturpolitik in Europa mit 32 Länderportraits (inkl. Deutschland) mit Möglichkeiten zum Download und zum Vergleich ausgewählter Aspekte wie beispielsweise aktuelle kulturpolitische Prioritäten

http://www.dabakus.de (Kulturinformationssystem »dabakus«) Kulturdatenbank für Südniedersachsen mit Informationen zu Veranstaltungen, Akteuren und Institutionen

http://www.deutsche-kultur-international.de (Vereinigung für internationale Zusammenarbeit) Kurzvorstellung von in der auswärtigen Kulturarbeit tätigen Organisationen, Mittlerorganisationen und Stiftungen, Schlagwortverzeichnis mit den jeweiligen Maßnahmen und Akteuren, Informationen (u. a. Förderprogramme) für ausländische WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, StudentInnen in Deutschland und vice versa

http://www.difu.de (Deutsches Institut für Urbanistik [difu]) Informationen über Forschungsprojekte mit Downloads ausgewählter Ergebnisse, Darstellung des Seminarangebotes, Volltextversion der »Difu-Berichte«, Inhaltsübersicht und Kurzzusammenfassungen der Hefte der »Zeitschrift für Kommunalpolitik« ab 2001, Vorstellung der umfangreichen Eigenpublikationen, Downloads der Jahresberichte und ausgewählter Texte, sehr umfangreiche Linksammlung zu kommunalen Verbänden, Themen, Fachinformationen, Einrichtungen etc.

http://www.eu.int/comm/dgs/education_culture/index_de/htm (Kommission der Europäischen Gemeinschaft – Generaldirektion Bildung und Kultur) Informationen zu Programmen, Initiativen und Veröffentlichungen der Generaldirektion sowie Beispiele erfolgreicher Projekte

http://www.europa.eu.int/idea/de/index.htm (Idea, das elektronische Verzeichnis der Europäischen Institutionen) enthält Organisationsstruktur der Organe, Institutionen, Ämter, Agenturen und sonstiger Einrichtungen der Europäischen Union in 11 Sprachen, Suchmöglichkeiten u. a. nach Personen, Diensten und entsprechend der hierarchischen Struktur

http://www.europa-foerdert-kultur.info (Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.) Die Internetseite richtet sich an KulturschaffendeInnen, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen aller Sparten, an ambitionierte ProjektinitiatorInnen in öffentlichen wie privaten Kultur- und Bildungseinrichtungen, in Vereinen und Verwaltungen sowie an SpezialistInnen aus dem privatwirtschaftlichen Bereich in Deutschland und Österreich

http://www.freie-szene-rlp.de (Kulturbüro Rheinland-Pfalz) Suchmaschine für Künstler verschiedener Sparten, Veranstalter; außerdem »Kultur-Lexikon« und umfangreiche systematische Linkliste von Agenturen bis Rundfunk

http://www.kulturnet.de (Freie Szene Forum) Verzeichnis von Agenturen, Ausschreibungen, Börsen, KünstlerInnen, Festivals und Veranstaltern mit mehr als 1000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Kleinkunst

http://www.kulturkalender.de (Kulturkalender der Wochenzeitschrift »Die Zeit«) Suchmöglichkeiten nach Sparten

http://www.kulturpolitik.de (Arbeitskreis Kulturstatistik e. V. [ARKStat]) Kulturinformationssystem gemeinsam mit Partnern in der Schweiz (www.kulturpolitik.ch), in Österreich (.at) und in Luxemburg (.lu) zu Kultur, Kulturpolitik, Kulturwirtschaft und kultureller Beschäftigung

1 Stand: 3.4.2006; siehe auch Linksammlung auf www.kupoge.de sowie die Internet-Adressen der oben aufgeführten Institutionen, Stiftungen, Verbände und Einrichtungen.

http://www.kulturportal-deutschland.de (Kulturportal Deutschland) Kulturportal des Beauftragten für Kultur und Medien mit Nachrichtendienst und Links zu kulturellen Einrichtungen, zu den Kulturportalen der Länder, Datenbank (in Kooperation mit kulturserver.de) zu Terminen, Adressen und Kulturschaffenden

http://www.kulturrat.de (Deutscher Kulturrat e. V.) Stellungnahmen und Dossiers zu kulturpolitischen Themen, Link auf die Zeitschrift »Politik und Kultur« (www.puk-online.net) mit Downloads der kompletten Ausgaben, Link auf Kulturinformationszentrum (Kooperation mit ConBrio-Verlag) mit täglich mehreren Nachrichten aus den verschiedenen Sparten

http://www.kultursekretariat-nrw.de (Kultursekretariat Nordrhein-Westfalen) Förderhinweise und Projektbeispiele sowie Veranstaltungsdatenbank aller im Sekretariat für kulturelle Zusammenarbeit nichttheatertragender Städte und Gemeinden zusammengeschlossener Kommunen

http://www.kulturserver.de (Portal der Kulturserver der Länder) Datenbanken mit Kulturschaffenden, Institutionen, Terminen etc. in jeweils unterschiedlichen Ausbaustufen, Angebot der Unterstützung von Künstlern und Kultureinrichtungen bei der Erstellung von eigenen Homepages

http://www.kulturstiftung.de (Kulturstiftung der Länder [KSL]) Überblick über Struktur, Projekte und Förderungen sowie Aufgaben der KSL

Http://www.kulturstiftung-des-bundes.de (Kulturstiftung des Bundes) Informationen zur Stiftung, Förderungsrichtlinien und zu geförderten Projekten im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes

http://www.kunstfinder.de (KunstFinder) umfangreiche kommentierte Linksammlung zu Darstellender Kunst, Bildender Kunst, Musik, Film, Literatur jeweils zum Beispiel mit Akteuren, Veranstaltungen und Zeitschriften

http://www.kulturation.de (Kulturinitiative 89) Online-Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik

http://www.kupoge.de (Kulturpolitische Gesellschaft e. V. [KuPoGe]) Kulturpolitisches Informationssystem (Institut für Kulturpolitik) mit Datenbanken mit sehr umfangreicher kulturpolitischer Bibliographie, Chronik wichtiger kulturpolitischer Ereignisse sowie Links zu Institutionen und kulturpolitischen Themen, Tagungskalender, Newsletter, Link auf die Zeitschrift »Kulturpolitische Mitteilungen« mit Inhaltsverzeichnis der Hefte ab 1999 und ausgewählten Onlineartikeln

http://www.lostart.de (Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste) Datenbank zur Erfassung von Kulturgütern, die infolge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs verbracht, verlagert oder insbesondere jüdischen Eigentümern verfolgungsbedingt entzogen wurden, mit den Bereichen Suchmeldungen beziehungsweise Fundmeldungen, außerdem themenbezogene Bibliographie und Linksammlung

http://www.nmz.de/kiz (Das Kulturinformationszentrum) »Newsticker«, gezielte Suchmöglichkeiten nach Themen wie zum Beispiel Künstlersozialversicherung, Musikwirtschaft, kulturelle Bildung, Steuerrecht oder Urheberrecht

http://www.perlentaucher.de (Perlentaucher) tägliche Zusammenfassungen von Feuilletons überregionaler Tageszeitungen mit weitergehenden Links (auch als Newsletter zu abonnieren), daneben tägliche Bücherschau, wöchentliche internationale Magazinrundschau, täglicher Medienticker sowie Autorendatenbank

http://www.recap.nl (RECAP – Boekmanstichting) u. a. Download eines Thesaurus für Kulturpolitik in Englisch und Niederländisch

http://www.stadtteilarbeit (Stadtteilarbeit) theoretische/konzeptionelle Aufsätze zu verschiedenen Bereichen der Stadtteilarbeit, Beiträge zu Methoden, Sammlung von Stadtteilprojekten, ausgewählte kommentierte Literatursammlung, Bibliographie von Neuerscheinungen zur Gemeinwesenarbeit seit 1990, Links zu verschiedenen Newslettern und Online-Diensten, Informationen zu Fortbildungsveranstaltungen, Linksammlung

http://www.urheberrecht.org (Institut für Urheber- und Medienrecht) Neuigkeiten zum Thema Urheberrecht, Inhaltsübersichten der Zeitschrift und des Rechtssprechungsdienstes sowie Urteilsdatenbank

Baukultur und Denkmalpflege

http://www.architektur-baukultur.de (Initiative Architektur und Baukultur der Bundesregierung) Portal zur Baukultur u. a. mit Statusbericht zur Baukultur der IAB beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, umfangreichen Materialien (z. B. Studien, Sammlungen zu Projekten von Städten/Gemeinden, der Länder und des Bundes, Berichte, Positionspapiere, Newsletter) als Download, Linkliste zu den Akteuren im Bereich Baukultur, Veranstaltungsankündigungen

http://www.denkmalschutz.de (Deutsche Stiftung Denkmalschutz [DSD]) Liste der mehr als 2 800 von der Stiftung geförderten Denkmale, Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe des Magazins »Monumente«, Shop für Publikationen und Postkarten

http://www.nationalkomitee.de (Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz) Downloads der letzten vier Ausgaben von »Denkmalschutz-Informationen«, Informationen über den »Deutschen Preis für Denkmalschutz«, Vorstellung der Eigenpublikationen

http://www.shrinkingcities.com (Shrinking Cities Office – Büro Philipp Oswalt, Berlin) Informationen zum Projekt »Shrinking Cities« (gefördert von der Kulturstiftung des Bundes), das das Schrumpfen als kulturelle Herausforderung begreift. Architekten, Wissenschaftler und Künstler untersuchen am Beispiel von vier Städten beziehungsweise Regionen (Detroit, Ivanovo, Manchester/Liverpool und Halle/Leipzig)

http://www.bundesarchitektenkammer.de (Bundesarchitektenkammer) Informationen und Links zu Aus- und Weiterbildung, Adressen und Links zu Verbänden und Fachzeitschriften, Veranstaltungsberichte

Literatur/Bibliotheken

http://www.alg.de (Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten e. V. [ALG]) Informationen über die Förderung von Projekten literarischer Gesellschaften durch die ALG, Veranstaltungskalender der literarischen Gesellschaften

http://www.autorenforum.de (autorenforum.de) Web-Informationsquelle für Autorinnen und Autoren mit Datenbanken zu Besprechungen, Lesungen, Kursen, Inhaltsübersichten von »The Tempest«, Linksammlung von Organisationen und AutorInnenhomepages, Expertenfragemöglichkeiten zu mehreren Rubriken

http://www.bdb-dachverband.de (Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e. V. [BDB]) Hinweise auf Termine, Mitteilungen, Literatur und Mitglieder

http://bib-info.de (Berufsverband Information Bibliothek) regionaler Fortbildungskalender, Publikationshinweise, umfangreiche Linksammlung z. B. zu Fachzeitschriften, Vereinen, Maillinglisten etc.

http://www.b-u-b.de (Berufsverband Information Bibliothek e. V. – Buch und Bibliothek) für jede Ausgabe von »Buch und Bibliothek. Forum für Bibliothek und Information« ab 2004 Editorial, Inhaltsverzeichnis, Kurzzusammenfassungen der Artikel in Deutsch, Englisch und Französisch

http://www.bibliotheskverband.de (Deutscher Bibliotheksverband e. V. [dbv]) Liste der Mitglieder, Informationen über Preise und Titel des dbv, Rechtsgrundlagen, Downloads der Jahrbücher

http://www.ddb.de (Deutsche Bibliothek Frankfurt am Main/Deutsche Bücherei Leipzig) Zentrale Archivbibliothek und nationalbibliographisches Zentrum der Bundesrepublik Deutschland, erfüllt die Funktion einer Nationalbibliothek, Web-OPAC

http://www.deutscher-literaturfonds.de (Deutscher Literaturfonds) Informationen über die Autoren- und Vermittlungsförderung und über vom Fonds vergebene Preise und Stipendien

http://www.dla-marbach.de/einricht/dla.html (Schiller-Nationalmuseum und Deutsches Literaturarchiv [SNM/DLA]) Online-Datenbanken der Bibliothek (Bücher, Aufsätze, Rezensionen, Hörfunk- und Fernsehmanuskripte), der Bildabteilung (Skulpturen, Gemälde, Grafiken, Fotografien) der Nachlässe und der Handschriften

http://www.jugendliteratur.org (Arbeitskreis für Jugendliteratur e. V. [JuLit]) Linksammlung u. a. zu Mitgliedern, Fachzeitschriften und Forschungseinrichtungen, Informationen zum Deutschen Jugendliteraturkreis, Übersicht zu Schwerpunkten der Fachzeitschrift »JuLit«

http://www.lyrikline.org (Lyrikline – literaturWERKstatt berlin) Lesung von Gedichten durch den Autor, bislang in 25 Sprachen, Auswahlmöglichkeiten von Autoren, Sprachen, Editionen und Übersetzungen, für jeden Autor mit Biographie, Publikationen, Preisen, Links und ausgewählten Gedichten

http://www.resourcement.com/db (Resourcement.com) Datenbank für Autoren- und Literaturförderung z. B. mit Stipendien, Preisen, Programmen von Institutionen

http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html (Karlsruher Virtueller Katalog) Portal für Bibliotheks- und Buchhandelskataloge weltweit

http://www.vdb-online.org (Verein Deutscher Bibliothekare e. V. [VDB]) Veranstaltungskalender, Informationen zur Ausbildung, Druckversion der »VDB-Mitteilungen«

http://www.vgwort.de (Verwertungsgesellschaft Wort) Wahrnehmung der urheberrechtlichen Nutzungsrechte für AutorInnen und Verlage, Downloads von Formularen

Bildende Kunst/Museen

http://www.art-in.de (art-in.de) Portal mit Meldungen und Links zur Kunst in Deutschland z. B. zu Museen, Messen, Galerien, Kunsthochschulen, KünstlerInnen

http://www.art-magazin.de (ART – Das Kunstmagazin) Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe, ausgewählte Onlineartikel, Datenbank der gesamten Artikel ab 1987, aktuelle Nachrichten, Datenbanken zu Ausstellungen, Orten, Linksammlung

http://www.bbk-bundesverband.de (Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. [BBK]) Linkliste von Wettbewerben und Ausschreibungen, Stellungnahmen des BBK zu Themen (z. B. »Arbeitsplatz Kunst«), Inhaltsübersichten der Zeitschrift »kultur politik«, Links der Landesverbände und Pressemitteilungen

http://www.bildkunst.de (Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst) Informationen über die Urheberrechtsorganisation der deutschen Künstler, Fotografen und Filmurheber mit Mitgliederdatenbank

http://www.bundeskunsthalle.de (Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland) Online-Katalog der Bibliothek der Kunst- und Ausstellungshalle mit mehr als 35 000 Medien sowie Informationen zu Ausstellungen und Veranstaltungen

http://www.bvdg.de (Bundesverband Deutscher Galerien e. V. [BVDG]) Galerieverzeichnis, Datenbanken zu Ausstellungen, Vernissagen, Informationen zum Beruf

http://www.design-report.de (design report) Fachzeitschrift mit Online-Version, Volltextarchiv sowie Datenbanken Studiengänge, Händler und Designer, Jobbörse und Kalender

http://www.dgph.de (Deutsche Gesellschaft für Photographie e. V. [DGPh]) Informationen über die Preise der DGPh, Informationen zu Ausstellungen und Neuerscheinungen, Onlineversion der »DGPh intern«

http://www.dhm.de (Deutsches Historisches Museum, Berlin) Linksammlung zu Museen in Deutschland und weltweit sowie zu virtuellen Museen und Ausstellungen

http://www.gedok.de (GEDOK – Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer e. V.) Selbstdarstellung, Informationen über Literaturpreise und Musikwettbewerbe der GEDOK, Verweise auf Ausschreibungen, Veröffentlichungen

http://www.hdg.de (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland) Informationen über die deutsche Geschichte von 1900 bis zur Gegenwart, außerdem virtuelle Ausstellungen und Hinweise auf die hauseigene Präsenzbibliothek und -mediathek, Lektürehinweise

http://www.igbk.de (Internationale Gesellschaft für bildende Künste [IGBK]) Hinweise zu internationalen Ausschreibungen für bildende Künstler, Informationen zu Künstlerverbänden, Datenbanken zu Informations- und Kontaktstellen, Arbeits- und Fördermöglichkeiten im In- und Ausland sowie Weiterbildungsanbieter

http://www.kuenstlersozialkasse.de (Künstlersozialkasse) Selbstdarstellung, Informationen über Rechte und Pflichten von KünstlerInnen und Unternehmen, aktuelle Entwicklung der Rechtssprechung sowie statistische Angaben

http://www.kunst-und-kultur.de (kunst-und-kultur.de) Datenbanken zu Museen und Galerien, bildenden KünstlerInnen und ArchitektInnen sowie zu Zeitschriften

http://www.kunstfonds.de (Stiftung Kunstfonds) Informationen zu Fördermöglichkeiten im Bereich zeitgenössischer bildender Kunst in Deutschland (Künstlerprogramm, Vermittlerprogramm, Verlagsprogramm)

http://www.kunstlinks.de (BDK Fachverband für Kunstpädagogik u. a.) Portal für den Kunstunterricht mit vielfältigen Informationen zur Kunstgeschichte, zu KünstlerInnen und zum Kunstunterricht

http://www.kunstvereine.de (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine [AdKV]) Verzeichnis der Kunstvereine in Deutschland, Hinweise auf Publikationen und Links

http://www.museen.de (WebMuseen) Portal für Museen und Ausstellungen im deutschsprachigen Raum u. a. mit Datenbank zu Museen im deutschsprachigen Raum, zu Ausstellungen, Verzeichnis von MuseumswissenschaftlerInnen, Übersicht über Museumsnächte, Inhaltsübersicht der Zeitschrift »Museum aktuell«, europäisches Museumsbranchenbuch und Literaturtips

http://www.museumsbund.de (Deutscher Museumsbund e. V.) Fachgruppen mit unterschiedlichen Angeboten, z. B. Naturwissenschaftliche Museen mit Adressen, Stellenangeboten, Terminen, Inhaltsverzeichnisse der Zeitschrift »Museumskunde« ab 1996 sowie alphabetisches Autorenverzeichnis, Onlineausgaben der »Bulletins«, Termine und Linksammlung

http://www.museumspaedagogik.org (Bundesverband Museumspädagogik e. V.) kommentierte Linkliste zu verschiedenen Bereichen der Museumspädagogik (z. B. zu Akteuren, Ausbildung, Mailinglisten), umfangreiche thematische Literaturliste, Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Standbein-Spielbein« sowie der Hefte ab 1989

http://www.ngbk.de (Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e. V. [NGBK]) Informationen über aktuelle Ausstellungen und KünstlerInnen, Jahresprogramm und Publikationen

http://www.smb.spk-berlin.de/ifm (Institut für Museumskunde) Informationen über die Aufgaben, den Publikationen des Instituts sowie Datenbanken (Museen und Träger sowie Bibliographie)

Darstellende Kunst

http://www.amateurtheater-online.de (Wolfgang Schiffelholz) umfangreiche Linksammlung zu allen Bereichen und Themen rund um das Amateurtheater, Links zu den theaterpädagogischen Zentren, Diskussionsforum

http://www.bag-online.de (Bundesarbeitsgemeinschaft [BAG] Spiel und Theater e. V.) Inhaltsübersichten der Zeitschrift »Korrespondenzen«, Informationen über Projekte

http://www.ballett-intern.de (Deutscher Berufsverband für Tanzpädagogik) Adressen von Aus- und Fortbildungseinrichtungen, PreisträgerInnen des deutschen Tanzpreises seit 1983

http://www.ballet-tanz.de (ballet-tanz) Register der Artikel der Zeitschrift seit Bestehen 1994, Inhaltsverzeichnis und Editorial des aktuellen Heftes, Sammlung von Adressen nationaler und internationaler Ausbildungsstätten für Tanz

http://www.bdat-online.de (Bund Deutscher Amateurtheater e. V.) Veranstaltungsdatenbank, Links zu den 16 Mitgliedern des Dachverbandes, Informationen über Aus- und Fortbildungen, Leseproben der Verbandszeitschrift »Spiel und Bühne«

http://www.berlin-buehnen.de (Spielzeit AG [Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsarbeit der Berliner Bühnen]) Veranstaltungsdatenbank, Künstlerbiografien, eine umfangreiche Suchfunktion bis hin zum Kartenvorverkauf

http://www.buehnengenossenschaft.de (Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger [GDBA]) Informationen zum Bühnenrecht, Leitartikel der gleichnamigen monatlichen Fachzeitschrift, Shop für Eigenpublikationen insbesondere zum Vertragsrecht

http://www.buehnenverein.de (Deutscher Bühnenverein – Bundesverband deutscher Theater) Positionspapiere, Theaterbriefe, Statistiken, Adressen der Theater und Orchester, Infos zu Berufen am Theater, Jobbörse sowie Links zu den Landesverbänden

http://www.but.bkj.de (Bundesverband Theaterpädagogik e. V.) Sammlung von Institutionen theaterpädagogischer Aus- und Fortbildung, Informationen zum Berufsbild mit Literaturliste, Hinweise auf themenspezifische Veranstaltungen, Shop für Eigenpublikationen

http://www.coram-publico.de (coram-publico.de) tägliche Theaternachrichten, ausgewählte Zeitungsartikel, tagesaktuelles Kalendarium von Geburts-, Todestagen und Ereignissen

http://www.dbt-remscheid.de (Deutscher Bundesverband Tanz e. V.) Übersicht über Veranstaltungen, Seminare, Adressen der Mitglieder: Bundesfachverbände, Landesarbeitsgemeinschaft und weitere Organisationen

http://www.die-deutsche-buehne.de (Die Deutsche Bühne) Register der Zeitschrift ab 1996, Leseproben früherer Ausgaben, News, ausgewählte Kritiken

http://www.enicpa.org (European Network of Information Centres for the Performing Arts) Datenbank zu Theatern, Festivals, Informationszentren, themenbezogenen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Publikationen in Europa in englischer und französischer Sprache

http://www.fonds-daku.de (Fonds Darstellende Künste e. V.) Förderschwerpunkte, Förderrichtlinien, Übersicht über geförderte Projekte, Antragsformulare

http://www.freie-theater.de (Bundesverband Freier Theater e. V. [BUFT]) e-Zeitung »Off-Informationen«, Links und Informationen zu den Landesverbänden

http://www.goethe.de/theaterbibliothek (Goethe-Institut) Vorstellung ausgewählter neuer deutscher Theaterstücke (auch Kinder- und Jugendtheater) der letzten Spielzeiten jeweils in deutscher, englischer, französischer, spanischer und russischer Sprache, Katalog vorhandener Übersetzungen mit Bestellmöglichkeiten

http://www.ids-ev.de (Interessenverband Deutscher Schauspieler) umfangreiche Informationen zum Beruf des/r Schauspielers/in: Situationsanalyse, Aus- und Weiterbildung, Nachwuchsförderung, Verträge und Verdienstmöglichkeiten etc., außerdem Onlineagentur für SchauspielerInnen

http://www.inthega.de (Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e. V.) Übersichten der Mitglieder und Landesverbände, Inhaltsübersichten und Editorial der letzten zwei Ausgaben der Zeitschrift »INTHEGA Kultur Journal«, Übersicht über vergebene INTHEGA-Preise, Linksammlung zu Verbänden, Zeitschriften und Theatern

http://www.iti-germany.de (Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts e. V.) Informationen und Links zu Projekten, PDFs des aktuellen »impuls« und des »play service«, Datenbank zur Su-

che im Archiv von »impuls«, internationale Links zu Tanz und Theater

http://www.kjtz.de (Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland) Online-Katalog zu Werken des Kinder- und Jugendtheaters sowie zu Literatur, Übersicht über Veranstaltungen des beziehungsweise zum Thema »Kinder- und Jugendtheater«, Informationen über Deutschen Kindertheaterpreis und Jugendtheaterpreis sowie Stipendien, Shop für Publikationen

http://www.laft.de (Landesverband Freie Theater in Niedersachsen) Übersicht über freie Theater im Bundesland, deren Veranstaltungen, Kurzhinweise zu Recht, Steuern, Fördersituation sowie Monatsthemenbeiträge

http://www.lrz-muenchen.de/~kl811aw/www/Theaterparadies_Deutschland.htm (Leibnitz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften) umfangreiche Linksammlung zu Ensembles, Theatern, Verlagen, Zeitschriften, Festivals, Diskussionsforen, Institutionen, Agenturen etc.

http://www.sk-kultur.de/tanz (Deutsches Tanzarchiv Köln) Onlinekatalog der gesammelten Tanzvideos, Hinweise auf die Präsenzbibliothek, die umfangreiche Zeitungsausschnittsammlung seit dem Beginn der fünfziger Jahre sowie auf den Beginn des Aufbaus eines Tanzarchivs

http://www.tanzarchiv-leipzig.de (Tanzarchiv Leipzig e. V.) Systematik des Präsensarchivs, das neben Literatur Programmhefte, Plakate, Bilder, Filme, Musikalien und Periodika sammelt

http://www.theaterderzeit.de (Interessengemeinschaft Theater der Zeit) Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift mit Leseproben

http://www.theaterheute.de (Theaterheute) Inhaltsverzeichnis der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift, ausgewählte Onlineartikel, Archiv von 1999 bis heute und Registersuche, Termine von Premieren, von Theatersendungen in Radio und Fernsehen, Linksammlung zu deutschsprachigen Bühnen

http://www.theaterkanal.de (Theaterkanal des ZDF) Sendeüberblick des Theaterkanals, Theateralmanach Online, Newsticker, Spielplandatenbank, Presserundschau sowie kleine Stellenbörse

http://www.theatermanagement-aktuell.de (Theater-Management aktuell) Archiv der bisherigen Ausgaben des Informationsdienstes mit Leseproben, Bookshop ausgewählter Fachbücher

http://www.theaterpolitik.de (Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim) Beiträge, Links und Literatur sowie Projekte zum Thema Theaterpolitik

http://www.theaterportal.de (Theaterportal GbR) »umfangreichste Spielplandatenbank des deutschen Internets« mit Suchmöglichkeiten nach Stadt, Theater, KünstlerIn, AutorIn, Starttermin, Uhrzeit etc.

http://www.theaterverzeichnis.de (Theaterverzeichnis Deutschland) Deutsches Theaterverzeichnis mit Datenbank der Theater(adressen), integrierte Stadtpläne, Ticketshop, Lexikon, Stellenmarkt, kleines Firmenverzeichnis zu verschiedenen Bereichen der Theaterbedarfs

http://www.vertriebsstelle.de (Vertriebsstelle und Verlag Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten) Datenbank für Theaterstücke mit Nachweis der Aufführungsrechte und Bestellmöglichkeiten, Suchmöglichkeit auch nach Mundarten sowie anderen Sprachen, Autorenverzeichnis

Musik

http://www.beethoven-haus-bonn.de (Beethovenhaus in Bonn) Das digitale Archiv des Beethovenhauses in Bonn präsentiert Musikhandschriften, Skizzen, Abschriften, Erstausgaben, Briefwechsel sowie ikonographische Dokumente und museale Gegenstände. Die Präsentation auf 26 000 Farbscans und 1 600 Audiodateien (Musikbeispiele und Hörbriefe) soll Beethovens Denken, Leben und Arbeiten sichtbar und hörbar werden lassen

http://www.dmv-online.com (Deutscher Musikverleger-Verband e. V.) aktuelle Nachrichten, Datenbank der Musikverlage sowie Linksammlung

http://www.european-music-council.org (Europäischer Musikrat) Selbstdarstellung und Links zu den europäischen Mitgliedern, europäischer »Musiknavigator« mit vielfältigen Verzeichnissen rund um das Thema Musik in englischer Sprache, interaktives multilinguales Musiklexikon

http://www.gema.de (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte [GEMA]) Selbstdarstellung der Verwalterin der Nutzungsrechte der Musikschaffenden, Online-Datenbank musikalischer Werke, Lizenzhinweise, Gesetze, Aufsätze und Rechtssprechung, Online-Version der »Gema-Nachrichten«, des »Gema-Briefes«, Downloads der »Gema-Jahrbücher«

http://www.gvl.de (Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten [GVL]) urheberrechtliche Vertretung der ausübenden Künstler und der Tonträgerhersteller, Downloads von Verträgen und Formularen, Abrechnungssystem

http://www.iam-ev.de (Internationaler Arbeitskreis für Musik e. V.) Selbstdarstellung, Jahresprogramm vielfältiger Musikkurse, Notenbibliothek für DozentInnen

http://www.iamic.net (International Association of Music Information Centres) Portal der Musikinformationszentren der Welt in englischer Sprache mit Links der Mitglieder, Downloads des Newsletters und ausgewählte Werksliste

http://www.jeunessesmusicales.de (Jeunesses Musicales Deutschland) Fachverband der deutschen Jugendorchester: Kursangebote, Informationen über Preise und Wettbewerbe, Links zu Landes- und europäischen Schwesterverbänden

http://www.miz.org (Deutsches Musikinformationszentrum [MIZ] des Deutschen Musikrats) sehr umfangreiche Datenbanken zum Musikleben in Deutschland (auch in Englisch): Institutionen, KomponistInnen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Literatur, außerdem Themenportale mit News, Dokumenten, Links und weiteren Informationen z. B. zu Ausbildung, Neuer Musik etc. sowie Fachzeitschrift »Musikforum« mit Themen- und Textarchiv

http://www.musikrat.de (Deutscher Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH) Informationen über die Einrichtungen und Projekte, Downloads von »DMRintern«, Hinweise auf Publikationen

http://www.musikschulen.de (Verband deutscher Musikschulen) Musikschuldatenbank, Veranstaltungs- und Fortbildungstermine, Shop für Eigenpublikationen, Literaturempfehlungen, Informationen über Projekte und Initiativen sowie Links zu den Landesverbänden

http://www.nmz.de (neue musikzeitung) aktuelle Ausgabe der Zeitung online, Stellenmarkt, Übersicht über Wettbewerbe, Kurskalender, umfangreiche Linksammlung

http://www.rocksie.de (Musikerinnen-Initiative rocksie! – Kulturwerkstatt der Kultur Kooperative Ruhr in Dortmund) Selbstdarstellung des Kooperationsprojektes für Musikerinnen, Kurzberichte über die Förderung von Musikerinnen in ausgewählten europäischen Ländern

http://www.udj.de (Union Deutscher Jazzmusiker) »Jazz in Deutschland« mit Verzeichnissen von MusikerInnen und Regionalübersicht von Clubs, Informationen über den Deutschen Jazzpreis, Linksammlung zum Thema Jazz und seinen Akteuren

http://www.vg-musikedition.de (Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung von Nutzungsrechten an Editionen [Ausgaben] von Musikwerken) Werkkatalog und rechtliche Informationen

http://www.vioworld.com (VIOWorld GmbH) täglich Klassiknachrichten, Katalog der »2 000 besten Klassikseiten im Internet«, Portraits von Orchestern und Dirigenten, Diskussionsforen, Stellenmarkt und MusikerInnenhomepages

Soziokultur/kulturelle Bildung

http://www.akademie-remscheid.de (Akademie Remscheid) Datenbank der Fortbildungsangebote recherchierbar nach Themen, Fachbereichen und Terminen, Onlineversion des Pressedienstes »kulturarbeit aktuell«, Downloads verschiedener Aufsätze

http://www.bildungsserver.de (Deutscher Bildungsserver [DBS]) Zusammenstellung von Angeboten, Dokumenten, ausführliche weiterführende Links zu anderen Bildungsportalen, Dokumentationen und Datenbanken inkl. Jobbörse

http://www.bjke.de (Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen [BJKE]) Links zu den Landesverbänden, Downloads von Projektinfodiensten, Hinweis auf die Zeitschrift »infodienst Kulturpädagogische Nachrichten« jeweils mit Kurzerläuterung des Themenschwerpunktes

http://www.bkj.de (Bundesvereinigung Kulturelle Jugend-Bildung e. V. [BKJ]) Positionspapiere der BKJ, Links auf die Landesverbände und zuständigen Landesministerien, Sammlung von Bundesdrucksachen zur kulturellen Jugendbildung, Downloads von Artikeln, Informationen über Projekte

http://www.bunddeutscherkunsterzieher.de (BDK Fachverband für Kunstpädagogik e. V.) Links zu den Landesverbänden mit Tableau zur Anzahl der jeweiligen Unterrichtsstunden der einzelnen Klassenstufen im Fach Kunst, Inhaltsübersicht der »BDK-Mitteilungen«

http://www.bundesakademie.de (Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V.) Veranstaltungen in den Rubriken »kulturpolitischer Diskurs«, Kunstsparten, Kulturmanagement, Professionalisierung, Shop für Eigenpublikationen, aktueller Newsletter

http://www.dvv-vhs.de (Deutscher Volkshochschulverband) Portal der Volkshochschulen Deutschlands mit aktuellen Nachrichten, Inhaltsübersicht des aktuellen Heftes von »dis.kurs« sowie Links zu allen Volkshochschulen der Bundesrepublik mit deren jeweiligen Veranstaltungsangeboten

http://www.fonds-soziokultur.de (Fonds Soziokultur e. V.) Informationen zur Förderung mit Antragsformularen, Liste der geförderten Projekte ab 2002, ausführlichere Beschreibung ausgewählter geförderter Projekte, Inhaltsverzeichnis der aktuellen »Kulturszene«

http://www.kulturmanagement.net (Kulturmanagement Network) Informationsdienst und Netzwerk für Kulturmanager: Übersicht über aktuelle Aus- und Weiterbildungsangebote des Kulturmanagements in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Vorstellung von Büchern verschiedener Sparten und Aktionsfelder der Kultur, Linksammlung zu Themen und Akteuren, Veranstaltungsankündigungen, für registrierte Benutzer auch Stellenmarkt, Praktikumsbörse und Diskussionsforen

http://www.soziokultur.de (Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren) aktuelle Meldungen zur Soziokultur, Links zu Landesverbänden und Soziokulturellen Zentren, vielfältige Informationen u. a. zur Weiterbildung (Anbieter, Veranstaltungen), Beiträge und Diskussionen zu verschiedenen thematischen Bereichen, umfangreiche Linksammlung, Statistik, Onlineversion des »Informationsdienst Soziokultur«

Film/Medien/Medienpädagogik

http://www.bjfev.de (Bundesverband Jugend und Film e. V.) Katalog der Filmothek, Infonetzwerk »Junge Filmszene«, Informationen über Projekte, Liste mit Fachkräften der Kinder- und Jugendfilmarbeit, Veranstaltungstermine und Links

http://www.dmmv.de (Deutscher Multimedia Verband e. V. [dmmv]) aktuelle Nachrichten der deutschen Online- und Offline-Multimediabranche, Informationen zu Aus- und Fortbildungen, Termine

http://www.gmk.medienpaed.de (Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur [GMK]) Onlineversion der Zeitschrift »nexum«, Informationen über Wettbewerbe/Preise, Links zu Aus- und Weiterbildung in Medienpädagogik, Veranstaltungshinweise

http://www.gwff.de (Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten mbh) Download von Vertragsformularen, Links zu den Fernsehanstalten

http://www.jungefilmszene.de (Bundesverband Jugend und Film e. V. [BJF]) Portal mit umfangreichen Datenbanken zu Förderung, Ausbildung, Festivals, Workshops, Literatur, Technik etc.

http://www.kjf.de (Kinder- und Jugendfilmzentrum in der Bundesrepublik Deutschland) Informationen über Medienwettbewerbe, Veranstaltungshinweise

http://www.mekonet.de (Europäisches Zentrum für Medienkompetenz GmbH) »Grundbaukasten Medienkompetenz« mit sehr umfangreichem Material zu verschiedenen Aspekten von Medienkompetenz (z. B. Literatur, Institutionen, Projekte, Veranstaltungen) und für unterschiedliche Zielgruppen, Links zu den Partnern des Medienkompetenznetzwerkes NRW

http://www.netzspannung.org (Fraunhofer-Institut für Medienkommunikation) Medienlabor im Internet, Plattform für medienkünstlerische Produktion u. a. mit offenem Kanal für Aktivitäten und Projekte der Medienkunst und -forschung, Mediathek mit Videoaufzeichnungen von themenbezogenen Vorträgen bzw. Symposien

http://www.shortfilm.de (Internationale Kurzfilmtage Oberhausen und AG Kurzfilm) »shortfilm.de« ist das gemeinsame Kurzfilmportal der Internationalen Kurz-

filmtage Oberhausen und der AG Kurzfilm, dem Bundesverband Deutscher Kurzfilm

http://www.vffvg.de (VFF Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH) Wahrnehmung der Rechte der öffentlich-rechtlichen, privater und einiger regionaler Fernsehanstalten, virtuelles Beratungsgespräch, Links zu Datenbanken für Gerichtsurteile

http://www.zkm.de (Zentrum für Kunst und Medientechnologie [ZKM]) Informationen über Projekte des ZKM, Katalog von (Medien)KünstlerInnen und Werken, Hinweise zu (internationalen) Veranstaltungen sowie Linkempfehlungen

Interkultur

http://www.focus-migration.de (Migration Research Group (MRG) c/o Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH) focus Migration bietet aktuelle Zahlen, Daten und Analysen zu den Themen Zuwanderung, Flucht und Asyl sowie Integration. focus migration besteht aus drei Kernprodukten – dem Newsletter »Migration und Bevölkerung«, Kurzdossiers und Länderprofilen. Hiermit wird ein breites Spektrum an Informationen angeboten

http://www.forum-der-kulturen.de (Forum der Kulturen Stuttgart e. V.) Auf den Internetseiten finden sich ausgewählte Artikel der interkulturellen Zeitschrift »Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart«, Veranstaltungshinweise sowie Angaben zum Selbstverständnis des Vereins

http://www.integrationsbeauftragte.de (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) Auf diesen Seiten finden Sie ein ständig aktualisiertes Informationsangebot zu Fragen der Ausländer-, Migrations- und Flüchtlingspolitik, zur Tätigkeit der Integrationsbeauftragten und weitere Hinweise in diesem Themenbereich

http://www.kubiss.de/kultur/info/kuf/inter_kultur_buero (Stadt Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit, Inter-Kultur-Büro) Inter-Kultur-Büro bietet auf ihren Internetseiten eine Fülle nützlicher Veranstaltungen, Adressen, Materialien und sonstiger Infos aus dem Feld der interkulturellen Kulturarbeit in Nürnberg

http://www.migration-info.de (Netzwerk Migration in Europa e. V. in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts [HWWI]) migration-info.de liefert aktuelle Informationen über Migration, Integration, Zuwanderungspolitik und Bevölkerungsentwicklung weltweit. Schwerpunkte sind dabei Deutschland, Europa und Nordamerika. Außer dem seit 1998 erscheinenden Newsletter »Migration und Bevölkerung« bietet migration-info.de aktuelle Daten und Grafiken, politisch relevante Dokumente und einen aktuellen Terminkalender, der über öffentlich zugängliche Veranstaltungen und Konferenzen informiert

http://www.migrationsmuseum.de (Migrationsmuseum in Deutschland e. V.) Migrationsmuseum soll eine übergeordnete Relevanz des Themas »Migration« signalisieren, einen Erinnerungs- und Repräsentationsort schaffen sowie eine Plattform zur Auseinandersetzung über heutige Einwanderungsgesellschaften bieten

http://www.nrw-kulturen.de (Staatskanzlei NRW – Kulturabteilung, Referat für kulturelle Integration) Internetangebot des Landes Nordrhein-Westfalen zum Austausch zwischen den Kulturen, Künstlerinnen und Künstler als Bereicherung der Kulturlandschaft und kulturellen Integrationsförderung

Autorinnen und Autoren

PROF. DR. PETER BENDIXEN, geb. 1933, Hochschullehrer, *Studienzentrum Hohe Warte*, Wien

PROF. DR. SUSANNE BINAS-PREISENDÖRFER, geb. 1964, Professorin für Musik und Medien, *Carl von Ossietzky Universität Oldenburg*, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Berlin

KURT EICHLER, geb. 1952, Geschäftsführer der *Kulturbetriebe Dortmund*, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Vorsitzender des *Fonds Soziokultur*, Dortmund

PROF. DR. MICHAEL FEHR, geb. 1949, *Institut für Kunst im Kontext, Universität der Künste Berlin*

PROF. DR. MAX FUCHS, geb. 1948, Direktor der *Akademie Remscheid für musisch-kulturelle Bildung*, Vorsitzender des *Deutschen Kulturrats* und der *Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Remscheid

PROF. DR. HERMANN GLASER, geb.1928, Publizist, ehemaliger Kulturreferent der Stadt Nürnberg, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Roßtal

DR. ALBRECHT GÖSCHEL, geb.1941, Projektleiter am *Deutschen Institut für Urbanistik*, Berlin

PROF. DIETER GORNY, geb. 1953, Executive Vice President *MTV Networks Europe*, Professor für Kultur- und Medienwissenschaften, *FH Düsseldorf*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Köln

MONIKA GRIEFAHN, MdB, geb. 1954, Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, Sprecherin für Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Berlin

HANS-HEINRICH GROSSE-BROCKHOFF, geb. 1949, Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

BETTINA HEINRICH, geb. 1960, Referentin für Kultur beim *Deutschen Städtetag*, Berlin

PROF. DR. ROLF G. HEINZE, geb.1951, Professor für Allgemeine Soziologie, *Ruhr-Universität Bochum*, Bochum

PROF. DR. H. C. HILMAR HOFFMANN, geb.1925, ehem. Kulturderzernent in Frankfurt am Main und ehem. Präsident des *Goethe-Instituts München*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Frankfurt am Main

PROF. SIEGFRIED HUMMEL, geb.1934, Honorarprofessor, Universität Osnabrück, ehem. Kulturreferent der Landeshauptstadt München, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Osnabrück

PROF. DR. ARMIN KLEIN, geb.1951, Professor für Kulturmanagement und Kulturwissenschaften an der *Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg*

PROF. DR. HELENE KLEINE, geb. 1956, Professorin am Studiengang Kulturarbeit, Rektorin der *Fachhochschule Potsdam*, Vizepräsidentin der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Potsdam

PROF. DR. VOLKHARD KNIGGE, geb. 1954, Direktor der *Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora*, Weimar

TOBIAS J. KNOBLICH, geb. 1971, Geschäftsführer des *Landesverbandes Soziokultur Sachsen e.V.*, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Dresden

DR. DOROTHEA KOLLAND, geb. 1947, Kulturamtsleiterin des Bezirksamts Neukölln von Berlin, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Berlin

PROF. DR. DIETER KRAMER, geb. 1940, a. o. Professor für Europäische Ethnologie in Wien, ehem. Oberkustos am *Museum der Weltkulturen in Frankfurt/Main*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Dörscheid

EVA KRINGS, geb. 1956, Gruppenleiterin in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

THOMAS KRÜGER, geb. 1959, Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung*, Präsident des *Kinderhilfswerkes*, Kuratoriumsmitglied des *In-*

stituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn

DR. NORBERT LAMMERT, MdB, geb. 1948, Präsident des Deutschen Bundestages, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin

DR. IRIS JANA MAGDOWSKI, geb. 1952, Vizepräsidentin der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, ehem. Kulturbürgermeisterin der LH Stuttgart, Rechtsanwältin, Bielefeld

DR. BIRGIT MANDEL, geb. 1963, Kulturwissenschaftlerin und Kulturmanagerin, *Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*

BERND NEUMANN, MdB, geb. 1942, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, Beauftragter für Kultur und Medien, Berlin/Bremen

DR. KNUT NEVERMANN, geb. 1944, Staatssekretär des *Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst*, ehem. Abteilungsleiter beim Amt des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Dresden

PROF. DR. JULIAN Nida-RÜMELIN, geb. 1954, Ordinarius für Politische Theorie und Philosophie, *Universität München*, Staatsminister a. D., München

PROF. DR. ECKART PANKOKE, geb. 1939, Professor (em.) für Soziologie an der *Gesamthochschule Duisburg/Essen,* Moers

PROF. DR. GERHARD PFENNIG, geb. 1946, Geschäftführendes Vorstandsmitglied der *Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst*, Rechtsanwalt, Bonn

EDDA RYDZY, geb. 1956, Geschäftsführerin der *Deutschen Vereinigung der europäischen Kulturstiftungen,* Berlin

BOSILJKA SCHEDLICH, geb. 1948, Schriftstellerin, *Süd-Ost-Europa-Kultur e. V.,* Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Berlin

DR. OLIVER SCHEYTT, geb. 1958, Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Beigeordneter für Bildung, Jugend und Kultur der Stadt Essen

PROF. DR. WOLFGANG SCHNEIDER, geb. 1954, Direktor des *Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*

PROF. DR. GERHARD SCHULZE, geb. 1944, Professor für empirischen Sozialforschung, *Otto-Friedrich-Universität Bamberg*

PROF. DR. OLAF SCHWENCKE, geb. 1936, Publizist, Honorarprofessor am *Otto-Suhr-Institut der FU Berlin*, Kuratoriumsvorsitzender des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Berlin

PROF. DR. HERMANN SCHWENGEL, geb. 1949, Direktor des *Institut für Soziologie*, *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Freiburg im Breisgau

PROF. DR. WALTER SIEBEL, geb. 1938, Professor (em.), *Institut für Soziologie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Oldenburg

DR. NORBERT SIEVERS, geb. 1954, Geschäftsführer der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Bonn

MICHAEL SÖNDERMANN, geb. 1951, *Arbeitskreis Kulturstatistik, ARKstat e. V.*, Mitglied im Verwaltungsrat des *UNESCO-Instituts für Statistik* in Montreal, Bonn

RUPERT GRAF STRACHWITZ, geb. 1947, Direktor des *Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft*, Berlin

JÖRG STÜDEMANN, geb. 1956, Leiter des Dezernats für Kultur, Sport und Freizeit in Dortmund, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Dortmund

WOLFGANG THIERSE, MdB, geb. 1943, Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien, SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzender des *Kulturforums der Sozialdemokratie*, Berlin

HORTENSIA VÖLCKERS, geb. 1957, künstlerische Direktorin der *Kulturstiftung des Bundes*, Halle

BERND WAGNER, geb. 1948, Wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

PROF. DR. KARIN VON WELCK, geb. 1947, Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg, ehem. Generalsekretärin der *Kulturstiftung der Länder*

DR. WOLFGANG ZACHARIAS, geb. 1941, Kulturrat der Stadt München u. Leiter der *Pädagogischen Aktion/Spielkultur e. V.*, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft,* München

Jahrbuch für Kulturpolitik 2000, Band 1

Thema: Bürgerschaftliches Engagement

INHALT

JULIAN NIDA-RÜMELIN:Vorwort

OLIVER SCHEYTT: Zur ersten Ausgabe des »Jahrbuchs für Kulturpolitik«

THOMAS RÖBKE, BERND WAGNER: Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft.

WOLFGANG THIERSE: Bürgergesellschaft – eine Perspektive für die kulturelle Entwicklung Deutschlands

WARNFRIED DETTLING: Politische Konsequenzen aus der Debatte um die Bürgergesellschaft

ROLF G. HEINZE / CHRISTOPH STRÜNCK: Freiwillig ins Reich der Freiheit. Vom Umgang mit dem bürgerschaftlichen Engagement

ANNETTE ZIMMER: Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich und im Dritten Sektor

JOACHIM BRAUN: Engagementpotenzial in Deutschland.

MICHAEL NAUMANN: Stiftungsrecht und anderes

WILHELM SCHMID: Politik der Lebenskunst als Element der Bürgergesellschaft

HERMANN GLASER: Bürgergesellschaft und Kultur: Ein neues Thema mit alten Wurzeln

NORBERT SIEVERS: »Fördern ohne zu fordern«. Begründungen aktivierender Kulturpolitik

OLAF ZIMMERMANN: Was hindert und wie fördert man bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und Verbänden

THOMAS OPPERMANN: Verhandeln statt verordnen.

GERD HARMS: Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft – welche Verantwortung hat das Land?

BERND MEYER: Die Stadt als Kommune. Die wieder entdeckte Ressource bürgerschaftliches Engagement

BERND WAGNER: Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt im Kulturbereich

MICHAEL BÜRSCH: Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Politik.

ADALBERT EVERS: Es geht um mehr als das Ehrenamt.

DORIS GAU: Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft. Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich auf Länderebene

OLAF SCHWENCKE: Europa eine Seele geben. Kulturpolitik auf dem Weg zu einer europäischen Bürgergesellschaft?

CHRISTOPH WECKERLE: Debatten und Ansätze des privaten und ehrenamtlichen Engagements in der Kultur in der Schweiz

Mit einer Umfrage unter Kulturakteuren zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur«

FRANZ-OTTO HOFECKER: Föderalismus als Herausforderung der Kulturpolitik und -statistik in Europa

MICHAEL SÖNDERMANN: Kulturausgaben in Deutschland 2000.

Bibliographie zur Kulturpolitik im Jahr 2000

Kulturpolitische Gremien und Verbände

Webadressen: Bürgerschaftlichen Engagement, Kunst und Kultur